

Ländermonitor berufliche Bildung 2017: Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit - ein Vergleich zwischen den Bundesländern

Seeber, Susan; Baethge, Martin; Baas, Meike; Richter, Maria; Busse, Robin;
Michaelis, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seeber, S., Baethge, M., Baas, M., Richter, M., Busse, R., & Michaelis, C. (2017). *Ländermonitor berufliche Bildung 2017: Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit - ein Vergleich zwischen den Bundesländern*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. <https://doi.org/10.3278/6004634w>

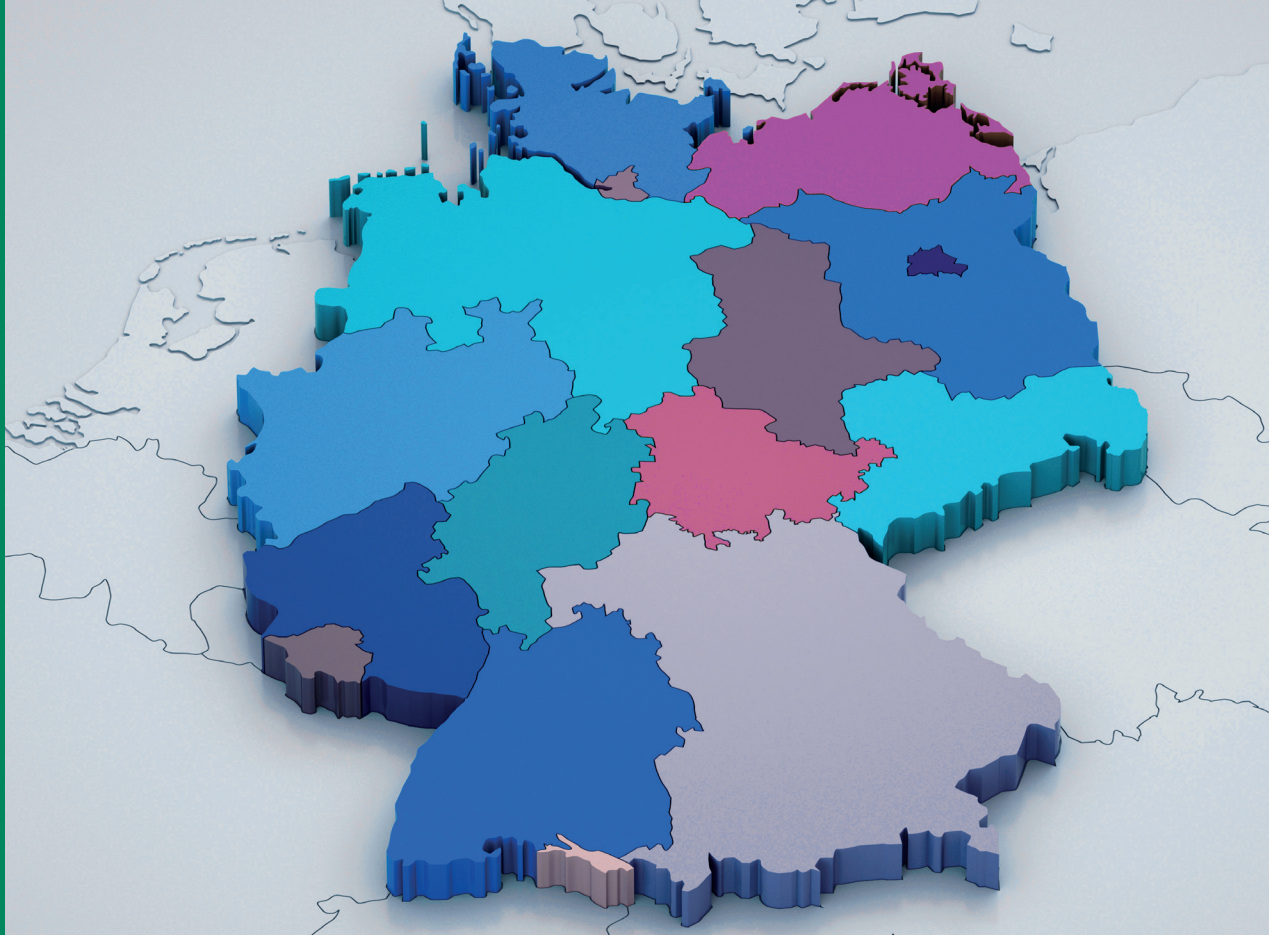
Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Susan Seeber, Martin Baethge, Meike Baas,
Maria Richter, Robin Busse, Christian Michaelis



Ländermonitor berufliche Bildung 2017

Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit -
ein Vergleich zwischen den Bundesländern

Ländermonitor berufliche Bildung 2017

Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit
- ein Vergleich zwischen den Bundesländern

Susan Seeber, Martin Baethge, Meike Baas,
Maria Richter, Robin Busse, Christian Michaelis

Unter Mitarbeit von Stefan Fritzler-Espada, Julian Busse

Susan Seeber, Martin Baethge, Meike Baas,
Maria Richter, Robin Busse, Christian Michaelis

Ländermonitor berufliche Bildung 2017

**Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit -
ein Vergleich zwischen den Bundesländern**

Impressum

zum Ländermonitor
berufliche Bildung 2017
– Gesamtwerk –

Gesamtherstellung:

W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
wbv.de

Bielefeld 2018

Lektorat:

Katja Lange, richtiggut.com
Angelika Pohl, Hamburg

Grafiken:

Sandhya Shah, Düsseldorf
Nicole Meyerholz, Bielefeld
Nora Krull, Bielefeld

Layout:

Sandhya Shah, Düsseldorf

Umschlagfoto:

fotolia/ crevis

Bestellnummer: 6004634
ISBN (Print): 978-3-7639-5936-5

DOI: 10.3278/6004634w

DOI Tabellenanhang:

10.3278/6004634WA

Printed in Germany

SOFI

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
an der Georg-August-Universität

Autoren:

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)
Prof. Dr. Martin Baethge
Dr. Maria Richter

**Georg-August-Universität Göttingen, Professur für
Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung**

Prof. Dr. Susan Seeber
Dr. Meike Baas
Dr. Christian Michaelis
Robin Busse

Dies ist der Abschlussbericht des Forschungsprojekts Ländermonitor berufliche Bildung 2017. Das Forschungsprojekt ist eine Kooperation des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen und der Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Universität Göttingen und wird von dem Projekt Chance Ausbildung der Bertelsmann Stiftung gefördert.

Diese Publikation ist frei verfügbar zum Download unter
wbv-open-access.de

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Für alle in diesem Werk verwendeten Warennamen sowie Firmen- und Markenbezeichnungen können Schutzrechte bestehen, auch wenn diese nicht als solche gekennzeichnet sind. Deren Verwendung in diesem Werk berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese frei verfügbar seien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
1 Das Konzept des Ländermonitors berufliche Bildung 2017.....	8
1.1 Zur Rolle der Länder in der beruflichen Bildung	8
1.2 Zielperspektive des Monitors: ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Chancengerechtigkeit	10
1.3 Darstellungs- und Methodenkonzept des Ländermonitors.....	13
2 Sozioökonomische Handlungsbedingungen für Berufsbildung und Berufsbildungspolitik in den Ländern (Kontextfaktoren).....	15
2.1 Ökonomische Kontextfaktoren	16
2.2 Demografische und bildungsbezogene Kontextfaktoren	18
2.3 Fiskalische Faktoren der Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung	21
3 Einmündung in berufliche Ausbildung und beruflicher Übergangssektor	24
3.1 Einleitung.....	24
3.2 Einmündung in die drei Sektoren der beruflichen Bildung	26
3.2.1 Indikatoren der Einmündung.....	26
3.2.2 Neuzugänge in die drei Sektoren beruflicher Ausbildung	26
3.2.3 Neuzugänge nach schulischem Vorbildungsniveau	31
3.2.4 Ausbildungszugang für ausländische Jugendliche	35
3.2.5 Neuzugänge in Ausbildung nach Geschlecht.....	38
3.3 Strukturen, Reformmaßnahmen und Effekte des beruflichen Übergangssektors.....	41
3.3.1 Entwicklung der Verteilung der Neuzugänge auf das Maßnahmenangebot des Übergangssektors	43
3.3.2 Zusätzlich erworbene Schulabschlüsse im Übergangssektor	49
3.4 Berufsvorbereitende Angebote für Schutz- und Asylsuchende	53
3.5 Verschiebung des dynamischen Zentrums in der Berufsausbildung (Fazit)	65
4 Ausbildungsangebote: Leistungsbilanz und soziale Strukturierung	68
4.1 Einleitung.....	68
4.2 Angebote der dualen Ausbildung.....	69
4.2.1 Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote	69
4.2.2 Angebots-Nachfrage-Relation	76
4.2.3 Angebots-Nachfrage-Relation in Berufen für Menschen mit Behinderungen	83
4.2.4 Unbesetzte Stellen und unvermittelte Bewerber.....	86
4.3 Vollzeitschulisches Angebot	88
4.4 Berufliche Segmentation in der Einmündung in die duale Ausbildung	93
4.5 Ungleiche Leistungsfähigkeit der Berufsbildung in den Bundesländern (Fazit)	101

5	Ausbildungsverlauf und Ausbildungsergebnisse	104
5.1	Einleitung	104
5.2	Vorzeitige Vertragslösungsquote.....	105
5.3	Absolventenquote.....	113
5.3.1	Absolventenquote des dualen Systems.....	113
5.3.2	Absolventenquote des Schulberufssystems.....	115
5.4	Integration in den Arbeitsmarkt	116
5.4.1	Beschäftigungsstatus 24 Monate nach Abschluss der Ausbildung.....	117
5.4.2	Ausbildungsadäquanz.....	121
5.4.3	Jugendarbeitslosigkeit.....	122
5.4.4	Erwerbslosenquote für Personen ohne Abschluss.....	123
5.5	Ambivalente Ausbildungsergebnisse (Fazit).....	130
6	Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit	133
6.1	Die Verschiebung der Koordinaten im Berufsbildungssystem	133
6.2	Die ökonomische Leistungsfähigkeit	134
6.3	Chancengerechtigkeit	140
6.4	Neue Herausforderungen für das Steuerungssystem der beruflichen Bildung	145
7	Länderberichte.....	146
	Baden-Württemberg	146
	Bayern.....	163
	Berlin	180
	Brandenburg.....	193
	Hamburg.....	210
	Hessen	223
	Mecklenburg-Vorpommern	241
	Niedersachsen	256
	Nordrhein-Westfalen.....	272
	Rheinland-Pfalz	289
	Saarland	308
	Sachsen	321
	Sachsen-Anhalt	337
	Schleswig-Holstein	357
	Thüringen	374
	Glossar.....	390
	Literaturverzeichnis	392
	Tabellenanhang.....	398

Tabellenanhang mit allen Daten zum Download
<https://www.wbv.de/artikel/6004634wa>

Abkürzungsverzeichnis

ANR	Angebots-Nachfrage-Relation
APO-BVS	Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsvorbereitungsschule
AV Dual	Dualisierte Ausbildungsvorbereitung
AVJ	Ausbildungsvorbereitungsjahr
AV-M	Ausbildungsvorbereitung für Migranten
AV-SH	Ausbildungsvorbereitung Schleswig Holstein
AZR	Ausländerzentralregister
BA	Bundesagentur für Arbeit
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bbs-VO	Verordnung für berufsbildende Schulen
BEK	Berufseingangsklassen
BFS	Berufsfachschule
BGB	Berufsbildungsreformgesetz
BGJ	Schulisches Berufsgrundbildungsjahr
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIK	Berufsintegrationsklassen
BIK/V	Berufsintegrationsvorklassen
BIP p. c.	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
BK	Berufskolleg
BQL	berufsqualifizierende Lehrgänge
BSVO	Berufsschulverordnung
BÜA	Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Schulisches Berufsvorbereitungsjahr
BVJA	Berufsvorbereitungsjahr für ausländische Schüler
BVJ-S	Berufsvorbereitungsjahr Sprachförderung
DaZ	Deutsch als Zweitsprache
DSD	Deutsches Sprachdiplom
EQ	Einstiegsqualifizierung
ESA	Erwerb des 1. allgemeinbildenden Schulabschlusses
FFM	Fit für Mehr
GVBj	Gestrecktes Berufsvorbereitungsjahr
HwO	Handwerksordnung
HZB	Hochschulzugangsberechtigung
IABE	integrierte Ausbildungsberichterstattung
IFK	Internationale Förderklasse
ILO	International Labour Organisation
InteA	Integration durch Anschluss und Abschluss
KIdB	Klassifikation der Berufe
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSOB	Klassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag
OFL	Ostdeutsche Flächenländer
SMK	Staatsministerium für Kultus
SPRINT	Sprach- und Integrationsprojekt
STA	Stadtstaaten
StBA	Statistisches Bundesamt
SVB	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
VABO	Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen
WFL	Westdeutsche Flächenländer

1 Das Konzept des Ländermonitors berufliche Bildung 2017

1.1 Zur Rolle der Länder in der beruflichen Bildung

Nachdem im letzten Jahrzehnt neben dem nationalen Bildungsbericht eine Fülle von Bildungsberichten von Ländern und Kommunen veröffentlicht worden sind, beleuchtet die Tatsache, dass vor zwei Jahren zum ersten Mal ein *Länderbericht berufliche Bildung* von einer privaten Stiftung initiiert wurde, die besondere Stellung der Berufsausbildung in Bildungspolitik und -monitoring in Deutschland: Seit über einem Jahrhundert wird Berufsbildung mit betrieblicher bzw. dualer Ausbildung gleichgesetzt, ist als Teil des Rechts der Wirtschaft und der Arbeit institutionalisiert und damit vorrangig in die gesamtstaatliche Verantwortung gegeben und durch Bundesgesetz und nicht durch Ländergesetze reguliert wie die allgemeinbildenden Schulen und die Hochschulen. Zwar kommt den Ländern auch innerhalb der dualen Ausbildung für den schulischen Teil eine wichtige Funktion zu. Da diese aber gegenüber der betrieblichen Ausbildung, die mit ihrem Ausbildungsangebot die berufsinhaltlichen Weichen stellt, nachgeordnet und untergewichtet ist, bleibt die Teilzeitberufsschule bis heute eher Junior- als gleichberechtigter Partner der betrieblichen Ausbildung, der weder in der Bestimmung der betrieblichen Ausbildungsinhalte noch bei den Abschlussprüfungen ein tragendes Gewicht hat.

Das bis heute dominante gesellschaftliche Verständnis von Berufsbildung und ihre Institutionalisierung außerhalb der föderalen Bildungskompetenz schlagen sich auch in der Berichterstattung nieder. Ihr zentrales Medium ist der jährliche Berufsbildungsbericht der Bundesregierung, der im Berufsbildungsgesetz verankert ist und dem in jüngerer Zeit ein umfassender „Datenreport zum Berufsbildungsbericht“ des jeweiligen Jahres zur Seite gestellt wird, der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erarbeitet wird. In beiden „Bundes“-Berichtsdokumenten sind die von den Ländern verantwortete berufsschulische Seite der dualen Ausbildung sowie die anderen Berufsbildungsaktivitäten der Länder allenfalls marginal berücksichtigt, nicht aber im Sinne einer systemischen Durchleuchtung und kritischen Beurteilung der Länderpolitik in der beruflichen Bildung. Auch in einigen Länder- und kommunalen Bildungsberichten wird die Berufsausbildung eher zurückhaltend thematisiert. Entsprechend den jeweiligen bildungspolitischen Kompetenzen der Gebietskörperschaften verstehen sich diese Berichte eher als Berichte zur schulischen Bildung – inzwischen einschließlich der frühkindlichen Bildung.

Die relativ weitgehende Ausblendung der Länder als zentrale berufsbildungspolitische Akteure in der öffentlichen Wahrnehmung und im Großteil der Bildungsberichterstattung erscheint als in doppelter Weise wirklichkeitsfremd und kontrafaktisch: Erstens wird die historische Entwicklung der beruflichen Bildung übergangen, innerhalb der es schon früh andere als duale Ausbildungsformen gab, die in der Bundesrepublik der politischen Zuständigkeit der Länder zugewiesen wurden (z. B. Ausbildung für Pflege-, Betreuungs- und Erziehungstätigkeiten). Zweitens werden vielfältige berufsbildungspolitische Aktivitäten der Länder, die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen (vgl. Greinert 2006) und die mittlerweile ein gleich großes Gewicht wie die duale Ausbildung haben (Tab. 1.1), vernachlässigt und der öffentlichen Diskussion, wenn schon nicht ganz vorenthalten, so doch recht unvollständig zugänglich gemacht. Wie sehr dies der Fall ist, macht ein kurzer Blick auf die berufsbildungspolitischen Aktivitäten der Länder jenseits der Teilzeitberufsschule deutlich:

Tabelle 1.1 Ausbildungsanfänger nach dualen und vollzeitschulischen Ausbildungsgängen 2015

Duales System	
Duale Ausbildung ohne Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) kooperativ	460.148
BGJ kooperativ	19.397
Summe duales System	479.545
Vollzeitschulische Ausbildungsgänge	
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	14.639
Fachgymnasien, Hochschulzugangsberechtigung (HZB) und schulische Berufsausbildung	1.754
Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	20.943
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	65.697
Schulen des Gesundheitswesens	63.106
Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	38.527
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	4.158
Summe vollqualifizierende Ausbildungsgänge	208.824
Allgemeinbildende Bildungsgänge an Berufsfachschulen zur Erfüllung der Schulpflicht bzw. zum Nachholen von Abschlüssen der Sek I	22.552
Bildungsgänge an Berufsschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	47.355
BGJ (vollzeitschulisch)	6.285
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	41.355
Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjährige Berufseinstiegsklassen	72.450
Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag	17.370
Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek I anstreben	400
Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.829
Berufsvorbereitende Bildungsgänge (Bundesagentur für Arbeit)	44.760
Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	9.839
Summe Ausbildungsgänge Übergangsbereich	266.195
Summe vollzeitschulische Ausbildungsgänge	475.019
Nachrichtlich: Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit an beruflichen Schulen	22.109

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Außerhalb der Teilzeitberufsschule, deren Funktion innerhalb der dualen Ausbildung vor dem Hintergrund von Globalisierung und Digitalisierung und immer stärker wissensintensiven Berufstätigkeiten für die Vermittlung berufsspezifischer und berufsübergreifender Kompetenzen angestiegen ist, und die zudem einen Bildungsauftrag zu erfüllen hat, ist hier an erster Stelle die vollzeitschulische Berufsausbildung mit über 200.000 Anfängern im Jahr 2015 zu nennen (Tab. 1.1). Sie hat ihren Anteil an den vollqualifizierenden Ausbildungsgängen in jüngster Zeit leicht ausbauen können – zulasten der dualen Ausbildung. Die von ihr bedienten Berufsfelder umfassen aktuell vor allem die kaufmännischen und technischen Assistenzberufe sowie die Ausbildungen in den Sozial-, Pflege- und Erziehungsberufen, wobei für Letztere die Zahl ihrer Ausbildungsverhältnisse im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gewachsen ist und weiter zunehmen wird.

Der zweite große vollzeitschulische Komplex der Länder umfasst ihre Angebote zum Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung, die sich nicht allein auf Ausbildungsvorbereitung beschränken, sondern auch noch der Verbesserung der Allgemeinbildung und dem Nachholen von Schulabschlüssen dienen: ein- und zweijährige Berufsfachschulen, Berufs- bzw. Ausbildungsvorbereitungsjahr (BVJ, AVJ), Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und Angebote für noch schulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, um nur die quantitativ wichtigsten zu nennen (Tab. 1.1). Ohne die Angebote der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Übergangssektor kommt die Zahl der Neuanfänger in berufsschulischen Ausbildungsvorbereitungsklassen auf

190.000 im Jahr 2015, also auf annähernd gleich viel wie in vollqualifizierenden schulischen Ausbildungen.

Im Gesamt der Berufsbildungsangebote unterhalb der Hochschulebene für Schulabsolventen¹ sind die Angebote der Länder zahlenmäßig gleich stark, wenn nicht stärker als die der Träger dualer Ausbildung. Aber die quantitative Relation ist weniger entscheidend als der funktionale Beitrag der Länder zur Berufsausbildung. Ohne ihre Angebote in der Ausbildungsvorbereitung, in den staatlich anerkannten vollzeitschulischen Ausbildungsgängen und in den Teilzeitberufsschulen würde es in Deutschland keine Berufsausbildung geben; das war vor dem Zweiten Weltkrieg noch anders. Allein schon wegen ihrer funktionalen Bedeutung sind die Länder ein zentraler Akteur in der Berufsbildung, dessen berufsbildungspolitisches Handeln sowohl die Wirtschaftskraft ihrer Länder über die berufliche Förderung des Arbeitskräfte-nachwuchses mitgestaltet als auch die sozialen Chancen der nachwachsenden Generation wesentlich mitprägt. Dieser funktionalen Bedeutung entspricht weder die Aufmerksamkeit, die der Rolle der Länder in der öffentlichen Diskussion und der Berufsbildungspolitik gezollt wird, noch möglicherweise die Selbstwahrnehmung in den Ländern, in denen traditionell die Allgemeinbildung einen Vorrang in der Bildungspolitik genießt. Wo immer die Gründe für die Vernachlässigung der Länder in der Berufsbildungsdiskussion auch liegen: Ihre zentrale Bedeutung als Raum wie als Akteur für Berufsbildung macht eine vergleichende Ausbildungsberichterstattung überfällig.

Für eine solche Berichterstattung sprechen noch zwei weitere Aspekte, die in den bisherigen Diskussionen über Monitoring und Regulation von Berufsausbildung zu wenig Gewicht gehabt haben: Zum einen lassen sich Berufsausbildung und Allgemeinbildung von den Inhalten her immer weniger trennscharf abgrenzen. Am deutlichsten tritt dieser Sachverhalt bei der Berufsvorbereitung zutage, hat aber auch für die Berufsausbildung und die (Fach-)Hochschulbildung zunehmend Relevanz. Auf allen drei Ebenen sind die Länder seit Längerem verstärkt im Feld der Berufsbildung gefordert. Zum anderen werden die Länder – wie es der Abteilungsleiter eines Kulturministeriums ausdrückte – de facto zu „Ausfallbürgschaften für Versäumnisse in der bundesrechtlich geregelten dualen Ausbildung“ verpflichtet, wenn etwa das betriebliche Ausbildungsplatzangebot die Nachfrage verfehlt. Die Verpflichtung ist zwar nicht gesetzlich festgelegt, aber politisch für die Länder kaum abweisbar, weil sie in der Bevölkerung für Bildung als zuständig angesehen werden und sie der Legitimationsverlust bei größeren Schwächen der Ausbildung trifft.

1.2 Zielperspektive des Monitors: ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Chancengerechtigkeit

Das zweifelhafte Erbe der Vergangenheit, die Länder in der Berufsbildungspolitik und diskussion- seit Langem auf einem Abstellgleis zu parken, legt für den Ländermonitor als erstes Ziel nahe, die Bedeutung der Länder in der Berufsausbildung ins Bewusstsein von Öffentlichkeit und Politik zu rücken. Dies kann nicht allein mit einer quantitativen Beschreibung ihrer Aktivitäten (Tab. 1.1) geschehen. Vielmehr muss es darum gehen, zu zeigen, wie die Länder selbst ihre berufsbildungspolitischen Verantwortlichkeiten wahrnehmen und mit welchen Problemen sie dabei konfrontiert sind. Problemkonstellationen und Politikkonzepte für Berufsausbildung variieren zwischen den

¹ Im Länderbericht berufliche Bildung 2017 wird durchgehend das generische Maskulinum verwendet, mit dem gleichermaßen beide Geschlechter bezeichnet werden. Nach Frauen und Männern wird nur dort auch sprachlich unterschieden, wo das Geschlechtsmerkmal relevant für Untersuchung und Schlussfolgerungen ist. Die Berufsabschlüsse werden, wie vom AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) vorgeschrieben, in der Doppelform genannt.

Ländern. Eine Analyse dessen, mit welchen Effekten für Ausbildungsangebote und -gestaltung sie das tun, kann zwischen den Ländern wechselseitige politische Lernprozesse im Umgang mit der Aufgabe Berufsausbildungsgestaltung unter wechselnden Kontextbedingungen eröffnen. Diesem Ziel sieht sich der Ländermonitor berufliche Bildung verpflichtet; er zielt nicht auf ein Ranking zwischen den Ländern, für das, selbst wenn man es anstrebt, die methodischen Voraussetzungen auch fehlen.

So wie jede Bildungsberichterstattung, die mehr sein will als eine Fortschreibung von Kennziffern im Sinne eines statistischen Reports und die eine Problemanalyse eines Bildungsbereichs in praktischer Absicht zum Ziel hat, eines normativen Bezugsrahmens bedarf, so ist auch für den Ländermonitor berufliche Bildung ein normatives Konzept erforderlich, auf das bezogen sich kritische Aussagen zur Berufsausbildung in den Ländern formulieren lassen, die ihrerseits als Grundlage für politisches Handeln der Akteure in den Ländern dienen können.

Im Konsens von Bertelsmann Stiftung und Autoren-Team wurden dem normativen Konzept des Ländermonitors die beiden Zieldimensionen *ökonomische Leistungsfähigkeit* und *soziale Chancengerechtigkeit* zugrunde gelegt. Diese Dimensionen reflektieren jenseits des allgemeinen Bildungsauftrags der Persönlichkeitsentwicklung, der auch für die Berufsausbildung Gültigkeit hat, den für berufliche Bildung spezifischen Auftrag, zum einen den wirtschaftlichen Leistungsprozess durch Qualifikation der Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten und zum anderen den Individuen die für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsarbeit und selbstständige Bewegungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen zu vermitteln. Die Länder haben beide Perspektiven in ihrer Politik zu berücksichtigen und auftretende Schief lagen in der einen oder der anderen Dimension zu bearbeiten. Fehlt es dem Arbeitsmarkt an Fachkräften, drohen wirtschaftliche Leistungseinbußen. Kommt es zu Benachteiligung in der Berufsausbildung, steht die politische Legitimation bei den betroffenen Jugendlichen leicht infrage. Die beiden zentralen Dimensionen der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der sozialen Chancengerechtigkeit sind in der Realität der Berufsausbildung untrennbar miteinander verbunden, da sie in den gleichen Ausbildungsprozessen erreicht werden müssen. Ihre analytische Unterscheidung ist gleichwohl unverzichtbar, weil hinter ihnen jeweils andere Betrachtungsweisen und Interessenperspektiven stehen.

Ökonomische Leistungsfähigkeit

Von ihren frühen Anfängen her hat die Bildungsökonomie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als zentralen Parameter für staatliche wie auch private Bildungsinvestitionen betrachtet (Baethge u. a. 2016: 14).

Im Rahmen des Ländermonitors kann ökonomische Leistungsfähigkeit nicht in der vollen Breite der Kategorie thematisiert werden. Beispielsweise kann vor allem aus methodischen Gründen das Verhältnis von Ausbildungsinvestitionen und Produktivitätsfortschritt oder Wertzuwachs für Unternehmen oder für die Volkswirtschaft der Länder (Bruttoinlandsprodukt) nicht aufgegriffen werden.

Beim Ländermonitor berufliche Bildung steht mit dem Bezug auf Arbeitskraft die andere Dimension ökonomischer Leistungsfähigkeit im Zentrum, durch die Produktivitäts- und Einkommenseffekte erst möglich werden. In der internationalen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wie auch in der sie stützenden Forschung ist man sich darüber einig, dass eine gute berufliche Ausbildung einen substanziellen Beitrag zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen leisten und damit auch die Wohlfahrt von Staaten und Regionen fördern kann (OECD 2010). Dies gilt verstärkt unter den Bedingungen einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie, in der

ungelernte Tätigkeiten in der Tendenz rückläufig sind und sich das qualifikatorische Anforderungsniveau bei der Mehrheit der Arbeitsplätze erhöht.

Die Betrachtungsperspektive auf Arbeitskraft und Humanressourcen hat eine individuelle, auf die berufliche Handlungsfähigkeit der künftigen Erwerbstätigen bezogene, und eine institutionelle, markt- und unternehmensbezogene Seite, bei der es um die Sicherstellung und Weiterentwicklung des quantitativen und qualitativen Arbeitskräftepotenzials geht. Die individuelle Dimension der Leistungsfähigkeit umfasst die Kompetenzen und Fertigkeiten, die erforderlich sind, damit ein Auszubildender nach Ausbildungsabschluss sich selbstständig und in Kooperation mit anderen in der betrieblichen Arbeit und auf dem Arbeitsmarkt bewegen und seine Berufsbiografie gestalten kann. Berufliche Handlungsfähigkeit zu vermitteln, ist dem Berufsbildungssystem als Ziel und Auftrag gesetzlich zugewiesen (vgl. BBiG 2005: § 1).

Bei der institutionellen Dimension der Bereitstellung von Humanressourcen stehen Passungsprobleme zwischen den in der Ausbildung vermittelten Qualifikationen/Kompetenzen und den Anforderungen und Bedarfen der Unternehmen und des Arbeitsmarktes im Zentrum. Es ist zu fragen, wieweit es dem Ausbildungssystem gelingt, die qualitative und quantitative Nachfrage zu decken. Diese Frage ist nicht einzelwirtschaftlich auf der Ebene eines Berufs oder eines Betriebs, sondern mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die mittelfristig zu erwartende Berufsstruktur zu beantworten.

Im Ländermonitor werden die arbeitsmarkt- und berufsbezogenen Leistungsaspekte sowohl bei den Angebots-Nachfrage-Relationen im Ausbildungszugang (vgl. Abs. 3.2 und 4.2) als auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt nach Ausbildungsabschluss (vgl. Abs. 5.4) aufgegriffen. Zudem werden unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit auch Fragen von Diskontinuitäten im Ausbildungsverlauf, z. B. vorzeitige Vertragslösungen, und erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse thematisiert und in ihrer zeitlichen Entwicklung dargestellt (vgl. Abs. 5.2 und 5.3).

Soziale Chancengerechtigkeit

Soziale Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit sind seit Jahrzehnten das große Thema der sozialwissenschaftlichen und politischen Bildungsdiskussion. Obwohl beide Begriffe unterschiedliche theoretische Konnotationen aufweisen und in unterschiedlichen wissenschaftlichen Diskursen verankert sind (vgl. Baethge u. a. 2016: 16 ff.), werden sie im Ländermonitor weitgehend synonym verwendet. Sie finden in der *Perspektive auf gesellschaftliche Teilhabe*, die inzwischen zur gemeinsamen normativen Basis auch vielfältiger politischer Proklamationen – z. B. der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 (Bundesgesetzblatt 2008 Teil II), der „Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ (Deutscher Bundestag 2008) und dem „Gleichstellungsbericht“ der Bundesregierung (BMFSFJ 2011) – geworden ist, ihren gemeinsamen Bezugspunkt.

Berufsausbildung kann in besonderem Maße als Institution angesehen werden, die Teilhabechancen vermittelt, da sie einen doppelten Bezug zu gesellschaftlicher Teilhabe aufweist: zum einen durch die Entwicklung langfristig wirkender individueller Kompetenzen und Fähigkeiten und zum anderen durch den direkten Bezug auf Arbeit als Medium materieller Lebensgestaltung, sozialer Einbindung und Kommunikation. Die Betrachtungsrichtung ist, wie und mit welchen Teilhabeperspektiven die Berufsbildung in den Ländern dies für Individuen mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen und unterschiedlichen Ansprüchen schafft.

Diese wird im Ländermonitor vor allem durch die Analyse der beiden zentralen Schnittstellen der Berufsausbildung, dem Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung und nach deren Durchlaufen dem Übergang in den Arbeitsmarkt, ausgefüllt, indem auf die personenbezogenen sozialen Merkmale abgestellt

wird. In negativer Abgrenzung heißt das, dass kaum Aussagen gemacht werden können über soziale und kognitive Kompetenzen, die in der Berufsausbildung erworben werden und die für individuelle Berufsbiografien und Teilhabechancen wichtig sind.

Stärker als im ersten Ländermonitor werden besondere Ungleichheitskonstellationen wie die Ausbildungssituation von Asyl- und Schutzsuchenden und von Jugendlichen mit Behinderungen ausgeleuchtet (vgl. Abs. 3.4 und 4.2), da in ihnen besonders gravierende und dringliche Länderaufgaben in der Berufsausbildung gesehen werden müssen.

1.3 Darstellungs- und Methodenkonzept des Ländermonitors

Anders als im ersten Ländermonitor werden die beiden Leitdimensionen nicht in jeweils separaten Kapiteln, sondern integriert abgehandelt, da dadurch die Verschränkungen von Leistungs- und Gerechtigkeitsaspekten in der Berufsbildungsrealität besser sichtbar gemacht und Redundanzen vermieden werden können. Diese Umstellung der Gliederung hat weitreichende Konsequenzen für den ganzen Aufbau des Ländermonitors: Er wird jetzt in seiner Kapitelfolge nach dem Verlauf der Ausbildung strukturiert: Einmündung in die berufliche Bildung (Kap. 3), Ausbildungsangebote und soziale Strukturierung (Kap. 4), Ausbildungsverlauf und Ausbildungsergebnisse (Kap. 5).

Um die beiden Leitdimensionen nicht in der Fülle der Daten zu den Ausbildungsverläufen untergehen zu lassen, werden sie am Ende der Kapitel in einem Fazit ebenso wie im Schlusskapitel als Reflexionsfolie aufgegriffen.

Als berufliche Bildung wird im Ländermonitor nur institutionell auf Länderebene verfasste Berufsausbildung betrachtet, nicht die vielfältigen Formen individueller informeller Aneignung beruflicher Kompetenzen, deren Wichtigkeit für Individuen und für Arbeitsprozesse damit aber nicht infrage gestellt wird. Jedoch muss man für eine Analyse der Berufsausbildungen in den Ländern auf die von diesen gestalteten institutionellen Ausbildungsaktivitäten zurückgreifen können (sofern sich diese auf Unterstützungsprogramme für informelles Lernen, z. B. über digitalisierte Formen, beziehen, sind sie mit einzubeziehen). Für die institutionalisierte Berufsausbildung konzentriert sich die Analyse auf die drei großen Sektoren der Berufsausbildung unterhalb der Hochschulebene, die im nationalen Bildungsbericht entwickelt worden sind und heute allgemein verwendet werden (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 79):

- Das *duale System* der Berufsausbildung, in dem in Kombination von Betrieb und Teilzeitberufsschule für anerkannte Ausbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) ausgebildet wird
- Das *Schulberufssystem*, in dem in vollzeitschulischer Form in Verantwortung von Schulträgern (freien Trägern oder Berufsschulen), die durch Landesgesetzgebung kontrolliert werden, in gesetzlich anerkannten Berufen ausgebildet wird
- Der *berufliche Übergangssektor*, in dem alle Ausbildungsangebote zusammengefasst sind, die unterhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung liegen und berufsvorbereitenden und/oder die Allgemeinbildung von Schulabsolventen verbessernden Charakter haben

Die Konzentration des Berichts auf den mittleren Bildungsbereich bedeutet nicht, dass die Länder nicht wichtige andere berufsbildungsrelevante Kompetenzen hätten und Aktivitäten wahrnehmen: z. B. in der Verantwortung für den Hochschulzugang und im Fachschul- und Weiterbildungsbereich. Man könnte einen Ländermonitor berufliche Bildung auch darauf ausdehnen. Das aber würde unversehens zu einem Gesamtbildungsbericht führen und den Rahmen des Monitors sprengen. Wo andere Bildungsaktivitäten

der Länder an die Berufsausbildung (im engeren Sinne) stoßen, werden sie aufgenommen, so z. B. bei den Kontextfaktoren (Kap. 2) in dem Verweis auf die Beschäftigungsstruktur nach Qualifikationsniveau.

Da der Ländermonitor berufliche Bildung auf Wiederholbarkeit und Kontinuität hin angelegt ist, sind seine Analysen vor allem auf quantitative Daten angewiesen, die regelmäßig auch für die Länderebene erhoben werden. Es geht vorrangig um amtliche Daten oder um Surveys, die für die 16 Bundesländer repräsentativ sind. Diese Bedingung für die Datenqualität erfüllt am ehesten die Berufsbildungsstatistik für die duale Ausbildung, die als Bundesstatistik durch Berufsbildungsgesetz (§ 88 BBiG) geregelt und bundeseinheitlich für alle 16 Bundesländer erhoben wird. Die zweite große Datenquelle bietet die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE), die vom Statistischen Bundesamt verwaltet wird und die früher zwischen den Ländern oft in den Bezeichnungen divergierenden Berufsschulstatistiken vereinheitlicht. Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstatistik wird für die Analyse der Übergänge von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt und der Passungsprobleme zwischen Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen herangezogen. Schließlich sind für die Ländermonografien regionalisierte Daten der Schul- und Arbeitsmarktstatistiken der jeweiligen Länder auszuwerten.

Die Pilot-Version des Ländermonitors (Baethge u. a. 2016) hat die Grenzen des Konzepts der Konzentration auf indikatorisierte quantitative Daten aufgezeigt. Diese eignen sich gut dazu, Strukturdifferenzen in der Berufsausbildung zwischen den Ländern herauszuarbeiten und die Länder als sozialräumliche Einheiten im Vergleich auszuleuchten, die sowohl ökonomische als auch soziale Bedingungen für die Berufsausbildung vorgeben. Die zweite Dimension, dass Bundesländer als zentrale politische Akteure für die Gestaltung der Berufsausbildung fungieren, bleibt bei diesem Datenkonzept jedoch unterbelichtet. Deswegen wird im Ländermonitor berufliche Bildung 2017 das Methodenkonzept erweitert und versucht, mithilfe qualitativer Daten, die vorrangig durch die Auswertung von berufsbildungspolitischen Dokumenten der Landespolitik, jedoch auch durch empirische Studien gewonnen werden sollen, die Akteursseite zu stärken. Dies könnte den im Ländervergleich herausgearbeiteten Differenzen eine zu den Strukturunterschieden hinzutretende Erklärungsdimension verleihen und in den monografischen Darstellungen der einzelnen Länder eine größere Erklärungstiefe ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, wieweit Berufsbildungspolitik in den Ländern von Entwicklungen auf der übergeordneten Ebene des Bundes beeinflusst und gefordert wird. Dies geben Ländervertreter zu bedenken, etwa im Zusammenhang mit der dualen Ausbildung, bei der Versäumnisse oder Schwächen der bundesrechtlichen Steuerung auf die Länder im Sinne von Ersatzlösungen zurückfallen. Oder etwa im Zusammenhang mit der Versorgung von Asyl- und Schutzsuchenden mit Berufsbildung jeglicher Art.

Wie bereits die Pilot-Version des Ländermonitors berufliche Bildung ist auch der Monitor 2017 in zwei Hauptteile gegliedert: Der erste Teil beinhaltet den Vergleich zwischen den Ländern entlang der Ausbildungsverläufe und der beiden Leitdimensionen der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der Chancengerechtigkeit. Der zweite Teil präsentiert 15 Länderberichte² in monografischer Form, in denen für jedes Land die spezifischen sozioökonomischen Handlungsbedingungen und die landestypischen Entwicklungsmerkmale und Probleme von Berufsausbildung und Berufsbildungspolitik dargestellt werden.

² Da für das Bundesland Bremen die regionalen Daten der Berufsausbildung für die iABE seit 2014 nicht fortgeschrieben wurden, kann für Bremen keine Ländermonografie erstellt werden. Das Fehlen dieser Daten führt auch dazu, dass Bremen in den Kapiteln 2 bis 4 bei vielen Indikatoren nicht berücksichtigt werden konnte.

2 Sozioökonomische Handlungsbedingungen für Berufsbildung und Berufsbildungspolitik in den Ländern (Kontextfaktoren)

Was für die Gestaltung von Bildung und Bildungspolitik insgesamt gilt, ist noch einmal in spezifischer Weise für Berufsausbildung und Berufsbildungspolitik relevant: Beide finden vor dem Hintergrund der in einem Land zur Verfügung stehenden Ressourcen, Potenziale und sozialen Bedingungen statt, die man als sozioökonomische Kontextfaktoren bezeichnen kann. Diese beeinflussen das Handeln der unterschiedlichen Akteure in der Berufsbildung, ohne dass man allerdings sagen könnte, in welcher Weise sie das tun. Allenfalls in Einzelaspekten lassen sich engere kausale Zusammenhänge zwischen Ausbildungsereignissen und Kontextfaktoren andeuten.

Kontextfaktoren werden hier als ausbildungspolitisch nur schwer (indirekt oder sehr langfristig) beeinflussbare gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen verstanden. Mit ihnen wird der sozioökonomische Raum, in den das Ausbildungswesen in den Ländern eingebettet ist, in wenigen zentralen Aspekten beschrieben. Die Kontextfaktoren bilden ein Modell von aus theoretischer Sicht bedeutsamen Rahmenbedingungen für die ökonomische Leistungsfähigkeit und die Chancengerechtigkeit des Ausbildungssystems, wobei sie sich jedoch für beide Darstellungsperspektiven unterschiedlich auswirken können. Damit sind theoretische Zusammenhänge zwischen diesen drei Analyseebenen vorausgesetzt, ohne dass allerdings ein direkter empirischer Kausalnexus unterstellt wird.

Welchen Einfluss beispielsweise der allgemein als Wohlstandsmaß für einen Raum (z. B. Bundesland) gehandelte Indikator Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (BIP p. c.) auf die Ausbildungssituation von Schulabsolventen in der Region hat, ist aus dem Indikator selbst nicht zu erschließen. Man kann zwar mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, dass in einem reichen Bundesland (hohes BIP p. c.) die Ausbildungschancen günstiger sind als in einem armen Bundesland (niedriges BIP p. c.), weil im reichen Bundesland wahrscheinlich mehr Betriebe mit hoher Produktivität produzieren als im armen Bundesland. Ob diese aber auch mehr Ausbildungsplätze anbieten, ist prinzipiell offen und kann abhängig von der Qualifikationsstruktur ihrer Belegschaften, der Rekrutierungsphilosophie des Managements und den Kostenkalkülen der Geschäftsleitung sein. Oder bezogen auf die Berufsbildungspolitik der öffentlichen Hand: Ob das in der Regel mit einem höheren BIP p. c. verbundene höhere Steueraufkommen für Berufsbildungszwecke eingesetzt wird bzw. werden kann, hängt von der Gesamtheit der von einer Landesregierung zu berücksichtigenden Verpflichtungen oder auch von ihren politischen Präferenzen ab. Ähnliches, wie hier für den Indikator BIP p. c. durchgespielt, ließe sich für andere Kontextfaktoren durchbuchstabieren – mit dem gleichen Ergebnis: Kontextfaktoren repräsentieren regionale Handlungsbedingungen für Berufsbildung und Berufsbildungspolitik, bestimmen aber keinen unmittelbaren kausalen Zusammenhang für bestimmte Ereignisse und Entscheidungen.

Im Folgenden werden die für Berufsbildung und Berufsbildungspolitik zentralen Kontextfaktoren im Ländervergleich dargestellt. Bei ihrer Interpretation ist im Auge zu behalten, dass die sozioökonomischen Bedingungen auch innerhalb eines Landes stark variieren können und ihre Darstellung auf Länderebene die landesinternen Differenzen nivelliert. Dies wird in den Länderberichten im Kapitel 7 des Berichts deutlich, die auf die gleichen Kontextfaktoren Bezug nehmen. Unterschieden werden drei Komplexe:

- Ökonomische Kontextfaktoren
- Demografische und bildungsbezogene Faktoren
- Fiskalische Faktoren der Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung

2.1 Ökonomische Kontextfaktoren

Man kann die Kontextfaktoren in Abb. 2.1 gleichsam als Kernindikatoren verstehen, an denen die großen ökonomischen Unterschiede in den berufsbildungspolitischen Handlungsbedingungen zwischen den Bundesländern deutlich werden: Bruttoinlandsprodukt der Bevölkerung, Anteil Großbetriebe, Anteil Beschäftigte in Produktionsberufen, Arbeitslosenquote. Die hypothetische Relevanz der Indikatoren für Berufsbildung und Berufsbildungspolitik lässt sich wie folgt begründen:

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat als allgemein anerkanntes Wohlstandsmaß einerseits einen indirekten Bezug (über das Steueraufkommen) zu den politischen Handlungsspielräumen des Landes, mithin auch auf die Bildungs- und Berufsbildungspolitik. Andererseits gibt es auch einen ersten Anhaltspunkt für die Sozialstruktur, von der Einflüsse auf Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen von Eltern und Jugendlichen ausgehen.

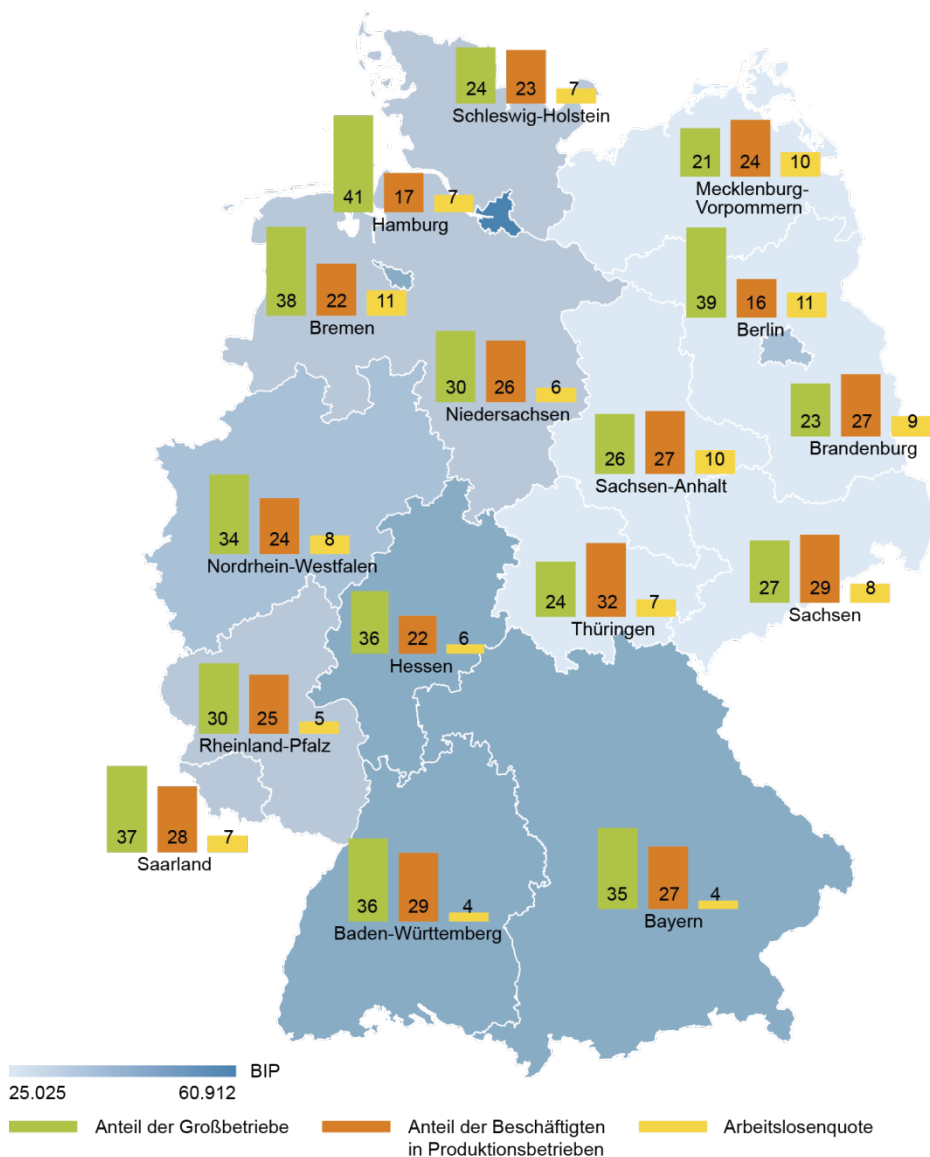
Die Betriebsstruktur eines Landes, für die hier der Indikator *Anteil der Großbetriebe* herangezogen wird, hat sowohl für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt eines Landes als auch für das Ausbildungsplatzangebot (vgl. Baas, Baethge 2017) Relevanz, ohne dass aber eindeutige Zuordnungen von Beschäftigungs- und Ausbildungsmerkmalen zu Betriebsgrößenklassen vorgenommen werden können. Der Indikator „Großbetrieb“ wurde als Proxy gewählt, weil Großbetriebe oft im Zentrum von (Zulieferer-) Netzwerkkonstellationen stehen und darüber auf nachhaltige Beschäftigungsstrukturen wirken können.

Für Deutschland als klassisches Industrieland, das auch heute noch seine ökonomische Stärke zu großen Teilen auf die industrielle Produktion stützt, kann man den *Anteil der Beschäftigten in Produktionsberufen* nicht nur als Indikator für die Bedeutung des Industriesektors für Wertschöpfung und Beschäftigungsstruktur eines Landes nehmen. Unter den Bedingungen arbeitsteiliger Wertschöpfungsketten wird man ihn auch als Grundlage des Ausbaus unternehmensbezogener Dienstleistungen, die bundesweit annähernd 50 % der Beschäftigungsverhältnisse ausmachen (Tab. 2.6A), und Merkmal für eine industriegestützte Mischwirtschaft verstehen können. Zudem sind die Produktionsberufe und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufe auch die wesentliche Grundlage der dualen Ausbildung.

Die *Arbeitslosenquote* wird als Indikator für den Zustand des Arbeitsmarktes und Beschäftigungssystems eines Landes und damit für die beruflichen Chancen von Ausbildungsabsolventen herangezogen.

Die in der Länderkarte zusammengefassten Kernindikatoren weisen ein deutliches Gefälle zwischen den Bundesländern auf. Bei den beiden Indikatoren für wirtschaftliche Leistungskraft, dem Bruttoinlandsprodukt und der Arbeitslosenquote, zeigt sich – sieht man einmal von Hamburg, dem als Stadtstaat reichsten Bundesland, und Bremen ab – das bekannte Süd-Nord- und West-Ost-Gefälle: Die drei Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern weisen mit jeweils über 42.000 € BIP p. c. die höchsten Einkommenswerte auf, während die ostdeutschen Länder mit zwischen 25.000 € (Mecklenburg-Vorpommern) und ca. 28.000 € (Sachsen) die ärmsten Bundesländer sind, die nicht einmal die Hälfte des BIP p. c. von Hamburg erreichen (Abb. 2.1). Hieran haben auch die relativ günstigen Steigerungsquoten des BIP p. c. im Osten in den letzten Jahren (Tab. 2.1A) wenig geändert.

Abbildung 2.1 Zentrale ökonomische Kontextfaktoren (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Anteil Beschäftigte in Produktionsberufen, Anteil Großbetriebe, Arbeitslosenquote) nach Ländern 2015



Anmerkung: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum Stichtag 31.12.2015, nach Revision der Beschäftigungsstatistik 2016

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik; BA-Beschäftigungsstatistik, Sonderauswertungen, Stichtag 31.12., eigene Berechnungen; Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte nach der ausgeübten Tätigkeit der Klassifikation der Berufe (KldB 2010) und ausgewählten Merkmalen, Datenstand Juli 2016; Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Datenstand 2016.

Mit der wirtschaftlichen Leistungskraft korrespondiert in etwa die Differenzierung der Arbeitslosenquoten – mit einer Ausnahme: Die Stadtstaaten (vor allem Berlin und Bremen) weisen 2015 in etwa gleich hohe Arbeitslosenquoten auf wie die ostdeutschen Länder (Abb. 2.1). Darüber hinaus aber haben die drei ökonomisch starken Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen (zusammen mit Rheinland-Pfalz) die niedrigsten Arbeitslosenquoten (Tab. 2.14A).

Die Betriebsgrößenstruktur und der Anteil der Beschäftigten in Produktionsberufen fügen sich dem Bild der ökonomischen Leistungsindikatoren nicht einfach ein. Die Betriebsgrößenstruktur, hier abgebildet über den Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben an allen Beschäftigten, differiert zwischen den Ländern weniger stark als die anderen Indikatoren. Sie zeigt aber im Durchschnitt dennoch die Tendenz, dass in den östlichen Ländern und in Schleswig-Holstein der Anteil der Großbetriebe deutlich geringer ist als in den übrigen westlichen Ländern.

Beim Anteil der Beschäftigten in Produktionsberufen zeigt sich ein ziemlich anderes Bild: Hier weisen die Stadtstaaten und Hessen die niedrigsten Werte auf. Die Arbeitsmärkte dieser Länder haben sich zu fast reinen Dienstleistungsarbeitsmärkten entwickelt (Tab. 2.6A), während umgekehrt im Osten nach der frühen Deindustrialisierungswelle in den 1990er-Jahren jetzt ein vergleichbarer Industriebesatz wie im Westen aufscheint.

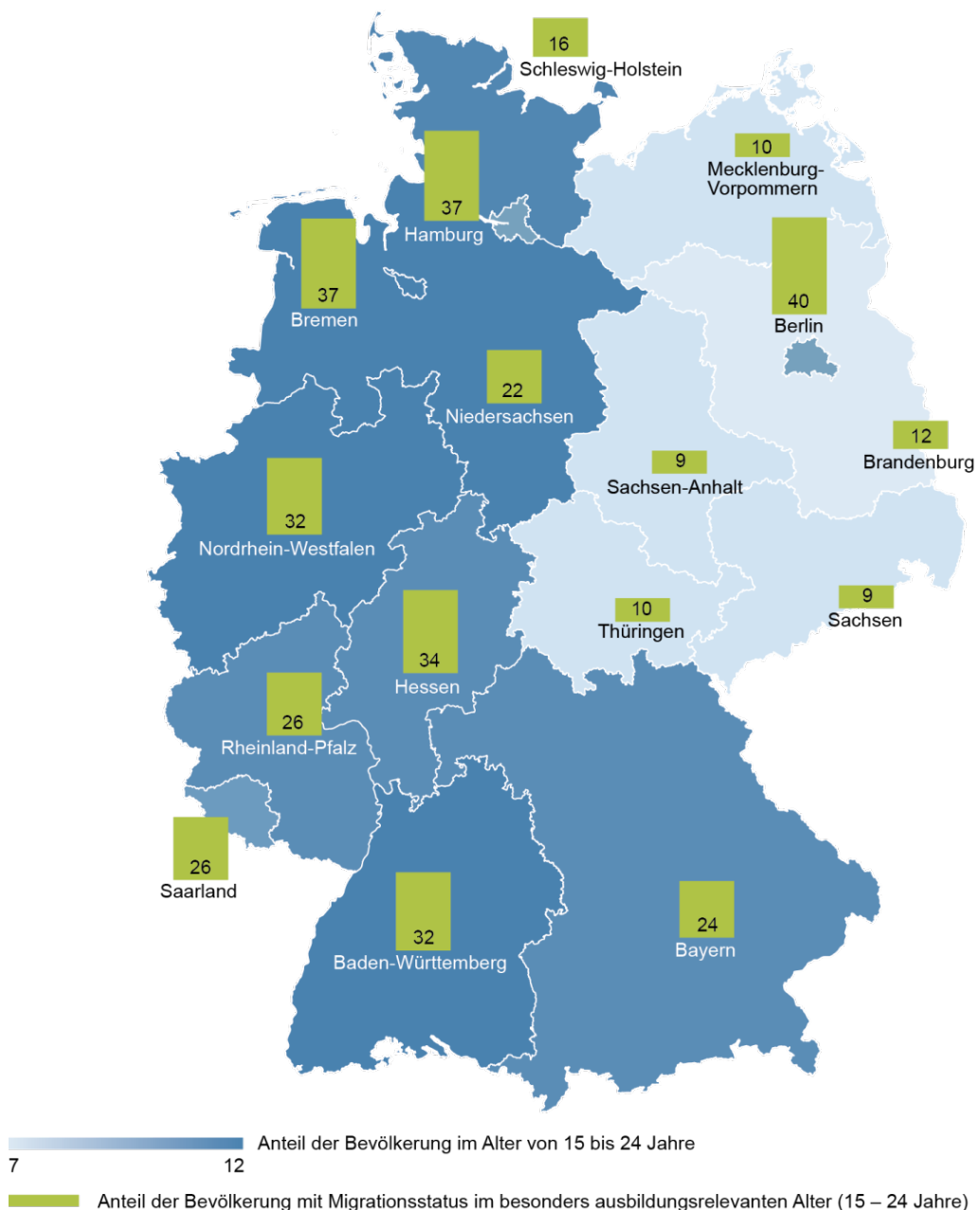
2.2 Demografische und bildungsbezogene Kontextfaktoren

Für die Bildungspolitik insgesamt wie auch für die Berufsbildung stellt im letzten Jahrzehnt die demografische Entwicklung den immer wieder reklamierten Bezugspunkt dar, und zwar in der doppelten Ausprägung von Altersstruktur und Migration. Beide Größen markieren Voraussetzungen und Herausforderungen für die quantitative und qualitative Gestaltung von (Berufs-)Bildungsangeboten durch die Politik. Außerdem differieren beide Merkmale stark zwischen den Ländern, wie sich zeigen wird. Als Indikatoren werden herangezogen

- Anteil der Bevölkerung im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15–24 Jahre),
- Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15–24 Jahre),
- Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen.

Die Bedeutung des Indikators Anteil der Bevölkerung im besonders ausbildungsrelevanten Alter für die Berufsbildungspolitik ist evident: Von ihm leitet sich die Nachfrage nach Ausbildungsmöglichkeiten ab; zugleich signalisiert er für Betriebe und Politik Veränderungen im Hinblick auf Nachfrage und mögliche Engpasssituationen. Die Relation bietet einen Anhaltspunkt für die Nachwuchssituation in den Ländern im nächsten Jahrzehnt.

Abbildung 2.2 Anteil der Bevölkerung von 15 bis 24 Jahren und Anteil der Personen mit Migrationshintergrund¹⁾ im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15–24 Jahre) 2015 nach Ländern



¹⁾ Hochrechnung anhand neuer Bevölkerungsfortschreibung (Basis: Zensus 2011).

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, ab 2011: Ergebnisse des Zensus, GENESIS-Online, eigene Berechnungen; Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2015; Sonderauswertung des statistischen Bundesamtes für die Altersgruppen der Migranten 15–24 Jahre

Ähnlich verhält es sich mit dem Indikator Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter, nur dass hier die für diese Gruppe spezifischen Herausforderungen (Verbindung von Spracherwerb, kultureller Kompetenz und Berufsorientierung) im Zentrum stehen und sich unter der Doppelperspektive von ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit die Frage stellt, wieweit es den Akteuren in der Berufsbildung gelingt, das Leistungspotenzial dieser Gruppe zu

aktivieren und ihr zugleich soziale Chancen durch berufliche Integration zu bieten. Angesichts der starken Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden in den letzten Jahren gewinnt dieser Indikator seine Spezifik und sein aktuelles Gewicht. Der Indikator wird (im Tabellenanhang) danach differenziert, ob der/die Jugendliche selbst zugewandert oder hier geboren ist.

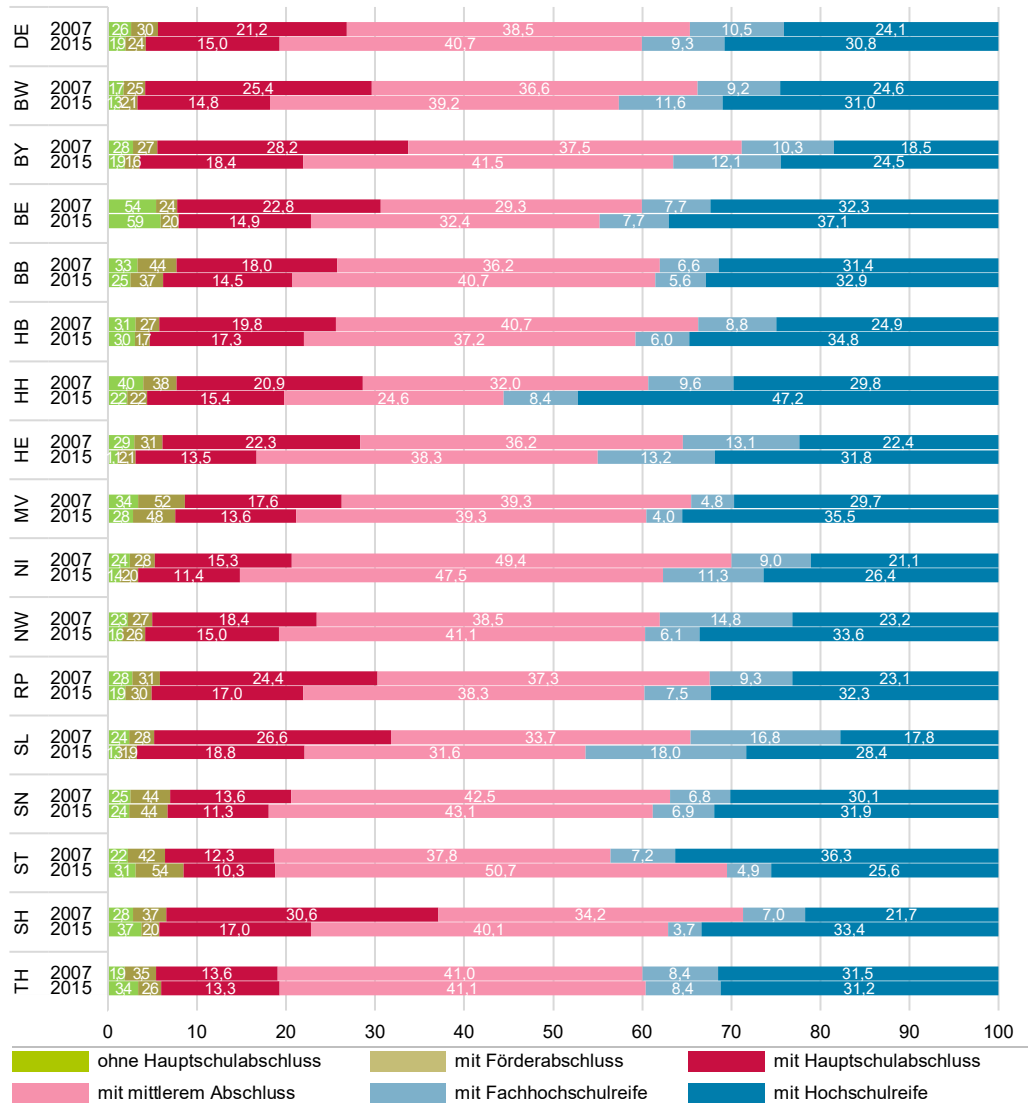
Zur Ergänzung der demografischen Faktoren wird der Bildungsstand der *Schulabgänger und -absolventen* allgemeinbildender und beruflicher Schulen in der Entwicklung zwischen 2007 und 2015 betrachtet. Da die Absolventen unterschiedlicher Schultypen sowohl in der Regel ein differentes Berufswahlverhalten praktizieren als auch für die Berufsschulen und Betriebe eine unterschiedliche Nachfrage repräsentieren, scheint ein solcher Indikator für die Bewertung der Einmündungsprozesse in die Berufsausbildung eine wichtige Bezugsgröße zu sein.

Die unterschiedliche demografische Entwicklung zwischen den westlichen und den östlichen Ländern wird in Abb. 2.2 augenfällig: Im Osten liegt mit minimalen Differenzen zwischen den Ländern der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bei etwa 7 %, in den westlichen Bundesländern mit ähnlich geringfügigen Differenzen bei 12 %, wobei Baden-Württemberg den höchsten Anteil aufweist. Der Differenz zwischen den Ländergruppen entspricht auch die unterschiedliche Größenordnung des Nachwuchspotenzials: In den östlichen Ländern und Berlin bewegt sich 2015 die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen zwischen 55 und 64 %, in allen westdeutschen Flächenländern liegt dieser Wert zwischen 86 % (Bayern) und 98 % (Schleswig-Holstein). Eine Ausnahme bildet nur der Stadtstaat Hamburg (64 %) (Tab. 2.2A). Im Vergleich mit dem Potenzial der 25- bis 34-Jährigen verringert sich in beiden Ländergruppen das Potenzial der 15- bis 24-Jährigen nicht unerheblich. Die demografisch bedingten Nachwuchsengpässe sind im nächsten Jahrzehnt in den ostdeutschen Ländern aber noch deutlich größer als in den westdeutschen; mit Ausnahme Hamburgs rückt in den westlichen Ländern das Potenzial zwischen 2 % (Schleswig-Holstein) und 14 % (Bayern) im Osten zwischen 45 und 36 %.

Bei den Anteilen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigt sich die bekannte extreme Ost-West-Differenz bei den Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter. Liegt der Anteil dieser Gruppe in den Ostländern zwischen 9 und 12 %, so ist er in den westdeutschen Ländern (mit Ausnahme Schleswig-Holsteins mit 16 %) mehr als doppelt so hoch (Abb. 2.2). Da man diese Gruppe als Chance und Herausforderung für die Berufsbildung betrachten muss, haben beide Perspektiven für die westlichen Länder ein deutlich höheres Gewicht. Das heißt aber auch, dass in den östlichen Ländern – ceteris paribus – das Potenzial von Migranten zum Ausgleich von Nachwuchsengpässen deutlich geringer ist. Wie die Berufsbildungspolitik der Länder mit der Migrationsherausforderung umgeht, ist in beiden Ländergruppen eine für die Zukunft essenzielle Frage, die sich aber im Osten mit noch höherer Dringlichkeit stellt.

Die Entwicklung der Bildungspotenziale, die man als eine weitere Strategie zur Behebung demografisch bedingter Nachwuchsengpässe betrachten kann, vollzieht sich im Zeitraum zwischen 2007 und 2015 zwischen den Ländern und Ländergruppen höchst unterschiedlich (Abb. 2.3). Gemessen am Anstieg der Absolventen mit Fachhochschulzugangsberechtigung verzeichnet Hamburg den mit Abstand höchsten Anstieg, gefolgt von Saarland und Hessen sowie Berlin. In diesen Ländern übersteigt 2015 der Anteil der Studienberechtigten die 40-%-Grenze beträchtlich. Anders verhält es sich in den östlichen Bundesländern, wo sehr geringe Anstiege, in Sachsen-Anhalt sogar eine Rückläufigkeit zu beobachten ist. Ob und wie sich die unterschiedlichen Bildungsstrategien der Länder auf die Berufsbildung auswirken, wird im Weiteren zu prüfen sein.

Abbildung 2.3 Schulabgänger und -absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen 2007 und 2015 nach Schulabschluss (in %)



Anmerkungen: Durch die Umstellung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre gab es in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 einen Doppelentlassjahrgang der Absolventen mit Hochschulreife, sodass zwei Jahrgänge gleichzeitig das Gymnasium abgeschlossen haben.

Aufgrund einer Systemumstellung im Zählsystem liegen für Hessen keine Werte für 2007 vor. Die Daten für das Jahr 2007 stammen aus dem Jahr 2006.

Quellen: Sekretariat der KMK (2008), Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1998 bis 2007; Sekretariat der KMK (2016), Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006 bis 2015, eigene Berechnungen

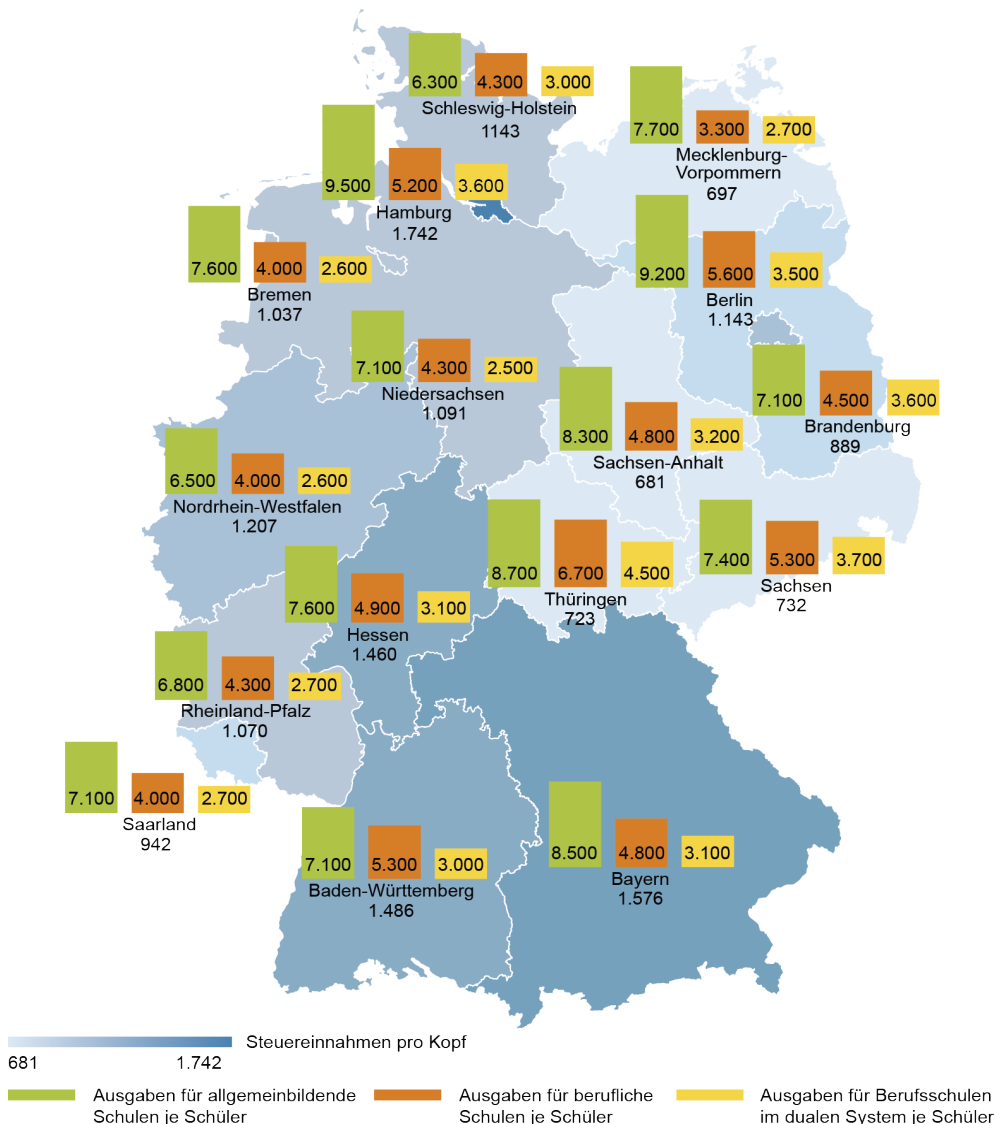
2.3 Fiskalische Faktoren der Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung

Der geschaffene Reichtum eines Landes (BIP p. c.) wird der Politik anteilig im Steueraufkommen für ihre Zwecke verfügbar. Auch wenn es in Deutschland mit seiner föderalen Verfassung über den Länderfinanzausgleich zu einer partiellen Steuerverteilung zwischen den Ländern kommt, wird mit dem *Einkommensteuervolumen pro Kopf* eine Annäherung auf das monetäre Handlungspotenzial des Fiskus vollzogen.

Dieses wird im Folgenden nach Ländern dargestellt und in Beziehung zu den Bildungs- und Berufsbildungsausgaben gesetzt.

Da man für die Schulausgaben einer relativen Größe zum Ländervergleich bedarf, wurden die *Ausgaben für allgemeinbildende, für berufliche und Teilzeitberufsschulen* jeweils pro Schüler ausgewiesen (Abb. 2.4).

Abbildung 2.4 Einkommensteuer pro Kopf in €, Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Teilzeitberufsschulen (im dualen System) je Schüler in € nach Ländern 2015



Anmerkungen: Die Steuereinnahmen jedes Landes pro Kopf wurden durch die Bevölkerungszahlen 2015 sowie die Lohn- und veranlasste Einkommensteuer 2016 ermittelt.

Die Ausgaben je Schüler beziehen sich auf das Jahr 2014.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Fläche und Bevölkerung, Stichtag 31.12.2015; Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4, Stichtag 15.05.2017; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsausgaben, Ausgaben je Schülerin und Schüler 2014; Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2016; eigene Berechnungen

Beim Steueraufkommen der Länder treten in etwa die Differenzen zutage, die sich auch beim BIP p. c. zeigten (Abb. 2.1): Es kommt zu dem doppelten Gefälle in Süd-Nord- und West-Ost-Richtung. Die Differenz zwischen dem niedrigsten Steueraufkommen p. c. von 681 € (Sachsen-Anhalt) und dem höchsten von 1.742 € (Hamburg) liegt bei über 150 %. Dazwischen bewegen sich die Größen, die in den westlichen Flächenländern zwischen 942 € (Saarland) und 1.575 € (Bayern) liegen und in den nördlichen Ländern in der Regel niedriger ausfallen als in der Mitte und im Süden.

Das Steueraufkommen p. c. stellt für die Länder ein Potenzial dar, das sie für ihre unterschiedlichen Aufgaben einsetzen können. Da unter diesen die Bildungs- und Wissenschaftspolitik einschließlich der Gestaltung der Berufsschulen, als verfassungsmäßig festgelegte Länderkompetenz einen herausgehobenen Stellenwert haben. Selbst wenn unter den konkurrierenden Aufgaben – auch unter den verschiedenen Feldern der Bildungspolitik – in einem Land andere Prioritäten als auf Berufsbildung gesetzt wird, bleibt ein höheres Steueraufkommen eine bessere Voraussetzung auch für Berufsschulpolitik als ein niedriges.

Die Schul- und Berufsschulsausgaben folgen dieser Verteilung nicht. Hier zeigen die ostdeutschen Länder im Durchschnitt die höheren Ausgaben je Schüler (Tab. 2.15A). Bei den Ausgaben je Schüler für alle Schularten liegen sie entweder auf dem Bundesdurchschnitt (Brandenburg) oder mehrheitlich darüber mit Thüringen als Spitzenreiter mit 8.300 € pro Jahr (Tab. 2.15A). Diese Relationen setzen sich in der Tendenz bei allen Schulformen von den allgemeinbildenden über die beruflichen Schulen insgesamt bis zu den Teilzeitberufsschulen fort (Abb. 2.4). Man muss die relativ höheren Ausgaben im Osten nicht als größere Investition in die Verbesserung der Schul- und Ausbildungsqualität interpretieren. Wahrscheinlich dienen sie in erster Linie der Aufrechterhaltung von Schul- und Unterrichtsangeboten unter der Bedingung des starken demografischen Rückgangs in den neuen Ländern (vgl. Abs. 2.2), da ein demografischer Abschwung entsprechender Einrichtungs- und Personalabbau nicht möglich ist und sich die Kosten je Schüler erhöhen.

Auch in den westdeutschen Ländern zeigen sich bei allen Schulkategorien erhebliche Differenzen in den relativen Schulausgaben. An der Spitze steht fast durchgängig das nach BIP p. c. und Steueraufkommen reichste Land der Republik, der Stadtstaat Hamburg (Abb. 2.4; Tab. 2.17A), gefolgt von Berlin und Bayern. Auf der entgegengesetzten Seite unterdurchschnittlicher Schulausgaben finden sich die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie die kleineren Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland, die sich auch im Steueraufkommen am unteren Rand der westlichen Länder bewegen.

Auch wenn sich aus den statistischen Daten kein direkter Zusammenhang zwischen Einkommensteueraufkommen und Schulausgaben konstruieren lässt, lassen sich die Einkommensteuerr differenzen mit gebotener Vorsicht doch in Richtung auf ein Mehr oder Weniger an schulpolitischen Handlungsspielräumen zwischen den Ländern interpretieren. Blickt man auf den Anteil der Schulausgaben am Bruttoinlandsprodukt p. c., so muss Hamburg für seine Schulkosten nur 1,9 % des BIP p. c. und damit einen Prozentpunkt weniger als im Bundesdurchschnitt ausgeben. Umgekehrt wenden die ostdeutschen Länder mit zwischen 3,1 % (Sachsen) und 3,9 % Thüringen zwischen 1,2 und 2 Prozentpunkten mehr als im Durchschnitt auf (Tab. 2.15A). Da das Verhältnis der Schulausgaben nach Schularten zum Steueraufkommen nicht ausgewiesen wird, ist man auf die Relation zum BIP p. c. als Proxy angewiesen. Die aufgezeigten Differenzen zwischen den Ländern mögen zwar wenig Einfluss auf die Grundversorgung mit Schulangeboten haben, sind aber mit hoher Wahrscheinlichkeit als Begrenzung von Handlungsspielräumen nach oben zu verstehen.

3 Einmündung in berufliche Ausbildung und beruflicher Übergangssektor

3.1 Einleitung

In diesem Kapitel werden Leistungsindikatoren und Indikatoren der Chancengerechtigkeit dargestellt, die sich auf den Bereich der Einmündung in die berufliche Bildung beziehen. Die Darstellung erfolgt anhand der drei großen Sektoren (1) der Berufsausbildung im *dualen System*, (2) der vollqualifizierenden Berufsausbildung im *Schulberufssystem* und (3) dem *beruflichen Übergangssektor* (vgl. Kap. 1). Alle drei Sektoren unterliegen durch ihre funktionale und institutionelle Nähe zum Arbeitsmarkt einer Dynamik, die durch strukturelle Entwicklungen und die wirtschaftliche Gesamtlage (vgl. Kap. 2) auch auf das Ausbildungssystem durchschlägt. Der Einfluss des Arbeitsmarkts ist beim dualen System am größten, da die Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen das Angebot an Ausbildungsplätzen strukturiert (vgl. Kap. 4). Jedoch sind in deren Folge auch der Übergangssektor und das Schulberufssystem, wie sich zeigen wird, nicht unabhängig von dieser Dynamik. So schlagen sich im Übergangssektor Verknappungen im Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen unmittelbar nieder. Zu den anderen Faktoren, die weniger auf der Angebots-, als auf der Nachfrageseite zu verorten sind, zählen beispielsweise demografisch bedingte Schwankungen in der Nachfrage oder Änderungen im Bildungsverhalten, die gleichfalls auf die Einmündungen in die berufliche Bildung Auswirkungen haben und zu Verschiebungen in den Anteilen der Sektoren beruflicher Ausbildung führen. Über diese angesprochenen Kontextfaktoren hinaus beeinflusst nicht zuletzt auch die institutionelle und curriculare Angebotsstruktur der beruflichen Bildung, die zumindest im Übergangssektor und Schulberufssystem einer politischen Steuerung auf Länderebene unterliegt, die Zuströme in die verschiedenen Bereiche der beruflichen Bildung. Da die einzelnen Einflussfaktoren regional unterschiedlich ausgeprägt sind und damit auch in verschiedenen Wechselwirkungskonstellationen Einfluss nehmen, zeigen sich zwischen den Ländern nicht nur deutliche Differenzen in den Anteilen der drei Sektoren, sondern auch in der Ausprägung sozialer und regionaler Disparitäten bei der Ausbildungseinmündung.

Chancengerechtigkeit, die anhand beobachtbarer Disparitäten untersucht wird, meint an dieser Stelle die gleichberechtigten Zugangs- und Teilhabechancen an beruflicher Ausbildung unabhängig von individuellen Personenmerkmalen wie Geschlecht, schulischer Vorbildung oder Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen und ethnischen Gruppen. Disparitäten im Bildungs- und Ausbildungszugang zeigen sich für bestimmte soziale Gruppen in der Regel an den Schnittstellen des Bildungssystems, an denen der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Ausbildung insofern besonders fragil erscheint, als die institutionelle Abschottung zwischen diesen beiden Bereichen durch verschiedene geltende Rechtssysteme, Finanzierungsregeln und institutionelle Strukturen besonders stark ausgeprägt ist (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 153; vgl. Baethge 2006).

Die Bedeutung des Übergangsprozesses ist unter zwei Perspektiven zu betrachten: Zum einen verbinden sich mit dem Übergang junger Menschen von der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Ausbildung gesellschaftliche und wirtschaftliche Erwartungen wie der Fachkräftenachwuchs oder die berufliche und soziale Partizipation der Jugendlichen. Zum anderen passieren an dieser Übergangsschwelle für den Einzelnen zentrale Weichenstellungen für eine Erwerbs- und Berufskarriere, die auch das private Leben in vielerlei Hinsicht beeinflussen. Dass hierbei Passungsprobleme vor dem Hintergrund des wirtschaftsstrukturellen Wandels, der Veränderung und Entwicklung von Qualifikationsanforderungen einerseits und den individuellen Inte-

ressen und Ausbildungsvoraussetzungen der nachfragenden Jugendlichen andererseits entstehen, ist am deutlichsten am Übergangssektor zu erkennen. Für diesen waren in den letzten beiden Dekaden fehlende Anschlussperspektiven der angebotenen Maßnahmen, Vielfalt und Intransparenz, in Teilen auch eine Ineffizienz der Programme kennzeichnend. Die Maßnahmen entstanden meist als Ergebnis kurzfristiger politischer Reaktionen auf schwierige Ausbildungsmarktlagen und Übergangsprobleme spezifischer sozialer Gruppen. Trotz vielfältiger und wiederkehrender Reformbemühungen waren nur vereinzelt konsistente Strategien und klare Zielperspektiven erkennbar, de facto wurden aber die institutionellen Gelenkstellen im Bildungs- und Ausbildungssystem erweitert, die partiell auch eine Verfestigung sozialer Disparitäten für bestimmte Gruppen darstellen (können).

Die meisten Bundesländer haben nun in den letzten Jahren mit umfassenden Reformen des Übergangssektors auf diese unbefriedigende Situation reagiert und dabei – anders als diverse Reformen zuvor – das Gesamtsystem, insbesondere die Anschlüsse an eine vollqualifizierende Ausbildung, in den Blick genommen. Die jüngsten Veränderungen weisen daher einen stärker übergreifenden Charakter auf und versuchen, durch gezielte Förderung die Ausgangslagen und Integrationsperspektiven spezifischer Personengruppen zu verbessern. Eine besondere Rolle hat für diese Analyse die bildungspolitische Akteursperspektive, die es erforderlich macht, den indikatorenbasierten Ansatz des Ländermonitors berufliche Bildung durch einen qualitativen Ansatz der Dokumentenanalysen zu den Reformen und Veränderungen im Übergangssektor auf Länderebene zu erweitern (vgl. Abs. 3.3).

Schließlich werden sich die verschiedenen Angebote des Übergangssektors auch daran messen lassen müssen, ob es gelingt, die Chancen auf eine Ausbildung tatsächlich zu verbessern. Hier verweisen die Daten zur Verschiebung der Vorbildungsstruktur bei Einmündung in die berufliche Ausbildung darauf, dass inzwischen der mittlere Schulabschluss zur dominanten und normsetzenden Ausbildungsvoraussetzung geworden ist, auch wenn die gesetzlichen Regelungen dies – zumindest im dualen System – nicht so vorsehen. Aus diesem Grund ist ein Kriterium zur Beurteilung der Effektivität des Übergangssektors das Nachholen und Verbessern von Schulabschlüssen. Diese Betrachtungen erfolgen indikatorengestützt (vgl. Abs. 3.3). Offenbleiben muss indes der tatsächliche Übergang in Ausbildung. Hierzu fehlen die entsprechenden statistischen Grundlagen bzw. die Daten werden nur in einzelnen Ländern erhoben und lassen damit keinen Ländervergleich zu.

Eine weitere exogene Entwicklung hat in den letzten beiden Jahren die berufliche Bildung und insbesondere den beruflichen Übergangssektor vor gravierende Herausforderungen gestellt. Gemeint ist die Zuwanderung von schutz- und asylsuchenden Personen, von denen sich über die Hälfte im ausbildungsrelevanten Alter von 16 bis 25 Jahren befindet (vgl. Baethge, Seeber 2016: 7). Für diese Gruppe ist aufgrund ihrer schulischen Vorbildung und des noch erforderlichen Erwerbs der deutschen Sprache ein direkter Einstieg in eine Ausbildung meist nicht möglich. Die Bundesländer haben daher vielfältige Programme und dafür erforderliche Strukturen, Ausstattungsbedingungen, Curricula etc. buchstäblich aus dem Boden gestampft, um eine Ausbildungsvorbereitung mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einem Kennenlernen der hiesigen Kultur, der politischen und rechtlichen Grundlagen sowie Normen und Werte zu verknüpfen. Auch hier zeigt ein Blick in die Länder eine hohe Heterogenität in den formalen Rahmenbedingungen wie Altersbegrenzungen, Aufenthaltsstatus, in der Dauer, Organisation und curricularen Ausgestaltung der Maßnahmen sowie in den Abschluss- und Anschlussperspektiven, die im Abschnitt 3.4 genauer analysiert werden. Neben Indikatoren zur Einmündung in diese Programme ergänzen auch hier qualitative Analysen auf der Grundlage von Dokumenten zu den Angeboten für diese spezifische Zielgruppe die Ausführungen in diesem Abschnitt.

3.2 Einmündung in die drei Sektoren der beruflichen Bildung

3.2.1 Indikatoren der Einmündung

Die Einmündung in die drei Sektoren der beruflichen Bildung kann als Leistungsmerkmal beruflicher Bildung interpretiert werden, da sie darüber Auskunft gibt, inwiefern die nachfragenden Jugendlichen überhaupt eine Ausbildungsmöglichkeit als Anschluss an die allgemeinbildende Schule erhalten. Darüber hinaus wird erkennbar, inwiefern über die berufliche Ausbildung ein qualifizierter Fachkräftenachwuchs herangebildet und perspektivisch gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang wird geprüft – dies ist wiederum ein Merkmal der Chancengerechtigkeit –, ob ein gleichberechtigter Ausbildungszugang für verschiedene soziale Gruppen besteht. Die Indikatoren der Chancengerechtigkeit werden, wie bereits im Ländermonitor berufliche Bildung 2015 geschehen, über Gruppenvergleiche (sozialer Maßstab) und Zeitreihenvergleiche (ipsativer Maßstab) abgebildet. Zeitreihenvergleiche ermöglichen zudem, Zu- oder Abnahme sozialer Disparitäten zu beobachten. Das bereits im Ländermonitor 2015 thematisierte Problem einer teils fehlenden Differenzierungstiefe der Daten zum Migrationshintergrund oder zur sozialen Herkunft der Jugendlichen schränkt die Analysen zur Chancengerechtigkeit auch diesmal ein. Es können mit den vorliegenden Statistiken im Bereich des Ausbildungszugangs als zentrale Vergleichsdimensionen jedoch das Geschlecht, der Ausländerstatus sowie die schulische Vorbildung (Art des allgemeinbildenden Schulabschlusses) dargestellt werden.

Auf Basis der integrierten Ausbildungsberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird im Folgenden analysiert, wie sich die Neuzugänge ins berufliche Ausbildungssystem in den drei Sektoren entwickelt haben und welche sozialstrukturellen Disparitäten dabei zu beobachten sind. Es wird folgender Indikator zugrunde gelegt:

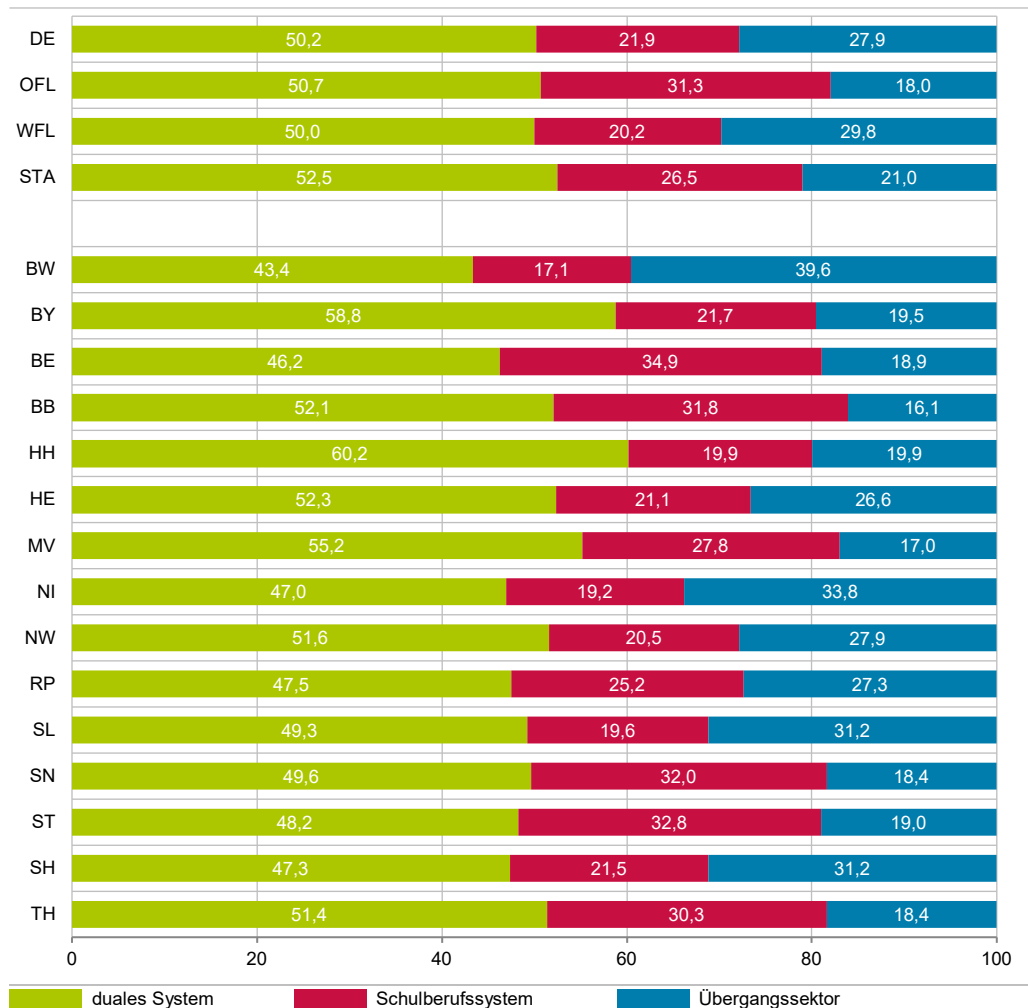
- Neuzugänge in die drei Teilsektoren des beruflichen Ausbildungssystems nach Ländergruppen und Ländern sowie nach Vorbildung, ausländischer Staatsangehörigkeit und Geschlecht.

3.2.2 Neuzugänge in die drei Sektoren beruflicher Ausbildung

Ein Blick auf die drei Teilsysteme zeigt auch weiterhin Unterschiede im Anteil der Neuzugänge nach Ländern. Das duale System ist zwar in allen Ländern der quantitativ größte Ausbildungsbereich, wenngleich er über die letzten beiden Dekaden hinweg in allen Ländern einen Bedeutungsverlust hat hinnehmen müssen. Seine Anteile variieren zwischen den Ländern zwischen 60 % in Hamburg und 46 % in Berlin sowie 47 % in Niedersachsen und Schleswig-Holstein³ (Abb. 3.1; Tab. 3.1A).

³ Baden-Württembergs niedrige Einmündungsquote (43 %) ist auf eine Sonderregelung für das erste Ausbildungsjahr als schulisches in einigen Berufen zurückzuführen.

Abbildung 3.1 Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2015 nach Ländergruppen und Ländern (in %)¹)



¹) Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Erhebliche Unterschiede nach Ländern sind vor allem zwischen den Anteilen von Schulberufssystem und Übergangssektor zu erkennen. Gerade in der Proportion zwischen den beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren und dem Übergangssektor werden auch unterschiedliche Chancen auf Ausbildung für die Jugendlichen in Abhängigkeit vom Bundesland (und von der Region innerhalb eines Landes – vgl. Länderberichte) sichtbar. Während bei den Stadtstaaten (STA) und den Ostdeutschen Flächenländern (OFL) der Anteil des Übergangssektors bei 21 bzw. 18 % liegt und der Anteil des Schulberufssystems mit Werten zwischen 27 und 31 % relativ hoch ausfällt, zeigt sich bei den Westdeutschen Flächenländern (WFL) ein umgekehrtes Bild. Dort mündet mit ca. 30 % ein nach wie vor recht hoher Anteil an Jugendlichen in den Übergangssektor; besonders hohe Anteile sind in ausgewählten westlichen Flächenländern wie Baden-Württemberg⁴, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, das Saarland und Bremen festzustellen (Abb. 3.1). Für die

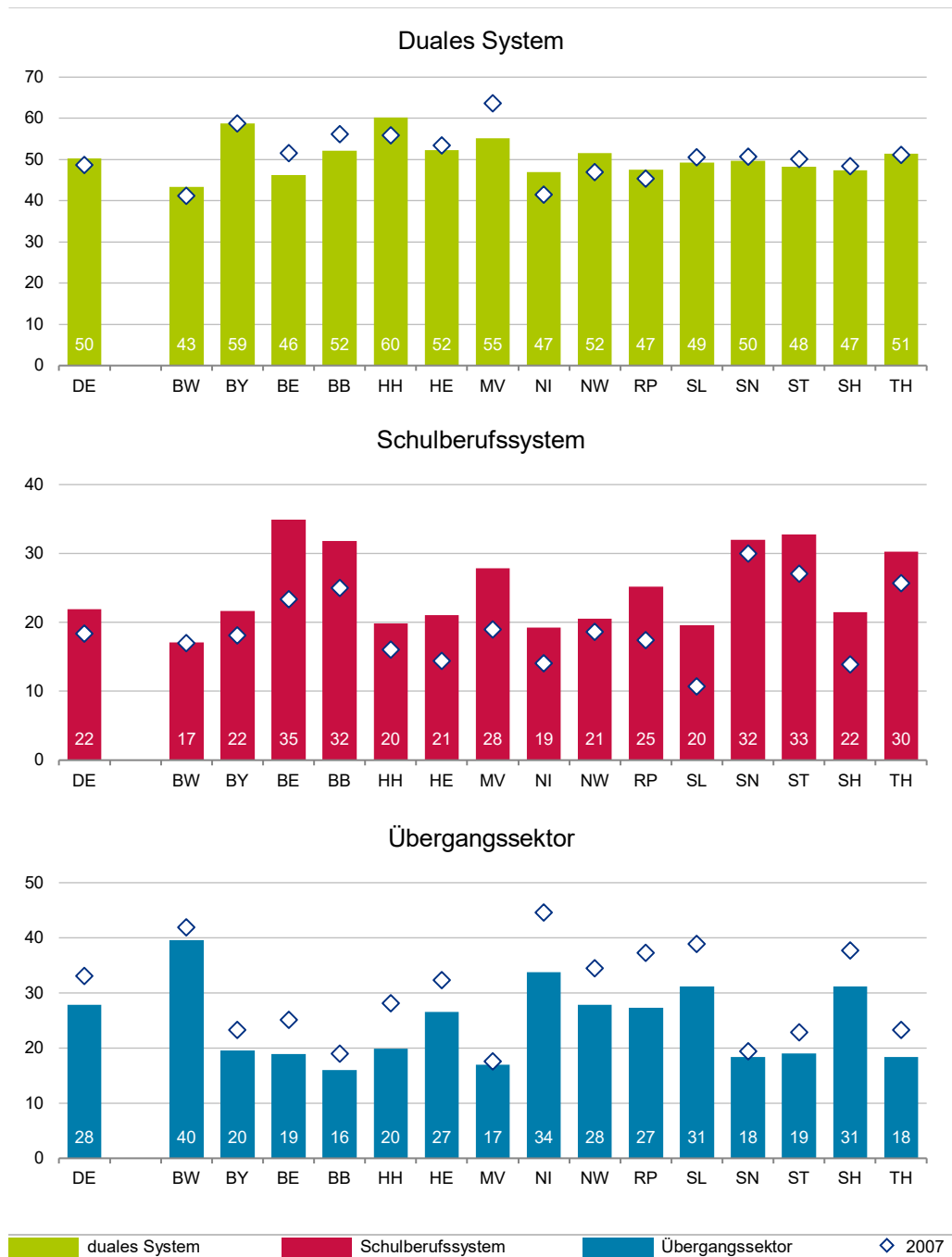
⁴ Vgl. Fußnote 3.

Gruppe der westlichen Flächenländer fällt auf, dass sich dort der demografische Abschwung noch nicht so stark auf die Ausbildungsnachfrage auswirkt wie in den ostdeutschen Bundesländern. Erkennbar wird dies am Verhältnis der 15- bis unter 25-Jährigen zu den 25- bis unter 35-Jährigen, das in den genannten Bundesländern zwischen 89 % (Saarland) und 98 % (Schleswig-Holstein) liegt, während beispielsweise die ostdeutschen Flächenländer eine deutlich niedrigere Relation aufweisen (vgl. Kap. 2). Zugleich aber deutet diese Proportion an, dass Entspannungen am betrieblichen Ausbildungsmarkt weniger das Resultat der Ausbildungsanstrengungen von Betrieben, sondern vielmehr eine Folge der demografischen Entwicklung sind. Diese Interpretation wird gestützt von den Ergebnissen zur Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote, die bei Betrieben aller Größenklassen ein zurückhaltendes bzw. sogar ein zurückweichendes Ausbildungsengagement belegen, am stärksten bei Klein- und Kleinstbetrieben (vgl. Abs. 4.2).

Betrachtet man nur die Entwicklung der drei Sektoren in den letzten acht Jahren, so zeichnet sich die stärkste Dynamik im Übergangssystem in den westdeutschen Flächenländern und beim Schulberufssystem in ostdeutschen Flächenländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) sowie Berlin und einem Teil der westlichen Flächenländer ab. Zwar ist in allen Bundesländern eine Rückläufigkeit des Übergangssektors festzustellen, jedoch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Größenordnung. In den ostdeutschen Flächenländern sinkt der Anteil eher nur leicht, da er dort schon seit 2007 auf einem vergleichsweise niedrigeren Niveau lag. In den meisten westdeutschen Flächenländern fällt der Rückgang stärker aus, allerdings von einem jeweils recht hohen Niveau im Jahr 2007 (Abb. 3.2).

Auf den starken Ausbau des Schulberufssystems in den ostdeutschen Ländern wurde bereits im letzten Ländermonitor berufliche Bildung verwiesen. Dieser fällt auch jetzt, zwei Jahre später, mit immer noch vergleichsweise hohen Anteilen zwischen 28 bis 32 % auf, der nach wie vor deutlich über den entsprechenden Anteilen in den westdeutschen Flächenländern mit einer Größenordnung zwischen 17 und 25 % liegt. Betrachtet man die Entwicklung im Schulberufssystem, so ist der stärkste Anstieg in Berlin mit 12 Prozentpunkten auf nunmehr 35 % zu beobachten. Eine gewisse Ausbaudynamik zwischen 7 und knapp 9 Prozentpunkten ist in ausgewählten westdeutschen Flächenländern wie Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und dem Saarland zu erkennen. Von einem relativ auffälligen Anstieg ist ebenfalls Mecklenburg-Vorpommern betroffen, das sich damit jedoch den durchschnittlichen Anteilen in den übrigen ostdeutschen Flächenländern annähert, diese aber noch nicht ganz erreicht (Abb. 3.2).

Abbildung 3.2 Einmündung ins berufliche Ausbildungssystem 2007 und 2015 nach Sektoren und Ländern (in %)

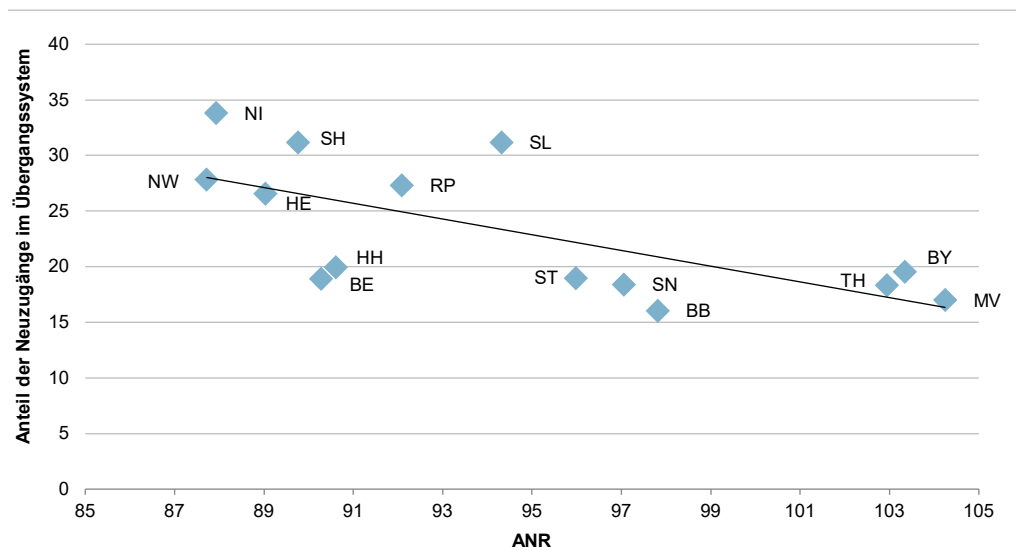


Anmerkung: Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Den Zusammenhang zwischen Ausbildungsangebot und Übergangssektor zeigt auch Abbildung 3.3, in der die Angebots-Nachfrage-Relation für betriebliche Ausbildungen und der jeweilige Anteil am Übergangssektor nach Bundesländern abgebildet sind. Es besteht ein signifikanter mittlerer Zusammenhang zwischen der Angebots-Nachfrage-Relation und der Größe des Übergangssektors ($r = 0,68$; $p = 0,008$).⁵ Die Größe des Übergangssektors hängt also mit Engpässen und Passungsproblemen zwischen Angebot und Nachfrage am betrieblichen Ausbildungsmarkt zusammen. Je weniger Ausbildungsplätze pro 100 Bewerber zur Verfügung stehen, desto größer ist auch der Anteil der Neuzugänge im Übergangssektor.

Abbildung 3.3 Zusammenhang zwischen der Angebots-Nachfrage-Relation 2015 und dem Anteil der Neuzugänge im Übergangssektor 2015 nach Ländern (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Interessant sind hier jedoch auch die Abweichungen von diesem Zusammenhang: Sie zeigen sich in Berlin und Hamburg, wo der Anteil von Jugendlichen im Übergangssektor kleiner als erwartet ausfällt und im Saarland, wo der Anteil der Neuzugänge am Übergangssektor größer als erwartet ausfällt. Die niedrigen Anteile des Übergangssektors in Berlin gehen mit einem relativ hohen Anteil des Schulberufssystems einher. Umgekehrt tritt im Saarland ein hoher Anteil des Übergangssektors zugleich mit einer geringen Größe des Schulberufssystems auf. Die Größe des Übergangssektors wird in diesen beiden Bundesländern somit auch durch den Umfang des Schulberufssystems geprägt. Hamburg hingegen realisiert trotz einer ungünstigen Angebots-Nachfrage-Relation und trotz eines geringen Anteils von Neuzugängen im Schulberufssystem einen hohen Anteil von Ausbildungen im dualen System.

⁵ Da in Baden-Württemberg auch das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) zum Übergangssystem gezählt wird, dabei aber ein sehr hoher Anteil von Jugendlichen im BGJ im Anschluss daran ins zweite Ausbildungsjahr übergeht (hier also auch Ausbildungen erfasst werden), wurde Baden-Württemberg als Ausreißer hier nicht in die Berechnung des Zusammenhangs einbezogen. Die ANR liegt in Baden-Württemberg bei 96,5 %, der Anteil von Jugendlichen im Übergangssystem bei 39,6 %. Beide sind somit besonders hoch.

Beide Beispiele, sowohl die aktive Steuerung von Ausbildungsangeboten über das Schulberufssystem im Falle von Berlin als auch die Steuerung des Übergangs in berufliche Ausbildung über eine duale Ausbildungsvorbereitung wie im Falle von Hamburg zeigen die Gestaltungsspielräume der beruflichen Bildungspolitik auf Länderebene. Zugleich wird an diesen Beispielen deutlich, dass die Leistungsfähigkeit beruflicher Bildung nicht nur vor dem Hintergrund der einer Marktlogik folgenden betrieblichen Ausbildungsangebote und des Engagements der Unternehmen zu interpretieren ist, sondern dass die Leistungsfähigkeit in starkem Maße auch vom Gestaltungswillen und dem gemeinschaftlichen Agieren verschiedener Partner auf berufsbildungspolitischer Steuerungs- und Verwaltungsebene abhängt.

3.2.3 Neuzugänge nach schulischem Vorbildungsniveau

Das Zuordnungsmuster von Schulabschlüssen zu Berufen und damit zu Berufs- und Karrierewegen unterliegt zwei zentralen Entwicklungsprozessen: einerseits dem Bildungsverhalten der Jugendlichen, deren Streben zu höheren Abschlüssen (vgl. Kap. 2) ungebrochen anhält. Andererseits wird die Entsprechung von Schulabschlüssen und Ausbildungen von wirtschafts- und berufsstrukturellen Entwicklungen sowie Veränderungen in den Qualifikationsanforderungen geprägt.

In den Kontextfaktoren ist wirtschaftsstrukturell eine deutliche Tendenz zur Erhöhung von Beschäftigtenanteilen im Dienstleistungssektor zu erkennen, wenngleich mit regional unterschiedlicher Stärke (vgl. Kap. 2). Ausbildungen in diesem Sektor setzen häufig einen mittleren Abschluss voraus. Dies betrifft insbesondere – bis auf wenige Ausnahmen – den Großteil vollqualifizierender Ausbildungen im Schulberufssystem, die in den letzten vorzugsweise in personenbezogenen Dienstleistungsberufen angesiedelt sind. Darüber hinaus zeigt sich ausnahmslos in allen Bundesländern eine Erhöhung des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss, während der Anteil der Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss und ein wenig auch der von Personen mit Berufsabschluss sinkt (vgl. Kap. 2). Baas und Baethge (2017: 24 ff.) konnten in ihrer KMU-Expertise zeigen, dass diese Verschiebung in der Qualifikationsstruktur vor allem Ergebnis eines qualifikatorischen Upgradings in wissensintensiven und technologieorientierten größeren KMUs und Großunternehmen ist, die nicht nur Folgen in der Rekrutierung von Auszubildenden nach schulischer Vorbildung nach sich zieht, sondern die sich auch auf die Ausbildungsleistungen der mittelgroßen Betriebe und Großunternehmen insgesamt und unmittelbar auswirkt. Neben diesen Entwicklungen ist ohne Frage die Signalwirkung von Zertifikaten bzw. Schulabschlüssen nicht zu unterschätzen (vgl. Seibert, Solga 2005), mit denen Arbeitgeber etwa Annahmen über bestimmte Kompetenzen, erfolgreiche Ausbildungsverläufe und -abschlüsse verbinden.

Für die berufliche Ausbildung hat sich inzwischen der mittlere Schulabschluss als Normalabschluss für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung etabliert. Dies wird beispielsweise am Anteil der mittleren Schulabschlüsse bei Einmündung ins duale System (48 %) und Schulberufssystem (59 %), wie auch an der Berufssegmentation nach Vorbildung deutlich (vgl. Abs. 4.4).

Auch die hier präsentierten aktuellen Daten zeigen, dass bei den Neuzugängen mit mittlerem Abschluss in allen Bundesländern die Zugangschancen in eine vollqualifizierende Ausbildung erheblich besser sind als für Personen mit maximal Hauptschulabschluss. Erkennbar wird dies z. B. an den geringen Einmündungen in den Übergangssektor, die bei maximal 10 % liegen und zwischen den Ländern, bis auf zwei Ausnahmen, nur wenig variieren. Ausnahmen bilden Baden-Württemberg und Nieder-

sachsen, die mit Einmündungsquoten von 33 bzw. 27 % bei den Neuzugängen mit mittlerem Schulabschluss ins Übergangssystem etwas aus dem Gesamtbild fallen. Bei diesen beiden Ländern dürften vor allem die Angebote der Berufsfachschulen eine Rolle spielen (vgl. Abs. 3.3).

Es zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen den Ländern in den Anteilen der beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren. In den ostdeutschen Flächenländern sowie Berlin münden zwischen 36 und 47 % der Neuzugänge mit mittlerem Abschluss ins Schulberufssystem ein. In den meisten westdeutschen Flächenländern und Hamburg ist dieser Anteil erkennbar geringer, nämlich zwischen 22 und 28 %; zwei Ausnahmen davon bilden Hessen mit 36 % und Rheinland-Pfalz mit 42 % (Abb. 3.4).

Bei den Neuzugängen mit Hochschulzugangsberechtigung offenbart sich ein über die Bundesländer nahezu identisches Bild: Sie haben nicht nur die besten Ausbildungschancen, sondern es dominiert auch beim Ausbildungszugang mit zwei Dritteln bis zu drei Vierteln die Einmündung ins duale System. Eine Ausnahme hiervon bilden wiederum drei ostdeutsche Flächenländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen) und Berlin, wo diese Gruppe relativ häufiger ins Schulberufssystem einmündet. Dies kann mit den Ausbildungs- und antizipierten Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch mit der Struktur und Attraktivität der dualen Ausbildungsangebote in den jeweiligen Regionen in Zusammenhang stehen kann (vgl. Abs. 4.4).

Insgesamt zeigt sich bei der Einmündung in die berufliche Bildung nach schulischer Vorbildung für alle Bundesländer ein einheitlicher Trend zu einer höheren Vorbildung, jedoch hat dieser ein unterschiedliches Tempo, was letztlich auch zu regional unterschiedlichen Chancen der Ausbildungseinmündung für Jugendliche nach Vorbildung beiträgt (Abb. 3.4; Tab. 3.2A).

Während in den meisten westdeutschen Flächenländern – abgesehen von Bayern – zwischen 52 und 63 % der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss in den Übergangssektor einmünden, liegt dieser Anteil in den Stadtstaaten und den ostdeutschen Flächenländern mit 36 bis 48 % deutlich niedriger, weist jedoch eine ähnlich breite Streuung der Anteile wie in den westdeutschen Flächenländern auf. Auffällig sind die variierenden Anteile der Neueinmündungen mit maximal Hauptschulabschluss, die auf das Schulberufssystem entfallen und eine Spreizung von 6 bis 19 % umfassen. Neben Bayern und Berlin mit 19 bzw. 17 % treten hier wiederum die ostdeutschen Flächenländer hervor, was auf die größere Tradition dieser Schulform im Osten zurückzuführen sein dürfte, deren Anteile – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – durchgängig über dem bundesweiten Anteil von 10 % liegen (Abb. 3.4; Abb. 3.1A).

Abbildung 3.4 Einmündung ins berufliche Ausbildungssystem 2015 nach schulischer Vorbildung, Sektoren und Ländern (in % der Neuzugänge ins Ausbildungssystem)



Anmerkungen: Absolute Werte geben die Anzahl aller Neuzugänge wider.

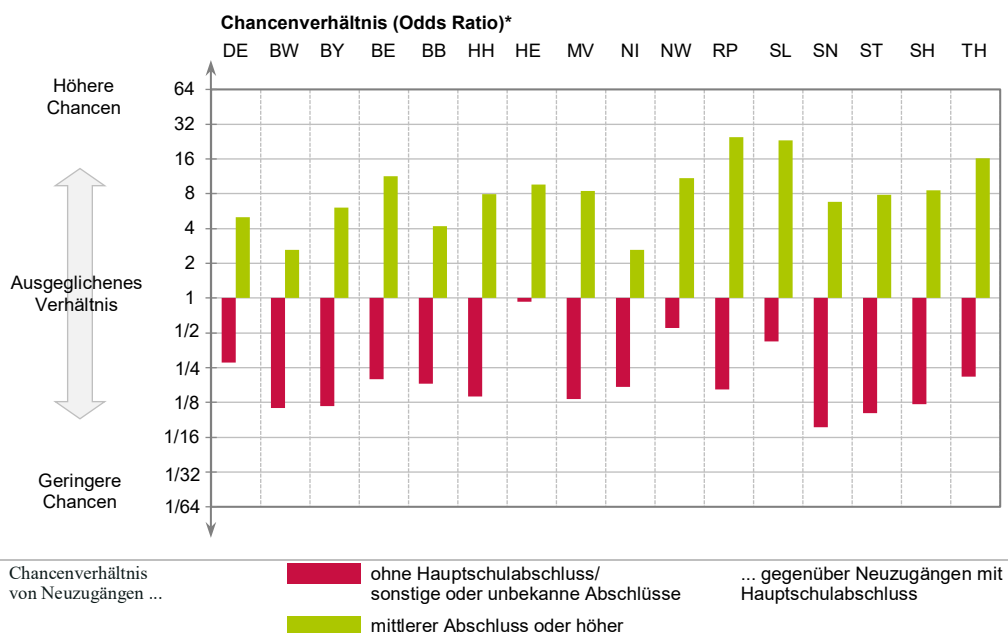
Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Analysen nach Bundesländern zeigen dabei insofern ein einheitliches Bild, als die Chancen auf eine duale Ausbildung für Jugendliche ohne Schulabschluss in allen Ländern – mit Ausnahme von Hessen – schlechter im Vergleich zu Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ausfallen (Abb. 3.5). Die Analysen machen allerdings auch deutlich, dass durchaus Varianz im Ausmaß der Chancenungleichheit besteht, die von

wirtschafts- und berufsstrukturellen Gegebenheiten im jeweiligen Land mit beeinflusst wird. Besonders schlechte Chancen haben Jugendliche ohne Hauptschulabschluss in den drei ostdeutschen Flächenländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie in den drei westdeutschen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, wo die Chancen mehr als acht- bis zwölfmal geringer sind als bei Personen mit Hauptschulabschluss. Ein mittlerer Schulabschluss und Abschlüsse mit Fachhochschul- und Hochschulzugangsberechtigung steigern in allen Bundesländern die Ausbildungschancen im Vergleich zu einem Hauptschulabschluss, allerdings streut die Chancenhöhe zwischen den Ländern wiederum bemerkenswert.

Abbildung 3.5 Relative Chancen (Odds Ratio)¹⁾ der Einmündung in eine duale Ausbildung 2015 nach Ländern und schulischer Vorbildung (Referenzkategorie: Hauptschulabschluss)



¹⁾ Bei der Berechnung von Odds Ratios werden zwei Beteiligungschancen (Odds), z. B. die Beteiligungschance von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, eine Ausbildung zu beginnen, und die von Jugendlichen mit einem mittleren Abschluss oder höher miteinander in Beziehung gesetzt. Der Wert 1 symbolisiert Chancengleichheit, Werte < 1 bedeuten eine Verringerung, Werte > 1 eine Chancenverbesserung für die betrachtete Gruppe.

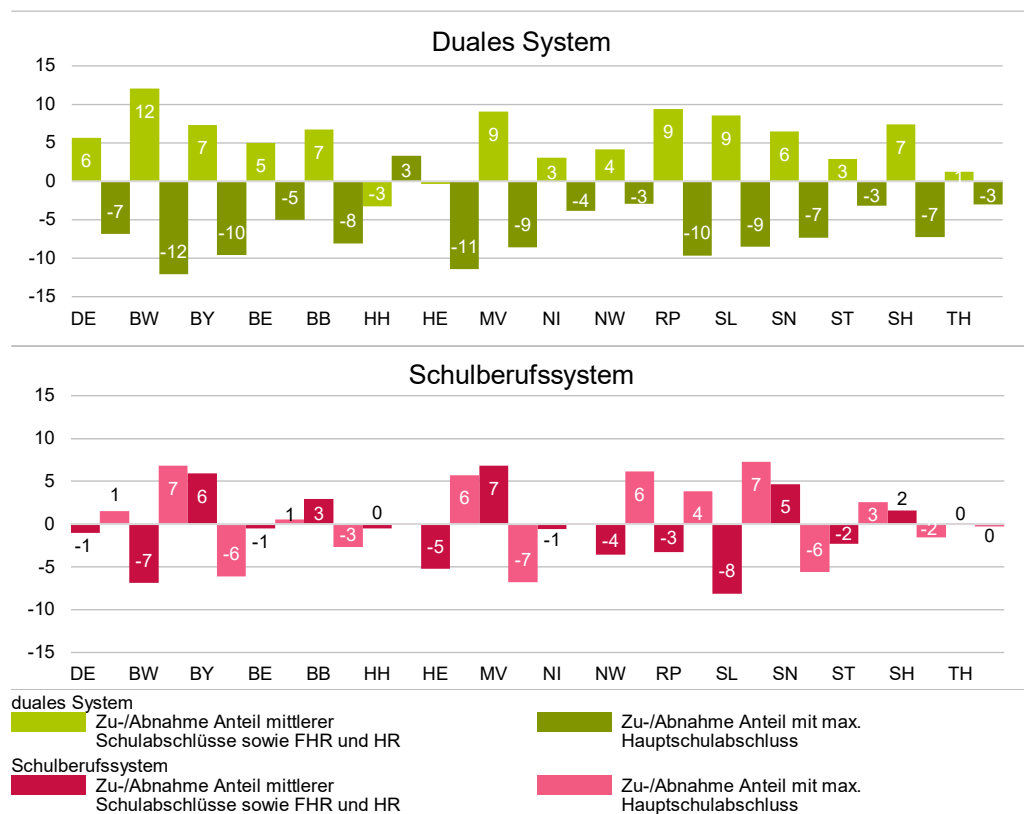
Lesebeispiel: In Deutschland ist die Chance einer Person mit mittlerem Abschluss oder höher, in eine Ausbildung im dualen System statt in den Übergangssektor überzugehen, fünfmal höher als die einer Person mit Hauptschulabschluss (OR = 5,02). Die Chance einer Person ohne Hauptschulabschluss/mit sonstigem oder unbekanntem Abschluss, eine Ausbildung zu beginnen, ist mehr als dreimal geringer (0,28) als die einer Person mit Hauptschulabschluss.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Werden die Veränderungen in der Zusammensetzung nach schulischem Vorbildungsniveau in den zwei vollqualifizierenden Sektoren innerhalb der letzten acht Jahre (2007 bis 2015) betrachtet, zeigen sich interessante Kompositionseffekte (Abb. 3.6; Tab. 3.3A): Während bundesweit und in nahezu allen Ländern der Anteil der Hauptschüler im dualen System zugunsten einer Verschiebung zu mittleren und höheren Abschlüssen zurückgeht, ist für Hamburg ein leichter Anstieg des Anteils der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss zu beobachten. Dies kann auf eine konsequente Politik der Anschlussperspektiven der Ausbildungsvorbereitung (dualisierte Ausbildungsvorbereitung – vgl. Schulz, Horsmann 2010) zurückgehen.

Das einheitliche Bild der Länder im Upgrading der Vorbildung zugunsten mittlerer und höherer Schulabschlüsse zeigt sich für das Schulberufssystem so nicht. Für diesen Ausbildungssektor unterscheiden sich die Muster nach Bundesländern stärker: In einigen westlichen Flächenländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz steigt der Anteil der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss im Schulberufssystem. Hier deuten sich Verschiebungen in den Ausbildungseinmündungen für diese Gruppe zwischen dualen System und Schulberufssystem an, da es genau jene Bundesländer sind, bei denen sich die Anteile der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss im dualen System auffällig reduziert haben. Ob man in diesen Ländern schon von bildungspolitischen Kompensationseffekten aufgrund eines schwierigen betrieblichen Ausbildungsmarktes sprechen kann, wird in der Folgezeit zu beobachten sein. Als ein stark systematisches Muster lässt es sich jedenfalls (noch) nicht erkennen (vgl. auch Abb. 3.3 zu den Neuzugängen nach Schulabschluss in den Ausbildungssektoren).

Abbildung 3.6 Veränderungen in der Zusammensetzung der Neuzugänge im dualen System und im Schulberufssystem 2007 und 2015 nach schulischer Vorbildung und Ländern (in Prozentpunkten)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.2.4 Ausbildungszugang für ausländische Jugendliche

Die Frage nach den Berufsbildungsperspektiven von bisher in der Berufsausbildung unterrepräsentierten Gruppen – Jugendliche ohne oder mit niedrigem Schulabschluss und Ausländer – hat nicht nur unter Chancengerechtigkeitsperspektiven hohe Relevanz,

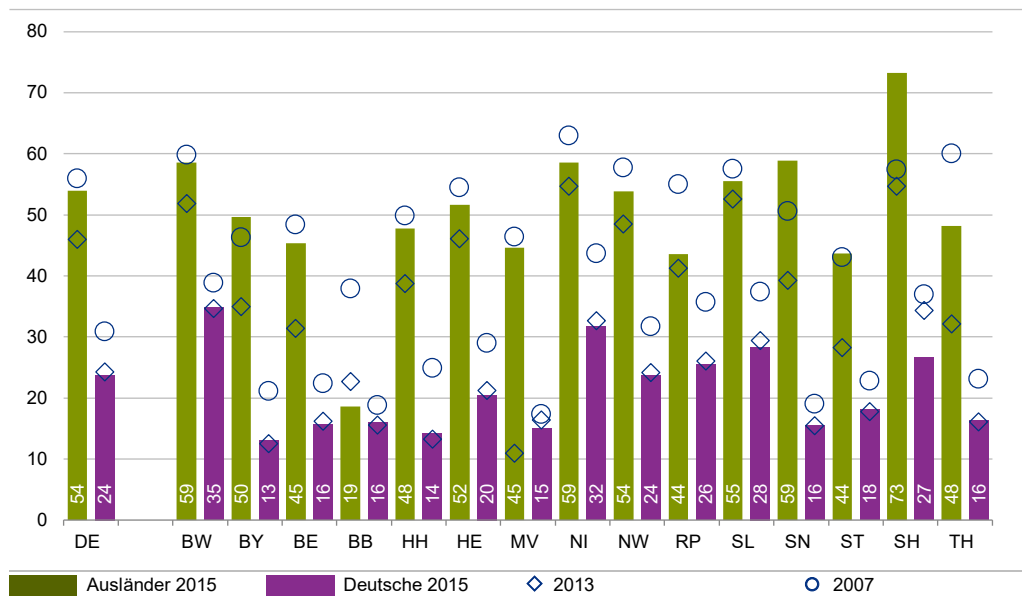
sondern gewinnt mit Blick auf die Leistungsfähigkeit beruflicher Ausbildung bei sich jetzt schon abzeichnenden Fachkräfteengpässen (vgl. Czepek u. a. 2015) und einer Verschärfung der Konkurrenz um Schulabsolventen zwischen Hochschulsektor und mittlerer Berufsausbildung (vgl. Baethge, Wolter 2015) eine neue Dimension. Für die Sicherung eines qualifizierten Fachkräftenachwuchses sind nicht nur die erschwerten Zugangschancen von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss kritisch zu hinterfragen, sondern vor allem auch die anhaltenden schlechteren Ausbildungschancen für ausländische Jugendliche. Deren Ausbildungszugang ist zwar konfundiert mit einem niedrigeren Vorbildungsniveau (Abb. 3.3A), dieses stellt jedoch nicht die alleinige Ursache schlechterer Zugangsbedingungen dar, da auch bei Kontrolle der Vorbildung erhebliche Benachteiligungen nachweisbar sind (vgl. Beicht 2011; Beicht, Granato 2011; Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014). Fehlende berufliche Abschlüsse verstärken nicht nur Tendenzen zu einer sozialen Isolation, sondern sie tragen zugleich zu einem Anstieg gesellschaftlicher Ungleichheit bei.

Wie die Daten zeigen, münden ausländische Jugendliche im Vergleich zu deutschen nach wie vor in allen Ländern mehr als doppelt so oft ins Übergangssystem ein (vgl. Abb. 3.7; Tab. 3.4A). An den schlechteren Ausbildungschancen von ausländischen Jugendlichen hat sich auch im Zeitverlauf wenig geändert: 2007 fielen die Differenzen in den Anteilen deutscher und ausländischer Jugendlicher im Übergangssektor ähnlich hoch wie 2015 aus, d. h. eineinhalb- bis dreimal so viele ausländische wie deutsche Jugendliche mündeten in den Übergangssektor. Dass sich die Diskrepanzen zwischen diesen beiden Gruppen bis 2015 in etlichen Bundesländern sogar noch erhöht haben, lässt sich als Effekt der Zuwanderung schutz- und asylsuchender Personen im ausbildungsrelevanten Alter verstehen (vgl. Abs. 3.4). In vielen Bundesländern werden daher 2015 unter ausländischen Jugendlichen wieder ähnlich hohe Anteilswerte an Einmündungen in Berufsvorbereitungsangebote erreicht wie 2007.

Diese Entwicklung kann wie folgt interpretiert werden: Der zunächst zu erkennende Rückgang ausländischer Jugendlicher im Übergangssystem zwischen 2007 und 2013 ist kein Effekt einer sozialen Öffnung der beiden vollqualifizierenden Ausbildungssegmente, sondern in erster Linie ein Effekt demografisch sinkender Nachfrage, der in den westdeutschen Flächenländern zu einem leichten Absinken der Neuzugänge in den Übergangssektor bei ausländischen wie deutschen Jugendlichen geführt hat. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den ostdeutschen Flächenländern ist ein auffälliger Rückgang zugunsten vollqualifizierender Ausbildungen bei den ausländischen Jugendlichen zu beobachten.⁶ Allerdings bleibt in allen Ländern der relativ schlechtere Ausbildungszugang der ausländischen Jugendlichen dabei bestehen, denn an den Differenzen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen hat sich auf Länderebene wenig verändert. Ganz im Gegenteil, die Gruppe der Schutz- und Asylsuchenden wird bei einer Persistenz des erschwerten Ausbildungszugangs ausländischer Jugendlicher die Chancenungleichheit noch verschärfen mit allen Folgen für die soziale Situation der Betroffenen.

⁶ Der starke Rückgang der Einmündung ausländischer Jugendlicher in den Übergangssektor in den ostdeutschen Bundesländern darf allerdings nicht überinterpretiert werden, da kleinere Fallzahlen zu höheren Effekten in den relativen Anteilen führen.

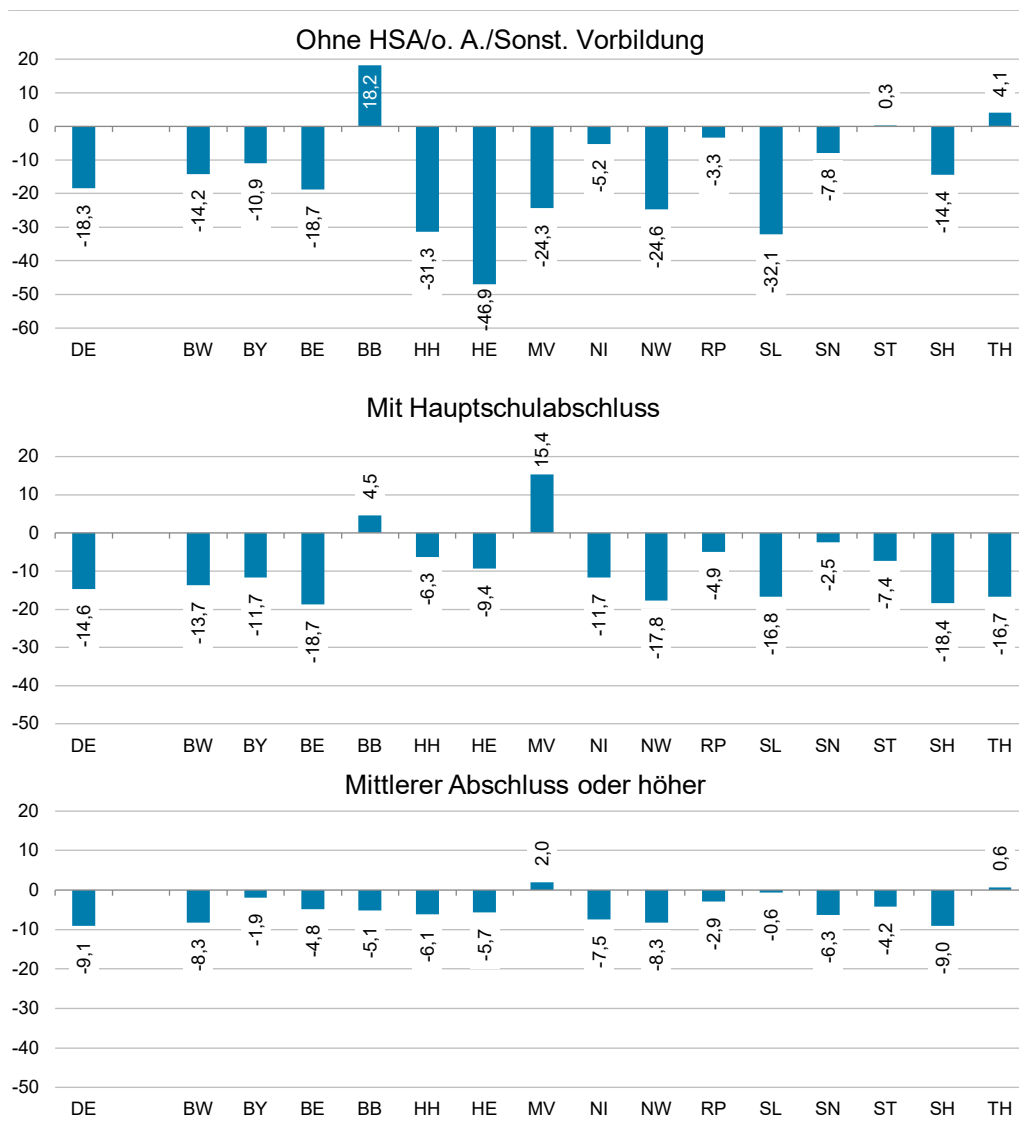
Abbildung 3.7 Einmündungsquoten 2007, 2013 und 2015 von Deutschen und Ausländern in den Übergangssektor nach Ländern (in % der Neuzugänge)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung; eigene Berechnungen

Auch unter Kontrolle der Schulabschlüsse fallen in den meisten Bundesländern die auf allen Vorbildungsniveaus erkennbaren und in ihrer Größenordnung auffällig geringeren Einmündungsquoten von ausländischen Jugendlichen in vollqualifizierende Ausbildung auf (Abb. 3.8; Tab. 3.5A). In nahezu allen Bundesländern erweist sich – wie auch schon im letzten Bericht gezeigt –, die Übergangssituation erheblich schwieriger für ausländische Jugendliche, und zwar bei allen Schulabschlussniveaus. Von diesem Muster weichen lediglich Mecklenburg-Vorpommern bei Personen ohne Hauptschulabschluss und mit mittlerem Schulabschluss und Brandenburg bei Personen ohne und mit Hauptschulabschluss ab. Deutlich geringere Übergangschancen zeichnen sich für ausländische Jugendliche vor allem in den westdeutschen Flächenländern ab, in denen allerdings auch – im Vergleich zu den östlichen Ländern – insgesamt höhere Anteile von ausländischen Jugendlichen und ausländischen Personen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt vorliegen (vgl. Kap. 2, Abb. 2.1).

Abbildung 3.8 Differenz der Einmündungsquote in vollqualifizierende Ausbildung 2015 zwischen Deutschen und Ausländern nach Vorbildungsniveau und nach Ländern (in Prozentpunkten)



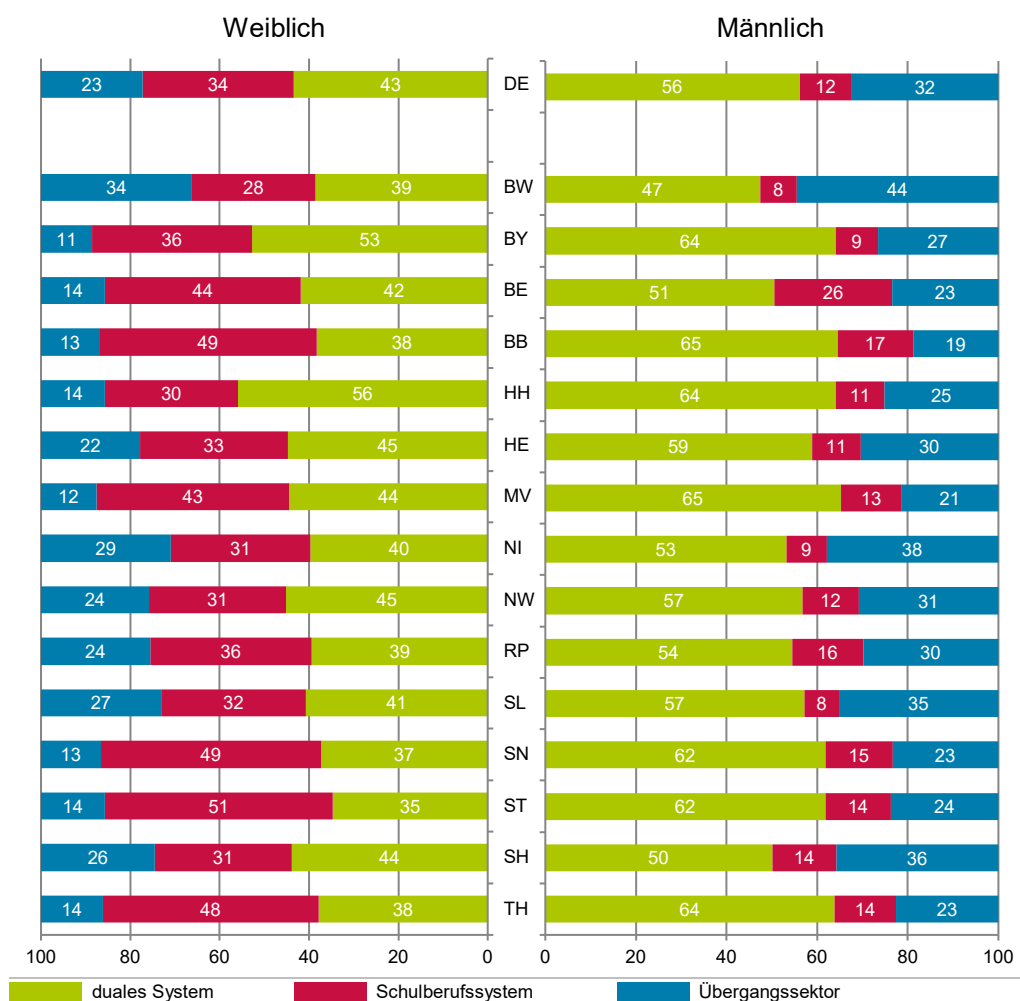
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.2.5 Neuzugänge in Ausbildung nach Geschlecht

Bei den Neuzugängen in das berufliche Ausbildungssystem nach Geschlecht bestätigt sich zunächst für die beiden vollqualifizierenden Sektoren der bekannte Befund, dass Männer zu höheren Anteilen im dualen System und Frauen zu höheren Anteilen im Schulberufssystem zu finden sind. Diese Situation ist wenig überraschend, hat sie doch ihre Ursachen vornehmlich in berufsstrukturellen Merkmalen der beiden Sektoren und deren geschlechtsspezifischen Traditionen. Allerdings sind durchaus Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Höhe der Anteile von Männern und Frauen in den beiden Sektoren erkennbar. Für das Schulberufssystem sticht hervor, dass in den ost-deutschen Bundesländern die Differenzen im prozentualen Anteil von Männern und

Frauen mit 30 bis 37 Prozentpunkten besonders stark auseinanderdriften, während dieser Unterschied in den westdeutschen Flächenländern und Stadtstaaten zwischen 16 Prozentpunkten (Schleswig-Holstein) und 27 Prozentpunkten (Bayern) weniger stark differiert. Offenkundig stellt die Schaffung von Ausbildungsplätzen im Schulberufssystem in den ostdeutschen Ländern vor allem eine Ausbildungschance für junge Frauen dar, deren Anteil dann auch im Übergangssystem in allen ostdeutschen Flächenländern unter 15 % und damit deutlich unter dem der westdeutschen Flächenländer liegt. Ein Blick auf die Verteilung der Neuzugänge auf die spezifischen Berufsausbildungsangebote zeigt, dass vor allem in östlichen Ländern die sozialpflegerischen sowie Erziehungs- und Gesundheitsberufe, die offensichtlich besonders stark Frauen anziehen, einen sehr hohen Anteil einnehmen (Abb. 3.9; Tab. 3.6A). Im Unterschied dazu verzeichnen die meisten westdeutschen Flächenländer höhere Anteile in den Assistenzberufen in Wirtschaft und Verwaltung, Technik und Mediengestaltung sowie IT (vgl. Abs. 4.3).

Abbildung 3.9 Einmündung ins berufliche Ausbildungssystem 2015 nach Geschlecht, Sektoren und Ländern (in %)¹⁾



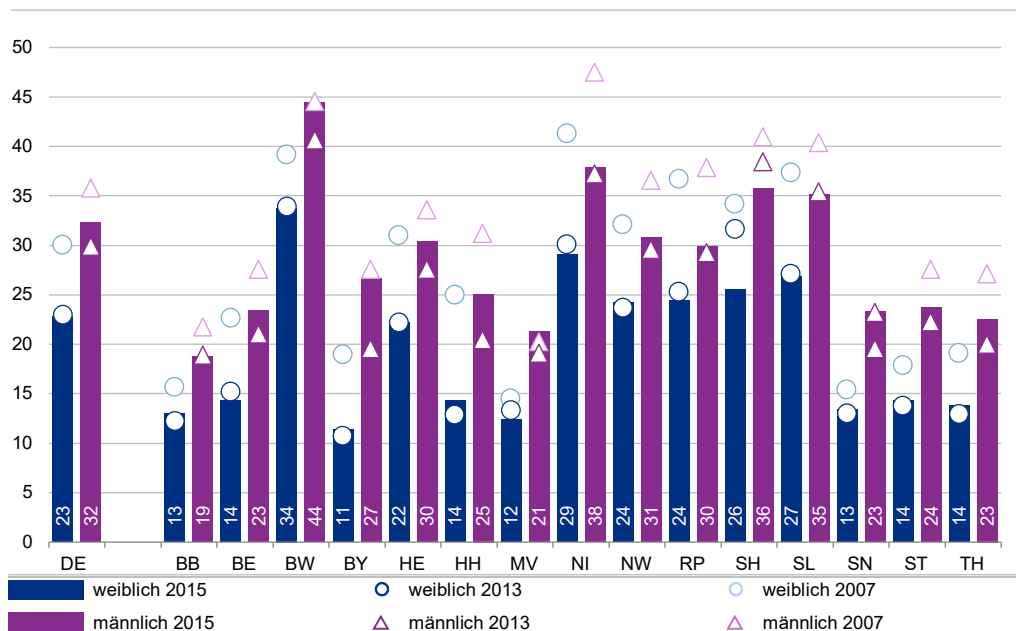
¹⁾ Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der hohe Anteil, mit dem weibliche Neuzugänge in den ostdeutschen Flächenländern ins Schulberufssystem einmünden, schlägt sich zwangsläufig in entsprechend niedrigeren Einmündungsanteilen ins duale System nieder. Eine Ausnahme bildet hier Mecklenburg-Vorpommern, wo junge Frauen mit einem Anteil von über zwei Fünfteln (44 %) ins duale System einmünden. Zu dieser Abweichung vom (noch) deutlich erkennbaren Ost-West-Muster könnte die Wirtschaftsstruktur beigetragen haben, die dort stark durch den Dienstleistungsbereich, vor allem im Tourismus und in der Gastronomie, geprägt ist, in die traditionell stets auch hohe Anteile von Frauen einmünden.

Während die Einmündung in die beiden vollqualifizierenden Sektoren der beruflichen Bildung eher tradierten Berufsvorstellungen von Männern und Frauen folgt, aus denen allein schwerlich Vor- und Nachteile abzuleiten sind, lassen sich geschlechtsspezifische Disparitäten besonders deutlich an den Anteilen im Übergangssektor und – ceteris paribus – an den entsprechenden Anteilen an den beiden vollqualifizierenden Bereichen feststellen. Durchgängig zeigt sich in allen Bundesländern, dass Männer häufiger als Frauen in den Übergangssektor einmünden. Die Differenzen in den Anteilen nach Geschlecht betragen zwischen 5 Prozentpunkten (Rheinland-Pfalz) und 15 Prozentpunkten (Bayern) zuungunsten der Männer (Abb. 3.10).

Abbildung 3.10 Einmündungsquote in den Übergangssektor 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Ländern (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Im Zeitverlauf wird erkennbar, dass der erneute Anstieg der Einmündung in den Übergangssektor zwischen 2013 und 2015 in allen Bundesländern ein Effekt der Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden ist, da überwiegend bei den ausländischen Jugendlichen der Anteil im Übergangssektor stieg (Abb. 3.7) und zudem in allen Ländern vor allem die männlichen Jugendlichen von dem Anstieg betroffen waren (Abb. 3.10); männliche Jugendliche machten unter den zugewanderten schutz- und asylsuchenden Personen in den Jahren 2015 und 2016 einen Anteil von rund 75 % aus (vgl. Neske, Rich 2016: 4). Dennoch lassen sich hier wieder Unterschiede zwischen Ländergruppen erkennen: Während in den ostdeutschen Flächenländern und in den beiden Stadtstaaten

Berlin und Hamburg die Einmündungsquote der männlichen Jugendlichen in den Übergangssektor zwischen 19 und 25 % variiert, weisen die westdeutschen Flächenländer zwischen 26 % (Bayern) und knapp 45 % (Baden-Württemberg) auf. Ein analoges Bild zeigt sich für die Anteile der weiblichen Neuzugänge in den Übergangssektor, jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau. Aus dem Muster zwischen Ost und West fällt lediglich Bayern heraus, wo nur 11 % der weiblichen Neuzugänge in den Übergangssektor einmünden.

Mit der Verstärkung von Disparitäten zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen und zwischen den Geschlechtern zum Nachteil der Männer droht eine alte Problemkonstellation erneut an Brisanz zu gewinnen, die zwar in der letzten Dekade latent stets vorhanden war, sich aber nicht weiter verschärft hatte. Baethge, Solga und Wieck (2007: 44) hatten diese Problemkonstellation als „Elend der jungen Männer“ bezeichnet, indem sie die Kumulation von Benachteiligungen junger Männer im Bildungssystem und deren Fortsetzung in der beruflichen Bildung vor dem Hintergrund eines berufsstrukturellen Wandels von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsökonomie skizzierten.

Dabei stellt sich diese Problemkonstellation zwischen den ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten einerseits sowie den westdeutschen Flächenländern andererseits in unterschiedlicher Schärfe dar: Die Einmündung von männlichen Jugendlichen in eine vollqualifizierende Ausbildung liegt in den westdeutschen Flächenländern mit einer Spannbreite von 53 % (Baden-Württemberg) bis 73 % (Bayern) unter dem Niveau von östlichen Ländern und dem der Stadtstaaten Berlin und Hamburg, wo sie mit 76 % (Sachsen-Anhalt) bis 82 % (Brandenburg) in einem höheren und zudem engeren Intervall liegt. Weibliche Neuzugänge münden hingegen in den westdeutschen Flächenländern – sieht man von Bayern (89 %) einmal ab – mit zwischen 67 % (Baden-Württemberg) und 78 % (Hessen) häufiger als Männer in vollqualifizierende Ausbildungen ein. Die ostdeutschen Länder und die beiden Stadtstaaten liefern auch bei den weiblichen Neuzugängen ein homogeneres Bild: Hier erreichen 86 bis 87 % eine vollqualifizierende Ausbildung. D. h. in allen Bundesländern ist eine Benachteiligung der männlichen Jugendlichen nicht zu übersehen bei einer gleichzeitig schwierigeren Ausbildungssituation im Westen im Vergleich zum Osten und zu den Stadtstaaten.

Es ist zu befürchten, dass sich die hier aufgezeigten Disparitäten des Ausbildungszugangs zum Nachteil der Männer und der ausländischen Jugendlichen noch verschärfen werden. Hintergrund ist, dass die in die berufliche Bildung neu eingemündeten schutz- und asylsuchenden (männlichen) Jugendlichen in den nächsten ein bis drei Jahren um Ausbildungsplätze nachfragen werden. Der berufsstrukturelle Wandel, die Konjunkturabhängigkeit dualer Ausbildungsplätze und der Trend zum weiteren Anstieg in der schulischen Vorbildung, der zumindest in der dualen Ausbildung in allen Ländern erkennbar anhält, deuten – wenn keine politische Gegensteuerung erfolgt – auf eine Verschlechterung der Ausbildungssituation für die Gruppe der (ausländischen) jungen Männer in nahezu allen Bundesländern hin, besonders jedoch in den westdeutschen Flächenländern.

3.3 Strukturen, Reformmaßnahmen und Effekte des beruflichen Übergangssektors

Kennzeichnend für das Maßnahmenangebot des Übergangssektors waren in den letzten 20 Jahren eine mangelnde Effektivität im Sinne fehlender Anschlussperspektiven sowie eine hohe Intransparenz der vielfältigen Angebote. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, haben diverse Reformprojekte der Bundesländer die Strukturen des Über-

gangssektors verändert. Die Restrukturierungen des beruflichen Übergangssektors sind als ein Handlungsfeld zur Steuerung der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik zu verstehen (Kühnlein 2008). Verbunden damit sind politische Vorzeichenwechsel, primär in der Förderung benachteiligter Personen beim Zugang zur beruflichen Bildung. Unklar ist, inwiefern sich durch die Reformbemühungen der letzten acht Jahre konsistente Strategien und klare Zielperspektiven zwischen den Bundesländern entwickelt haben. Zur Beantwortung dieser Frage wird die Verteilung der Neuzugänge auf den Übergangssektor zwischen 2007 bis 2015 in den Blick genommen. Durch die Verteilung der Neuzugänge auf die einzelnen Maßnahmentypen des Übergangssektors lassen sich länderspezifische Schwerpunktsetzungen in der Schaffung von Einstiegswegen in die berufliche Bildung offenlegen. Daran knüpft ein zweiter, qualitativer Zugang an, in dem auf Basis einer schriftlichen Befragung der Bundesländer und einer Internetrecherche rechtliche Grundlagen der Strukturen des Übergangssektors identifiziert werden.

Die länderspezifischen Restrukturierungen im Maßnahmenangebot des Übergangssektors werden sich daran messen lassen müssen, ob sich dadurch die Chancen auf eine Ausbildung tatsächlich verbessern. Hierzu sind Informationen zum Erfolg der Maßnahmen überaus wichtig. Zwar kann der tatsächliche Übergang in Ausbildung aufgrund fehlender statistischer Grundlagen nicht abgebildet werden (vgl. Abs. 3.1). Ein Kriterium zur Beurteilung der Effektivität des Übergangssektors bietet – trotz aller Schwächen (Dionisius, Illiger, Schier 2015) – das Nachholen und Verbessern von Schulabschlüssen. Eine Quote zusätzlich erworbener Abschlüsse der Maßnahmen deckt wichtige Hinweise im Hinblick auf die „Abschlussorientierung“ im Übergangssektor auf. Ein guter Schulabschluss erleichtert für Jugendliche den Zugang zum Ausbildungsstellenmarkt. Je nach schulischer Vorbildung haben Neuzugänge im Übergangssektor die Möglichkeit, über bestimmte Maßnahmen einen Hauptschulabschluss zu erwerben oder den bereits erworbenen Schulabschluss zu verbessern (Dionisius, Illiger 2016).

Weiterhin lassen sich mit den Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung „erfolgreiche“ Absolventen von „erfolglosen“ Abgängern unterscheiden. Nachfolgend werden als *Absolventen* die Personen bezeichnet, die das Bildungsziel erreicht haben, indem sie einen allgemeinbildenden Abschluss erwerben oder einen Bildungsgang erfolgreich durchlaufen haben. *Abgänger* haben das Bildungsziel nicht erreicht, jedoch das Schuljahr vollständig durchlaufen. Vorzeitige Abbrecher, d. h. Jugendliche, die eine Maßnahme des Übergangssektors vorzeitig verlassen, werden nicht erfasst (BIBB 2013). Aus diesem Grund wird nachfolgend die „Quote zusätzlich erworbener allgemeinbildender Abschlüsse“ als Erfolgsindikator für länderspezifische Maßnahmen des Übergangssektors herangezogen. Zusammenfassend werden im Ländervergleich auf Basis der integrierten Ausbildungsberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und Länder im Abschnitt 3.3 folgende Indikatoren zugrunde gelegt:

- In Abschnitt 3.3.1: die Neuzugänge⁷ in den Übergangssektor des beruflichen Ausbildungssystems nach Ländergruppen und Ländern
- In Abschnitt 3.3.2: der Anteil neu erworbener Schulabschlüsse 2015 an 2014 in den Übergangssektor Eingemündeten nach Geschlecht und nach Art des Maßnahmenangebots im Ländervergleich

⁷ Da für Bremen nur Ergebnisse der Schulstatistik bis zum Schuljahr 2013/2014 (Berichtsjahr 2013) vorliegen, wird Bremen für das Berichtsjahr 2015 nicht extra ausgewiesen. Entsprechend dem Vorgehen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) fließen jedoch in die Berechnung der Neuzugangszahlen für Deutschland die Werte für Bremen aus dem Schuljahr 2013/2014 als Schätzung für 2015 ein. Werte, die auf Daten der Bundesagentur für Arbeit beruhen, entsprechen auch für Bremen dem aktuellen Rand.

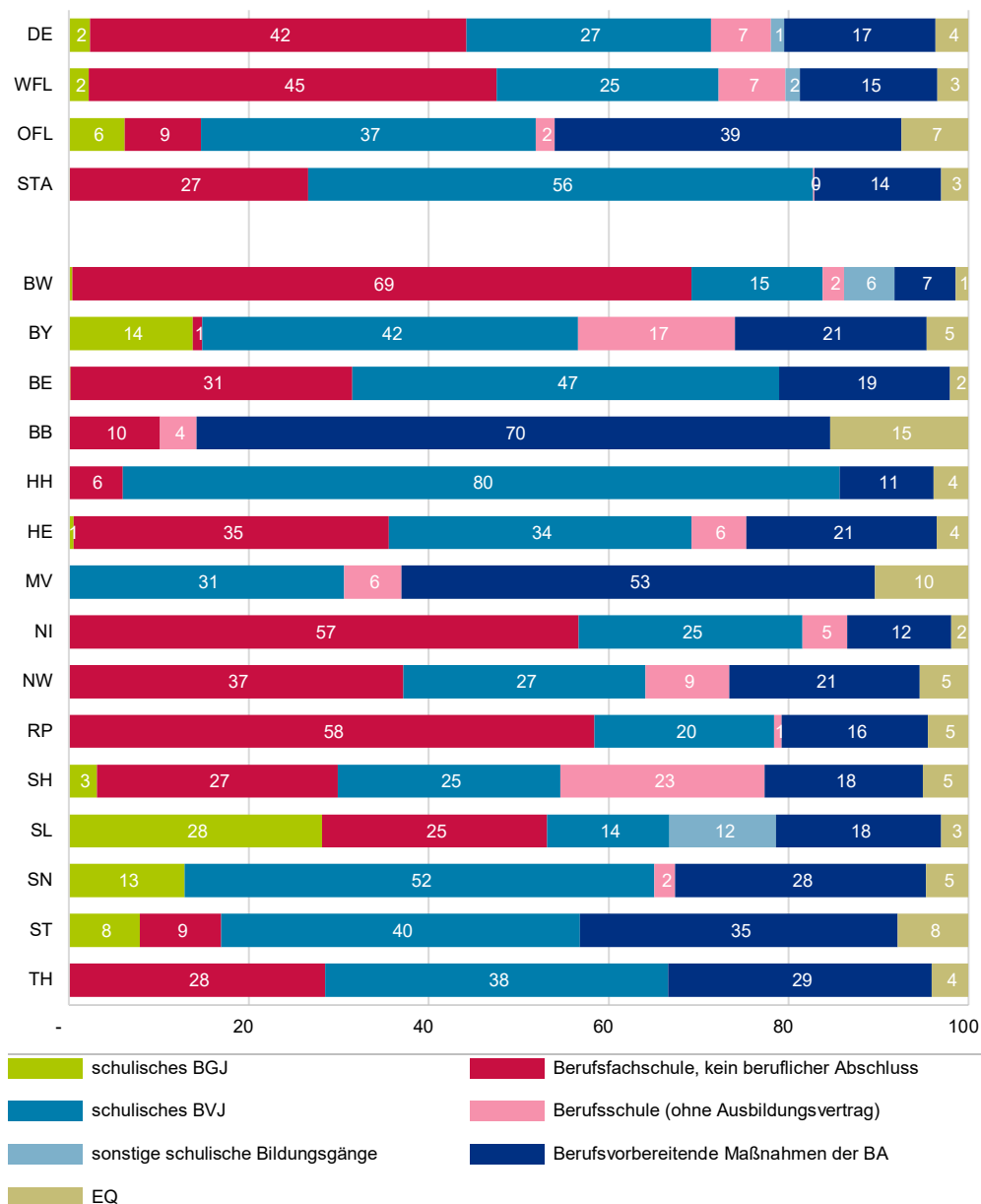
3.3.1 Entwicklung der Verteilung der Neuzugänge auf das Maßnahmenangebot des Übergangssektors

Die Qualität des im Übergangssektor zusammengefassten Maßnahmenangebots ist in Bezug auf die Perspektiven, die sich Jugendlichen eröffnen, sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist allen Maßnahmen, dass sie unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen. Das Maßnahmenangebot zielt auf eine Verbesserung der Einstiegsvoraussetzungen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung und bietet stellenweise die Möglichkeit, einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachzuholen oder zu verbessern (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 79).

Den Hauptteil der Angebote im Übergangssektor stellen 2015 in den westlichen Flächenländern mit 45 % die ein- bis zweijährige Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, aber neben dem Erwerb beruflicher Grundkenntnisse die Chance zum Nachholen oder zur Verbesserung eines allgemeinbildenden Abschlusses eröffnen, und die in einzelnen Ländern auch das erste Ausbildungsjahr für die duale Ausbildung durchführen (Baden-Württemberg). Im Ländervergleich fallen besonders die hohen Anteile ein- bis zweijähriger Berufsfachschulen der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen auf. In östlichen Flächenländern münden hingegen nur etwa 9 % der Neuzugänge in den Übergangssektor in eine ein- bis zweijährige Berufsfachschule ein (Abb. 3.11; Tab. 3.7A).

Der Schwerpunkt des Übergangssektors in östlichen Flächenländern liegt 2015 auf dem Maßnahmenangebot der Bundesagentur für Arbeit, das sich primär an nicht mehr schulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz richtet und auf die Verbesserung individueller Voraussetzungen der Teilnehmer für die Aufnahme einer Berufsausbildung abzielt: Etwa 46 % der Neuzugänge in den Übergangssektor mündet 2015 in östlichen Flächenländern in eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme oder eine Einstiegsqualifizierung der Bundesagentur für Arbeit ein. Besonders hoch ist das Gewicht des Maßnahmenangebots der Bundesagentur für Arbeit in Brandenburg (86 %) und Mecklenburg-Vorpommern (63 %). Mit 21 % ist das Gewicht des Maßnahmenangebots der Bundesagentur für Arbeit in westlichen Flächenländern weitaus geringer im Vergleich zu den östlichen Flachländern (Abb. 3.11; Tab. 3.7A).

Den zweiten großen Block bildet 2015 in den östlichen und in den westlichen Flächenländern das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag in Voll- oder Teilzeit auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet und zudem die Möglichkeit bietet, einen Hauptschulabschluss nachzuholen (Dionisius, Illiger 2016). Der Anteil des schulischen BVJ liegt 2015 in östlichen Flächenländern (37 %) etwas höher als in westlichen Flächenländern (27 %). In den Stadtstaaten bildet das schulische Berufsvorbereitungsjahr die tragende Säule des Übergangssektors. Mit etwa 80 % der Neuzugänge fällt das BVJ in Hamburg besonders hoch aus (Abb. 3.11; Tab. 3.7A).

Abbildung 3.11 Verteilung der Neuzugänge auf den Übergangssektor nach Art der Maßnahme und Ländern 2015 (in %)¹⁾

¹⁾ Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Zu den absoluten Werten vgl. Tab. 3.7A; Tab. 3.8A.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertungen, eigene Berechnungen

Mit einem Anteil von 7 % in westlichen und 2 % in östlichen Flächenländern haben Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die entweder der Berufsvorbereitung dienen oder auf die Vermittlung eines allgemeinbildenden Abschlusses der Sekundarstufe I abzielen, eine vergleichsweise geringe Bedeutung und werden auch zunehmend mit dem BVJ koordiniert. Ebenso gering ist die Bedeutung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) in vollzeitschulischer Form, das die Aufgabe hat, allgemeine sowie fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte eines Berufsfeldes (z. B.

Wirtschaft, Metall) als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des BGJ kann auf die Ausbildungszeit einer Berufsausbildung im dualen System angerechnet werden. In östlichen Flächenländern ist die Bedeutung des BGJ etwas höher als in westlichen Flächenländern (6 vs. 2 %) (Abb. 3.11; Tab. 3.7A).

Im Ländervergleich zeichnen sich damit durch das Maßnahmenangebot folgende Strategien und Zielperspektiven ab, die den Jugendlichen den Einstiegsweg in Ausbildung verbessern sollen: Während in westlichen Flächenländern, vor allem in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, Jugendlichen Perspektiven auf dem Ausbildungsstellenmarkt durch die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen eröffnet werden sollen, liegt der Schwerpunkt der ostdeutschen Flächenländer auf dem Maßnahmenangebot der Bundesagentur für Arbeit. In den Stadtstaaten hingegen ist eine strategische Schwerpunktsetzung beim schulischen Berufsvorbereitungsjahr zu verorten. Die heute im Übergangssektor anzutreffenden Strukturen sind dabei das Resultat vielfältiger Veränderungen.

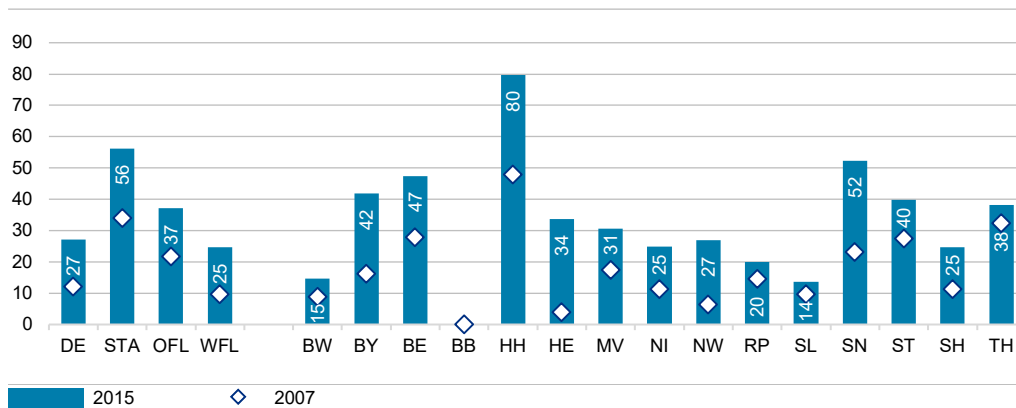
Zum Verständnis dieser Veränderungen, bedarf es einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Bereiche des Übergangssektors. Hierzu werden strukturelle Entwicklungen im Rahmen des Aufgabenbereichs der Bundesländer ins Auge gefasst. Im Vordergrund der nachfolgenden Betrachtung stehen strukturelle Veränderungen in den bundesweiten Schwerpunkten des Übergangssektors: den Berufsfachschulen, dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufsgrundbildungsjahr. Da Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nicht dem Handlungsfeld der Länder unterliegen, sind Veränderungen nicht in Gesetzen oder Verordnungen der Berufsschulen festgehalten. Die Entwicklung des Maßnahmenangebots der Bundesagentur für Arbeit kann somit nur anhand der Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung beleuchtet werden.

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Im Ländervergleich hat das schulische Berufsvorbereitungsjahr zwischen 2007 und 2015 durchgängig, vor allem in den Stadtstaaten und in den östlichen Flächenländern wie auch in Bayern und Nordrhein-Westfalen an Gewicht gewonnen. Die Reorganisation des BVJ lässt sich als Hauptstrategie zur Verbesserung der schulischen Berufsvorbereitung in den Ländern bezeichnen. Besonders in Hamburg (+32 Prozentpunkte), Hessen (+30 Prozentpunkte), Sachsen (+29 Prozentpunkte) und Bayern (+26 Prozentpunkte) ist ein Ausbau des Berufsvorbereitungsjahres zu beobachten (Abb. 3.12; Tab. 3.7A). Das hohe Gewicht des BVJ in Hamburg ist erklärungsbedürftig, nicht zuletzt, weil ihm Beispielcharakter zugesprochen wird: Mit der dualisierten Ausbildungsvorbereitung (AV Dual) hat Hamburg ein Angebot geschaffen, das schulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz erlaubt, allgemeinbildende Abschlüsse nachzuholen sowie durch Praxisphasen in Betrieben eine bessere berufspraktische Vorbereitung zu erfahren (Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsvorbereitungsschule (APO-BVS) vom 20. April 2006).

Die Entwicklungen deuten daraufhin, dass – mit Ausnahme von Brandenburg – die Bundesländer in den letzten acht Jahren dem schulischen Berufsvorbereitungsjahr eine besondere Rolle beigemessen haben, um Jugendlichen Perspektiven auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu eröffnen. Zu beachten ist jedoch, dass sich der Großteil des bundesweiten Anstiegs im BVJ, der sich zwischen 2014 und 2015 abzeichnet, auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden zu diskutieren ist (vgl. Abs. 3.4).

Abbildung 3.12 Einmündung ins schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) 2007 und 2015 nach Ländern und Ländergruppen (in %)



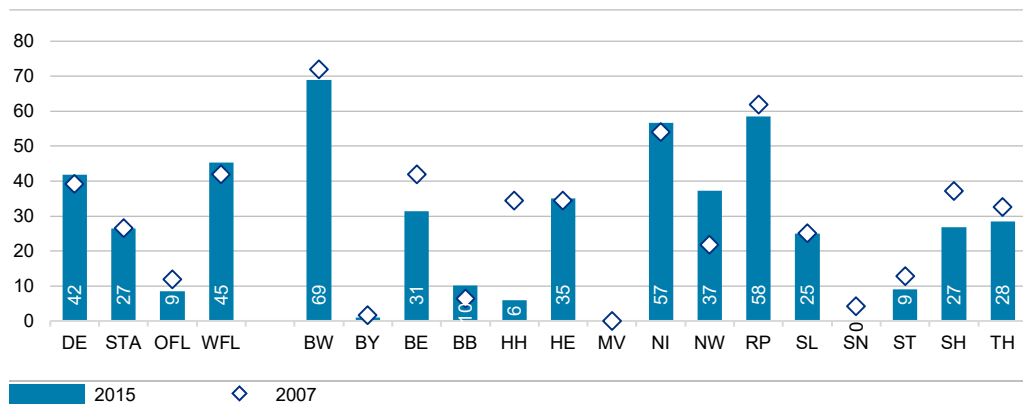
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Berufsfachschule (BFS)

Berufsfachschulen bilden nach Inhalt, Funktion und Dauer keine länderübergreifend einheitliche Schulform. Ob diese häufig aus der Tradition der höheren Handelsschulen hervorgegangenen Schulen, die in unterschiedlicher Weise (z. B. ein-, zweijährig), vor allem aber mittlere Abschlüsse nachzuholen gestatten, bei einer veränderten Struktur des allgemeinbildenden Schulwesens (Stichwort: Zweigliedrigkeit, Gemeinschaftsschulen) zukünftig noch wichtige Funktionen (und wenn ja, welche) haben, wird in einigen Kultusadministrationen diskutiert (vgl. Baethge u. a. 2017). Die inhaltliche und funktionale Heterogenität der Berufsfachschulen (s. o.) muss man bei den folgenden Ausführungen im Gedächtnis behalten.

Trotz des starken bundesweiten Rückgangs der Einmündungszahlen in die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen, zeigen sich zwischen 2007 und 2015 kaum Veränderungen im Gewicht der Berufsfachschule. Ein- und zweijährige Berufsfachschulen gewinnen in westlichen Flächenländern (+3 Prozentpunkte) nahezu im gleichen Umfang an Bedeutung, wie sie in östlichen Flächenländern an Bedeutung verlieren (–3 Prozentpunkte). Unter allen Ländern wurden die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen am stärksten in Berlin und Hamburg zurückgefahren: Mündete in Hamburg 2007 noch etwa jeder dritte Neuzugang in die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen ein, sind es 2015 gerade einmal 6 % der Neuzugänge in den Übergangssektor. An Bedeutung gewonnen haben im Zeitverlauf zwischen 2007 und 2015 die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen vor allem in Nordrhein-Westfalen (+15 Prozentpunkte) (Abb. 3.13; Tab. 3.7A). Das im Ländervergleich hohe Gewicht an Neuzugängen in ein- und zweijährige Berufsfachschulen in Baden-Württemberg lässt sich durch eine spezielle Ausbildungstradition erklären: Ein Großteil der Jugendlichen, die die einjährige Berufsfachschule absolviert hat, kann direkt ins zweite Ausbildungsjahr einmünden (Dionisius, Illiger, Schier 2016: 6).

Abbildung 3.13 Einmündung in die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen 2007 und 2015 nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Ein Blick auf das Maßnahmenangebot der Berufsfachschulen verrät, dass zwischen östlichen und westlichen Flächenländern erhebliche Unterschiede zur Verbesserung der Chancen des Zugangs von Jugendlichen in Ausbildung bestehen. Im Jahr 2015 beginnen 64 % der Neuzugänge der Berufsfachschulen in westdeutschen Flächenländern ein Programm, das entweder zur Verbesserung des allgemeinbildenden Schulabschlusses führt oder auf die Ausbildungszeit anrechenbar ist; in ostdeutschen Flächenländern mündet 2015 ein Großteil der Neuzugänge der Berufsfachschule (61 %) hingegen in berufsvorbereitende Programme ein, die nicht auf die Ausbildungszeit anrechenbar sind (Tab. 3.1).

Brandenburg, Hamburg und Hessen beschulen 2015 Jugendliche überwiegend in Programmen, die Möglichkeiten zum Nachholen oder Verbessern eines Schulabschlusses bieten. Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt legen hingegen einen Schwerpunkt auf Programme, die Möglichkeiten einer Anrechnung auf eine duale Ausbildung eröffnen. Berufsvorbereitende Programme ohne Anrechnung werden hingegen in Niedersachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein und Thüringen bevorzugt (Tab. 3.1). Bei letzterem BFS-Typ dürfte die Gefahr von sogenannten „Maßnahmekarrieren“ und „Warteschleifen“ besonders hoch sein, da sie keine zertifizierte Verbesserung der Einstiegsvoraussetzungen für den Zugang zum Ausbildungsmarkt zur Folge haben (Baethge u. a. 2007: 57).

Zwischen 2007 und 2015 zeigt sich in den westlichen Flächenländern ein vergleichsweise starker Abbau von Programmen, die auf die Verbesserung des allgemeinbildenden Schulabschlusses abzielen (–23 Prozentpunkte). Einen Anstieg verzeichnen hingegen Programme mit Anrechnung auf eine duale Ausbildung (+5 Prozentpunkte) sowie berufsvorbereitende Programme ohne Anrechnungsmöglichkeiten (+18 Prozentpunkte). In östlichen Flächenländern zeigt sich ein umgekehrtes Bild: An Bedeutung gewinnen Programme mit Möglichkeiten zum Nachholen oder zur Verbesserung des allgemeinbildenden Schulabschlusses (+9 Prozentpunkte) und das Gewicht von Programmen mit Anrechnung auf eine duale Ausbildung (–7 Prozentpunkte) sowie von berufsvorbereitenden Programmen ohne Anrechnung (–2 Prozentpunkte) nimmt ab (Tab. 3.1).

Tabelle 3.1 Einmündung in unterschiedliche Maßnahmenangebote der Berufsfachschule 2007 und 2015 nach Ländern (in %)

Region	Ohne Anrechnung, Ziel: allg. Schulabschlüsse der Sek I		Mit Anrechnung auf eine duale Ausbildung		Ohne Anrechnung, berufsvorbereitend	
	2007	2015	2007	2015	2007	2015
BW	31	27	47	55	21	17
BY	-	-	100	100	-	-
BE	-	-	-	-	100	100
BB	100	100	-	-	-	-
HH	100	100	-	-	-	-
HE	-	83	100	-	-	17
MV	-	-	-	-	-	-
NI	100	7	-	-	-	93 ¹
NW	0	0	96	100	4	-
RP	28	30	-	-	72	70
SL	0	0	100	100	-	-
SN	-	-	49	-	51	-
ST	-	-	100	100	-	-
SH	62	-	-	-	38	100
TH	-	-	-	-	100	100
DE	42	20	37	43	21	37
WFL	43	20	39	44	18	36
OFL	8	17	29	22	62	61
STA	51	39	0	6	49	56

¹ Bis einschließlich 2014 waren die Schüler an einjährigen Berufsfachschulen in Niedersachsen im Konto „Programme ohne Anrechnung, Ziel: allg. Schulabschlüsse der Sek I“ enthalten. Ab dem Jahr 2015 werden diese im Konto „Programme ohne Anrechnung, berufsvorbereitend“ nachgewiesen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)

Das Berufsgrundbildungsjahr hat im Ländervergleich im hier betrachteten Zeitraum stark an Bedeutung verloren. Dieser Trend lässt sich am Beispiel von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verdeutlichen, denn unter allen Ländern war 2007 das BGJ in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit 19.603 bzw. 11.217 Neuzugängen quantitativ noch am stärksten ausgebaut. Zwischen 2007 und 2015 haben Nordrhein-Westfalen (-22 Prozentpunkte) und Niedersachsen (-18 Prozentpunkte) die Angebote des schulischen Berufsgrundbildungsjahres komplett zurückgefahren (Abb. 3.21A; Tab. 3.7A).

Erheblich geschwächt wurde das Konzept beruflicher Grundbildung durch die Neuordnung des Berufsbildungsreformgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I: 931) und das damit verbundene Ende der bundesweiten Anrechnungsverordnung (Niedersächsisches Kultusministerium 2009). Mit § 7 des Berufsbildungsgesetzes lag die Anrechnung beruflicher Vorbildung auf die Ausbildungszeit nun in der Hand der Bundesländer. Daraufhin entledigte sich ein Teil der Bundesländer der zwingenden Anrechnung des Besuchs eines BGJ (Schmidt, 2011). Darüber hinaus entschied sich Niedersachsen, das BGJ im August 2009 abzuschaffen und ersetzte den Bildungsgang durch eine Form an der Berufsfachschule (BbS-VO vom 10. Juni 2009: § 35). Eine sehr ähnliche Restrukturierung zeigt sich 2015 in Nordrhein-Westfalen (Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen 2015).

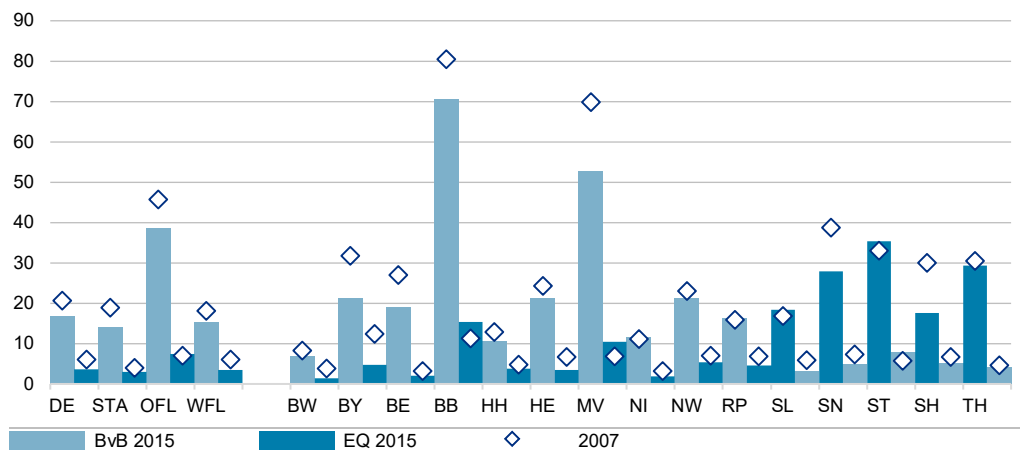
Maßnahmenangebot der Bundesagentur für Arbeit

Das größte Gewicht des Maßnahmenangebots der Bundesagentur für Arbeit, das vor allem durch freie Träger organisiert wird, tragen in östlichen und westlichen Flächen-

länder mit einem Anteil von 39 bzw. 15 % die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB), die als Qualifizierungsinstrument dazu dienen, jungen Menschen den Übergang in eine Ausbildung oder Beschäftigung zu erleichtern (BA 2015). Der Schwerpunkt zur Verbesserung der Einstiegsvoraussetzung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von jugendlichen Neuzugängen in den Übergangssektor liegt in Brandenburg (70 %) und Mecklenburg-Vorpommern (53 %) auf den BvB der Bundesagentur für Arbeit. Zwischen 2007 und 2015 zeigt sich jedoch, dass die BvB selbst in den östlichen Flächenländern an Bedeutung verloren haben. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (–17 Prozentpunkte) wurde das Angebot berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zurückgefahren (Abb. 3.14; Tab. 3.7A).

In östlichen und westlichen Flächenländern spielt mit 3 bzw. 7 % die Einstiegsqualifizierung (EQ), in der Betriebe für das Anbieten einer sechs- bis zwölfmonatigen EQ für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche bis 25 einen Zuschuss erhalten (BA 2016), eine geringe Rolle. Im Ländervergleich sind es wieder die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit den höchsten Anteilen an Neuzugängen in der Einstiegsqualifizierung. Während die Einstiegsqualifizierung zwischen 2007 und 2015 in westlichen Flächenländer etwas an Gewicht (–3 Prozentpunkte) verliert, ist das Angebot in östlichen Flächenländern konstant geblieben (Abb. 3.14; Tab. 3.7A).

Abbildung 3.14 Einmündung ins Maßnahmenangebot der Bundesagentur für Arbeit 2007 und 2015 nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Durch das hohe Gewicht des Maßnahmenangebots der Bundesagentur für Arbeit in den östlichen Flächenländern scheint es zweifelslos notwendig zu sein, zu prüfen, inwiefern tatsächlich Einstiegsvoraussetzungen verbessert werden. Nachfolgend wird die Quote zusätzlich erworbener Schulabschlüsse zunächst allgemein für den Übergangssektor und anschließend für einzelne Maßnahmenangebote des Übergangssektors betrachtet.

3.3.2 Zusätzlich erworbene Schulabschlüsse im Übergangssektor

Die Effektivität der Maßnahmen des Übergangssektors wird sich an verschiedenen Merkmalen – und nicht nur den zusätzlich erworbenen Abschlüssen – messen lassen müssen. Dazu zählt neben einer Vorbereitung auf eine Ausbildung, die vor allem durch eine Förderung von kognitiven und sozialen Fähigkeiten sowie die Entwicklung

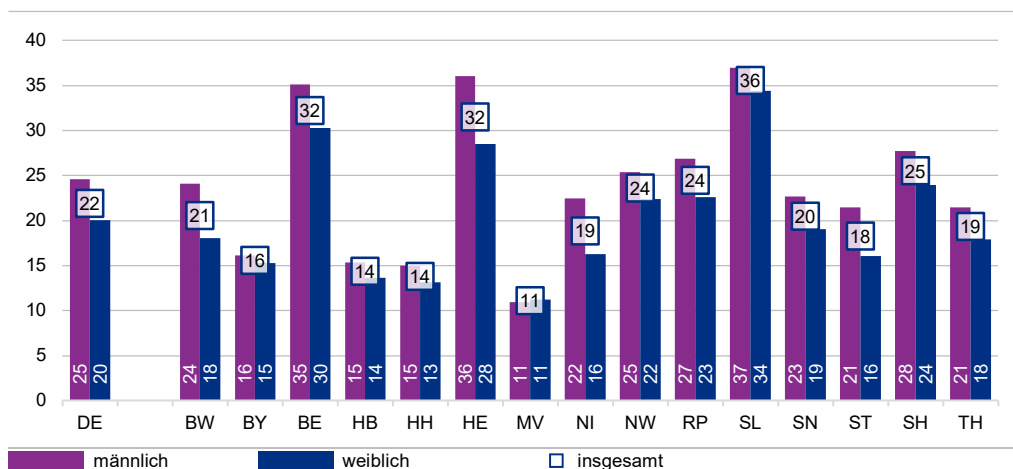
(realistischer) Berufsvorstellungen und von Berufswahlkompetenz erreicht werden soll, oft auch die emotionale und motivationale Stabilisierung von Jugendlichen vor dem Hintergrund meist weniger erfolgreich verlaufener Bildungsbiografien sowie häufig schwieriger individueller Lebenslagen. Die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten zielt dabei auf zwei Bereiche ab, nämlich die allgemeine schulische Bildung zu verbessern und/oder eine berufliche Grundbildung zu vermitteln. Inwiefern dabei eher einer „Abschlusslogik“ oder einer „Anschlusslogik“ (Dionisius, Illiger, Schier 2015) gefolgt wird oder beide Ziele gleichermaßen Berücksichtigung finden, hängt im Einzelnen von den Organisations- und Rechtsstrukturen, der curricularen Ausformung, aber auch den konkreten Umsetzungs- und Lernbedingungen der verantwortlichen und beteiligten Institutionen ab. Kennzeichnend für die Datenlage in der beruflichen Bildung allgemein, aber auch im Übergangssektor im Besonderen ist, dass keinerlei Aussagen über die Kompetenzen der Jugendlichen nach Beendigung einer Maßnahme verfügbar sind, zumindest nicht auf repräsentativer Basis. Deshalb können hier für einen Ländervergleich, wie er angestrebt ist, tatsächlich nur die neu erworbenen Schulabschlüsse als ein wichtiges Erfolgskriterium herangezogen werden.

Bei der Darstellung der „zusätzlich erworbenen Schulabschlüsse“ ist allerdings zu berücksichtigen, dass nicht eindeutig bestimmt werden kann, inwiefern der nachträgliche Erwerb eines Schulabschlusses das explizite Bildungsziel der jeweiligen Maßnahme war oder ob der jeweilige Abschluss nicht bereits bei Einmündung in den Übergangssektor vorlag, da durch bestimmte schulische Angebote auch ein bereits vorliegender Abschluss erneut erteilt werden kann. Ein weiteres Problem besteht darin, dass nur jene Personen mit ihren Abschlüssen ausgewiesen sind, die die Maßnahme auch beendet haben, d. h. vorzeitige Abbrecher sind damit nicht berücksichtigt. In Anbetracht dieser Einschränkungen werden daher nicht nur die Abschlüsse der Absolventen betrachtet, die beispielsweise 2015 bestimmte Maßnahmen des Übergangssektors beendet haben, sondern diese Zahl wird vor dem Hintergrund der vorhandenen Abschlüsse der Zugänge im Jahr zuvor betrachtet. Damit wird eine Relativierung hinsichtlich der schon vorliegenden Abschlüsse bei Eintritt erreicht, jedoch bleibt es eine Approximation, da ein bestimmter Anteil der Maßnahmen auch zweijährig ist. Darüber hinaus verbleiben weitere Unsicherheiten in der Interpretation, da die Abbruchquoten nicht bekannt sind. Aber es können auf diese Weise immerhin Selektionseffekte auf Länderebene bei Eintritt in ausgewählte Maßnahmen des Übergangssystems besser abgeschätzt werden.

Der Blick auf die Absolventen und Abgänger des Jahres 2015 zeigt zunächst, dass sich die Maßnahmen in der Abschlussorientierung nach Ländern deutlich unterscheiden: Hier sind zunächst die Länder Berlin, Hessen und das Saarland zu nennen, bei denen rund ein Drittel der Absolventen und Abgänger 2015 einen allgemeinbildenden Abschluss erwirbt. Deutlich weniger, etwa ein Viertel der Personen, die 2015 den Übergangssektor verlassen, erwirbt in den westdeutschen Flächenländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen einen Abschluss. In den ostdeutschen Flächenländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in Baden-Württemberg und Niedersachsen erwirbt etwa ein Fünftel einen Abschluss. Bei den verbleibenden zwei ostdeutschen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie in Hamburg und Bayern schwankt dieser Anteil zwischen 10 und 16 %. Bei den ostdeutschen Flächenländern ist zu berücksichtigen, dass sie zum Bundesdurchschnitt überproportional hohe Anteile an den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit aufweisen, in deren Rahmen zwar auch zum Teil Abschlüsse erworben werden können, denen jedoch insgesamt stärker eine betriebliche und arbeitsbezogene Orientierung zugrunde liegt. Auffällig ist ferner, dass die Frauen – bis auf Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – durchgängig etwas erfolgreicher sind als die Männer, wobei dies besonders ausgeprägt in Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Berlin ist. Ob

man dies als eine höhere Bildungsanstrengung und einen höheren Bildungserfolg der Frauen interpretieren darf, sei dahingestellt, da hier alle Maßnahmen zusammengefasst wurden und maßnahmenspezifische Effekte der Abschlussorientierung diesen Befund beeinflussen können (Abb. 3.15).

Abbildung 3.15 Anteil der neu erworbenen Schulabschlüsse im Übergangssektor insgesamt 2015 an den Einmündungen 2014 nach Geschlecht und Ländern (in %)¹⁾



¹⁾Angaben in % aller Einmündungen des Übergangssystems 2014.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

In den Programmen des Übergangssektors können sowohl der Hauptschulabschluss als auch ein mittlerer Schulabschluss erworben werden, jedoch überwiegend programmspezifisch. Insgesamt erwirbt etwas mehr als ein Fünftel zusätzliche Abschlüsse im Übergangssektor bei einer beträchtlichen Streuung über die Länder zwischen 36 % (Saarland) und 10 % (Brandenburg). Bei allen Bundesländern, insbesondere den ostdeutschen, ist jedoch der Anteil an Maßnahmen der BA im Blick zu behalten, die nur begrenzt den Erwerb von Schulabschlüssen ermöglichen. Das Nachholen eines mittleren Abschlusses ist in den östlichen Ländern nur begrenzt in Sachsen-Anhalt und Thüringen möglich. Im Westen wird er in den Flächenländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu höheren Anteilen erworben als der Hauptschulabschluss, was hier die Bedeutung der Berufsfachschulen unterstreicht (Abb. 3.22A).

Deutlich wird auch hier, dass die Frauen durchgängig bei den zusätzlich erworbenen *mittleren Abschlüssen* höhere Quoten erreichen als Männer. Bei den *Hauptschulabschlüssen* haben die Männer eine geringfügig höhere Erfolgsrate, hier fallen insbesondere fünf Bundesländer mit einer leicht höheren Erfolgsquote bei den Männern auf (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland) auf. Deutlich erfolgreicher sind Frauen in den beiden ostdeutschen Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, geringfügig höhere Anteile weisen sie auch in Berlin, Bayern und Niedersachsen beim Erwerb von Hauptschulabschlüssen auf.

In der Summe scheinen Frauen vor allem bei den mittleren Abschlüssen eher von den Chancen eines Abschlusserwerbs Gebrauch zu machen als Männer. Dabei sind auch die Eingangsvoraussetzungen zu berücksichtigen: In Programmen zum Erwerb des mittleren Abschlusses ist meist ein Hauptschulabschluss die formale Eingangsvoraussetzung.

Zusätzlich erworbene Abschlüsse in den spezifischen Maßnahmenangeboten des Übergangssektors

Zur Beurteilung der Effektivität sind die unter Abschnitt 3.3.1 diskutierten strategischen Ausrichtungen des Übergangssektors der Bundesländer vor dem Hintergrund maßnahmenpezifischer Effekte beim Nachholen oder Verbessern von allgemeinbildenden Schulabschlüssen zu diskutieren.

Im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) wird sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Flächenländern eine im Vergleich zum Übergangssektor hohe Quote zusätzlicher erworbener Schulabschlüsse erreicht. Größtenteils wird das BVJ genutzt, um einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Vor allem in Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland, Sachsen und Berlin zeichnen sich gute Chancen zum Nachholen eines Schulabschlusses ab. Die Möglichkeit, einen mittleren Abschluss zu erwerben, scheint nur in Berlin und Hamburg zu bestehen. Im Stadtstaat Hamburg, der im Ländervergleich das höchste Gewicht des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ, seit 2015 AV-dual) aufweist, wird dagegen nur die geringste Quote zusätzlich erworbener Abschlüsse erreicht (Tab. 3.2).

Tabelle 3.2 Anteil der neu erworbenen Schulabschlüsse 2015 an den Einmündungen 2014 nach Schulabschlussart, Maßnahmetyp und Ländern (in %)¹⁾

Land	Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)		Berufsfachschule, die keinen beruflichen Abschluss vermittelt		Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)		Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA	
	Hauptschulabschluss	Mittlerer Abschluss	Hauptschulabschluss	Mittlerer Abschluss	Hauptschulabschluss	Mittlerer Abschluss	Hauptschulabschluss	Mittlerer Abschluss
BW	35	-	3	21	-	-	3	-
BY	42	-	-	-	2	-	8	-
BE	40	2	1	39	-	-	6	-
BB	-	-	19	-	-	-	11	-
HH	11	3	-	26	-	-	8	-
HE	38	0	-	51	-	-	6	-
MV	27	-	-	-	-	-	-	-
NI	29	-	4	16	-	-	6	-
NW	37	-	0	44	13	21	4	-
RP	55	-	-	24	-	-	6	-
SL	41	-	-	74	17	-	3	-
SN	41	-	-	-	-	-	-	-
ST	31	-	7	28	2	-	9	-
SH	29	-	0	56	3	-	6	-
TH	28	-	-	27	-	-	4	-
DE	34	0	2	27	11	16	5	-
WFL	37	0	2	26	11	17	5	-
OFL	35	-	5	23	1	-	8	-
STA	22	2	2	29	-	-	6	-

¹⁾ Angaben in % aller Einmündungen des Übergangssystems 2014.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Wenngleich die Chancen zur Verbesserung der schulischen Bildung im Rahmen der ein- und zweijährigen Berufsfachschulen etwas geringer sind, erlaubt das Maßnahmenangebot der Berufsfachschule, mittlere Schulabschlüsse zu erwerben, die von hoher Bedeutung beim Zugang zum vollqualifizierenden Ausbildungssystem sind. Schulanfänger in westdeutschen Flächenländern haben 2015 im Vergleich zu ostdeutschen Flächenländern etwas bessere Chancen, einen mittleren Schulabschluss zu erlangen. In den Stadtstaaten sind die Verbesserungschancen jedoch am größten. Ins Auge fällt, dass im Ländervergleich der Anteil zusätzlich erworbener mittlerer Abschlüsse im Saarland und

in Schleswig-Holstein besonders hoch ist (Tab. 3.2), obwohl in beiden Ländern ein- und zweijährige Berufsfachschulen ein vergleichsweise geringes Gewicht haben (Abb. 3.11).

Ein Ländervergleich der zusätzlich erworbenen Schulabschlüsse des landesweit stark zurückgefahrenen Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) ist aufgrund einer mangelnden Datenlage kaum möglich. Bundesländer wie das Saarland, Bayern und Sachsen, in denen das Gewicht des BGJ trotz des geschwächten Anrechnungskonzepts weiterhin vergleichsweise hoch ist, erzielen niedrige Quoten zusätzlich erworbener Schulabschlüsse (Tab. 3.2). Das Ziel, einen Schulabschluss zu erlangen, stand beim BGJ traditionell hinter demjenigen des Einstiegs in eine qualifizierte Berufsausbildung (möglichst als erstes Ausbildungsjahr).

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bieten im Vergleich zu den anderen Angeboten des Übergangssektors relativ geringe Chancen zur Verbesserung des allgemeinbildenden Schulabschlusses. Dies hängt vor allem mit der institutionellen Definition der BvB der BA zusammen, die auf Anschlussorientierung ausgerichtet ist (vgl. Dionisius, Illiger, Schier 2015).

3.4 Berufsvorbereitende Angebote für Schutz- und Asyl-suchende

Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender im ausbildungsrelevanten Alter

Wie viele der Millionen von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren weltweit auf der Flucht waren, den Weg nach Europa fanden, ist unklar. Allein 2016 wurden 1,2 Millionen Asylanträge in der gesamten Europäischen Union gestellt – davon mehr als die Hälfte in Deutschland. Seit der Aufnahme von 12 Millionen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg handelt es sich damit um die größte Zuwanderung von Geflüchteten (BIBB 2017: 419; Brücker, Rother, Schupp 2016: 15). Ein Großteil der seit Ende 2014 in Deutschland schutz- und asylsuchenden Menschen wandert im ausbildungsrelevanten Alter zu und stellt damit die Berufsbildungssysteme der Bundesländer vor extreme Herausforderungen.

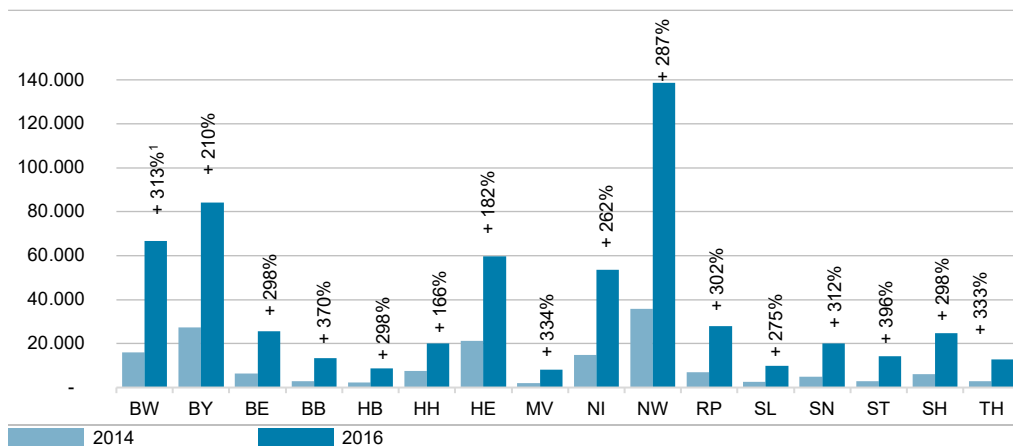
Der Blick auf die im Ausländerzentralregister (AZR)⁸ erfasste im Ausland geborene (1. Migrantengeneration) und aus den Kriegs- und Krisenländern⁹ stammende Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 30 Jahren unterstreicht das Ausmaß dieser Integrationsaufgabe. Bundesweit nahm 2016 die Zahl registrierter Ausländer im Vergleich zum Jahr 2014 um 425.833 (+262 %) zu. Der Zuwachs der im AZR registrierten Personen basiert vor allem auf der Zuwanderung aus Syrien (+206.060 Personen bzw. +483 %), Afghanistan (+92.224 Personen bzw. +303 %) und Irak (+55.722 Personen bzw. +210 %). In den Bundesländern bewegt sich der absolute Anstieg im Zeitraum 2014–2016 zwischen 6.326 Personen (Mecklenburg-Vorpommern, +334 %) und 102.911 Personen (Nordrhein-Westfalen, +286 %). Prozentual schwankt der Zuwachs von 2016 gegenüber 2014 in den Bundesländern zwischen +165 % (Hamburg, +12.434 Personen) und +396 % (Sachsen-Anhalt, +11.272 Personen).

⁸ Im Ausländerzentralregister (AZR) sind alle Ausländer registriert, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sich nicht nur vorübergehend (weniger als drei Monate) in Deutschland aufhalten. Dazu gehören auch Ausländer, die einen sonstigen Bezug zur Bundesrepublik Deutschland haben, beispielsweise, weil sie einen Asylantrag gestellt haben. Ausländer, die nicht registriert sind, das heißt sich nicht legal in Deutschland aufhalten, sind grundsätzlich nicht im AZR enthalten.

⁹ Laut der Asylgeschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2014, 2015, 2016) zählen Afghanistan, Eritrea, Pakistan, Nigeria, Somalia, Syrien, Irak und Iran zwischen 2014 und 2016 zu den Top-10-Herkunftsländern bei Asylerstanträgen.

Westdeutsche Flächenländer nehmen damit im Durchschnitt eine größere Anzahl Schutz- und Asylsuchender auf, in ostdeutschen Flächenländern ist gemessen an der bisher relativ niedrigen Zahl ausländischer Bevölkerung der prozentuale Anstieg am größten (Abb. 3.16; Tab. 3.9A).

Abbildung 3.16 Anzahl und Anstieg (in %) der Schutz- und Asylsuchenden¹⁾ nach Bundesländern zwischen 2014 und 2016^{2) 3)}



¹⁾ Steigerungsrate 2016 gegenüber 2014.

²⁾ Ausländischen Bevölkerung 1. Migrantengeneration im Alter zwischen 16–30 Jahren aus Kriegs- und Krisenländern: Afghanistan, Eritrea, Pakistan, Nigeria, Somalia, Syrien (Arab. Republik), Irak, Iran (Islam. Republik).

³⁾ Die Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister (AZR) für das Jahr 2016 setzt erstmalig Anforderungen der statistischen Geheimhaltung sowie des persönlichen Datenschutzes an bevölkerungsstatistischen Veröffentlichungen um. Dazu gehört, dass Angaben, die auf weniger als drei Beobachtungen beruhen, geheim zu halten sind (primäre Geheimhaltung). Bedingt durch dieses Vorgehen kann es wie in Mecklenburg-Vorpommern vorkommen, dass die Bevölkerungszahlen der Ausländer 1. Migrantengeneration aus Kriegs- und Krisenländern entgegen eines erwarteten Anstiegs sinken.

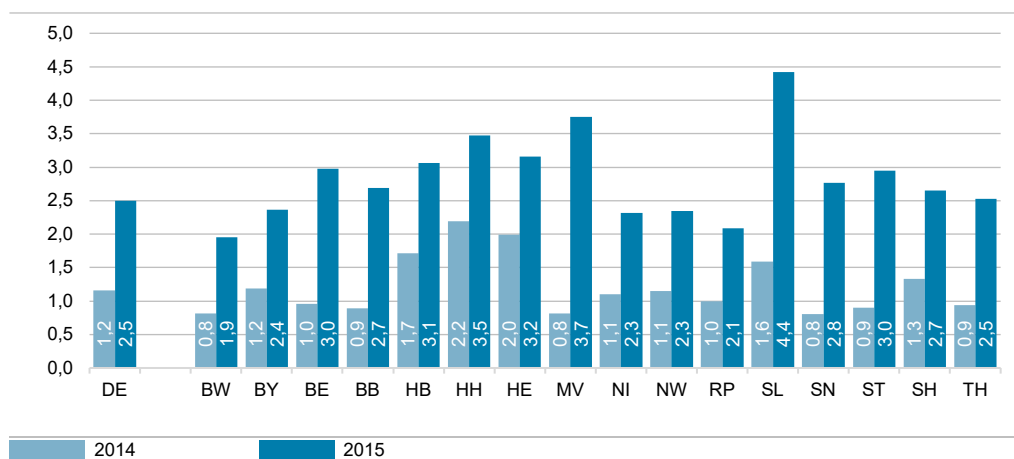
Quelle: Ausländerstatistik, Statistisches Bundesamt, 2017, Stichtag 31.12., Stand: 05.07.2017

Indem die 16- bis 30-jährigen Ausländer der ersten Migrantengeneration aus den Kriegs- und Krisenländern in Relation zu der 16- bis 30-jährigen Bevölkerung insgesamt gesetzt werden, soll das zu bewältigende berufliche Integrationsausmaß der einzelnen Bundesländer verdeutlicht werden. Je höher der Anteil schutz- und asylsuchender Jugendlicher und Erwachsener an der sich im ausbildungsrelevanten Alter befindenden Bevölkerung ist, desto stärker wird auch das berufliche Bildungssystem in die Integrationsaufgaben eingebunden sein. Die Integration der schutz- und asylsuchenden Personen in die berufliche Bildung hat Konsequenzen für die Zusammensetzung der Schüler und Auszubildenden in berufsbildenden Schulen und Betrieben. Mit dem quantitativen Anstieg wie auch den „Kompositionseffekten“ in der Schülerschaft gehen nicht nur didaktisch-methodische und pädagogische Herausforderungen im Umgang mit kultureller, (vor-)bildungsbezogener und berufserfahrungsbezogener Heterogenität einher, sondern auch ein erhöhter Personalbedarf (vgl. die Schätzungen dazu in Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 201), z. B. für kombinierte Sprach- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen sowie sozialpädagogische und psychologische Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Betrachtet man die Relation von Bevölkerung und ausländischen Personen im ausbildungsrelevanten Alter, dann zeigen sich 2015 zwischen den Bundesländern beträchtliche Unterschiede in den Anteilen der Gruppe der Schutz- und Asylsuchenden an der sich im ausbildungsrelevanten Alter befindenden Bevölkerung. Die Unterschiede reichen von 1,9 % in Baden-Württemberg bis zu 4,4 % im Saarland. Angesichts des Anstiegs

der schutz- und asylsuchenden Menschen im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 (+228.025 Personen bzw. +163,3 %), dürften die hier für 2015 berichteten Zahlen die aktuelle Situation allerdings deutlich unterschätzen (Abb. 3.17).

Abbildung 3.17 Anteil der Schutz- und Asylsuchenden¹⁾ im Alter zwischen 16 und 30 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2014 und 2015 (in %)



¹⁾ 16- bis 30-jährige Ausländer der 1. Migrantengeneration aus Kriegs- und Krisenländern.

Quelle: Ausländerstatistik und Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (2017), Stichtag 31.12., Stand: 05.07.2017

Schutz- und Asylsuchende im Übergangssektor

Wie an vielen Stellen deutlich wird, ist die Datenlage zur Integration von Schutz- und Asylsuchenden in berufliche Bildung unübersichtlich, da diese Gruppe in den meisten relevanten amtlichen Statistiken zurzeit nicht identifiziert werden kann. Das Merkmal „Flucht“ wird weder in der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) noch in anderen Statistiken wie der Schulstatistik oder der Berufsbildungsstatistik erfasst, sodass das berufliche Integrationsgeschehen von Geflüchteten nur schwer abgebildet werden kann (BIBB 2017; Busse 2017).

Dennoch zeigen die Daten der iABE, dass eine beträchtliche Zahl an Schutz- und Asylsuchenden bereits in den Übergangssektor eingemündet ist. Der Anstieg ausländischer Anfänger in diesem Teilsegment im Jahr 2016 im Vergleich zu 2014 steht dabei offensichtlich im Zusammenhang mit dem Zuwachs der aus den Kriegs- und Krisenländern stammenden ausländischen Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 30 Jahren.¹⁰

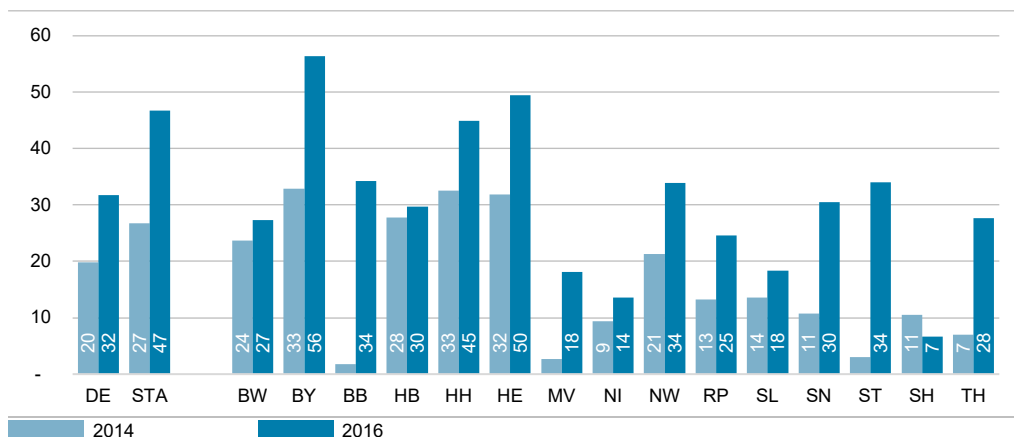
Die Zunahme des relativen Anteils ausländischer Anfänger im Übergangssektor zwischen 2014 und 2016 (Abb. 3.18) ist somit vor dem Hintergrund der Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender zu diskutieren. Die Integrationsaufgabe dürfte besonders in den Ländern groß sein, die einen hohen Anteil ausländischer Anfänger vorweisen und/oder kurzfristig einen hohen Anstieg des Anteils ausländischer Anfänger verzeichnen. Ein kurzfristig hoher Anstieg des Anteils ausländischer Anfänger im Übergangssektor zeichnet sich vor allem in den ostdeutschen Flächenländern ab. Hier hat sich im Zeitraum 2014–2016 der Ausländeranteil an Neuzugängen im Übergangssektor von 5 auf 29 % erhöht. Unter allen Ländern hatten Brandenburg und Sachsen-Anhalt 2014 dabei

¹⁰ Schätzung der Korrelation: $r = 0,586$, Signifikanzniveau: unter 5 %. In die Schätzung der Korrelation wurden nur die Werte der einzelnen Bundesländer einbezogen. In Bremen liegen nur Ergebnisse der Schulstatistik bis zum Schuljahr 2013/2014 vor. Deshalb wurde Bremen bei der Schätzung der Korrelation nicht berücksichtigt.

noch den geringsten Anteil ausländischer Anfänger im Übergangssektor. 2016 verzeichnen beide ostdeutsche Länder mit einem Zuwachs von 33 bzw. 31 Prozentpunkten jedoch die höchsten Anstiege des Anteils ausländischer Anfänger, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Doch auch die Stadtstaaten Berlin und Hamburg verzeichnen einen starken Anstieg des Ausländeranteils der Neuzugänge im Übergangssektor (Abb. 3.18; Tab. 3.9A).

Ausgehend von einem sehr hohen Niveau steigt zwischen 2014 und 2016 der Anteil ausländischer Anfänger in den Stadtstaaten von 27 auf 47 %. Die Stadtstaaten weisen somit im Vergleich zu den west- und ostdeutschen Flächenländern den höchsten Ausländeranteil im Übergangssektor auf. In westdeutschen Flächenländern stieg der Anteil ausländischer Anfänger an den Neuzugängen im Übergangssektor um etwa 9 Prozentpunkte. Zusammengefasst hat sich in ostdeutschen Flächenländern innerhalb von zwei Jahren nicht nur der Anteil ausländischer Anfänger um das Sechsfache erhöht, sondern sich zudem dem Niveau westdeutscher Flächenländer angenähert. Bei den Stadtstaaten weist 2016 – offensichtlich vor dem Hintergrund der Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender – jeder zweite Neuzugang im Übergangssektor einen Ausländerstatus vor. Die dahinterstehende Herausforderung für die Öffnung und Gestaltung der beruflichen Bildungsgänge ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Abbildung 3.18 Ausländeranteil der Neuzugänge im Übergangssektor 2014 und 2016¹⁾ (in %)



¹⁾ Die für das Berichtsjahr 2016 herangezogene Schnellmeldung der iABE beruht auf vorläufigen Ergebnissen. Für die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Saarland zum Teil Vorjahresdaten aus dem Berichtsjahr 2015. In Schleswig-Holstein liegt der vorläufige Wert für 2016 unter dem Wert von 2014. Aktuelle Daten (Stand: 30.08.2017) des Statistischen Amtes für Schleswig-Holstein weisen jedoch einen höheren Ausländeranteil im Übergangssektor im Schuljahr 2016/2017 aus.

Quellen: Sonderauswertung der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE); Schnellmeldung der iABE 2016

Die Betrachtung absoluter Veränderungen im Übergangssektor spitzt die großen Anstrengungen der Länder zu. Nach den Ergebnissen der Schnellmeldung der integrierten Ausbildungsberichterstattung lag die Zahl der ausländischen Anfänger im Übergangsbereich 2016 mit insgesamt 95.005 Personen (+44.934 Personen bzw. +90 %) deutlich über dem Wert aus 2014 von 50.071 Personen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die berufsvorbereitenden Programme (+46.619 Personen bzw. +200,7 %) der Bundesländer für jugendliche Geflüchtete und Zugewanderte zurückzuführen (vgl. Abs. 3.3). Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nahmen im Jahr 2016 gegenüber 2014 dagegen um 13 % bzw. um 2.414 ausländische Anfänger ab. Damit bilden berufsvorbereitende Bildungsgänge an beruflichen Schulen bundesweit derzeit das quantitativ wichtigste Angebot für jugendliche Schutz- und Asylsuchende (Abb. 3.19; Tab. 3.10A).

Auf Ebene der Bundesländer zeigen sich jedoch zum Teil unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei der Berufsvorbereitung ausländischer Anfänger im Übergangssektor (Abb. 3.19; Tab. 3.10A).¹¹ Der Anteil berufsvorbereitender Programme der Länder am gesamten Angebot im Übergangssektor für ausländische Anfänger schwankt im Jahr 2016 stark, was mit länderspezifischen Zuweisungen zu Programmen zu tun haben kann (z. B. in Brandenburg, vgl. Tab. 3.10A).

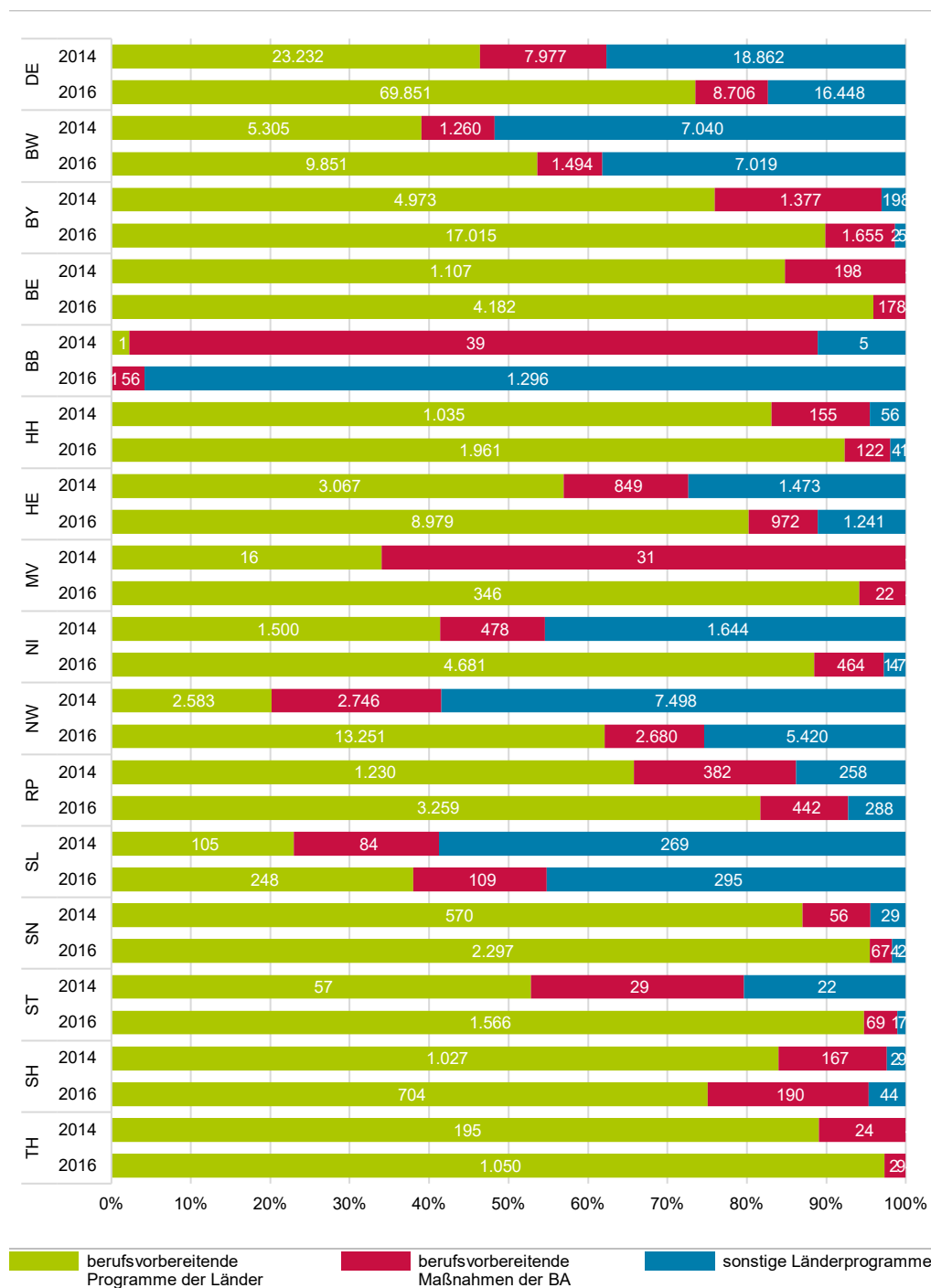
Auf den ersten Blick scheinen auch das Saarland und Nordrhein-Westfalen von der bundesweiten strategischen Ausrichtung zur beruflichen Integration ausländischer Anfänger im Übergangssektor abzuweichen. Da in der Schnellmeldung der iABE 2016 lediglich die Vorjahresdaten aus dem Berichtsjahr 2015 für das Saarland zur Verfügung stehen, beschränken sich die nachfolgenden Aussagen auf dieses Berichtsjahr. Im Saarland münden im Jahr 2015 etwa 37 % der ausländischen Anfänger in berufsvorbereitende Programme des Übergangssektors ein. Angesichts des Anstiegs schutz- und asylsuchender Jugendlicher in der Bevölkerung im Saarland (Abb. 3.16) dürfte im Berichtsjahr 2016 die Zahl ausländischer Anfänger in den im Übergangssektor eingerichteten Spezialklassen für Geflüchtete weit über den Vorjahreswerten aus 2015 liegen.

In Nordrhein-Westfalen umfassen berufsvorbereitende Programme im Jahr 2016 etwa 58 % des gesamten Angebots im Übergangssektor für ausländische Anfänger, wobei eine starke Tendenz in Richtung des Ausbaus berufsvorbereitender Programme ersichtlich ist. Gegenüber 2014 ist die Anzahl ausländischer Anfänger in berufsvorbereitenden Programmen in Nordrhein-Westfalen um +413 % (bzw. +10.668 Personen) gestiegen. Dieser Anstieg dürfte größtenteils auf die Beschulung Schutz- und Asylsuchender in den Berufskollegs zurückzuführen sein. An Bedeutung gewonnen haben berufsvorbereitende Programme vor allem in Sachsen-Anhalt: Hier ist der Anteil ausländischer Anfänger in berufsvorbereitenden Programmen im Jahr 2016 im Vergleich zu 2014 nahezu um das 28-Fache gestiegen (+1.509 Personen), wobei wiederum das niedrige Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist.

Es stellt sich die Frage, wie viele Personen der Gruppe schutz- und asylsuchender Jugendlicher und Erwachsener durch die Angebote im Übergangssektor erfasst werden. Mithilfe einer „Erfassungsquote im Übergangssektor“ kann sich der Frage genähert werden, wie hoch der Anteil der Anfänger im Übergangssektor an der sich im berufsvorbereitungsrelevanten Alter befindlichen Bevölkerung ist. Je höher die Relation, desto mehr Personen werden mit berufsvorbereitenden Angeboten des Übergangssektors erreicht. Um offenzulegen, wie sich die Erfassungsquote im Übergangssektor für Schutz- und Asylsuchende zwischen den Bundesländern entwickelt, wird nachfolgend die Anzahl 16- bis 30-jähriger Ausländer der 1. Migrantengeneration in Relation zu den ausländischen Anfängern im Übergangssektor gesetzt. Da mit der Schulstatistik nur der Ausländerstatus abgebildet wird (Busse 2017), kann im Zähler (ausländische Anfänger) dieses Indikators die Hauptgruppe schutz- und asylsuchender Jugendlicher nur schwer abgebildet werden. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung und vor dem Hintergrund, dass ein Großteil des Zuwachses im Übergangssektor zuwanderungsbedingt ist, wird nachfolgend die Erfassungsquote im Übergangssektor für Schutz- und Asylsuchende zunächst bundesweit und anschließend länderspezifisch diskutiert.

¹¹ Zu berücksichtigen ist, dass die Schnellmeldung der iABE für das Berichtsjahr 2016 vereinzelt bei einzelnen Bundesländern Vorjahresdaten heranzieht (siehe Hinweise unter Abb. 3.4.4).

Abbildung 3.19 Verteilung der ausländischen Anfänger auf die Angebote¹⁾ des Übergangssektors 2014 und 2016²⁾ (Angabe innerhalb der Balken in absoluten Zahlen)



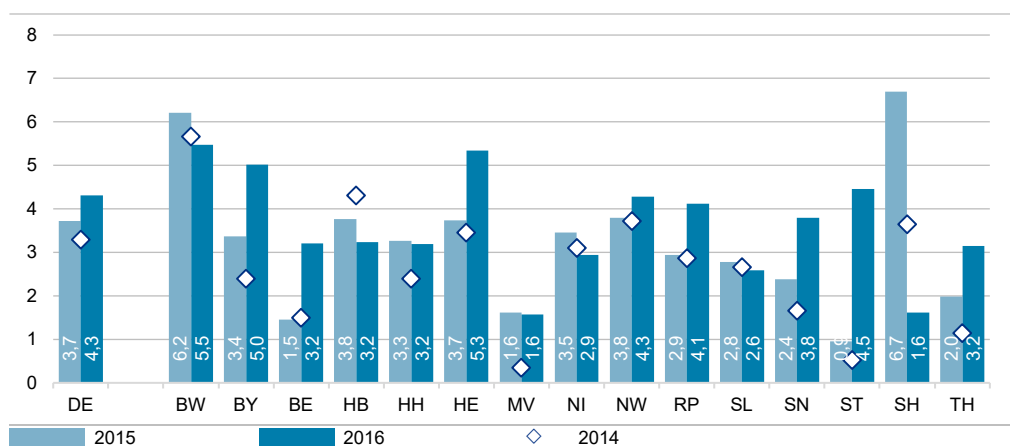
¹⁾ Zuweisungsverfahren der iABE-Konten zu den gebildeten Kategorien: Siehe Fußnote 1 in Tab. 3.10A.

²⁾ Die für das Berichtsjahr 2016 herangezogene Schnellmeldung der iABE beruht auf vorläufigen Ergebnissen. Für die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Saarland zum Teil Vorjahresdaten aus dem Berichtsjahr 2015.

Quellen: Sonderauswertung der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE); Schnellmeldung der iABE 2016

Im Ländervergleich zeigt sich im Zeitraum von 2014 bis 2016 ein positiver Trend der Erfassungsquote im Übergangssektor für ausländische Jugendliche. Kurz nach Beginn der Zuwanderung, im Jahr 2014, weisen jedoch westdeutsche Flächenländer im Vergleich zu ostdeutschen Flächenländern eine deutlich höhere Erfassungsquote im Übergangssektor auf (3,4 vs. 0,8 %). Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg schneiden zwar besser ab als die ostdeutschen Flächenländer, liegen jedoch weit unter der Erfassungsquote westdeutscher Flächenländer. Dieses Bild bestätigt sich auch im Jahr 2015. 2016 pendeln sich ostdeutsche und westdeutsche Flächenländer sowie die Stadtstaaten auf eine sehr ähnliche Erfassungsquote im Übergangssektor ein (Abb. 3.20).

Abbildung 3.20 Erfassungsquote im Übergangssektor der Länder für Ausländer¹⁾ zwischen 2014 und 2016²⁾ (in %) – Anteil der 16- bis 30-jährigen ausländischen Anfänger im Übergangssektor an der ausländischen Bevölkerung



¹⁾ Ausländische Bevölkerung (1. Generation) im Alter von 16 bis 30 Jahren (Tab. 3.12A).

²⁾ Die für das Berichtsjahr 2016 herangezogene Schnellmeldung der iABE beruht auf vorläufigen Ergebnissen. Für die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Saarland zum Teil Vorjahresdaten aus dem Berichtsjahr 2015.

Quellen: Sonderauswertung der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE); Schnellmeldung der iABE 2016

Besonders dort, wo der Anteil Schutz- und Asylsuchender kurzfristig stark zugenommen hat, dürften kurzfristig Schwierigkeiten zu erwarten sein, berufliche Bildungsangebote für die Neuankömmlinge zu öffnen bzw. neue Angebote kurzfristig mit hinreichender struktureller und personeller Absicherung zu schaffen. Ostdeutsche Flächenländer hätten demnach primär zu Beginn der starken Zuwanderung Schwierigkeiten haben müssen, berufliche Bildungsangebote für die Neuankömmlinge zu öffnen. Dafür spricht, dass der Anteil 16- bis 30-jähriger Ausländer (1. Generation) an der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2015 negativ mit dem im Jahr 2015 realisierten Angebot im Übergangssystem für Ausländer der einzelnen Bundesländer korreliert.¹² Bundesländer mit einem hohen Anteil 16- bis 30-jähriger Ausländer der ersten Generation wie die ostdeutschen Flächenländer Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben eine vergleichsweise geringe Erfassungsquote im Übergangssektor für ausländische Anfänger (Abb. 3.20).

¹² Schätzung der Korrelation: $r = -0,550$, Signifikanzniveau: unter 5 %. In die Schätzung der Korrelation wurden nur die Werte der einzelnen Bundesländer einbezogen. In Bremen liegen nur Ergebnisse der Schulstatistik bis zum Schuljahr 2013/2014 vor. Deshalb wurde Bremen bei der Schätzung der Korrelation nicht berücksichtigt.

Im darauffolgenden Jahr ist dieser Zusammenhang zwischen dem realisierten Angebot für ausländische Anfänger im Übergangssektor und dem Anteil 16- bis 30-jähriger Ausländer nicht mehr signifikant, sodass daraus geschlussfolgert werden kann, dass der Großteil der Bundesländer innerhalb dieses recht kurzen Zeitfensters bis 2016 mit stark ausgebauten Angeboten im Übergangssektor auf die Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender reagieren konnte. Bemerkenswert ist dabei nicht nur, dass ostdeutsche Flächenländer, ausgehend von sehr niedrigen Anteilen ausländischer Anfänger, berufliche Bildungsangebote für die verhältnismäßig enorme Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender geöffnet haben. Zudem ist auch der Integrationsaufwand westdeutscher Flächenländern, die absolut betrachtet als tragende Säulen der bundesweiten Integrationsaufgabe fungieren, nicht zu verkennen.

Anlage und Probleme der berufsvorbereitenden Angebote für Schutz- und Asylsuchende

Die hier dargestellten Zusammenhänge zeugen von dem großen Kraftakt, den die Bundesländer auf sich genommen haben, um für diese Personengruppe angemessene und möglichst auch perspektivisch auf berufliche Integration ausgerichtete Angebote zu schaffen. Bundesweit bilden berufsvorbereitende Bildungsgänge an beruflichen Schulen das quantitativ wichtigste Angebot. Unklar ist jedoch, wie erfolgreich die berufsvorbereitenden Angebote der Bundesländer an berufsbildenden Schulen sind und ob sie letztlich zum Übergang in eine berufliche Ausbildung beitragen. Eine solche Frage ist aktuell nur schwer mit den zur Verfügung stehenden Daten der amtlichen Statistiken zu beantworten. Das Aufdecken von Gelingensbedingungen bietet jedoch maßgebende Lernpotenziale zur Weiterentwicklung des berufsvorbereitenden Angebots im Übergangssektor. Um mehr Licht in die eingerichteten berufsvorbereitenden Programme der Bundesländer zu bringen, wird im Folgenden auf Anlage, Inhalte und Probleme der Angebote eingegangen.

Allen Maßnahmen der Bundesländer ist gemeinsam, dass eine intensive Sprachförderung mit berufsorientierenden und lebensweltlichen Inhalten zu Beginn der Aufnahme in eine Klasse der Berufsvorbereitung erfolgt. In Anlehnung an die Expertise von Baethge, Seeber (2016) werden die von den Bundesländern eingeleiteten berufsvorbereitenden Maßnahmen für schutz- und asylsuchende Menschen an berufsbildenden Schulen im Hinblick auf die Verzahnung von allgemeinbildenden und praktische berufsbezogenen Inhalten, auf Zielgruppe, Zeitdauer, Umfang der Berufsausbildungsvorbereitung, Abschlüsse und Zertifikate sowie Anschlussperspektive untersucht.

Man kann die Maßnahmen und Aktivitäten der Länder in einer ersten vorsichtigen Systematisierung nach dem Grad der Verzahnung allgemeinbildender und praktischer Lernsequenzen differenzieren: Maßnahmen mit einer Verzahnung allgemeinbildender und berufspraktischer Inhalte sind zumeist zweijährig sowie anschluss- und abschlussorientiert. Maßnahmen ohne praktische Lernsequenzen konzentrieren sich zumeist auf Vermittlung von Sprach- und Allgemeinbildung, sind mehrheitlich einjährig und nicht explizit anschlussorientiert (Tab. 3.3). In der Durchführung der Maßnahmen in den Ländern gibt es häufiger fließende Übergänge. Die in Tab. 3.3 zusammengefassten Ergebnisse zu diesen Maßnahmen (Gesamtüberblick in Tab. 3.13A) basieren sowohl auf schriftlichen Länderbefragungen als auch auf Recherchen gesetzlicher Grundlagen.

Tabelle 3.3 Überblick über Maßnahmen der integrierten Sprachförderung und Berufsausbildungsvorbereitung für Asyl- und Schutzsuchende

BL	Maßnahme	Altersgrenze	Ziele und Inhalte	Dauer	Qualitätssicherung
BW	Vorqualifizierungs-jahr Arbeit/Beruf mit	bis 18 Jahren (Berufsschul-	- angestrebtes Sprachniveau: A2	1 Jahr; (kann	Anschluss in VAJ, wenn mind. A2/B1;

BL	Maßnahme	Altersgrenze	Ziele und Inhalte	Dauer	Qualitätssicherung
	Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)	pflichtige) bis 20 Jahre (Berufsschulberechtigten)	- fächerübergreifender „Arbeitsfeldunterricht“ in mind. einem Berufsfeld - Betriebspraktikum - Berufsorientierung	wiederholt werden)	zentrale Fächer mit mind. 4,0; Zertifikat über „Lernfeldprojekt“
BY	Berufsintegrationsvorklassen (BIK/V) bzw. Berufsintegrationsklassen (BIK)	zwischen 16 bis 21 Jahren (in Ausnahmen bis 25 Jahren)	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - 1. Jahr (BIK/V): intensive Sprachförderung, ggf. Alphabetisierung - 2. Jahr (BIK): verstärkte Berufsvorbereitung mit Betriebspraktika und Allgemeinbildung	2 Jahre	Hauptschulabschluss; (Teilnahme an externen Prüfungen nach Maßgabe der jeweiligen Schulordnung ist möglich)
BE	Willkommensklassen (berufsqualifizierende Lehrgänge (BQL) und 1-jährige BFS)	BQL: ab 16 Jahre BFS: keine Angabe	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Spracherwerb, Allgemeinbildung, Berufsorientierung, fachbezogene Grundbildung (nur 1-jährige BFS)	1 Jahr	Sprachstandserhebung für BQL; keine Angabe zu Abschlüssen in BFS
BB	Berufsfachschule	keine Angabe	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Allgemeinbildung, berufliche Grundkenntnisse und Berufsorientierung, Sprachförderung	2 Jahre	Berufsbildungsreife (der Sek I gleichgestellter Abschluss)
HB	„Sprachförderung mit Berufsorientierung“ und „Berufsorientierung mit Sprachförderung“	keine Angabe	- 1. Jahr: vertiefte Sprachförderung - 2. Jahr: Berufsorientierung in 19 Branchen, begleitete Betriebspraktika sowie allgemein- und berufsbildender Unterricht	2 Jahre	Erwerb der einfachen oder der erweiterten Berufsbildungsreife; Prüfung für DSD
HH	Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AV-M)	zwischen 16 und 18 Jahren	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Berufsausbildungsvorbereitung - nach mehrmonatiger Eingangsphase: duale Phase (3 Tage in der Schule und 2 Tage im Betrieb)	2 Jahre; (ggfs. vorher Alphabetisierung)	Erwerb des 1. (Hauptschulabschluss) oder des mittleren Bildungsabschlusses
HE	InteA-Intensivklassen (Landesprogramm zur Sprachförderung, DaZ)	bis 18 Jahre (in „InteA+18-Klassen“ bis 21 Jahre möglich)	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - DaZ = Deutsch als Zweitsprache - berufliche Orientierung (möglichst in Richtung duale Ausbildung)	2 Jahre	keine Angabe
MV	Berufsvorbereitungsjahr für ausländische Schüler (BVJA)	bis 18 Jahren	- angestrebtes Sprachniveau: mind. B1 im ersten Jahr - 1. Jahr: intensive Sprachförderung - 2. Jahr: Berufsausbildungsvorbereitung	2 Jahre	Erwerb des Abschlusses der Berufsreife
NI	SPRINT (Sprach- und Integrationsprojekt)	SPRINT (1. Jahr): zwischen 16 und 21 Jahren SPRINT-Dual (2. Jahr): keine Angabe	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - SPRINT 1. Jahr: Spracherwerb, regionale Kultur- und Lebenswelt, Berufsorientierung - SPRINT-Dual: In Kombination mit Einstiegsqualifizierung (EQ): 1,5 Tage Berufsschule; 3,5 Tage Betriebspraktikum	SPRINT: max. 1 Jahr SPRINT-Dual: 6–9 Monate	- SPRINT: flexibler Wechsel in BVJ, BEK oder Anschluss an SPRINT-Dual - SPRINT-Dual: Zertifikat der Schule über die Teilnahme
NW	Internationale Förderklasse (IFK) am BK in Vollzeit und Ausbildungsvorbereitung in Teilzeit	Vollzeit: bis 18 Jahre Teilzeit: zwischen 18 und 25 Jahre	- angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Vollzeit: allgemeinbildende Fächer, Sprachförderung, Praktika als wichtiger Bestandteil beruflicher Orientierung - Teilzeit: 3 Tage Teilnahme an BA-Maßnahme; 2 Tage Unterricht im BK	jeweils 1 Jahr	Erwerb eines dem Hauptschulabschluss (nach Klasse 9) gleichwertigen Schulabschlusses

BL	Maßnahme	Altersgrenze	Ziele und Inhalte	Dauer	Qualitätssicherung
	Berufskolleg „Vorklasse“: „Fit für mehr – FFM“	zwischen 16 u. 25 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Vermittlung sprachlicher, mathematischer, kultureller und politischer Grundkenntnisse 	max. 1 Jahr	keine Angabe
RP	Berufsvorbereitungsjahr Sprachförderung (BVJ-S) und BVJ	BVJ-S: bis 18 Jahre BVJ: keine Angabe	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - intensive Sprachförderung und Berufsorientierung - Chancen auf einen Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung verbessern 	1 bis 1,5 Jahre	für Erlangen der Berufsausbildungsreife Verlängerung um 1 Jahr
SH	Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH)	keine Angabe	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Schwerpunkt: Ausbildungsvorbereitung in Theorie und Praxis - zudem: Allgemeinbildung - unterstützend: Sprachunterricht DaZ 	1 Jahr	Erwerb des 1. allgemeinbildenden Schulabschlusses (ESA), wenn Fächer und Lernbereiche mit mind. 4,0 bestanden
SH	Berufsintegrationsklasse DaZ (BIK-DaZ)	zwischen 16 und 18 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: A2 - Vermittlung berufsbezogener und berufsübergreifender Kenntnisse (z. B. Mathematik) 	1 Jahr	Abschlusszeugnis mit Vermerk des Erreichens von Sprachkenntnissen des Niveau A2 GER
SL	Produktionsschule mit Sprachförderung, auch inkl. Beschulung in Regelklassen	keine Angabe	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - Alphabetisierung, Spracherwerb, Berufsorientierung, Berufsvorbereitung in Werkstätten, möglichst Betriebspraktikum 	1 Jahr (kann wiederholt werden)	in Regelklassen: Abschlüsse der jeweiligen Regelschulform
SN	Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten	bis 18 Jahre (im Einzelfall bis 27 Jahre)	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - entsprechend der angestrebten künftigen beruflichen Ausbildung 2 Monate Regelunterricht einer berufsbildenden Schule 	1 Jahr	keine Angabe
ST	Berufsvorbereitungsjahr mit Sprachförderung (BVJ-S)	keine Angabe	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - weitere Ziele: Allgemeinbildung, Sprachförderung nach Bedarf 	1 Jahr	keine Angabe
TH	BVJ-S für Jugendliche mit nicht deutscher Herkunftssprache	keine Angabe	<ul style="list-style-type: none"> - angestrebtes Sprachniveau: keine Angabe - weitere Ziele: Erlernen der deutschen Sprache und Vorbereitung auf das Berufsvorbereitungsjahr in Regelform 	flexibel	keine Angaben

Quelle: eigene Darstellung

Die Differenzen der Programme stellen sich nach Ländern wie folgt dar: In Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist eine starke Verzahnung zwischen allgemeinbildenden und berufspraktischen Inhalten im Sinne eines dualen Konzeptes zu erkennen. So hat z. B. Hamburg im Februar 2016 die berufsvorbereitenden Bildungsgänge VJ-M und BVJ-M in die Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AV-M) überführt. Seitdem wird in Hamburg nach einer mehrmonatigen Sprachförderungsphase konsequent ein duales Konzept mit drei Tagen betriebliche und zwei Tagen schulische Ausbildungsvorbereitung verfolgt. Eine ähnliche Veränderung zeigt sich in Schleswig-Holstein. Seit August 2016 werden die Berufseingangsklassen (BEK) und das Ausbildungsvorbereitungsjahr (AVJ) unter der Maßnahme Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH) als integriertes Konzept durchgeführt (Ministerium für Schule und Berufsbildung 2016a). Im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VABO) in Baden-Württemberg sind mindestens sechs Unterrichtsstunden in der Woche für Betriebspraktika vorgesehen. Aufbauend auf eine

einjährige SPRINT-Maßnahme wird in Niedersachsen das sechs- bis neunmonatige Programm SPRINT-Dual mit der von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Einstiegsqualifizierung gekoppelt, sodass die Ausbildungsvorbereitung 3,5 Tage betrieblich und 1,5 Tage schulisch erfolgt. Mit dem Berufskolleg Ausbildungsvorbereitung in Teilzeit wird in Nordrhein-Westfalen ein sehr ähnliches Modell verfolgt. Von sogenannten „Klebeeffekten“ (zur Bedeutung von „Klebeeffekten“ siehe Solga, Baas, Kohlrausch 2011: 129 f.), die den Zugang zu Ausbildungsplätzen vereinfachen, kann dadurch nicht flächendeckend ausgegangen werden. Hieraus können ungleiche Ausbildungschancen erwachsen.

Die Maßnahmen reichen von Angeboten speziell für minderjährige Flüchtlinge über Angebote für Schutz- und Asylsuchende im ausbildungstypischen Alter bis hin zu Angeboten, die generell auf eine Sprachförderung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz abzielen. Während speziell für Geflüchtete eingerichtete Bildungsmaßnahmen den Vorteil bieten, gezielt auf die Teilnehmer und deren spezifische Lernausgangslagen und Lernerfahrungen einzugehen, kann die inklusive Beschulung schutz- und asylsuchender Menschen und anderer Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz der vielfach diskutierten Isolierung schutz- und asylsuchender Schüler entgegenwirken. Die meisten Schulen versuchen hier, nach einer Anfangsphase mit intensivem Sprachtraining und ggfs. erforderlichen Alphabetisierungsangeboten gemeinsame Lernphasen mit Jugendlichen anderer berufsvorbereitender Maßnahmen und/oder über individuelle Wechsel in andere Maßnahmen zu ermöglichen.

Ein weiteres Unterscheidungskriterium der Maßnahmen zwischen den Bundesländern ist das *Teilnahmehöchstalter*. Viele Bundesländer koppeln den Besuch der Maßnahme an die Berufsschulpflicht. Während Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz die Angebote für Jugendliche nur bis 18 Jahre öffnen, bieten Bayern, Hessen und Niedersachsen berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr an. Schleswig-Holstein beschult im Rahmen verfügbarer Plätze zudem nicht mehr berufsschulpflichtige Schüler, die älter sind als das angegebene Teilnahmehöchstalter (18 Jahre). In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bestehen zudem Öffnungsklauseln bis zum 25. bzw. 27. Lebensjahr. Bereits hier wird ersichtlich, wie stark die unterschiedlichen Angebote und Schulgesetze der Länder zu ungleichen Ausbildungschancen beitragen. Besonders dort, wo die Schulpflicht mit dem 18. Lebensjahr endet, scheint die Chance auf eine integrierte Sprach- und Berufsausbildungsvorbereitung unzureichend genutzt, schließlich ist ein nicht zu vernachlässigender Teil der Schutz- und Asylsuchenden im Alter zwischen 18 und 30 ohne Berufsausbildung, jedoch mit lang- oder zumindest mehrjährigen Bleibeaussichten. Ohne eine Chance auf einen regulären Ausbildungsabschluss können für die Betroffenen Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungssituationen, ungleiche Chancen beim Aufbau einer Erwerbslaufbahn und soziale Ausgrenzung die Folge sein.

Größere Unterschiede zeigen sich in der *Dauer der Maßnahmen* und vor allem in der curricularen Konzeption. Unterschieden werden können drei Modellvarianten. Bayern, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen sind auf Zwei-Jahres-Modelle übergegangen, in denen eine verstärkte Sprachförderung im 1. Jahr mit einer verstärkten Vermittlung von Inhalten der Berufsausbildungsvorbereitung im zweiten Jahr verbunden wird. Eine Ausnahme bilden die zweijährigen BFS-G-Plus-Klassen in Brandenburg. Etwa ein Sechstel der Unterrichtsstunden im Jahr entfallen auf das Fach Deutsch. Der Schwerpunkt liegt auf der beruflichen Orientierung (Land Brandenburg 2016a).

Einjährige Modelle mit dem Schwerpunkt Sprachförderung liegen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein vor. In den Bundesländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen sind mit der

zeitlichen Flexibilisierung der Sprach- und Ausbildungsvorbereitungsmaßnahmen, die in Abhängigkeit vom individuellen Lernfortschritt vollzogen wird, eine dritte Variante anzutreffen. In Baden-Württemberg kann beispielsweise das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO) wiederholt werden, sofern das Sprachziel (Niveaustufe A2 nach GER) nicht erreicht wurde. Ein sehr ähnliches Modell wird in den „zunächst“ einjährigen Produktionsschulen mit Sprachförderung im Saarland verfolgt. Hier finden Sprachförderung und Berufsvorbereitung für Schutz- und Asylsuchende in den sogenannten Spezialklassen „Produktionsschule-F“ mit beruflicher Sprach- und Integrationsförderung statt. Diese Spezialklassen können je nach Bedarf wiederholt werden. So notwendig grundlegende Kenntnisse in der Verkehrssprache sind, dürfte das Wiederholen oder sogar das Durchlaufen mehrerer Programme im Übergangssektor für Schutz- und Asylsuchende nicht ganz unproblematisch – möglicherweise aber alternativlos – sein. Schleifen in der Ausbildungsvorbereitung mehrten Risiken des Ausstiegs und des Abbruchs aus unterschiedlichen Gründen (vgl. Baethge, Seeber 2016: 32). Fehlende curriculare Grundlagen sorgen in vielen Bundesländern zudem dafür, dass es allein im Ermessen der Lehrkraft liegt, was wie und mit welchen Zielen unterrichtet wird.

Die *Qualitätssicherung* der Maßnahmen durch Zertifikate, Abschlüsse oder Anrechnungsmöglichkeiten variiert nicht nur stark zwischen den Bundesländern, oft geht aus den Beschreibungen der Länder zudem nicht hervor, unter welchen Voraussetzungen welcher Abschluss, welches Zertifikat oder welcher Zugang zu weiterführenden Bildungsmaßnahmen erlangt wird. Mögliche Anschlussperspektiven bleiben damit selbst in solchen Bundesländern unklar oder zumindest intransparent, die relativ elaborierte Ausbildungsvorbereitungskonzepte realisieren. Zudem liegen nur in wenigen Bundesländern Informationen über das zu erreichende Sprachniveau vor.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die durchaus substanziellen Unterschiede in den Sprachförderungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen zwischen den Ländern, die sich an den Merkmalen der Systematik von Tabelle 3.3 ausweisen lassen, scheinen weniger mit unterschiedlichem Engagement der Länder in dieser Frage oder fiskalischen Fragen zu tun zu haben. Sie beruhen wohl vor allem auf dem Ausmaß von Erfahrungen mit der beruflichen Integration von Ausländern und mit Reformbemühungen in der berufsschulischen Ausbildungsvorbereitung von (vor allem) sozial benachteiligten Jugendlichen. In beiden Punkten haben die Stadtstaaten und ein Teil der westdeutschen Flächenstaaten einen Erfahrungsvorsprung vor den ostdeutschen Ländern. Letztere setzen – wie gezeigt – weniger auf berufsschulische Ausbildungsvorbereitung als auf BvB-Maßnahmen der BA und haben von ihrer Geschichte her auch weniger Erfahrung mit beruflicher Integration von Zuwanderern aus dem Ausland. Dies mag erklären, warum man in den westlichen Bundesländern einen höheren Anteil an komplexeren Angeboten für Schutz- und Asylsuchende findet. Man kann die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien der Länder für dieses riesige Problem als institutionellen politischen Lernprozess verstehen, der auch über die Flüchtlingspopulation hinausweist.

Als solchen scheinen ihn auch einige Länder wahrzunehmen, die die Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden bereits als Anlass genutzt haben, um veraltete Angebote im Übergangssektor systematisch zu verändern. Andere Bundesländer dagegen verharren in den nach wie vor wenig überschaubaren Strukturen. Besonders Ad-hoc-Lösungen beinhalten das Risiko, Lernpotenziale zur Verbesserung des Berufsbildungssystems als Ganzes zu vernachlässigen und dadurch der Inklusion bestimmter Personengruppen entgegenzuwirken.

Endgültige Aussagen über die Effektivität der verschiedenen Konzepte zur Beschulung und Integration schutz- und asylsuchender Jugendlicher können jedoch aufgrund fehlender

Forschungsergebnisse nicht getroffen werden. Inwiefern rein schulische Angebote der Berufsvorbereitung besser geeignet sind als Programme mit einer starken Verzahnung, kann aktuell nicht beantwortet werden.

3.5 Verschiebung des dynamischen Zentrums in der Berufsausbildung (Fazit)

Die Betrachtung der Übergänge in die Berufsausbildung zeigt vor allem neben länder-spezifischen Differenzierungen eine Reihe bundesweiter Entwicklungen, mit denen die Länder mehr oder weniger stark gemeinsam konfrontiert sind.

Die Einmündung in die berufliche Bildung stellt nach wie vor bundesweit eines der zentralen Probleme der Berufsbildungspolitik dar. Der Übergangssektor umfasst auch 2016 noch zwischen 270 und 300 Tausend Jugendliche. Bei der Bewältigung der damit verbundenen Schwierigkeiten, die zuvorderst an die Länder adressiert sind, sind diese sowohl mit Altlasten als auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Zu den Altlasten zählt die Reorganisation des Übergangssektors, der sich in der Vergangenheit mehr oder weniger in allen Ländern durch geringe Koordinierung und begrenzte Effektivität der unterschiedlichen Maßnahmen dargestellt hat. Als neue Herausforderungen sind vor allem die berufliche Integration von Hunderttausenden von schutz- und asylsuchenden Jugendlichen nicht nur aus Kriegs- oder Krisenregionen sowie die Inklusion von Jugendlichen mit Behinderungen zu nennen. Als gemeinsames Problem kann man auch die gestiegenen Unsicherheiten in der dualen Ausbildung ansehen, die sich in einem langfristigen Rückgang des Ausbildungsplatzangebots und in zunehmenden Passungsproblemen am Ausbildungsstellenmarkt niederschlagen.

An der Entwicklung der Neuzugänge zu den drei Sektoren des Berufsbildungssystems und deren internen Veränderungen zeichnet sich ab, was man als Verschiebung des dynamischen Zentrums im Berufsbildungssystem von der nach Bundesrecht regulierten dualen Ausbildung zu der nach Länderrecht regulierten berufsschulischen Ausbildung bezeichnen kann. Die These von der Verschiebung des dynamischen Zentrums meint nicht, dass die duale Ausbildung erodiere oder zweitrangig geworden sei. Sie bedeutet, dass die oben genannten neuen aktuellen Probleme der Berufsbildung andere institutionelle Arrangements verlangen, als sie die traditionelle duale Ausbildung bietet.

Die Befunde dieses Kapitels liefern genügend Anhaltspunkte für diese These: Seit Jahren ist das Ausbildungsplatzangebot des dualen Systems rückläufig und droht mittelfristig den Fachkräftebedarf nicht mehr decken zu können. Das Schulberufssystem erhöht in fast allen Ländern die Zahl der Ausbildungsanfänger, was durch den Berufswandel vor allem zu den personenbezogenen Dienstleistungen gestützt bzw. ausgebaut werden dürfte. Auch wenn demografiebedingt der Übergangssektor bis 2014 zurückgegangen, in jüngster Zeit aber wieder angestiegen ist, wird das damit verbundene Problem einer verbesserten Berufsvorbereitung vor allem von den Berufsschulen der Länder betrieben. Letztere sind gegenwärtig auch konzeptionell und von den Angeboten her die Hauptträger der beruflichen Integration der Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisenländern. Schließlich kann man auch die Verlagerung des ersten Jahres einer dualen Ausbildung in die Berufsfachschulen in einigen Ländern anführen, da sie im Zusammenhang mit einer verstärkten Theoriebasierung dualer Ausbildung gesehen werden muss.

Jenseits dieser allgemeinen Tendenzen, mit denen sich die Länder unterschiedlich auseinandersetzen, beginnen die länderspezifischen Differenzen. Diese folgen in erster Linie der Demarkationslinie zwischen ost- und westdeutschen Ländern.

Beim wichtigsten Leistungsindikator auf der Systemebene, der Versorgung mit vollqualifizierender Ausbildung, ist eine große Streuung zwischen den Bundesländern erkennbar. Das heißt, die Einmündung in eine Ausbildung und die damit verbundene Chance des Aufbaus einer stabilen Erwerbslaufbahn hängt nach wie vor in hohem Maße auch vom Wohnort und den dort anzutreffenden wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten, aber auch von bildungspolitischen Strategien und Interventionen ab, um berufliche Ausbildung zu gestalten. Am deutlichsten wird dies am Beispiel der ostdeutschen Länder und Berlins, die den Ausbau des Schulberufssystems stark vorangetrieben und insbesondere Ausbildungsgelegenheiten in Berufen geschaffen haben, für die – zumindest unter einer bundesweiten Perspektive – aktuell und perspektivisch Nachfrage besteht. Gemeint sind hier die Ausbildungen in den Bereichen Erziehung, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie in therapeutischen Berufen, die im Schulberufssystem der genannten Länder den überwiegenden Anteil des Ausbildungsangebots ausmachen.

Für den Übergangssektor lässt sich zunächst konstatieren, dass mehr oder weniger alle Bundesländer in den letzten Jahren auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Einstiegsvoraussetzungen reagiert und sich um Reformen bemüht haben, um eine größere Transparenz über die verschiedenartigen Maßnahmen und eine bessere Koordinierung zwischen ihnen herzustellen und damit für Jugendliche die Einstiegswege in die Ausbildung zu vereinfachen. Sie verfolgen dabei aber unterschiedliche Strategien. Ein Teil der Länder setzt vor allem auf die Verbesserung der Allgemeinbildung und das Erreichen von Schulabschlüssen. Dies gilt vor allem für Länder, die relativ stark auf Berufsfachschulen setzen wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, während andere Länder, allen voran Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin, die Berufsfachschulen systematisch zurückgefahren haben; in den ostdeutschen Ländern spielt diese Schulform traditionell eine untergeordnete Rolle.

Die stärksten Reformen im Übergangssektor zeigen sich im schulischen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Hier lässt sich über die meisten Länder hinweg im letzten Jahrzehnt ein beträchtlicher Ausbau feststellen, am stärksten in Hamburg und Hessen. Die Entwicklung scheint vorrangig darauf zurückzuführen zu sein, dass früher getrennte und kürzere berufsschulische Maßnahmen wie Berufseingangsklassen, Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag sowie ein Berufsorientierungsjahr im BVJ zusammengefasst wurden und jetzt mit neuen curricularen und didaktischen Konzepten durchgeführt werden. Ein Beispiel hierfür ist das Ausbildungsvorbereitungsjahr (AV-dual) in Hamburg, in dem konsequent die Verbindung von Berufsschule (drei Tage) und Betriebspraktikum (zwei Tage in der Regel) realisiert wird.

Eine auffällige Differenz zwischen den westlichen und östlichen Ländern, deren Bedeutung für die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung aktuell nicht zu beurteilen ist, liegt in dem unterschiedlichen Gewicht, das die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen in den beiden Ländergruppen haben: Die ostdeutschen Länder weisen hier mehrfach so hohe Teilnehmerzahlen wie die westdeutschen auf, dafür weniger in den schulischen Übergangsmaßnahmen. Es erscheint nicht abwegig, hier eine aus Finanzierungsschwierigkeiten der Länder begründete Option zu vermuten.

Große Anstrengungen werden in allen Ländern für die berufliche Integration ausländischer Jugendlicher, vor allem solchen aus Kriegs- und Krisengebieten, unternommen. Auch hier gilt, dass die Länder recht unterschiedliche Strategien in der Verbindung von Sprachvermittlung und Berufsvorbereitung verfolgen. Die in der Regel ein oder zwei Jahre dauernden Maßnahmen scheinen sich im Grad ihrer Elaboriertheit stark zu unterscheiden.

Mit Blick auf die These der Verschiebung des dynamischen Zentrums der Berufsausbildung zählt zu den weiteren aktuellen und künftigen Herausforderungen fraglos auch die erkennbare Anhebung des Vorbildungsniveaus unter den Neuzugängen in eine vollqualifizierende Ausbildung. Diese wird man einerseits als Signal veränderter Qualifikationsanforderungen interpretieren müssen, andererseits auch als rationales Verhalten der Jugendlichen, die Wahl- und Gestaltungsoptionen für eine berufliche Laufbahn durch einen höheren Schulabschluss so breit wie möglich zu halten. Die Anhebung des Vorbildungsniveaus ist daher sowohl als Resultat des veränderten Bildungsverhaltens der Jugendlichen zu interpretieren (inzwischen verfügt ca. die Hälfte der Schulabsolventen über eine Hochschulzugangsberechtigung), als auch als veränderte Qualifikationserwartung von Unternehmen an Bewerber, zumindest in den Berufen der beiden oberen Segmente der Ausbildung. Zugleich ist jedoch mit Blick auf die demografische Entwicklung und die stabile, eher noch leicht steigende Studierneigung von Absolventen mit Fachhochschul- und Hochschulzugangsberechtigung davon auszugehen, dass es zu weiteren Verschiebungen zwischen der Berufsausbildungs- und Hochschulebene kommen wird und somit Fragen der Sicherung des Fachkräftenachwuchses nicht nur in den Dienstleistungsberufen des unteren Qualifikationssegments auf der Tagesordnung stehen. Diese könnten sich auch perspektivisch in den mittleren Bereichen herausbilden, die gegenwärtig noch gut nachgefragt werden. Daher wird man nicht umhinkommen, Strategien einer Integration und Förderung für die bislang am Ausbildungsmarkt benachteiligten Gruppen zu entwickeln. Dabei werden noch stärker als bisher wirtschafts- und sozialstrukturelle Bedingungen kleinräumig zu berücksichtigen und (berufs-)bildungs- und regionalpolitische Gegebenheiten aufeinander zu beziehen sein.

4 Ausbildungsangebote: Leistungsbilanz und soziale Strukturierung

4.1 Einleitung

Im Unterschied zum letzten Kapitel, in dem die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung im Zentrum standen, geht es im Folgenden darum, herauszuarbeiten, wovon die Platzierung der Auszubildenden in den beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren (duales und Schulberufssystem), abhängig ist und mit welchen sozialen und regionalen Differenzierungen und Effekten sie verbunden ist. Die Analysen zur Beantwortung der Fragen stehen auch unter den beiden Leitdimensionen des Ländermonitors, der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der sozialen Chancengerechtigkeit (vgl. Kap. 1).

Beide vollqualifizierenden Ausbildungssysteme sind unterschiedlich institutionalisiert, was ihre Handlungsbedingungen und -logiken prägt und dementsprechend auch die Aspekte und Indikatoren der Analyse präformiert:

- Das duale System ist in seinem Kern ein Marktsystem mit bestimmten sozialstaatlichen Regulationen; das heißt, es wird im Wesentlichen durch Angebot an und Nachfrage nach Ausbildung bestimmt. Die Angebotsseite, die von Betrieben bzw. Unternehmen repräsentiert wird, ist in ihrem Handeln und in ihren Angeboten sowohl eingebettet in die strukturellen, teils auch konjunkturellen Entwicklungen, in denen sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt bewegen, als auch in die sozialen Kontexte vor allem des Bildungswesens. Um also die Entwicklung der Angebote zu analysieren, sind Indikatoren heranzuziehen, die diese unterschiedlichen Einbettungskontexte in ihrer Bedeutung für die Berufsbildung erschließen helfen können.

Wie bereits im ersten Ländermonitor werden hierzu die Angebots-Nachfrage-Relation sowie die Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote herangezogen. Die Angebots-Nachfrage-Relation bildet Gleichgewichte bzw. Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt in seinen unterschiedlichen Aggregationen (Regionen, Berufe) ab. Die Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote spiegelt das Involvement der Betriebe in der Ausbildung und ruft gerade in Längsschnittbetrachtungen auch die Frage nach berufsbildungsrelevanten Strukturentwicklungen hervor.

- Das zweite vollqualifizierende Berufsbildungssystem, das Schulberufssystem, ist staatlich organisiert, und zwar auf Länderebene. Es unterliegt damit in Angebotsgestaltung und Ausbidungsdurchführung der politischen Kontrolle durch die Länderparlamente. Da die Bundesrepublik als föderaler Staat organisiert ist, sind im Prinzip 16 unterschiedliche Schulberufssysteme möglich. Im Gegensatz zum dualen System wirkt der Markt nur indirekt auf die Gestaltung dieser Ausbildungsangebote, aber selbstverständlich agiert auch das Schulberufssystem nicht außerhalb von Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt, wie gerade der aktuelle Ausbau von Angeboten in Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen zeigt. Es sind dies nicht zufällige Berufsbereiche, die traditionell nicht marktmäßig, sondern über staatliche oder gemeinnützige Einrichtungen organisiert waren. Ein Teil dieser Bereiche stand historisch am Anfang des Schulberufssystems im frühen 20. Jahrhundert abseits des Mainstreams der Berufsausbildung.

Der Regulationsform des Schulberufssystems entsprechend sind auch keine Angebots-Nachfrage-Relationen konstruierbar. Das wäre nur möglich, wenn verbindliche Planungen für schulische Angebote und ähnlich wie beim dualen System eine registrierte Nachfrage existierte. In Ermangelung solcher Daten wird die Angebotsentwicklung über die Schulanfänger in den Berufsschulen bzw. Fachschulen als „realisiertes“ Angebot nachgezeichnet.

Für beide Berufsbildungssysteme sind hier nur Input-Indikatoren definiert, die in der Doppelperspektive von ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialer Chancengerechtigkeit im Ländervergleich in drei Abschnitten abgehandelt werden:

1. Im dualen System: Angebots-Nachfrage-Relation, Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote, Verhältnis von nicht besetzten Ausbildungsstellen zu nicht vermittelten Bewerbern
2. Vollzeitschulisches Angebot
3. Berufliche Segmentation nach Vorbildungsniveau, die sich nur für die duale Ausbildung rekonstruieren lässt, da die Länder für das Schulberufssystem die entsprechenden Daten nicht vorhalten bzw. veröffentlichen

Während die Dimension ökonomischer Leistungsfähigkeit nur approximativ und narrativ über allgemeine Entwicklungstendenzen bei den Fachkräften erörtert werden kann, wie sie in den Projektionen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgelegt werden, ist es möglich, die Dimension der sozialen Gerechtigkeit systematisch durch Rückgriff auf Indikatoren zum sozialen Status der Auszubildenden präziser darzustellen. Als solche werden das schulische Vorbildungsniveau, das Geschlecht und der Staatsbürgerstatus sichtbar zu machen und in ihren länderspezifischen Ausdrucksformen offenzulegen versucht.

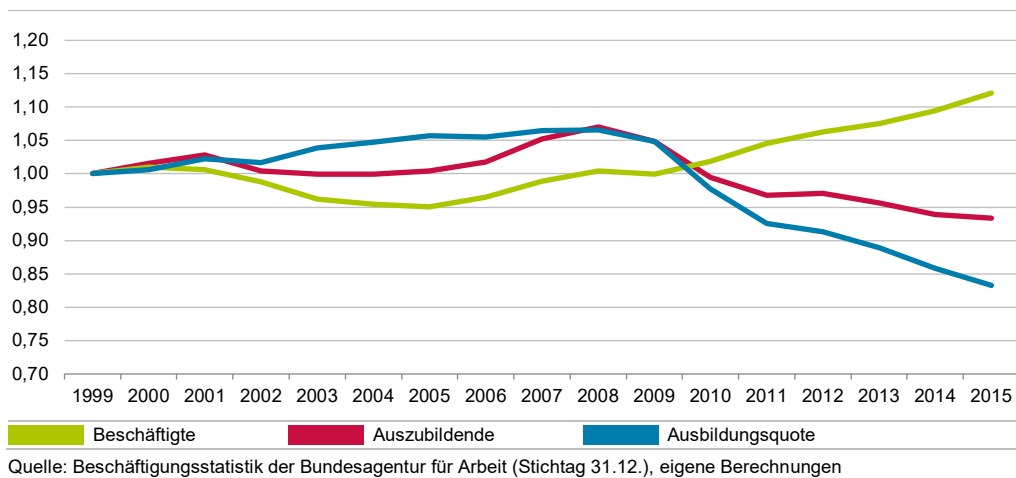
4.2 Angebote der dualen Ausbildung

4.2.1 Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote

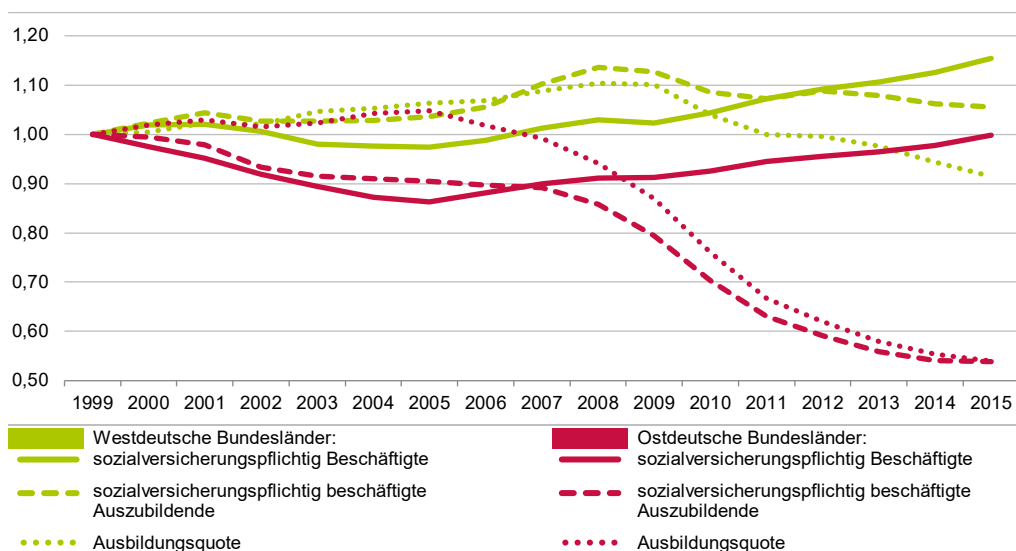
Die Einmündung von Schulabsolventen in eine duale Ausbildung wie auch die Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften sind vor allem vom Angebot der Betriebe an Ausbildungsplätzen abhängig. Diese Angebote schwanken im Zeitverlauf aus vielfältigen Gründen, deren quantitatives Gewicht sich in den beiden Indikatoren Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote abbilden lässt. Beide Indikatoren geben Auskunft darüber, zu welchen Anteilen sich Unternehmen durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen an der Ausbildung beteiligen. Bei der Ausbildungsquote wird das Ausmaß der Beteiligung in Relation der Zahl der Auszubildenden zu derjenigen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemessen, bei der Ausbildungsbetriebsquote wird die Zahl der ausbildenden Betriebe zu derjenigen aller Betriebe entsprechender Merkmale (z. B. Branche, Betriebsgröße, Region) gesetzt. Auch wenn beide Indikatoren von strukturellen Entwicklungen in Beschäftigung und Arbeitsmarkt beeinflusst werden, lassen sie sich als Indikatoren für die Leistungsfähigkeit interpretieren, und zwar in ihren beiden Aspekten: der Wirtschaft ein ihrem fachlichen Bedarf entsprechendes Ausbildungsangebot und den Jugendlichen eine zukunftsgerichtete Berufsperspektive zu offerieren.

Ausbildungsquote

Im Zusammenspiel von wachsender Beschäftigung einerseits und rückläufigem Ausbildungsvolumen andererseits ist die Ausbildungsquote in den letzten 16 Jahren insgesamt um 1 Prozentpunkt von etwa 6 auf etwa 5 % gesunken (Abb. 4.1; Tab. 4.1A). Im Gesamtvolumen steht hinter diesem Rückgang der Ausbildungsquote ein Wachstum der Beschäftigung um 12,1 % und gleichzeitig ein Rückgang des Ausbildungsvolumens um knapp 7 % (Baas, Baethge 2017: 16).

Abbildung 4.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Auszubildende, Ausbildungsquote in Deutschland (Index, 1999 = 1)

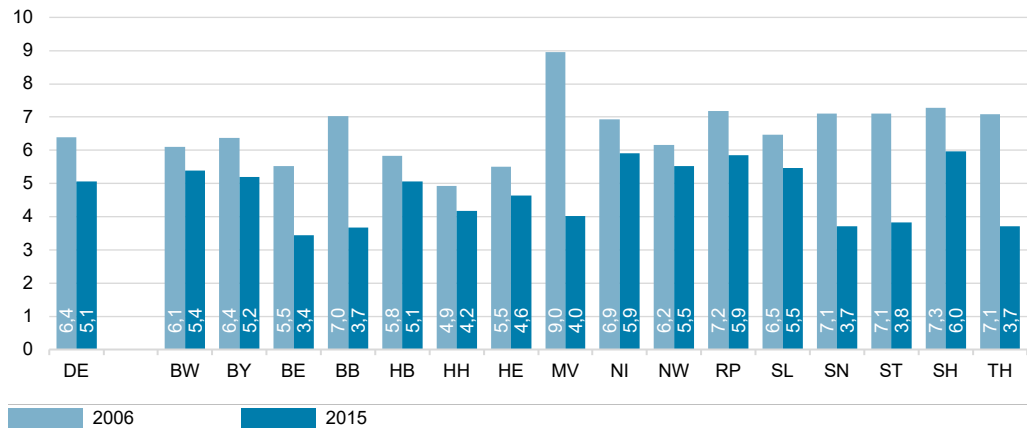
Im Ost-West-Vergleich zeigt sich die gleiche Bewegung der Ausbildungsquote, allerdings in unterschiedlich starker Ausprägung und zeitlich versetzt: Die Beschäftigungskurven verlaufen niveaueverschoben in beiden Regionen gleichmäßig nach oben, die Ausbildungszahlen aber stürzen im Osten bereits ab 1999 um fast 50 Indexpunkte bis 2015 steil ab, sodass sich die Schere zwischen Beschäftigung und Ausbildung sehr weit öffnet und die Ausbildungsquote auf den halben Wert von 2005 fällt (Abb. 4.2). Im Westen geht die Zahl der Auszubildenden seit 2008 um 10 Indexpunkte bis 2015 zurück und die Ausbildungsquote sinkt um 20 Indexpunkte.

Abbildung 4.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Auszubildende, Ausbildungsquote 1999–2015 nach west- und ostdeutschen Ländern (Index, 1999 = 1)

Differenziert man diese unterschiedliche Entwicklung der Ländergruppen nach einzelnen Bundesländern, dann treten die Unterschiede noch prägnanter nach einzelnen Regionen zutage (Abb. 4.3): In den großen westdeutschen Flächenländern bleibt die

Ausbildungsquote im letzten Jahrzehnt zwischen 2006 und 2015 fast konstant (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen) oder bewegt sich im Rahmen des durchschnittlichen Rückgangs im Bundesgebiet von 1 Prozentpunkt. In allen ostdeutschen Ländern halbiert sich die Ausbildungsquote.

Abbildung 4.3 Ausbildungsquote nach Ländern 2006 und 2015 (in %)



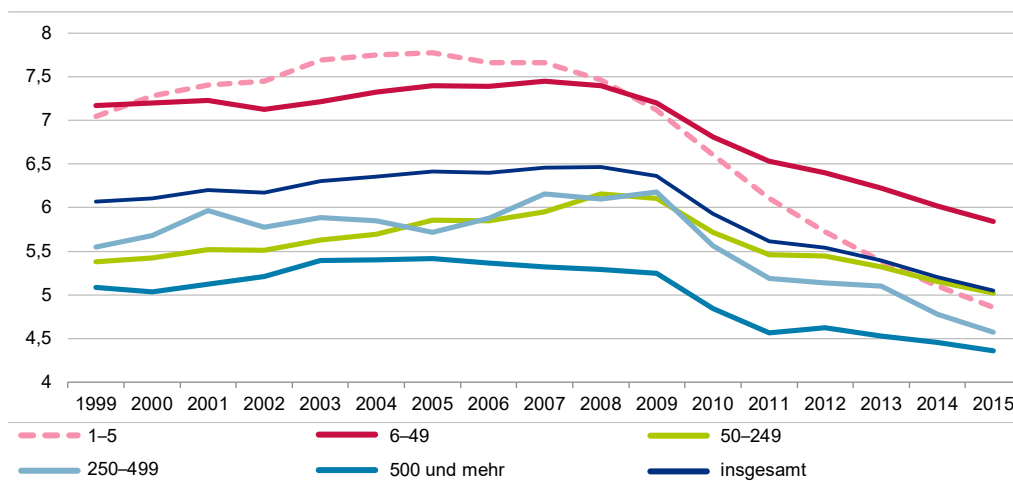
Quelle: BA-Beschäftigungsstatistik, Sonderauswertungen, Stichtag 31.12., eigene Berechnungen

Ausbildungsquote nach Betriebsgröße

Die länderspezifischen Ausbildungsquoten haben ihre Ursache vor allem in ihren jeweiligen wirtschafts- und betriebsstrukturellen Besonderheiten, von denen hier die Betriebsgrößenstruktur in ihrer Bedeutung für die Ausbildungsquote dargestellt wird.

Innerhalb der gegenläufigen Entwicklung von Beschäftigung und Ausbildung zeigen sich im Vergleich der Betriebsgrößenklassen stark unterschiedliche Entwicklungen.¹³ Bei den Kleinbetrieben mit 6 bis 49 Beschäftigten fällt der Rückgang der Ausbildungsquote mit rund 1,4 Prozentpunkten bzw. einem Fünftel besonders deutlich aus (Abb. 4.4; Tab. 4.1A). Sie sinkt von rund 7,2 auf rund 5,8 %. Im Unterschied zur Gesamtentwicklung ist hier der Rückgang der Ausbildung relativ größer als das Beschäftigungswachstum. Dagegen nimmt bei den kleineren Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten die Ausbildungsquote nur um rund 0,4 Prozentpunkte unterdurchschnittlich ab. Zwar verlaufen hier Ausbildungs- und Beschäftigtenzahl positiv, aber die Zunahme der Ausbildung fällt nicht ganz so stark aus wie das Beschäftigungswachstum. 2015 liegt die Ausbildungsquote hier bei 5 %. Die größeren Mittelbetriebe mit 250 bis 499 Beschäftigten weisen einen Rückgang der Ausbildungsquote auf, der mit einem Prozentpunkt der durchschnittlichen Entwicklung entspricht. Mit einer Ausbildungsquote von 4,6 % erreichen sie im Jahr 2015 allerdings ebenso wie Großbetriebe ihr niedrigstes Niveau in der jüngeren Berufsbildungsgeschichte.

¹³ Vgl. hierzu ausführlich Baas und Baethge (2017).

Abbildung 4.4 Ausbildungsquote nach Betriebsgröße 1999–2015 (in %)

Quelle: BA-Beschäftigungsstatistik, Sonderauswertungen, Stichtag 31.12., eigene Berechnungen

Schaut man die Verlaufskurve der Ausbildungsquote über den ganzen Betrachtungszeitraum an, dann zeigt sich ein Entwicklungsbruch um 2008/09. Bis zu diesem Zeitpunkt verlaufen die Kurven der Beschäftigten und der Auszubildendenzahlen niveauper-versetzt in etwa parallel, was zu einem leichten Anstieg der Ausbildungsquote bei allen Betriebsgrößeklassen führt (Baas, Baethge 2017: 33). Ab diesem Zeitpunkt steigt die Beschäftigtenentwicklung bei allen Betriebsgrößeklassen mit Ausnahme der Kleinstbetriebe, in denen das Beschäftigungsvolumen stagniert, relativ steil an und sinken die Auszubildendenzahlen ähnlich stark. Bei allen Betriebsgrößeklassen öffnet sich ab 2007/08 die Schere zwischen Beschäftigten- und Auszubildendenzahlen immer weiter, am stärksten bei den Klein- und Kleinstbetrieben. Der ganze Rückgang der Ausbildungsquote mit seinen betriebsgrößenspezifischen Ausprägungen erweist sich als ein Effekt nur der jüngsten Vergangenheit zwischen 2008 und 2015.

Ein Blick auf die Kontextfaktoren (Kap. 2) zeigt, dass es wenigstens in den ostdeutschen Ländern eine Korrespondenz zwischen einer niedrigen Ausbildungsquote und einem hohen Anteil von Kleinst- und Kleinbetrieben gibt. In den westdeutschen Ländern und den Stadtstaaten ist der Zusammenhang nicht so stark ausgeprägt.

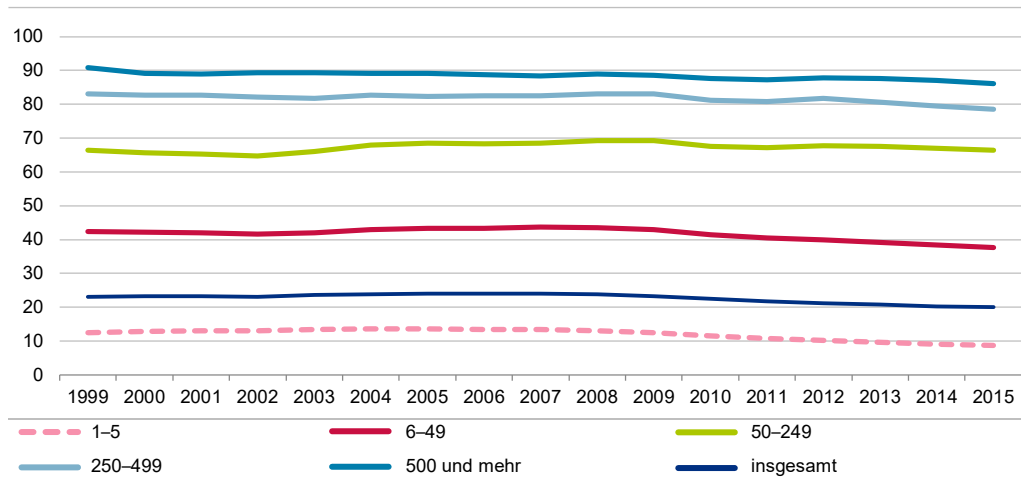
Ausbildungsbetriebsquote

Ähnlich wie die Ausbildungsquote gibt die Ausbildungsbetriebsquote Auskunft über das Ausmaß, in dem sich die Betriebe an der Ausbildung beteiligen. Sie spiegelt das Verhältnis der Ausbildungsbetriebe zu den Betrieben insgesamt wider. Ein Betrieb gilt als Ausbildungsbetrieb, wenn mindestens ein Auszubildender unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu finden ist. Das heißt, dass z. B. auch ein Betrieb mit 250 Beschäftigten nur einen Auszubildenden beschäftigen muss, um als Ausbildungsbetrieb zu gelten. Entsprechend wächst mit der Betriebsgröße auch die Ausbildungsbetriebsquote, ohne dass die Zahl der Auszubildenden wachsen muss; sie kann sogar abnehmen. Insofern ist die Ausbildungsbetriebsquote auch ein weniger aussagekräftiger Indikator für die ökonomische Leistungsfähigkeit. 2015 liegt der Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben bei den Kleinbetrieben bei rund 38 %, wohingegen er bei größeren Betrieben mit 250 bis 499 Beschäftigten rund 78 % erreicht.

Da Kleinstbetriebe 2015 mit rund 66 % und Kleinbetriebe mit rund 29 % den größten Anteil an allen Betrieben stellen, größere Betriebe jedoch nur einen Anteil von 0,5 % repräsentieren (vgl. Baas, Baethge 2017: 18), wird die Entwicklung der durchschnittli-

chen Ausbildungsbetriebsquote von der Entwicklung der Kleinst- und Kleinbetriebe bestimmt. Es lassen sich aus der Ausbildungsbetriebsquote keine direkten Rückschlüsse auf das Ausbildungsvolumen ziehen.

Abbildung 4.5 Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgröße 1999–2015 (in %)



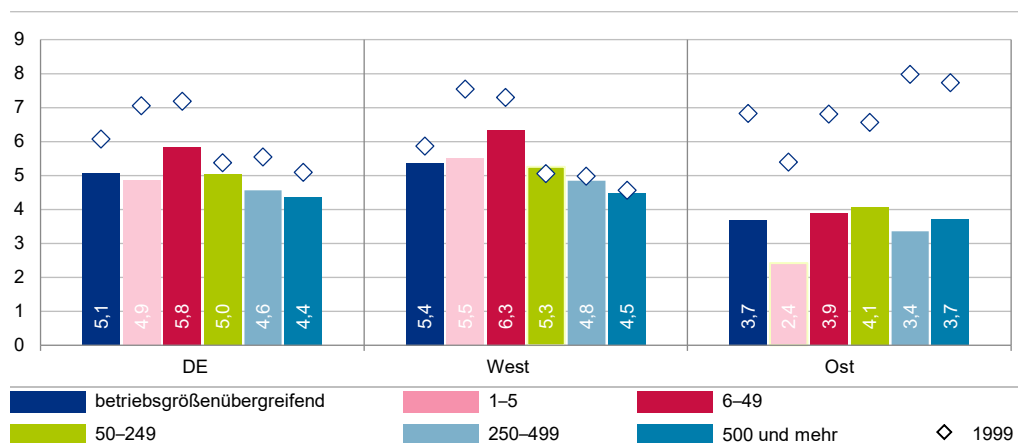
Quelle: BA-Beschäftigungsstatistik, Sonderauswertungen, Stichtag 31.12., eigene Berechnungen

Die Ausbildungsbetriebsquote aller Betriebe fällt von rund 23 % im Jahr 1999 auf rund 20 % im Jahr 2015 (Abb. 4.5). Unter den Klein- und Mittelbetrieben ging die Ausbildungsbetriebsquote sowohl bei den Kleinst- und Kleinbetrieben als auch bei den größeren Mittelbetrieben überdurchschnittlich um 4 Prozentpunkte (Kleinstbetriebe) bzw. 5 Prozentpunkte zurück. Die Ausbildungsbetriebsquote sank bei Kleinbetrieben von 42,3 auf 37,6 %. Größere Mittelbetriebe mit 250–499 Beschäftigten wiesen 1999 eine Ausbildungsbetriebsquote von 83,1 % auf, die bis 2015 auf 78,4 % sinkt. Dagegen ist bei den kleineren Mittelbetrieben (50–249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) fast kein Rückgang zu verzeichnen, was auf eine relativ hohe Stabilität der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung verweist. Allerdings ist diese in neuerer Zeit (seit 2009) mit einer relativen Verringerung der Ausbildungsplätze verbunden. Da bei den Betriebsgrößenklassen mit überdurchschnittlich hohem Absinken der Ausbildungsbetriebsquote die Ausbildungsbeteiligung relativ kontinuierlich seit 2007 zurückgegangen ist, steht zu befürchten, dass dies auch einen Ausstieg aus der Ausbildung und die Aufhebung der betrieblichen Ausbildungsinfrastruktur in den entsprechenden Betrieben nach sich zieht.

Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgröße und Region

Ein Blick auf die Entwicklung der Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquoten nach west- und ostdeutschen Ländern zeigt am Ausgangspunkt 1999 bereits eine im Durchschnitt niedrigere Ausbildungsbetriebsquote im Osten als im Westen, bei der Ausbildungsquote aber ein höheres Niveau im Osten, das rapide absinkt, und zwar viel stärker als im Westen, sodass 2005 in allen Betriebsgrößenklassen eine höhere Ausbildungsquote im Westen vorliegt (Abb. 4.6).

Abbildung 4.6 Ausbildungsquote nach Betriebsgröße in Deutschland und west- und ostdeutschen Bundesländern 1999 und 2015 (in %)



Die stark differierenden Ausbildungsquoten von Klein- und Kleinstbetrieben auf der einen und größeren und Großbetrieben auf der anderen Seite lassen sich noch durch die Umbruchsituation der Nachwendezeit erklären: Die großen Nachfolgebetriebe der ehemaligen DDR-Kombinate samt der aus ihnen in eigene Gesellschaften ausgelagerten Aus- und Fortbildungsbereiche wurden für die erforderlichen Ausbildungsleistungen öffentlich subventioniert und ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Ausbildungsverhältnisse hatten den Charakter außerbetrieblicher „betrieblicher“ Ausbildungen (vgl. Baethge u. a. 1996). Die vergleichsweise niedrigen Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquoten bei Kleinstbetrieben dürften in Anlehnung an Berghoff darauf zurückzuführen sein, dass der von der Zentralverwaltungswirtschaft in ostdeutschen Ländern zerschlagene Mittelstand (Berghoff 2006: 277) in so kurzer Zeit auch mit noch so viel Subventionen nicht wiederaufgebaut und im Sinne eines hohen Ausbildungs-Commitments funktionsfähig gemacht werden konnte.

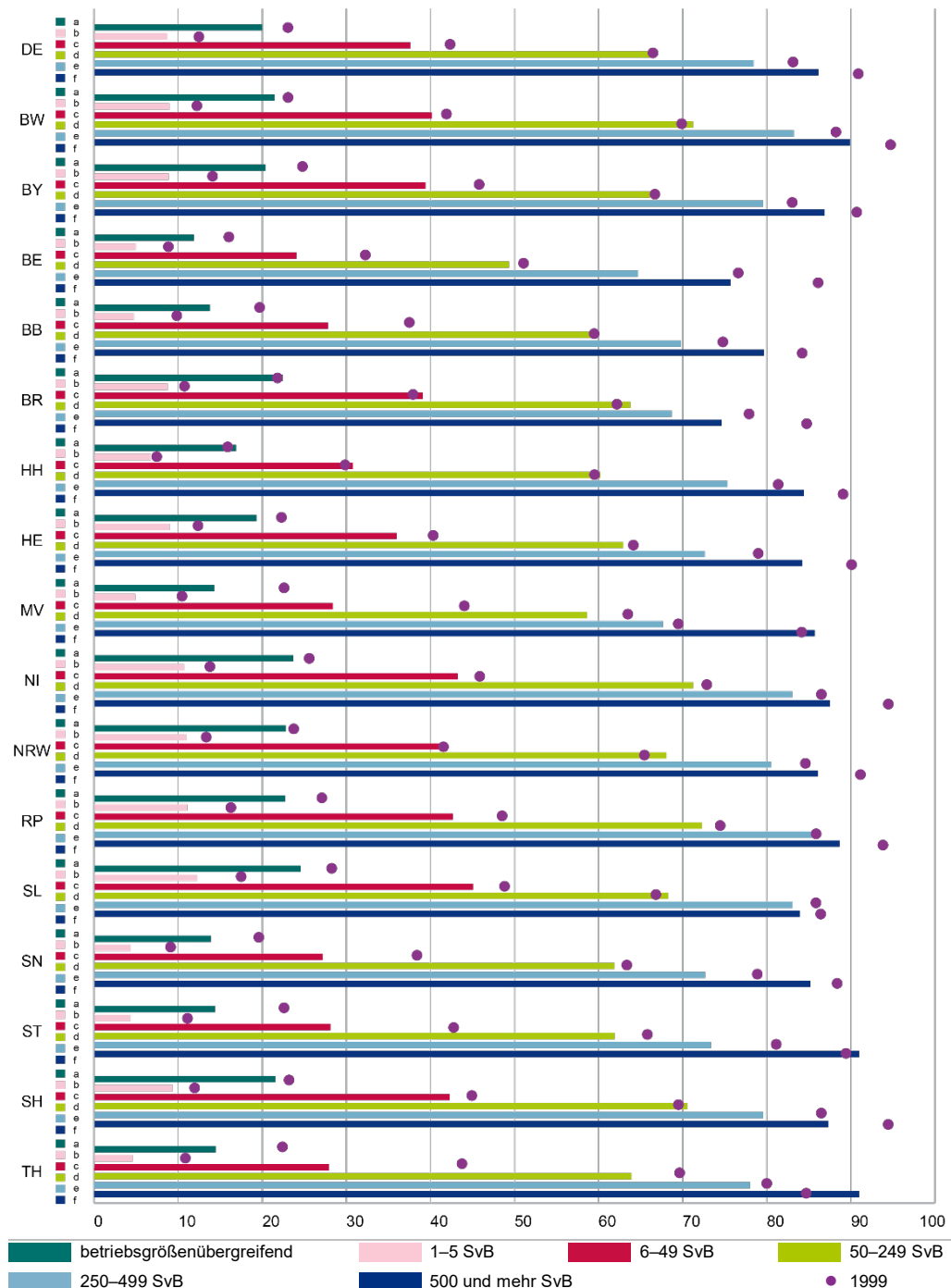
Die im letzten Jahrzehnt weiter voranschreitende Konsolidierung der ostdeutschen Wirtschaft hatte eine Reduzierung öffentlicher Unterstützungsleistungen in Aus- und Fortbildung zur Folge, auf die die starke Verringerung der außerbetrieblichen „betrieblichen“ Ausbildungsverhältnisse (Baas, Baethge 2017: 18) wohl zurückzuführen ist. Zugleich fiel sie zusammen mit einem starken demografischen Abschwung, der das Angebot an Ausbildungsplatzbewerbern drastisch reduzierte. Das Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungen macht die über alle Betriebsgrößenklassen beobachtbare annähernde Halbierung der Ausbildungsquote verständlich, die am stärksten bei den großen und Groß sowie bei den Kleinstbetrieben ausgeprägt ist.

Für die Zukunft entsteht dadurch für die östlichen Bundesländer eine brisante Konstellation für die Ausbildung von Fachkräften, die durch den relativ schwachen Mittelstand nicht leicht bewältigt werden kann: Es zeichnet sich nicht nur ein Mangel an Ausbildungsplätzen ab, sondern zugleich ein Verlust an Ausbildungsinfrastruktur. Denn unabhängig davon, wie viel der Varianz des Ausbildungsquotenrückgangs angebotsbedingt (Demografie) und wie viel nachfragebedingt ist: Die dramatische Reduzierung von Ausbildungsbeteiligung und/oder Ausbildungsleistung der Betriebe droht betriebliche Ausbildungsinfrastruktur abzubauen, die nur schwer wieder aufgebaut werden kann.

Ohne weitere Faktoren einzubeziehen, ist im Vergleich der beiden Ländergruppen schon jetzt auffällig, dass in der Ausbildungsbetriebsquote in den östlichen Bundesländern die größte Rückläufigkeit in den Betrieben mit 1–5 und mit 6–49 Beschäftigten

liegt (Abb. 4.7). Dies muss man für eine Wirtschaft, die stärker als die westdeutsche klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist, als Alarmzeichen ansehen. Im Westen sind es bei der Mehrheit der Bundesländer eher die mittelgroßen (250–499 Beschäftigte) und großen Betriebe, deren Ausbildungsbeteiligung zurückgeht.

Abbildung 4.7 Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgröße und Ländern 1999 und 2015 (in %)



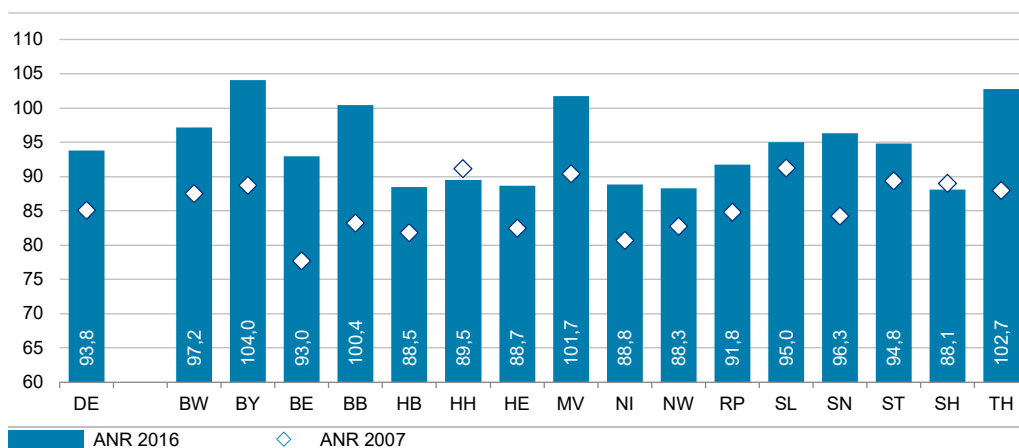
4.2.2 Angebots-Nachfrage-Relation

Stand bei den Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquoten das betriebliche Leistungsverhalten im Zentrum der Betrachtung, so geht es im Folgenden darum, welche Effekte sich daraus für ein ausgeglichenes Angebots-Nachfrage-Verhältnis ergibt, was insbesondere für die Ausbildungschancen der Jugendlichen ausschlaggebend ist.

Obwohl sich die Angebots-Nachfrage-Relation zwischen 2007 und 2016 in fast allen Bundesländern erhöht hat, kann auch 2016 nicht von einer ausgeglichenen Ausbildungsmarktsituation gesprochen werden. Kamen in Deutschland 2007 noch 85 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber, so sind es 2016 nunmehr 94 Ausbildungsplätze (Abb. 4.8).

Der Trend zur Erhöhung der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) im Beobachtungszeitraum ist dabei nicht auf eine Zunahme der Ausbildungsplätze zurückzuführen, sondern auf eine deutlich abnehmende Ausbildungsplatznachfrage, die vor allem auf den demografischen Abschwung zurückgeht, der sich bisher in den östlichen Ländern stärker ausgewirkt hat als in den westlichen (Kap. 2). Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze war in allen Ländern im Zeitverlauf rückläufig. Da jedoch in fast allen Bundesländern die Nachfrage stärker als das Angebot an Ausbildungsplätzen zurückging, führte dies zu einer Erhöhung der Angebots-Nachfrage-Relation. Während das Ausbildungsplatzangebot von 2007 bis 2016 bundesweit um ca. 12 % sank, verringerte sich die Nachfrage um ca. 21 %. Somit ist auf Bundes- wie auch Länderebene die relative Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt nicht in einer Leistungsverbesserung bei den Angeboten beruflicher Ausbildungsplätze zu sehen. Es handelt sich vielmehr in erster Linie um einen demografischen Effekt.

Sowohl in der Entwicklung der ANR als auch in der daraus resultierenden Ausbildungsmarktsituation im Jahr 2016 zeigen sich starke Unterschiede zwischen den Bundesländern. Besonders starke Verbesserungen der ANR um 15 bis 17 Prozentpunkte zeigten Bayern, Berlin und die ostdeutschen Flächenländer Brandenburg und Thüringen. Die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen weisen 2016 zwar mit einer ANR von um 100 % insgesamt auch die für die Berufswahl günstigste ANR auf, dennoch stellt eine solche Größenordnung immer noch keine ausgeglichene Bilanz dar. Hierbei ist zum einen die Mobilität der Jugendlichen zu berücksichtigen, die in der beruflichen Ausbildung selbst innerhalb eines Bundeslandes begrenzt ist. Eine Ausnahme stellen Metropolregionen und attraktive Ausbildungsplätze mit guten Karriereoptionen dar, für die die Jugendlichen auch eine weitere Entfernung zwischen Wohn- und Ausbildungsort auf sich nehmen. Zum anderen sind die angebotenen Ausbildungsberufe und die Interessen der Jugendlichen bzw. von ihnen nachgefragten Ausbildungen nicht deckungsgleich, sodass erst bei einem Angebot deutlich über 100 % von einer ausgewogenen ANR gesprochen werden kann. Diese Situation liegt lediglich in Bayern mit einer ANR von 104 % vor.

Abbildung 4.8 Angebots-Nachfrage-Relation 2007 und 2016 nach Ländern (in %)

Anmerkungen: In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Absolute Werte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, eigene Berechnungen

Hamburg und Schleswig-Holstein stellen Ausnahmen von der positiven Entwicklung dar: Hier sinkt die ANR leicht auf 90 bzw. 88 %. In diesen Bundesländern sinkt die Nachfrage etwas weniger als das Angebot. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die ausbleibende positive Entwicklung der ANR in Hamburg auch auf eine differenziertere (statistische) Erfassung von Jugendlichen zurückzuführen ist, die einen Ausbildungsplatz suchen: Mit der Einführung der Jugendberufsagentur in Hamburg sollte dafür gesorgt werden, „dass die noch ‚Unversorgten‘ erfasst und ihr Anschluss geklärt wird. Damit ist es möglich, diese Jugendlichen gezielt anzusprechen und ihnen gegebenenfalls ein Unterstützungsangebot für den Weg in Ausbildung und Beruf zu unterbreiten“ (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2012: 6). Damit hat Hamburg auch das Auffinden von Jugendlichen und deren weitgehend lückenlose Begleitung forciert. Dies hat in der Statistik dazu geführt, dass die Zahlen der Jugendlichen mit unbekanntem Verbleib abgenommen, die der „Unversorgten“ hingegen zugenommen haben (Matthes, Ulrich 2015: 111). Die Gruppe der „Unversorgten“ ist anders als die Gruppe der unbekannt Bleibenden auch Bestandteil der ANR.

Aus der Perspektive der Jugendlichen weisen im Jahr 2016 die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie die westdeutschen Flächenländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit rund 88 bis 90 Ausbildungsplätzen je 100 Bewerber die ungünstigsten Angebots-Nachfrage-Relationen auf. Diese Werte können somit als problematische Ausbildungsmarktsituationen bezeichnet werden. Sie haben sich gegenüber 2013 in diesen Ländern nicht verbessert (Baethge u. a. 2016: 58). Die Spannweite zwischen der günstigsten ANR und der ungünstigsten ANR hat sich zwischen 2007 und 2016 von rund 14 auf rund 16 Prozentpunkte noch einmal vergrößert. Die Heterogenität der Ausbildungsmarktverhältnisse in den Bundesländern hat somit zugenommen. Die landesweiten ANRs können regionale Unterschiede innerhalb des Landes verdecken. Hierauf wird in den Länderberichten im zweiten Teil des Ländermonitors eingegangen, was eine Modifizierung und Kontrolle der hier getätigten Aussagen ermöglicht.

Tabelle 4.1 Angebots-Nachfrage-Relation 2007 und 2016 nach Ländern (in %) und Veränderungsrelationen 2016 zu 2007

Land	2007			2016			Veränderungsrelation 2016 zu 2007	
	Angebot	Nachfrage	ANR	Angebot	Nachfrage	ANR	Angebot	Nachfrage
	Anzahl		in %	Anzahl		in %	in %	in %
DE	644.028	756.486	85,1	563.796	600.861	93,8	-12,5	-20,6
OFL	105.461	121.854	86,5	64.311	65.205	98,6	-39,0	-46,5
WFL	494.835	581.593	85,1	461.715	494.109	93,4	-6,7	-15,0
STA	43.732	53.039	82,5	37.770	41.547	90,9	-13,6	-21,7
BW	83.485	95.381	87,5	81.156	83.505	97,2	-2,8	-12,5
BY	107.913	121.580	88,8	105.423	101.340	104,0	-2,3	-16,6
BE	21.953	28.245	77,7	17.658	18.996	93,0	-19,6	-32,7
BB	18.778	22.563	83,2	12.228	12.180	100,4	-34,9	-46,0
HB	7.341	8.964	81,9	6.099	6.897	88,5	-16,9	-23,1
HH	14.438	15.830	91,2	14.013	15.654	89,5	-2,9	-1,1
HE	44.873	54.393	82,5	39.219	44.235	88,7	-12,6	-18,7
MV	16.571	18.315	90,5	9.282	9.123	101,7	-44,0	-50,2
NI	59.175	73.305	80,7	57.816	65.085	88,8	-2,3	-11,2
NW	134.992	163.039	82,8	121.695	137.808	88,3	-9,9	-15,5
RP	32.647	38.493	84,8	27.630	30.108	91,8	-15,4	-21,8
SL	9.106	9.980	91,2	7.704	8.109	95,0	-15,4	-18,7
SN	32.737	38.865	84,2	20.127	20.892	96,3	-38,5	-46,2
ST	19.276	21.556	89,4	11.496	12.126	94,8	-40,4	-43,7
SH	22.644	25.422	89,1	21.072	23.919	88,1	-6,9	-5,9
TH	18.099	20.555	88,1	11.178	10.884	102,7	-38,2	-47,0

Anmerkungen: In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Bei der BIBB-Erhebung zum 30.09. liegen anders als bei der Schulstatistik aktuelle Daten zu Bremen vor. Hier melden die Kammern direkt an das BIBB.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt.

Welche dramatische Entwicklungsperspektiven sich hinter den Länderunterschieden verbergen, wird erst sichtbar, wenn man einen getrennten Blick auf beide Größen der ANR wirft, also auf Angebot einerseits und Nachfrage andererseits: Dann zeigt sich eine extrem unterschiedliche Entwicklung zwischen den Flächenländern in Ost und West, deren ANR 2016 nur 5 Prozentpunkte auseinanderliegen. Trotz eines vor allem demografisch bedingten Rückgangs der Nachfrage um 46 % im letzten Jahrzehnt gelingt es in den östlichen Ländern nicht, aktuell eine ausgeglichene Angebots-Nachfrage-Relation bereit zu stellen.

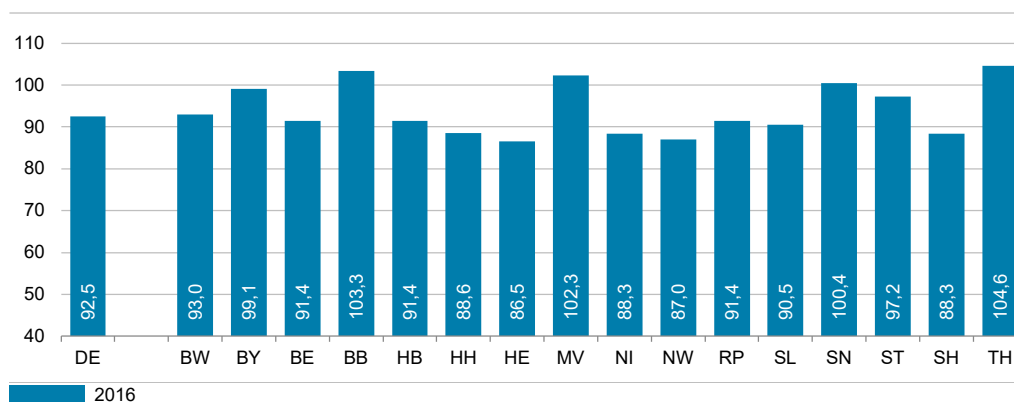
Der Grund liegt in einer extremen Verringerung des Ausbildungsplatzangebots in den östlichen Bundesländern um 40 %, in den westlichen Bundesländern ging das Angebot nur um 7 % zurück. Würde man das Ausbildungsangebot von 2007 konstant setzen, wäre die ANR in jedem ostdeutschen Land auf deutlich über 150 % gestiegen, hätte also zu einer kaum bewältigbaren Krise des Fachkräftenachwuchses geführt. Im Gegenteil wird jetzt noch nicht einmal das begrenzte Potenzial ausgenutzt. Selbst wenn man gewisse Interaktionseffekte zwischen rückläufigem Angebot und rückläufiger Nachfrage annehmen kann: Der Absturz des dualen Systems in den ostdeutschen Ländern wird dadurch nicht erklärt. Er hinterlässt viele Fragen zur betrieblichen Berufsausbildung und zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs in den neuen Ländern.

Die allgemeine Angebots-Nachfrage-Relation unterscheidet sich – nach Berufsgruppen und Berufen betrachtet – beträchtlich zwischen den Ländern, was mit deren Beschäftigungsschwerpunkten nach Branchen und Berufsgruppen zusammenhängt. Die Angebots-Nachfrage-Relation nach ausgewählten Berufsgruppen gibt Auskunft darüber, inwiefern Jugendliche die Chance haben, einen bestimmten Beruf zu erlernen, und inwiefern Betriebe in bestimmten Berufsbereichen einem mehr oder wenigen großen Kreis von interessierten Jugendlichen gegenüberstehen. Jede Relation unter 100 bedeutet, dass landesweit mehr Jugendliche einen bestimmten Beruf anstreben, als Betriebe Ausbildungsplätze für diesen Beruf zur Verfügung stellen. Jede ANR über 100 bedeutet, dass Betriebe mehr Ausbildungsplätze anbieten, als Jugendliche dafür Interesse haben, und – ceteris paribus – die Betriebe wenig Auswahl unter Bewerbern haben. Die landesweiten ANRs können regionale Unterschiede innerhalb des Landes verdecken. Hierauf wird in den Länderberichten im zweiten Teil des Ländermonitors eingegangen, was eine Modifizierung und Kontrolle der hier getätigten Aussagen ermöglicht.

Im Folgenden werden die berufsgruppenspezifischen ANR nach Ländern an drei strategisch wichtigen und quantitativ bedeutsamen Berufsgruppen dargestellt: an gewerblich-technischen, qualifizierten kaufmännischen und Informationsberufen und schließlich an medizinischen Fachangestellten.

Das Interesse, einen *gewerblich-technischen Beruf* zu erlernen, trifft nur in Bayern und fast allen ostdeutschen Ländern auf eine ausgeglichene ANR, in allen anderen Ländern bleibt die Relation deutlich unter 100. Das begrenzte Angebot in den Stadtstaaten und Flächenländern, in denen die ANR zumeist um oder unter 90 % liegt, (Abb. 4.9) steht im Gegensatz zur breiten Rhetorik des Facharbeitermangels gerade in den westlichen Ländern und lässt sich kaum als Ausdruck ökonomischer Leistungsfähigkeit interpretieren. Warum im Osten eine ausgeglichene ANR vorherrscht, ist aus den Daten nicht zu erkennen. Vieles spricht dafür, dass die umfassende Deindustrialisierung in der Nachwendezeit die industriell-gewerblichen Berufe bei der Nachfolgeneration in Misskredit gebracht hat und jetzt der Bedarf an Auszubildenden und Fachkräften schwer zu decken ist.

Abbildung 4.9 Angebots-Nachfrage-Relation für gewerblich-technische Berufe nach Ländern 2016 (in %)



Anmerkungen: Die Kategorie Gewerblich-technische Berufe setzt sich aus den Berufsgruppen 242 bis 252 (Metallberufe), 412 bis 414 (Laboranten, Chemikanten, Pharmakanten) und der Berufshauptgruppe 26 (Elektroberufe) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen.

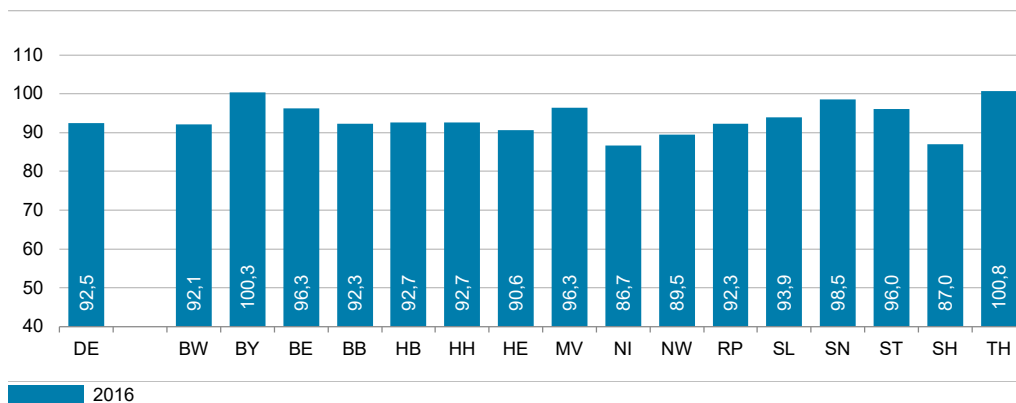
In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Absolute Werte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09., eigene Berechnungen; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertungen

Bei den *qualifizierten kaufmännischen und den Informatikberufen* liegt ein Mangel an Ausbildungsplätzen vor (Abb. 4.10), der nur für Bayern und Thüringen nicht gilt. Im Durchschnitt kommen rund 93 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber. Der größte Mangel an Ausbildungsplätzen tritt in Niedersachsen (86,7 %) und Schleswig-Holstein (87,0 %) auf. Auffällig ist, dass Brandenburg, das bei den anderen Ausbildungsberufsgruppen zu den drei Bundesländern mit den günstigsten Relationen aus der Perspektive der Ausbildungsplatznachfrager zählt, bei diesen Berufen jedoch zu den sechs Bundesländern mit der ungünstigsten Relation gehört. Auch Baden-Württemberg, das insgesamt zu den fünf Ländern mit der günstigsten ANR zählt, gehört bei dieser Berufsgruppe zu den fünf Ländern mit der ungünstigsten ANR. Obwohl bei den qualifizierten kaufmännischen und den Informatikberufen die Spannweite der Angebots-Nachfrage-Relationen mit 14 Prozentpunkten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen relativ gering ausgeprägt ist, schwankt das Ausbildungsplatzangebot für Jugendliche hier somit doch auch beträchtlich. Angesichts dessen, dass hier auch die Informatikberufe einbezogen sind, steht auch hier das Ausbildungsplatzangebot in der Mehrheit der Bundesländer im Gegensatz zum öffentlich deklarierten Bedarf und zu den Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojektionen.

Abbildung 4.10 Angebots-Nachfrage-Relation für qualifizierte kaufmännische und Informatik-Berufe nach Ländern 2016 (in %)



Anmerkungen: Die Kategorie Qualifizierte kaufmännische & Informatik-Berufe setzt sich aus den Berufsgruppen 516 (Kaufleute – Verkehr und Logistik), 611 und 713 (Industriekaufleute), 612 (Groß- und Außenhandelskaufleute), 721 (Bank-, Bausparkassen- und Versicherungsfachleute) und der Berufshauptgruppe 43 (Informatik- und IKT-Berufe) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen.

In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Absolute Werte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

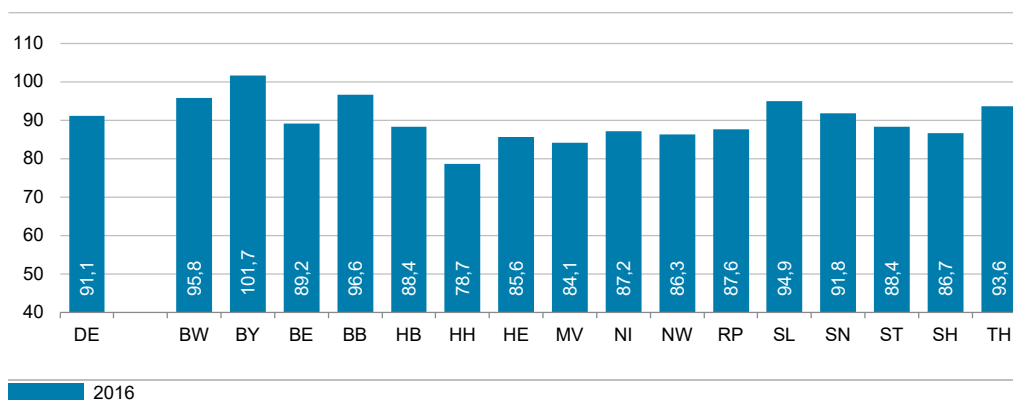
Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09., eigene Berechnungen; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertungen

Auch bei den *medizinischen Fachangestellten* liegt ein Mangel an Ausbildungsplätzen vor. Auf 100 Bewerber kommen rund 91 Ausbildungsplätze (Abb. 4.11). Vor allem in Hamburg (78,7 %), Hessen (85,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (86,3 %) übersteigt die Anzahl der nachfragenden Jugendlichen deutlich das Angebot an Ausbildungsplätzen. Hier ist auffällig, dass Mecklenburg-Vorpommern, das bei anderen Ausbildungsberufsgruppen eher zu den Bundesländern mit der günstigsten ANR gehört, bei den medizinischen Fachangestellten zu den zwei Bundesländern mit der ungünstigsten ANR zählt. Die Vorteile, die Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern durch eine sinkende Anzahl von Schulabgänger in weniger begehrten Berufen haben, bestehen bei diesem offenbar attraktiveren Beruf nicht. Die günstigsten, wenn auch nicht ausgeglichenen Relationen, liegen in Baden-Württemberg (95,8 %), Bayern (101,7 %) und Branden-

burg (96,6 %) vor. Die Spannbreite zwischen den Bundesländern liegt in dieser Berufsgruppe bei 23 Prozentpunkten. Vor allem durch die besonders ungünstige Relation für Jugendliche in Hamburg ist bei den medizinischen Fachangestellten die Spannbreite nach unten größer als z. B. bei den qualifizierten kaufmännischen und Informatikberufen.

Die relative Knappheit des Ausbildungsplatzangebots trifft vor allem junge, in der Regel gut ausgebildete Frauen mit mittlerem Abschluss oder Hochschulzugangsberechtigung.

Abbildung 4.11 Angebots-Nachfrage-Relation für medizinische Fachangestellte nach Ländern 2016 (in %)



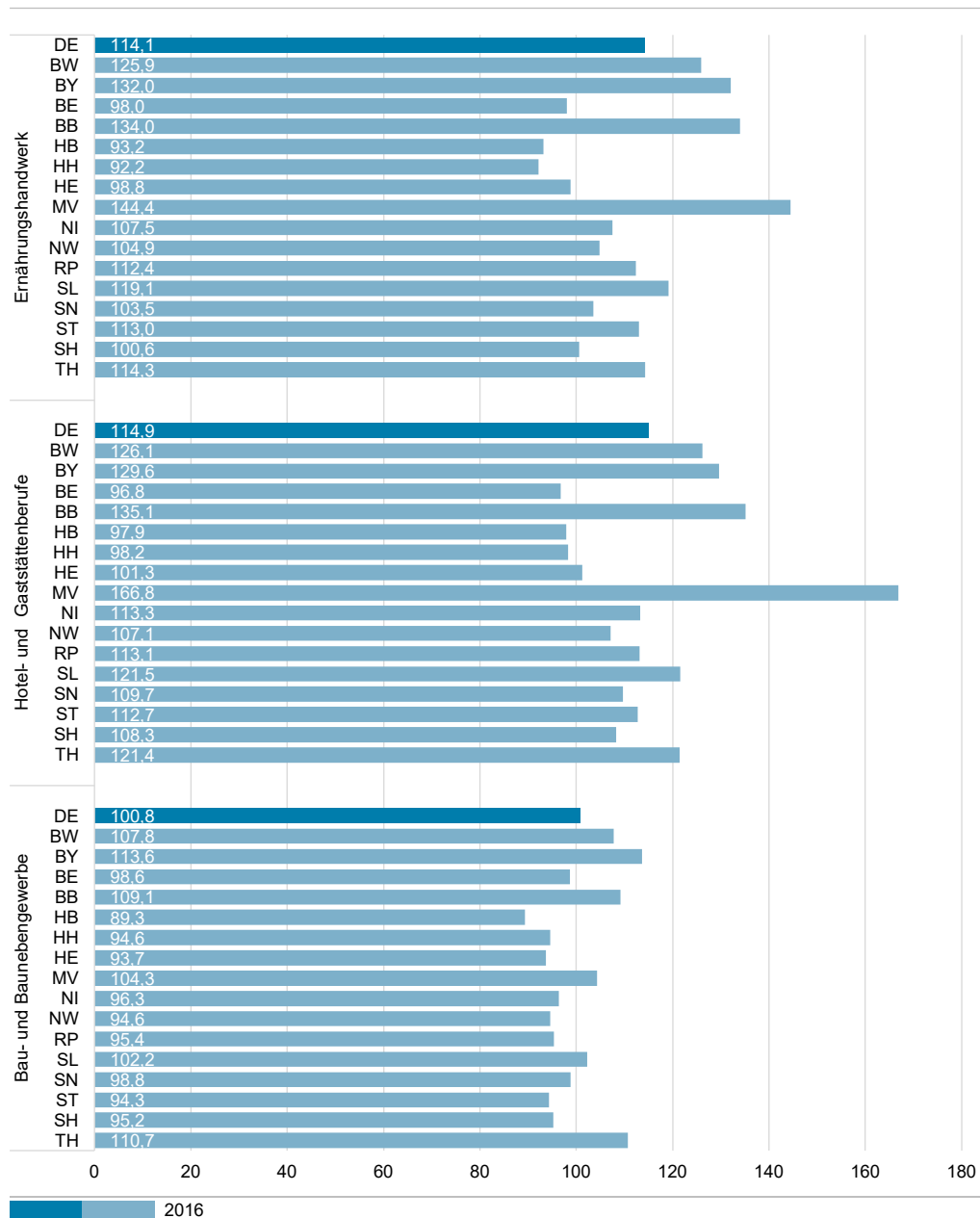
Anmerkungen: Die Kategorie Medizinische Fachangestellte setzt sich aus den Berufsgruppen 811 (Arzt- und Praxishilfe), 814 (Human- und Zahnmedizin) und 815 (Tiermedizin und Tierheilkunde) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen.

In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Absolute Werte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09., eigene Berechnungen; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertungen

Bei anderen Berufsgruppen lassen sich andere ANRs beobachten. Vor allem bei den Berufen des Ernährungshandwerks, des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie den Bau- und Baunebenberufen haben sich in vielen Ländern die Angebots-Nachfrage-Relationen verkehrt und ist das Ausbildungsplatzangebot sehr viel größer als die Nachfrage (Abb. 4.12). Es sind dies Berufsbereiche, die mehrheitlich dem unteren Qualifikationssegment angehören, d. h. die hohe Anteile von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss ausbilden und beschäftigen. Wieweit die oftmals extreme Unterdeckung der Nachfrage gegenüber dem Angebot – im Fall der Ernährungshandwerksberufe in Berlin mit 130 % und Mecklenburg-Vorpommern mit über 140 % – mehr auf einen echten Mangel an Bewerbern oder auch auf begrenzte Suchstrategien der Betriebe (Stichwort „ungeeignete Bewerber“) zurückgehen, lässt sich anhand der Daten nicht sagen. Allerdings existieren auch bei diesen Berufsgruppen noch Länder, die ein zu geringes Ausbildungsplatzangebot aufweisen – so die Stadtstaaten bei den Ernährungs- sowie Hotel- und Gaststättenberufen.

Abbildung 4.12 Angebots-Nachfrage-Relation für das Ernährungshandwerk, für Hotel- und Gaststättenberufe und das Bau- und Baunebengewerbe nach Ländern (in %)

Anmerkungen: Die Kategorie Ernährungshandwerk setzt sich aus den Berufsgruppen 292 (Bäcker, Konditor, Fleischer u. Ä.) und 293 (Köche) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen. Die Kategorie Hotel- und Gaststättenberufe setzt sich aus den Berufsgruppen 632 (Hotellerie), 633 (Gastronomie) und 634 (Veranstaltungsservice und -management) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen. Die Kategorie Bau- und Baunebengewerbe setzt sich aus den Berufshauptgruppen 32 (Hoch- und Tiefbauberufe), 33 ((Innen-)Ausbauberufe) und 34 (Installationsberufe) der Klassifikation der Berufe 2010 zusammen.

In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass entgegen der Rhetorik zum Fachkräftemangel auch 2016 nicht von einer insgesamt ausgeglichenen Ausbildungsmarktsituation

in allen Bundesländern gesprochen werden kann. Des Weiteren fallen innerhalb der Berufsgruppen die Unterschiede zwischen den Bundesländern beträchtlich aus. Dies gilt für die eher qualifizierten gewerblich-technischen Berufe, bei denen die ostdeutschen Länder inzwischen vor Rekrutierungsschwierigkeiten stehen. Es gilt auch für die medizinischen Fachangestellten, die als Mangelberuf gelten und trotzdem in der Mehrheit der Bundesländer ein beträchtliches Unterangebot an Ausbildungsplätzen aufweisen. Ganz besonders stark treten die länderspezifischen Unterschiede im Ernährungshandwerk sowie in den Hotel- und Gaststättenberufen auf. Dies sind Berufsgruppen, in denen die Wirtschaft in Deutschland insgesamt mit einer zu geringen Zahl von interessierten Jugendlichen konfrontiert ist. Jedoch weichen in diesen Berufsgruppen die Stadtstaaten von der durchschnittlichen Situation ab, denn dort herrscht weniger ein Mangel an Interessenten als vielmehr ein Mangel an Ausbildungsplätzen. Da es sich bei diesen beiden Berufsgruppen um Berufe handelt, die noch am ehesten Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss offenstehen, ist zu befürchten, dass in den Stadtstaaten zusätzliche Verschärfungen von Disparitäten nach Vorbildungsniveau auftreten.

4.2.3 Angebots-Nachfrage-Relation in Berufen für Menschen mit Behinderungen

Die Angebots-Nachfrage-Relation in Berufen für Menschen mit Behinderungen lässt sich nicht für die staatlich anerkannten vollqualifizierenden Berufe beschreiben, da Behinderung kein Merkmal der Berufsbildungs- und Schulstatistik ist. Sie ist nur für die nach §§ 64–66 gesondert geregelten Berufe für Menschen mit Behinderungen abzubilden, die ein begrenztes Spektrum an Ausbildungsberufen¹⁴ vorsehen. Gefragt wird also, wie sich für diese Berufe die Angebots-Nachfrage-Relation darstellt.

Eine unzureichende Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in diesen Berufen kann als doppelte Benachteiligung bewertet werden: Erstens gibt es ohnehin ein nur begrenztes Spektrum an theoriegeminderten Berufen und zweitens führt ein unzureichendes Angebot zu einer deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsmarktlage von Jugendlichen mit Behinderungen, für die diese Berufe oft die einzige Möglichkeit darstellen, einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu erlangen und somit eine stabilere Erwerbs- und Berufslaufbahn aufbauen zu können als in sogenannten Anlern Tätigkeiten.

Zwischen 2009 und 2015 ist sowohl das Angebot als auch die Nachfrage bei den Ausbildungsplätzen in den Berufen für Menschen mit Behinderungen in ähnlichem Umfang zurückgegangen (um 34 bzw. 35 %) (Tab. 4.2). Deutschlandweit hat sich die ANR in diesen Berufen zwischen 2009 und 2015 kaum verändert und liegt 2015 bei 90 %. Das Ausbildungsplatzangebot deckt somit in den Berufen für Menschen mit Behinderungen nicht die Nachfrage. Der Mangel an Ausbildungsplätzen ist sogar noch einmal deutlich stärker ausgeprägt, als es in den beschriebenen ausgewählten anerkannten Ausbildungsberufen (Abs. 4.2.4) der Fall ist.

Dabei zeigen sich auch für diese spezifischen Berufe deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Im Jahr 2015 lagen in Bremen mit einer ANR von 69 % und Hessen mit einer ANR von 66 % besonders ungünstige Angebots-Nachfrage-Relationen vor. Im Vergleich der sechs Bundesländer, für die Daten aufgrund der Fallzahlen ausgewiesen werden können, weist Nordrhein-Westfalen mit 90 % noch die günstigste ANR auf. Gleichwohl bleibt auch hier das Ausbildungsplatzangebot deutlich hinter der Nachfrage zurück.

¹⁴ Bundeseinheitliche Musterregelungen gelten seit 2010 für Fachpraktiker/-in im Verkauf, für Bürokommunikation, für Metallbau, für Holzverarbeitung, für Zerspanungsmechanik, Küche (Beikoch/Beiköchin), Hauswirtschaft und seit 2016 für Fachpraktiker/-in für Buchbinderei und Fachpraktiker/-in für Medientechnologie/Druckverarbeitung (Vollmer 2017: 83; Jörgens, Srbeny 2017: 84). Neben diesen Musterregelungen bestehen Ausbildungsregelungen auf der Basis regionaler Kammerregelungen (ebd.: 84).

Tabelle 4.2 Abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in Berufen für Menschen mit Behinderungen (nach § 66 BBiG/§ 42 HwO) nach Ländern 2009 und 2015

Land	2009				2015			
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Ende September	Ausbildungsstellenangebot ¹	Ausbildungsstellen-nachfrage (erweiterte Definition) ²	ANR	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Ende September	Ausbildungsstellenangebot ¹	Ausbildungsstellen-nachfrage (erweiterte Definition) ²	ANR
	Anzahl			in %	Anzahl			in %
DE	13.928	14.059	15.659	89,8	8.856	8.883	10.029	88,6
BW	2.019	2.035	2.279	89,3	1.125	3	3	-
BY	1.335	1.346	1.480	90,9	957	957	3	-
BE	430	3	472	-	249	249	3	-
BB	997	3	1.154	-	468	468	3	-
HB	153	3	3	-	144	144	210	68,6
HH	78	3	3	-	60	60	3	-
HE	584	3	777	-	441	441	669	65,9
MV	780	783	809	96,8	327	339	426	79,6
NI	945	951	1.248	76,2	681	687	804	85,4
NW	2.576	2.588	2.821	91,7	1.767	1.776	1.977	89,8
RP	444	3	483	-	357	357	3	-
SL	176	187	3	-	120	3	3	-
SN	1.308	3	1.459	-	735	3	864	-
ST	694	762	771	98,8	450	3	3	-
SH	688	3	3	-	534	534	621	86,0
TH	721	3	765	-	441	441	3	-

Anmerkungen: In Bremen schließen die Daten zu 2007 die niedersächsischen Gebiete, die zu bremischen Arbeitsagenturbezirken gehören, mit ein und sind daher nur bedingt mit 2016 vergleichbar.

Im Jahr 2015 entspricht bei einer Reihe von Bundesländern die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der Zahl des Ausbildungsstellenangebots. Tatsächlich sind bei der Bundesagentur für Arbeit hier keine unbesetzten Ausbildungsplätze gemeldet. Bereits im Jahr 2009 fällt die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze und somit auch die Differenz zwischen neuen Ausbildungsverträgen und Ausbildungsstellenangebot bei den meisten Bundesländern gering aus. Die Anzahl schwankt zwischen drei unbesetzten Stellen in Mecklenburg-Vorpommern und 68 in Sachsen-Anhalt.

¹⁾ Neuverträge und bis 30.09. unbesetzt gebliebene, bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen.

²⁾ Neuverträge und unversorgte und alternativ eingemündete (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) Bewerber bei aufrecht erhaltenem Vermittlungswunsch.

³⁾ Wert konnte aus Datenschutzgründen nicht berichtet werden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (einschließlich Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.

Aufgrund des hohen Anteils anonymisierter Daten lässt sich die Entwicklung der ANR von 2009 bis 2015 nur für drei Bundesländer beschreiben. Die Bundesländer unterscheiden sich sowohl in der Entwicklungsrichtung als auch in der Stärke der Veränderung. In Nordrhein-Westfalen entspricht der leichte Rückgang der ANR von 92 auf 90 % der Tendenz in Deutschland insgesamt. Deutlich stärker verschärft sich in Mecklenburg-Vorpommern die Unterversorgung von Jugendlichen in Berufen für Menschen mit Behinderungen um 17 Prozentpunkte von 97 auf 80 %. Hier ist das Angebot an Plätzen stärker als die Nachfrage zurückgegangen. In Niedersachsen verbessert sich hingegen die ANR von 76 auf 85 %. Die Verbesserung geht allerdings nicht auf eine Erhöhung der Angebote zurück. Vielmehr sinkt hier die Nachfrage stärker als das Angebot.

Neuverträge und Ausbildungsbereiche in Berufen für Menschen mit Behinderungen

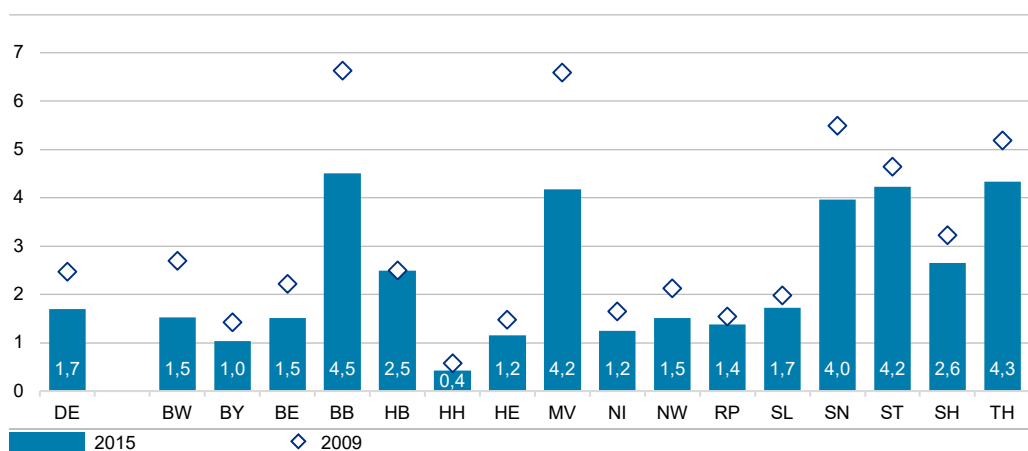
Die Zahl und der Anteil der Neuverträge in den Berufen für Menschen mit Behinderungen entwickelt sich ungefähr entgegengesetzt zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 183). Die wachsenden Anteile und Zahlen zwischen den 1990er-Jahren und dem Höhepunkt 2004 und 2007 gehen in etwa mit der zunehmenden Anspannung auf dem Ausbildungsmarkt einher. Mit der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zwischen 2007 und 2015 sinken

auch die Anzahl und der Anteil von Neuverträgen in den Berufen für Menschen mit Behinderungen (Tab. 4.2; Abb. 4.13). Die Bundesagentur für Arbeit spielt bei der Förderung dieser Ausbildungen eine zentrale Rolle. Es liegt der Schluss nahe, dass sich die Definition von Behinderung bei der Zuweisung von Jugendlichen zu Förderungen mit den konjunkturellen Bedingungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verschiebt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 183).

Des Weiteren liegen die Anteile der Neuverträge in diesen Berufen an allen Neuverträgen in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg (4,5 %), Mecklenburg-Vorpommern (4,2 %), Sachsen (4,0 %), Sachsen-Anhalt (4,2 %) und Thüringen (4,3 %) deutlich über dem Niveau der westlichen Bundesländer (Abb. 4.13). Das Spektrum reicht bei den westlichen Flächenländern von einem Anteil von 0,4 % in Hamburg bis zu 2,6 % in Schleswig-Holstein. Es ist möglich, dass sowohl unterschiedliche diagnostische Verfahren (vgl. Lehmann, Hoffmann 2009) als auch verschiedene politische Förderstrategien eine Ursache für den Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Ländern darstellen. Trotz des Rückgangs außerbetrieblicher, d. h. überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsplätze in den östlichen Ländern ist der Anteil außerbetrieblicher Ausbildung im Osten mit 6,2 % immer noch doppelt so hoch wie im Westen mit 2,6 % (Matthes u. a. 2017: 16, eigene Berechnung). Möglicherweise liegt bei den Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderungen eine ähnliche Strategie angesichts unterschiedlicher Arbeitsmarktsituationen vor. Neben konjunkturellen könnten also auch regionale Bedingungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt die Definition von Behinderung bei der Zuweisung von Jugendlichen zu Förderungen beeinflussen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 183).¹⁵

Umso kritischer ist zu bewerten, dass sich die ANR deutschlandweit zwischen 2009 und 2015 kaum verändert und sich die Unterversorgung von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sogar noch deutlich verstärkt hat. Denn bei der insgesamt etwas günstigeren Ausbildungsmarktsituation sollten sich zunehmend auch Jugendliche, die auf die Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderungen angewiesen sind, unter den Bewerbern für staatlich anerkannte Berufe befinden.

Abbildung 4.13 Anteil der Neuverträge in Berufen für Menschen mit Behinderungen (§ 66 BBiG/§ 42m HwO) an allen Neuverträgen nach Ländern 2009 und 2015 (in %)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Erhebung zum 30.09., eigene Berechnungen

¹⁵ Auch weisen im Jahr 2012 nur 38,9 % der Jugendlichen in diesen Berufen keinen Schulabschluss auf. Ein Anteil von 56 % verfügt im Jahr 2012 über einen Hauptschulabschluss (AGBB 2014, Tab. H3-27web).

In Deutschland besteht insgesamt ein hoher Anteil der Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen im Bereich Industrie und Handel (44 %) (Tab. 4.3A). Der Anteil von Ausbildungen im Handwerk liegt bei 26 %, in der Landwirtschaft bei 15 % und in der Hauswirtschaft bei 16 %. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern sehr ausgeprägt. Besonders hohe Anteile in Industrie und Handel weisen Hessen (57 %), Mecklenburg-Vorpommern (60 %) und Schleswig-Holstein (65 %) auf. Überproportional hohe Ausbildungsplatzanteile im Handwerk zeigen Baden-Württemberg (41 %), Hamburg (42 %) und Sachsen-Anhalt (46 %). Starke Anteile in der Landwirtschaft finden sich im Saarland (34 %), in Niedersachsen (21 %) und Rheinland-Pfalz (21 %). Besonders hohe Anteile in der Hauswirtschaft bestehen in Hamburg (37 %), wo Ausbildungsplätze in Industrie und Handel keine Rolle bei Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen spielen. Je nachdem, wo Jugendliche in Deutschland wohnen, findet sich somit auch ein nach Ausbildungsbereichen unterschiedliches Angebot.

Zusammenfassend ist in Bezug auf die Berufe für Personen mit Behinderung kritisch zu bewerten, dass trotz eines deutlichen Rückgangs der Nachfrage nach diesen Ausbildungsplätzen eine umfassende Versorgung der Jugendlichen, die diese Ausbildungsberufe anstreben, nicht gewährleistet ist. Die Jugendlichen bleiben somit doppelt benachteiligt, sowohl in Bezug auf ein institutionell eingeschränktes Spektrum von Sonderberufen als auch in Bezug auf den Grad der Versorgung. Diese doppelte Benachteiligung variiert zwischen den Ländern – vor allem zwischen östlichen und westlichen Ländern.

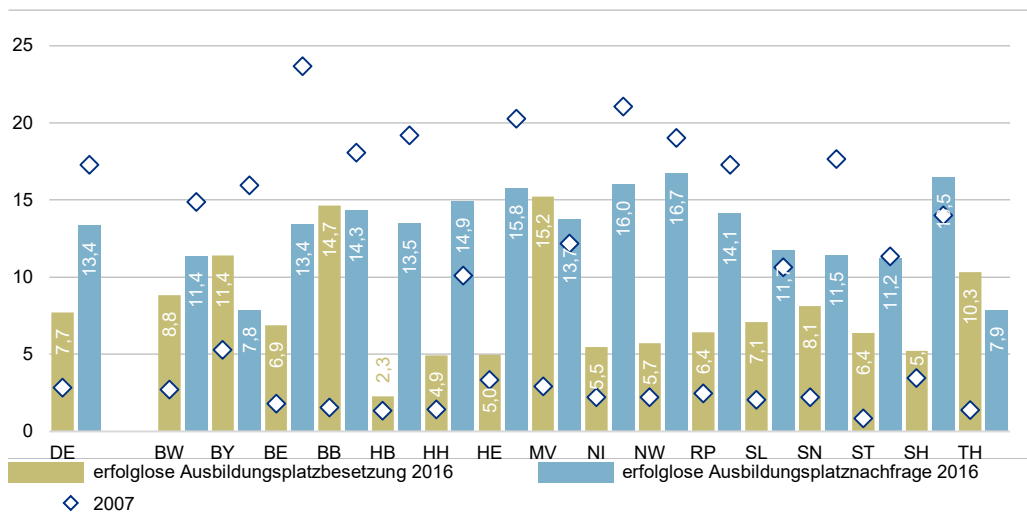
4.2.4 Unbesetzte Stellen und unvermittelte Bewerber

Die Gegenüberstellung von unbesetzten Ausbildungsstellen und unvermittelten Bewerbern gibt Aufschluss über regionale oder berufliche Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt: bei den unbesetzten Ausbildungsplätzen aus der Perspektive der Betriebe, bei den unvermittelten Bewerbern aus der Perspektive der ausbildungssuchenden Jugendlichen.

Zwischen 2007 und 2016 hat sich das Ausmaß erfolgloser Ausbildungsplatznachfrage zwar in fast allen Ländern verringert, ohne aber in den meisten Ländern das Problem gelöst zu haben oder gar durchgängig in ein Übergewicht unbesetzter Stellen umgeschlagen zu sein (Abb. 4.14).

Mit Ausnahme von Bayern, wo 2016 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen diejenige der noch zu vermittelnden Bewerber nicht unbeträchtlich übersteigt (Tab. 4.4A), bleibt in den übrigen westlichen Bundesländern ein Überhang der unvermittelten Bewerber gegenüber den unbesetzten Ausbildungsstellen bestehen, der relativ wie absolut am stärksten in den großen Flächenländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu Buche schlägt. Etwas anders verhält es sich in den ostdeutschen Ländern, wo in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen die Zahl der unbesetzten Stellen die der noch unvermittelten Bewerber leicht übersteigt oder in Sachsen und Sachsen-Anhalt nur geringfügige Überhänge der noch zu vermittelnden Jugendlichen bestehen. Beides verweist auf Angebotsengpässe bei den Ausbildungsbewerbern in den neuen Ländern.

Abbildung 4.14 Erfolgreiche Ausbildungsplatzbesetzung und erfolglose Ausbildungsplatznachfrage nach Ländern 2007 und 2016 (in %)



Anmerkungen: Erfolgreiche Ausbildungsplatzbesetzung = unbesetzte Ausbildungsstellen / (unbesetzte Ausbildungsstellen + neue Ausbildungsverträge)

Erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage = unvermittelte Bewerber (mit und ohne Alternative) / (unvermittelte Bewerber + neue Ausbildungsverträge)

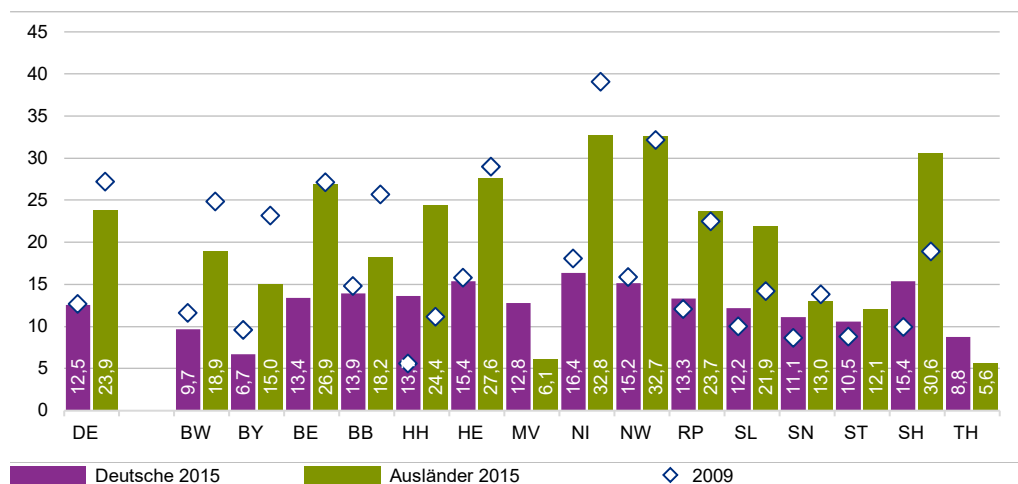
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik), Berechnungen des BIBB (Tabelle 60 der BIBB-Erhebung zum 30.09., Datenstand: 12.12.2016), zusätzliche eigene Berechnungen

Geschlechtsspezifische Differenzen sind hierbei begrenzt und beziehen sich nur auf einige ostdeutsche Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen), wo Frauen etwas mehr zu den unvermittelten Bewerbern zählen (Tab. 4.5A)

Erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage nach Staatsangehörigkeit

In Deutschland ist im Jahr 2015 die Wahrscheinlichkeit, zu den erfolgreichen Bewerbern zu gehören, für Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 24 % fast doppelt so hoch wie für Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit (Abb. 4.15; Tab. 4.6A). Diese zählten zu 12,5 % zu den erfolgreichen Bewerbern. Hier zeigen sich seit 2009 nur leichte Verbesserungen. Das Risiko, zu den unvermittelten Bewerbern zu gehören, ist bei Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 27 auf 24 % zurückgegangen. Lag die Quote der Unvermittelten 2009 also um das 2,1-Fache höher, liegt sie heute immer noch um das 1,9-Fache höher.

Abbildung 4.15 Erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage nach Staatsangehörigkeit und Ländern 2009 und 2015 (in %)



Anmerkungen: Fehlende Werte im Jahr 2009 für Deutsche in Berlin, Ausländer in Sachsen-Anhalt, beide Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen resultieren aus Anonymisierungen bei den unvermittelten Bewerbern.

Erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage = unvermittelte Bewerber (mit und ohne Alternative) / (unvermittelte Bewerber + neue Ausbildungsverträge zum 31.12.)

Im Unterschied zu vorigen Berechnungen zur erfolgreichen Ausbildungsplatznachfrage wurde hier die Berufsbildungsstatistik zum 31.12. statt die Erhebung zum 30.09. herangezogen, denn die Erhebung zum 30.09. enthält keine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit.

Neuverträge werden in der Berufsbildungsstatistik bisher nur bis 2015 berichtet.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Ausbildungsstellenmarkt, Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen – Zeitreihen 2008/09 bis 2012/13 und 2011/12 bis 2015/16.; „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.); eigene Berechnungen

Das Ausmaß der Ungleichheit unterscheidet sich stark zwischen den Bundesländern: Starke Ungleichheiten finden sich in den westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in denen der Anteil der erfolgreichen Bewerber unter den ausländischen Bewerbern doppelt so hoch ausfällt wie unter den deutschen (Abb. 4.15), wobei in Bayern die Quote der erfolgreichen Ausbildungsplatzbewerber halb so groß ist wie in den anderen genannten Ländern.

4.3 Vollzeitschulisches Angebot

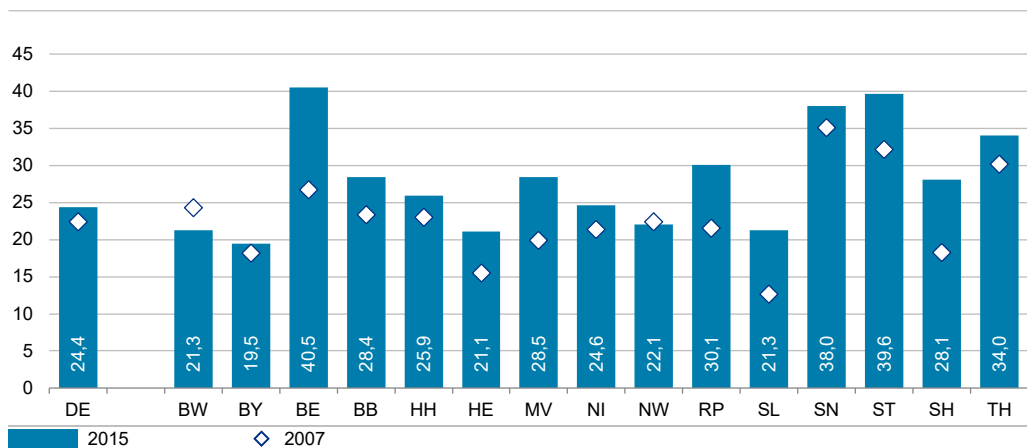
Anders als beim dualen Berufsbildungssystem lassen sich beim Schulberufssystem Angebot und Nachfrage nicht abbilden. Um dennoch Entwicklungen im Schulberufssystem nachzuzeichnen und ländervergleichend darzustellen, werden die Anfänger in den entsprechenden vollzeitschulischen Bildungsgängen als „realisiertes Angebot“, relativiert an der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter im jeweiligen Bundesland, dargestellt (vgl. Glossar). Auf diese Weise kann zumindest das Angebot relativ zur Gruppe potenzieller Nachfrager abgebildet und damit ein Bild über eher engere oder breitere Ausbildungsmöglichkeiten in einem Bundesland gezeichnet werden.

Wird das vollzeitschulische Angebot im Verhältnis zu dem Durchschnitt der 16- bis 21-Jährigen eines Bundeslandes gesetzt, zeigen sich deutliche Varianzen zwischen den Bundesländern, die ein bislang stabiles Muster mit deutlich höheren Quoten in den ostdeutschen Flächenländern und erheblich niedrigeren Quoten in den westdeutschen Flächenländern und Stadtstaaten partiell auflösen (Abb. 4.16). Berlin weist mit einem vollzeitschulisch realisiertem Angebot von knapp 41 % und einem Anstieg um 14 Prozentpunkte seit 2007 die höchste Quote und ihren stärksten Anstieg aus. Daneben haben

die drei ostdeutschen Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit einem realisierten vollzeitschulischen Angebot zwischen 34 und 40 % immer noch die höchsten Quoten. Die westdeutschen Flächenländer – mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein – weisen eine realisierte Angebotsquote zwischen 20 und 25 % auf.¹⁶

Zahlenmäßig hat sich das absolute Angebot an vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen seit 2007 zwar in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 22 % in Mecklenburg-Vorpommern und 34 % in Sachsen verringert, dennoch entsteht eine relative Verbesserung der hier betrachteten Angebotsquote aufgrund einer im Vergleich zu der Entwicklung an Ausbildungsplätzen im Schulberufssystem stärkeren Abnahme der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter: In den ostdeutschen Bundesländern hat sich der Durchschnitt der 16- bis 21-Jährigen von 2007 bis 2015 zwischen 39 % (in Sachsen) und 46 % (in Mecklenburg-Vorpommern) stark verringert (Tab. 4.7A).

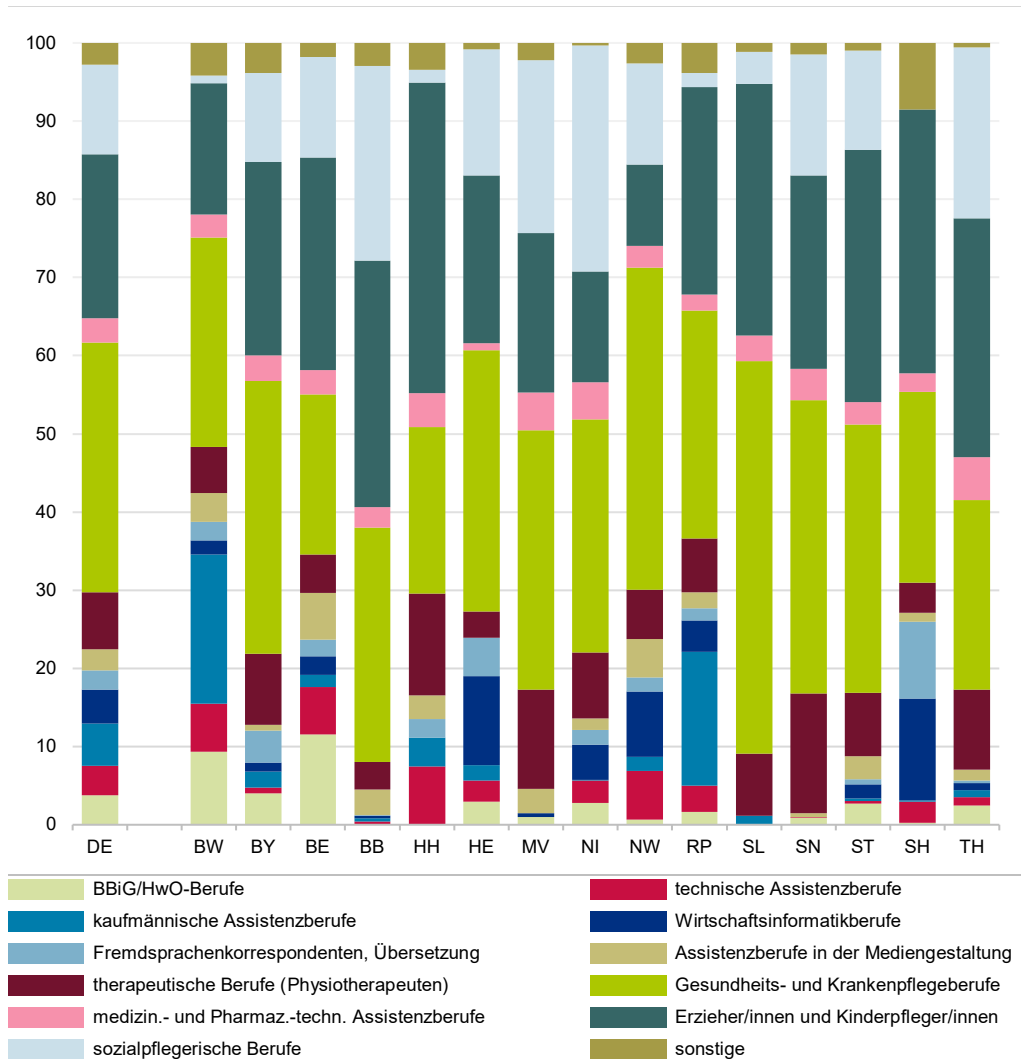
Abbildung 4.16 Realisiertes vollzeitschulisches Angebot an Ausbildungsplätzen nach Ländern 2007 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung; Zensus 2011; eigene Berechnungen

Die Zusammensetzung des Schulberufssystems nach Berufen bzw. Berufsgruppen zeigt beträchtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, vor allem zwischen den ost- und westdeutschen, allerdings auch innerhalb der westlichen Bundesländer. Fasst man die personenbezogenen Dienstleistungsberufe des Gesundheits- und Pflege- (einschließlich Sozialpflege) sowie des Erziehungsbereichs zusammen, dann wird das vollzeitschulische Angebot in den östlichen Bundesländern 2015 zu annähernd 90 % von diesen Berufen ausgefüllt; technische und kaufmännische Assistenz- und BBiG-/HWO-Berufe spielen so gut wie keine Rolle (Abb. 4.17; Tab. 4.8A). Diese Berufe nehmen aber in der Mehrheit der westdeutschen Länder etwa ein Drittel der Neuzugänge im Schulberufssystem ein, wobei Hamburg, Bayern, Niedersachsen und das Saarland sich eher der Größenordnung der ostdeutschen Länder annähern. Die in Abbildung 4.17 dargestellte Ausdifferenzierung nach Berufen bzw. Berufsgruppen wird durch diejenige nach Schulformen, die auch in Zeitreihe vorliegen, bestätigt (Abb. 4.1A).

¹⁶ Im Gegensatz zur Datenaufbereitung in Abschnitt 3.2 (Abb. 3.2), in der die relativen Anteile der in die drei Sektoren der beruflichen Ausbildung Einmündenden berichtet werden und in dem die Entwicklung der Proportionen zwischen den drei Sektoren im Zentrum der Betrachtungen steht, werden hier die absoluten und relativen Entwicklungen des Schulberufssystems insgesamt sowie nach Schulformen und Berufsgruppen betrachtet. Die hier berichteten Daten stehen damit keinesfalls im Widerspruch zu den Aussagen und Daten in Abschnitt 3.2.

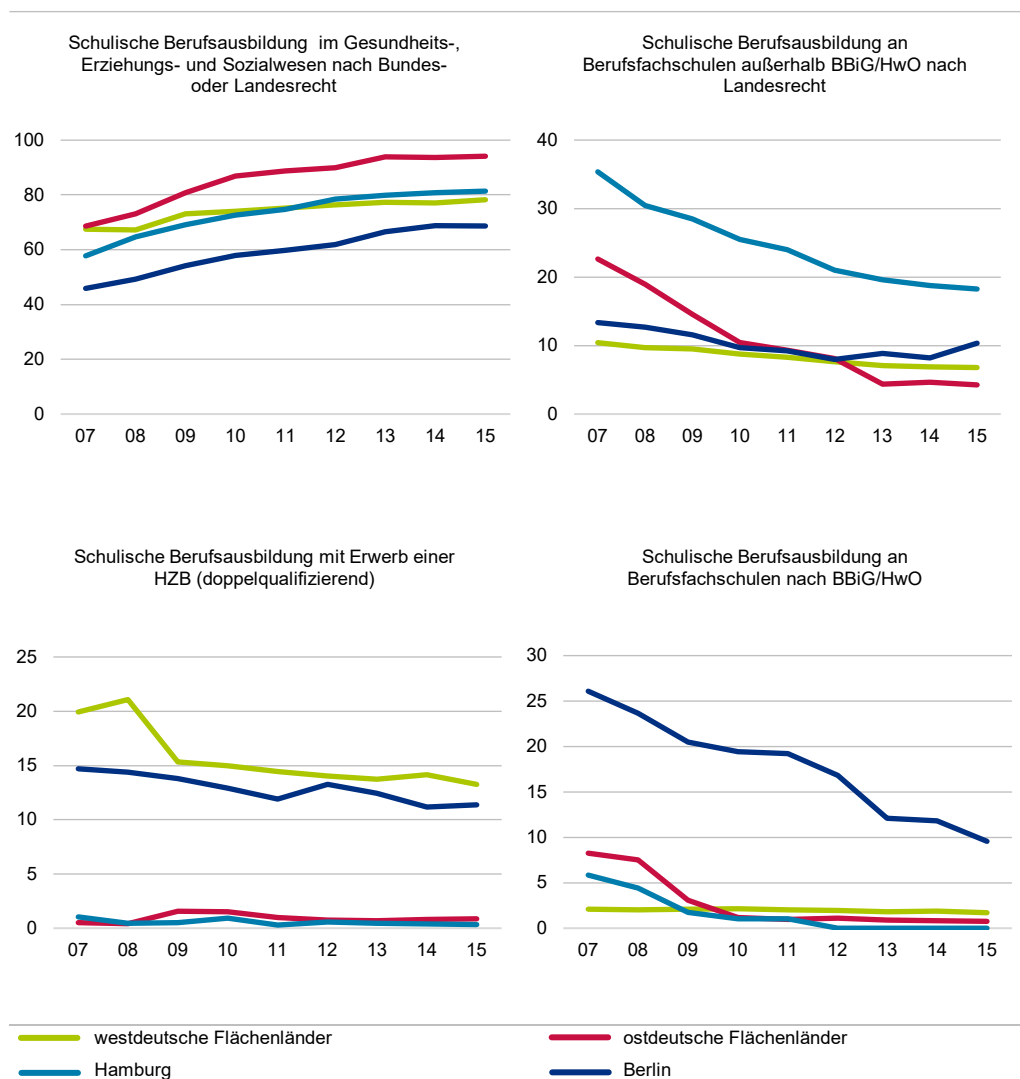
Abbildung 4.17 Verteilung der Auszubildenden im ersten Schuljahr des Schulberufssystems nach Berufsgruppen und Ländern 2015 (in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 2, eigene Berechnung

Schulformspezifische Betrachtungen¹⁷ zeigen deutliche Verschiebungen innerhalb der Länder auf. Stark abgebaut hat sich das Angebot an Ausbildungsplätzen an Berufsfachschulen sowohl nach BBiG/HwO als auch außerhalb BBiG/HwO (Abb. 4.1A). Ausbildungsstrukturell signalisieren die Entwicklungen der letzten Jahre und die aktuelle berufsstrukturelle Zusammensetzung des Schulberufssystems, dass sich der gesamte vollzeitschulische Sektor in den Flächenländern auf dem Weg in ein beruflich eingegrenztes Spektrum der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe befindet (Abb. 4.18). Dieser Trend ist jedoch in den ostdeutschen Flächenländern fortgeschrittener als in den westdeutschen und in den Stadtstaaten, dort jedoch auch deutlich erkennbar. Inzwischen entfallen zwischen knapp 70 % (Berlin) und 94 % (ostdeutsche Flächenländer) der Ausbildungsplätze im Schulberufssystem auf diesen Bereich.

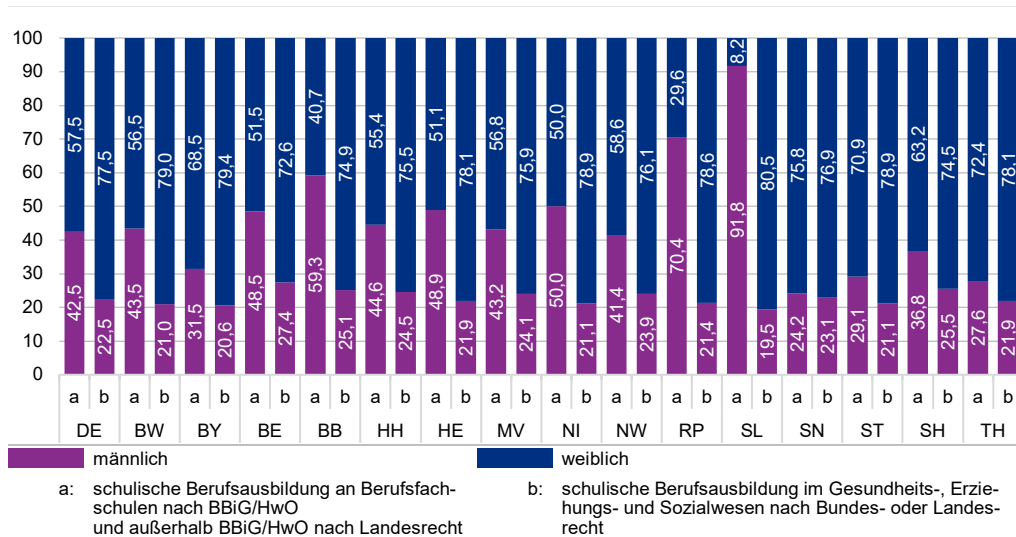
¹⁷ Aufgrund der Umstellung der Klassifikation der Berufe können die Daten der Fachserie 11 Reihe 2 nicht nach einer zehnjährigen Zeitreihe ausgewertet werden. Die Betrachtung der Entwicklung des Schulberufssystems erfolgt deshalb unter Nutzung der sektorenspezifischen Daten der iABE.

Abbildung 4.18 Verteilung der Neuzugänge auf die Schulformen des Schulberufssystems 2007 bis 2015 (in %)



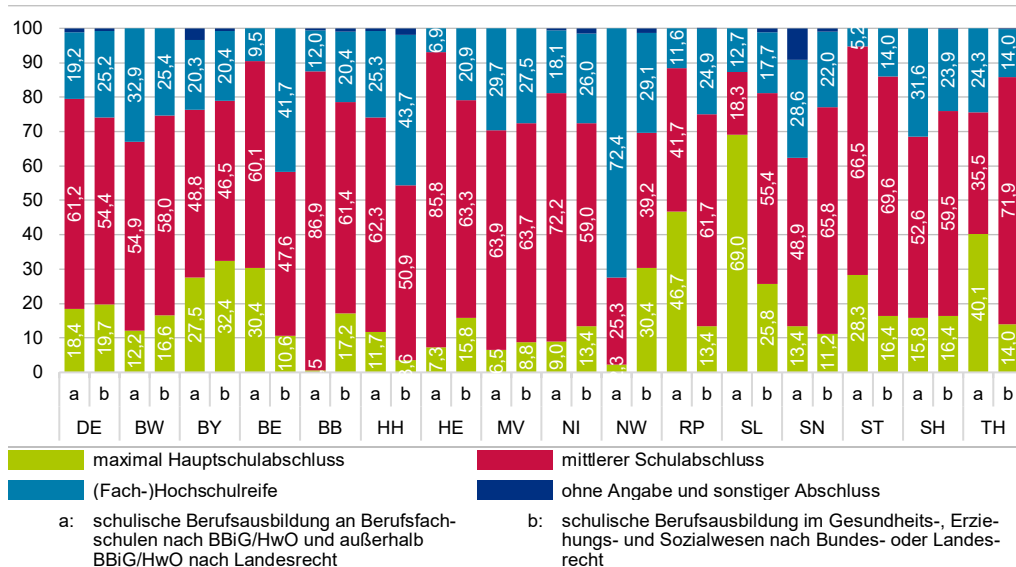
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Die Differenzierung des vollzeitschulischen Angebots nach sozialstrukturellen Aspekten wie Geschlecht (Abb. 4.19) und Vorbildungsniveau (Abb. 4.20) sowie dem relativen Anteil von Ausländern (Abb. 4.21) verdeutlichen ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Dass mehrheitlich Frauen das Angebot im Schulberufssystem wahrnehmen, ist vor allem den dominierenden Angeboten in den Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen geschuldet. In den Berufen nach BBiG/HwO und den Berufen außerhalb BBiG/HwO, den sogenannten Assistenzberufen, liegt der Männeranteil in den westdeutschen Flächenländern zwischen 32 % (Bayern) und 92 % (Saarland), in den ostdeutschen Flächenländern niedriger zwischen 24 % (Sachsen) und 59 % (Brandenburg). In den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg werden knapp die Hälfte dieser Ausbildungsangebote von Männern belegt.

Abbildung 4.19 Einmündung in die Sektoren des Schulberufssystems nach Geschlecht und Ländern 2015 (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

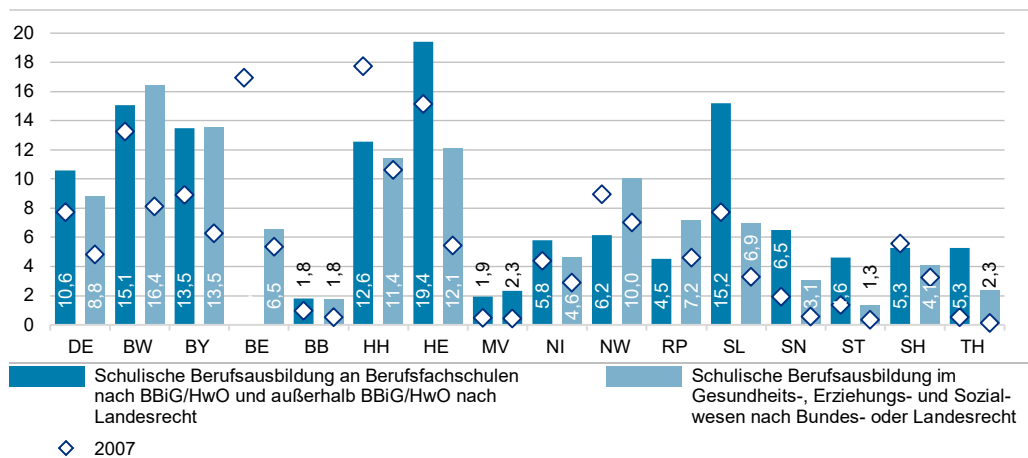
Für die meisten Berufe im Schulberufssystem ist mindestens ein mittlerer Schulabschluss erforderlich. Ausnahmen stellen hierbei die Berufe nach BBiG/HwO und die sogenannten Helferberufe in den Bereichen Soziales, Erziehung und Gesundheit dar, da diese ein direktes Alternativangebot zum dualen System bilden. Auffällig sind in diesem Zusammenhang vor allem die westdeutschen Flächenländer Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie das ostdeutsche Bundesland Thüringen, da dort ca. jeder zweite Auszubildende über maximal einen Hauptschulabschluss verfügt. Auch die Neuzugänge in der schulischen Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen in Nordrhein-Westfalen verfügen mit ca. 30 % überdurchschnittlich häufig über maximal einen Hauptschulabschluss (vgl. Abs. 3.2).

Abbildung 4.20 Einmündung in die Sektoren des Schulberufssystems nach Vorbildungsniveau nach Ländern 2015 (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Der Anteil von Ausländern im Schulberufssystem unterscheidet sich zwischen den Ländern deutlich und ist im Zusammenhang mit der demografischen Struktur der Bundesländer zu sehen. Generell ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer gering ausgeprägt, was dann auch zu einem niedrigeren Anteil der Personen mit Ausländerstatus im Schulberufssystem führt. Demgegenüber sind die Anteile von einmündenden ausländischen Auszubildenden in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen – bei einem deutlich höheren Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – überdurchschnittlich hoch. Lediglich in den BBiG-/HwO-Berufen in Baden-Württemberg sowie den Berufen außerhalb BBiG/HwO in Hessen zeigen sich Ausreißer, die auf eine Kompensation der Benachteiligung auf dem betrieblichen Ausbildungsmarkt hindeuten können.

Abbildung 4.21 Einmündung von Deutschen und Ausländern in die Sektoren des Schulberufssystems nach Ländern 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

4.4 Berufliche Segmentation in der Einmündung in die duale Ausbildung

Berufen kommt eine unterschiedliche Wertigkeit zu, die ihren Ausdruck findet in den mit ihnen verbundenen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktchancen und auch biografischen Perspektiven sowie gesellschaftlicher Teilhabe. Insofern werden schon mit der Einmündung in eine qualifizierte Berufsausbildung folgeschwere Weichen für das weitere Berufsleben gestellt, die im Einzelfall im Laufe des Berufslebens zwar revidierbar sind, in der Regel aber nur mit hohem Aufwand. Ob und wie sich diese beruflichen Segmentationen nach Ländern unterscheiden, wird im Folgenden nach Schulabschluss für unterschiedliche Gruppen von Ausbildungsanfängern erörtert. Hierfür wird die Segmentations-Skala der Berufe nach Vorbildungsniveau herangezogen, die im Rahmen des nationalen Bildungsberichts entwickelt worden ist (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 111).

Die Skala zur sozialen Segmentation der Ausbildungsberufe nach Vorbildungsniveau ist von einer systemischen Perspektive her konstruiert. Sie reflektiert das Ergebnis der mit dem Übergang in eine duale Ausbildung verbundenen Selektionsprozesse bei den Berufen nach dem Vorbildungsniveau der Neuzugänge im bundesweiten Gesamttaggregat. Die Selektionsstruktur der Berufe nach Vorbildungsniveau lässt sich als Resultat der Aushandlungsprozesse zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen betrieblichen Ent-

scheidungen und individuellen Wahlparametern unterschiedlicher Schulabsolventengruppen verstehen. Das verleiht der Selektionsstruktur eine gewisse Variabilität nach den räumlichen und zeitlichen Bedingungen, unter denen die Aushandlungsprozesse stehen. In einer 20-jährigen Beobachtung erwies sich diese Variabilität aber im Gesamtaggregat als sehr gering: Es gab in der beruflichen Zusammensetzung der vier Skalensegmente kaum Veränderungen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 110 ff.), obwohl in diesem Zeitraum starke Verschiebungen in der Struktur der Schulabsolventen zugunsten höherer Bildungsabschlüsse stattgefunden hatten.

Die Segmentationsskala ist wie folgt definiert:

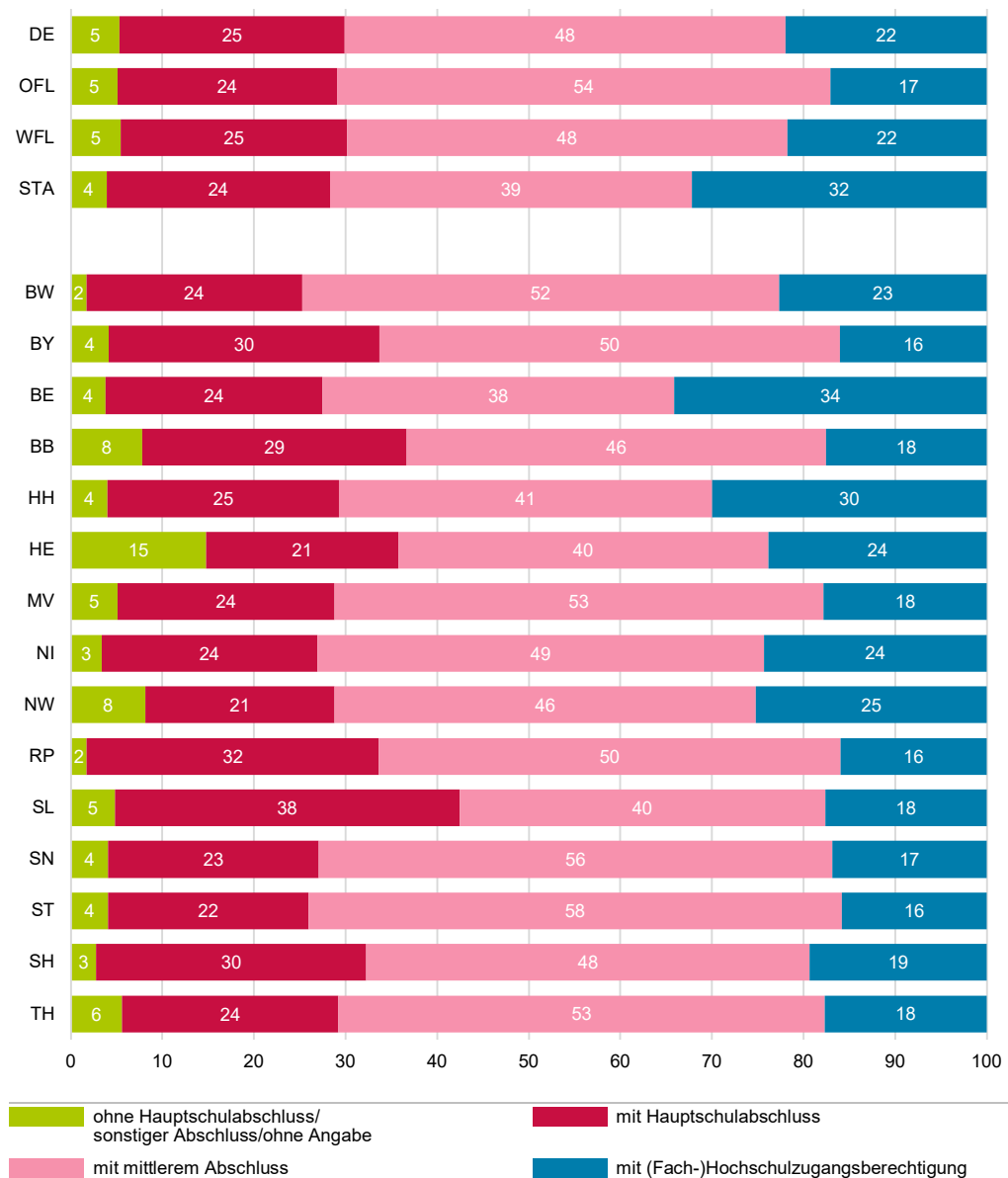
Segmentationsskala für Ausbildungsberufe nach Vorbildungsniveau

Oberes Segment:	≥ 50 % mit (Fach-)Hochschulabschluss
Obere Mitte:	≥ 75 % mit mindestens mittlerem Abschluss
Untere Mitte:	< 75 % mit mindestens mittlerem Abschluss
Unteres Segment:	≥ 50 % mit maximal Hauptschulabschluss

Die räumliche Variabilität nach Regionen ist bisher nicht systematisch geprüft worden. Wenn man aber davon ausgeht, dass sich betriebliche wie auch individuelle Entscheidungen auf die sozioökonomischen Kontextbedingungen beziehen und die Bildungsniveaus der Schulabsolventen zwischen den Regionen differieren, müsste die räumliche Varianz der Segmentationsskalen beträchtlich sein. Diese soll im Folgenden aufgegriffen werden. Vor dem theoretischen Hintergrund räumlicher Varianz der Segmentationsskala wird jetzt gefragt, welche beruflichen Chancen die Neuzugänge zur dualen Ausbildung nach ihren jeweiligen Schulabschlüssen haben, d. h. in welches Segment sie einmünden. Dafür werden die jährlichen Neuzugänge je Bundesland in drei Qualifikationsgruppen aufgeteilt: Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss, mit mittlerem Abschluss und mit Hoch-/Fachhochschulreife. Für die Neuzugänge jeder Gruppe wird ausgewiesen, zu welchen Anteilen sie sich auf die vier Segmente der Qualifikationsskala verteilen.

Die Struktur der Neuzugänge ins duale System nach Vorbildungsniveau spiegelt bis zu einem gewissen Grad die unterschiedlichen Anteile der verschiedenen Schulabschlüsse in den Ländern. In den Ländern, die eine hohe Quote von Hochschulzugangsberechtigten an der Alterskohorte haben, finden sich auch bei den Neuzugängen zur dualen Ausbildung größere Anteile mit Studienberechtigung: Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen (vgl. Kap. 2), ohne dass sich damit aber zugleich auch die niedrigsten Quoten von Neuzugängen mit maximal Hauptschulabschluss verbänden. Sowohl die Neuzugänge mit mittlerem als auch die mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss differieren zwischen den Ländern. Zwar ist entsprechend dem Bundesdurchschnitt in allen Ländern der mittlere Abschluss der häufigste unter den Neuzugängen, aber die Unterschiede zwischen den Ländern sind durchaus auffällig und schwanken zwischen 58 % (Sachsen-Anhalt) und 38 % (Berlin). Ebenfalls hohe Differenzen zeigen sich bei den Neuzugängen mit Hauptschulabschluss, die zwischen 38 % im Saarland und 21 % in Nordrhein-Westfalen variieren (Abb. 4.22; Tab. 4.9A). Man kann davon ausgehen, dass sich in diesen Unterschieden in erster Linie die Schulpolitik der Länder spiegelt.

Abbildung 4.22 Neuzugänge zu dualer Ausbildung nach Vorbildungsniveau und Ländern 2015 (in %)

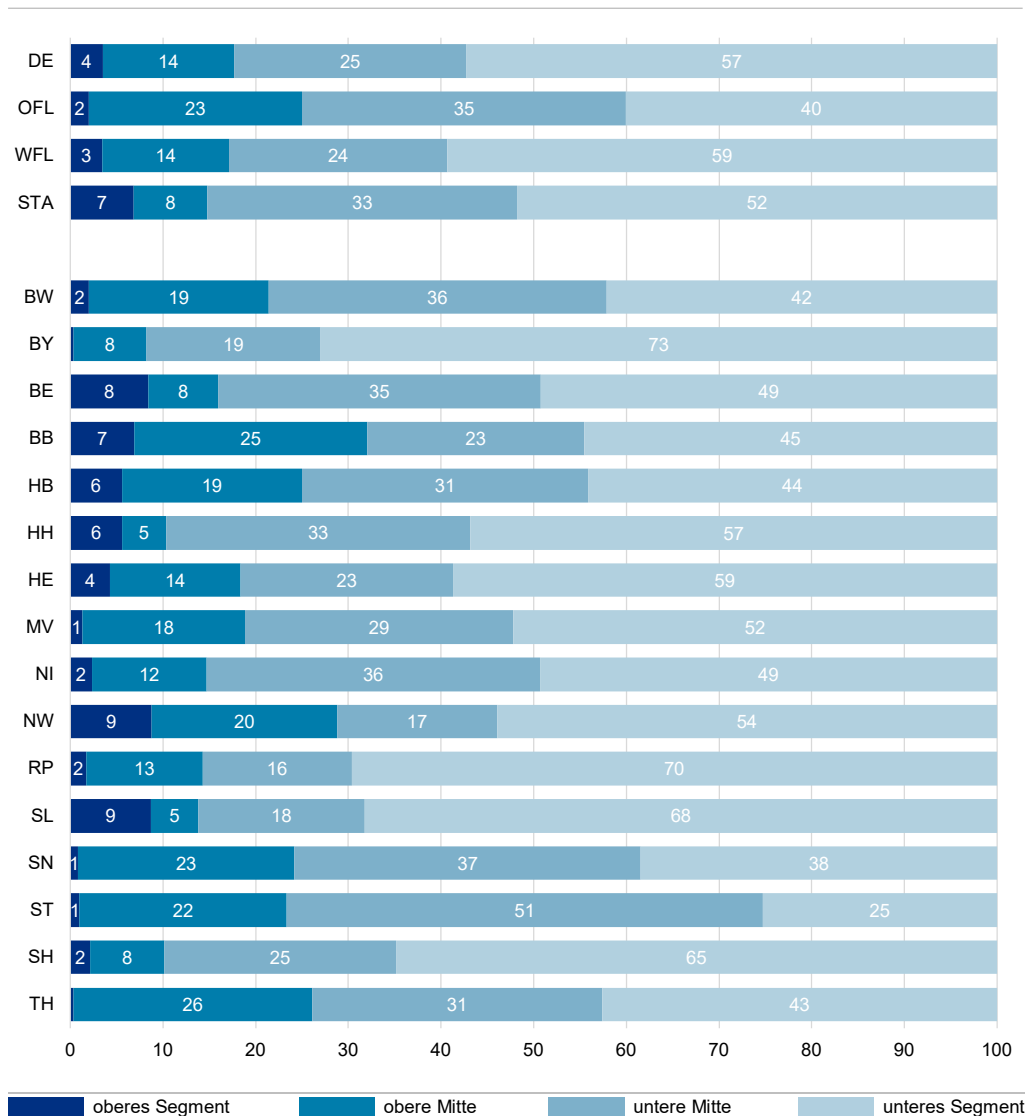


Anmerkung: Durch Rundungen kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Es ist wenig überraschend, dass in allen Ländern der größte Teil der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss im unteren Berufssegment landet, das in der Regel die ungünstigsten Berufsperspektiven bietet. Auffällig sind aber die großen Differenzen zwischen den Ländern. So stechen Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein mit jeweils mehr als 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegenden Quoten hervor – Bayern sogar mit 20 Prozentpunkten (Abb. 4.23; Tab. 4.10A).

Abbildung 4.23 Neuzugänge von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss im dualen System 2015 nach Berufssegmenten und Ländern (in %)



Anmerkung: Werte < 1 % sind nicht beschriftet.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik, eigene Berechnungen

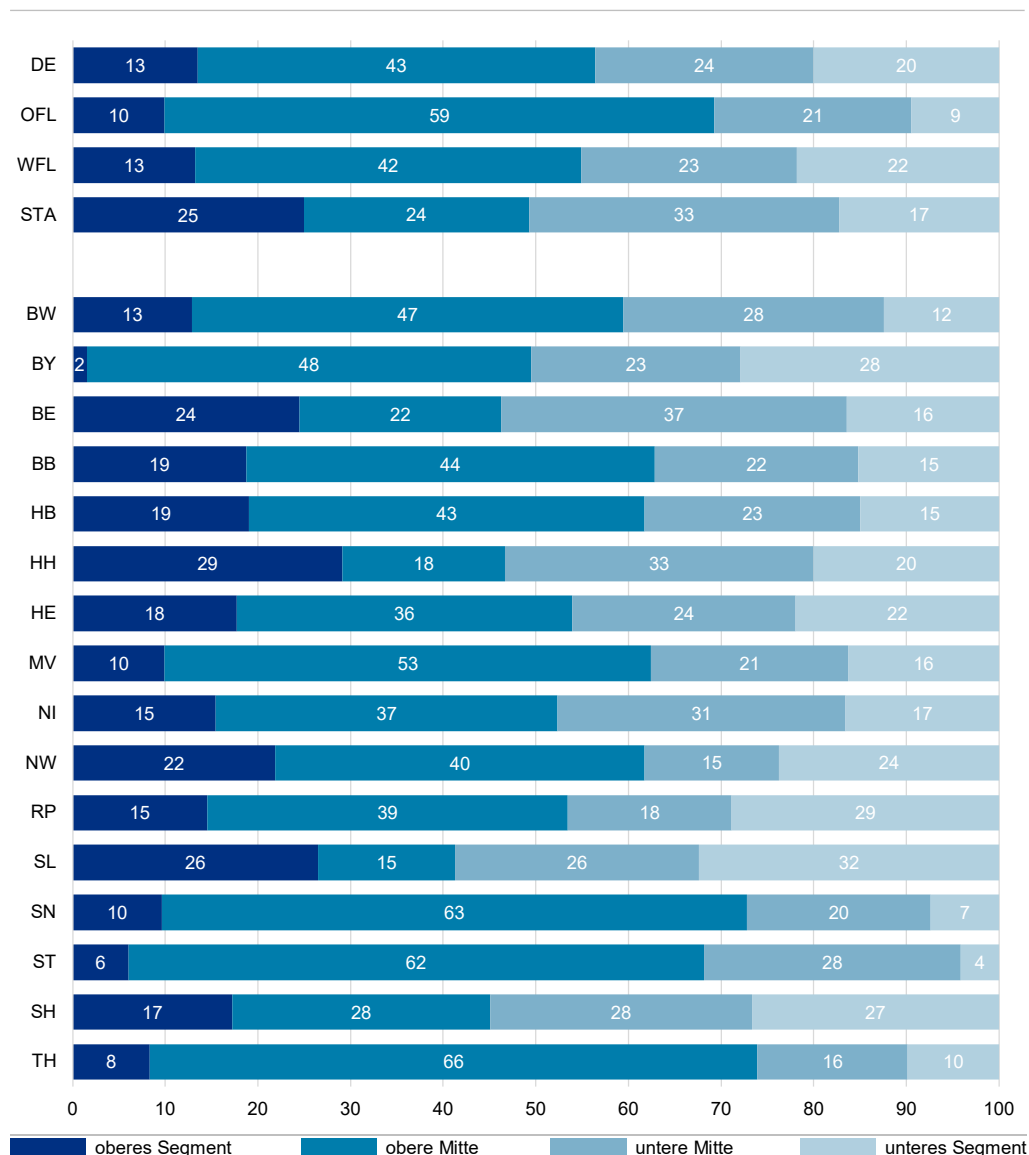
Man kann diesen Befund in zwei Richtungen interpretieren: zum einen dahingehend, dass hier Hauptschulabsolventen überhaupt in eine Ausbildung gelangen; zum anderen aber, dass ihnen in diesen Ländern wenig andere Berufsperspektiven offenstehen. Durchgängig zeigt sich hier ein deutliches Gefälle zwischen West und Ost: In den ostdeutschen Ländern ist der Anteil von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss, die im unteren Berufssegment landen, deutlich niedriger als in den westdeutschen (im Verhältnis 40 % zu 60 %). Allerdings geht die Varianz zwischen den Ländern nicht im Ost-West-Gefälle auf. Die Unterschiede innerhalb der jeweiligen Ländergruppe sind im Extrem größer als zwischen den beiden Ländergruppen, so etwa zwischen Bayern (73 %) und Bremen (44 %) oder zwischen Mecklenburg-Vorpommern (54 %) und Sachsen-Anhalt (25 %).

Dass es für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss aber auch günstigere Ausbildungsperspektiven – mit hoher Varianz zwischen den Ländern – gibt, lässt sich zeigen, wenn man die Einmündung der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in die anderen Berufssegmente betrachtet. Insbesondere die Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss in die beiden obersten Segmente (oberes Segment und obere Mitte), die im Bundesdurchschnitt 18 %, in den östlichen Ländern aber ein Viertel ausmachen, signalisieren, dass die berufliche Segmentation nicht hermetisch ist. Zu den Ländern mit den relativ günstigeren beruflichen Perspektiven zählen noch Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen. Auf der anderen Seite bieten die beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit ihren stark von Dienstleistungen geprägten Arbeitsmärkten die geringsten beruflichen Entwicklungschancen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss (Abb. 4.23; Tab. 4.10A).

Die Verteilungen der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss machen etwas sichtbar, was in der berufsbildungspolitischen Diskussion oft vernachlässigt wird: dass es auch für die Jugendlichen am unteren Rand der Bildungsskala perspektivenreiche Ausbildungsberufe in beträchtlicher Zahl gibt, die damit gegebenen Chancen sich aber regional recht unterschiedlich verteilen. Auf den ersten Blick überraschend und erklärungsbedürftig erscheint vor allem, warum sich die Chancen für Hauptschulabsolventen in ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt so viel besser darstellen als in den westdeutschen.

Für die Hauptqualifizierungsgruppe des dualen Systems, die Jugendlichen mit mittlerem Abschluss, stellt sich die Frage, ob ihre berufliche Perspektive eher nach oben oder nach unten zeigt und wieweit dabei Länderdifferenzen eine Rolle spielen. Bundesweit mündet knapp die Hälfte der Gruppe (43 %) in die große Zahl der kaufmännischen und anspruchsvolleren gewerblich-technischen Berufe wie Kaufmann/-frau für Büromanagement, Hotelfachmann/-frau, Medizinische Fachangestellte/-r, Mechatroniker/-in, Elektroniker/-in oder Chemielaborant/-in. Im Durchschnitt mündet ein ebenso großer Anteil in die beiden unteren Segmente (44 %) und nur eine Minderheit von 13 % ins obere Segment ein (Abb. 4.24; Tab. 4.11A).

Abbildung 4.24 Neuzugänge von Jugendlichen mit mittlerem Abschluss im dualen System 2015 nach Berufssegmenten und Ländern (in %)

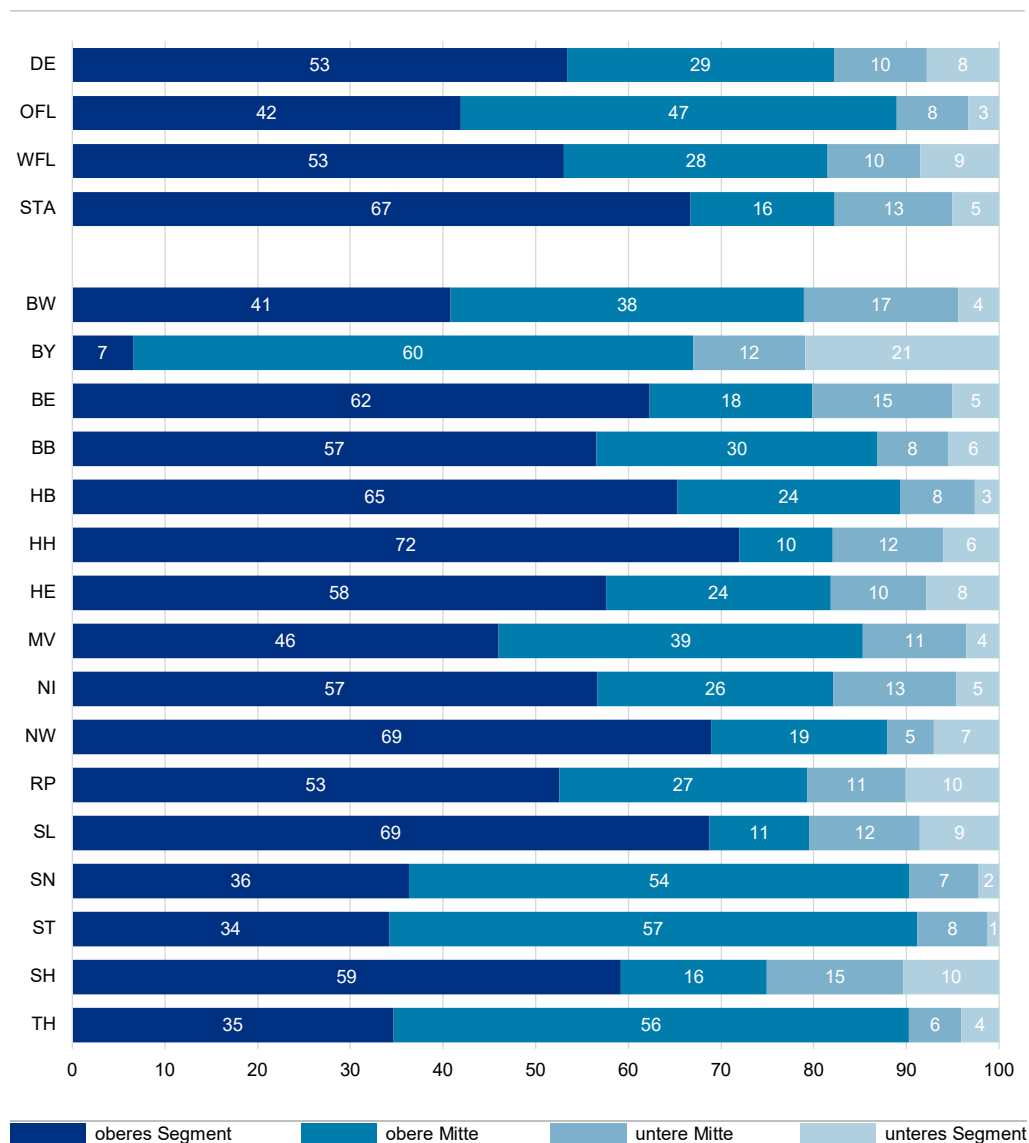


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik, eigene Berechnungen

Unterhalb der Gesamtebene zeigen sich gravierende Differenzen zwischen Ländergruppen und Ländern, die für das Schicksal des mittleren Abschlusses in der dualen Ausbildung aufschlussreich sind. In den ostdeutschen Flächenländern münden mit knapp 60 % fast ein Drittel mehr in die Berufen der oberen Mitte ein als in den westdeutschen Flächenländern (Abb. 4.24; Tab. 4.11A), in denen fast die Hälfte in den beiden unteren Segmenten landet, im Osten sind es gerade 30 %. Das heißt, dass im Osten der mittlere Abschluss einen deutlich höheren strategischen Stellenwert für das duale System hat als im Westen: Untere und obere Mitte repräsentieren im Osten 81 %, in den westlichen Flächenländern 65 % der Neuzugänge mit mittlerem Abschluss.

Ein noch einmal völlig anderes Bild zeigt sich in den Stadtstaaten: Ein Viertel der Neuzugänge gelangt ins obere Segment, ein weiteres Viertel in die obere Mitte, ein Drittel in die untere Mitte. Besonders interessant an dieser Verteilung auf die Segmente ist, dass sie in den Ländern mit den höchsten Anteilen von Hochschulzugangsberechtigten an Schulabsolventen stattfindet. Dieser Sachverhalt spricht gegen die Annahme einer Verdrängung der Jugendlichen mit mittlerem Abschluss durch solche mit Studienberechtigung. Es spricht vieles dafür, dass hier die starke Konzentration von qualifizierten Dienstleistungstätigkeiten am Arbeitsmarkt den Bedarf an schulisch besser qualifizierten Jugendlichen hat ansteigen lassen, sodass die Unternehmen stärker als in der Mehrheit der Flächenländer auf Absolventen mit mittlerem Abschluss für ihre qualifizierteren Berufe im kaufmännischen, IT- und Kommunikationsbereich zurückgreifen (müssen). In die gleiche Richtung verweisen Nordrhein-Westfalen und das Saarland, die den Relationen der Stadtstaaten nahe sind. Im Saarland und in Hamburg haben offensichtlich viele Berufe, die traditionell im Segment obere Mitte verortet waren, so viele Hochschulzugangsberechtigte angezogen, dass sie ins oberste Segment übergingen, während die obere Mitte stark ausgedünnt ist und auch noch nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts erreicht.

Die Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung sind die heute am stärksten unworbene Gruppe der Interessenten an einer dualen Ausbildung und konnten sich bisher zu einem großen Anteil im (obersten) Segment der attraktivsten Berufe platzieren. An diesem Sachverhalt hat sich offensichtlich wenig verändert: Über 80 % von ihnen münden im Bundesdurchschnitt entweder in das obere Segment (53 %) oder in die obere Mitte (29 %) ein (Abb. 4.25; Tab. 4.12A).

Abbildung 4.25 Neuzugänge von Jugendlichen mit (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im dualen System 2015 nach Berufssegmenten und Ländern (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik, eigene Berechnungen

Auch hier sind die Differenzen zwischen den Ländergruppen und Ländern aufschlussreich. Wiederum fällt die starke Differenz zwischen westlichen und östlichen Flächenländern auf: Im Osten münden nur 42 % der Hochschulzugangsberechtigten ins obere Segment ein, im Westen sind es 53 %. Gleichzeitig aber gelangen im Osten fast die Hälfte (47 %) der Studienberechtigten in die Berufe der oberen Mitte, im Westen nur 28 %. Zurückzuführen scheinen diese Differenzen vor allem auf die im Osten nachwirkenden Schultraditionen, die in die kaufmännischen Ausbildungen besonders häufig Absolventen mit mittlerem Abschluss aufgenommen haben. Die eigentliche regionale Differenz entsteht aber durch die Stadtstaaten, in denen im Schnitt zwei Drittel (67 %) der Studienberechtigten eine Ausbildung im oberen Segment beginnen und sich der Rest vor allem auf die obere (16 %) und untere Mitte (13 %) verteilt (Abb. 4.25). Es wirkt hier wahrscheinlich die gleiche Verbindung von stark durch Dienstleistungstätigkeiten geprägtem Arbeitsmarkt und überdurchschnittlich hohen Abiturientenquoten,

die schon für die Neuzugänge mit mittlerem Abschluss eine besondere Verteilung auf die Segmente zu begründen scheint. Die Konstellation der Stadtstaaten gilt auch hier für Länder wie Nordrhein-Westfalen und Saarland.

Das zu dieser Konstellation schwer erklärbare Gegenstück bildet Bayern, wo nur 7 % der Hochschulzugangsberechtigten im oberen Segment, der überwiegende Teil (60 %) in der oberen Mitte landet. Bayern als Flächenland zeichnet sich durch einen weit unterdurchschnittlichen Anteil von Abiturienten und eine gemischte Struktur des Arbeitsmarktes aus (vgl. Kap. 2), sodass vermutlich Ausbildungen, die in Ländern mit höheren Abiturientenquoten mit Studienberechtigten besetzt werden, hier Bewerber mit mittlerem Abschluss stärker offenstehen. Der völlig untypische und mehr als doppelt so hohe Anteil von Hochschulzugangsberechtigten im untersten Segment (21 %) dürfte vor allem auf Besonderheiten der Karrierewege in der bayerischen Automobilindustrie zurückzuführen sein. Ein Blick auf die Berufsstruktur dieser Gruppe weist hohe Anteile bei Einzelhandel- und Automobilkaufleuten sowie bei Kfz-Mechanikern auf.

4.5 Ungleiche Leistungsfähigkeit der Berufsbildung in den Bundesländern (Fazit)

Anders als im dritten Kapitel ist hier die Leistungsfähigkeit und die soziale Chancengerechtigkeit der Berufsausbildung nur an den beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren, der dualen Ausbildung und dem Schulberufssystem, geprüft worden. Beide Prüfdimensionen sind dadurch miteinander gekoppelt, dass das Ausmaß der Partizipation von Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen an einer Ausbildung von dem Ausbildungsplatzangebot abhängig ist, das im Fall des dualen Systems von Marktprozessen, im Fall des Schulberufssystems jedoch von politischen Entscheidungen der Länder bestimmt wird. Beide vollqualifizierenden Systeme stehen nur sehr begrenzt in Konkurrenz miteinander, da sie mehrheitlich jeweils andere Berufssegmente bedienen. Deswegen sind sie auch getrennt voneinander geprüft worden.

Für die duale Ausbildung zeigt sich an den herangezogenen Leistungsindikatoren der Ausbildungs- und der Ausbildungsbetriebsquote ein bundesweiter Abfall der Leistungsfähigkeit des Systems, weil beide Quoten im letzten Jahrzehnt deutlich zurückgehen. Dies geschieht bei steigenden Zahlen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sodass man zu dem Schluss kommen muss, dass das Beschäftigungswachstum des letzten Jahrzehnts nicht mehr ähnlich ausbildungsintensiv im Sinne der mittleren Fachkräfteausbildung war wie in der Vergangenheit.

Dieser allgemeine Trend zum Rückgang der Leistungsfähigkeit findet aber unterschiedlich starke Ausprägungen in den Ländern. Dabei verläuft die Hauptdifferenzierungslinie zwischen den west- und ostdeutschen Flächenländern. Im Osten halbiert sich die Ausbildungsquote in fast allen Ländern zwischen 2006 und 2015, in den westdeutschen Ländern reduziert sie sich um maximal 20 %. Die Abnahme der Ausbildungsbetriebsquote verläuft im Durchschnitt weniger stark als die Ausbildungsquote, bestätigt deren Verlauf aber in der Tendenz.

Man muss an dieser Stelle darauf eingehen, wie weit die Ausbildungsquote in jedem Fall als Leistungsindikator angesehen werden kann. Im Einzelfall muss man damit vorsichtig sein, da die Verringerung der Auszubildendenzahl in Relation zur Beschäftigtenzahl auf einen Mangel an Bewerbern zurückgehen kann. Im Durchschnitt eines Landes aber wird man immer dann, wenn das Bewerberangebot das Ausbildungsplatzangebot übersteigt, von einem betrieblichen Leistungsdefizit ausgehen können.

Im Fall der Hauptdifferenzierungslinie zwischen den Ländern ist die Sache auch eindeutig: Das Ausbildungsplatzangebot geht im Osten im letzten Jahrzehnt um 40 % zurück. Dies geschieht bei seit 2007 ansteigenden Beschäftigtenzahlen und ist offensichtlich verbunden mit strukturellen Effekten besonders stark rückläufiger Ausbildungsbeteiligung der Klein- und Kleinst- sowie der Großbetriebe. Es ist nicht ersichtlich, wie in einer stark kleinbetrieblich basierten Wirtschaft der mit Rückläufigkeiten unvermeidlich verbundene Abbau von Ausbildungsinfrastruktur kompensiert werden soll.

Nach Berufsgruppen betrachtet, zeigen die länderspezifischen ANR bei den gewerblich-technischen Berufen die stärksten Angebotsengpässe in den großen westdeutschen Flächenländern mit Ausnahme Bayerns, während die Engpässe bei den qualifizierten kaufmännischen Berufen in den westdeutschen Ländern durchgängig sind. Bei einem der begehrtesten Berufe junger Frauen, der medizinischen Fachangestellten, kulminieren die Angebotsengpässe bei einer durchschnittlichen Unterdeckung von 9 % in sehr verschiedenartigen Ländern wie Hamburg (–21 %), Hessen (–14 %) und Mecklenburg-Vorpommern (–14 %), was darauf verweist, dass in diesem Beruf länderspezifische Konstellationen eine große Rolle zu spielen scheinen.

Im Blick auf die Segmentationsskala nach Vorbildungsniveau betrifft die unzulängliche Versorgung von Jugendlichen und Arbeitsmarkt mit Ausbildungsangeboten in den westlichen Flächenländern vor allem eher die anspruchsvolleren Berufe. Demgegenüber steigt in der Mehrheit der Bundesländer das Angebot an den Berufen des untersten Segments (Ernährungshandwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, Bau) weiter über die Nachfrage hinaus an. Eine auffällige Ausnahme von dieser Tendenz stellen die Stadtstaaten bei den Ernährungshandwerks- und Gastronomieberufen, wo das Angebot deutlich hinter der Nachfrage zurückbleibt. Dies wirft die Frage auf, ob in Stadtstaaten, gegebenenfalls auch in anderen Ballungszentren, die Personalrekrutierungsstrategien der Unternehmen in diesen Dienstleistungsbereichen sich auf un- und angelernte Arbeitskräfte umgestellt haben. Sollte dies der Fall sein, müsste man mit einem Rückgang an Ausbildungsangeboten rechnen, die bisher besonders für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss offen standen.

Eine weitere Facette begrenzter Leistungsfähigkeit deutet sich bei den Berufen für Menschen mit Behinderungen an. Soweit diese überhaupt von den Ländern ausgewiesen werden, zeigen die ANR eine Unterdeckung des Angebots gegenüber der Nachfrage von 10 % (Nordrhein-Westfalen) bis 35 % (Hessen). Insgesamt ist die Rückläufigkeit der Neuverträge in Berufen für Menschen mit Behinderungen in den östlichen Bundesländern besonders groß, allerdings von einem höheren Ausgangsniveau ausgehend als im Westen.

Beim vollzeitschulischen Angebot zeigt sich zunächst wieder eine allgemeine Tendenz, die man als Leistungssteigerung im letzten Jahrzehnt interpretieren kann, die sich in einem Anstieg des realisierten Angebots ausdrückt. Verbunden ist diese Tendenz mit einer Verschiebung in den Berufsfeldern des Schulberufssystems: Durchgängig steigen die Anteile der Berufe des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens und nehmen diejenigen der Assistenzberufe in unterschiedlichen Feldern ab. Diese Verschiebungen haben in Ost- und Westländern ein unterschiedliches Gewicht. Im Osten führen sie zu einer Verengung des Berufsspektrums auf Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe, die 90 % des Gesamtangebots ausmachen. Mit dieser Verengung des Berufespektrums gehen zunehmend auch schulische Alternativen für Engpässe in technischen und kaufmännischen Berufen des dualen Systems verloren. Da zugleich auch das Volumen an vollzeitschulischen Ausbildungen in den BBiG-/HwO-Berufen zurückgegangen ist, tragen die Länder insgesamt kaum zur Kompensation von Engpässen im dualen System bei.

Von den strukturbezogenen Leistungsindikatoren lassen sich keine direkten Verbindungen zu den Merkmalen der sozialen Ungleichheit in der Ausbildungsbeteiligung

ziehen, und zwar nicht nur aus Gründen der Verfügbarkeit statistischer Daten. Bei der Berufsbildungsbeteiligung spielen neben dem Ausbildungsangebot viele andere (unbeobachtete) soziale Faktoren eine Rolle. Deswegen wurde hier die soziale Verteilungsgerechtigkeit mit der Repräsentanz von Ausbildungsanfängern unterschiedlicher Schulabschlüsse in den vier Segmenten der Skala der Ausbildungsberufe geprüft. Theoretisch begründet ist das Vorgehen damit, dass in Deutschland Schulabschlüsse stark mit anderen sozialen Merkmalen wie sozialem Status der Herkunftsfamilie oder Migrationshintergrund konfundiert sind. Die schulischen Vorbildungsniveaus sind in den drei Stufen maximal Hauptschulabschluss, mittlerer Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung differenziert. Sowohl zwischen als auch innerhalb der Bildungsniveaus wirken länderspezifische Differenzen.

Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss stellen zwar in allen Bundesländern den höchsten Anteil im untersten Berufssegment, aber mit stark unterschiedlichem Gewicht. In östlichen Ländern ist der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, die ins untere Berufssegment einmünden, deutlich niedriger (40 %) als in den westlichen Ländern (60 %), sodass ein Anteil von 25 % sogar in den beiden obersten Segmenten eine Ausbildung findet. Im Westen finden Hauptschulabsolventen noch am ehesten in Nordrhein-Westfalen und Bremen günstigere Berufsperspektiven. Umgekehrt ist Hauptschulabsolventen der Zugang zu den obersten Segmenten am stärksten in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit ihren fast reinen Dienstleistungsarbeitsmärkten und in Bayern versperrt. Im Lichte dieser Verteilungen stellt sich die Frage, wieweit die positivere Relation im Osten eher etwas mit der Angebotsseite oder mit unterschiedlichen Qualifikationsanforderungsniveaus der Nachfrageseite zu tun hat.

Auch für die beiden anderen Vorbildungsniveaus, den mittleren Abschluss und die Hochschulzugangsberechtigung, zeigen sich soziale Strukturierungen, die starke länderspezifische Ausschläge aufweisen und sichtbar machen, dass sich auch für diese besser gebildeten Gruppen die Berufsperspektiven regional erheblich ausdifferenzieren: In den ostdeutschen Flächenländern mündet mit 60 % fast ein Drittel mehr in den Berufen der oberen Mitte ein als in den westlichen Ländern. Jugendliche mit Studienberechtigung besitzen in den westlichen Ländern die besseren Berufsperspektiven im dualen System und münden mit 53 % ins obere Segment ein, während es im Osten nur 42 % sind; in den Stadtstaaten mit ihren besonders stark ausgeprägten Dienstleistungsarbeitsmärkten sind es sogar zwei Drittel (67 %).

Sieht man in den Stadtstaaten eine Art Prototyp künftiger Arbeitsmärkte, dann haben Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss nur noch marginale Chancen auf perspektivenreiche Berufe, während es keine Verdrängung von Ausbildungsanfängern mit mittlerem Abschluss durch Hochschulzugangsberechtigte zu geben scheint. Unter der Bedingung einer relativ günstigen Beschäftigungslage können die Betriebe die Nachfrage aus beiden Schulniveaus offensichtlich bedienen.

Angesichts der beruflichen Segmentierung stellt sich die Frage, wieweit sie zu regionalen Wanderungsbewegungen führen, die das Potenzial des einen Landes stärken, eines anderen Landes schwächen könnte. Diese Frage besitzt vor allem mit Blick auf die dargestellten Differenzen zwischen neuen und alten Bundesländern eine erhebliche politische Brisanz.

5 Ausbildungsverlauf und Ausbildungsergebnisse

5.1 Einleitung

Standen in den vorhergehenden Kapiteln die Übergänge in die berufliche Bildung und deren strukturelle Bedingungen, die die Angebote und die mit ihnen verbundenen sozialen Strukturierungen prägen, im Zentrum der Darstellung, so geht es jetzt darum, wie die Ausbildung verläuft und welche Ergebnisse sie zeitigt. Es geht damit um die Qualität der Ausbildung, wie sie beispielsweise in einem friktionsfreien Durchlaufen der Ausbildung, in den Abschlussergebnissen und in der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ihren Ausdruck findet. Die Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt ist für die Berufsbildung unter humankapitaltheoretischem Aspekt in doppelter Hinsicht ein Prüfstein für ihre Effektivität: ob es ihr gelingt, den Auszubildenden eine individuell befriedigende Berufsperspektive und den Unternehmen das erforderliche Fachkräftepotenzial zu verschaffen. Aspekte der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der sozialen Chancengerechtigkeit begegnen sich hier, ohne dass sie ineinander aufgehen.

Die Probe aufs Exempel beginnt im Ausbildungsprozess. Auch wenn für die Prüfung seiner Qualität in den einschlägigen Statistiken bislang nur wenig Informationen zur Verfügung stehen, lässt sich anhand des Indikators „vorzeitige Vertragslösungsquote“ im dualen System klären, wie glatt und friktionsfrei eine Ausbildung verläuft und welche Auszubildendengruppen von günstigeren oder weniger günstigen Ausbildungsverläufen betroffen sind. Insbesondere wird hier auch auf die Vertragslösungsquoten von Menschen mit und ohne Behinderung eingegangen (vgl. Abs. 5.2).

Die Vertragslösungsquoten gehören ebenso zu den unmittelbaren Outcome-Indikatoren wie erworbene Ausbildungsabschlüsse in beiden vollqualifizierenden Ausbildungssystemen, während die Einmündung in den Arbeitsmarkt und der mit ihr erreichte Erwerbs- und Beschäftigtenstatus zu den mittelbaren Outcome-Indikatoren zählen.

Die Ausbildungsabschlüsse werden über eine Absolventenquote zu erfassen versucht, die für beide vollqualifizierenden Ausbildungssysteme konstruiert wird. Beide Quoten führen jeweils im Zähler die Jugendlichen auf, die in einem Jahr einen Abschluss im dualen bzw. im Schulberufssystem erworben haben. Diese Zahl wird zur Anzahl der Neuzugänge ins Verhältnis gesetzt, die drei Jahre zuvor ins duale System oder ins Schulberufssystem eingemündet sind. Es handelt sich damit nur um eine näherungsweise Schätzung der tatsächlichen Absolventenquote, für die Informationen zu Beginn- und Endzeitpunkt der Ausbildung auf Individualebene erforderlich wären. Die Absolventenquote wird nach Geschlecht und für ausländische und deutsche Jugendliche ausdifferenziert dargestellt, sodass auch die Chancengerechtigkeit für die genannten Gruppen erörtert werden kann (vgl. Abs. 5.3).

Die mittelbaren Outcome-Indikatoren der Einmündung in den Arbeitsmarkt werden in diesem Monitor mit drei die berufliche Verwertbarkeit der Ausbildung betreffende Indikatoren abgebildet: auf den beruflichen Verbleib 12 und 24 Monate nach Ausbildungsabschluss, auf die Ausbildungsadäquanz der Beschäftigung und schließlich werden Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquoten sowie Arbeitslosenquoten nach Altersgruppen als Ausdruck für Probleme der Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen am Arbeitsmarkt betrachtet (vgl. Abs. 5.4).

Die Outcome-Indikatoren zu den alters- und qualifikationsspezifischen Erwerbslosen- und Arbeitslosenquoten werden nach regionalen und weiteren sozialen Merkmalen ausdifferenziert, sodass auch hier Fragen der Chancengerechtigkeit aufgegriffen werden.

Arbeitslosenquoten und Quoten zum Erwerbsstatus können als Ausdruck der Passung von den in der Berufsausbildung erworbenen und den am Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen betrachtet werden, sie sind jedoch auch beeinflusst von der jeweiligen regionalen wirtschaftlichen Situation. Sie drückt als Leistungsindikator (in der Regel kostenverursachende) Friktionen im Übergang von Ausbildung in Beschäftigung aus.

5.2 Vorzeitige Vertragslösungsquote

Die Vertragslösungsquote in den dualen Ausbildungsberufen ist definiert als Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen begonnen Ausbildungen des jeweiligen Beginnjahres, die mit Betrieben geschlossen wurden (vgl. Glossar). Vertragslösungen können durch beide Vertragspartner erfolgen. Angenommen wird hierbei, dass je stärker die Erwartungen und Anforderungen vor allem zwischen Auszubildenden, Ausbildungsverantwortlichen, dem Ausbildungsbetrieb oder auch den Berufsmerkmalen auseinanderdriften, desto wahrscheinlicher eine vorzeitige Vertragslösung wird. Aber auch andere Einflussfaktoren und Wechselwirkungen von Einflussgrößen wie Konflikte, betriebsklimatische, gesundheitliche Faktoren etc. können vorzeitige Vertragslösungen bewirken (vgl. Rohrbach-Schmidt, Uhly 2015). Wenngleich vorzeitige Vertragslösungen nicht zwangsläufig als problematisch zu betrachten sind – sie können wichtige Korrekturen auf beiden Seiten bedeuten – so sind sie dennoch mit Friktionen und Kosten auf beiden Vertragsseiten verbunden. Die Vertragslösungsquote ist für die Berichterstattung von Interesse, da hohe Quoten einerseits auf Engpass- oder Passungsprobleme auf den Ausbildungsmärkten, andererseits aber auch im Sinne eines Prozessindikators auf Probleme der Ausbildungsqualität hindeuten.¹⁸

Vertragslösungsquote ohne Berufe für Menschen mit Behinderung

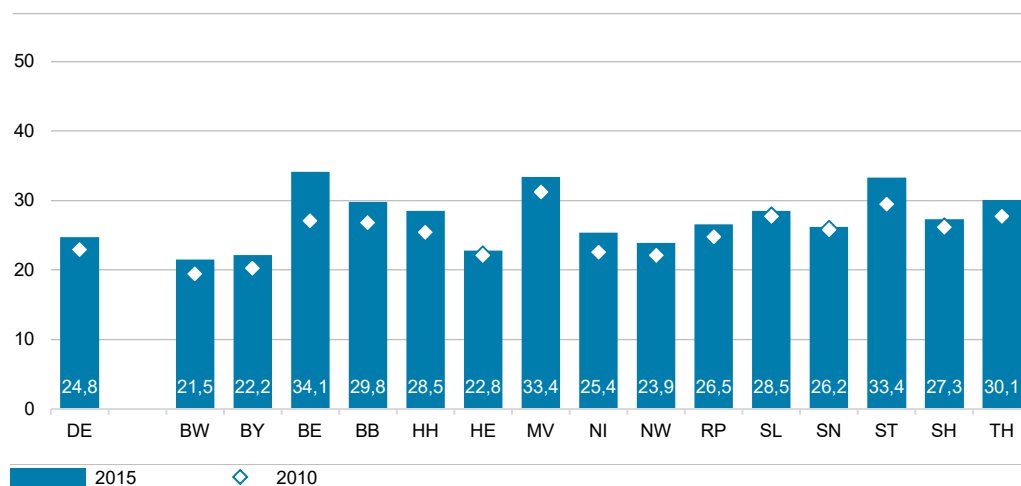
Insgesamt liegt die Vertragslösungsquote im dualen System (ohne Berufe für Menschen mit Behinderung) bei 25 %. Mit dieser Größenordnung hat sich die Vertragslösungsquote seit dem ersten Ländermonitor¹⁹ vor zwei Jahren kaum verändert. Hohe Vertragslösungsquoten zeigen sich insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern. Quoten über 30 % liegen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen vor. Die niedrigsten Quoten erzielen dagegen die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen.

Im Zeitverlauf zwischen 2010 und 2015 ist die Vertragslösungsquote länderübergreifend leicht angestiegen (Abb. 5.1). Überdurchschnittlich stark hat sich die Situation vor allem in Berlin und Sachsen-Anhalt verschärft. Aber auch in Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen hat sich die Lage überdurchschnittlich verschlechtert.

¹⁸ Vertragslösungen dürfen hierbei nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichgesetzt werden. Aufgrund der Betrachtung von Ausbildungsverträgen (und nicht Auszubildenden als Fälle im Datensatz) in der Berufsbildungsstatistik kann der Verbleib eines Auszubildenden mit gelöstem Ausbildungsvertrag nicht verfolgt werden. Ein Verbleib im Ausbildungssystem kann deshalb nicht ausgeschlossen werden.

¹⁹ Der Vergleich zum Ländermonitor 2015 kann aber nur eingeschränkt erfolgen, da im vergangenen Ländermonitor noch die alte Berechnungsformel der Vertragslösungsquote auf der Grundlage der Auswertung von Aggregatdaten genutzt wurde. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 können die Berechnungen über eine Einzeldatenauswertung erfolgen. Beide Berechnungsverfahren führen zu leicht abweichenden Ergebnissen. Differenzierte Informationen zu den Unterschieden beider Berechnungsverfahren können bei Uhly (2015) nachvollzogen werden.

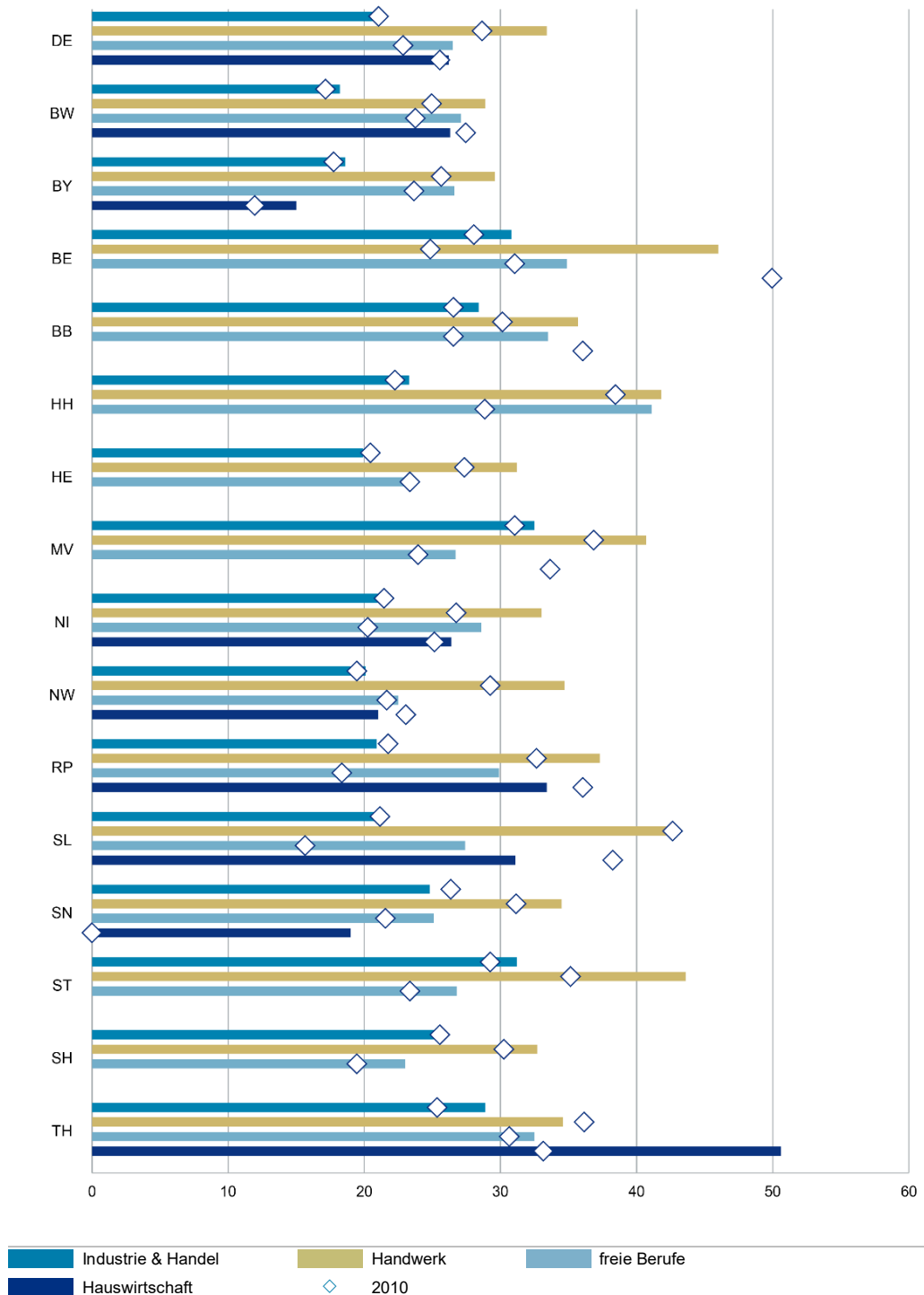
Abbildung 5.1 Ausbildungsvertragslösungsquote ohne Berufe für Menschen mit Behinderung 2010 und 2015 nach Ländern (in %)



Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)

Ein Blick in die Ausbildungsbereiche auf Länderebene zeigt, dass hohe Vertragslösungsquoten länderübergreifend vor allem im Handwerk bestehen. Die Länderdifferenzierung zeigt jedoch auch deutliche Unterschiede zwischen den Ländern und Ausbildungsbereichen auf (Abb. 5.2). Insbesondere Berlin ist auffällig, da dort beinahe jeder zweite Ausbildungsvertrag im Handwerk vorzeitig gelöst wird (46,0 %). Demgegenüber stehen die beiden westdeutschen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, in denen die Vertragslösungsquote im Handwerk unter 30 % liegt. Generell sind Bayern und Baden-Württemberg ausbildungsbereichsübergreifend durch friktionsfreiere Ausbildungsverläufe gekennzeichnet als die übrigen Bundesländer. Lediglich Nordrhein-Westfalen weist mit Ausnahme des Handwerks vergleichbare Ergebnisse auf. Auffällig sind zudem die Vertragslösungsquoten in Hamburg. Sowohl im Handwerk, in der Landwirtschaft (in der Grafik nicht ausgewiesen) als auch in den freien Berufen ist die Vertragslösungsquote mit über 40 % in diesem Bundesland überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 5.2 Ausbildungsvertragslösungsquote (ohne Berufe für Menschen mit Behinderungen) nach Ausbildungsbereichen und Ländern 2010 und 2015 (in %)



Anmerkung: Es werden lediglich die vier größten Ausbildungsbereiche betrachtet. Deshalb werden die Ausbildungsbereiche Landwirtschaft und öffentlicher Dienst ausgeschlossen.

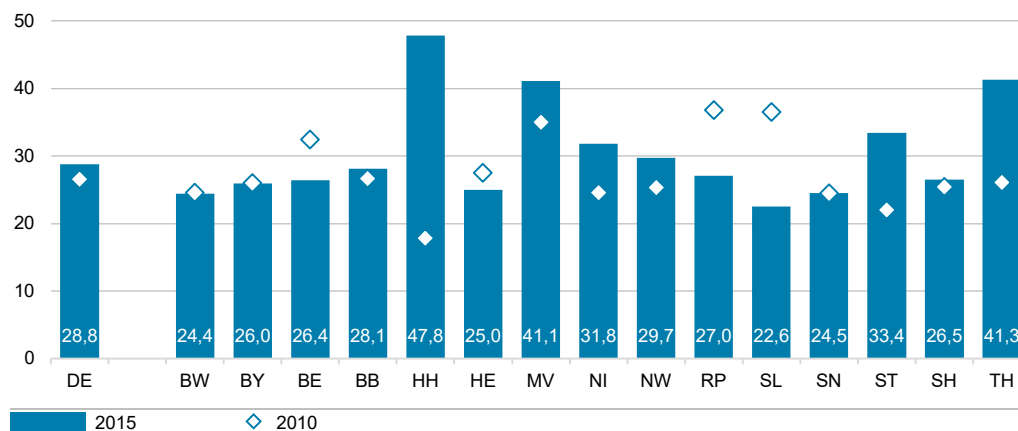
Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)

Vertragslösungsquote der Berufe für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG/§ 42m HwO)

In Berufen für Menschen mit Behinderung liegt die Vertragslösungsquote mit 29 % höher als in den dualen Ausbildungsberufen außerhalb § 66 BBiG/§ 42m HwO. Ein Ost-West-Unterschied ist aber auch hier erkennbar, aber weniger systematisch. In den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird mindestens jeder dritte Ausbildungsvertrag vorzeitig beendet. Aber auch die westdeutschen Flächenländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen weisen überdurchschnittlich hohe Vertragslösungsquoten auf. Die höchste Quote erreicht der Stadtstaat Hamburg: Beinahe jeder zweite Ausbildungsvertrag wurde hier in den Berufen nach BBiG § 66/§ 42m HwO 2015 vorzeitig gelöst.

Die Entwicklungen der Vertragslösungsquote in den Berufen für Menschen mit Behinderung zwischen 2010 und 2015 variiert deutlich stärker als in der Betrachtung ohne Berufe für Menschen mit Behinderung: Während in Berlin, Hessen, Saarland und Reinland-Pfalz eine deutliche Verbesserung der Vertragslösungsquote sichtbar ist, sind für die Bundesländer Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen deutliche Anstiege der Vertragslösungsquote erkennbar (Abb. 5.3).

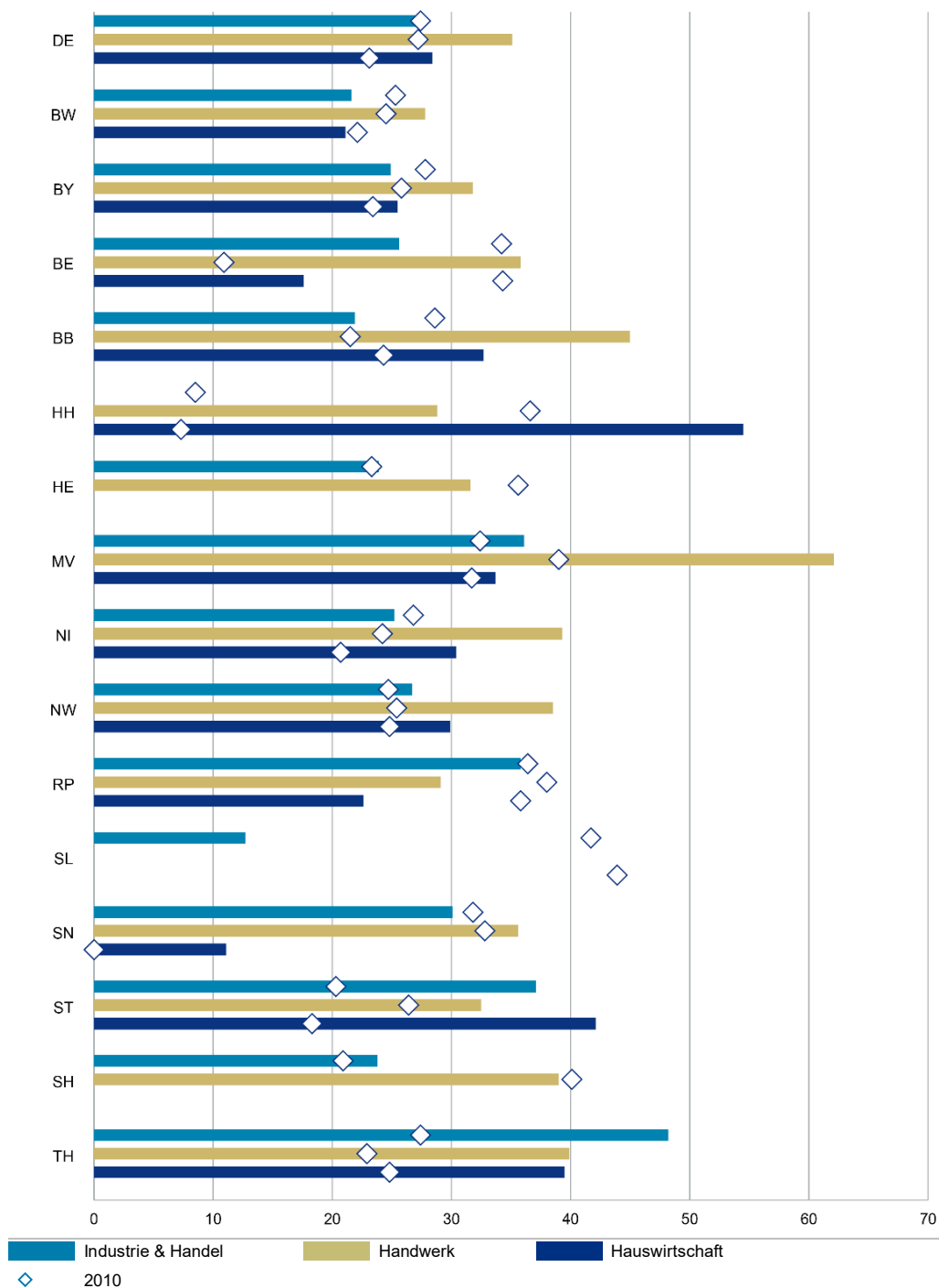
Abbildung 5.3 Ausbildungsvertragslösungsquote in den Berufen für Menschen mit Behinderung 2010 und 2015 nach Ländern (in %)



Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.).

Die ausbildungsbereichsspezifische Betrachtung der Vertragslösungsquote verdeutlicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern lediglich bei ca. einem Drittel der Auszubildenden des Handwerks Kontinuität im Ausbildungsverlauf zu beobachten ist, allerdings bei relativ kleinen Fallzahlen. Aber auch in Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen liegt eine Vertragslösungsquote von ca. 40 % und mehr im Handwerk vor. Weiterhin auffällig sind hohe Vertragslösungsquoten von ca. 40 % in der Hauswirtschaft in den ostdeutschen Flächenländern Sachsen-Anhalt und Thüringen. Aber auch der Stadtstaat Hamburg fällt mit 54,5 % erneut auf. In Thüringen löst zudem beinahe jeder zweite Auszubildende in den Berufen für Menschen mit Behinderung in Industrie und Handel vorzeitig den Ausbildungsvertrag (Abb. 5.4).

Abbildung 5.4 Ausbildungsvertragslösungsquote in den Berufen für Menschen mit Behinderung nach Ausbildungsbereichen und Ländern 2010 und 2015 (in %)



Anmerkung: Es werden lediglich die vier größten Ausbildungsbereiche betrachtet. Deshalb werden die Ausbildungsbereiche Landwirtschaft und öffentlicher Dienst ausgeschlossen.

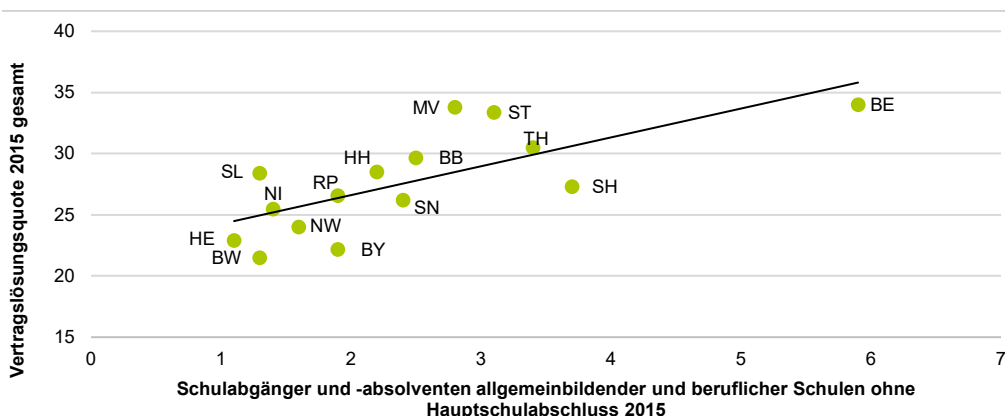
Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)

Ausgewählte Entstehungs- und Erklärungsmerkmale einer vorzeitigen Vertragslösung

Entstehungs- und Erklärungsmerkmale von vorzeitigen Vertragslösungen sind komplex, da sie sowohl auf Merkmale des Ausbildungsmarktes, des Ausbildungsbetriebes, auf den Ausbildungsverantwortlichen als auch auf den Auszubildenden zurückgeführt werden können.²⁰ Im Folgenden werden deshalb zwei Zusammenhänge mit niedrigen Schulabschlüssen und der Jugendarbeitslosigkeit im Ländervergleich exemplarisch ausgeführt.

Die Forschung zu Vertragslösungsquoten zeigt, dass bei Personen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich häufiger vorzeitige Vertragslösungen zu beobachten sind als bei Personen mit mittlerem Schulabschluss oder mit einer Hochschulzugangsberechtigung. Dies ist allerdings ein Merkmal, das auch mit den Berufen konfundiert ist. Ein entsprechender Vorbildungseffekt zeigt sich in den Daten von 2015 auf Bundeslandebene nur, wenn die Vertragslösungsquote mit dem Anteil von Schulabgängern und -absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen ohne Hauptschulabschluss korreliert wird ($r = 0,718$; $p = 0,003$, Abb. 5.5). Ausbildungsbereichsdifferenzierend zeigt sich dieser Effekt zudem in den Berufen der Industrie und des Handels ($r = 0,745$; $p = 0,001$) sowie im Handwerk ($r = 0,530$; $p = 0,042$).

Abbildung 5.5 Ausbildungsvertragslösungsquote 2015 (inkl. § 66 BBiG/§ 42m HwO) und Schulabgänger und -absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen ohne Hauptschulabschluss nach Ländern 2015 (in %)



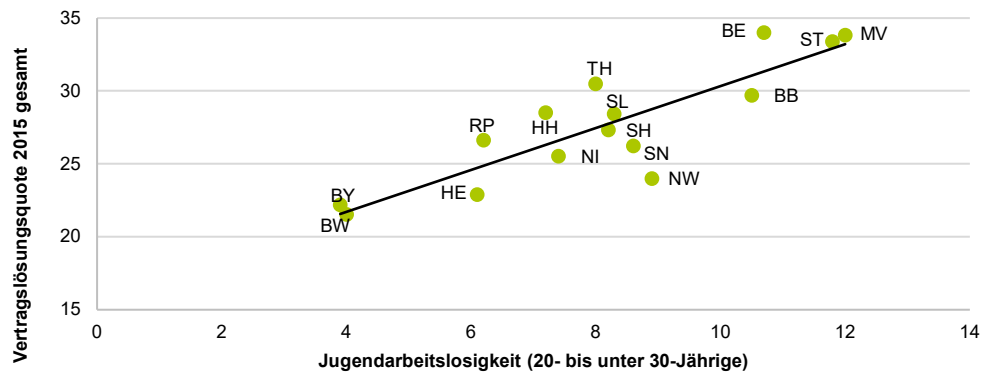
Anmerkung: $r = 0,718$; $p = 0,003$.

Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.), Sekretariat der KMK (2016), eigene Berechnung

Wird die Vertragslösungsquote mit der Jugendarbeitslosigkeit (20- bis unter 30-Jährige) auf der Länderebene korreliert, ergibt sich ein stark positiv und hoch signifikant ausgeprägter Zusammenhang ($r = 0,866$; $p = 0,000$, Abb. 5.6). Die Entstehungshintergründe von Jugendarbeitslosigkeit sind jedoch vielfältig, weshalb der hier berichtete Effekt einerseits als durch Engpass- oder Passungsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt verursacht, andererseits als eine Wirkung von vorzeitigen Vertragslösungen gedeutet werden kann.

²⁰ Ausführliche Informationen zu Ursachen von vorzeitig gelösten Vertragslösungen finden sich differenziert bei Rohrbach-Schmidt, Uhly (2015) sowie Uhly (2015).

Abbildung 5.6 Ausbildungsvertragslösungsquote 2015 (inkl. § 66 BBiG/§ 42m HwO) und Jugendarbeitslosigkeit (20- bis unter 30-Jährige) nach Ländern 2015 (in %)

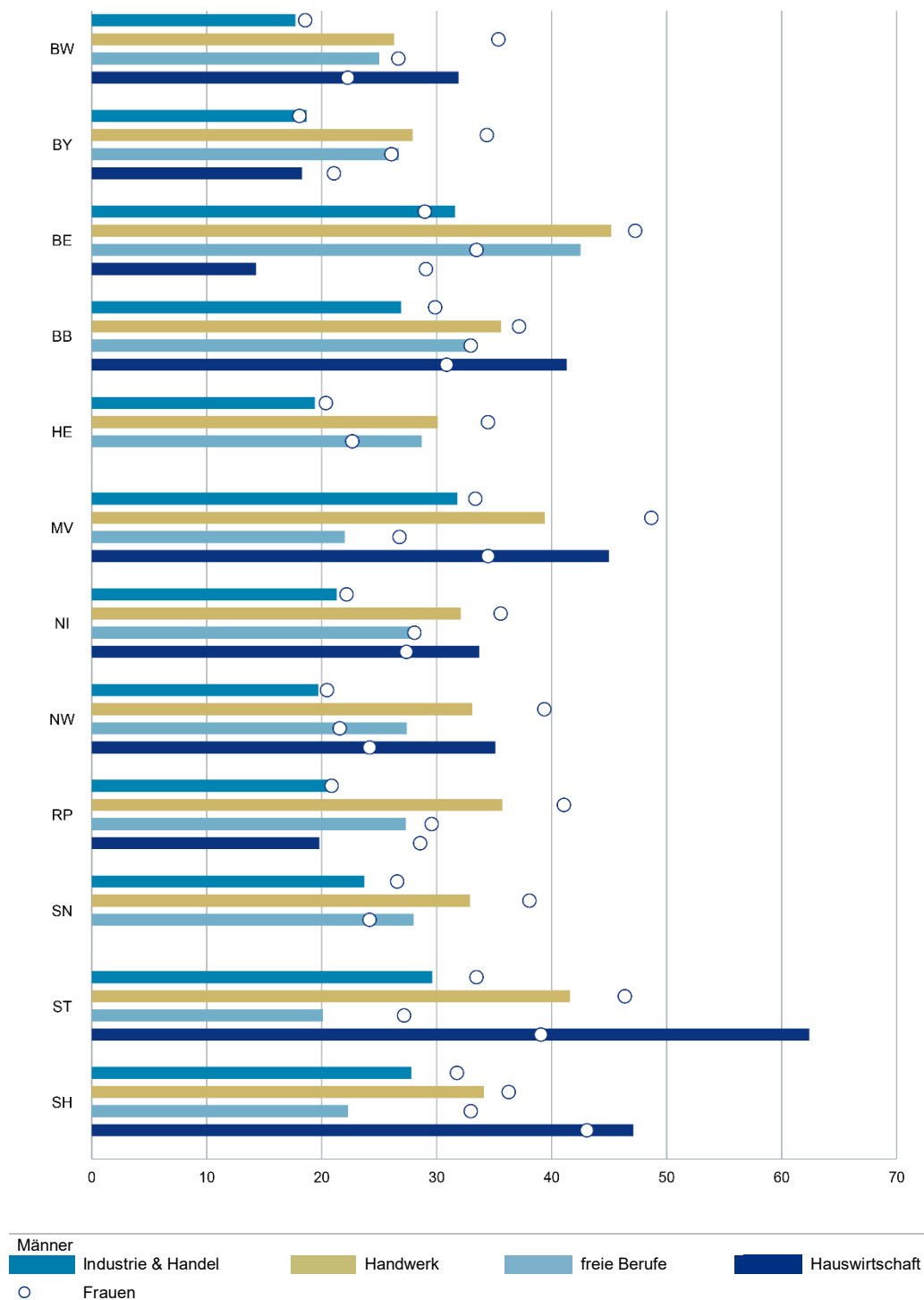


Anmerkung: $r = 0,866$; $p = 0,000$.

Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.), Agentur für Arbeit, eigene Berechnung

Geschlechterunterschiede werden vor allem im Rahmen der ausbildungsbereichs-differenzierenden Betrachtung der Vertragslösungsquote deutlich (Abb. 5.7). Erneut fällt das Handwerk auf. Länderübergreifend werden Ausbildungsverträge mit Frauen häufiger als mit Männern gelöst. Dagegen sind die Vertragslösungsquoten mit Männern in der Hauswirtschaft (insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen) mehrheitlich höher als bei Frauen. Ausnahmen ergeben sich lediglich in Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz.

Abbildung 5.7 Geschlechterunterschiede in der Vertragslösungsquote 2015 (inkl. § 66 BBiG/§ 42m HwO) nach Ausbildungsbereichen nach Ländern (Anteile in %)



Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

5.3 Absolventenquote

Zu den zentralen Leistungskriterien beruflicher Ausbildung gehören die erfolgreichen Abschlüsse, die in diesem Abschnitt als Absolventenquote (siehe Glossar) abgebildet werden. Die Absolventenquote wird getrennt für die beiden vollqualifizierenden Segmente berichtet. Dafür sprechen die Unterschiede in den Zugangs- und Ausbildungsbedingungen, insbesondere die verschiedenen institutionellen, rechtlichen, organisatorischen, berufsstrukturellen und curricularen Gegebenheiten, und nicht zuletzt die unterschiedlichen Lernsettings. Zudem können etwaige Problemlagen genauer identifiziert werden. Bei der Interpretation der Daten ist allerdings zu beachten, dass die hier ermittelte Absolventenquote approximativ ist und Unsicherheiten enthält, da die Absolventen eines Jahres auf den Anfängerjahrgang drei Jahre zuvor bezogen werden.²¹ Eine Ausdifferenzierung der Absolventen nach Staatsangehörigkeit oder schulischer Vorbildung ist allerdings mit der verfügbaren Datenbasis der integrierten Ausbildungsberichterstattung nicht möglich. Die Absolventenquote wird aber nach Geschlecht ausdifferenziert, sodass die Chancengerechtigkeit in dieser Hinsicht erörtert werden kann.

5.3.1 Absolventenquote des dualen Systems

Bundesweit sinkt die Absolventenquote im dualen System zwischen 2008 und 2015 von ca. 86 auf ca. 80 % (Abb. 5.8; Tab. 5.1A). Die höchsten Absolventenquoten im Jahr 2015 weisen die westlichen Flächenländer Baden-Württemberg (88 %), Bayern (88 %) und Saarland (91 %) auf. Die niedrigsten Absolventenquoten des dualen Systems sind in den Stadtstaaten Berlin (66 %) und Hamburg (72 %) sowie in den ostdeutschen Flächenländern – mit Ausnahme von Brandenburg – zu beobachten.²²

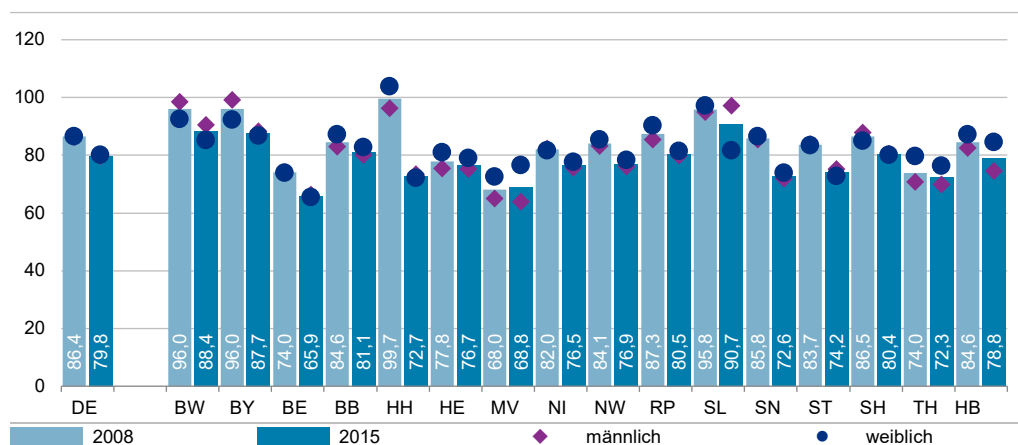
Dabei zeigt sich ein systematischer Zusammenhang zwischen der Absolventenquote im dualen System und der Vertragslösungsquote: Je höher die Vertragslösungsquote, desto niedriger die Absolventenquote ($r = 0,62$; $p = 0,015$). Zugleich verweist dieser Befund darauf, dass die näherungsweise Erfassung der Absolventenquote belastbar ist.

Besonders stark ausgeprägt ist das Absinken der Absolventenquote in Hamburg, wo sie von nahezu 100 auf etwa 72 % um ca. 28 Prozentpunkte zurückgeht. Der hohe Ausgangswert von 100 kann allerdings mit dem in Hamburg besonders starken Anstieg der zweijährigen Ausbildungsberufe zwischen 2005 und 2008 zusammenhängen. Ausnahmen von diesem Trend bilden die Bundesländer Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, in denen eher von einer Stabilität der Absolventenquote gesprochen werden kann.

²¹ Bundesländer mit überproportional hohen Anteilen von zweijährigen Ausbildungsgängen könnten aufgrund dieses Näherungsverfahrens Verzerrungen unterliegen, insbesondere auch dann, wenn die Zahl der zwei- und dreijährigen Ausbildungen zwischen den Jahren größeren Schwankungen unterliegt. Ebenso können höhere Quoten in den vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen auf Länderebene zu Verzerrungen führen, wenn diese Quoten stark variieren und viele derjenigen, deren Vertrag gelöst war, wieder in eine Ausbildung eintreten. Auch wenn der Vergleich zwischen den Bundesländern Einschränkungen unterliegt, so gibt die Zeitreihe auf Länderebene Hinweise auf Verbesserungen oder Probleme im jeweiligen Ausbildungssektor.

²² Analysen des bundesweiten Zusammenhangs zwischen ANR und Vertragslösungsquoten im Zeitverlauf zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen. Je günstiger die Ausbildungsmarktlage für die Bewerber (gemessen an der jährlichen Veränderungsrate), desto höher auch die Vertragslösungsquote (gemessen an der jährlichen Veränderungsrate) (Uhly 2015: 40). Die Unterschiede zwischen den Bundesländern im Niveau der Vertragslösungsquote sind jedoch ungeklärt, hier treten in Untersuchungen nur schwache Zusammenhänge auf (ebd.). Analog zu diesem Befund tritt im Vergleich der Bundesländer auch kein Zusammenhang zwischen der ANR der Jahre 2015 oder 2012 mit der Absolventenquote auf.

Abbildung 5.8 Absolventenquote im dualen System nach Geschlecht und Ländern 2008 und 2015 (in %)



Anmerkungen: Der Wert von über 100 bei den Frauen 2008 in Hamburg kann aufgrund der Berechnung der Quote mit dem überdurchschnittlichen Anstieg der zweijährigen Ausbildungsberufe in Hamburg zwischen 2005 und 2006 in der Gruppe der Frauen zusammenhängen.

In die Zahl der Absolventen von 2008 gehen auch die Absolventen der zweijährigen Ausbildungen ein, die 2006 starteten, und nicht nur die herangezogenen Anfänger von 2005. Starteten 2005 noch 285 Frauen eine zweijährige Ausbildung in Hamburg, waren es 2006 bereits 420.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen; DAZUBI

In Bezug auf diesen mittelbaren Leistungsindikator, der auf die Ergebnisse des Ausbildungsprozesses abzielt, deutet sich eine Verringerung der Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems an. Wie problematisch die näherungsweise erfassten Abbruchquoten von etwa einem Drittel in den Stadtstaaten einzuschätzen sind, hängt allerdings auch von der unterschiedlichen Versorgung von Jugendlichen mit geringer Bildung und damit der Selektion am Zugang ab. Zum Beispiel könnten gerade in Hamburg die gesunkenen Absolventenquoten mit einer höheren Versorgung von Jugendlichen mit Ausbildung im dualen System einhergehen. Dort ist entgegen dem bundesweiten Trend der Anteil der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss im dualen System gestiegen. Darüber hinaus mündeten 49 % der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss, die neu in die berufliche Bildung eingetreten sind, ins duale System ein. Hamburg weist damit einen der höchsten Anteile von Jugendlichen im dualen System unter den Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss auf (vgl. Kap. 3).²³

In den meisten Bundesländern treten 2015 keine ausgeprägten Geschlechterunterschiede bei der Absolventenquote des dualen Systems auf. Lediglich in zwei ostdeutschen Flächenländern liegen Unterschiede zugunsten der Frauen vor. In Mecklenburg-Vorpommern absolviert ein im Vergleich zu Männern um ca. 13 Prozentpunkte höherer Anteil der Frauen die Ausbildung erfolgreich im dualen System (Frauen ca. 77 %, Männer ca. 64 %) und in Thüringen liegt der Anteil der Frauen um etwa 6 Prozentpunkte höher. Umgekehrt liegt in zwei westdeutschen Flächenländern die Absolventenquote der Männer über der Quote der Frauen. In Baden-Württemberg liegt sie bei den Männern um 5 Prozentpunkte und im Saarland um knapp 16 Prozentpunkte höher. Auch hat sich zwischen 2008 und 2015 nur in wenigen Bundesländern etwas an dem Verhältnis von Frauen und Männern geändert. Auffällig sind hier das Saarland, in dem sich der Vorteil der Männer bei der Absolventenquote erst in diesem Zeitraum entwickelt

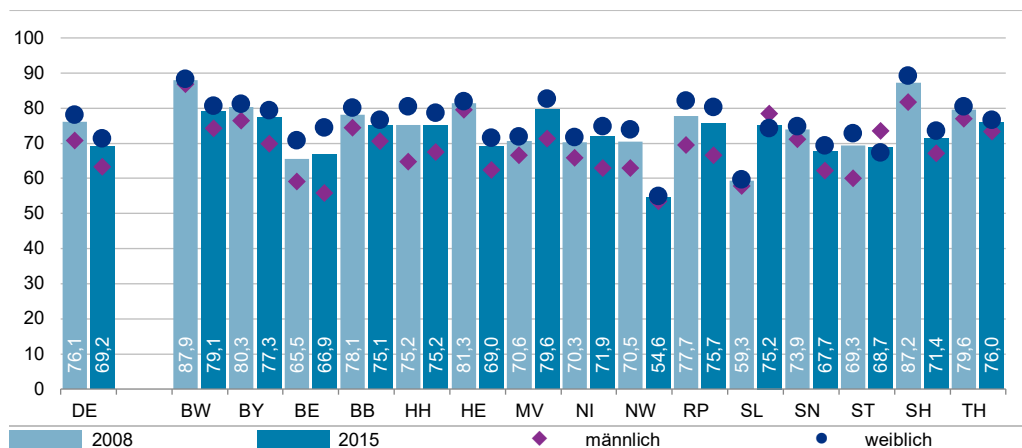
²³ Bei dem Indikator der Personen ohne beruflichen Abschluss unter den 30- bis unter 35-Jährigen können sich die vorgenommenen Reformen allerdings noch nicht niederschlagen (Kap. 5.4).

hat, und Hamburg, in dem sich, ausgehend von einem Vorteil der Frauen im Jahr 2008, die Absolventenquoten im Jahr 2015 angleichen, da zu diesem Zeitpunkt die Absolventenquote der Frauen besonders stark sinkt. Insgesamt weisen die geschlechtsspezifischen Absolventenquoten im dualen System mit wenigen Ausnahmen auf keine systematischen Benachteiligungen von Frauen oder Männern hin.

5.3.2 Absolventenquote des Schulberufssystems

Bundesweit sinkt die Absolventenquote nicht nur im dualen, sondern auch im Schulberufssystem. Im Schulberufssystem fällt sie zwischen 2008 und 2015 von 76 auf 69 % (Abb. 5.9; Tab. 5.1A). Zu beiden Zeitpunkten liegt sie also etwa 10 Prozentpunkte unterhalb der Absolventenquote im dualen System. Besonders deutliche Rückgänge sind in Nordrhein-Westfalen (von 71 auf 55 %) und in Schleswig-Holstein (von 87 auf 71 %) zu verzeichnen. Anders als in der bundesweiten Entwicklung bleiben die Absolventenquoten in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in Sachsen-Anhalt stabil. Entgegen dem Bundestrend verbessert sich die Situation für Auszubildende im Saarland, wo die Absolventenquote des Schulberufssystems von einem mit ca. 59 % recht niedrigem Niveau auf etwa 75 % zunimmt, und in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich die Absolventenquote von ca. 70 auf ca. 80 % erhöht.

Abbildung 5.9 Absolventenquote im Schulberufssystem nach Geschlecht und Ländern 2008 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Die höchsten Absolventenquoten im Jahr 2015 werden – wie im dualen System auch – in den süddeutschen Flächenländern Baden-Württemberg (ca. 79 %), Bayern (ca. 77 %) und in den beiden östlichen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (ca. 80 %) und Thüringen (76 %) erreicht (Abb. 5.9). Die mit Abstand niedrigste Absolventenquote im Schulberufssystem liegt in Nordrhein-Westfalen vor, wo nur etwas mehr als die Hälfte der Anzahl der einmündenden Personen von 2012 im Jahr 2015 die Ausbildung absolviert. Der deutliche Rückgang der Absolventenquote in Nordrhein-Westfalen um 16 Prozentpunkte geht allerdings mit einer Erhöhung des Anteils von Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss von 17 % im Jahr 2007 auf 23 % im Jahr 2008 einher (vgl. Kap. 3).

Als Ursache für die Verringerung der Absolventenquote kommt prinzipiell eine Veränderung der Zusammensetzung der Schüler infrage. Denn wenn mehr Jugendliche

mit höchstens Hauptschulabschluss z. B. in Helferberufe einmünden und Jugendlichen mit geringerer Bildung höhere Abbruchquoten haben, könnte hier eine Ursache für den Rückgang der Absolventenquote liegen. Bei der Prüfung zeigt sich jedoch kein Automatismus zwischen der Veränderung des Vorbildungsniveaus und der Veränderung der Absolventenquote. Zwar sind in den westlichen Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz die Anteile von Schülern mit höchstens Hauptschulabschluss im Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 deutlich gestiegen (Abb. 3.6), aber nur in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ging dies mit einer deutlichen Verringerung der Absolventenquote einher. Nur hier wäre die Veränderung der Schülerschaft eine mögliche Ursache für die gesunkene Absolventenquote. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz gelang hingegen eine stärkere Versorgung von gering gebildeten Jugendlichen mit dem Zugang zu einer Ausbildung ohne eine Reduktion der Absolventenquote. Schleswig-Holstein weist zwar eine starke Verringerung der Absolventenquote auf, aber keine Veränderung der Schülerschaft in Hinblick auf das formale Vorbildungsniveau. Die Veränderung der Schülerschaft kann also in Schleswig-Holstein nicht der Grund für eine Verringerung der Absolventenquote sein.

Anders als bei der Absolventenquote des dualen Systems zeigen sich im Schulberufssystem deutliche Unterschiede nach Geschlecht. Frauen absolvieren in Deutschland im Jahr 2015 zu ca. 71 % die begonnene Ausbildung im Schulberufssystem und Männer lediglich zu ca. 63 %, das heißt um ca. 8 Prozentpunkte seltener. Am deutlichsten treten die Geschlechterunterschiede zugunsten der Frauen in den Stadtstaaten (Berlin: ca. 19 Prozentpunkte, Hamburg: ca. 11 Prozentpunkte) und in den beiden Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (ca. 11 Prozentpunkte) und Niedersachsen (ca. 12 Prozentpunkte) zutage. Entgegen der bundesweiten höheren Absolventenquote bei Frauen stellen sich die Geschlechterverhältnisse in wenigen Bundesländern umgekehrt dar: Dies betrifft das Saarland und Sachsen-Anhalt, in denen die Männer eine um ca. 4 bzw. 6 Prozentpunkte höhere Erfolgsquote im Vergleich zu den Frauen aufweisen.

In einzelnen Bundesländern treten dabei deutliche Verschiebungen im erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung im Schulberufssystem auf: In Berlin nehmen die Vorteile der Frauen zu, in Nordrhein-Westfalen verringern sich die Geschlechterunterschiede zugunsten der Frauen hin zu einem ausgeglichenen Verhältnis, in Sachsen-Anhalt kehren sich die Verhältnisse von einem Vorteil der Frauen zu einem Vorteil der Männer um.

Mit Blick auf die soziale Chancengerechtigkeit zeigen sich im Schulberufssystem Vorteile der Frauen beim Absolvieren einer beruflichen Ausbildung. Es muss an dieser Stelle offenbleiben, inwiefern die Geschlechterunterschiede hier auch mit unterschiedlichen Funktionen des Schulberufssystems für Frauen und Männer einhergehen, die hier ja auch in unterschiedlichen Berufen und anderen Bildungsgängen ausgebildet werden (Tab. 4.19).

5.4 Integration in den Arbeitsmarkt

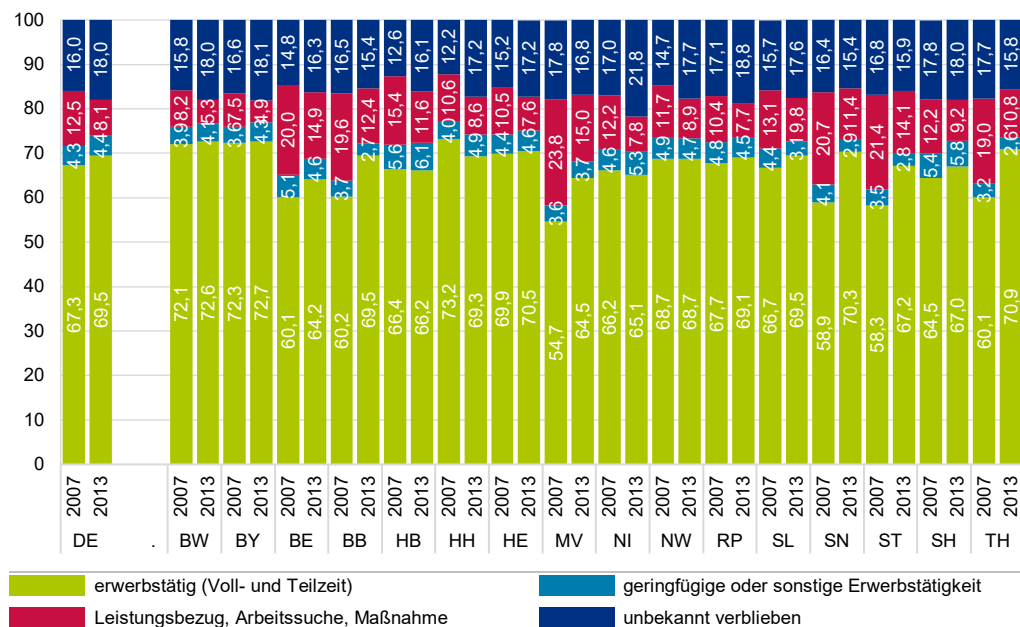
Die Arbeitsmarktergebnisse beruflicher Bildung stellen mittelbare Leistungsindikatoren dar. Sie können über verschiedene Merkmale beschrieben werden. In diesem Monitor wird auf drei die berufliche Verwertbarkeit der Ausbildung betreffende Outcome-Indikatoren zurückgegriffen: Neben dem beruflichen Verbleib 24 Monate nach Ausbildungsabschluss und der Ausbildungsadäquanz der Beschäftigung werden schließlich Arbeitslosenquoten und Erwerbslosenquoten nach Altersgruppen als Ausdruck für Probleme der Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen am Arbeitsmarkt betrachtet. Arbeitslosenquoten und Erwerbslosenquoten schließen zusätzlich Jugendliche

mit ein, die keine berufliche Ausbildung absolviert haben und lassen somit auf die insgesamt erreichte Erwerbsteilhabe schließen. Zusätzlich zu den genannten Indikatoren wird der Anteil der Personen ohne berufliche Bildung dargestellt, da berufliche Bildung in Deutschland ein zentrales Mittel zur Erwerbsteilhabe darstellt.

5.4.1 Beschäftigungsstatus 24 Monate nach Abschluss der Ausbildung

Mit dem Beschäftigungsstatus wird die Leistungsdimension beruflicher Bildung angesprochen. Für das Individuum geht es darum, welche Effekte eine berufliche Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht: ob sie zu einer angemessenen Erwerbstätigkeit führt oder Arbeitslosigkeit und schwierige Übergänge in den Arbeitsmarkt nach sich zieht. Aus der Perspektive von Betrieben bzw. der Wirtschaft stellt sich die Frage, ob mit den Absolventen der beruflichen Bildung der quantitative und qualitative Fachkräftebedarf gesichert werden kann. Es werden im Folgenden vier Formen des Erwerbsstatus unterschieden: (1) erwerbstätig in Voll- oder Teilzeit, (2) geringfügige oder sonstige Erwerbstätigkeit, (3) Leistungsbezug, Arbeitssuche, Maßnahme und (4) unbekannt verblieben. Der letztgenannte Status umfasst auch Jugendliche, die sich nach der Ausbildung Bildungsaktivitäten zuwenden, wie auch solche, die anderen, nicht sozialversicherungsrechtlichen Aktivitäten nachgehen, beispielsweise einem freiwilligen sozialen Jahr.

Abbildung 5.10 Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 und 2013 nach Ländern (in %)



Quelle: IAB, Integrierte Erwerbsbiographien (IEB Version 12.01) Berechnungen des IAB, eigene Darstellung

Bundesweit sind die Ausbildungsabsolventen, die 2013 ihre Ausbildung beendeten, zu 70 % zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss erwerbstätig und damit nur geringfügig häufiger als die Ausbildungsabsolventen von 2007, die zu 67 % erwerbstätig waren. Allerdings steigt die Erwerbstätigkeit in den ostdeutschen Ländern fast durchgängig um 10 Prozentpunkte, während sie in den westdeutschen eher stagniert (Abb. 5.10; Tab. 5.2A). Diese Entwicklung führt dazu, dass sich die Ausbildungsabsolventen von 2013 in west- und ostdeutschen Ländern in Bezug auf ihren Erwerbsstatus kaum mehr

unterscheiden. Bei den Ausbildungsabsolventen von 2007 lagen im Osten im Vergleich zum Westen noch deutlich geringere Erwerbschancen vor.

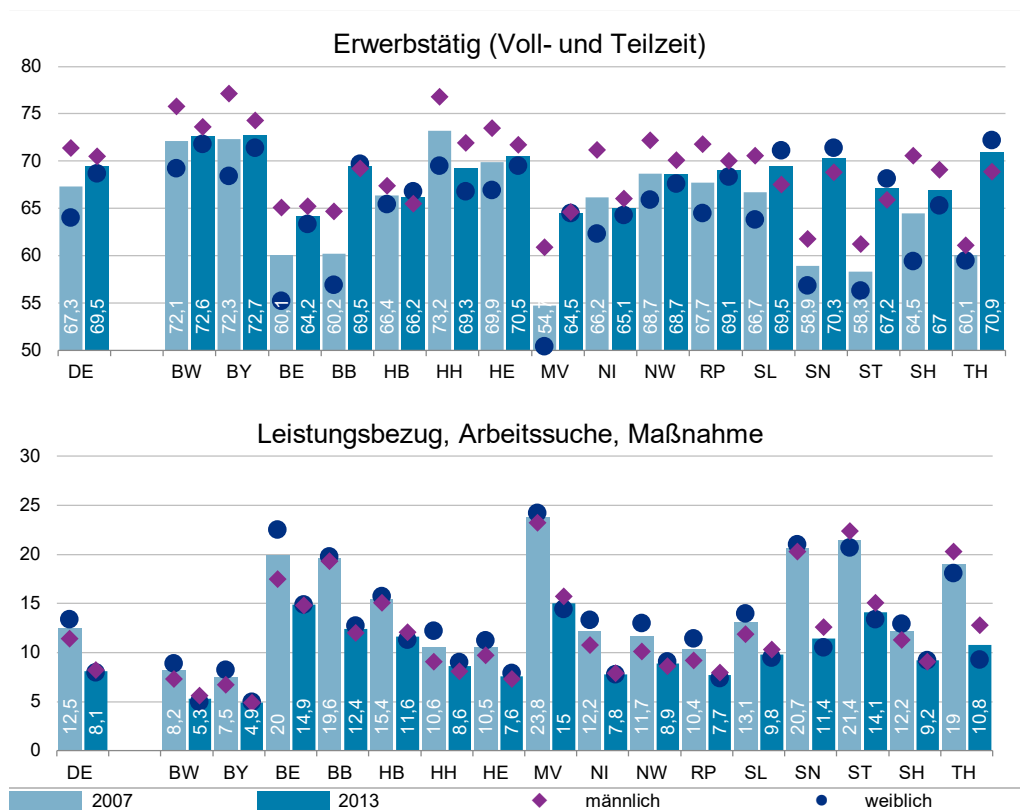
Dies bedeutet, dass der Arbeitsmarktwert der Ausbildung in den östlichen Ländern in dem kurzen Zeitraum von sechs Jahren beträchtlich gestiegen ist. Nur ein kleiner Anteil von rund 4 % der Ausbildungsabsolventen übt eine geringfügige Beschäftigung oder eine sonstige Erwerbstätigkeit aus. Der Anteil derjenigen Ausbildungsabsolventen, die zwei Jahre nach dem Ausbildungsende im Leistungsbezug, arbeitssuchend oder in einer Maßnahme verbleiben, ist von knapp 13 auf 8 % gesunken. Kaum verändert hat sich insgesamt gesehen der Anteil der unbekannt Verbliebenen, der bei 16 % bzw. bei der jüngeren Kohorte bei 18 % lag. Für Ausbildungsabsolventen zeigt sich bundesweit trotz der verbesserten Gesamtwirtschaftslage eine relativ starke Konstanz der Erwerbsteilhabe mit Blick auf den Erwerbsstatus. Allerdings fällt ein Muster auf: In allen Bundesländern nahm der Anteil von arbeitssuchenden oder im Leistungsbezug befindlichen Personen in der Tendenz etwas ab, meist zugunsten einer überwiegend leichten Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, aber auch zugunsten leichter Steigerungen im unbekannten Verbleib.

Bezogen auf die Erwerbsbeteiligung hat sich der Marktwert der Berufsausbildung innerhalb des sechsjährigen Betrachtungszeitraums in den Ländern in ähnlichem Umfang verbessert.

Erwerbsstatus nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Unter den Ausbildungsabsolventen von 2007 waren weibliche Absolventen im Vergleich zu männlichen bundesweit noch um rund 7 Prozentpunkte häufiger erwerbstätig und um 2 Prozentpunkte seltener im Leistungsbezug (Abb. 5.11; Tab. 5.2A). Unter den Absolventen von 2013 unterscheiden sich die beiden Geschlechter kaum noch (2 Prozentpunkte), da sich die Erwerbsituation für männliche Ausbildungsabsolventen verbessert hat, allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Ländern: Am günstigsten fällt die Erwerbsteilhabe für männliche Absolventen 2013 mit knapp drei Viertel Erwerbstätigen in Baden-Württemberg, Bayern, Saarland, Sachsen und Thüringen aus. Die niedrigsten Anteile erwerbstätiger männlicher Absolventen liegen mit ca. 63 % in Berlin, ca. 65 % in Mecklenburg-Vorpommern und ca. 64 % in Niedersachsen vor. Dementsprechend weisen Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 5 % auch die niedrigsten Anteile männlicher Absolventen im Leistungsbezug auf. Den niedrigsten Erwerbsquoten entsprechend treten in Berlin und in den östlichen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 13 bis 15 % auch die höchsten Anteile von männlichen Absolventen im Leistungsbezug auf.

Abbildung 5.11 Ausgewählte Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 und 2013 zwei Jahre nach Beendigung der Ausbildung nach Geschlecht und Ländern (in %)

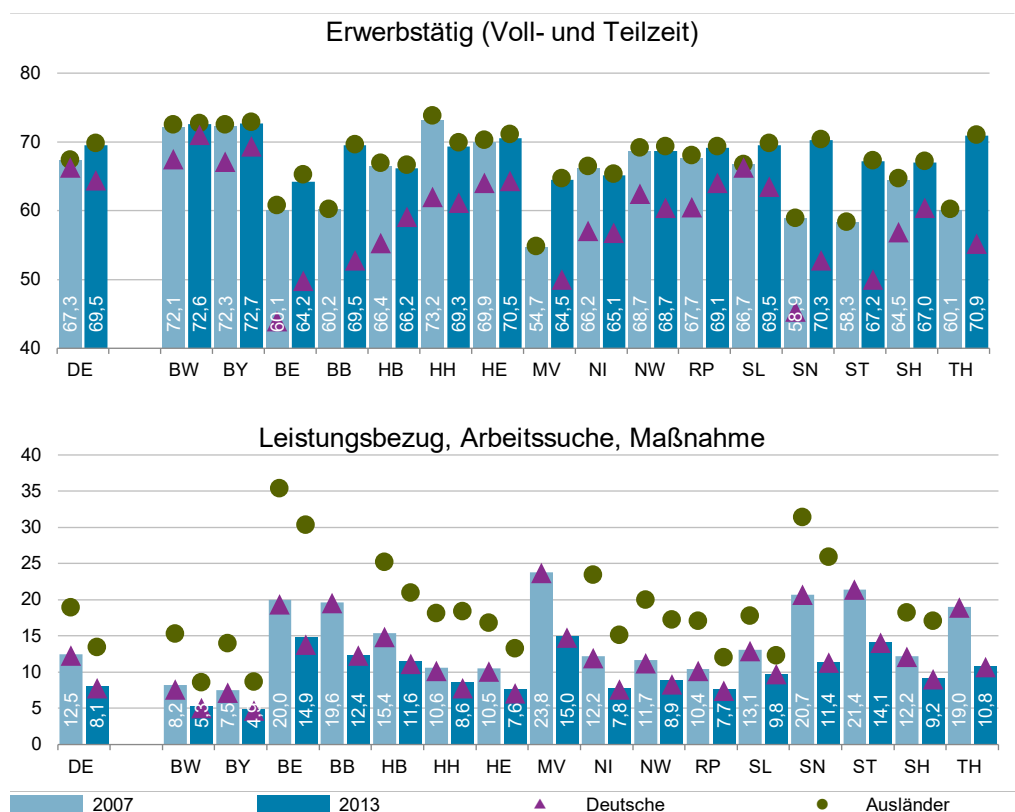


Quelle: IAB, Integrierte Erwerbsbiographien (IEB Version 12.01) Berechnungen des IAB, eigene Darstellung

Im Betrachtungszeitraum nähern sich die Erwerbschancen der Geschlechter an, ohne dass sich allerdings die Unterschiede ganz auflösen (Abb. 5.11).

Unter den Ausbildungsabsolventen von 2007 waren deutsche und ausländische Jugendliche noch zu ähnlichen Anteilen nach Abschluss der Ausbildung erwerbstätig (Abb. 5.12; Tab. 5.3A). Bei den Absolventen von 2013 fallen die Anteile der Erwerbstätigen bei den Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hingegen niedriger aus. Obwohl sich die Anteile erwerbstätiger Jugendlicher insgesamt erhöht haben, sind bei den ausländischen Jugendlichen die Anteile der erwerbstätigen Ausbildungsabsolventen leicht zurückgegangen. Dies spiegelt sich aber nicht in einer Zunahme beim Leistungsbezug, denn diese Anteile sind sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Jugendlichen zurückgegangen. Zwischen 2007 und 2013 nimmt vielmehr der Anteil derjenigen zu, die unbekannt verblieben sind (Tab. 5.3A). Unter den Ausbildungsabsolventen von 2013 sind die höchsten Anteile erwerbstätiger ausländischer Jugendlicher mit jeweils etwa 70 % in den beiden süddeutschen Flächenländern vorzufinden. Hier fallen zugleich die Anteile ausländischer Ausbildungsabsolventen im Leistungsbezug und Maßnahmen mit jeweils knapp 9 % am niedrigsten aus. Die niedrigsten Anteile erwerbstätiger ausländischer Ausbildungsabsolventen befinden sich in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo nur rund die Hälfte der Ausbildungsabsolventen erwerbstätig ist. Ähnlich wie bei der gesamten Kohorte, befindet sich auch bei den ausländischen Jugendlichen wiederum in Berlin (ca. 30 %), und Sachsen (ca. 26 %) der höchste Anteil im Leistungsbezug. Zu Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen können aus Datenschutzgründen keine Werte hierzu ausgewiesen werden.

Abbildung 5.12 Ausgewählte Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 und 2013 zwei Jahre nach Beendigung der Ausbildung nach Staatsangehörigkeit und Ländern (in %)



Anmerkungen: Aus Datenschutzgründen werden bei der Darstellung zur Erwerbstätigkeit bei Ausbildungsabsolventen des Jahres 2007 mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen keine Werte ausgewiesen.

Aus Datenschutzgründen werden bei der Darstellung zum Leistungsbezug bei Ausbildungsabsolventen des Jahres 2007 und 2013 mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen keine Werte ausgewiesen.

Quelle: IAB, Integrierte Erwerbsbiographien (IEB Version 12.01), Berechnungen des IAB, eigene Darstellung

Die relative Ungleichheit in der Erwerbsintegration ausländischer Ausbildungsabsolventen hat sich bundesweit zwischen 2007 und 2013 vergrößert (Abb. 5.12). War das Verhältnis zwischen den deutschen und den ausländischen Absolventen von 2007 noch fast ausgeglichen (ca. 5 Prozentpunkte niedriger), liegt bei den Absolventen von 2013 der Anteil der deutschen Erwerbstätigen unter dem ausländischer Absolventen. Diese Entwicklung zeigt sich allerdings nicht in allen Bundesländern, zu denen die Werte ausgewiesen werden können, sondern nur in den westlichen Flächenländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland sowie in Sachsen. In Bezug auf den Leistungsbezug hat sich die relative Ungleichheit bundesweit und in den meisten Bundesländern zwischen 2007 und 2013 vergrößert. Ausnahmen von dieser Entwicklung stellen die beiden süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern sowie Saarland und Rheinland-Pfalz dar, in denen die relative Ungleichheit abgenommen hat.

Betrachtet man die Ungleichheitsrelation der Ausbildungsabsolventen von 2013 im Vergleich der Bundesländer (im Bund liegt sie bei 0,98), dann treten in Berlin und in den östlichen Flächenländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt die größten relativen Unterschiede in der Erwerbstätigkeit auf. Hier ist die Wahrscheinlichkeit für

ausländische im Vergleich zu deutschen Ausbildungsabsolventen um etwa das 0,75-Fache kleiner. In Baden-Württemberg liegt hingegen ein fast ausgeglichenes Verhältnis vor. Das Gefälle zwischen den Ländern korrespondiert mit den unterschiedlichen Arbeitslosigkeitsquoten zu den Ländern (vgl. Kap. 2)

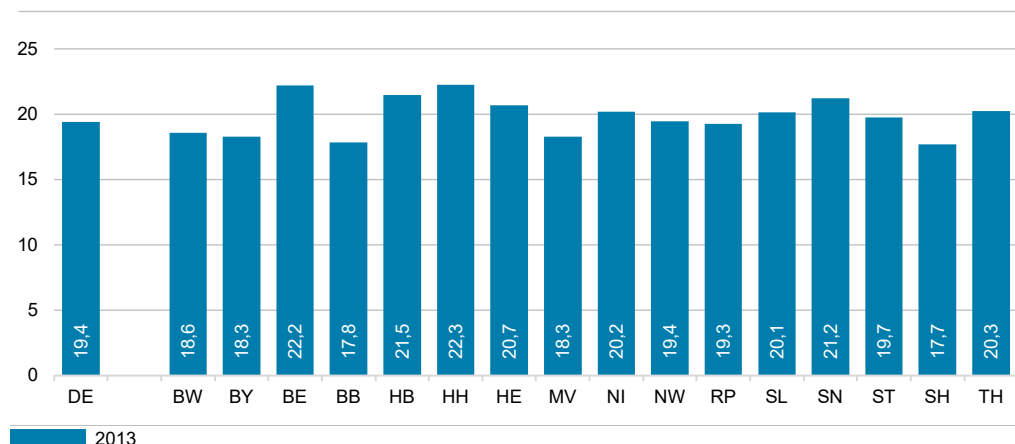
Mit Blick auf die Entwicklung der sozialen Chancengerechtigkeit fällt die Bilanz zum Erwerbsstatus nach Staatsangehörigkeit durchmischt aus. Ein rückläufiger Anteil im Leistungsbezug bei den ausländischen Absolventen bedeutet nicht gleichzeitig eine Verbesserung der Erwerbsintegration im Vergleich zu deutschen Absolventen. Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob der zunehmende Anteil in der Kategorie der unbekannt Verbliebenen bei den ausländischen Absolventen eine positive Entwicklung darstellt.

5.4.2 Ausbildungsadäquanz

Die Ausbildungsadäquanz gibt Aufschluss darüber, in welchem Umfang eine Tätigkeit ausgeübt wird, die der beruflichen Ausbildung entspricht. Aus der Perspektive der Jugendlichen geht es darum, inwiefern eine Ausbildung die Möglichkeit sichert, die in der Ausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten anzuwenden. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist es eine Frage der Effizienz, inwiefern Personen entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigt werden. Auf Basis der Klassifikation der Berufe (KldB) von 2010 lässt sich die Niveauidäquanz der ausgeübten Tätigkeit zum erlernten Beruf darstellen. Die KldB 2010 unterscheidet vier Qualifikationsstufen. Die erste Stufe umfasst „Helfer- und Anlern Tätigkeiten“. Auf der zweiten Stufe sind die „fachlich ausgerichteten Tätigkeiten“ angesiedelt, die auf eine abgeschlossene Berufsausbildung rekurrieren. Insgesamt üben 80 % der Ausbildungsabsolventen des Jahres 2013 eine Tätigkeit aus, die oberhalb der Helfer- und Anlern Tätigkeiten liegt und somit als ausbildungsadäquat gelten kann. Umgekehrt übt immerhin knapp ein Fünftel der Jugendlichen, die eine Ausbildung absolviert haben, eine auf das Niveau bezogene ausbildungsinadäquate Tätigkeit aus. Angesichts eines Anteils von ca. 8 % von Jugendlichen, die zwei Jahre nach einer Ausbildung arbeitslos sind (Abb. 5.13) und deshalb nicht in die Berechnung der Adäquanz eingehen, erscheint dieser Anteil von rund einem Fünftel als relativ groß.

Nach Bundesländern unterscheidet sich das Ausmaß der Inadäquanz kaum. Die höchsten Anteile inadäquater Tätigkeit werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit jeweils etwas mehr als einem Fünftel ausgewiesen. Die niedrigsten Anteile, etwa 3 bis 5 Prozentpunkte weniger als in den Stadtstaaten, liegen in den westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein und in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vor. Die Quote schwankt für die Ausbildungsabsolventen 2013 um etwa 5 Prozentpunkte. Der wesentliche Unterschied zwischen den Bundesländern in Bezug auf die Erwerbsteilhabe von Ausbildungsabsolventen liegt somit eher bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als im Ausmaß der Adäquanz der Erwerbstätigkeit. Politisch stellt sich gleichwohl für alle Bundesländer die Frage, wie sich das Maß an Inadäquanz verringern lässt, da sich dahinter auch nicht angemessene Qualifikation verbergen kann, was sich als Passungsproblem und Leistungsdefizit der betrieblichen Ausbildung interpretieren lässt.

Abbildung 5.13 Inadäquanz der Beschäftigung nach Tätigkeitsniveau zwei Jahre nach Beendigung der Ausbildung 2013 nach Ländern (in %)



Quelle: IAB, Integrierte Erwerbsbiographien (IEB Version 12.01), Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

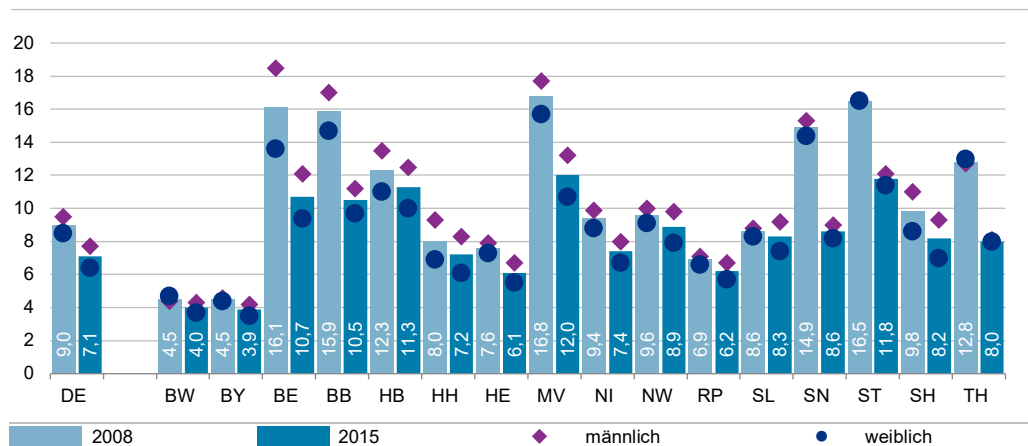
5.4.3 Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit kann sowohl als Ausdruck einer ungünstigen wirtschaftlichen Gesamtsituation als auch als Ausdruck eines Passungsproblems zwischen Qualifikationen von ausgebildeten Jugendlichen und Bedarfen des Arbeitsmarktes gesehen werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit, hier gemessen an der Arbeitslosigkeit der 20- bis unter 30-Jährigen, ist zwischen 2008 und 2015 in Deutschland von 9 auf 7 % gesunken (Abb. 5.14; Tab. 5.4A). Die höchsten Arbeitslosenquoten in der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen liegen 2015 in den Stadtstaaten Berlin und Bremen und in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt vor: Etwa jeder Zehnte ist hier von Arbeitslosigkeit betroffen. Besonders geringe Arbeitslosenquoten zeigen sich in den süddeutschen Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern mit rund 4 %. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten hat sich von ca. 12 auf 8 Prozentpunkte verringert. Die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Flächenländern sind zwar nicht mehr so stark ausgeprägt wie 2005, aber immer noch augenfällig. Damals lag die Jugendarbeitslosenquote in den westlichen Flächenländern zwischen 4,5 und knapp 10 % und in den ostdeutschen Flächenländern zwischen 13 und 17 %, aktuell liegt sie zwischen 4 und 9 % bzw. 8 und 12 % (Abb. 5.14; Tab. 5.4A).

Hervorzuheben ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit der 20- bis unter 30-Jährigen insgesamt auch 2015 deutlich nach West und Ost differiert, wogegen der Erwerbsstatus (Abs. 5.4.1) und die Ausbildungsadäquanz (Abs. 5.4.2) der ausgeübten Tätigkeit von Ausbildungsabsolventen sich aktuell kaum zwischen westlichen und östlichen Ländern unterscheiden. In Bezug auf die Erwerbsteilhabe geht die günstige Entwicklung der Wirtschaftslage also vor allem bei denjenigen Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung absolviert haben, mit einer Angleichung von West-Ost-Unterschieden bzw. Bundeslandunterschieden einher und nicht bei allen Jugendlichen.

Abbildung 5.14 Jugendarbeitslosigkeit (20- bis unter 30-Jährige) nach Geschlecht und Ländern 2008 und 2015 (in %)

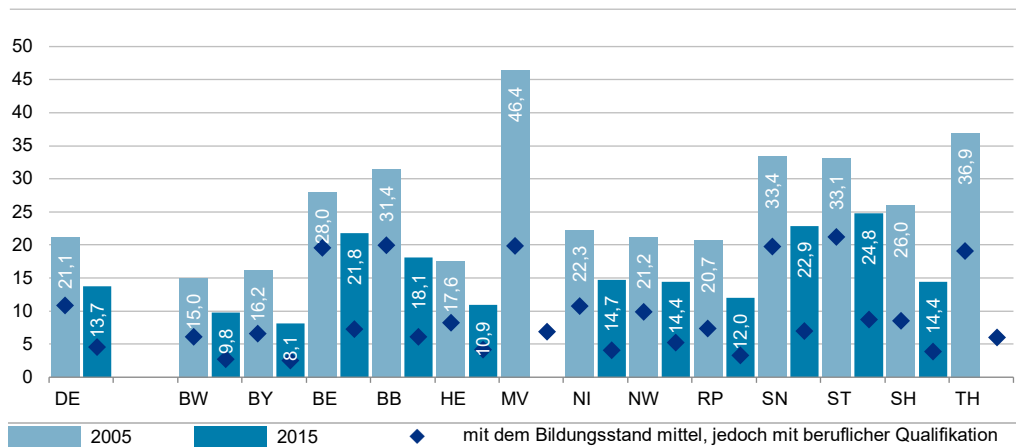


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten nach ausgewählten Merkmalen, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, Jahresdurchschnitte, Sonderauswertung, eigene Darstellung

Die Arbeitslosenquote der jungen Männer in dieser Altersgruppe liegt in Deutschland um 1,3 Prozentpunkte höher als die der Frauen. Die relativen Unterschiede zwischen Männern und Frauen fallen dabei am stärksten, wenn auch moderat, in Hamburg und Schleswig-Holstein aus. Hier ist der Anteil arbeitsloser Jugendlicher bei Männern um das 1,4- bzw. 1,3-Fache höher als bei den Frauen (Abb. 5.14). Ein ausgeglichenes Verhältnis liegt in Thüringen vor. In Bezug auf die soziale Chancengerechtigkeit bleiben, gemessen an der Jugendarbeitslosigkeit, Nachteile der Männer im Vergleich zu Frauen festzustellen und auch Unterschiede zwischen den Bundesländern, selbst wenn sich diese im Betrachtungszeitraum abgeschliffen haben.

5.4.4 Erwerbslosenquote für Personen ohne Abschluss

Die Erwerbsteilhabe von Jugendlichen ohne beruflichen Abschluss ist auch als ein Resultat von Berufsbildungspolitik zu verstehen – gleichsam als deren negative Seite im Sinne versäumter Qualifizierung. Mit der Erwerbslosenquote nach der Definition der International Labour Organisation (ILO) ist es – im Unterschied zur Jugendarbeitslosenquote, die nicht nach Altersgruppen mit Bildungsstand ausgewiesen wird – möglich, die Erwerbsituation von jungen Erwachsenen ohne beruflichem Abschluss in einer spezifischen Altersgruppe zu erfassen. Die Definitionen von Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit und Erwerbslosenquote der ILO unterscheiden sich in mehreren Aspekten (vgl. Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit im Glossar). Es werden die Erwerbslosenquoten von Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren dargestellt, um die Situation junger Erwachsener ohne Abschluss in einem Alter, in dem typischerweise bereits eine berufliche Ausbildung absolviert wurde, auszuleuchten.

Abbildung 5.15 Erwerbslosenquoten der 25- bis unter 35-Jährigen nach Bildungsstand und Ländern 2005 und 2015 (in %)

Anmerkungen: Aufgrund von niedrigen Besetzungszahlen bei den Erwerbslosen liegen zum Saarland keine nachweisbaren Zahlen zu 2005 und 2015 vor, zu Bremen und Hamburg keine Werte zu 2015. Daher werden diese drei Bundesländer nicht extra ausgewiesen.

Wegen niedrigen Besetzungszahlen fehlen zudem nachweisbare Zahlen zu einzelnen Bildungsgruppen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, eigene Darstellung

Die Erwerbslosenquoten von Personen ohne beruflichen Abschluss sind in Deutschland insgesamt zwischen 2005 und 2015 zwar von 21 auf 14 % gesunken, bleiben jedoch immer noch mindestens doppelt oder dreifach so hoch wie die Quoten der Jugendlichen mit beruflichem Abschluss (Abb. 5.15; Tab. 5.5A). Die höchsten Erwerbslosenquoten treten dabei 2015 in Berlin (ca. 22 %) und in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg (18 %), Sachsen (23 %), Sachsen-Anhalt (25 %) auf. Am geringsten ist das Risiko der Erwerbslosigkeit für Jugendliche ohne beruflichen Bildungsabschluss in den süddeutschen Flächenländern mit knapp 10 bzw. 8 %. Die Unterschiede zwischen den östlichen Flächenländern (18,1 bis 24,8 %) und den westlichen Flächenländern (8,1 bis 14,7 %) verweisen darauf, dass die Spannbreite ähnlich groß ist, jedoch die Erwerbslosigkeit in den westlichen Flächenländern auf niedrigerem Niveau liegt. Auch treten hier, bei der Erwerbslosigkeit der Gruppe der Personen ohne beruflichen Abschluss, die Ost-West-Unterschiede deutlicher hervor als bei der Jugendarbeitslosigkeit insgesamt.

Die Unterschiede zwischen der Erwerbslosigkeit von Personen ohne und mit einem beruflichen Abschluss sind dabei in allen Bundesländern deutlich ausgeprägt. So ist 2015 bei einem beruflichen Abschluss die Wahrscheinlichkeit, erwerbslos zu sein, etwa um das 0,3-Fache kleiner als wenn kein beruflicher Abschluss erworben wurde. Bei dieser Ungleichheitsrelation unterscheiden sich die Bundesländer kaum. Die Varianz der Erwerbslosenquote ist dabei deutlich geringer bei den Jugendlichen mit beruflichem Abschluss als bei den Jugendlichen ohne.

Der Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss, für die hier die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen herangezogen wird, hat sich zwischen 2007 und 2015 kaum verändert (Abb. 5.16; Tab. 5.6A).²⁴ Der Anteil lag 2007 bei knapp 19 % und

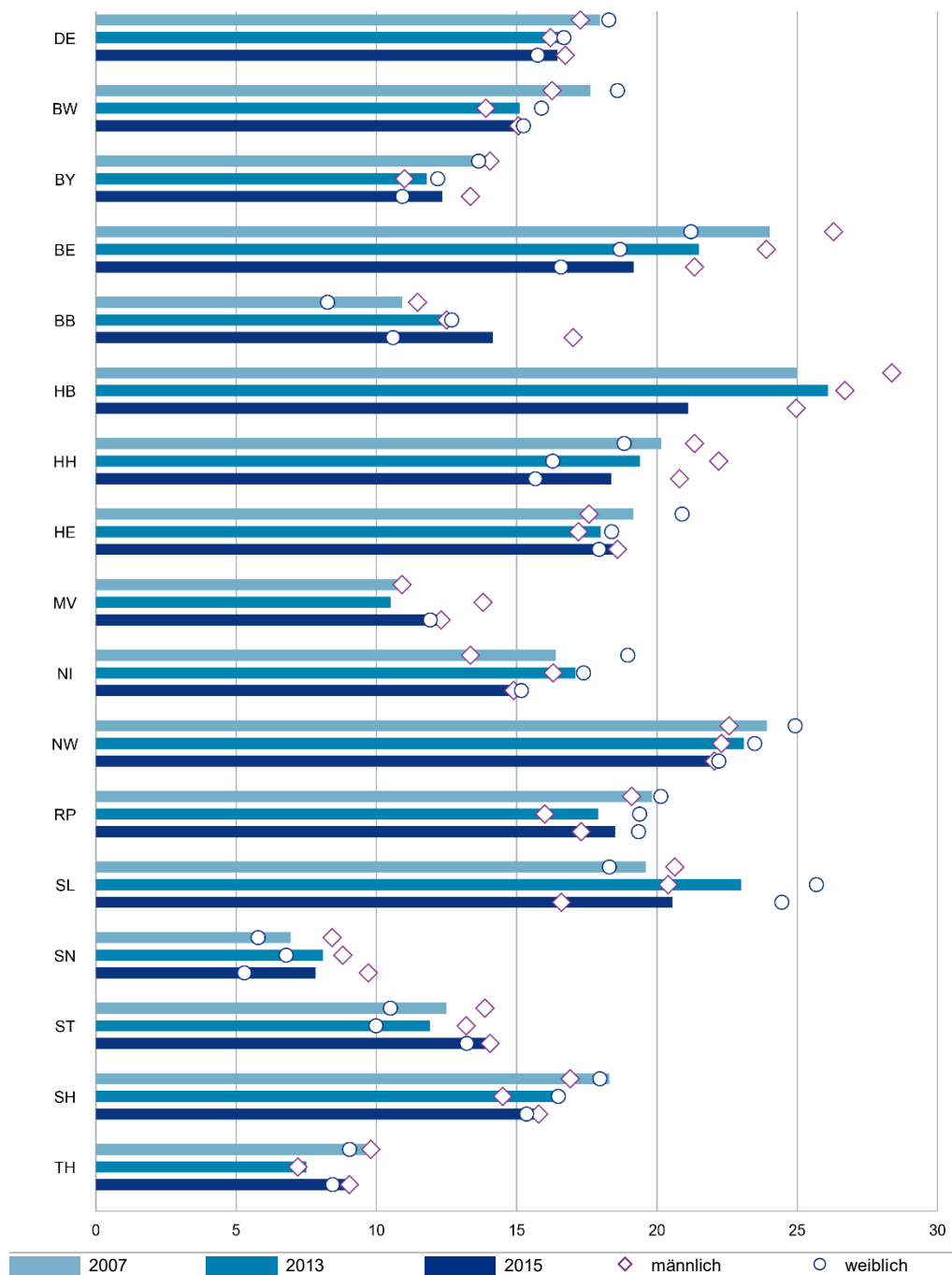
²⁴ Die Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen statt z. B. der 25- bis unter 35-Jährigen wird dargestellt, weil sich bei der Teilgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen noch fast die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund in schulischer oder beruflicher Bildung befindet (Tab. 5.7A) und bei diesem Indikator eine Auswertung nach Migrationshintergrund vorgenommen wird.

2015 bei knapp 17 %. Da diese Daten auf Hochrechnungen des Mikrozensus basieren, sind leichte Veränderungen vorsichtig zu interpretieren.

Auch im Jahr 2015 weisen die östlichen Flächenländer die niedrigsten Anteile von Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss im Alter von 30 bis unter 35 auf. Sie liegen zwischen 8 % in Sachsen und 15 % in Brandenburg und somit unterhalb des Bundesdurchschnitts. In den westlichen Flächenländern liegt nur in Bayern ein ähnlich niedriger Anteil vor (12 %). Mit etwa einem Fünftel von Jugendlichen, die keinen beruflichen Abschluss erzielt haben, treten die höchsten Anteile in den westlichen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (22 %), Hessen (19 %) und Saarland (21 %) auf. Auch in den Stadtstaaten weisen ähnlich hohe Anteile von Personen keinen beruflichen Abschluss auf (Berlin: 19 %; Bremen: 21 %; Hamburg: 18 %).

Der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss unter den 30- bis unter 35-Jährigen hängt nicht signifikant mit der Arbeitslosenquote insgesamt in dieser Altersgruppe (Tab. 5.4A) zusammen ($r = 0,13$; $p = 0,624$). Qualifikationsspezifische Unterschiede zwischen den Bundesländern als Ursache für diesen ausbleibenden Zusammenhang werden durch die Befunde in Abschnitt 5.4.3 gestützt.

Abbildung 5.16 Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss bei den 30- bis unter 35-Jährigen nach Geschlecht und Ländern 2007, 2013 und 2015 (in %)



Anmerkungen: Die Werte für Frauen in Bremen 2007, 2013 und 2015, für Frauen in Mecklenburg-Vorpommern 2007 und 2013 und für Frauen in Thüringen 2013 fehlen, da der Zahlenwert nach Angabe des Statistischen Bundesamtes nicht sicher genug ist.

Da die Angaben bis 2012 noch nicht auf Hochrechnungen des Mikrozensus mithilfe des Zensus 2011 beruhen, wurde 2013 als dritter Zeitpunkt für die Darstellung ausgewählt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnis des Mikrozensus, Sonderauswertungen

Zusammenhänge zwischen Kontextindikatoren und dem Anteil ausbildungsloser Personen

Eine Reihe von Kontextindikatoren (vgl. Kap. 2) stehen im Zusammenhang mit dem Anteil der 30- bis 35-Jährigen ohne beruflichen Abschluss. Die berufliche Struktur der Beschäftigten in einem Bundesland hängt mit dem Anteil der Personen ohne berufliche Bildung zusammen. Je höher der Anteil von Beschäftigten in Produktionsberufen ($r = -0,58$; $p = 0,018$) und je geringer der Anteil von Personen in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen ($r = 0,49$; $p = 0,053$) sowie IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen ($r = 0,49$; $p = 0,056$) ist, desto höher ist der Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss. In den Flächenländern Sachsen, Thüringen und Bayern ist der Anteil der Beschäftigten in den Produktionsberufen höher als z. B. in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg und der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss zugleich niedriger. Die Produktionsberufe können offensichtlich gerade Jugendliche mit geringer Bildung Ausbildungschancen bieten. In Bundesländern, in denen unter den Beschäftigten ein höherer Anteil keinen beruflichen Abschluss aufweist ($r = 0,79$; $p = 0,000$), bzw. ein niedrigerer Anteil einen Aus- oder Fortbildungsabschluss hat ($r = 0,64$; $p = 0,007$), fällt auch der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss höher aus.

Auch die Betriebsgrößenstruktur spielt eine Rolle für den Anteil der Personen ohne berufliche Ausbildung. Je höher der Anteil von Kleinst- ($r = -0,54$; $p = 0,030$), Klein- ($-0,64$; $p = 0,008$) sowie mittelgroßen Betrieben ($r = -0,54$; $p = 0,030$) und je kleiner der Anteil von Großbetrieben ($r = 0,67$; $p = 0,005$) ist, desto geringer der Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss. Auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung ($r = 0,76$; $p = 0,001$), an der Erwerbsbevölkerung ($r = 0,76$; $p = 0,001$) und an den 15- bis 24-Jährigen ($r = 0,79$; $p = 0,000$) steht im Zusammenhang mit dem Anteil der Personen ohne beruflichem Abschluss unter den 30- bis 35-Jährigen. Je höher die Anteile mit Migrationshintergrund an den jeweiligen Kategorien, desto höher der Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss. Dazu passt, dass der Zusammenhang des Anteils der selbst Zugewanderten unter den 15- bis 24-Jährigen schwächer ausfällt ($r = 0,57$; $p = 0,021$) als der Zusammenhang mit dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund insgesamt.

Nach Geschlecht

Bundesweit bestehen zwar sowohl 2007 als auch 2015 kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern beim Anteil von Jugendlichen ohne beruflichen Bildungsabschluss in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen (Abb. 5.16; Tab. 5.6A). Zugleich aber variiert die Geschlechterungleichheit und somit das Ausmaß sozialer Chancengerechtigkeit doch zwischen den Ländern. Unterschiede von 4 bis 6 Prozentpunkten zuungunsten der jungen Männer treten 2015 in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Sachsen auf. Ein Nachteil für Frauen um rund 8 Prozentpunkte zeigt sich im Saarland. Aufgrund kleiner Fallzahlen der Stichprobe im Saarland ist dieser Befund allerdings vorsichtig zu interpretieren (vgl. Herter-Eschweiler, Neuber-Pohl 2017: 333).

Nach Migrationshintergrund

Sehr deutliche Unterschiede im Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss zeigen sich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Abb. 5.17; Tab. 5.6A). Dies gilt sowohl bundesweit als auch in den einzelnen Bundesländern. Obwohl sich leichte Verringerungen des Anteils von Personen ohne beruflichen Abschluss bei den Personen mit Migrationshintergrund abzeichnen (im Bund, in Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen verringert er sich um 4 bis 5 Prozentpunkte, im Saarland um

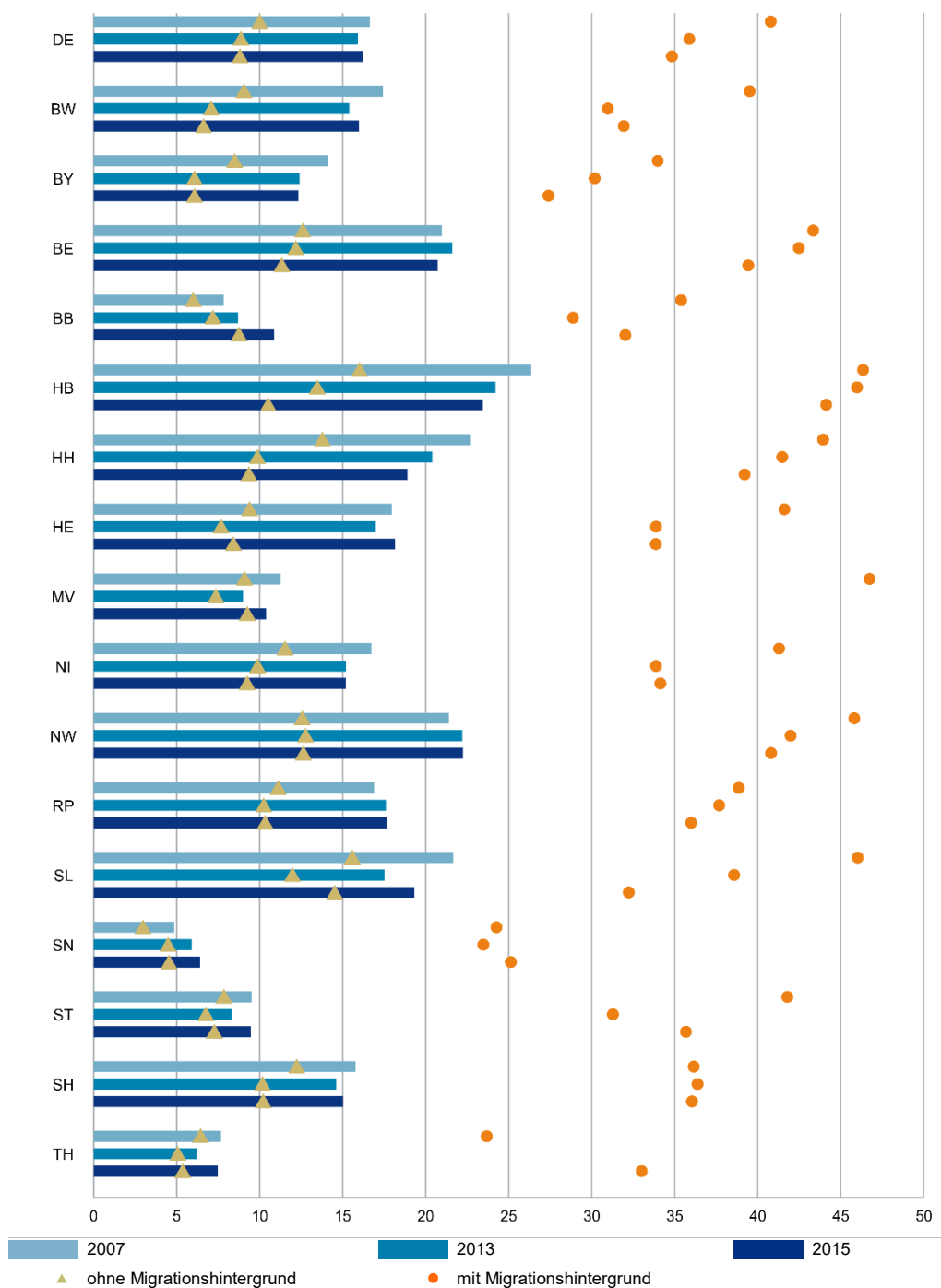
13 Prozentpunkte) bleibt der Anteil doch mit etwa einem Drittel auf einem hohen Niveau. Entgegen dieser Entwicklungsrichtung ist der Anteil in Thüringen von 24 auf 33 % gestiegen.²⁵ Der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss unter den Personen mit Migrationshintergrund schwankt von rund einem Viertel in Sachsen bis zu mehr als zwei Fünfteln in Bremen.

Im Verhältnis zu den Personen ohne Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit für Personen mit Migrationshintergrund, keinen beruflichen Abschluss aufzuweisen, in Deutschland 2015 um das 3,8-Fache höher. Diese Ungleichheitsrelation unter den 30- bis unter 45-Jährigen²⁶ ist in den östlichen Flächenländern Thüringen und Sachsen mit rund fünf- bzw. sechsfacher Wahrscheinlichkeit am deutlichsten ausgeprägt und fällt im Saarland mit immer noch doppelter Wahrscheinlichkeit am geringsten aus. Da ein gewisser Anteil der Personen mit Migrationshintergrund selbst zugewandert ist, sind die Anteile allerdings auch nicht nur als das Ergebnis der beruflichen Bildungsangebote vor etwa 15 bis 30 Jahren anzusehen.

²⁵ Die gestiegene Anzahl von Schutz- und Asylsuchenden ist hierfür nicht die alleinige Ursache, da die Werte auf hochgerechneten Stichproben des Mikrozensus auf Basis von Wohngebäuden beruhen, provisorische Unterkünfte nicht berücksichtigt und Schutz- und Asylsuchende somit unterrepräsentiert sind (Herter-Eschweiler, Neuber-Pohl 2017: 336).

²⁶ Für Personen mit Migrationshintergrund sind nur für die Altersgruppe der 30- bis unter 45-Jährigen Auswertungen auf Länderebene möglich, da bei der Altersgruppe der 30 bis 35-Jährigen zu kleine Fallzahlen in den Bundesländern auftreten. Aber zwischen den Anteilen der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen einerseits und der Altersgruppe der 30 bis unter 45-Jährigen andererseits gibt es einen starken Zusammenhang ($r = 0,91$; $p = 0,000$; Tab. 5.8A), so dass diese Altersgruppe für den Vergleich von Bundesländern herangezogen werden kann.

Abbildung 5.17 Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss bei den 30- bis unter 45-Jährigen nach Migrationshintergrund und Ländern 2007, 2013 und 2015 (in %)



Anmerkung: Die Werte für Personen mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern 2013 und 2015 und in Thüringen 2013 fehlen, da der Zahlenwert nach Angabe des Statistischen Bundesamtes nicht sicher genug ist. Da die Angaben bis 2012 noch nicht auf Hochrechnungen des Mikrozensus mithilfe des Zensus 2011 beruhen, wurde 2013 als dritter Zeitpunkt für die Darstellung ausgewählt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnis des Mikrozensus, Sonderauswertungen

5.5 Ambivalente Ausbildungsergebnisse (Fazit)

Bewegte sich die Analyse bisher mit den Verschiebungen in der Struktur der Neuzugänge und den Ausbildungsangeboten in den unterschiedlichen Sektoren der Berufsausbildung auf der Ebene der Länderausbildungssysteme als Ganzes, so standen jetzt mit den Verläufen und Resultaten der Ausbildung die Qualität der Ausbildungsprozesse im Zentrum der Betrachtung. Damit sind Ausbildungsverläufe, Abschlüsse und mit der Ausbildung erreichte Arbeitsmarktchancen in den Blick gerückt. Da auch diese nicht unabhängig von den ökonomischen und sozialen Kontextbedingungen in den Regionen sind, gilt auch hier den Differenzen zwischen den Ländern das Hauptaugenmerk, wobei zunächst immer Veränderungen im Bundesdurchschnitt betrachtet werden.

Bei der Leistungsfähigkeit der Ausbildungsverläufe, für die der einzig übergreifende Indikator, die Vertragslösungsquote, herangezogen wurde, ist im Betrachtungszeitraum (2010–2015) die Vertragslösungsquote bundesweit nur geringfügig angestiegen, was auf keine substanzielle Verschlechterung der Leistungsbilanz hindeutet, allerdings auch nicht auf eine Verbesserung. In den Ausbildungsbereichen des dualen Systems bleibt wie schon länger der Hauptschwachpunkt bei den Ausbildungsverläufen das Handwerk, in dem 2015 mit über 30 % der Durchschnitt von 25 % deutlich überschritten wurde. Die Gesamttendenz wird allerdings nach Ländern und Personengruppen beträchtlich durchbrochen: Deutlich überdurchschnittliche Vertragslösungsquoten weisen die ostdeutschen Länder und Berlin auf, die niedrigsten Quoten finden sich in den großen westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Bei den Personengruppen fällt eine stark gespaltene Leistungsbilanz für die Vertragslösungsquoten bei den Berufen für Menschen mit Behinderungen auf: Vor allem in den ostdeutschen Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Westen in Niedersachsen und Hamburg haben sich 2015 die Vertragslösungsquoten deutlich erhöht. Demgegenüber sind sie in Berlin, Rheinland-Pfalz und dem Saarland stärker gefallen und in den übrigen Ländern in etwa gleichgeblieben.

Eine schlüssige Erklärung der Länderdifferenzen ist aus den statistischen Daten kaum zu gewinnen. Die Korrelationen mit personenbezogenen und strukturellen Merkmalen weisen die größte Eindeutigkeit bei der Jugenderwerbslosigkeit auf. In den Ländern, in denen die Quote der Jugendarbeitslosigkeit (20- bis unter 30-Jährige) hoch ist, treten auch hohe Vertragslösungsquoten auf. Diesen Zusammenhang als valide unterstellt, würde bedeuten, dass die Vertragslösungsquote weniger als Leistungsindikator für den Ausbildungsverlauf als vielmehr für Arbeitsmarktkontexte betrachtet werden müsste. In diese Richtung deutet auch der berufs- und betriebsstrukturelle Zusammenhang mit dem Handwerk. Allerdings sollte man die Bildungsseite aus der Erklärung nicht ganz ausklammern, da Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss auch insgesamt ein höheres Risiko der Ausbildungsunterbrechung tragen. Die niedrigen Vertragsauflösungsquoten in Bayern und Baden-Württemberg könnten dafür stehen, wenn man nicht nur den formalen Bildungsabschluss, sondern auch das Bildungsniveau der Absolventen mit in Betracht zieht.

In beiden vollqualifizierenden Ausbildungssystemen kommt es, gemessen an den Absolventenquoten zwischen 2008 und 2015, bundesweit zu Leistungseinbußen: Im dualen System sinkt die Absolventenquote um 6 Prozentpunkte (von 86 auf 80 %), im Schulberufssystem ähnlich stark, um 7 Prozentpunkte (von 76 auf 69 %). Auch hier sind die Länderdifferenzen nicht unbeträchtlich – in den dualen Systemen größer als im Schulberufssystem. Am stärksten sinken die Absolventenquoten in dualen Systemen in den großen Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie in den ostdeutschen Ländern Sachsen

und Sachsen-Anhalt, die geringsten Rückläufigkeiten weisen die süddeutschen Flächenländer auf. Von besonderem Interesse scheint die Entwicklung in den Stadtstaaten, die einen höheren Anteil von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in eine Berufsausbildung integriert haben. Ob die Leistungsverbesserung im Übergangsmanagement durch Integration höherer Anteile von niedrigqualifizierten Jugendlichen in eine Berufsausbildung im Ausbildungsverlauf dann durch unzulängliche Unterstützung dieser Jugendlichen konterkariert wird, wäre zu klären. Die hohe Korrelation zwischen Abschlussquoten und Vertragsauflösungsquoten, die bei Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss am höchsten sind, spricht ebenfalls dafür, dass für diese Jugendlichen, wenn sie den Übergang in eine anerkannte Ausbildung geschafft haben, zu wenig Unterstützungsleistungen in der Ausbildung bereitgestellt werden.

Die im Vergleich mit dem dualen System traditionell niedrigere Absolventenquote im Schulberufssystem hat sich auch in den letzten Jahren mit –10 % stabilisiert. Die Länderdifferenzen folgen im Positiven dem Muster des dualen Systems: Bayern und Baden-Württemberg weisen die höchsten Absolventenquoten aus, während – abweichend vom dualen System – Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die niedrigsten Quoten verzeichnen. Der Bezug zur Zunahme von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im Schulberufssystem in einigen westdeutschen Flächenländern gibt keine eindeutige Auskunft, ob der höhere Anteil von Hauptschülern als Ursache für sinkende Absolventenquoten gelten kann. Ob die günstigeren Absolventenquoten von Frauen im Schulberufssystem etwas mit unterschiedlichem Bildungsstand oder damit zu tun haben, dass sich die Entwicklung des Schulberufssystems immer mehr zu traditionell weiblich konnotierten Berufen entwickelt, muss vorerst offenbleiben.

Die berufliche Integration in den Arbeitsmarkt stellt für die Absolventen den materiellen Zweck ihrer Berufsausbildung dar. Seine Erfüllung ist allerdings nicht allein vom erlernten Beruf, sondern auch von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig. Zwischen den Abschlussjahrgängen 2007 und 2013 hat sich die Erwerbstätigenquote zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss bundesweit nur geringfügig verbessert (von 67 auf 70 %), obwohl in diesem Zeitraum das Beschäftigungsvolumen stark angestiegen ist. Hinter der Gesamttendenz verbergen sich gravierende Länderunterschiede: Im Osten Deutschlands stieg die Erwerbstätigenquote um 10 Prozentpunkte, im Westen stagnierte sie, sodass sich die Erwerbsbeteiligung in beiden Ländergruppen zunehmend angeglichen hat. Dabei ist nicht zu übersehen, dass auch zwischen den westlichen Bundesländern auffällige Unterschiede existieren, so etwa zwischen Bayern und Baden-Württemberg auf der einen und Niedersachsen auf der anderen Seite.

Bei den personenbezogenen Merkmalen ist eine Gegenläufigkeit zu konstatieren: Die geschlechtsspezifische Ungleichheit der Erwerbsbeteiligung zulasten der jungen Männer löst sich zunehmend auf, ohne ganz zu verschwinden. Anders verhält es sich bei der Staatsangehörigkeit. Hier bleiben die Disparitäten in der Erwerbsbeteiligung zwischen Deutschen und ausländischen Ausbildungsabsolventen relativ groß, vor allem in den östlichen Ländern, in denen sich die Differenzen mehrheitlich sogar vergrößert haben. Die Vergrößerung der Disparitäten findet noch vor dem großen Zuwanderungszuwachs von 2015 statt. Angesichts der Erhöhung der Erwerbstätigenquote um 10 Prozentpunkte im Osten Deutschlands im Betrachtungszeitraum ist die Vergrößerung der Disparität zwischen Deutschen und Ausländern sowohl unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems, dem die berufliche Integration von Ausländern schlecht gelingt, als auch unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit als sehr problematisch zu bewerten.

Die gute Beschäftigungskonjunktur hat zwar zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit geführt, die in einigen, vor allem ostdeutschen Bundesländern noch beträchtlich

ist, hat aber die erheblichen Disparitäten zwischen einem Teil der östlichen Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) und den Stadtstaaten Berlin und Bremen auf der einen und der Mehrheit der westlichen Flächenländer auf der anderen Seite nicht aufgehoben. Die extrem niedrigen Jugendarbeitslosigkeitsquoten in Bayern und Baden-Württemberg bestätigen die Annahme, dass die Disparitäten in erster Linie etwas mit den Arbeitsmärkten der Länder, weniger mit ihren Ausbildungsleistungen zu tun haben.

Von der verbesserten Beschäftigungskonjunktur profitieren die Jugendlichen ohne Berufsausbildung am wenigsten. Ihre Arbeitslosigkeitsquote bleibt auch 2015 noch doppelt bis dreifach so hoch, wie diejenige der Jugendlichen mit Ausbildung. Man kann diesen Sachverhalt nur als Aufforderung an die Länder nehmen, mehr Ausbildungsgelegenheiten gerade für die niedrigqualifizierten Jugendlichen zu schaffen.

6 Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit

6.1 Die Verschiebung der Koordinaten im Berufsbildungssystem

Eines der wichtigsten Ergebnisse des ersten, 2015 erschienenen Ländermonitors berufliche Bildung war der Beleg, dass die 16 Bundesländer zentrale und bisher zu wenig in den Blick genommene „Arenen für die Gestaltung der beruflichen Bildung“ darstellen (vgl. Baethge u. a. 2016: 106). Der vorliegende Bericht bestätigt zwei Jahre später mit einer vertieften Betrachtung der Länder als bildungspolitische Akteure erneut die Notwendigkeit einer länderbezogenen Analyseperspektive, wenn Fragen der Leistungsfähigkeit und der Chancengerechtigkeit erörtert werden sollen. Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit sind unabdingbar mit den sozioökonomischen und berufsbildungspolitischen Kontextfaktoren der Länder verknüpft, auch wenn die Enge der Zusammenhänge in Abhängigkeit vom Gestaltungswillen der Politik variiert und direkte Kausalitäten nicht unterstellt werden können.

Wie sehr Ländereinflüsse auf das Berufsbildungssystem wirken, lässt sich an drei Entwicklungen erkennen:

- Die internen Veränderungen bei der Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren der beruflichen Bildung deuten auf eine „Verschiebung des dynamischen Zentrums im Berufsbildungssystem von der nach Bundesrecht regulierten dualen Ausbildung zu der nach Länderrecht regulierten berufsschulischen Ausbildung“ (vgl. Kap. 3) hin. Die Neuzugänge zur dualen Ausbildung gehen zurück, die zu vollzeitschulischer Ausbildung legen zu; ebenso steigt der berufsschulische Teil im Übergangssektor. Damit gewinnen die beruflichen Schulen unter den Akteuren der beruflichen Bildung an Gewicht und an politischer Gestaltungsverantwortung.
- Die Höhe des Übergangssektors liegt seit einigen Jahren mehr oder weniger konstant in der Größenordnung von zwischen 250.000 und 270.000 Neuzugängen. Auch hat sich hier eine Verschiebung zu den Ländern ergeben, die die Hauptlast für die Berufsvorbereitung tragen – mit einem deutlichen Ost-West-Gefälle. In den ostdeutschen Flächenländern spielen die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, vor allem die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB), seit Längerem eine deutlich größere Rolle in der Berufsvorbereitung als in den westdeutschen Flächenländern und Stadtstaaten (Anteil der BvB-Maßnahmen an den Neuzugängen in den Übergangssektor aktuell: östliche Flächenländer 39 %, westliche 15 %). Weitere Unterschiede sind in der Bedeutung des Erreichens und Verbesserns von Schulabschlüssen und somit auch an der Rolle der Berufsfachschulen zu erkennen: Hier setzen vor allem einige westdeutsche Flächenländer wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf den Erwerb von allgemeinen Schulabschlüssen an Berufsfachschulen, während die Stadtstaaten und Schleswig-Holstein die Berufsfachschulen abgebaut haben, die in den ostdeutschen Flächenländern ohnehin keine große Rolle spielten.
- Eine dritte Entwicklung schließlich ist ebenfalls durch berufsbildungspolitische Strategien der Länder geprägt: der Umgang mit den schutz- und asylsuchenden Personen im ausbildungsrelevanten Alter. Auch hier unterscheiden sich die implementierten Maßnahmen in Dauer, Abschlussorientierung, organisatorischer und curricularer Struktur, in ihrer Kopplung an betriebliche Sozialisationserfahrungen und in ihrer Verknüpfung von Sprach- und Kulturvermittlung sowie Berufsvorbereitung. Hier liegen auf Länderebene unterschiedliche Integrationserfahrungen vor, die die Struktur und Ausgestaltung der Angebote beeinflussen, denen aber zugleich ein unterschiedliches Ausbildungsintegrationspotenzial innewohnt.

Ein Blick auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Länder zeigt, dass die wirtschaftliche Prosperität – hier dokumentiert durch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Arbeitslosenquote – deutliche Unterschiede zwischen den Ländern aufweist: mit einer auffallend schwächeren ökonomischen Position der ostdeutschen Länder sowie darüber hinaus im Westen mit einem Nord-Süd-Gefälle mit den ökonomisch starken Ländern Bayern und Baden-Württemberg sowie den angrenzenden Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz und den schwächeren nördlichen Ländern. Eine Ausnahme von diesem Bild bietet Hamburg als Wirtschaftsmetropole mit dem höchsten BIP p. c. einerseits und einer hohen Arbeitslosenquote andererseits. Dieser letztgenannte Befund verweist darauf, dass wirtschaftliche Faktoren im Kontext mit infrastrukturellen Bedingungen einander verstärken oder teilweise entkoppeln können, so z. B. Pendlerbewegungen in Arbeitsmärkte über Ländergrenzen hinweg (vgl. z. B. Carstens u. a. 2014: 14 f.), die die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im jeweiligen Bundesland für die ansässige Erwerbsbevölkerung verschärfen können.

Auch die demografische Entwicklung stellt einen Kontextfaktor dar, der in seiner quantitativen Ausprägung massiv die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung tangiert, aber besonders auch unter kompositioneller Perspektive Fragen der Chancengerechtigkeit bei der Ausbildungsintegration verschiedener Herkunftsgruppen aufwirft. Auch hier zeigt sich das typische Ost-West-Muster mit einem auffälligen demografischen Rückgang der Personen im typischen Ausbildungsalter, das zu einem extremen Rückgang der Ausbildungsnachfrage in den ostdeutschen Ländern in der letzten Dekade geführt hat, während in den westdeutschen Flächenländern das Nachfragepotenzial in den letzten zehn Jahren in etwa gleichgeblieben ist und sich mit leichten Rückgängen auf diesem Niveau einpegelt. Diese Entwicklungen bedeuten, dass das Nachwuchspotenzial vor allem zwischen Ost und West erheblich differiert und im Osten die Nachfrage im nächsten Jahrzehnt deutlich ansteigen wird. In beiden Ländergruppen werden, bezogen auf die künftige Erwerbsbevölkerung, erhebliche bildungspolitische Anstrengungen nötig, um den Bedarf an Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene sicherzustellen.

Insgesamt zeigt sich bei den wirtschaftlichen und soziodemografischen Kontextindikatoren in nahezu allen betrachteten Merkmalen, mal stärker und mal weniger stark ausgeprägt, eine Ost-West-Differenzierungslinie. Diese spiegelt sich in den demografischen Daten in Quantität und Zusammensetzung der Bevölkerung nach Zuwanderungsmerkmalen wider, insbesondere aber auch in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie BIP p. c., Betriebs- und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und in der Arbeitslosenquote.

6.2 Die ökonomische Leistungsfähigkeit

Die ökonomische Leistungsfähigkeit wird im Ländermonitor getrennt nach der Angebotsseite (Input) und der Ergebnisseite (Output) dargestellt. Auf der Input-Seite wird sie an zwei Perspektiven geknüpft: die ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften in qualitativer und quantitativer Hinsicht und die Bereitstellung eines auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsmöglichkeiten, das den Jugendlichen eine ihren Interessen entsprechende Berufswahl erlaubt. Auf der Output-Seite wird auf Ausbildungsverläufe, -abschlüsse und Arbeitsmarktintegration abgestellt.

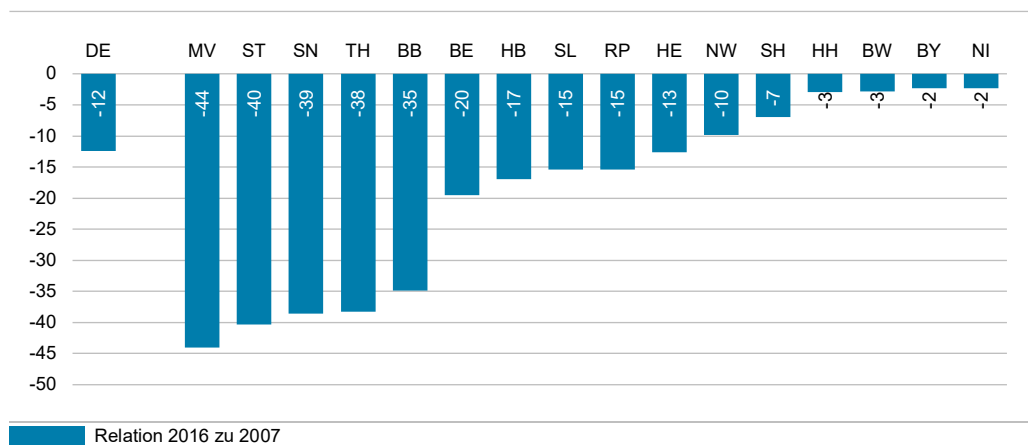
Leistungsfähigkeit auf der Angebotsseite

Auf der Angebotsseite gelingt nur in drei Bundesländern in etwa eine Deckung der Ausbildungsnachfrage. Bei der Bereitstellung beruflicher Ausbildungsmöglichkeiten erweisen sich dabei erneut die Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Flächenländern und den Stadtstaaten als Hauptdifferenzierungslinien.

Alle ostdeutschen Bundesländer liegen bei ihren Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung (duales System und Schulberufssystem) über dem Median der bundesweiten Einmündungsquote, was zugleich auch für die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie für Bayern als einziges westdeutsches Flächenland gilt. Was man in den ostdeutschen Ländern zunächst als Ausdruck gestiegener Leistungsfähigkeit verstehen könnte, erweist sich überwiegend als demografisch bedingter Effekt, da in diesen Ländern der Anteil der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter beträchtlich gesunken ist, während er in fast allen westdeutschen Flächenländern weitgehend konstant geblieben bzw. nur minimal gesunken ist.

Trotz einer wirtschaftlich günstigen Lage Deutschlands, gekennzeichnet von einer hohen Dynamik des Beschäftigungsaufbaus sowie rückläufigen Tendenzen von Arbeitslosigkeit und unterwertiger Beschäftigung, ist ein massives Schrumpfen des betrieblichen Ausbildungsangebots festzustellen, das in den ostdeutschen Flächenländern mit knapp 40 % dramatisch ausfällt. In den Stadtstaaten liegt der Rückgang bei 14 % und in den westdeutschen Flächenländern bei knapp 7 % (Abb. 6.1). Erkennbar wird dieser Abbau von Ausbildungsangeboten auch an der sinkenden Ausbildungsbetriebs- und Ausbildungsquote. Letztere halbiert sich in östlichen Bundesländern in den letzten zehn Jahren, in westlichen Ländern geht sie um rund ein Fünftel zurück.

Abbildung 6.1 Entwicklung des Ausbildungsangebots 2007 bis 2016 (in %)



Anmerkungen: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

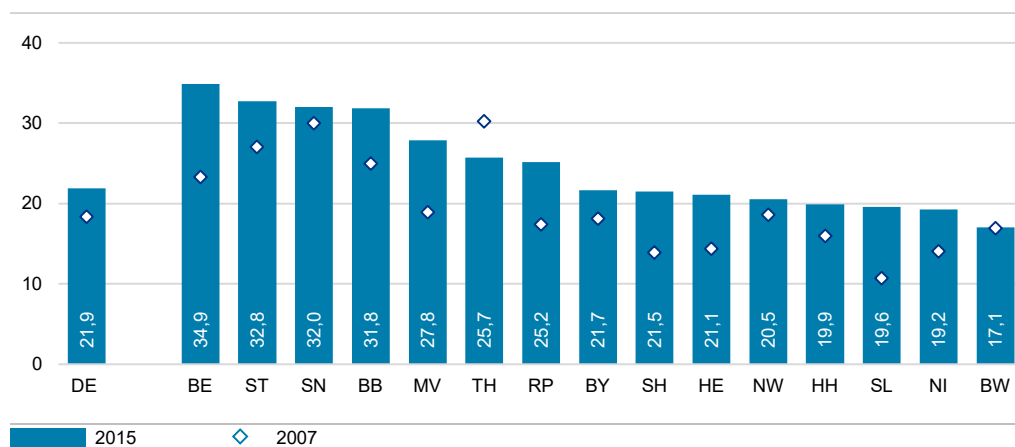
Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Die Entwicklungsdynamik zeigt sich zwischen 2007 und 2015 vor allem im Schulberufssystem und im Übergangssektor – mit erkennbaren strukturellen Unterschieden zwischen Ost und West. Während in Berlin und in den ostdeutschen Ländern – mit Ausnahme von Thüringen – der Anteil der Neuzugänge im Schulberufssystem auf ca. 28 bis 35 % steigt, bewegt er sich in den westlichen Ländern bei gleichfalls überwiegend wachsenden

Anteilen in der Größenordnung von 17 bis 25 % (Abb. 6.2). Damit gewinnt das weitgehend in Länderverantwortung liegende Schulberufssystem – neben der Berufsvorbereitung – an Gewicht. Diese Gewichtsverlagerung eröffnet Gestaltungsspielräume für die Länder als berufsbildungspolitische Akteure, erzeugt jedoch bei ihnen zugleich höheren Handlungs- und Legitimationsdruck für die berufliche Bildung.

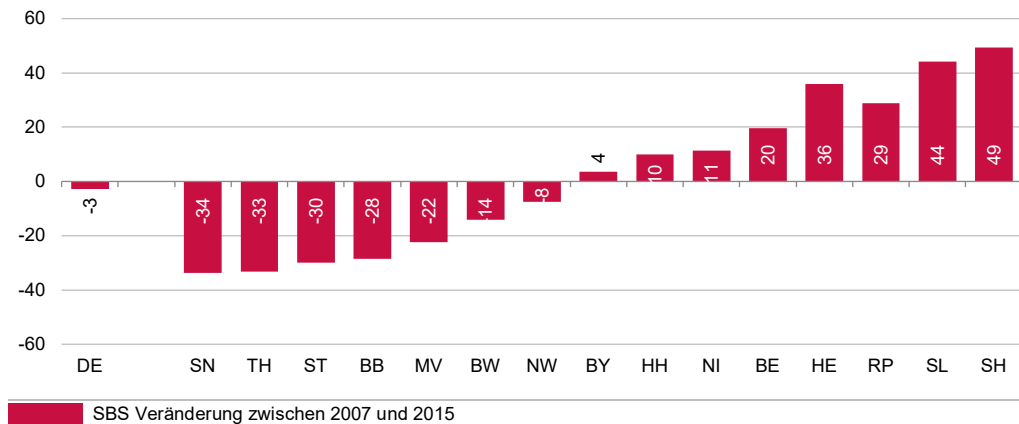
Abbildung 6.2 Anteil der Neuzugänge ins Schulberufssystem 2007 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung; Zensus 2011; eigene Berechnungen

Dieser Handlungsdruck stellt sich – auch hier wieder in einem Ost-West-Muster – auf Länderebene in unterschiedlicher Schärfe. Während in den meisten westdeutschen Flächenländern ein teils zögerlicher, teils starker Ausbau vonstattengeht, zeichnet sich in ostdeutschen Ländern – ähnlich wie in der dualen Ausbildung – ein markanter Rückbau der realisierten Angebote um zwischen 22 bis 28 % ab (Abb. 6.3). Die Veränderungen ziehen gravierende Folgen für die Leistungsfähigkeit beruflicher Bildung nach sich, vornehmlich mit Blick auf die berufliche Breite der Angebote als Qualitätsmerkmal des Ausbildungssystems und die Folgen für die Ausbildungsinfrastruktur. Letzteres ist vor allem in den ostdeutschen Flächenländern ein ernstes Problem, erkennbar an der sich deutlich verringern den Anzahl beruflicher Bildungseinrichtungen zwischen 2004 und 2014 (vgl. Autorengruppe Nationaler Bildungsbericht 2016: Tab. B1-1A und Tab. B1-10web). Sicherlich steht der Rückbau vollzeitschulischer Ausbildungen im Kontext der demografischen Entwicklung: Die Länder mit dem stärksten Rückgang, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sind zugleich die Länder, die gemessen an der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter das höchste realisierte vollzeitschulische Angebot aufweisen. Dennoch ist dieser Befund ambivalent: Einem relativ hohen realisierten Angebot steht ein starker Rückbau an Ausbildungsplätzen gegenüber, und dies in einer Zeit guter wirtschaftlicher Bedingungen. Damit gehen kompensatorische Reaktionsmöglichkeiten auf Angebotsengpässe des dualen Systems verloren, die gerade für wirtschaftsschwächere Regionen ein wichtiges bildungspolitisches Steuerungsinstrument darstellen, um auf konjunkturelle wie auch demografische Veränderungen kurzfristig reagieren zu können.

Abbildung 6.3 Entwicklung des realisierten vollzeitschulischen Angebots zwischen 2007 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung; Zensus 2011; eigene Berechnungen

Mit Blick auf die angebotenen Berufe im Schulberufssystem gehen in allen Bundesländern, wesentlich stärker jedoch in den ostdeutschen, die Veränderungen an der Ausbildungsinfrastruktur mit einer Reduktion des Berufsspektrums einher. Ca. 90 % der realisierten Angebote in den ostdeutschen Flächenländern liegen im Bereich von Erziehung, Gesundheit und Soziales; Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb von BBiG/HwO (jenseits von Erziehung, Gesundheit und Soziales) spielen kaum mehr eine Rolle. Die Angebote in den westdeutschen Flächenländern weisen zwar (noch) ein breiteres Berufsspektrum auf, insbesondere mit den Assistenzberufen in verschiedenen Berufsfeldern, gleichwohl ist auch dort eine Schwerpunktsetzung in den gesundheitspflegerischen und erziehenden Berufen zu erkennen; Ausbildungen in BBiG-/HwO-Berufen sind auch dort verschwindend gering.

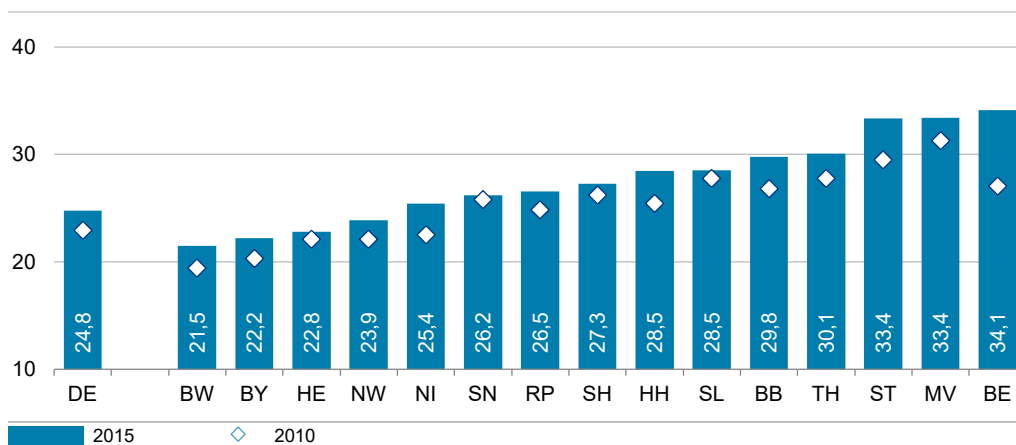
Besondere Leistungen wurden den Ländern als Akteure und Gestalter von Übergangsangeboten bei der Integration der im ausbildungsbildungsrelevanten Alter zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden abverlangt. Ohne Frage ist es das Verdienst aller Länder, eine große Zahl an Jugendlichen mit berufsvorbereitenden Bildungsangeboten in relativ kurzer Zeit zu versorgen. Zugleich zeigen sich aber auch deutliche Länderdifferenzen in der Qualität der Programme. Den Maßnahmen aller Länder ist gemein, eine intensive Sprachförderung mit berufsorientierenden und lebensweltlichen Inhalten zu verknüpfen. Länderunterschiede werden jedoch an der Komplexität und Elaboriertheit sowie den Zielen der Maßnahmen erkennbar. In einer Reihe von Ländern ist eine enge Verzahnung von allgemeinbildenden und berufspraktischen Inhalten (in verschiedenen Berufsfeldern) im Sinne eines dualen Konzepts und damit eine konsequentere Anschlussorientierung erkennbar. Auch hier laufen wiederum die Differenzierungslinien zwischen Ost und West, da es vornehmlich westdeutsche Länder sind, die ein solches (duales) Konzept zugrunde legen. Man wird in den Folgejahren genauer auf die Ergebnisse schauen müssen, um deren Effektivität zu beurteilen.

Leistungsfähigkeit auf der Ergebnisseite beruflicher Bildung

Als eher auf die Qualität der beruflichen Bildung bezogene Leistungsindikatoren können die auf den Verlauf und die Ergebnisse bezogenen Merkmale gelten wie die vorzeitige Vertragslösungsquote und die Abschlussquoten der vollqualifizierenden Ausbildungen. Die beschäftigungsbezogenen Indikatoren zur Erwerbsbeteiligung hingegen stellen ein distales Leistungsmerkmal beruflicher Bildung dar und sind vor allem unter der Perspektive der Passung von in der Ausbildung erworbenen Kompetenzen und am Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen zu betrachten.

Die vorzeitigen Vertragslösungsquoten weisen in fast allen Ländern einen leichten Anstieg aus. Die höchste Vertragslösungsquote finden sich in den ostdeutschen Ländern (mit Ausnahme von Sachsen) und in den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei diesem Merkmal fallen die wirtschaftsstarken südlichen Flächenländer Bayern und Baden-Württemberg sowie Hessen mit einer erkennbar niedrigeren Vertragslösungsquote ins Auge. Zudem zeigt sich ein hoch signifikanter positiver Zusammenhang zwischen der Ausbildungsvertragslösungsquote und der Jugendarbeitslosigkeitsquote, deren Ursachen zwar vielfältig sind, die aber durch fehlende berufliche Fachqualifikationen und insofern auch die Qualität der Ausbildung in den Ländern mitbedingt zu sein scheint. Die relativ hohe Vertragslösungsquote in den ostdeutschen Flächenländern kann vor dem Hintergrund der Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsangebote gleichsam zu einem besonderen Problem der Fachkräftesicherung wie auch sozialer Folgewirkungen werden.

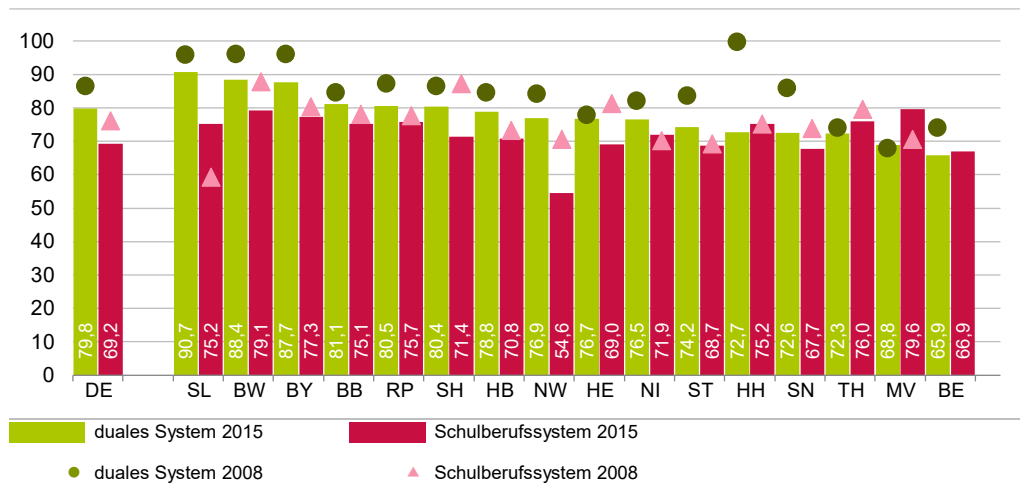
Abbildung 6.4 Vorzeitige Vertragslösungsquote 2010 und 2015 (in %)



Quelle: „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)

Klare Leistungseinbußen sind in der Absolventenquote beider vollqualifizierender Sektoren zu erkennen. Hier sinkt die Absolventenquote um 6 bzw. 7 Prozentpunkte auf 80 % für das duale System und auf 69 % für das Schulberufssystem (Abb. 6.5). Besonders hohe Absolventenquoten erreichen die südlichen Flächenländer Bayern und Baden-Württemberg sowie das Saarland und Brandenburg in der dualen Ausbildung. Besonders niedrige Absolventenquoten werden in den beiden Stadtstaaten und in den übrigen vier ostdeutschen Flächenländern ausgewiesen.

Abbildung 6.5 Abschlussquote duales System und Schulberufssystem 2008 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen

Die Erwerbstätigkeitsquote der 25- bis 35-Jährigen als mittelbarer Indikator beruflicher Leistungsfähigkeit hat sich – trotz einer insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung – zwischen den Abschlussjahrgängen 2007 und 2013 zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss im Bundesdurchschnitt nur marginal erhöht und liegt bei 70 %. Im Unterschied zu den Ausbildungsangeboten zeigt sich bei der Arbeitsmarktintegration eine positive Dynamik im Osten: Hier steigt die Erwerbstätigenquote um 10 Prozentpunkte, im Westen stagniert sie, was letztlich zu einer Angleichung in der Erwerbsbeteiligung zwischen beiden Ländergruppen führt. Die Passungen zwischen Qualifikationsstruktur der Absolventen und Nachfrage am Arbeitsmarkt zeigen vor allem ein Nord-Süd-Gefälle mit besseren Verwertungschancen für Ausbildungsabschlüsse in den südlichen, ost- und westdeutschen Flächenländern.

Die Wichtigkeit einer beruflichen Ausbildung für die Teilhabe an der Erwerbsarbeit wird nicht zuletzt am Beschäftigungsstatus der Personen ohne beruflichen Abschluss sichtbar: Sie haben die geringsten Erwerbschancen in Berlin und in den ostdeutschen Flächenländern, die höchsten in den beiden wirtschaftsstarken Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Dieser Befund unterstreicht nicht nur die hohe Bedeutung einer beruflichen Ausbildung für den Einzelnen, sondern auch für die Fachkräftesicherung in der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund betrachtet, wiegt der Rückbau an Ausbildungsgelegenheiten in den ostdeutschen Flächenländern umso schwerer, in denen wirtschaftsstrukturell bedingt für Personen ohne Ausbildungsabschluss offensichtlich geringere Bedarfe und geringere Teilhabechancen bestehen. Die soziale und politische Brisanz dieses Sachverhalts ist evident.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die Leistungsfähigkeit beruflicher Bildung für die letzten acht Jahre ein ambivalentes Bild zeichnen: ein eher düsteres für den Osten Deutschlands, ein gebrochenes für die meisten westdeutschen Flächenländer und Stadtstaaten. Vor dem Hintergrund des Rückgangs an betrieblichen Ausbildungsplätzen in allen Bundesländern unter den Bedingungen eines wachsenden BIP p. c. und einer Expansion wirtschaftlicher Aktivitäten, verbunden mit einem Verlust an schulischer Ausbildungsinfrastruktur vor allem in den ostdeutschen Flächenländern muss unweigerlich die Frage gestellt werden, was mit der beruflichen Ausbildung in einer weniger günstigen Wirtschaftslage geschieht, wenn schon jetzt unter einer stabilen Konjunktur mit einem deutlichen Beschäftigungswachstum ein in seinen Folgen

schwer absehbarer Abbau von Ausbildungsangeboten stattfindet. Insbesondere ist mit dem Abbau von Ausbildungsplätzen in Klein- und Kleinstbetrieben, besonders gravierend in den östlichen Bundesländern als Hauptträger der Ausbildung, zu beobachten. Mit der berufsbezogenen Reduktion der Angebote im Schulberufssystem ist ein Verlust von Ausbildungsinfrastruktur verbunden, der so schnell nicht wieder wird aufgebaut werden können. Betrachtet man zudem die leicht gestiegene Vertragslösungsquote, die in den ostdeutschen Ländern besonders hoch ausfällt, und die gesunkene Abschlussquote in beiden vollqualifizierenden Sektoren, muss ernsthaft die Frage gestellt werden, ob die berufliche Bildung auch künftig in der Lage sein wird, die Fachkräftenachfrage zu sichern.

6.3 Chancengerechtigkeit

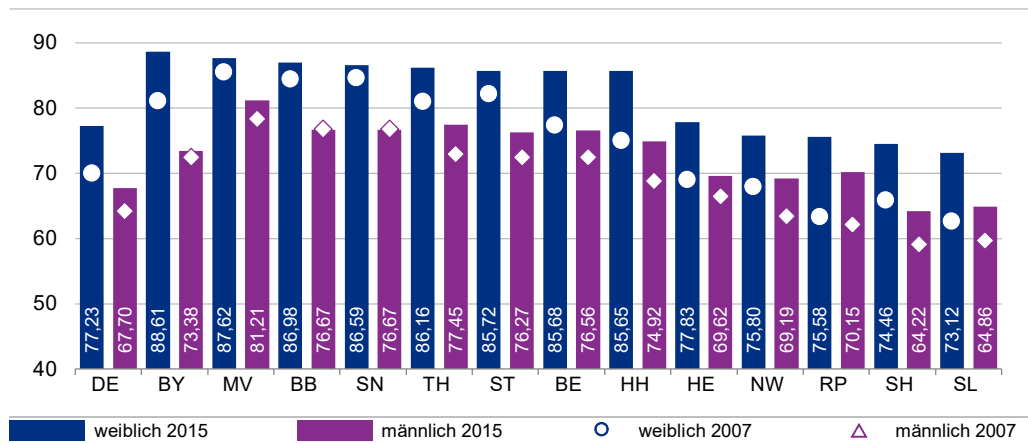
Die soziale Chancengerechtigkeit in der beruflichen Bildung wird im Ländermonitor theoretisch über das Konzept der gesellschaftlichen Teilhabe operationalisiert (vgl. Kap. 1 sowie Baethge u. a. 2016: 18). Berufliche Bildung ist in einer doppelten Perspektive auf gesellschaftliche Teilhabe bezogen: zum einen durch ihren Beitrag zur Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung, zum anderen dadurch, dass sie durch die Vermittlung der qualifikatorischen Voraussetzungen für die Erwerbsarbeit eine wichtige Grundlage materieller Lebensgestaltung und sozialer Einbindung schafft. In welchem Ausmaß sie dies für unterschiedliche soziale Gruppen erreicht, entscheidet über deren Teilhabechancen.

In allen Bundesländern haben sich in den letzten Jahren die Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung verbessert (Abb. 6.6). Allerdings profitieren unterschiedliche Gruppen von Auszubildenden in sehr unterschiedlichem Maße von den Verbesserungen, bleiben große Differenzen zwischen den Ländern bestehen und werden auch die Übergangsprobleme zur Ausbildung für immer noch zwischen 250.000 und 300.000 Jugendliche nicht substantiell verringert. Wie sich die fortbestehenden Ungleichheiten nach Ländern und Personengruppen darstellen und in welchen Abschnitten der Ausbildung sie generiert werden, wird im Folgenden dargestellt.

Fortdauer geschlechtsspezifischer Disparität zum Nachteil der Männer

In allen Bundesländern sind Nachteile im Ausbildungszugang für die männlichen Jugendlichen festzustellen, die sich größtenteils in den letzten acht Jahren noch verstärkt haben. Im Vergleich zu den Frauen münden sie häufiger in den Übergangssektor und weniger oft in einen der beiden vollqualifizierenden Bereiche ein. Die Differenzen sind besonders auffällig in den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den ostdeutschen Flächenländern. Dies lässt sich zwar vor dem Hintergrund der relativ höheren Bedeutung des Schulberufssystems und den dortigen Schwerpunktsetzungen in frauenaffinen personenbezogenen Dienstleistungsberufen erklären – mit Ausnahme für Hamburg, wo die unternehmensnahe dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur den Frauen entgegenkommt –, bleibt aber in Anbetracht der Entwicklungen im Ausbildungsangebot (vgl. Abs. 6.2) ohne eine längst fällige politische Gegensteuerung hochgradig legitimationsbedürftig. Auch in nahezu allen westdeutschen Flächenländern haben sich die Differenzen zum Nachteil der Männer vergrößert (Abb. 6.6). Die vor allem im Westen zu beobachtende wachsende Diskrepanz im Ausbildungszugang zwischen Männern und Frauen ist dabei nur in Teilen durch die Zuwanderung von (überwiegend männlichen) Schutz- und Asylsuchenden im typischen Ausbildungsalter zu erklären. In allen Ländern zeigt sich, dass vor allem die rückläufigen Angebote in der dualen Ausbildung soziale Schließungstendenzen zum Nachteil der Männer nach sich ziehen.

Abbildung 6.6 Anteil der Neuzugänge in vollqualifizierende Ausbildung nach Geschlecht 2007 und 2015 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die beschriebene Ausbildungsstrukturentwicklung verschärft die geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufswahl, was sich deutlich an den Zugängen zum dualen System und Schulberufssystem erkennen lässt, bei durchaus beträchtlicher Variation zwischen den Ländern. Am stärksten ist diese in den ostdeutschen Flächenländern ausgeprägt, wo in vier von fünf Ländern ca. die Hälfte der weiblichen Neuzugänge ins Schulberufssystem einmündet; in den westdeutschen Flächenländern liegt dieser Anteil zwischen 28 und 36 %.

Bereits beim Zugang zur Ausbildung haben Frauen unübersehbare Vorteile. Im Ausbildungsverlauf lassen sich anhand vorzeitiger Vertragslösungsquoten keine eindeutigen und durchgängigen Vor- oder Nachteile erkennen; aber bei den Abschlüssen finden sich wieder eher Vorteile für die Frauen (zumindest im Schulberufssystem).

Bei der Absolventenquote des dualen Systems sind auf Bundesebene kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen; auf Länderebene zeigen sich solche Differenzen, sowohl zum Vorteil von Männern in einzelnen westdeutschen Flächenländern (Baden-Württemberg, Saarland) als auch zum Vorteil von Frauen in ausgewählten ostdeutschen Flächenländern (Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen). Anders sieht es bei der Absolventenquote im Schulberufssystem aus. Nur knapp zwei Drittel der Männer schließen die Ausbildung im Schulberufssystem erfolgreich ab, damit liegt die Abschlussquote ca. 8 Prozentpunkte unter der von Frauen. Am deutlichsten treten die Geschlechterunterschiede zum Nachteil der Männer in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit 19 bzw. 11 Prozentpunkten auf. In wenigen Flächenländern stellen sich die Verhältnisse umgekehrt mit einem leichten Vorteil von Männern dar.

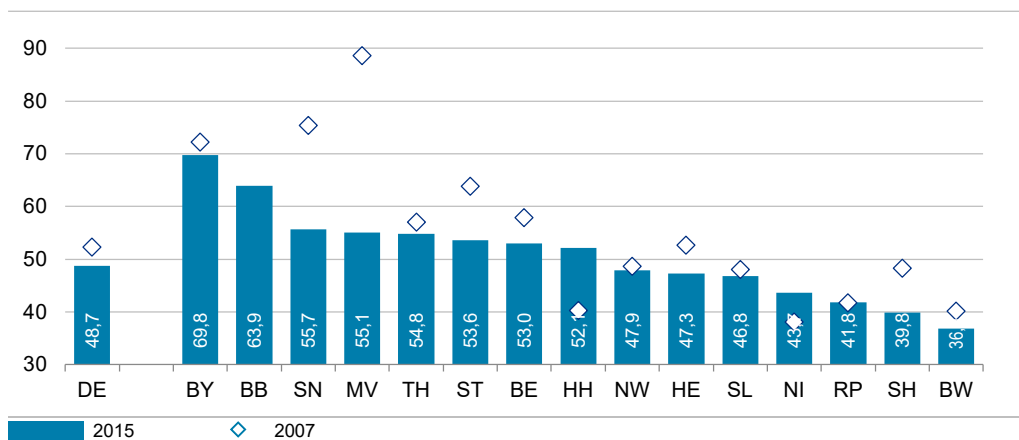
In der Arbeitsmarktintegration lösen sich die Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Ausbildungsabsolventen nahezu auf, allerdings zeigen sich deutliche Varianzen zwischen den Bundesländern. Obwohl die höchsten Erwerbstätigenquoten von Männern in den beiden süddeutschen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen anzutreffen sind, liegen die Erwerbstätigenquoten der Frauen noch darüber. In Thüringen und Sachsen zeigen sich ebenfalls ähnlich günstigen Erwerbschancen für Männer, wobei hier allerdings die Frauen zu etwas höheren Anteilen im Leistungsbezug, auf Arbeitssuche oder in einer Maßnahme sind. Mit Blick auf die Verwertung der Abschlüsse haben sich Arbeitsmarktnachteile der Frauen deutlich abgeschwächt, was wohl nicht nur Resultat der allgemeinen Entwicklung hin zu einer höheren Erwerbs-

beteiligung von Frauen ist, sondern vor allem Folge des wirtschaftsstrukturellen Wandels zu einer Dienstleistungsökonomie, in der Berufe nachgefragt sind, die traditionell besonders stark von Frauen besetzt waren bzw. sind.

Die ungelöste berufliche Integration von niedrig Qualifizierten

Trotz einer (demografisch bedingten) Entspannung am Ausbildungsmarkt gelingt bundesweit 2015 – wie bereits 2007 – nur knapp der Hälfte der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss ein direkter Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung. Am besten gelingt die Einmündung in eine Ausbildung für diese Gruppe in Bayern, den ostdeutschen Flächenländern, und den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Deutlich schlechter stehen ihre Chancen in allen übrigen westdeutschen Flächenländern (Abb. 6.7). Allerdings verschlechterten sich selbst bei den noch günstigsten Ländern (insbesondere den ostdeutschen) in den letzten acht Jahren die Zugangsbedingungen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss. In den drei ostdeutschen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen stürzt die Ausbildungschance um 20 bis 30 Prozentpunkte; dass dies kein Zuwanderungseffekt der letzten beiden Jahre ist, zeigen die Daten von 2013, an denen der starke Rückgang bereits sichtbar war (vgl. Baethge u. a. 2016: 88). Einen Anstieg der Einmündungsquote verzeichnen nur Hamburg und Niedersachsen.

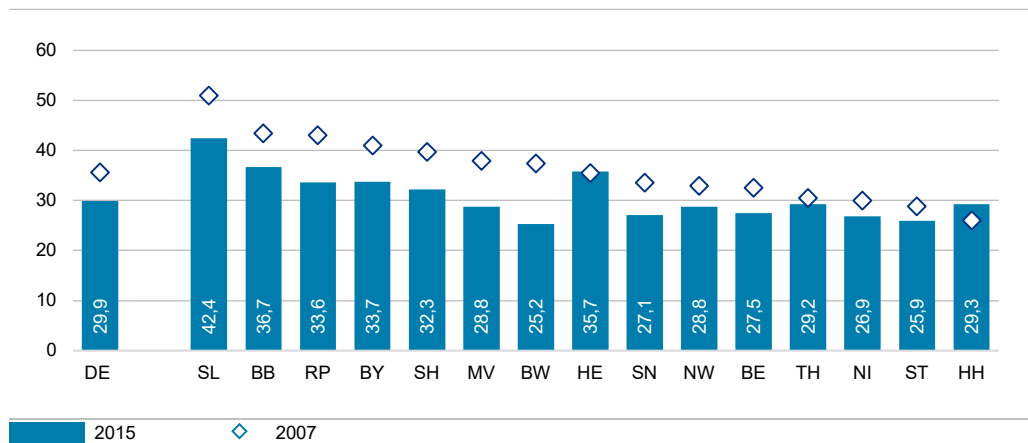
Abbildung 6.7 Anteil der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss in vollqualifizierende Ausbildung (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die abnehmende soziale Integrationskraft insbesondere des dualen Systems als Hauptsektor des Berufsbildungssystems wird besonders daran deutlich, dass sich für die Gruppe der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in allen Ländern – mit Ausnahme von Hamburg – der Ausbildungszugang verschlechtert hat, besonders stark in den beiden südlichen und den beiden südwestlichen Flächenländern.

Abbildung 6.8: Anteil der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss im dualen System 2007 und 2015 (in %)



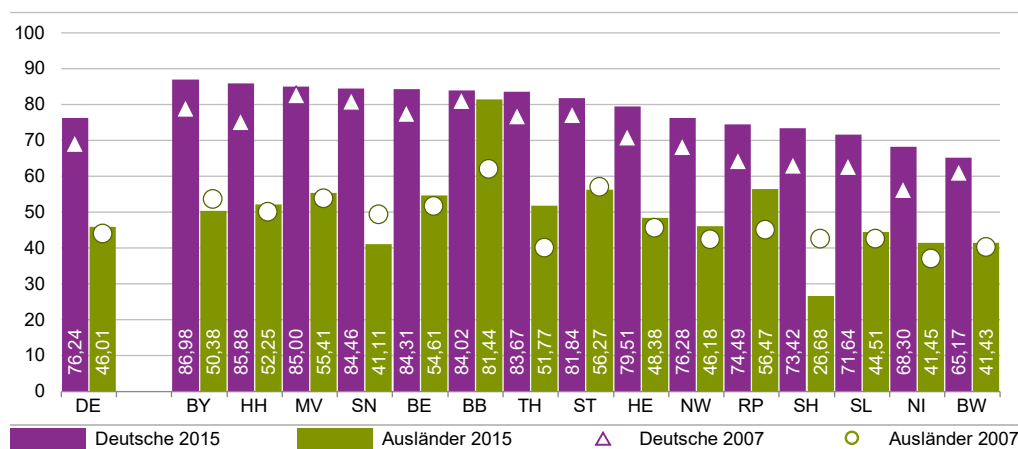
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Neben dem Ausbildungszugang scheint sich auch die Qualität der Ausbildung für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss verschlechtert zu haben. Ihre Vertragslösungsquote liegt deutlich höher als bei Jugendlichen mit mindestens einem mittleren Abschluss (34 bis 38 % bei Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 21 % bei einem mittleren Abschluss); mehr als jeder dritte Ausbildungsvertrag wird wieder gelöst (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 115). Erkennbar ist dies auch an den Abschlussquoten (Kap. 5), die zwar nach Vorbildungsniveau nicht ausgewiesen werden können, bei denen jedoch auffällt, dass gerade in Ländern, in denen sich der Anteil der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss am dualen System und/oder am Schulberufssystem deutlich erhöht hat, die Abschlussquoten sinken. Dies kann als Indiz gedeutet werden, dass Bemühungen um Anschlüsse in Ausbildung für Jugendliche ohne oder mit niedrigem Schulabschluss konterkariert werden, wenn nicht auch eine ausbildungsbegleitende Förderung erfolgt.

Anhaltende Benachteiligung ausländischer Jugendlicher

Für ausländische Jugendliche ist die Chance, in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, bei beträchtlichen Länderdifferenzen nach wie vor erheblich schlechter als für deutsche Jugendliche. Lediglich in drei Ländern verbesserte sich die Lage am Ausbildungsmarkt für diese Jugendlichen in den letzten Jahren, was jedoch an den Disparitäten im Ausbildungszugang kaum etwas ändert. Treten Verbesserungen in der Einmündung auf, dann meist für beide Gruppen oder nur für die deutschen Jugendlichen, sodass die Differenzen in den Einmündungsquoten bestehen bleiben oder sich gar vergrößern (Abb. 6.9). Die Differenzen reichen – sieht man von Brandenburg mit ähnlich großen Chancen bei jedoch einem geringen Anteil ausländischer Jugendlicher einmal ab – von 18 bis 47 Prozentpunkte, wobei sich kein systematisches Muster nach Ländergruppen erkennen lässt. Die schlechteren Chancen sind auch unter Kontrolle der Abschlüsse zu erkennen, allerdings verringern sich die Differenzen in den Zugangschancen ab einem mittleren Schulabschluss beträchtlich.

Abbildung 6.9 Anteil der Neuzugänge in vollqualifizierende Ausbildung nach Deutschen und Ausländern 2007 und 2015 (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Auch bei dem Qualitätsmerkmal der Ausbildung, der vorzeitigen Vertragslösungsquote, zeigen sich systematische Nachteile und Friktionen im Ausbildungsverlauf für diese Gruppen. So verweisen die Sonderauswertungen im Rahmen der Nationalen Bildungsberichterstattung auf höhere Vertragslösungsquoten bei ausländischen Jugendlichen (vgl. Autorengruppe Nationaler Bildungsbericht 2016: 114), die sich auch, aber eben nicht nur über die berufsspezifischen Einflüsse und die Vorbildung erklären lassen.

Hatten 2007 deutsche und ausländische Ausbildungsabsolventen im Bundesdurchschnitt noch ähnliche Verwertungschancen der erworbenen Berufsausbildung am Arbeitsmarkt, so verändert sich diese Situation für den Absolventenjahrgang 2013 beträchtlich zum Nachteil der ausländischen Ausbildungsabsolventen. Auch hier zeigt sich zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss das schon angesprochene Nord-Süd-Gefälle: Ausländische Jugendliche haben die höchsten Erwerbstätigenquoten in den südlichen und südwestlichen Flächenländern, die niedrigsten in Berlin und in den ostdeutschen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Zugleich sind in Berlin und in den ostdeutschen Flächenländern die Differenzen der Arbeitsmarktintegration zwischen deutschen und ausländischen Ausbildungsabsolventen mit 15 bis 17 Prozentpunkten am stärksten ausgeprägt. Insgesamt ist diese Veränderung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation, eines respektablen Beschäftigungswachstums und einer Angleichung im Beschäftigungsstatus zwischen Ost und West, zwischen Männern und Frauen bei den Ausbildungsabsolventen nur schwer zu erklären. Auch der Zuwanderungszuwachs schlägt sich in diesen Daten noch nicht nieder. Dies muss sowohl unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit als auch der Chancengerechtigkeit beruflicher Bildung als sehr problematisch und alarmierend betrachtet werden.

6.4 Neue Herausforderungen für das Steuerungssystem der beruflichen Bildung

Angesichts in ihren Folgen schwer kalkulierbarer Leistungseinbußen in Form von Ausbildungsplatzverlusten bei gleichzeitig starkem Beschäftigungswachstum und angesichts fortbestehender, sich zum Teil auch verstärkenden sozialen Chancenungleichheiten ist die Frage nach den Regulationen und Steuerungsformen der Berufsausbildung unabweisbar. Sie stellt sich nicht nur für einzelne Sektoren der Berufsausbildung, sondern für deren Zusammenhang im Berufsbildungssystem insgesamt. Was in den vorhergehenden Kapiteln in der Perspektive „Verschiebung des dynamischen Zentrums der Berufsausbildung“ beschrieben worden ist, folgt nicht temporär zufälligen Bewegungen, sondern hat strukturelle Gründe wie z. B. den partiellen Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung und die langfristige Zuwanderung.

Diese Entwicklungen fordern Antworten im Steuerungssystem – sowohl innerhalb der jeweiligen Zuständigkeiten für einzelne Ausbildungsbereiche als auch übergreifend im Gesamtsystem: Wenn der Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung anhält und sich die regionalen Disparitäten im Angebot (Ost/West) nicht ausgleichen, stellt sich nachdrücklich die Frage nach der Funktionalität der korporatistisch regulierten Marktsteuerung des dualen Systems. Da aber auf das traditionelle Steuerungsmodell ebenso wenig wie auf die duale Ausbildung verzichtet werden kann und sollte, ist nach Formen der Kopplung unterschiedlicher Steuerungsformen zu suchen.

Diese Suche wird auch von der Seite schulischer Berufsausbildung in Länderverantwortlichkeit getrieben. Zum einen stellt sich die Frage nach Ergänzungen und (Teil)Substitutionen dualer Ausbildung durch schulische Angebote, beispielsweise durch vollzeitschulische Angebote in neuen Berufen oder durch eine geregelte Übernahme beruflicher Grundbildung im dualen System (Modell Baden-Württemberg). Zum anderen verlangen die starken Aktivitäten der Länder in der Verbesserung der Berufsvorbereitung im Übergangssektor wie auch zur beruflichen Integration von Zuwanderern, wenn man sie auf Dauer stellen will, verlässlich geregelte Kooperationen mit Betrieben und zuständigen Stellen.

Damit aber gerät das Steuerungssystem der Berufsausbildung als Ganzes auf die politische Agenda – einschließlich der Ausbildungsaktivitäten der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Berufsvorbereitung, der Reha-Ausbildung²⁷ und der Weiterbildung. Der Ländermonitor berufliche Bildung kann mit seinen Analysen und Argumenten auf die Steuerungsprobleme nur hinweisen, lösen müssen sie die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Berufsbildungsinstitutionen.

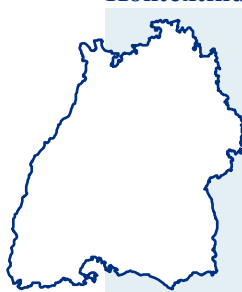
²⁷ Durch die BA geförderte Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen.

7 Länderberichte

Baden-Württemberg

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	BW 2013	BW 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	39.930 €	42.623 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,8 %	11,8 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	93,8 %	89,7 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	18,9 %	18,2 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	40,2 %	39,2 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	40,9 %	42,6 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	31,9 %	29,3 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	32,0 %	30,8 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	19,7 %	21,0 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	15,4 %	18,0 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	14,2 %	14,5 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	61,7 %	61,6 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	14,3 %	15,6 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	9,8 %	8,3 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	37,1 %	37,0 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	27,4 %	27,5 %	27,8 %
In Großbetrieben	35,5 %	35,5 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	27,9 %	28,0 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	29,1 %	29,0 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	33,3 %	32,2 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	4,1 %	3,8 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	5.000 €	5.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.800 €	3.000 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	5,4 %	5,3 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

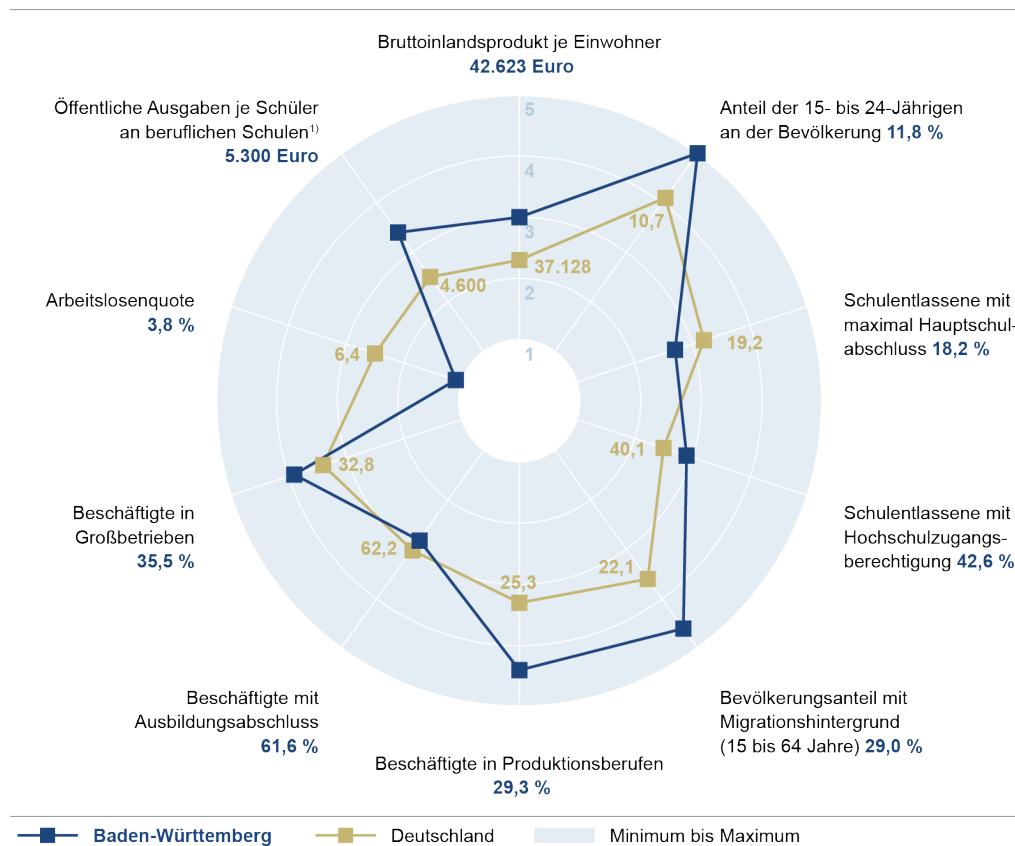
²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Baden-Württemberg gilt allgemein als die Region Deutschlands, die am kompaktesten die Erfolgsgeschichte der industriellen Entwicklung der neueren deutschen Geschichte repräsentiert, wurzelnd in den Traditionen eines mittelständischen verarbeitenden Gewerbes und gestützt auf eine ausdifferenzierte Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Erfolgsgeschichte findet aktuell nicht zuletzt ihren Ausdruck darin, dass Baden-Württemberg, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (2015 42.623 € p. c.), zu den drei reichsten Flächenländern zählt. In diese Erfolgsgeschichte ist eine andere eingeschlossen, nämlich die der Facharbeiterausbildung im dualen System als Kernstück des deutschen Modells der Berufsausbildung.

Die starke industrielle Basis der Wirtschaft in Baden-Württemberg spiegelt sich in der Arbeitsmarktstruktur wider: Nur Thüringen weist einen höheren Anteil an Beschäftigten in Produktionsberufen auf. Mit einer Quote von 29,3 % liegt Baden-Württemberg weit über dem Bundesdurchschnitt von 25,3 %, der jedoch gegenüber 2013 rückläufig ist. Insbesondere in den Bereichen Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau, Maschinen- und Fahrzeugtechnik sowie technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe sind Beschäftigte überproportional vertreten. Der Dienstleistungsbereich Baden-Württembergs ist dagegen weniger stark ausgebaut als in anderen Bundesländern; bei den personenbezogenen Dienstleistungen liegt Baden-Württemberg an letzter Stelle, bei den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Berufen etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts. Nach Betriebsgrößen weist die Beschäftigtenstruktur einen etwas überdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten in Großbetrieben (35,5 im Vergleich zu 32,8 % im Bundesdurchschnitt) und gleichzeitig einen unterdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten in Klein- und Kleinstbetrieben (37 gegenüber 39,4 %) auf.

In der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten hat Baden-Württemberg entsprechend seinem hohen Industrieanteil die höchste Quote von Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Bei den anderen beiden Qualifikationsstufen, den Beschäftigten mit Aus- und Fortbildungsabschluss (61,6 %) und mit (Fach-)Hochschulabschluss (15,6 %), repräsentiert Baden-Württemberg in etwa den bundesdeutschen Durchschnitt. Insgesamt weisen die Indikatoren der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstruktur auf vergleichsweise gute Voraussetzungen für das Ausbildungsplatzangebot im dualen System hin. Zudem weist Baden-Württemberg neben Bayern mit einer Arbeitslosenquote von 3,8 % den günstigsten Arbeitsmarkt auf; gegenüber 2013 ist daher eine weitere Verbesserung festzustellen.

Abbildung BW-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Baden-Württembergs 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



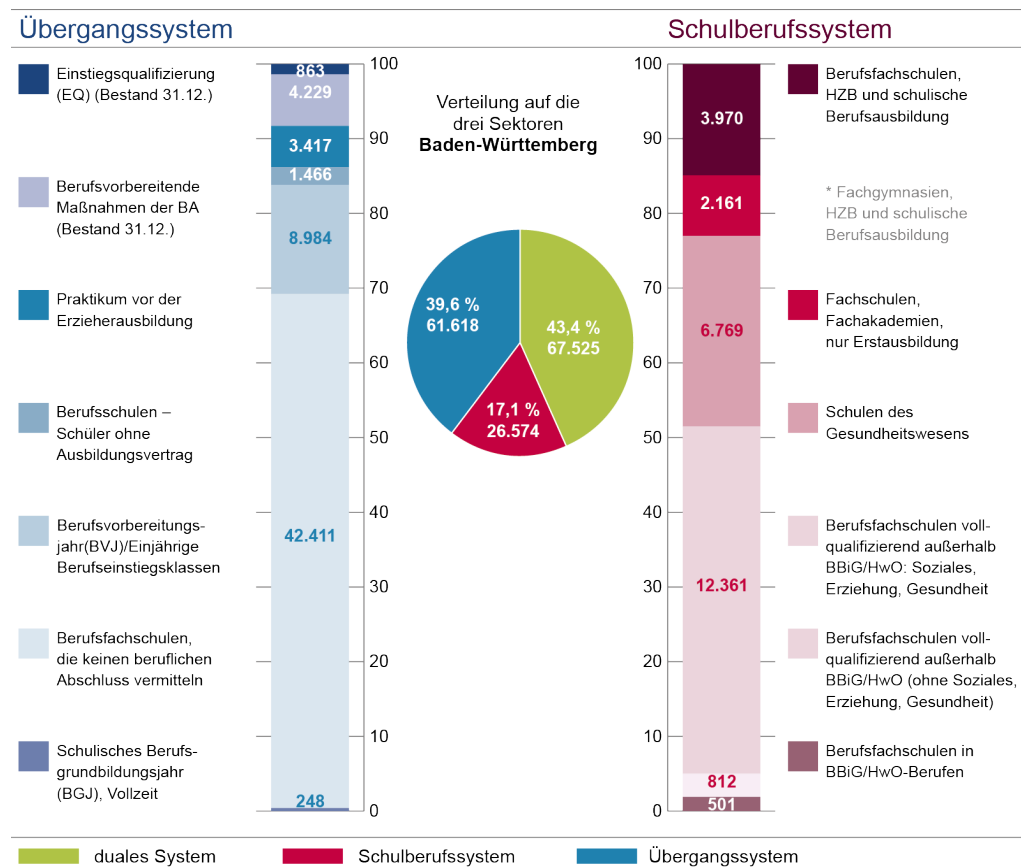
¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

Auf der Angebotsseite repräsentiert Baden-Württemberg bei allen drei Qualifikationsniveaus der Schulabgänger in etwa den Bundesdurchschnitt. Gegenüber 2013 ist eine leichte Veränderung hin zur (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung festzustellen. Von den demografischen Faktoren zeichnet sich auch für Baden-Württemberg die Notwendigkeit einer expansiven Berufsbildungspolitik zur Sicherung des Fachkräftemangels ab: So liegt die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen mit knapp 90 % zwar immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt (83,2 %). Allerdings ist im Vergleich zu 2013 eine Verschlechterung festzustellen. Darüber hinaus gehört Baden-Württemberg zu den zwei Flächenländern mit dem höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter (32,2 %). Es ist daher abzuwarten, ob die überdurchschnittlichen Ausgaben pro Schüler, die für berufliche Schulen ausgegeben werden (5.300 € gegenüber 4.600 € im Bundesdurchschnitt), ausreichen, um den Anforderungen der beruflichen Integration von insbesondere Personen mit Migrationshintergrund entsprechen zu können.

Das Berufsbildungssystem Baden-Württembergs ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern durch einen stark ausgebauten Übergangsbereich gekennzeichnet. Fast zwei Fünftel der Neuzugänge landen in Maßnahmen der Berufsvorbereitung (Abb. BW-2). Diese Quote repräsentiert aber nur formal den Übergangssektor. Real muss man die Sonderregelung in Baden-Württemberg in Rechnung stellen, dass ein Großteil der 2015 über 42.000 Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule 1 (Berufskolleg; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013) hier de facto das erste Ausbildungs-

jahr einer dualen Ausbildung absolviert. Könnte man die Zahl der Berufsfachschüler mit rechtsverbindlichem betrieblichem Ausbildungsvertrag feststellen, könnte man die Zahl der Berufsfachschüler und damit des Übergangssektors reduzieren und analog die Zahl im dualen System erhöhen.²⁸ Während zwischen 2007 und 2015 ein Rückgang der Neuzugänge zum Übergangsbereich um 19,6 % festzustellen ist, hat sich die Zahl seit 2013 wieder erhöht, was als Reaktion auf den jüngsten Flüchtlingszuzug gewertet werden kann (vgl. Abs. 3.4). Verschiebungen innerhalb des Übergangssektors betreffen den starken Anstieg der Neuzugänge ins Berufsvorbereitungsjahr bzw. in Berufseinstiegsklassen (von 3.874 im Jahr 2013 auf 8.984 2015), zu denen auch die Maßnahmen für Asyl- und Schutzsuchende zählen. Insgesamt mündeten 14,6 % der Neuanfänger in 2015 in diesen Bildungsgang ein.

Abbildung BW-2 Das Berufsbildungssystem Baden-Württembergs 2015



* Wird in Baden-Württemberg nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Dominiert wird der Übergangssektor jedoch nach wie vor durch die Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (69 %; s. o.). Dagegen spielen das schulische Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungs-

²⁸ Für die überwiegende Zahl der vor allem im Handwerklichen und Industriell-Gewerblichen sowie -Kaufmännischen praktizierten Berufsfachschul-/Berufskollegjahre wird eine Ausbildungszeitverkürzung um in der Regel mehr als ein Jahr gewährt, was aber von Kammer zu Kammer variiert (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013).

vertrag und das Praktikum vor der Erzieherausbildung nur eine marginale Rolle. Selbst der Anteil der Neuzugänge, die in von der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierten Maßnahmen einmünden (berufsvorbereitende Maßnahmen und Einstiegsqualifizierung) ist in Baden-Württemberg im Bundesländervergleich mit 8,3 % vergleichsweise gering.

Während Baden-Württemberg bei der Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor die Spitzenposition im Bundesländervergleich einnimmt, liegt es beim dualen und Schulberufssystem an letzter Stelle. Mit einem Anteil von 43,3 % Neuanfänger zum dualen System liegt Baden-Württemberg 2015 deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 50,2 %. Vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsmarktstruktur des Landes stark durch den Produktionsbereich geprägt ist, wäre dieser niedrige Anteil kaum erklärbar; aber man muss hier die oben skizzierte Sonderregelung mit dem ersten Ausbildungsjahr in der Berufsfachschule 1 berücksichtigen. De facto ist der Anteil der Neuzugänge zum dualen System um einiges höher.

Tabelle BW-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	75.333	68.656	67.525	100,0	-10,4	-1,6
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	30.949	26.242	26.574	100,0	-14,1	1,3
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	808	550	501	1,9	-38,0	-8,9
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	2.211	1077	812	3,1	-63,3	-24,6
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	16.866	20.531	21.291	80,1	26,2	3,7
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	9.168	12.101	12.361	46,5	34,8	2,1
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	5.949	6.375	6.769	25,5	13,8	6,2
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.749	2.055	2.161	8,1	23,6	5,2
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	11064	4.084	3.970	14,9	-64,1	-2,8
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	11064	4.084	3.970	14,9	-64,1	-2,8
Übergangssektor insgesamt	76.603	56.745	61.618	100,0	-19,6	8,6
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	299	249	248	0,4	-17,1	-0,4
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	55087	42597	42.411	68,8	-23,0	-0,4
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einstufige Berufseinstiegsklassen	6.797	3.874	8.984	14,6	32,2	131,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	2243	1411	1.466	2,4	-34,6	3,9
Praktikum vor der Erzieherausbildung	2.838	3.463	3.417	5,5	20,4	-1,3
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	6.392	4.234	4.229	6,9	-33,8	-0,1
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	2.947	917	863	1,4	-70,7	-5,9
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	-	-	-		-	-

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Im Schulberufssystem Baden-Württembergs, das mit 17 % klein ausfällt und gegenüber 2013 auch keinen Zuwachs erfahren hat, mündet fast die Hälfte der Neuzugänge in vollqualifizierende Berufsfachschulen für Soziales, Erziehung und Gesundheit außerhalb des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BBiG/HwO). Ein weiteres Viertel landet in Schulen des Gesundheitswesens. Damit sind fast drei Viertel aller Neuzugänge ins Schulberufssystem in einer Ausbildung zur Fachkraft für personenbezogene Dienstleistungen zu finden. Während vor allem zwischen 2007 und 2015 diese Berufsausbildungen einen starken Zuwachs verzeichneten, sind jene Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung und eine schulische Berufsausbildung vermitteln, stark rückläufig (–64,1 % zwischen 2007 und 2015).

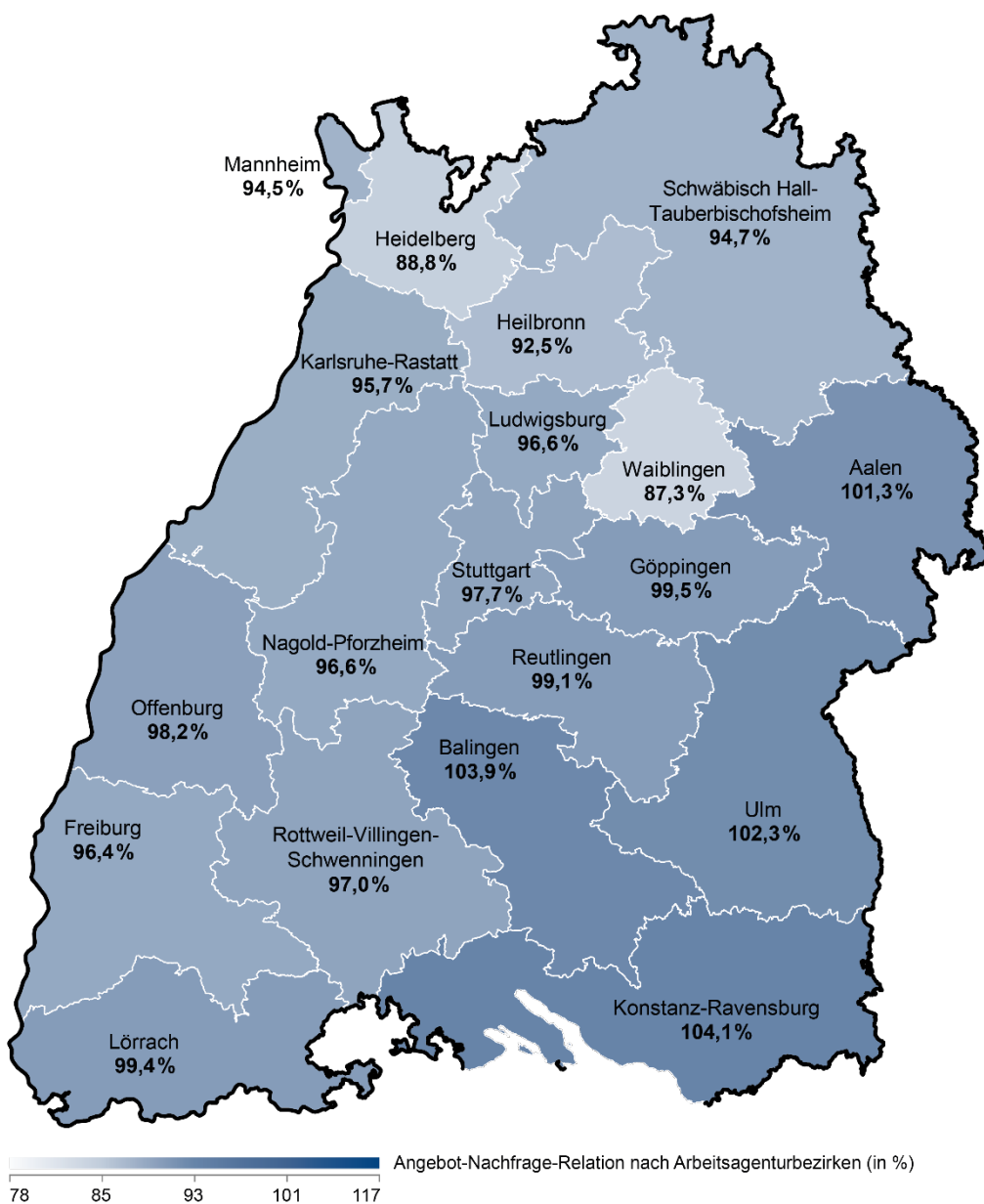
2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg liegt mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 97,2 % im Bundeslandvergleich im oberen Drittel und damit auch deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts von 93,8 %. Gegenüber 2013 bedeutet dies eine weitere Verbesserung der Situation auf dem dualen Ausbildungsmarkt. Diese Entwicklung ist zum einen das Resultat einer leicht gesunkenen Nachfrage, vor allem aber eines um gut 2 % (gegen den Bundestrend) gewachsenen Angebots an dualen Ausbildungsplätzen (von 79.308 auf 81.156).

Vor dem Hintergrund eines weiteren demografisch bedingten Rückgangs der Nachfrage – das Verhältnis der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen liegt bei 89,7 %, das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen sogar nur bei 78,8 % – könnte sich in der Zukunft ein stärker ausgeglichenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage, wenn nicht sogar ein Nachfrageengpass, einstellen, vorausgesetzt das Angebot an Ausbildungsplätzen bleibt weiterhin stabil.

Auf Ebene der Arbeitsagenturbezirke zeigt sich ein heterogenes Bild: In vier Arbeitsagenturbezirken – Aalen, Balingen, Konstanz-Ravensburg und Ulm – liegt die ANR bei über 100 %, sodass von einem ausgeglichenen Ausbildungsplatzangebot gesprochen werden kann. Dagegen weisen die Arbeitsagenturbezirke Heidelberg und Waiblingen mit einer ANR von unter 90 % besondere Schwierigkeiten bei der Versorgung von Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen auf; in diesen Regionen besteht eine erhebliche Angebotsunterdeckung.

Abbildung BW-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Baden-Württemberg 2016



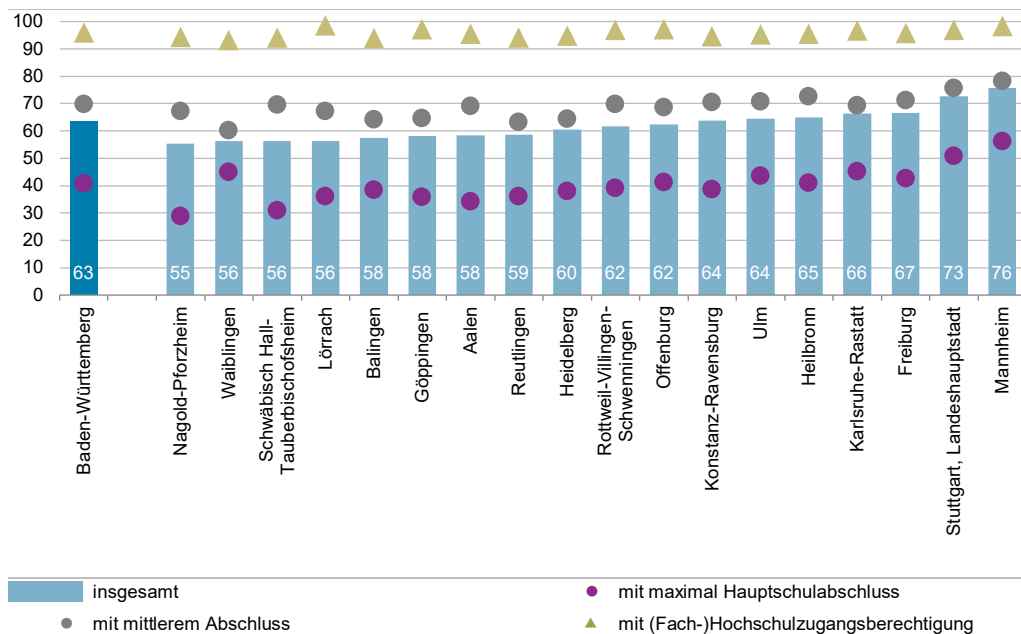
Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Baden-Württemberg

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

In keinem anderen Bundesland sind die Einmündungsquoten ins duale Ausbildungssystem von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss so niedrig wie in Baden-Württemberg (30,3 %, der Bundesdurchschnitt liegt bei 38,3%). Die Einmündungsquote ins Schulberufssystem für diese Jugendlichen liegt ebenfalls mit 6,6 % deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 10,4 %. Insofern stellt sich für gering qualifizierte Jugendliche der Übergangsprozess in eine berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg als überaus schwierig dar. Vergleichsweise problematisch ist ebenso der Übergang für Jugendliche mit mittlerem Abschluss – nur gut zwei Drittel münden in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. Damit liegt Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern ebenfalls an letzter Position.

Abbildung BW-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Baden-Württemberg 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)



Anmerkung: Der Kreis Ludwigsburg ist auf zwei Arbeitsagenturbezirke aufgeteilt. Er wurde in dieser Aufbereitung dem Arbeitsagenturbezirk Stuttgart zugewiesen.

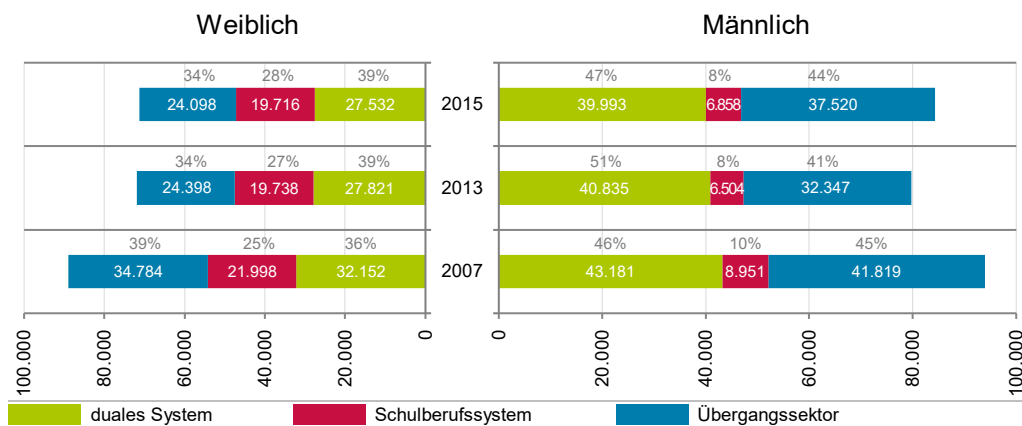
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Die Spannweite der Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss schwankt von 28,8 % im Arbeitsagenturbezirk Nagold-Pforzheim und 56,3 % im Arbeitsagenturbezirk Mannheim (Abb. BW-4). Bei Jugendlichen mit mittlerem Abschluss sind die regionalen Unterschiede in den Einmündungsquoten zwar weniger stark ausgeprägt, schwanken jedoch auch hier um 18 Prozentpunkte. Bei Jugendlichen mit (Fach-)Hochschulreife differieren die Einmündungsquoten dagegen wenig nach Arbeitsagenturbezirken (Differenz liegt bei 5 Prozentpunkten).

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Auch in Baden-Württemberg besteht die traditionelle geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems (Abb. BW-5): Frauen münden deutlich häufiger ins Schulberufssystem als Männer (Differenz von 20 Prozentpunkten im Jahr 2015), dafür seltener in eine duale Ausbildung oder in den Übergangsbereich. Wenngleich zwischen 2007 und 2015 die absolute Zahl der Neuzugänge in beiden Gruppen abgenommen hat, ist die Verteilung auf die drei Sektoren relativ konstant geblieben, sodass weder von einer Angleichung noch von einem weiteren Auseinanderdriften zwischen den Geschlechtern, wie dies beispielsweise in Bayern der Fall ist, gesprochen werden kann.

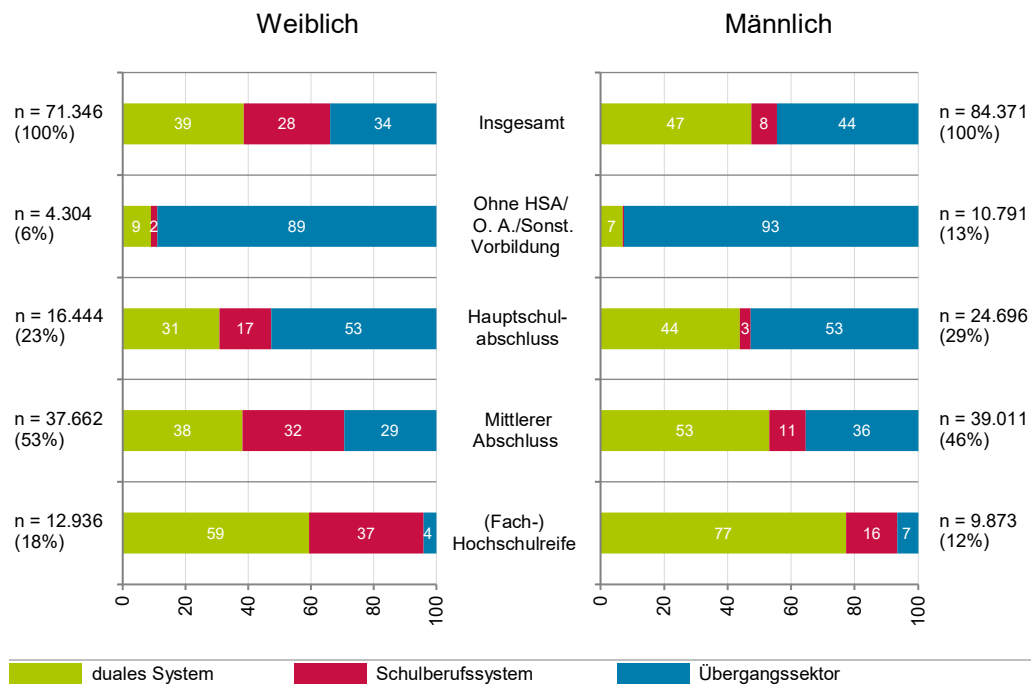
Abbildung BW-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Baden-Württembergs 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass fast alle Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss zunächst in einer Maßnahme des Übergangssektors landen (89 bzw. 93 %, Abb. BW-6). Selbst wenn sie einen Hauptschulabschluss aufweisen, gelingt nur knapp der Hälfte der Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich in der Gruppe mit mittlerem Abschluss – deutlich mehr Frauen als Männern gelingt die Aufnahme einer dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung (70 vs. 64 %). Insgesamt zeigt sich zudem im Vergleich der Geschlechter, dass mit steigendem Schulabschlussniveau die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in eine duale bzw. vollzeitschulische Ausbildung zunehmen.

Abbildung BW-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Baden-Württemberg 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

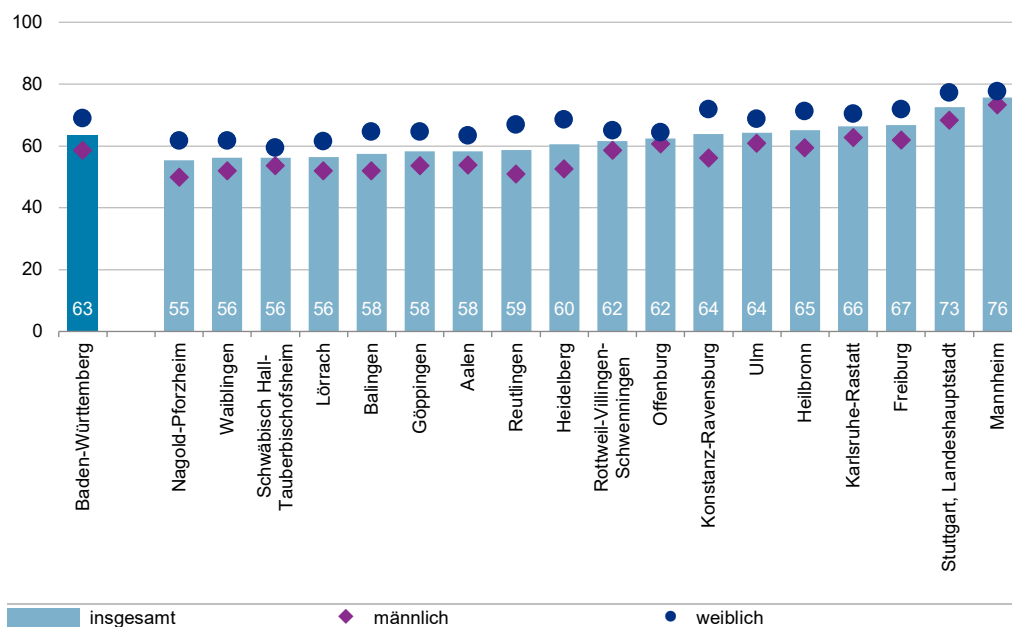


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wie für Baden-Württemberg insgesamt gilt ebenfalls auf Arbeitsagenturbezirksebene, dass Frauen häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden als Männer (Abb. BW-7). Zwar sind hier auch regionale Unterschiede auszumachen – die geringsten geschlechtsspezifischen Differenzen bestehen in den Arbeitsagenturbezirken Offenburg und Mannheim mit unter 5 Prozentpunkten; die größten Unterschiede sind in den Arbeitsagenturbezirken Reutlingen, Heidelberg und Konstanz-Ravensburg mit einer Differenz von um die 16 Prozentpunkten zu finden. Insgesamt sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Baden-Württemberg damit annähernd so stark ausgeprägt wie in Bayern.

Abbildung BW-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Baden-Württemberg 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



Anmerkung: Der Kreis Ludwigsburg ist auf zwei Arbeitsagenturbezirke aufgeteilt. Er wurde in dieser Aufbereitung dem Arbeitsagenturbezirk Stuttgart zugewiesen.

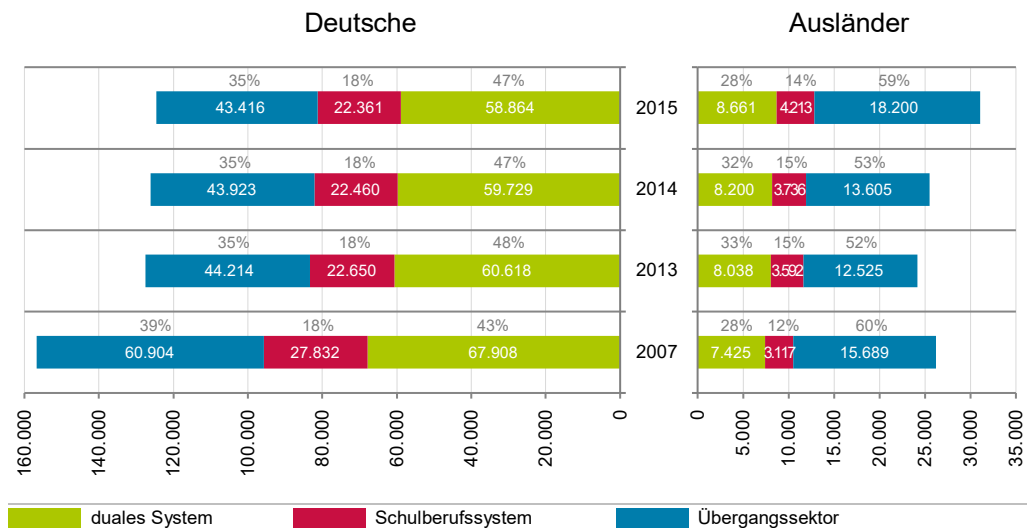
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de)
eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der Zahl der deutschen und ausländischen Neuzugänge zu den drei Sektoren des Berufsbildungssystems weist seit 2007 in unterschiedliche Richtungen (Abb. BW-8). Für die deutschen Neuzugänge ist zwischen 2007 und 2015 für alle drei Sektoren ein erheblicher Rückgang festzustellen. Im dualen System sank die Zahl der Neuzugänge von 67.908 auf 58.864 um 13,3 %, im Schulberufssystem von 27.832 auf 22.361 um 19,7 % und im Übergangsbereich von 60.904 auf 43.416 sogar um 28,7 %. Diese Entwicklungen in den absoluten Zahlen der Neuzugänge in der Gruppe der Deutschen haben dazu geführt, dass 2015 nur noch 35 % der Neuanfänger im dualen System, nach wie vor 18 % im Schulberufssystem und fast die Hälfte im Übergangssystem wiederzufinden sind. Gegenüber 2007 fällt damit der deutliche prozentuale Rückgang der Neuanfänger zum dualen System ins Gewicht.

Bei den Ausländern ist dagegen absolut gesehen für alle drei Sektoren ein Anstieg in den Neuzugangszahlen zwischen 2007 und 2015 auszumachen – für das duale System um 16,6 %, für das Schulberufssystem um 35,2 % und für den Übergangsbereich um 16 %. Allerdings wird ebenso deutlich, dass sich die Zahl der Neuzugänge zu Maßnahmen des Übergangssektors bis 2013, wie bei den Deutschen festzustellen, reduziert hat und erst mit dem jüngsten Flüchtlingszuzug wieder eine starke Zunahme zu verzeichnen ist. Bezogen auf die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zeigt sich im Zeitverlauf, dass selbst in Zeiten des Rückgangs der Neuzugänge zum Übergangsbereich (bis 2013), immer noch über die Hälfte in einer Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung landeten.

Abbildung BW-8: Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Baden-Württembergs 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wie in anderen Bundesländern hat sich mit dem jüngsten Flüchtlingszuwachs bei den Ausländern auch die relative Verteilung auf die verschiedenen Bildungsgänge des Übergangsbereichs geändert, während diese bei den Deutschen nahezu unverändert geblieben ist (Tab. BW-2). Ausländer landeten 2015 deutlich häufiger im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen, die Maßnahmen zur Sprachförderung und Kulturvermittlung umfassen (Anstieg um über 20 Prozentpunkte), dagegen mündeten sie seltener in Berufsfachschulen ein, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln. Weiterhin auffällig ist, dass 2015 deutlich weniger Ausländer in den durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierten Maßnahmen sind (berufsvorbereitende Maßnahmen und Einstiegsqualifizierung). Ihr Anteil hat sich von 13,4 % 2007 auf 7,3 % im Jahr 2015 reduziert. Auch für Baden-Württemberg ist damit ein Rückzug der BA aus der Verantwortung der beruflichen Integration ausländischer Jugendlicher festzustellen.

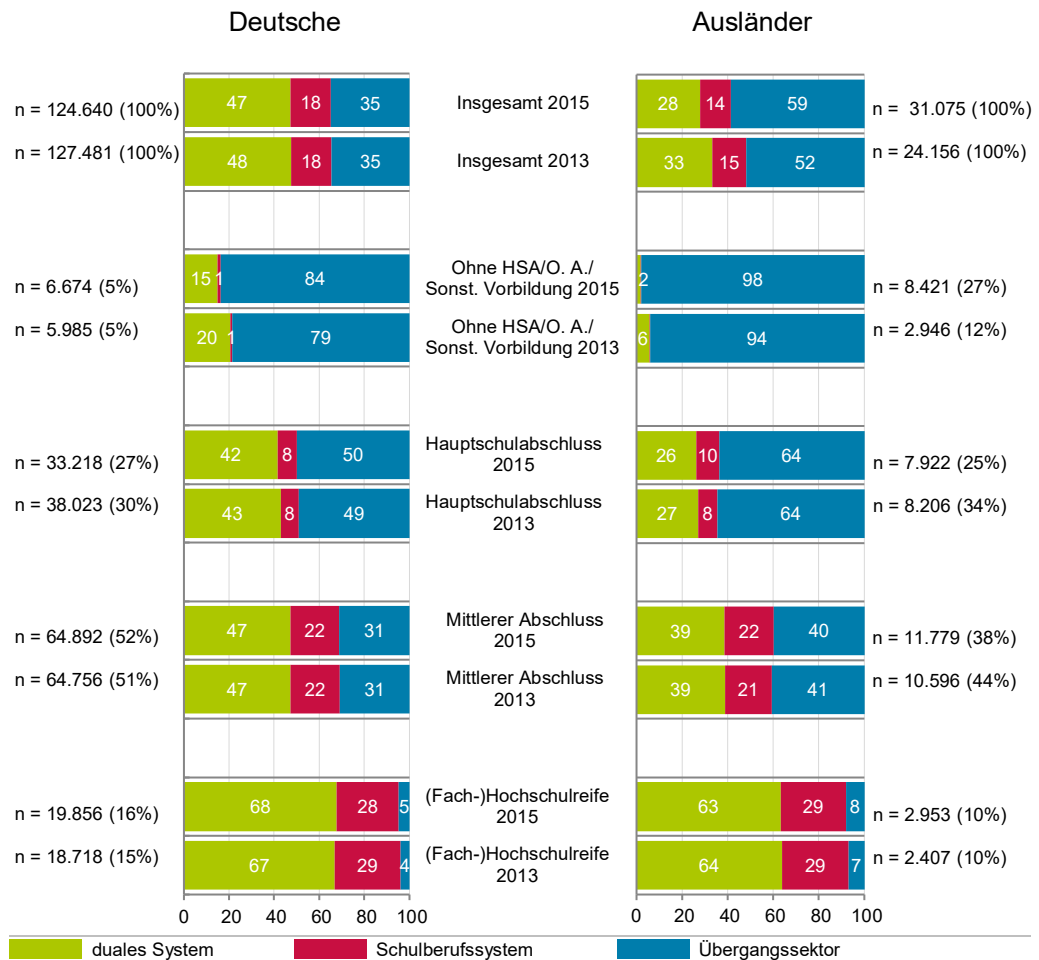
Tabelle BW-2: Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	60.904	100	15.689	100	43.416	100	18.200	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	297	0,5	2	0,0	245	0,6	3	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	44.709	73,4	10.378	66,1	33.249	76,6	9.162	50,3
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	4.468	7,3	2.329	14,8	2.085	4,8	6.899	37,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	1.529	2,5	714	4,6	976	2,2	490	2,7
Praktikum vor der Erzieherausbildung	2.677	4,4	161	1,0	3.102	7,1	315	1,7
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.852	8,0	1.533	9,8	3.185	7,3	1.043	5,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	2.372	3,9	572	3,6	574	1,3	288	1,6

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Nach wie vor bestehen deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern differenziert nach dem schulischen Vorbildungsniveau fort (Abb. BW-9). Zwar ist ersichtlich, dass für beide Gruppen das Fehlen eines Schulabschlusses mit sehr geringen Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung einhergeht, für Ausländer stellt sich dieser Übergang aber ungleich schwerer dar. Von ihnen landen 98 % zunächst in einer Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung, unter den Deutschen sind es vergleichsweise „nur“ 84 % im Jahr 2015. Mit höherem schulischen Vorbildungsniveau steigen die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung, die Differenzen zwischen Ausländern und Deutschen bleiben jedoch bestehen. Insgesamt zeigt sich zudem, dass trotz veränderter Zusammensetzung der ausländischen Neuzugänge nach schulischem Vorbildungsniveau – insbesondere der Zuwachs in der Gruppe der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss ist bedeutend – die Einmündungsquoten in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems zwischen 2013 und 2015 für alle Qualifikationsstufen relativ konstant geblieben sind. Anders als in Schleswig-Holstein landen in Baden-Württemberg höher qualifizierte Ausländer 2015 nicht häufiger in Maßnahmen des Übergangsbereichs als 2013.

Abbildung BW-9: Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Baden-Württembergs nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



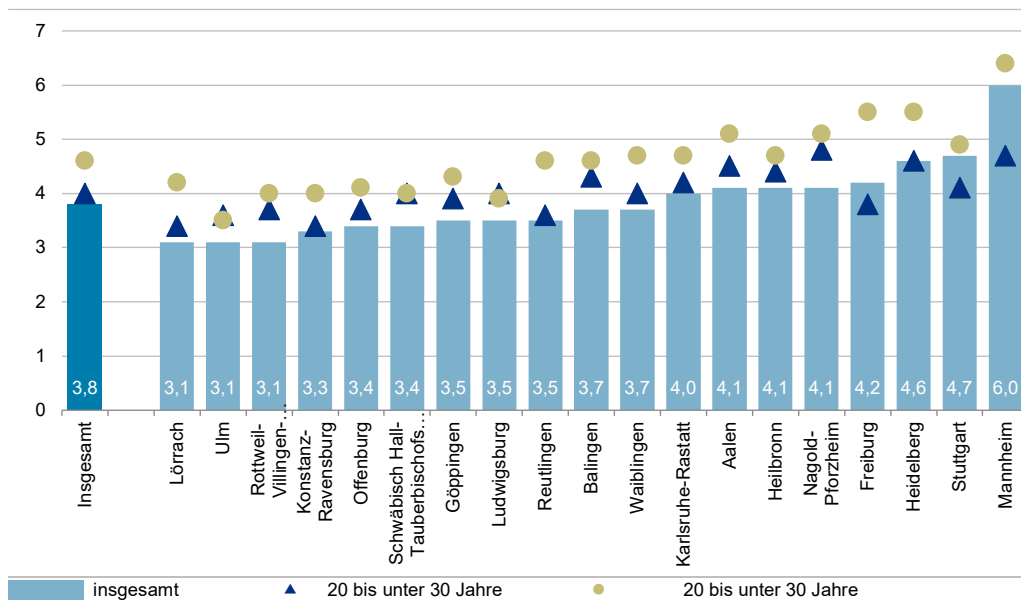
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Baden-Württemberg weist mit einer Arbeitslosenquote von 3,8 % nach Bayern das geringste Beschäftigungsrisiko im Bundesländervergleich auf. Auch die Arbeitslosenquote für die Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen liegt mit 4 % deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 7,1 %. Zwischen den Arbeitsagenturbezirken schwanken die Arbeitslosenquoten weniger stark als in Bayern, zwischen 6 % in Mannheim und 3,1 % in Lörrach, Ulm oder Rottweil-Villingen-Schwenningen (Abb. BW-10).

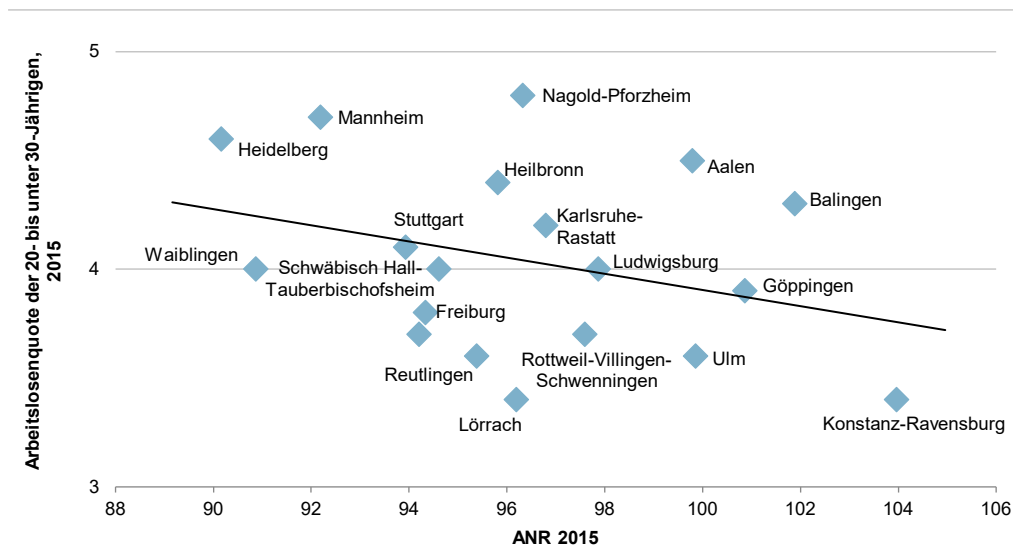
Abbildung BW-10: Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Baden-Württemberg 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Die Korrelation zwischen der ANR und der Jugendarbeitslosenquote auf Arbeitsagenturebene bezogen auf die 20- bis unter 30-Jährigen weist auf einen negativen Zusammenhang hin, der allerdings nicht signifikant ist (Abb. BW-11). Tendenziell zeigt sich jedoch, dass ein stärker ausgeglichener dualer Ausbildungsmarkt mit einer niedrigeren Jugendarbeitslosigkeit einherzugehen scheint.

Abbildung BW-11: Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Baden-Württemberg 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Die Situation und Herausforderungen für die Berufsbildungspolitik in Baden-Württemberg sind denen in Bayern nicht unähnlich. Sie werden von den Bedingungen einer prosperierenden, stark industriebasierten Wirtschaft und einem sich der Vollbeschäftigung nähernden Arbeitsmarkt geprägt. Man muss die Ausbildungsentwicklung dieser Länder vor allem mit Blick in die Zukunft betrachten, mit wie viel Unsicherheiten diese auch immer auf den Märkten behaftet sein mag. Und da stellt sich die Lage für Baden-Württemberg mittelfristig noch etwas stärker angespannt als für Bayern dar: Es hat, bezogen auf die im besonders ausbildungsrelevanten Alter befindliche Population (15 bis 24 Jahre), eine etwas ungünstigere Prognose für das nächste Jahrzehnt, und vor allem die sehr viel größere Aufgabe, jugendliche Ausländer in dieser Altersgruppe (32 %) in Ausbildung und Arbeitsmarkt zu integrieren. In letzterem Punkt liegt sicherlich für Baden-Württemberg auch eine Chance, demografisch bedingte Rückläufigkeiten im (künftigen) Arbeitskräftevolumen auszugleichen.

Für die Sicherung des Fachkräftebedarfs im gewerblich-technischen Bereich, dem Kernsektor der baden-württembergischen Wirtschaft, durch die duale Berufsausbildung praktiziert Baden-Württemberg seit einigen Jahren ein Modell, das sowohl die Qualität als auch die Quantität dualer Ausbildung zu fördern in der Lage ist: Nach Vereinbarung mit Kammern und Betrieben wird das erste Ausbildungsjahr de facto als vollzeitschulisches in der Berufsfachschule/Berufskolleg unter Einschluss eines schulisch begleiteten Betriebspraktikums durchgeführt nach „den maßgeblichen Ausbildungsordnungen sowie Bildungs- und Lehrplänen in der Grundstufe“ (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg 2013), was über Ausbildungszeitverkürzungen als erstes Ausbildungsjahr angerechnet werden kann. Die Entlastung der Betriebe von der Vermittlung theoretischer und fachpraktischer Grundqualifikationen auf Berufsfeldbreite, zu der sie selbst unter Umständen nicht die Voraussetzungen mitbringen, ermöglicht mehr Betrieben die Ausbildungsbeteiligung. Ob damit die im Ländervergleich auffällig niedrige Einmündungsquote von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss wie sogar auch von Jugendlichen mit mittlerem Abschluss in eines der beiden vollqualifizierenden Ausbildungssysteme angehoben werden kann, bleibt vorerst abzuwarten. Zur Gewinnung von mehr Ausbildungsplätzen im gewerblich-technischen Bereich allerdings könnte das Modell Baden-Württembergs für das erste duale Ausbildungsjahr für andere Länder Vorbildcharakter haben.

Für den zweiten Fachkräfteengpass, den bei den personenbezogenen Dienstleistungen, den man in beinahe allen Bundesländern beobachten kann, scheint Baden-Württemberg nicht gut gerüstet zu sein. Diesen Eindruck vermittelt die Tatsache, dass das Land bei den Neuzugängen zum Schulberufssystem, in dem bundesweit der Nachwuchs in den personenbezogenen Dienstleistungen mehrheitlich ausgebildet wird, mit 17 % an letzter Stelle aller Länder liegt und auch in den letzten Jahren keine nennenswerte Erhöhung der Quote in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen vorweisen kann. In einem derartig stark von Industrie- und industrienahen Berufen mit ihren relativ attraktiven Beschäftigungsperspektiven geprägten Arbeitsmarkt haben es die personenbezogenen Dienstleistungen möglicherweise schwer. Um diesen Zustand zu ändern, ist nicht allein die Berufsbildungspolitik des Landes, sondern auch die Personal- und Beschäftigungspolitik der Dienstleistungsunternehmen gefordert.

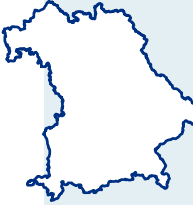
Ohne eine Verbesserung der beruflichen Integration jener jugendlichen Ausländer, die ein Drittel der Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15 bis 24 Jahre) ausmachen, scheint mittelfristig die Fachkräftesicherung in Baden-Württemberg kaum zu gewährleisten zu sein. Die gegenwärtige Situation der beruflichen Integration kann

nicht befriedigen. Zwar ist es zwischen 2007 und 2015 gelungen, einen Anstieg ausländischer Neuzugänge sowohl zum dualen als auch zum Schulberufssystem zu erreichen. Aber die Abstände zwischen den relativen Anteilen zwischen deutschen und ausländischen Neuzugängen zu den vollqualifizierenden Ausbildungssystemen bleiben auch aktuell groß, machen im dualen System annähernd 20 Prozentpunkte aus. Umgekehrt erweist sich die Relation im Übergangssektor. Dass die aktuellen Relationen bis zu einem bestimmten Ausmaß auch von der starken Flüchtlingszuwanderung der letzten Jahre mit bedingt sind, verschärft das Integrationsproblem für die Berufsbildungspolitik eher als es zu relativieren.

Bayern

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	BY 2013	BY 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	40.505 €	42.950 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,4 %	11,3 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	89,5 %	86,1 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	22,6 %	21,9 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	41,7 %	41,5 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	35,7 %	36,5 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	29,1 %	26,8 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	33,1 %	32,1 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	21,0 %	21,9 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	15,9 %	18,3 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	12,1 %		12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	63,0 %	63,0 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	13,7 %	15,0 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	11,2 %	9,6 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße*			
In Klein- und Kleinstbetrieben	39,3 %	39,1 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	26,0 %	26,1 %	27,8 %
In Großbetrieben	34,7 %	34,8 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	20,6 %	21,3 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	21,3 %	22,0 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	23,9 %	23,6 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	3,8 %	3,6 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)**			
Berufliche Schulen insgesamt	4.300 €	4.800 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.800 €	3.100 €	2.900 €
Ausbildungseinpendler	3,3 %	3,4 %	

* Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

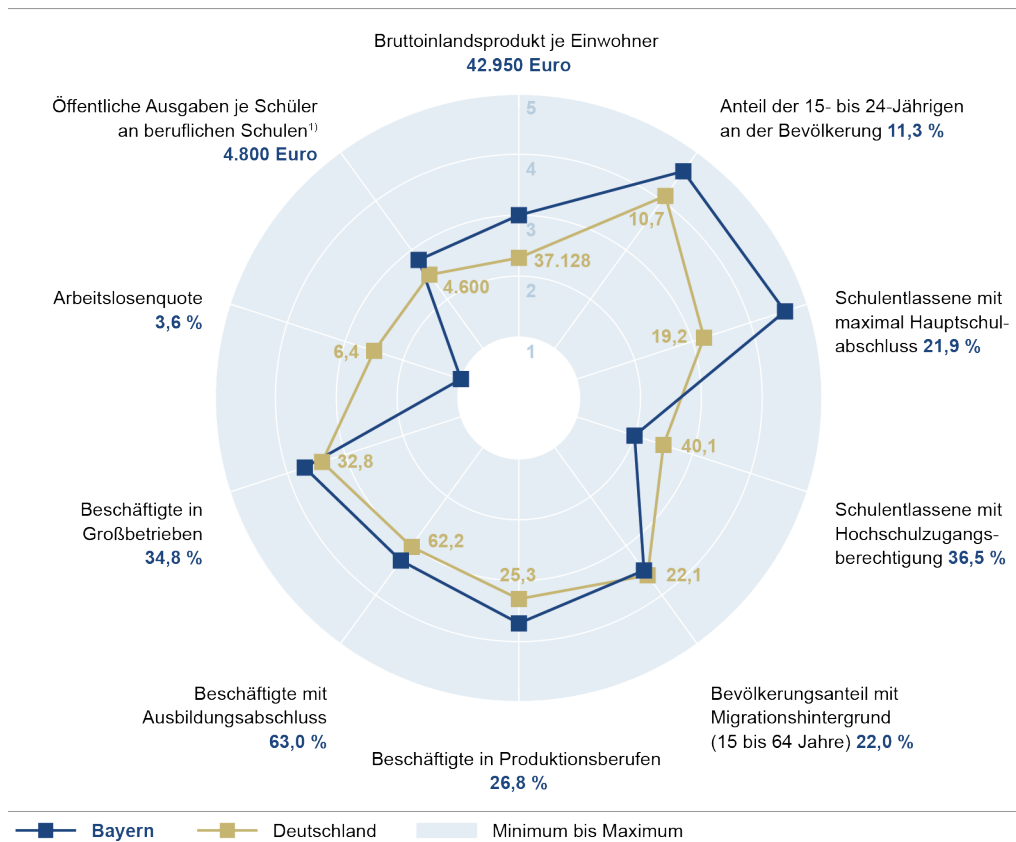
** Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Bayern stellt mit einer Bruttowertschöpfung (BIP p. c.) von 42.950 € das Flächenland mit der höchsten Wirtschaftskraft dar. Darüber hinaus weist Bayern die geringste Arbeitslosenquote auf (3,6 %), die im Vergleich zu 2013 weiter rückläufig ist. Dies deutet auf gute Handlungsmöglichkeiten im Berufsbildungsbereich hin.

Bei der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstruktur entspricht Bayern annähernd dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt weist Bayern damit eine gute Durchmischung bei den Hauptberufsgruppen auf. Im Bundeslandvergleich wird jedoch deutlich, dass die Beschäftigten in Bayern schwerpunktmäßig vor allem in den Produktions- sowie den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen tätig sind – hier rangiert Bayern in der oberen Hälfte. Dagegen schneidet Bayern bei den personenbezogenen sowie den IT- und naturwissenschaftlichen und sonstigen Dienstleistungsberufen unterdurchschnittlich ab.

Auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten entspricht auf allen drei Niveaus fast genau dem Bundesdurchschnitt: Fast zwei Drittel der Beschäftigten weist eine abgeschlossene Berufsausbildung auf (63 %), der Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung liegt bei 12,3 %, der mit unbekannter Ausbildung bei 10 %, während 15 % aller Beschäftigten über einen (Fach-)Hochschulabschluss verfügen. Damit zeigt sich zwar seit 2013 eine Höherqualifizierung der Beschäftigten, allerdings ist die Beschäftigtenstruktur Bayerns im Vergleich zu den Stadtstaaten Berlin und Hamburg nach wie vor durch ein mittleres Ausbildungsniveau geprägt. Auch bei der Betriebsgrößenstruktur ist die Beschäftigung in Bayern ein Abbild des bundesrepublikanischen Durchschnitts – mit einem leichten Übergewicht bei den Großbetrieben (34,8 zu 32,8 %).

Abbildung BY-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Bayerns 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

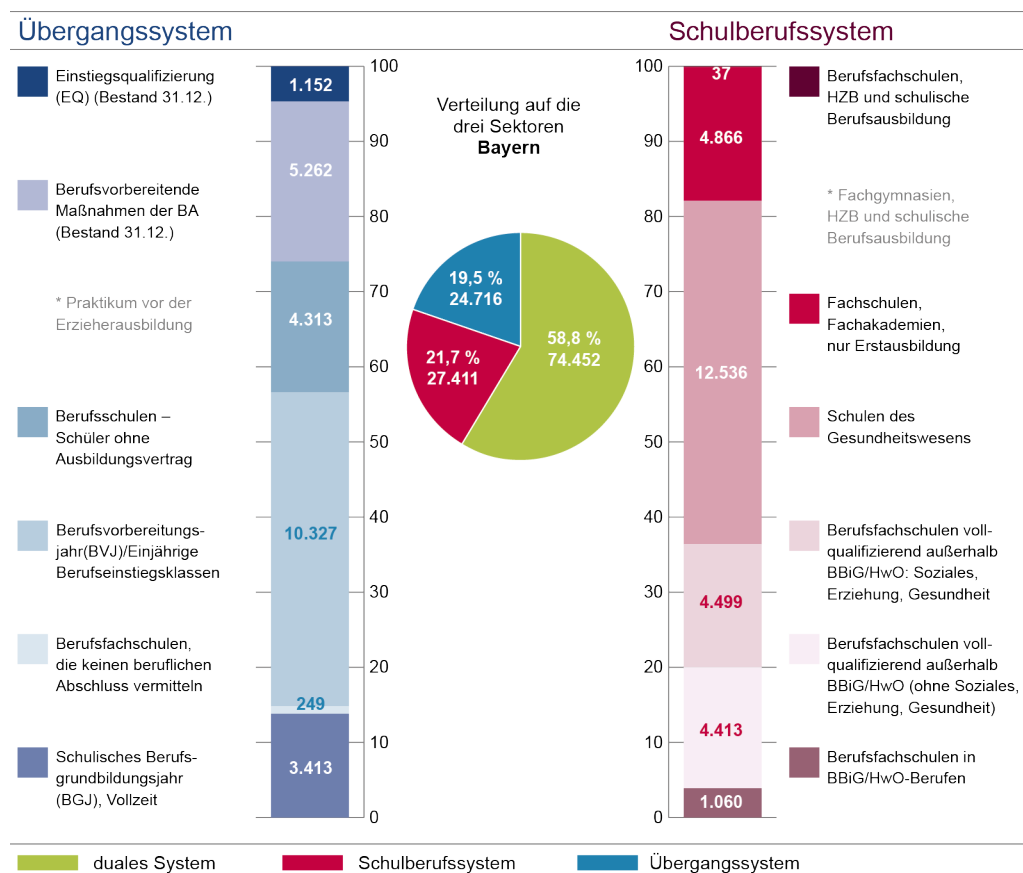
Beim Nachfragepotenzial für Ausbildung bzw. der Auswahlchancen der Betriebe für die Besetzung von Ausbildungsplätzen stellt sich Bayern vergleichsweise günstig dar: Der Anteil der Personen im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15 bis 24 Jahre) liegt mit 11,3 % im oberen Drittel des Bundesländervergleichs. Die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu der Kohorte der 25- bis 34-Jährigen weist mit einem Anteil von 86 % jedoch schon kurzfristig auf Herausforderungen bei der Sicherung von Fachkräften hin, wenngleich auch hier Bayern dem Bundesdurchschnitt entspricht. Beim schulischen Vorbildungsniveau der Schulabsolventen zeichnet sich Bayern durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss (22 %) sowie an Schulabsolventen mit mittlerem Bildungsabschluss bei gleichzeitig geringem Anteil an Absolventen mit (Fach-)Hochschulreife (36,5 %) aus. Gegenüber 2013 hat sich damit die Verteilung auf die drei Schulabschlussniveaus kaum verändert.

Im Vergleich zu 2013 haben sich die Investitionen in die Berufsbildung erhöht, sodass Bayern 2015 bei den jährlichen öffentlichen Ausgaben für berufliche Schulen mit 4.800 € pro Schüler über dem Bundesdurchschnitt von 4.600 € liegt, bei den Ausgaben für Schulen im dualen System mit 3.100 € ebenfalls. Einen wichtigen berufsbildungspolitischen Aufgabenbereich stellt in Bayern, wie – mit unterschiedlichem Gewicht – in allen Bundesländern, die Berufsbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund dar: Fast ein Viertel der Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter weist einen Migrationshintergrund auf (23,6 %).

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Bayerns

2.1. Das Berufsbildungssystem

Absolut und relativ betrachtet hat sich die Zahl der Neuzugänge zum dualen System zwischen 2007 und 2015 reduziert (Tab. BY-1), was gleichermaßen durch eine Abnahme bei den weiblichen und männlichen Neuzugängen bedingt ist (vgl. Abb. BY-5). Mit einem Anteil von 59 % an Neuzugängen zum dualen System 2015 liegt Bayern jedoch nach wie vor deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 50 % (Abb. BY-2). Nur Hamburg weist noch höhere Einmündungsquoten ins duale System auf. Im Vergleich zu 2013 hat sich jedoch die Ausbildungsmarktsituation im dualen System verschlechtert.

Abbildung BY-2 Das Berufsbildungssystem Bayerns 2015

* Wird in Bayern nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bayern stellt das Bundesland dar, in dem sich die Zahl der Neuzugänge zum Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 kaum verändert hat. Ähnlich wie 2013 nahmen auch 2015 etwas über ein Fünftel der Neuzugänge zum Berufsbildungssystem eine vollzeitschulische Ausbildung auf. Damit rangiert Bayern im Bundesländervergleich auf einem mittleren Platz. Entsprechend der Verteilung von 2013 fällt knapp die Hälfte der Neuzugänge zum Schulberufssystem auf die Schulen des Gesundheitswesens (ca. 46 %); nur das Saarland weist mit einem Anteil von etwa zwei Dritteln eine höhere Quote auf. Nahezu gleich verteilen sich die Neuzugänge auf die vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BBiG/HwO) ohne Soziales, Erziehung, Gesundheit (ca. 16 %), auf die vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO mit Soziales, Erziehung, Gesundheit (16,4 %) sowie auf die Fachschulen, Fachakademien (nur Erstausbildung) mit knapp 18 %. Hingegen spielen die Berufsfachschulen in BBiG/HwO-Berufen sowie die Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die zugleich einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) vermitteln, in Bayern keine Rolle.

Tabelle BY-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	85.627	77.084	74.452	100,0	–13,1	–3,4
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungsjahr	24.687	19.541	19.150	25,7	–22,4	–2,0
Schulberufssystem insgesamt	26.464	27.720	27.411	100,0	3,6	–1,1
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	1.327	1.179	1.060	3,9	–20,1	–10,1
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	6.788	4.812	4.413	16,1	–35,0	–8,3
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	18.349	21.715	21.901	79,9	19,4	0,9
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	4.516	4.599	4.499	16,4	–0,4	–2,2
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	10.698	12.662	12.536	45,7	17,2	–1,0
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	3.135	4.454	4.866	17,8	55,2	9,3
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	14	37	0,1	-	164,3
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	-	14	37	0,1	-	164,3
Übergangssektor insgesamt	33.976	18.779	24.716	100,0	–27,3	31,6
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	3.782	3.131	3.413	13,8	–9,8	9,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	529	309	249	1,0	–52,9	–19,4
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	5.526	5.119	10.327	41,8	86,9	101,7
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	9.094	3.639	4.313	17,5	–52,6	18,5
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	10.821	5.478	5.262	21,3	–51,4	–3,9
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	4.224	1.103	1.152	4,7	–72,7	4,4
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	4.379	2.678	2.195		–49,9	–18,0

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Entwicklung der Neuzugänge zum Übergangsbereich kann in zwei Phasen aufgeteilt werden: Zwischen 2007 und 2013 hat sich die Zahl der Neuzugänge um knapp 45 % von 33.976 auf 18.779 reduziert, seit 2013 ist dagegen ein deutlicher Anstieg zu vermerken. Absolut von 18.779 im Jahr 2013 auf 24.716 2015. Dies entspricht einem Zuwachs um 31,6 %, sodass sich der Anteil der Neuzugänge zu Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung seit 2013 um mehr als 4 Prozentpunkte, auf 19,5 % erhöht hat. Diese Entwicklung ist vor allem auf den starken Zuwachs von Ausländern im Rahmen des jüngsten Flüchtlingszuzugs zurückzuführen (vgl. Abs. 3.3).

Hinter dieser Zunahme stehen unterschiedliche Entwicklungstrends innerhalb des Übergangsbereichs: Die deutliche Zunahme in der Zahl der Neuzugänge ist insbesondere auf einen Anstieg beim Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen zurückzuführen. In diesem Bereich hat sich die Zahl zwischen 2013 und 2015 von 5.119 auf 10.327 Jugendliche verdoppelt. Weiterhin ist eine moderate Zunahme

bei den Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (um 18,5 %) und beim schulischen Berufsgrundbildungsjahr (um 9 %) festzustellen. Abnehmend sind dagegen die Neuzugänge zu den Berufsfachschulen, die keinen Ausbildungsabschluss vermitteln (um –19,4 %) bzw. zu den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) (–3,9 %).

Die Verteilung der Neuzugänge zum Übergangsbereich 2015 stellt sich wie folgt dar: Die Mehrheit (41,8 %) landet im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen. Ein weiteres Fünftel besucht berufsvorbereitende Maßnahmen der BA, 17,5 % sind in Berufsfachschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und 13,8 % im schulischen Berufsgrundbildungsjahr wiederzufinden. Dagegen spielen Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, sowie die Einstiegsqualifizierung der BA in Bayern nur eine untergeordnete Rolle.

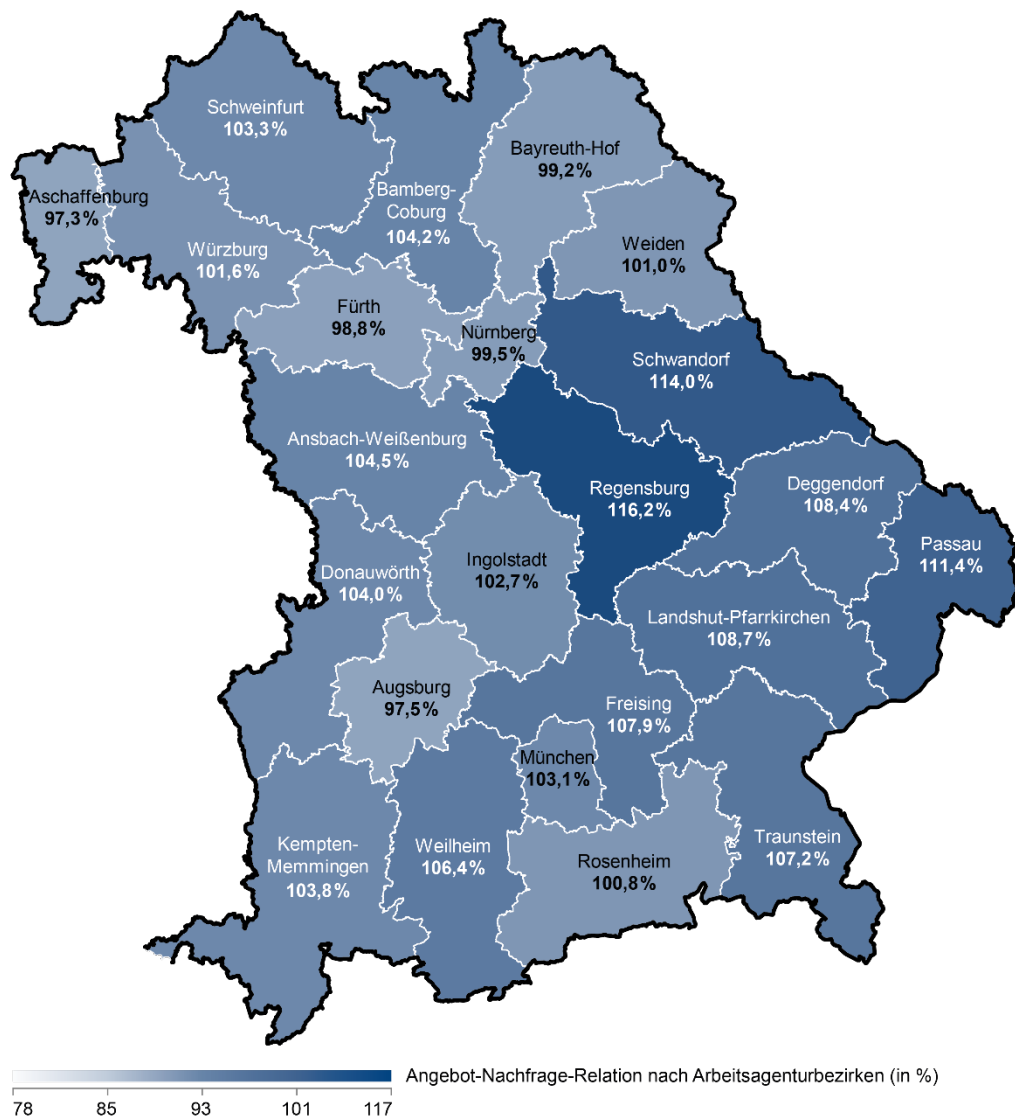
2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Bayern

Der Ausbildungsstellenmarkt für Lehrstellen im dualen System stellt sich für Bayern im Bundesländervergleich am günstigsten dar. Mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 104 % liegt für Bayern im Durchschnitt ein beinahe ausgeglichenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage vor. Dies verdeutlicht, dass die Jugendlichen in Bayern am ehesten von den westdeutschen Flächenländern ein auswählfähiges Angebot haben. Im Vergleich zu 2013 ist damit auch eine leichte Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation für das duale System festzustellen, was auf ein stärkeres Ansteigen auf der Angebots- als der Nachfrageseite zurückzuführen ist (4 vs. 1,5 %). Allerdings schlägt sich dies nicht in einer steigenden absoluten und relativen Zahl an Neuzugängen zum dualen Ausbildungssystem nieder.

Demografisch betrachtet ist eine weitere Verringerung der Nachfrage in den kommenden Jahren zu erwarten. So verdeutlicht das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen, das bei 78,6 % und damit im unteren Drittel im Bundesländervergleich liegt, dass bei gleichbleibendem Angebot an Ausbildungsplätzen ein deutlicher Angebotsüberhang entsteht und – ceteris paribus – etliche Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht werden besetzen können.

Die regionale Differenzierung auf Arbeitsagenturebene weist auf unterschiedliche Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen bzw. der Versorgung von Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen hin. Insbesondere in den Regionen Regensburg, Schwandorf und Passau ist ein deutlicher Angebotsüberhang festzustellen (ANR ≥ 111 %), sodass hier ein Fachkräftemangel, zumindest in ausgewählten Berufen, bestehen kann. Für weitere fünf der 23 Arbeitsagenturbezirke ist ein ausgeglichener Ausbildungsmarkt auszumachen, die ANR liegt hier zwischen 106 und 109 %. Die größten Schwierigkeiten bei der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im dualen Berufsbildungssystem bestehen in den Regionen Aschaffenburg, Augsburg und Fürth mit einer ANR um die 98 %.

Abbildung BY-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Bayern 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

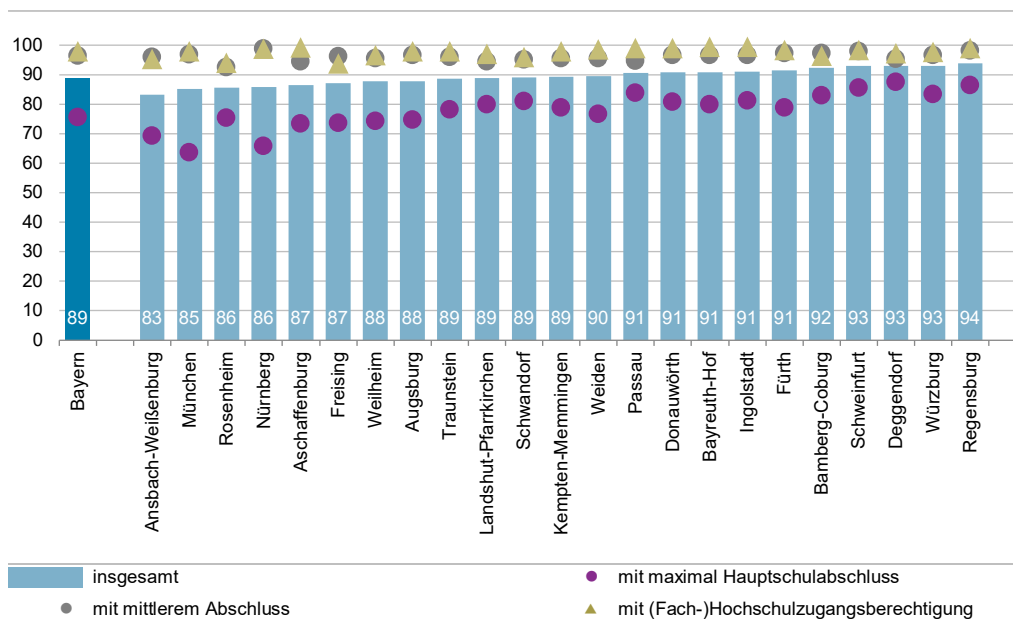
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Bayern

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach schulischem Vorbildungsniveau

Die Möglichkeiten der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss stellen sich in keinem anderen Land so günstig dar wie in Bayern. 70 % von ihnen schaffen den Übergang in eine duale oder vollzeit-

schulische Ausbildung. Dabei sind regionale Unterschiede feststellbar (Abb. BY-4), wobei die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss von der allgemeinen Ausbildungsmarktlage abhängen: In Arbeitsagenturbezirken, in denen die Einmündungsquoten in eine duale und vollzeitschulische Ausbildung am niedrigsten sind – wie in den Regionen Ansbach-Weißenburg, München und Nürnberg –, stellt sich insbesondere der Übergangsprozess von geringqualifizierten Jugendlichen schwierig dar, vergleichsweise nur zwei Drittel schaffen die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung. Dagegen fallen die Übergangsquoten von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss – entsprechend dem allgemeinen Trend – in den Arbeitsagenturbezirken Regensburg, Deggendorf und Schweinfurt mit über 90 % überaus günstig aus. Bei Jugendlichen mit mittlerem oder (Fach-)Hochschulabschluss besteht dieser Zusammenhang ebenfalls, wenngleich auf etwas niedrigerem Niveau.

Abbildung BY-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Bayern 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)

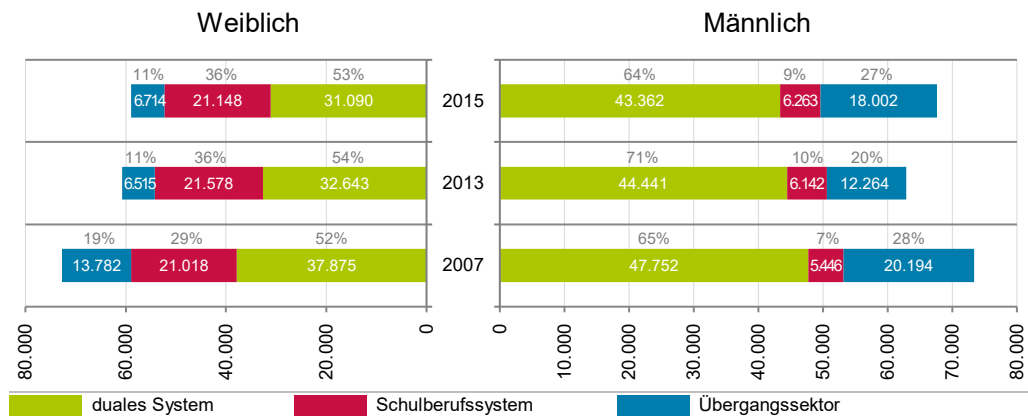


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht

Die differenzierte Darstellung der Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht verdeutlicht, dass die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems bestehen bleibt und sich sogar noch verstärkt (Abb. BY-5): Während zwischen 2007 und 2015 kaum Verschiebungen zwischen den Geschlechtern bei den relativen Quoten der Einmündung ins duale System festzustellen sind, gibt es erhebliche Dynamiken beim Schulberufssystem und dem Übergangsbereich. So hat sich der Anteil der weiblichen Neuzugänge zum Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 um 7 Prozentpunkte erhöht; bei den Männern ist nur ein Anstieg um 2 Prozentpunkte auszumachen. Dagegen hat sich der Anteil der weiblichen Neuzugänge zum Übergangsbereich um 8 Prozentpunkte reduziert, während er bei den männlichen Neuzugängen stabil bei etwas über einem Viertel verbleibt.

Abbildung BY-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Bayerns 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)

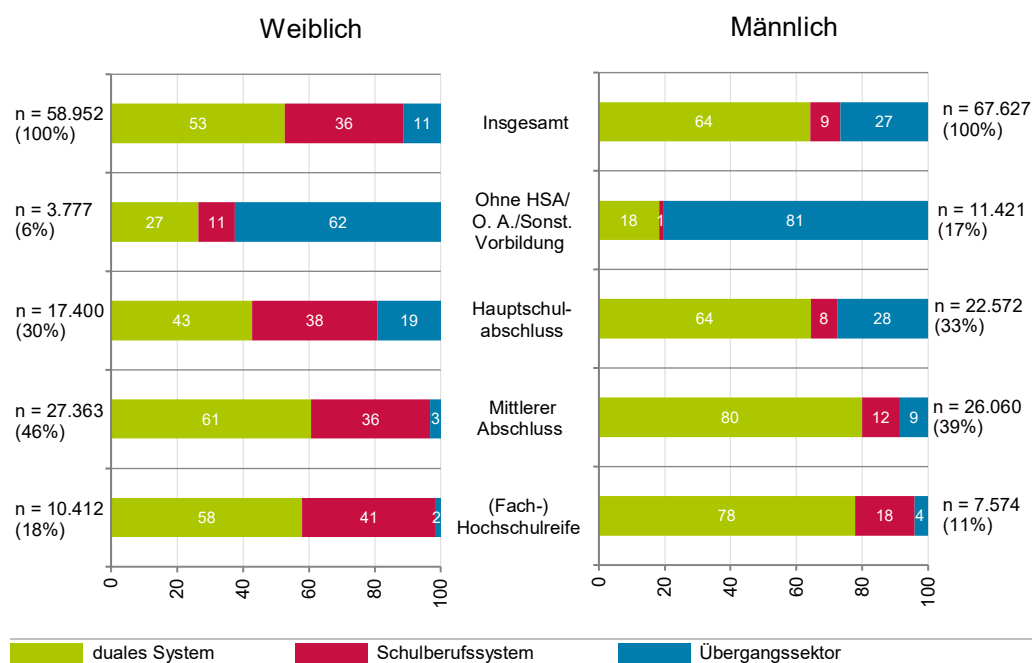


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Während im längeren Zeitraum größere Verschiebungen bei den weiblichen Neuzugängen auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems auszumachen sind, dafür aber zwischen 2013 und 2015 eine hohe Stabilität besteht, treten bei den männlichen Neuzugängen größere Veränderungen zwischen 2013 und 2015 zutage. So wird deutlich, dass der starke Anstieg des Übergangsbereichs seit 2013 auf den Anstieg der männlichen Neuzugänge zurückzuführen ist – ihr Anteil hat sich seit 2013 um 7 Prozentpunkte erhöht. Gleichzeitig sind sie relativ gesehen weniger häufig ins duale System eingemündet (64 %) als noch 2013 (71 %).

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss landen überwiegend zunächst in einem Bildungsgang des Übergangsbereichs; bei Männern stellt sich dieser Übergangsprozess allerdings ungleich schwerer dar als bei Frauen. 81 % münden in eine Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung ein, während der Anteil unter den Frauen ohne Hauptschulabschluss bei 62 % liegt. Wenn sie einen Hauptschulabschluss oder höheren Schulabschluss aufweisen, gelingt den Jugendlichen mehrheitlich der Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung, unabhängig vom Geschlecht. Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen allerdings traditionell in den Einmündungsquoten zum Schulberufs- bzw. dualen System: Unabhängig vom schulischen Vorbildungs-niveau landen Frauen deutlich häufiger in vollzeitschulischen Ausbildungen und seltener im dualen Ausbildungssystem; bei den Männern stellt sich dies entgegengesetzt dar, mit einer deutlich stärkeren Fokussierung auf Ausbildungen im dualen System.

Abbildung BY-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Bayerns 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

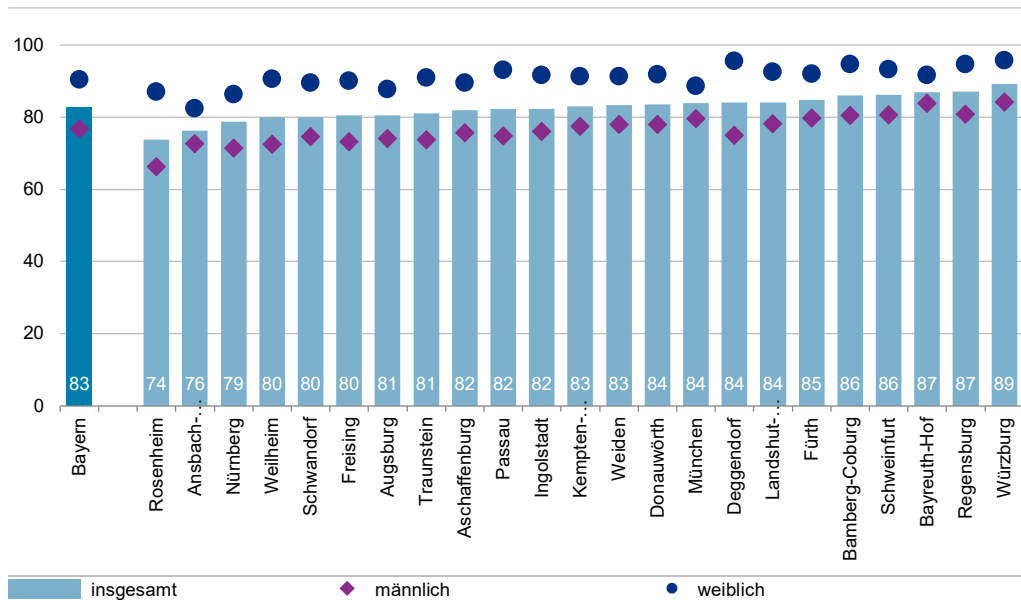


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wie für Bayern insgesamt gilt ebenfalls auf Arbeitsagenturbezirksebene, dass Frauen häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden als Männer (Abb. BY-7). Allerdings sind diesbezüglich erhebliche regionale Unterschiede auszumachen: Die geringsten geschlechtsspezifischen Differenzen in den Einmündungsquoten bestehen in den Regionen Bayreuth-Hof, München und Ansbach-Weißenburg; sie liegen zwischen 7 und 10 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede sind dagegen in den Arbeitsagenturbezirken Rosenheim und Deggendorf auszumachen mit einer Differenz von über 20 Prozentpunkten. Damit stellt Bayern eines jener Bundesländer dar (u. a. neben Baden-Württemberg), in denen die Chancen der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung für Frauen und Männern erheblich zwischen den Regionen differiert, sodass hier politischer Handlungsbedarf besteht.

Abbildung BY-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duals System oder Schulberufssystem) in Bayern 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)

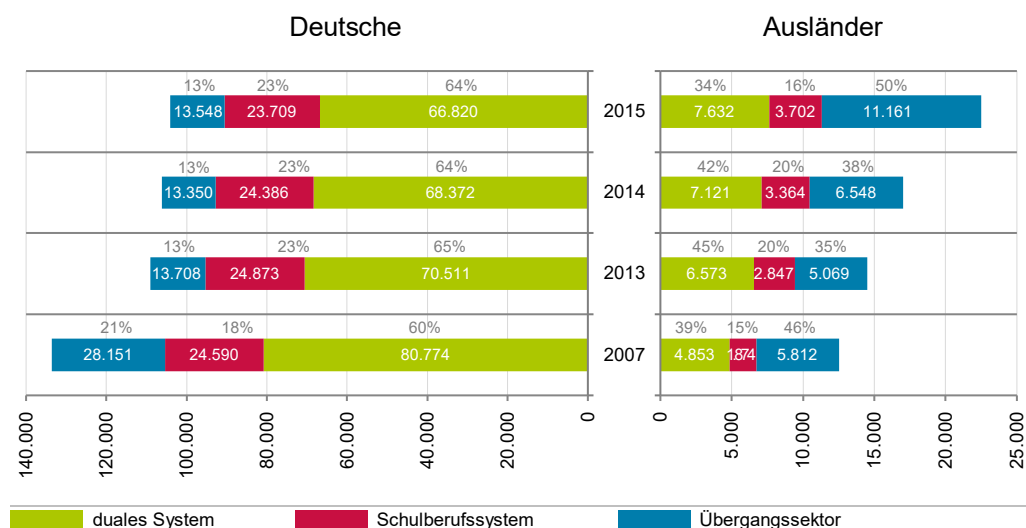


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Deutschen und Ausländern

Die Zahl der deutschen und ausländischen Neuzugänge zu den drei Sektoren des Berufsbildungssystems weist seit 2007 erhebliche Entwicklungsdynamiken auf (Abb. BY-8). Für die deutschen Neuzugänge ist zwischen 2007 und 2015 zum einen auf die stark sinkende absolute Zahl an Neuzugängen zum dualen System hinzuweisen, von 80.774 auf 66.820; insgesamt um gut –17 %. Zum anderen ist der deutliche Rückgang der deutschen Neuzugänge zum Übergangsbereich um fast 50 % seit 2007 hervorzuheben. Betrachtet man den Zeitraum zwischen 2013 und 2015 sind dagegen kaum Veränderungen in der Verteilung der deutschen Neuzugänge festzustellen.

Abbildung BY-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Bayerns 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut)

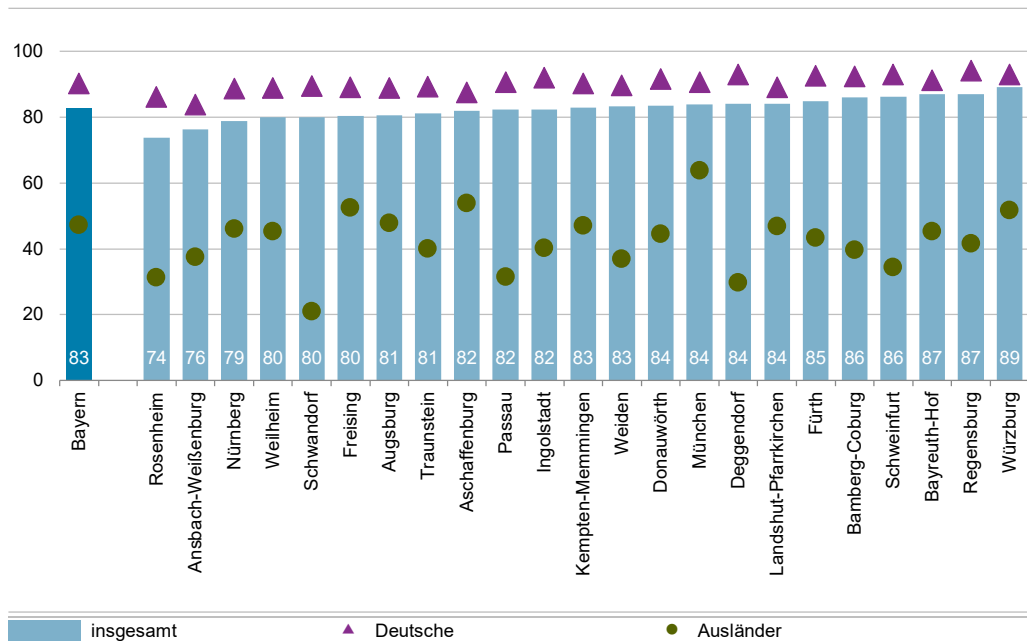


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Entwicklung der ausländischen Neuzugänge zum Berufsbildungssystem weist dagegen für alle 3 Sektoren eine deutliche Zunahme der Neuanfängerzahl auf: Für das duale und das Schulberufssystem ist dabei seit 2007 ein kontinuierlicher Anstieg auszumachen; im dualen System hat sich ihre Zahl um 57 % erhöht, im Schulberufssystem fast verdoppelt. Für den Übergangsbereich ist dagegen vor allem der drastische Anstieg in der Zahl der Neuzugänge seit 2013 hervorzuheben, der als Resultat des jüngsten Flüchtlingszuzugs angesehen werden kann. Diese Entwicklung führt dazu, dass 2015 die Hälfte der ausländischen Neuzugänge zum Berufsbildungssystem im Übergangsbereich zu finden ist; 2013 lag der Anteil noch bei 38 %. Insofern haben sich auch die Unterschiede in den Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung verstärkt. In beiden Ausbildungssystemen sinken die Einmündungsquoten deutlich, ohne dass sich aber die absolute Zahl der Neuzugänge in den letzten beiden Jahren stark veränderte (Abb. BY-8).

Diese für Bayern insgesamt betrachteten Unterschiede gelten auch differenziert nach den Arbeitsagenturbezirken (Abb. BY-9). Insgesamt liegen die Einmündungsquoten von Ausländern in 20 der 23 Arbeitsagenturbezirke um über 40 Prozentpunkte unterhalb derjenigen von deutschen Jugendlichen. Die größten Unterschiede von über 60 Prozentpunkten sind für die Regionen Schwandorf und Deggendorf auszumachen. Die geringste Differenz zwischen Deutschen und Ausländern sind im Arbeitsagenturbezirk München festzustellen (knapp 27 Prozentpunkte). Ein Zusammenhang der Möglichkeiten der Einmündungen in eine vollqualifizierende Ausbildung von Ausländern mit den generellen Einmündungsquoten für den jeweiligen Arbeitsagenturbezirk ist nicht zu erkennen.

Abbildung BY-9 Einmündung von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales oder Schulberufssystem) in Bayern 2015 nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Die Verteilung von Deutschen und Ausländern auf die verschiedenen Bildungsgänge des Übergangsbereichs weist auf deutliche Verschiebungen zwischen 2007 und 2015 hin (Tab. BY-2): Während sich 2007 Deutsche und Ausländer zu annähernd gleichen Anteilen auf die verschiedenen Maßnahmentypen verteilt haben, zeigt sich im Jahr 2015 ein gänzlich anderes Bild. Zwar stellen immer noch das Berufsvorbereitungsjahr/die einjährigen Berufseinstiegsklassen, die Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) diejenigen Bildungsgänge dar, die von Deutschen und Ausländern am häufigsten besucht werden, allerdings 2015 zu deutlich unterschiedlichen Anteilen. So verteilen sich die deutschen Neuzugänge vergleichsweise gleichmäßig auf die drei genannten Maßnahmentypen, während ausländische Jugendliche im Jahr 2015 in Bayern überwiegend im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen zu finden sind (ca. 71 %). Damit scheint diesem Bildungsgang die Hauptaufgabe bei der Sprachförderung und beruflichen Integration asyl- und schutzsuchender Flüchtlinge zuzukommen.

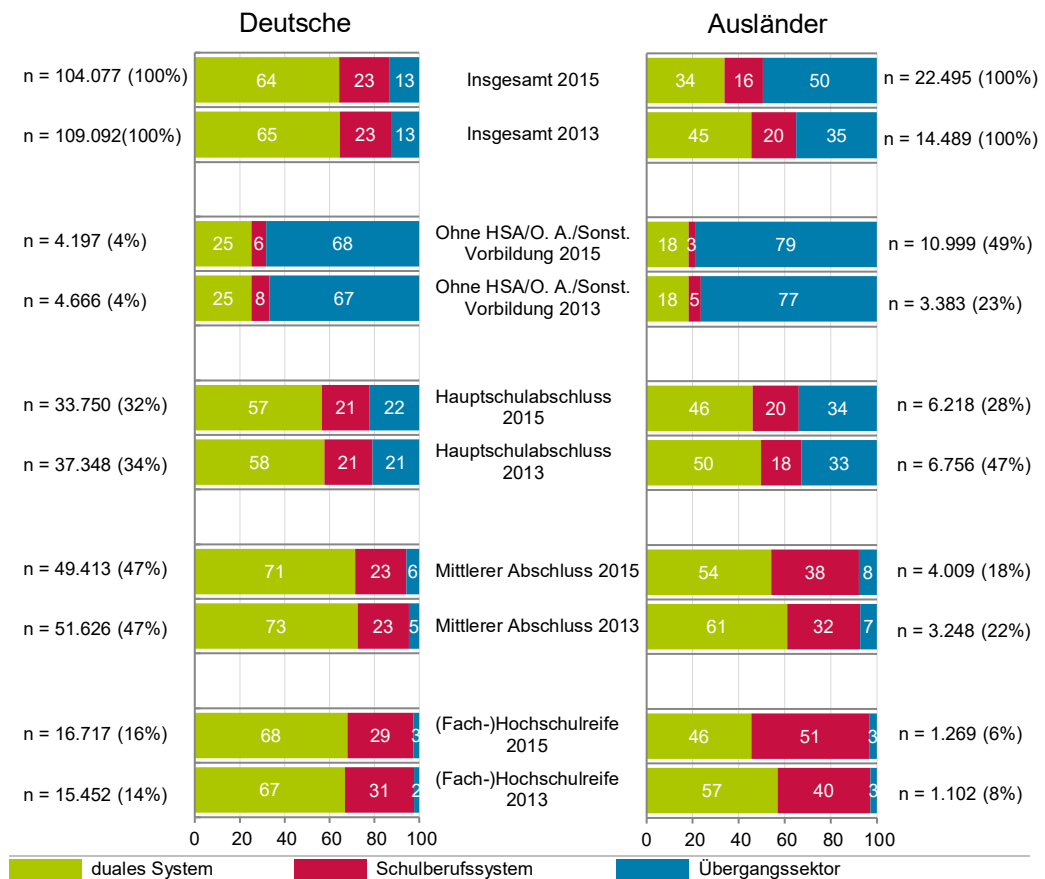
Tabelle BY-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	28.151	100	5.812	100	13.548	100	11.161	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	3.670	13,0	112	1,9	3.222	23,8	191	1,7
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	490	1,7	39	0,7	187	1,4	62	0,6
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	4.299	15,3	1.227	21,1	2.417	17,8	7.910	70,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	7.156	25,4	1.938	33,3	2.733	20,2	1.580	14,2
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	8.909	31,6	1.902	32,7	4.248	31,4	1.008	9,0
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	3.627	12,9	594	10,2	741	5,5	410	3,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Im Rahmen des jüngsten Flüchtlingszuwachses hat sich die Zahl an Ausländern ohne Schulabschluss deutlich erhöht: Während 2013 vergleichsweise nur knapp ein Viertel der ausländischen Neuzugänge keinen Abschluss aufwies, waren es 2015 knapp die Hälfte. Auf der anderen Seite hat sich auch die Zahl der Neuzugänge mit mittlerem Abschluss oder (Fach-)Hochschulreife seit 2013 erhöht, allerdings auf insgesamt deutlich niedrigerem Niveau (Abb. BY-10). Trotz der Verschiebungen in den absoluten Zahlen hat sich die Verteilung der Neuzugänge nach schulischem Vorbildungsniveau auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems kaum verändert. Gut vier Fünftel der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss landen nach wie vor zunächst in einer Maßnahme des Übergangsbereichs; unter den Deutschen sind es 68 %. Mit steigendem Schulabschluss gelingt sowohl Deutschen als auch Ausländern häufiger der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung. Dabei wird deutlich, dass ausländische Jugendliche mit mittlerem oder (Fach-)Hochschulreife deutlich häufiger der Übergang in eine Ausbildung im Schulberufssystem gelingt als Deutschen, sie dagegen seltener die Einmündung in eine betriebliche Ausbildung schaffen. Man kann bei den schulisch höher qualifizierten Ausländergruppen davon ausgehen, dass Teile von ihnen aus anderen Herkunftsländern stammen als die Mehrheit der Geringqualifizierten im Übergangssektor und wahrscheinlich mehrheitlich auch Frauen sind.

Abbildung BY-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Bayerns nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)

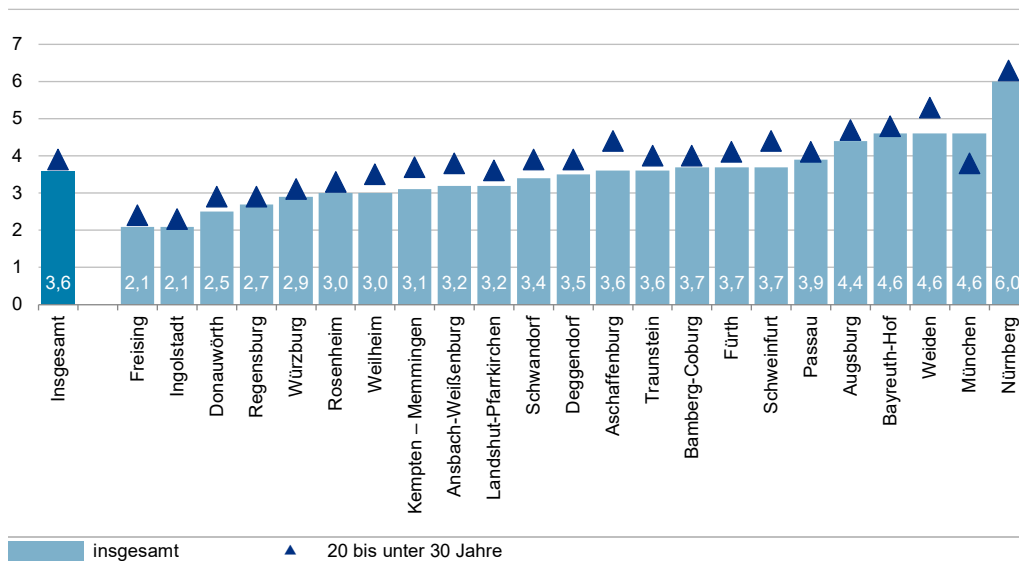


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

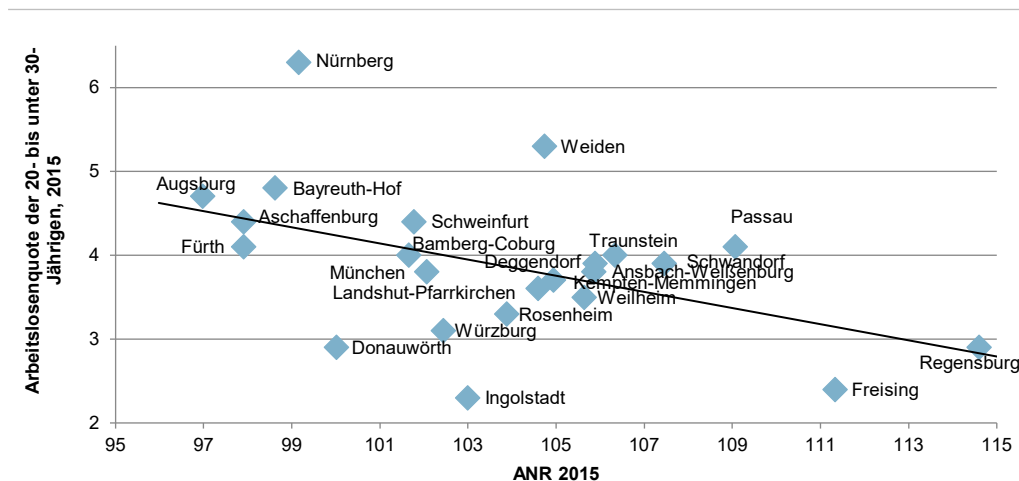
4. Arbeitsmarktintegration

Bayern weist mit einer Arbeitslosenquote von 3,6 % das geringste Beschäftigungsrisiko im Bundesländervergleich auf. Dies schlägt sich auch in der niedrigsten Arbeitslosenquote für die Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen nieder (3,9 %). Differenziert nach Arbeitsagenturbezirken zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in den Erwerbschancen (Abb. BY-11). Arbeitsagenturbezirke in den Ballungszentren (München, Nürnberg) weisen die höheren Arbeitslosigkeitsquoten auf. Auf der anderen Seite liegen die Arbeitslosenquoten in zwölf der 23 Arbeitsagenturbezirke sogar unterhalb des bayerischen Durchschnitts.

Abbildung BY-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Bayern 2015

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Weiterhin ist für Bayern ein negativer Zusammenhang zwischen der ANR und der Jugendarbeitslosenquote auf Arbeitsagenturebene bezogen auf die 20- bis unter 30-Jährigen festzustellen ($p = -0,471$; Signifikanz = 0,023). Dies bedeutet, dass mit einer guten Ausbildungsmarktsituation eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit einhergeht. So erklärt sich die relativ hohe Jugendarbeitslosenquote von 6,3 % in Nürnberg unter anderem aus der für Bayern vergleichsweise eher ungünstigen Ausbildungsmarktsituation (ANR liegt in Nürnberg bei 99,5 %), während bei den Arbeitsagenturbezirken mit einem hohen Überangebot an Ausbildungsplätzen eine deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen anzutreffen ist.

Abbildung BY-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Bayern 2015

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Die Berufsbildungspolitik des Freistaats, des reichsten Flächenlands der Bundesrepublik, steht vor Fragen, die sich mit einer seit Jahren prosperierenden Wirtschaft auf Basis eines vergleichsweise hohen Industriebesatzes und der entsprechenden Beschäftigungsstruktur – neben Produktionsberufen hohe Beschäftigtenanteile in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen – unter den Bedingungen demografischen Wandels und eines angespannten Arbeitsmarktes stellen: den erwartbar noch ansteigenden (Fach-)Arbeitskräfte-Engpässen vorzubeugen, neue Arbeitskräftepotenziale zu erschließen und damit auch Ausbildungsbenachteiligungen zu vermindern.

Nach den vorliegenden Daten gewinnt man nicht den Eindruck, dass die Ausbildungspolitik des Landes diesen Aufgaben mit gesteigerter Intensität nachginge. Zwar münden in Bayern aktuell mit 70 % mehr Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss in eine vollqualifizierende Ausbildung als in irgendeinem anderen Bundesland, wobei die Quoten nach den regionalen Arbeitsmärkten stark variieren. Zugleich aber verringerte sich seit 2013 die Zahl der Neuzugänge zum dualen System und stagnierte die zum Schulberufssystem. Der erneute Anstieg von Zahl und Quote der Neuzugänge zum Übergangssektor seit 2013 ist im Wesentlichen auf den starken Zuzug von Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen und bezeichnet eine neue zentrale Herausforderung der Berufsbildungspolitik.

Im Vergleich mit anderen westdeutschen Bundesländern praktiziert Bayern eine eher zurückhaltende Reorganisation des Übergangssektors, dem für die berufliche Integration von Ausländern und sozial benachteiligten Jugendlichen hohe Bedeutung zukommt, mithin auch für die Erschließung neuer Arbeitskräftepotenziale. Sie beschränkt sich auf die Reduzierung der Zugangszahlen zu Berufsfachschulen ohne berufliche Abschlüsse um 20 % seit 2013 und auf eine im Vergleich mit anderen Ländern eher zurückhaltende Konzentration der berufsschulischen Übergangsangebote auf das Berufsvorbereitungsjahr bzw. die Berufseinstiegsklassen. Ob hiermit die erforderliche Erschließung neuer Ausbildungspotenziale gelingen kann, erscheint fraglich.


Die Hauptprobleme der Erschließung neuer Fachkräftepotenziale liegen bei zwei Personengruppen: bei männlichen Absolventen mit maximal Hauptschulabschluss, insbesondere aber denen ohne Hauptschulabschluss, und bei ausländischen Zuwanderern. Frauen münden seit Längerem häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung ein als Männer, wobei starke Unterschiede nach Regionen auftreten, sodass hier auch ein regionalpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Auch wenn sich in den letzten Jahren ein Anstieg von Ausländern in der vollqualifizierenden Berufsausbildung als Erfolg bayerischer Berufsbildungspolitik vollzogen hat, bleibt die Differenz zu den Einmündungsquoten deutscher Jugendlicher 2015 mit 40 % – in einigen Arbeitsagenturbezirken noch deutlich darüber – beträchtlich. Zieht man die 2014/2015 im Zuge der Flüchtlingszuwanderung stark gestiegenen Zahlen von Ausländern im Übergangssektor hinzu und berücksichtigt deren mehrheitlich niedrigen Bildungsstand, dann gewinnt man einen Eindruck von der Größe der Herausforderung, vor der die Berufsbildungspolitik in Bayern steht. Aber die Herausforderung ist aus dem ökonomischen Interesse der Erhöhung des Fachkräftepotenzials ebenso wenig abzuweisen wie aus sozialen Gründen und zur Vermeidung politischer Delegitimation.

Berlin

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren

	BE 2013	BE 2015	DE 2015
 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	33.210 €	35.428 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	9,9 %	9,4 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	59,7 %	55,1 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	23,1 %	22,8 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	32,3 %	32,4 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	44,7 %	44,8 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	17,4 %	16,4 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	38,7 %	37,9 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	28,4 %	29,3 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	14,7 %	15,6 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	10,3 %	10,7 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	51,0 %	50,3 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	20,6 %	23,3 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	18,1 %	15,8 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	36,1 %	36,6 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	24,7 %	24,8 %	27,8 %
In Großbetrieben	39,2 %	38,6 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	26,6 %	27,7 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	27,8 %	28,9 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	34,9 %	40,1 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	11,7 %	10,7 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.700 €	5.600 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	3.100 €	3.500 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	18,7 %	19,7 %	

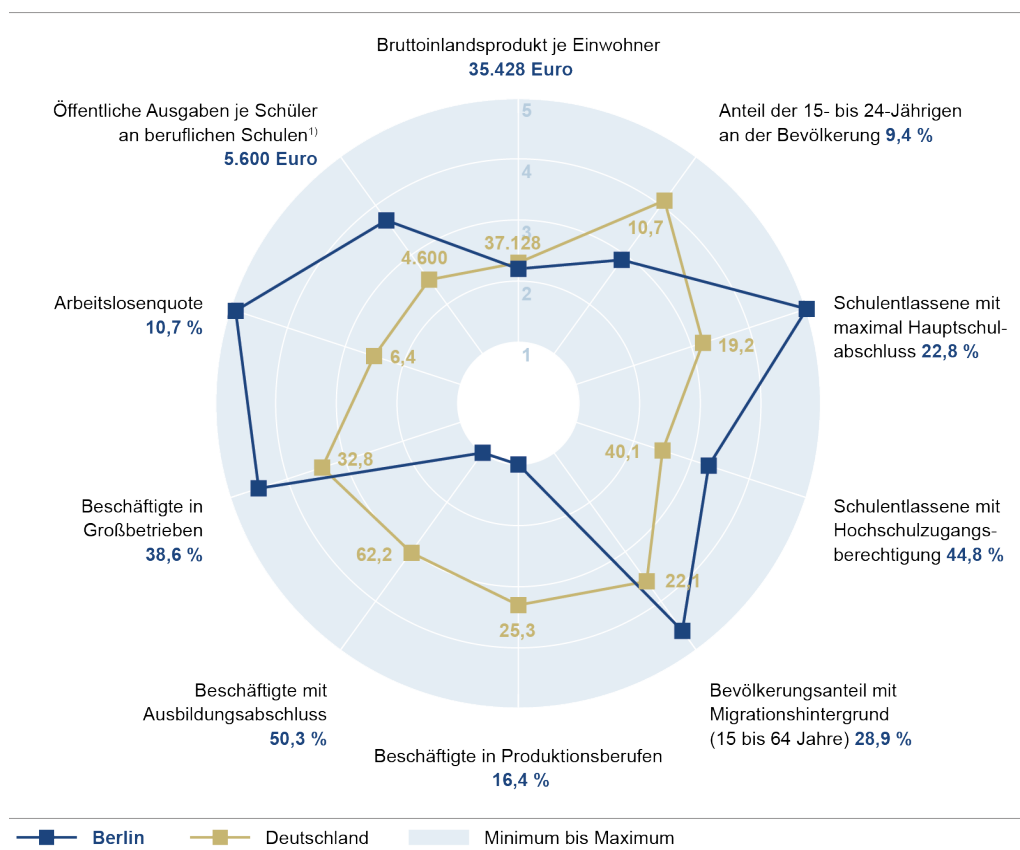
¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Im Vergleich der drei Stadtstaaten weist Berlin mit einem BIP p. c. von 35.428 € das niedrigste auf und liegt auch unterhalb des Bundesdurchschnitts von 37.128 €. Im Vergleich zu 2013 verzeichnet Berlin jedoch einen Anstieg um fast 7 %, sodass weiterhin eine starke Dynamik in der Wirtschaftsentwicklung festzustellen ist, die auch deutlicher ausfällt als in Bremen (+4,9 %) oder Hamburg (+3,5 %).

Die Arbeitsmarktstruktur Berlins lässt sich als typische Dienstleistungsökonomie bezeichnen: Mit nur noch 16,4 % weist Berlin den niedrigsten Anteil aller Bundesländer an Beschäftigten in Produktionsberufen auf, dieser ist seit 2013 damit weiter rückläufig. Dominiert wird der Berliner Arbeitsmarkt einerseits von den personenbezogenen Dienstleistungsberufen (29,3 %); hier nimmt Berlin die Spitzenposition ein. Die Höhe des Anteils stützt sich insbesondere auf überdurchschnittlich hohe Anteile an Beschäftigten in Berufen des Tourismus-, Hotel- und Gaststättengewerbes, in medizinischen Gesundheitsberufen sowie Berufen der Erziehung und in sozialen und hauswirtschaftlichen Berufen (vgl. Anhang Tabelle 2.6A und 2.7A). Auf der anderen Seite ist die Beschäftigtenstruktur Berlins durch die kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufe geprägt (37,9 %), wird darin nur von Hamburg übertroffen. Die überproportional repräsentierten Berufe in Unternehmensführung und -organisation (15,5 %, vgl. Anhang Tabelle 2.7A) lassen sich am ehesten damit erklären, dass viele Konzerne ihre Unternehmenszentralen in Berlin haben – vor allem wegen der Nähe zu politischen Entscheidungsträgern und der kommunikativen Infrastruktur der Stadt. Darüber hinaus sind Beschäftigte auch überproportional häufig in Berufen des Rechts und der Verwaltung und in Berufen der Werbung, des Marketing sowie in kaufmännischen und redaktionellen Medienberufen zu finden.

Abbildung BE-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Berlins 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

Die Betriebsstruktur Berlins ist gekennzeichnet durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Großbetrieben (38,6 %). Demgegenüber liegt Berlin beim Anteil an Mittel- sowie Klein- und Kleinstbetrieben deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Qualifikationsstruktur dieses Arbeitsmarktes ist durch ein hohes Niveau geprägt. Fast ein Viertel der Beschäftigten weist einen (Fach-)Hochschulabschluss auf. Im Vergleich zu 2013 ist damit eine weitere Zunahme um fast 3 Prozentpunkte festzustellen. Dagegen hat Berlin mit 50,3 % den niedrigsten Anteil von Beschäftigten mit berufsfachlichem Abschluss. Nach wie vor weist Berlin unter allen Bundesländern zudem den höchsten Anteil an Beschäftigten auf, deren Ausbildung unbekannt ist, worunter mehrheitlich unqualifizierte Personen zu fassen sind, sodass aktuell mehr als ein Viertel der Beschäftigten ohne (erkennbaren) Ausbildungsabschluss in Berlin erwerbstätig sind. Insgesamt weist die Qualifikationsstruktur auf einen gespaltenen Arbeitsmarkt zwischen hochqualifizierten und unspezifischen Tätigkeiten hin, welches die Berufsbildungspolitik vor Herausforderungen stellt. Vor diesem Hintergrund verwundert auch die hohe Arbeitslosenquote nicht – Berlin weist mit einem Anteil von 10,7 % den zweithöchsten Wert der Bundesländer auf.

Auf der Angebotsseite erscheint die Qualifikationsstruktur der Schulabgänger ähnlich gespalten wie die der Beschäftigten. Einem überdurchschnittlichen Anteil an Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung von knapp 45 %, steht ein ebenso überproportional hoher Anteil an Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss (22,8 %) gegenüber. Dagegen verlassen nur knapp ein Drittel der Jugendlichen die Schule mit einem mittleren Abschluss, deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt (40,7 %). Vor dem Hintergrund, dass diese Gruppe das Hauptklientel für die berufliche Bildung darstellt, erscheint deren geringer Anteil in Berlin als Hypothek für die Berufsausbildung. Diese Situation wird weiter verschärft durch die demografische Entwicklung: Die Relation der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen (89,1 %) als auch die der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen von 55,1 % signalisiert für die nächsten Jahre starke Nachwuchsengepässe auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Zugleich weist Berlin den höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15- bis 24-Jährige) auf (40,1 %), für die eine dauerhafte Arbeitsmarktintegration über eine berufsfachliche Ausbildung am ehesten realisiert werden könnte, womit auch ein nicht unerhebliches Fachkräftepotenzial aktivierbar wäre. Allerdings sind damit auch erhöhte Investitionen verbunden, sodass die über den Bundesdurchschnitt liegenden öffentlichen Ausgaben für Berufsschulen pro Schüler (5.600 € im Vergleich zu 4.600 € im Bundesdurchschnitt) vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen verständlich erscheinen.

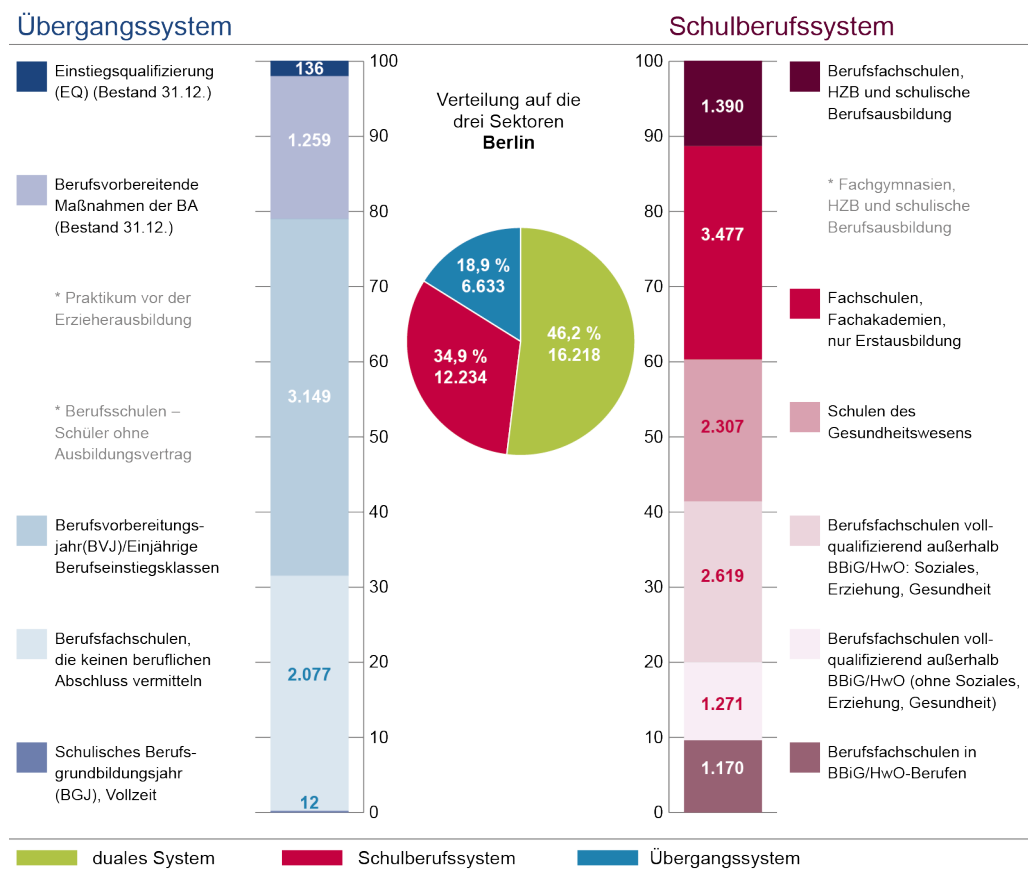
2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt in Berlins

2.1. Das Berufsbildungssystem

Berlin zeichnet sich durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Neuzugängen zum Schulberufssystem aus. Im Bundesländervergleich steht Berlin mit einer Einmündungsquote von 34,9 % an der Spitze (Abb. BE-2). Entgegensetzt zu den anderen beiden Sektoren der Berufsausbildung verzeichnet das Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 damit einen Zuwachs um gut 25 %, der mit einer starken Verschiebung in den Berufen verbunden ist: Allein die Ausbildung in Berufen des Erziehungs-, Ge-

sundheits- und Sozialwesens nahmen um knapp 90 % zu, während die vollschulischen Ausbildungen in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung (BBiG/HwO) um 54 % zurückgingen. Damit vollzieht sich in Berlin die gleiche Entwicklung wie in anderen Bundesländern, vielleicht nicht ganz so extrem wie in den ostdeutschen Flächenländern, aber doch in der entsprechenden Tendenz. Auch wenn die Relation zu den anderen Bildungsgängen – den vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO (10,4 %) sowie den Bildungsgängen an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln (11,4 %) – annähernd gleich geblieben ist, ist nicht zu übersehen, dass mit dieser Verschiebung im Schulberufssystem die Ausbildungskapazitäten in traditionell weiblich konnotierten Berufen ausgebaut werden und ceteris paribus eine Verschiebung der Ausbildungsmöglichkeiten zugunsten der Frauen bewirken.

Abbildung BE-2 Das Berufsbildungssystem Berlins 2015



* Wird in Berlin nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der Großteil der Neuzugänge in Berlin geht nach wie vor trotz sinkender Anfängerzahlen ins duale System über (zwischen 2007 und 2015 hat sich die Zahl von 21.619 auf 16.218 um ein Viertel reduziert; Tab. BE-1). Mit einem Anteil von 46,2 % an Neuzugängen zum dualen System 2015 liegt Berlin damit jedoch an vorletzter Position, nur Baden-Württemberg weist geringere Einmündungsquoten auf (zur Differenz der Länder vgl. Länderbericht Baden-Württemberg).

Tabelle BE-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	21.619	17.127	16.218	100,0	-25,0	-5,3
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	9.773	12.077	12.234	100,0	25,2	1,3
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	2.549	1.462	1.170	9,6	-54,1	-20,0
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	1.305	1.070	1.271	10,4	-2,6	18,8
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	4.483	8.040	8.403	68,7	87,4	4,5
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	606	2.447	2.619	21,4	332,2	7,0
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	2.248	2.337	2.307	18,9	2,6	-1,3
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.629	3.256	3.477	28,4	113,4	6,8
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	1.436	1.505	1.390	11,4	-3,2	-7,6
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	1.436	1.505	1.390	11,4	-3,2	-7,6
Übergangssektor insgesamt	10.545	6.435	6.633	100,0	-37,1	3,1
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	14	7	12	0,2	-14,3	71,4
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	4.414	2.445	2.077	31,3	-52,9	-15,1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.929	2.334	3.149	47,5	7,5	34,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	-	-	-	-	-	-
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.854	1.462	1.259	19,0	-55,9	-13,9
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	334	187	136	2,1	-59,3	-27,3
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	1.747	1.009	858		-50,9	-15,0

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Größe des Übergangssektors Berlins stellt sich im Ländervergleich mit einem Anteil von knapp 19 % ebenfalls vergleichsweise klein dar. Angesichts eines überdurchschnittlich hohen Anteils an Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss sowie an Jugendlichen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter ist dies eher überraschend. Im Vergleich zu 2007 hat sich die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor um über ein Drittel reduziert. Diese Entwicklung trifft für alle Teilbereiche mit Ausnahme des Berufsvorbereitungsjahres bzw. der einjährigen Berufseinstiegsklassen zu, die seit 2013 vor dem Hintergrund des jüngsten Flüchtlingszuwachses ansteigende Zahlen aufweisen (Tab. BE-1; vgl. Abs. 3.3). Die Rückläufigkeit des Übergangssektors erklärt sich vor allem durch die Entwicklung bei den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, deren Anfängerzahlen um 63 % sich mehr als halbiert haben, durch die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Einstiegsqualifizierung (EQ), die jeweils um über 50 % zurückgegangen sind. 2015 verteilen sich die Neuzugänge zum Übergangsbereich damit zu 47,5 % auf das Berufsvorberei-

tungsjahr/die einjährigen Berufseinstiegsklassen. 31,3 % sind in den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, 19 % in den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA und weitere 2,1 % in der von der BA finanzierten Einstiegsqualifizierung zu finden. Das schulische Berufsgrundbildungsjahr spielt in Berlin keine Rolle; die Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag sowie das Praktikum vor der Erzieherausbildung werden nicht angeboten.

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Berlin

In Berlin besteht seit Jahren eine Angebotsunterdeckung an Ausbildungsplätzen im dualen System. Allerdings hat sich die Situation seit 2007 erheblich verbessert, sodass 2016 mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 93 % Berlin eine vergleichbare Relation zum Bundesdurchschnitt (93,8 %) aufweist (2007 lag die ANR bei 77,7 % und damit deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 85,1 %). Die positive Entwicklung ist Ergebnis des stärkeren Rückgangs auf der Nachfrageseite (–32,7 %) im Vergleich zum Angebot (–19,6 %). Auch wenn mit Blick auf das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen in Höhe von 89,1 % zunächst mit weiterhin einer rückläufigen Nachfrage zu rechnen ist, ist nicht zu übersehen, dass der Rückgang des dualen Ausbildungsplatzangebots um ein Fünftel den Verlust von Ausbildungskapazitäten bedeutet, die für die berufliche Integration von Jugendlichen im Übergangssektor und auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Hinzu kommt, dass Berlin viele Ausbildungseinpender aus Brandenburg aufnimmt (13,7 % im Jahr 2015) und damit auch weiterhin zusätzliche Nachfrage befriedigt werden muss (vgl. Länderbericht Brandenburg).

Tabelle BE-2 Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Berlin 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Berlin	21.953	28.245	77,7 %	17.469	19.188	91,0 %	17.658	18.996	93,0 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Berlin

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

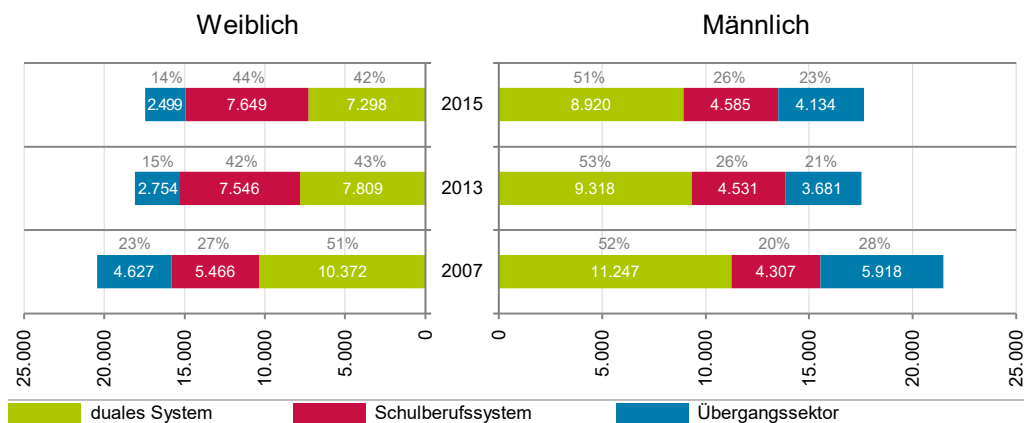
Die Einmündungsquoten in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems variieren in Berlin stark nach der schulischen Vorbildung der Jugendlichen. Während fast alle Neuzugänge mit (Fach-)Hochschulreife in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden, und auch mit mittlerem Abschluss vergleichsweise nur 6,2 % in einer Maßnahme des Übergangsbereichs landen (Berlin liegt damit im Mittelfeld des Bundesländervergleichs), stellt sich der Übergangsprozess von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich schwieriger dar. Fast die Hälfte von ihnen (47 %) be-

sucht zunächst einen berufsvorbereitenden Bildungsgang, womit Berlin im Bundesländervergleich ebenfalls im Mittelfeld liegt.

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems entspricht in Berlin dem gängigen Muster: Frauen sind deutlich häufiger im Schulberufssystem zu finden als Männer und seltener als diese im dualen System sowie im Übergangssektor (Abb. BE-3). Diese Differenzen haben im Zeitraum 2007 bis 2015 deutlich zugenommen, da sich die Zahl der weiblichen Neuzugänge zum Schulberufssystem deutlich erhöht, die zum dualen System dagegen erheblich reduziert hat, während sich die Anfängerzahlen in die beiden vollqualifizierenden Sektoren bei den Männern kaum verändert haben. Für beide Gruppen ist gleichermaßen eine Abnahme in der Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor festzustellen.

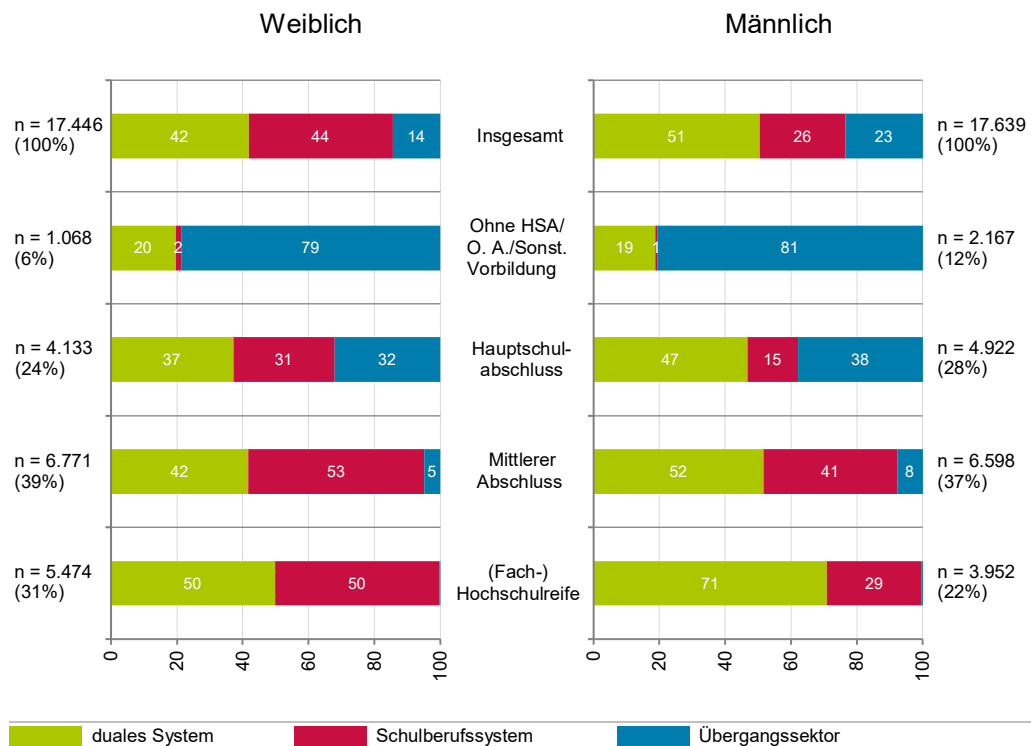
Abbildung BE-3 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Berlins 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass sie ohne Hauptschulabschluss mehrheitlich im Übergangsbereich landen (Abb. BE-4). Sobald die Jugendlichen jedoch einen Schulabschluss aufweisen, steigen ihre Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung erheblich. Dabei wird deutlich, dass für Frauen mit Hauptschulabschluss die Einmündungsquoten in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung höher ausfallen als für Männer, die dagegen etwas häufiger in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung landen. Weisen Frauen bzw. Männer einen mittleren Abschluss bzw. die (Fach-)Hochschulreife auf, gelingt nahezu allen der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Einmündung in eine duale oder schulische Berufsausbildung bestehen dabei auf allen Qualifikationsniveaus, ausgenommen in der Gruppe der Personen ohne Schulabschluss.

Abbildung BE-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Berlins 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



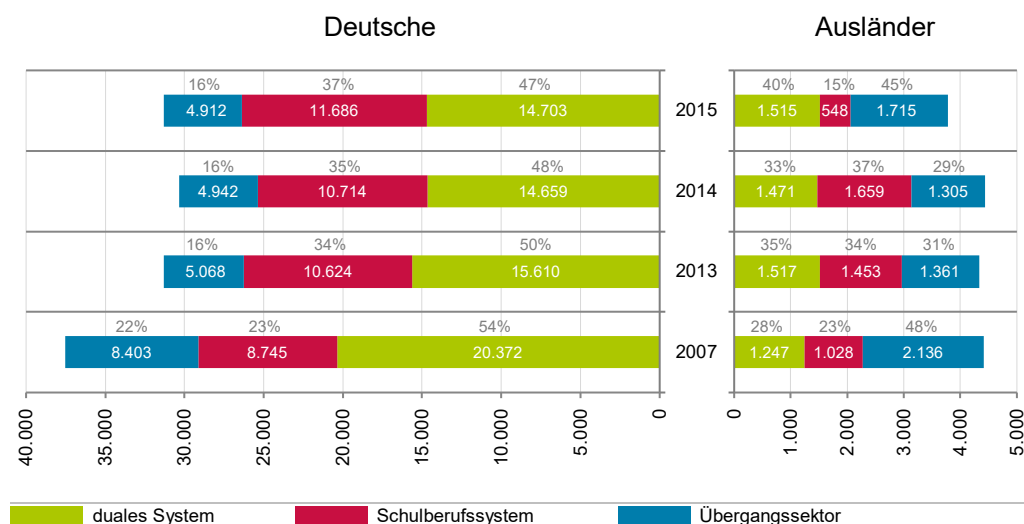
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Abnahme in der Zahl der Neuzugänge zum Berufsbildungssystem seit 2007 ist sowohl durch eine Reduktion der Gruppe der Deutschen als auch der Ausländer bedingt (Abb. BE-5). Allerdings können Unterschiede in der Entwicklung der absoluten Zahlen zwischen den beiden Gruppen auf die drei Sektoren ausgemacht werden: Bei den Deutschen haben sich die Neuanfängerzahlen zum dualen System absolut gesehen von 20.372 auf 14.703 reduziert, was einer Abnahme um 27,8 % entspricht. Ebenso hat sich die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor um fast die Hälfte reduziert. Dagegen sind die Neuzugänge zum Schulberufssystem um mehr als ein Drittel gestiegen.

Abbildung BE-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Berlins 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Anders stellt sich die Situation bei den Ausländern dar. Hier ist es seit 2007 zu einer drastischen Abnahme der Neuzugänge zum Schulberufssystem gekommen, wobei insbesondere der Rückgang zwischen 2014 und 2015 von 1.659 auf 548 Neuanfänger auffällig ist. Diese Entwicklung bedeutet, dass sich die Schere zwischen Deutschen und Ausländern, die 2007 in den relativen Anteilen im Schulberufssystem geschlossen war, wieder mit 22 Prozentpunkten Differenz geöffnet hat. Dagegen hat sich die Zahl der Neuzugänge zum dualen System seit 2007 erhöht, um fast 12 %. Bei der Betrachtung der Zahl der ausländischen Neuzugänge zum Übergangsbereich sind zwei Entwicklungen zu erkennen: Bis 2014 ist, wie für Deutsche, eine kontinuierliche Abnahme bei den Neuanfängern festzustellen. Im Zuge des jüngsten Flüchtlingszuwachses hat sich jedoch die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor wieder deutlich erhöht – von 1.305 im Jahr 2014 auf 1.715 2015, was aber angesichts der Größe der Zuwanderungszahlen eher einen bescheidenen Anstieg darstellt (vermutlich ist der Hauptteil der Schutz- und Asylsuchenden hierbei noch nicht erfasst, weil sie noch nicht im Übergangssektor aufgenommen sind).

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass sich der Anteil von Deutschen und Ausländern, die ins duale System einmünden, zwar seit 2007 deutlich angenähert hat (Differenz von 7 Prozentpunkten 2015 im Vergleich zu 21 Prozentpunkten 2007), allerdings bei den anderen beiden Sektoren deutliche Unterschiede in den Einmündungsquoten bestehen: Ausländer schaffen wesentlich seltener den Übergang in eine vollzeitschulische Ausbildung, sind dagegen deutlich häufiger im Übergangssektor wiederzufinden als Deutsche.

Ein Vergleich der Neueinmündungen zwischen 2007 und 2015 in die verschiedenen Bildungsgänge innerhalb des Übergangssektors verdeutlicht, dass es bei den Deutschen nur vergleichsweise geringfügige Veränderungen gibt, bei den Ausländern die Unterschiede deutlicher ausfallen (Tab. BE-3). So sind fast zwei Drittel der Ausländer 2015 im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen zu finden, sodass davon auszugehen ist, dass die darunter gefassten Bildungsgänge die Hauptaufgaben bei der Sprachförderung und beruflichen Integration asyl- und schutzsuchender

Flüchtlinge übernehmen. Dagegen hat sich im Vergleich zu 2007 die Zahl der Neuzugänge zu den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, jedoch den mittleren Abschluss ermöglichen, deutlich reduziert. Auch zeigt sich, wie z. B. in Schleswig-Holstein oder Bayern, dass der Anteil der ausländischen Neuzugänge, die in berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA sind, seit 2007 stärker abgenommen hat als bei den Deutschen. Der generelle Trend, dass sich die BA aus der Ausbildungsvorbereitung zurückzieht, hat daher in Berlin vor allem Konsequenzen für Ausländer.

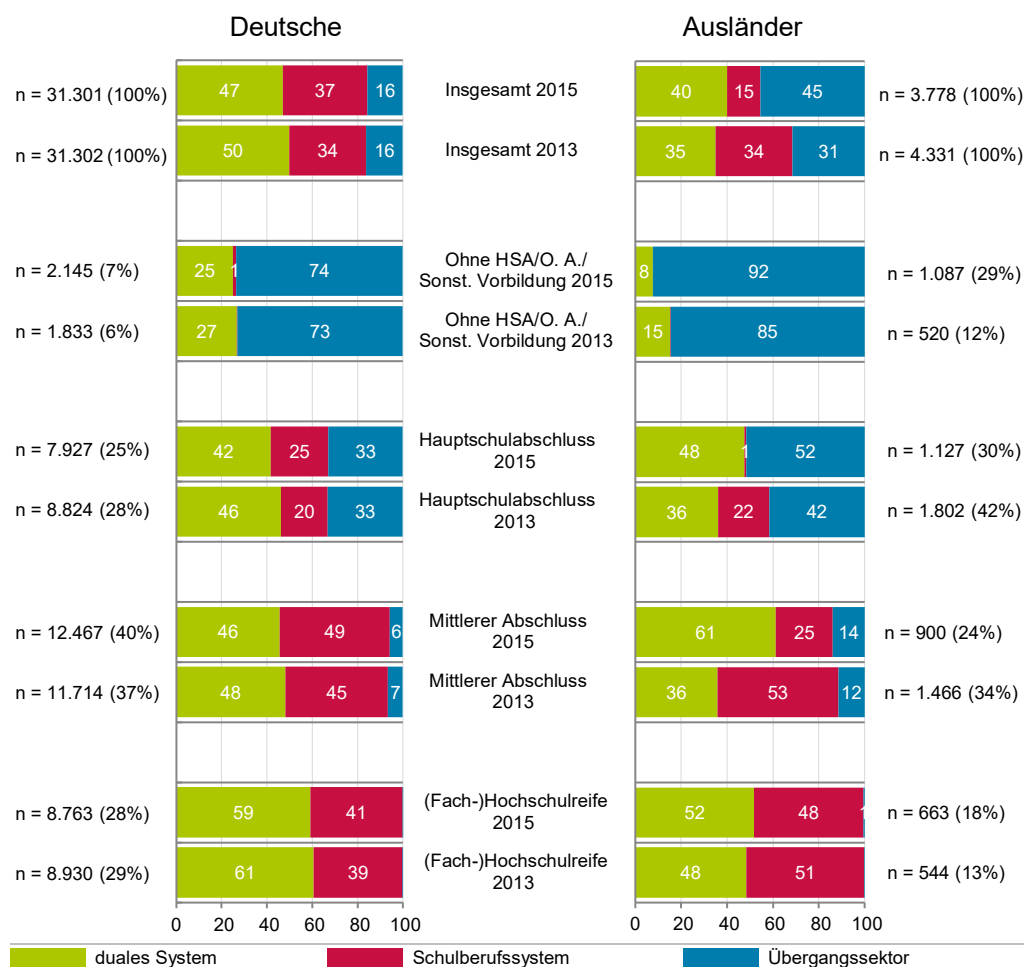
Tabelle BE-3 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	8.403	100	2.136	100	4.912	100	1.715	100
Schulisches Berufsprüfungsjahr (BGJ), Vollzeit	14	0,2	0	0,0	10	0,2	2	0,1
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	3.393	40,4	1.021	47,8	1.670	34,0	407	23,7
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.207	26,3	722	33,8	2.027	41,3	1.122	65,4
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.500	29,8	349	16,3	1.089	22,2	164	9,6
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	289	3,4	44	2,1	116	2,4	20	1,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die differenzierte Betrachtung der Einmündungsquoten von Ausländern und Deutschen in die drei Sektoren des Berufsausbildungssystems nach dem schulischen Vorbildungsniveau (Abb. BE-6) verdeutlicht zunächst einmal, dass sich die Zusammensetzung der ausländischen Neuzugänge nach ihrem schulischen Vorbildungsniveau deutlich verändert hat, was für die deutschen Neuanfänger nicht zu beobachten ist: Der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die 2015 keinen Schulabschluss besitzen, hat sich im Vergleich zu 2013 deutlich erhöht, und sie landen zudem häufiger als 2013 im Übergangsbereich. Entgegengesetzt dazu ist der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschul- oder mittlerem Abschluss deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung geht einher mit einer drastischen Reduzierung der ausländischen Neuzugänge zum Schulberufssystem: Jugendliche mit Hauptschulabschluss mündeten 2015 entweder vermehrt in den Übergangsbereich (+10 Prozentpunkte) oder in eine duale Ausbildung (+12 Prozentpunkte) ein. Bei den ausländischen Neuzugängen mit mittlerem Abschluss ist dagegen eine deutliche Verschiebung zwischen dem dualen und dem vollzeitschulischen Ausbildungssystem erkennbar – während 2013 36 % ins duale und 53 % ins Schulberufssystem einmündeten, gelang 2015 nur noch 25 % der Übergang in eine vollzeitschulische Ausbildung, dafür aber 61 % der Eintritt in eine duale Ausbildung.

Abbildung BE-6 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Berlins nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



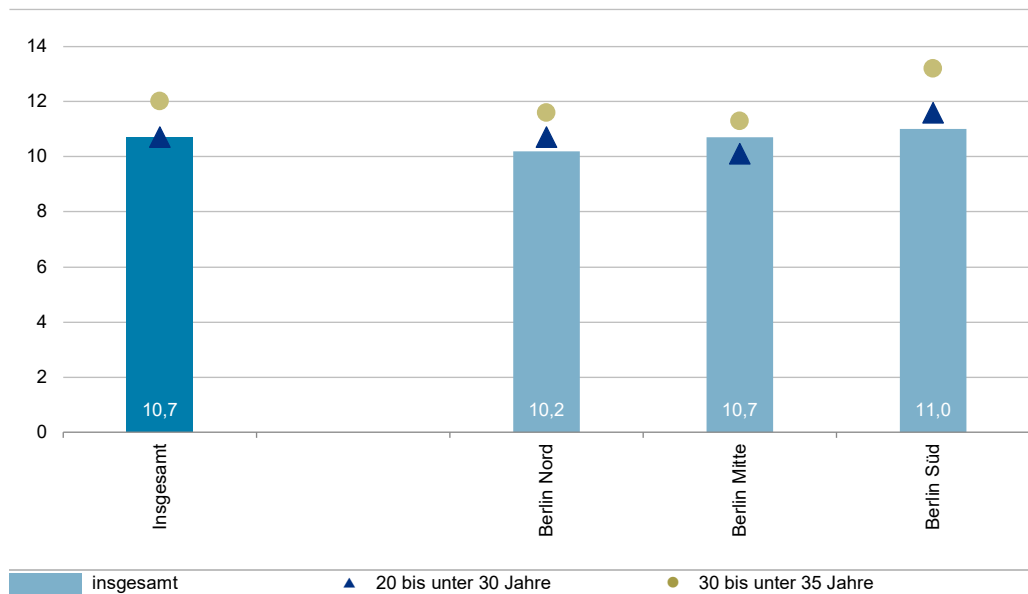
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Das Risiko, arbeitslos zu sein, ist in Berlin im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich hoch (10,7 %) und wird nur von Bremen übertroffen. Insofern verwundert es auch nicht, dass die Arbeitslosenquote der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen (10,7 %) deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts liegt, wobei diesbezüglich keine großen Unterschiede zwischen den drei Arbeitsagenturbezirken bestehen. Insgesamt verweisen diese Befunde darauf, dass die ungünstigen Beschäftigungsbedingungen in Berlin ebenfalls auch die Arbeitsmarktintegration von Absolventen einer vollqualifizierenden beruflichen Ausbildung beeinträchtigen.

Abbildung BE-7 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Berlin 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

5. Fazit

Der Stadtstaat Berlin hat vielleicht nicht den ungünstigsten, aber sicherlich den schwierigsten Arbeits- und Ausbildungsmarkt der Republik, der für die Berufsbildungspolitik des Landes eine schwere Hypothek darstellt, von der anhand der vorgelegten Daten nicht absehbar ist, wie das Land sie abtragen will: Der Arbeitsmarkt hat sich zu einem stark auf Dienstleistungen basierten Markt mit nur noch sehr wenigen Produktionsbeschäftigten (16 %) entwickelt. Hierzu passt, dass das duale Berufsbildungssystem zwischen 2007 und 2015 ein Viertel seiner Neuzugänge eingebüßt hat und mit einem Anteil von 46 % aller Neuzugänge zur Berufsausbildung an letzter Stelle der Bundesländer liegt (Ausnahme Baden-Württemberg; vgl. Länderbericht Baden-Württemberg). Die Entwicklung ist sowohl angebots- als auch nachfrageinduziert. Auf der Arbeitskräfte-seite weist der Arbeitsmarkt eine mit fast 11 % überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, die zweithöchste unter den Ländern, sowie eine stark gespaltene Qualifikationsstruktur der Beschäftigten mit fast einem Viertel Hochqualifizierter und mehr als einem Viertel Geringqualifizierter ohne (erkennbaren) Ausbildungsabschluss auf. Hinzu kommt, dass das Arbeitskräftepotenzial auf der einen Seite, demografisch bedingt, im letzten Jahrzehnt geschrumpft ist und weiter schrumpfen wird, und auf der anderen Seite unter den 15- bis 24-Jährigen mit 40 % Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Potenzial steht, das in der Vergangenheit höchst unzureichend beruflich hat integriert werden können.

Man kann die Bedingungen für die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Lichte der hier präsentierten Daten benennen, freilich im Rahmen des Ausbildungsmonitors nur für die Nachfrageseite. Notwendig erscheint eine umfassende Qualifizierungsoffensive, die sich in wenigstens drei personenbezogenen Perspektiven bündeln lassen, die miteinander verbunden sind und ebenso die Erhöhung des Fachkräftepotenzials wie die Verringerung der sozialen Ungleichheit in der Ausbildung zwischen den sozialen Gruppen von Jugendlichen in den Blick rücken:

- Die in allen Ländern beobachtbare Unterrepräsentanz von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in den vollqualifizierenden Ausbildungssystemen gewinnt in Berlin ein besonderes Gewicht, weil ihr Anteil an einem Absolventenjahrgang überproportional hoch ist. Ihre Chancen drohen sich mit der Verschiebung der Ausbildungsanteile vom dualen zum Schulberufssystem weiter zu verschlechtern, weil Hauptschüler im Schulberufssystem schon aufgrund von Zulassungsregeln weniger Zugang finden.
- Auch die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Zugang zur vollqualifizierenden Ausbildung zuungunsten der Männer scheinen sich mit der sektoralen Verschiebung – *ceteris paribus* – weiter zu verschlechtern.
- Als besonders gravierend erscheinen die jüngsten Verschlechterungen in den relativen Anteilen, im Schulberufssystem auch in den absoluten Zahlen, von Ausländern an den Neuzugängen zu vollqualifizierender Ausbildung. Bei 40 % Anteil an den Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter und den starken Zuwanderungen von Schutz- und Asylsuchenden kann man sich leicht ausrechnen, dass ohne die Aktivierung des Arbeitskräftepotenzials der ausländischen Jugendlichen der Berliner Arbeitsmarkt über kurz oder lang in Turbulenzen geraten würde – von den drohenden sozialen Verwerfungen ganz zu schweigen.

Es erscheint ausgeschlossen, dass die skizzierten Ungleichheiten in der Teilhabe an vollqualifizierender Ausbildung ohne gravierende institutionelle Reformen aufgehoben werden können. Bei dem spezifischen Typ der in Berlin dominierenden Dienstleistungsökonomie ist eine Revitalisierung des dualen Systems nicht zu erwarten. Eher steht zu befürchten, dass es zu einer vertieften Spaltung zwischen geringqualifizierten und hochqualifizierten Beschäftigungsverhältnissen kommt. Aufgabe der Arbeitsmarkt-, Berufs- und Beschäftigungspolitik müsste es sein, dieser Spaltung entgegenzuwirken.

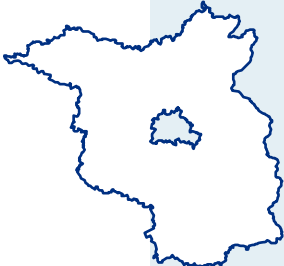
Die Berufsbildungspolitik könnte zur Verbesserung der Ausbildungs- und perspektivisch der Arbeitsmarktsituation dadurch beitragen, dass sie zum einen mehr vollzeitschulische oder berufsschulisch und betrieblich kombinierte Ausbildungsangebote in den Dienstleistungsfeldern vorsähe, in denen heute zu wenig ausgebildet wird. Zum anderen hätte sie die Chance, durch Angebote und Berufsberatung die geschlechtsspezifischen Berufszuweisungen aufzubrechen und z. B. mehr Männer für Berufe in den personenbezogenen Diensten zu gewinnen. Da in Berlin – anders als in Bayern und Baden-Württemberg – kein mächtiger Industriesektor die beruflichen Preise verzerrt, könnten die Erfolgsaussichten für eine solche Strategie nicht schlecht stehen.

Schließlich ist auch in Berlin der Übergangssektor angesichts der erheblichen Zahlen zugewanderter Schutz- und Asylsuchender zu reorganisieren. Aus den begrenzten einigermaßen gesicherten Erfahrungen aus anderen Bundesländern besitzen am ehesten die beruflichen Schulen die Kompetenzen, um die erforderliche pädagogische Verbindung von Allgemeinbildung, Berufsvorbereitung sowie kultureller und sozialer Integration zu gewährleisten. Man darf aber mit den Kosten dieser Aufgabe das Land nicht allein lassen. Dass sich nicht nur in Berlin die Bundesagentur für Arbeit (BA) aus ihren Angeboten (BvB) im Übergangssektor mehr und mehr zurückgezogen hat, führt zu der Frage, ob nicht Teile der dadurch eingesparten Mittel in die von den Ländern ausgebauten berufsschulischen Angebote fließen sollten, da diese arbeitsmarktverbessernde Aufgaben wahrnehmen.

Brandenburg

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	BB 2013	BB 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	24.804 €	26.848 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	7,6 %	7,2 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	66,8 %	63,3 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	23,9 %	20,7 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	38,2 %	40,7 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	37,9 %	38,5 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	27,8 %	26,6 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	29,3 %	28,3 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	24,1 %	24,5 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	17,1 %	19,5 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	6,3 %	7,3 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	67,6 %	68,2 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	12,0 %	12,6 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	14,2 %	11,9 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	46,4 %	46,5 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	30,7 %	30,8 %	27,8 %
In Großbetrieben	22,9 %	22,7 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	5,0 %	5,9 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	5,1 %	6,0 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	8,2 %	11,6 %	27 %
Arbeitslosenquote	9,9 %	8,7 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.300 €	4.500 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	3.400 €	3.600 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	14,9 %	14,7 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Wie alle ostdeutschen Flächenländer gehört Brandenburg mit einem Bruttoinlandsprodukt von 26.848 € pro Einwohner zu den wirtschaftsschwächeren Bundesländern. Gegenüber 2013 weist Brandenburg allerdings einen deutlichen Zuwachs von 8,2 % auf.

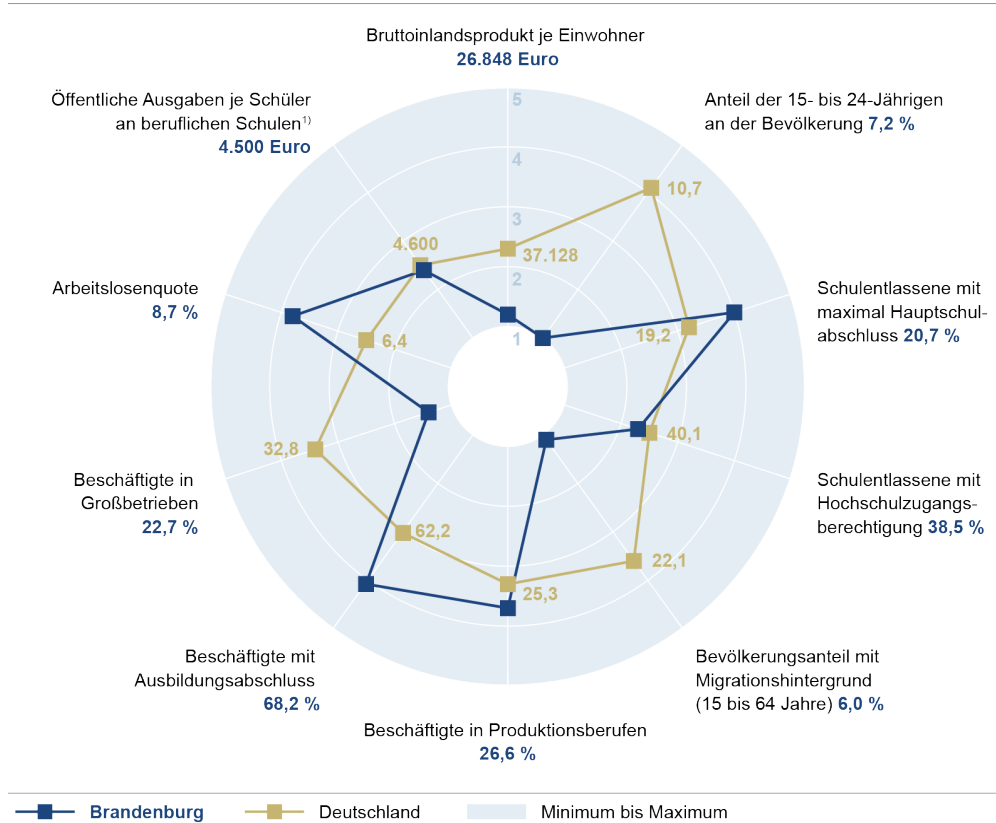
Brandenburg zeichnet sich durch eine nach Berufssektoren ausgeglichene Beschäftigungsstruktur aus. Bei den produktions-, personenbezogenen, IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen liegt Brandenburg

leicht oberhalb des Bundesdurchschnitts. Lediglich bei den Beschäftigten in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen ist der Anteil mit 28,3 % leicht unterdurchschnittlich (31,5 %). Fast die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Klein- und Kleinstbetrieben (46,5 %). Damit liegt Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt (39,4 %). Gleichzeitig bleiben die Beschäftigtenzahlen in Großbetrieben mit 22,7 % auf niedrigem Niveau. Berücksichtigt man, dass sich insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe zunehmend aus der Ausbildung zurückziehen (vgl. Baas, Baethge 2017), stellen sich für Brandenburg besondere Herausforderungen bei der Sicherstellung eines auswahlfähigen Ausbildungsangebots im dualen Bereich.

Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in Brandenburg ist, wie bei allen neuen Bundesländern, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Facharbeiterdefinition in der DDR gegenüber dem westdeutschen Verständnis zu interpretieren. Der weit überdurchschnittliche Anteil an Beschäftigten mit Aus- und Fortbildungsabschluss und der damit einhergehende weit unterdurchschnittliche Anteil an Beschäftigten ohne Berufsabschluss gehen auf die Zuerkennung des Facharbeitertitels auch aufgrund langjähriger Arbeitserfahrung zurück. Unterdurchschnittlich ist zudem der Anteil der Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss.

Der Arbeitsmarkt in Brandenburg ist durch eine hohe Arbeitslosenquote gekennzeichnet. Mit einem Anteil von 8,7 % an Arbeitslosen liegt Brandenburg damit im oberen Drittel im Bundesländervergleich, im Vergleich zu 2013 ist die Quote im Rahmen der allgemeinen Entwicklung rückläufig.

Abbildung BB-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Brandenburgs 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

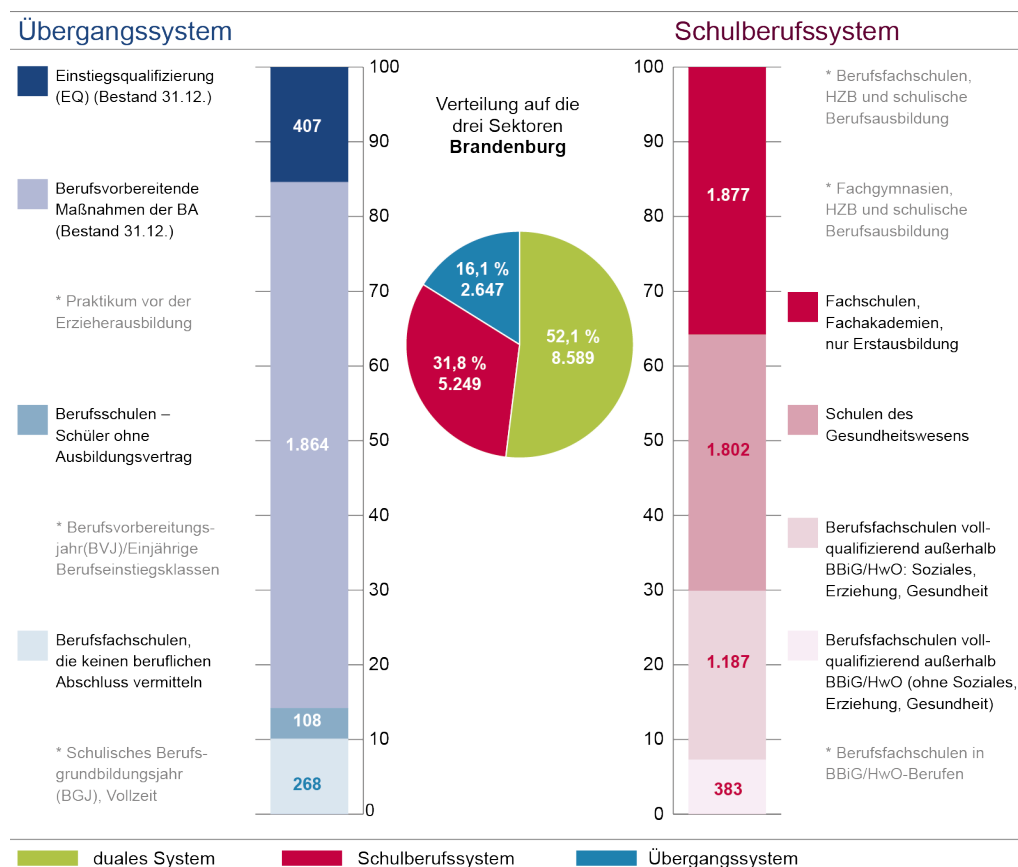
Die Bildungsstruktur Brandenburgs hat sich gegenüber 2013 verbessert. So ist der Anteil der Schulabsolventen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich, um 3 Prozentpunkte, zurückgegangen, sodass ihr Anteil mit 20,7 % nur noch 1,4 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt. Im gleichen Zuge haben sich die Anteile bei den mittleren Abschlüssen deutlich erhöht, sodass Brandenburg 2015 mit einer Quote von 40,7 % dem Bundesdurchschnitt entspricht. Der Anteil der Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung liegt weiterhin einige Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, im unteren Drittel des Bundesländervergleichs, ist allerdings gegenüber 2013 ebenfalls leicht gestiegen.

Bei der demografischen Entwicklung weisen die ostdeutschen Länder durchgängig die niedrigsten Quoten der Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15- bis 24-Jährige) an der Gesamtbevölkerung auf. Mit einem Anteil von 7,2 % hat Brandenburg die niedrigste Quote unter allen Bundesländern. Auch die Quote der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen verweist auf drohende Engpässe am Ausbildungsmarkt (63,3 %) und ist zudem weiter rückläufig. Ein begrenzter Teil dieser drohenden Fachkräftelücke könnte durch Personen mit Migrationshintergrund gedeckt werden. Zwischen 2013 und 2015 zeigt sich ein Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im ausbildungsrelevanten Alter um 3,4 Prozentpunkte. Allerdings sind mit ihrer beruflichen Integration erfahrungsgemäß erhöhte berufsbildungspolitische Anstrengungen erforderlich. Die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt relativ günstig erscheinenden Ausgaben der öffentlichen Hand für Berufsschulen im dualen System (3.600 € im Vergleich zu 2.900 € im Bundesdurchschnitt) könnten von daher unter diesen Umständen doch schnell zu niedrig sein, zumal sie sich, wie in anderen ostdeutschen Ländern, auch mit demografischen Effekten bei den Klassengrößen erklären.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Brandenburgs

2.1. Das Berufsbildungssystem

Bedingt durch den demografischen Rückgang der Schülerzahlen weist Brandenburg im Vergleich der Bundesländer einen der deutlichsten Rückgänge an Neuzugängen ins Berufsbildungssystem seit 2007 auf. So hat sich die Zahl zwischen 2007 und 2015 von 29.368 auf 16.485, um fast 44 %, reduziert. Deutlich wird dabei, dass das Schulberufssystem weniger geschrumpft ist (um 28,4 %) als die duale Ausbildung: Im dualen System ist die absolute Zahl der Neuzugänge zwischen 2007 und 2015 von 16.463 auf 8.589 Auszubildende zurückgegangen. Dies entspricht fast einer Halbierung der Neuzugangszahlen. Sie lässt sich aus dem Zusammenspiel von demografisch bedingtem Nachfragerückgang auf einer Verringerung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots um 35 % seit 2007 erklären (vgl. Kap. 6).

Abbildung BB-2 Das Berufsbildungssystem Brandenburgs 2015

* Wird in Brandenburg nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Brandenburg ist wie alle östlichen Bundesländer durch ein stark ausgebautes Schulberufssystem geprägt: 32 % der Neuzugänge zum Berufsbildungssystem sind in vollzeitschulischen Ausbildungen wiederzufinden. Damit liegt der Wert von 2015 nur geringfügig unterhalb der Quote von 2013 (32,7 %). Die Neuzugänge konzentrieren sich auf Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens (92,7 %). Fast zwei Fünftel dieser Neuzugänge münden entweder in Schulen des Gesundheitswesens oder Fachschulen und Fachakademien (nur Erstausbildung) ein; knapp ein Viertel in vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BBiG/HwO) (einschließlich Soziales, Erziehung, Gesundheit). Weitere 7,3 % sind zudem in vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO (ohne Soziales, Erziehung, Gesundheit) wiederzufinden. Dagegen spielen Berufsfachschulen in BBiG/HwO-Berufen sowie Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die zugleich einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) vermitteln, in Brandenburg keine Rolle mehr. Diese Entwicklung ist auf den mit dem Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs einhergehenden Beschluss zurückzuführen, die vollzeitschulischen Berufsbildungsangebote, für die analoge Angebote im dualen System bestehen, zurückzubauen, (<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/187851/schulberufssystem?p=2>).

Tabelle BB-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	16.463	8.513	8.589	100,0	-47,8	0,9
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	7.335	5.380	5.249	100,0	-28,4	-2,4
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	1.248	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen vollqualifizierend außer- halb BBiG/HwO	1.532	323	383	7,3	-75,0	18,6
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	4.503	5.057	4.866	92,7	8,1	-3,8
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	1.310	1.236	1.187	22,6	-9,4	-4,0
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	1.550	1.883	1.802	34,3	16,3	-4,3
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.643	1.938	1.877	35,8	14,2	-3,1
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	52	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	52	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	5.570	2.572	2.647	100,0	-52,5	2,9
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	358	237	268	10,1	-25,1	13,1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	-	-	-	-	-	-
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	96	141	108	4,1	12,5	-23,4
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.483	1.851	1.864	70,4	-58,4	0,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	633	343	407	15,4	-35,7	18,7
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeits- verwaltung an beruflichen Schulen	4.112	1.941	1.960		-52,3	1,0

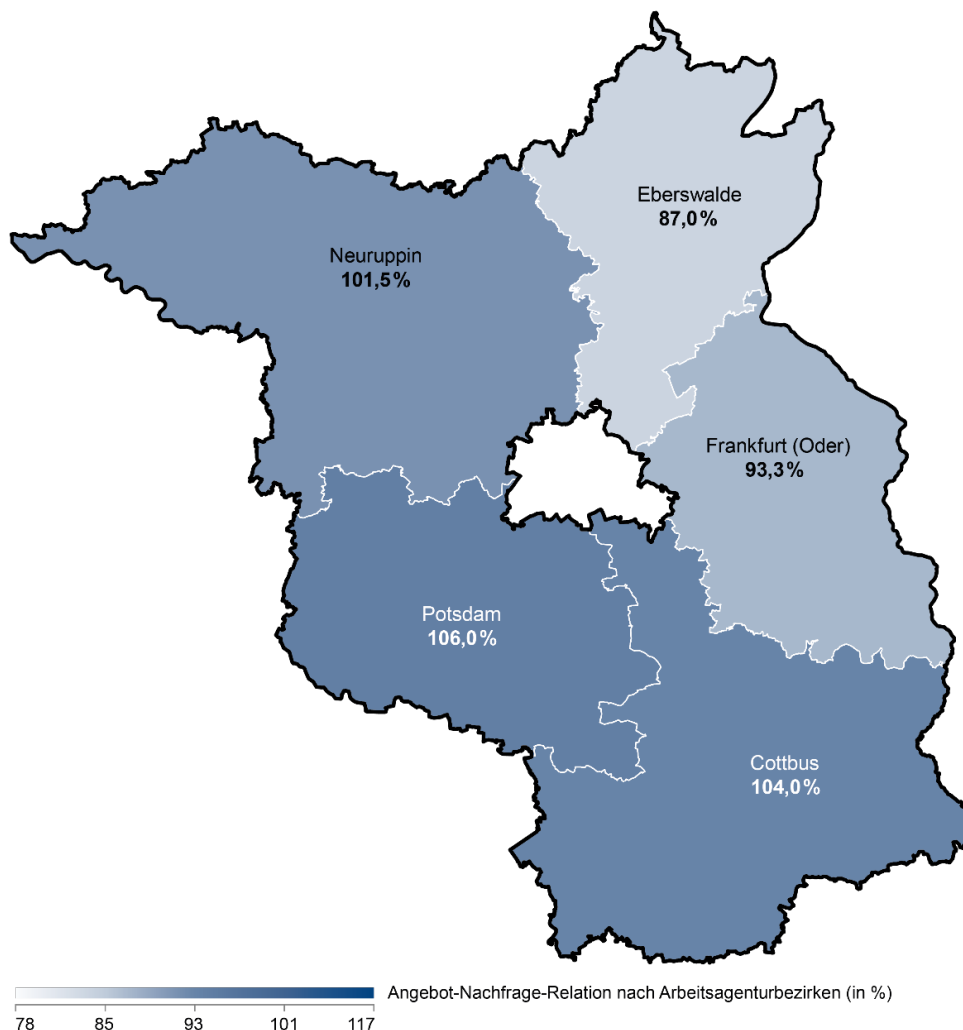
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Brandenburg ist darüber hinaus durch einen kleinen Übergangsbereich gekennzeichnet. Mit einem Anteil an 16,1 % aller Neuzugänge zu Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung weist Brandenburg die geringste Quote unter allen Bundesländern auf. Ihr Anteil hat sich zwischen 2007 und 2015 ebenfalls um gut die Hälfte reduziert, was vornehmlich mit der demografischen Entwicklung zu erklären ist. Eine Besonderheit gegenüber anderen, vor allem westdeutschen Bundesländern, besteht darin, dass in Brandenburg der Übergangsbereich überwiegend aus Maßnahmen besteht, die – ähnlich wie in anderen ostdeutschen Ländern – durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. Über zwei Drittel aller Neuzugänge sind in berufsvorbereitenden Maßnahmen (70,4 %), weitere 15 % in der Einstiegsqualifizierung wiederzufinden, deren Anteil ebenfalls in keinem anderen Bundesland höher liegt. Damit machen Maßnahmen, die allein in Verantwortung der beruflichen Schulen durchgeführt werden, nur 14 % des Übergangssektors aus. Die Neuzugänge verteilen sich dabei entweder auf die Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (10,1 %), oder auf Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (4,1 %).

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Brandenburg

Mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 100,4 % 2016 besteht für Brandenburg im Ländervergleich ein überdurchschnittliches Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage, was sowohl gegenüber 2007 (83,2 %) als auch gegenüber 2013 (94,4 %) eine kontinuierliche Verbesserung der dualen Ausbildungsplatzsituation bedeutet. Während zwischen 2007 und 2016 die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation vor allem Resultat des demografisch bedingten Rückgangs der Nachfrageseite ist, verweist der Vergleich zwischen 2013 und 2016 auf einen stärkeren Anstieg des Ausbildungsangebots im Vergleich zum Nachfragerückgang. Vor dem Hintergrund, dass das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen überproportional hoch ist – mit einem Verhältnis von 115,5 % liegt Brandenburg an der Spitze der Verteilung – und damit auch eine Zunahme der Bevölkerung im Ausbildungszugangsalter in den kommenden Jahren zu erwarten ist, könnte sich allerdings in Brandenburg der Zugang zum dualen System wieder deutlich erschweren.

Abbildung BB-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Brandenburg 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

Die positive Entwicklung der dualen Ausbildungsmarktsituation zeigt sich bei regionaler Differenzierung des Ausbildungsmarktes für alle Arbeitsagenturbezirke, allerdings auf unterschiedlichem Niveau und zudem weist die ANR erhebliche Varianzen zwischen den Arbeitsagenturbezirken auf: Während in Potsdam mit einer ANR in Höhe von 106 % ein geringer Angebotsüberhang vorliegt, besteht in Eberswalde (87 %) und Frankfurt/Oder (93,3 %) nach wie vor eine deutliche Angebotsunterdeckung, trotz positiver Entwicklung.

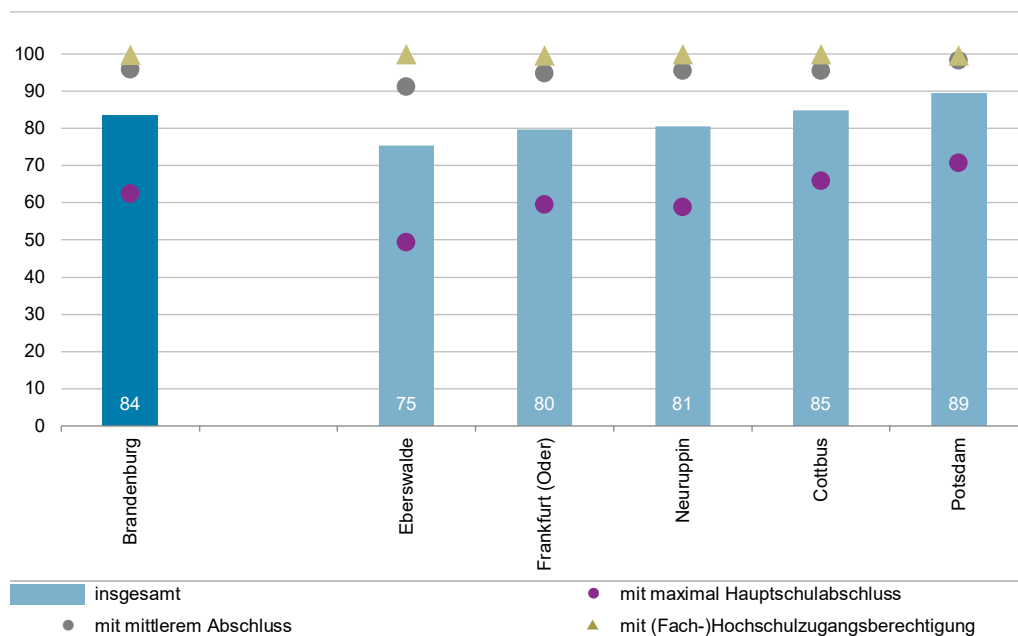
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Brandenburg

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Ähnlich wie in Bayern stellt sich in Brandenburg die Einmündung von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in das Berufsbildungssystem vergleichsweise günstig dar: Fast zwei Drittel von ihnen schaffen den Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung.

Auf Arbeitsagenturebene zeigen sich allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede, die die bestehenden regionalen Unterschiede bei der Angebots-Nachfrage-Relation widerspiegeln (Korrelation signifikant auf dem 10 %-Niveau). Entsprechend der schwierigen Ausbildungsmarktlage im dualen System im Arbeitsagenturbezirk Eberswalde mündeten 2015 nur knapp die Hälfte der Neuzugänge mit maximal Hauptschulabschluss in eine vollqualifizierende Ausbildung ein, die andere Hälfte der Neuzugänge landete zunächst in einer Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung. Auf der anderen Seite schafften in der Region Potsdam, in der sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt am günstigsten darstellt, gut 70 % der Anfänger mit maximal Hauptschulabschluss den Einstieg in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Wie in Bayern zeigt sich auch für Brandenburg bei der regionalen Differenzierung der Einmündungsquoten nach schulischem Vorbildungsniveau, dass je höher die Quoten der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung allgemein sind, desto besser sind auch die Chancen von geringqualifizierten Jugendlichen, eine Ausbildungsstelle zu erhalten.

Abbildung BB-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Brandenburg 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)

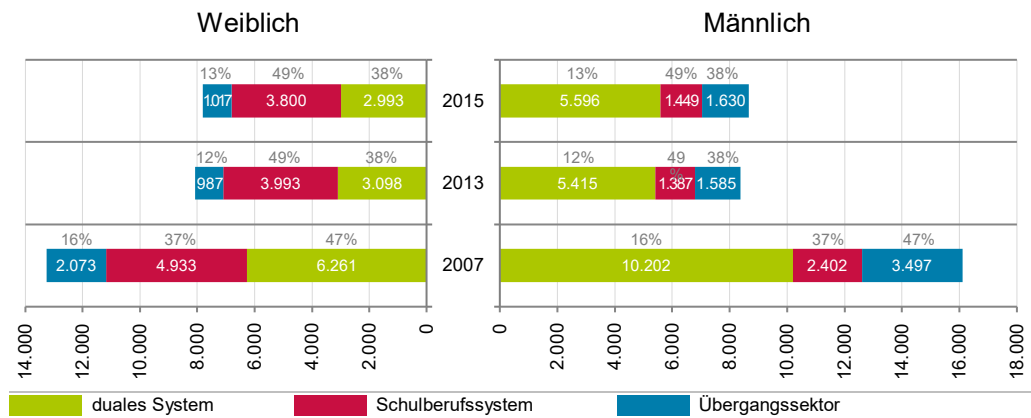


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen.

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

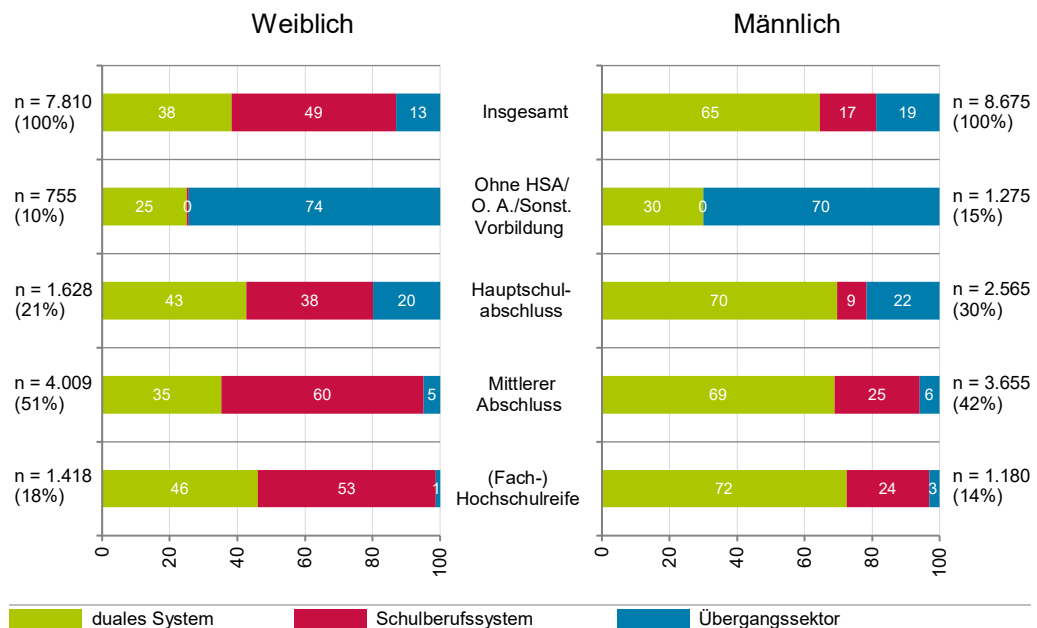
Zunächst ist festzuhalten, dass der deutliche Rückgang in den Neuzugangszahlen ins Berufsbildungssystem zwischen 2007 und 2015 gleichermaßen für beide Geschlechter auszumachen ist (Abb. BB-5). Allerdings zeigt sich auch, dass sich in dieser Zeit die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems weiter verschärft hat: So ist es zu einer Verringerung des Anteils der weiblichen Neuzugänge zum dualen System zwischen 2007 und 2015 um 9 Prozentpunkte gekommen (von 47 auf 38 %), während ein leichter Anstieg bei den männlichen Neuzugängen um 2 Prozentpunkte (von 63 auf 65 %) festzustellen ist. Insgesamt haben damit die geschlechtsspezifischen Differenzen in den Neuzugängen zum dualen System deutlich zugenommen (von einer Differenz von 16 auf 27 Prozentpunkte). Für das Schulberufssystem sind für beide Geschlechter relativ gesehen Zuwächse bei den Neuzugängen zu verzeichnen, allerdings bei den Frauen stärker als bei den Männern, sodass 2015 fast die Hälfte aller weiblichen Neuzugänge zum Berufsbildungssystem in vollzeitschulischen Ausbildungen einmündeten (2007 waren es 37 %). Der Anteil der männlichen Neuzugänge zum Schulberufssystem hat sich zwar ebenfalls erhöht, liegt mit 17 % allerdings weiterhin deutlich unterhalb des Wertes der Frauen. Damit gehört Brandenburg zu jenen Bundesländern, in denen die geschlechtsspezifischen Differenzen in der Einmündung in eine duale bzw. vollzeitschulische Ausbildung besonders stark ausgeprägt sind. Bezogen auf die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung insgesamt sind dagegen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering.

Abbildung BB-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Brandenburgs 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



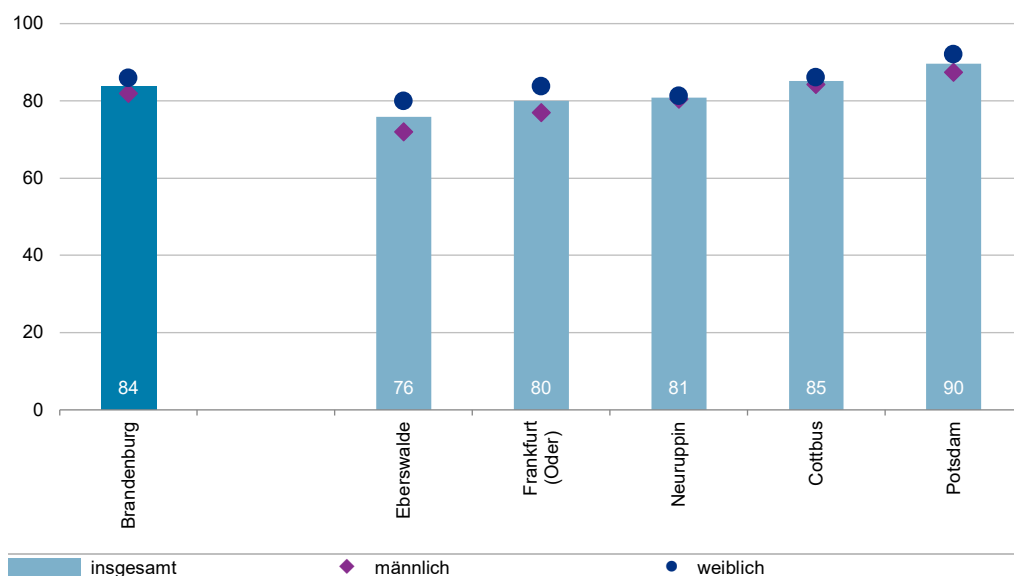
Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass Jugendliche ohne Hauptschulabschluss mehrheitlich (64 bzw. 65 %) zunächst in einem Bildungsgang des Übergangsbereichs landen (Abb. BB-6). Wenn sie dagegen einen Hauptschulabschluss oder höheren Schulabschluss aufweisen, gelingt ihnen mehrheitlich der Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Die beschriebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Einmündungen ins duale bzw. Schulberufssystem gelten unabhängig vom schulischen Vorbildungsniveau.

Abbildung BB-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Brandenburgs 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



Die regional differenzierte Betrachtung der Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung für Frauen und Männern verdeutlicht zweierlei (Abb. BB-7): Erstens, wie in Brandenburg insgesamt, gilt für alle Arbeitsagenturbezirke gleichermaßen, dass Frauen häufiger als Männer in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden. Zweitens zeigt sich ebenfalls, dass die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern, wie bspw. in Bayern oder Baden-Württemberg, gering sind. Einzig im Arbeitsagenturbezirk Frankfurt (Oder) liegen die Unterschiede bei fast 8 Prozentpunkten. In den anderen Regionen bei unter 3 Prozentpunkten.

Abbildung BB-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Brandenburgs 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



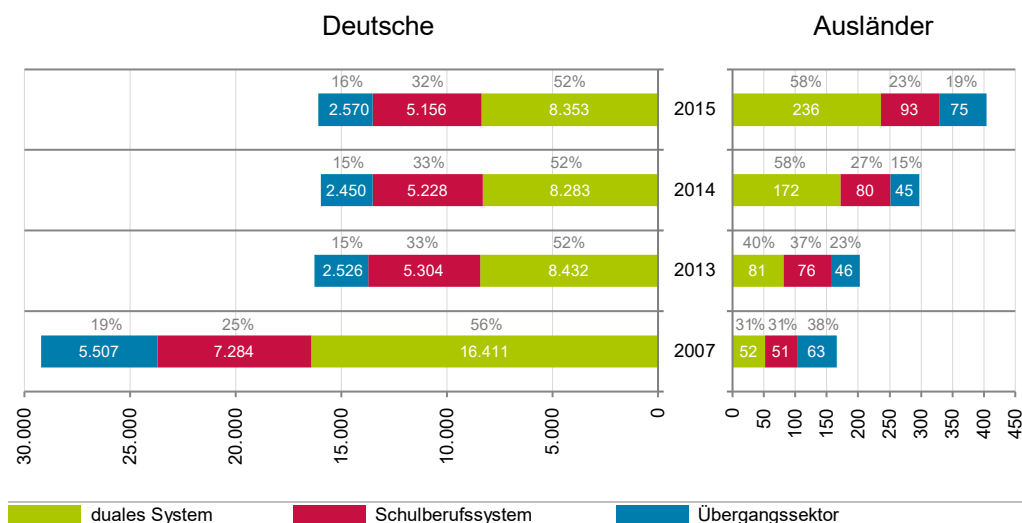
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der Zahl der Neuzugänge von Deutschen und Ausländern ins berufliche Bildungssystem seit 2007 verläuft entgegengesetzt: Während sich die Zahl der deutschen Neuzugänge von 29.202 im Jahr 2007 auf 16.079 2015 um 45 % reduziert hat, haben sich die ausländischen Neuzugänge, bei nach wie vor absolut gesehen niedrigem Niveau, in diesem Zeitraum fast verdreifacht (Abb. BB-8). Verschiebungen in der Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems haben sich in der Zeit vor allem für ausländische Jugendliche ergeben: Sie sind 2015 deutlich häufiger als noch 2007 im dualen System wiederzufinden (Differenz von 27 Prozentpunkten) und dafür deutlich seltener im Übergangsbereich (Differenz von 19 Prozentpunkten). In der Folge haben 2015 auch relativ gesehen mehr ausländische Jugendliche (58 %) als deutsche Jugendliche (52 %) den Übergang ins duale Ausbildungssystem geschafft. Während sie nur unwesentlich häufiger im Übergangsbereich landeten (19 vs. 16 %), erhielten sie deutlich seltener den Zugang zu einer vollzeitschulischen Ausbildung. Allerdings ist vor weitrei-

chenden Interpretationen Vorsicht geboten. Zwischen 2007 und 2015 stieg die Zahl der ausländischen Neuzugänge zur beruflichen Bildung insgesamt von 166 auf 404. Dies waren im Verhältnis zu den 15.877 deutschen Neuzugängen 2015 gerade 2,5 %. Ein systematischer Vergleich erscheint ohne genauere Angaben über soziale (Herkunfts-) Merkmale der Ausländer kaum möglich.

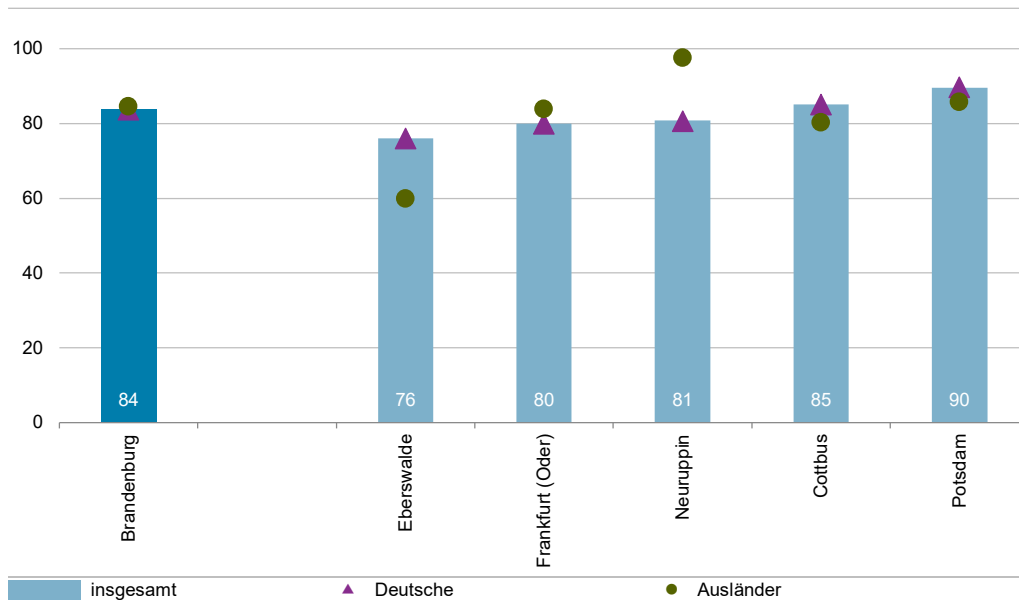
Abbildung BB-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Brandenburgs 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die insgesamt hohen Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung von Ausländern in Brandenburg zeigen sich grundsätzlich auch bei der Differenzierung nach den Arbeitsagenturbezirken (Abb. BB-9). So liegt in den Regionen Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam eine annähernd ausgeglichene Situation zwischen Deutschen und Ausländern hinsichtlich ihrer Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung vor. Anders stellt sich die Situation jedoch in den Arbeitsagenturbezirken Eberswalde und Neuruppin dar. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem dualen Ausbildungsmarkt in Eberswalde werden deutlich geringere Einmündungsquoten von Ausländern im Vergleich zu Deutschen sichtbar. Die Differenz beträgt hier gut 16 Prozentpunkte. Im Arbeitsagenturbezirk Neuruppin ist dagegen eine gegensätzliche Situation festzustellen; in dieser Region gelingt deutlich mehr Ausländern als Deutschen der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung (Differenz um 17 Prozentpunkte) trotz einer durchaus als angespannt zu beschreibenden Lage auf dem dualen Ausbildungsmarkt. Auch hier verbieten die zu kleinen Zahlen in den Arbeitsagenturbezirken zu weitreichende Schlussfolgerungen.

Abbildung BB-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Brandenburg 2015 nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Wenngleich sich die absolute Zahl der ausländischen Neuzugänge zum Übergangsbereich zwischen 2007 und 2015 kaum verändert hat, sind Verschiebungen innerhalb des Übergangsbereichs auf die verschiedenen Bildungsgänge erkennbar (Tab. BB-2). Während 2007 über 90 % der ausländischen Neuzugänge in berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) wiederzufinden waren, hat sich dieser Anteil im Jahr 2015 auf 36 % reduziert. Dafür hat sich die Zahl der Neuzugänge, die in einer Einstiegsqualifizierung landen, deutlich erhöht – von 4,3 auf 41,3 %. Zudem ist ein deutlicher Anstieg der Neuzugänge zu den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, festzustellen – von knapp 2 % 2007 auf etwas über ein Fünftel 2015. Damit zeigt sich für Brandenburg eine Erhöhung der berufsvorbereitenden Aktivitäten, die in Verantwortung der beruflichen Schulen durchgeführt werden. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei vor allem um Angebote für die Sprachförderung asyl- und schutzsuchender Flüchtlinge handelt.

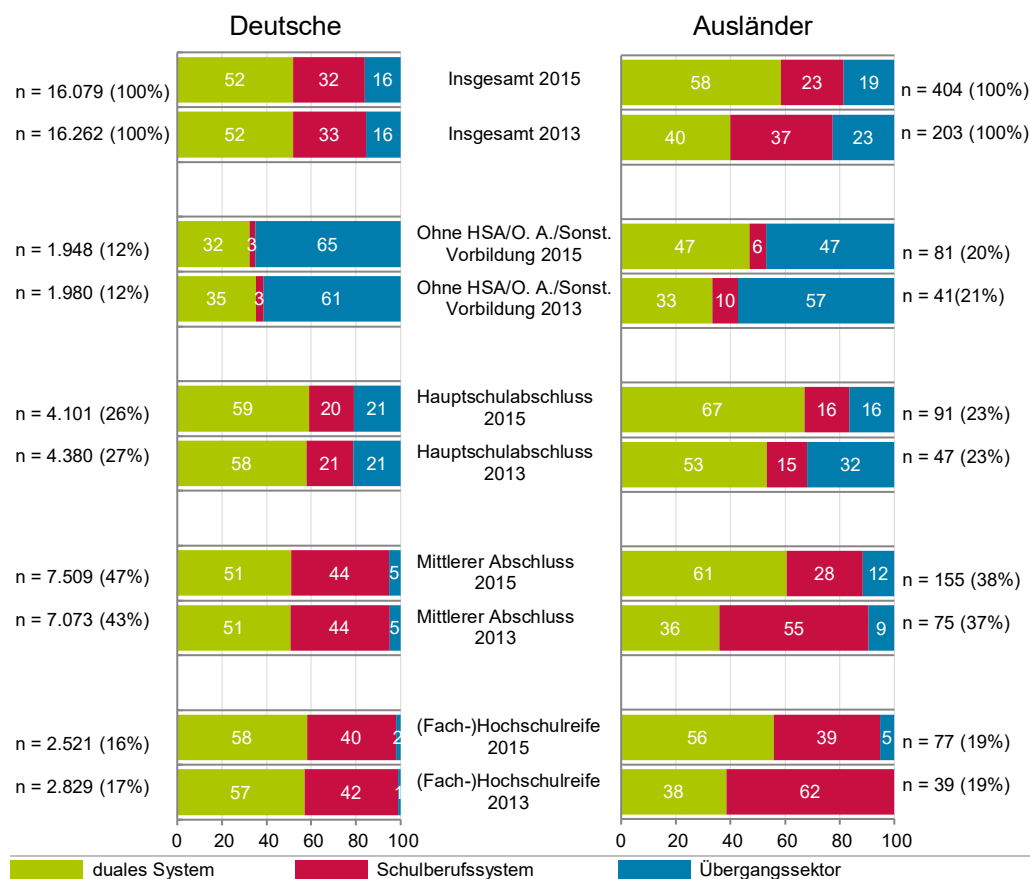
Tabelle BB-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	5.507	100	63	100	2.570	100	75	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	357	6,5	1	1,6	251	9,8	17	22,7
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	96	1,7	0	0,0	108	4,2	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.425	80,4	58	92,1	1.836	71,4	27	36,0
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	629	11,4	4	6,3	375	14,6	31	41,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Anders als in anderen Bundesländern haben sich die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung von Ausländern zwischen 2013 und 2015 leicht verbessert (Abb. BB-10). Differenziert nach dem schulischen Vorbildungsniveau zeigt sich insbesondere bei den ausländischen Neuzugängen mit Hauptschulabschluss eine Verbesserung ihrer Übergangssituation: Es gelingt einem deutlich höheren Anteil als noch 2013 die Aufnahme einer dualen Ausbildung. Zugleich wird sichtbar, dass mehr höher qualifizierte Ausländer als noch 2013 in den Übergangsbereich einmünden: So ist sowohl der Anteil an Personen mit mittlerem Abschluss als auch mit (Fach-)Hochschulreife im Übergangssektor gestiegen (um 3 bzw. 5 Prozentpunkte). Diese Entwicklung dürfte auf den jüngsten Flüchtlingszuwachs zurückzuführen sein, denn die neu ankommenden Asyl- und Schutzsuchenden weisen zum Teil ein höheres Qualifikationsniveau auf, sodass eine leicht veränderte Zusammensetzung der Ausländer nach ihrem schulischen Vorbildungsniveau zu beobachten ist.

Abbildung BB-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Brandenburgs nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



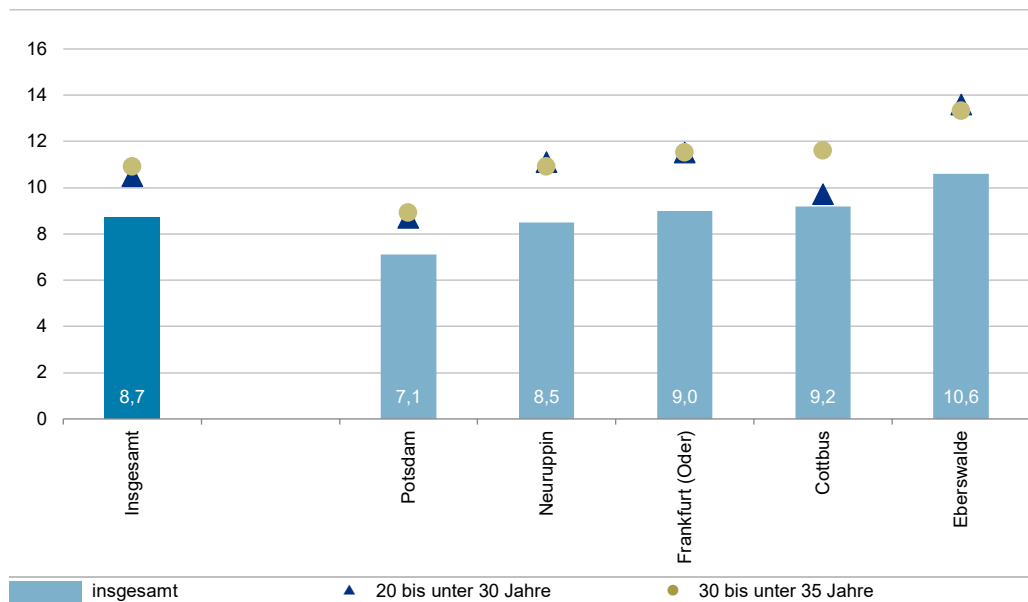
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

In Bezug auf das Arbeitslosenrisiko weist Brandenburg überdurchschnittlich hohe Werte sowohl bei der Arbeitslosenquote insgesamt (8,7 %) als auch bei der Arbeitslosenquote der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen auf (10,5 %). Dies verweist auf einen erschwerten Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen.

Abbildung BB-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Brandenburg 2015 (in %)

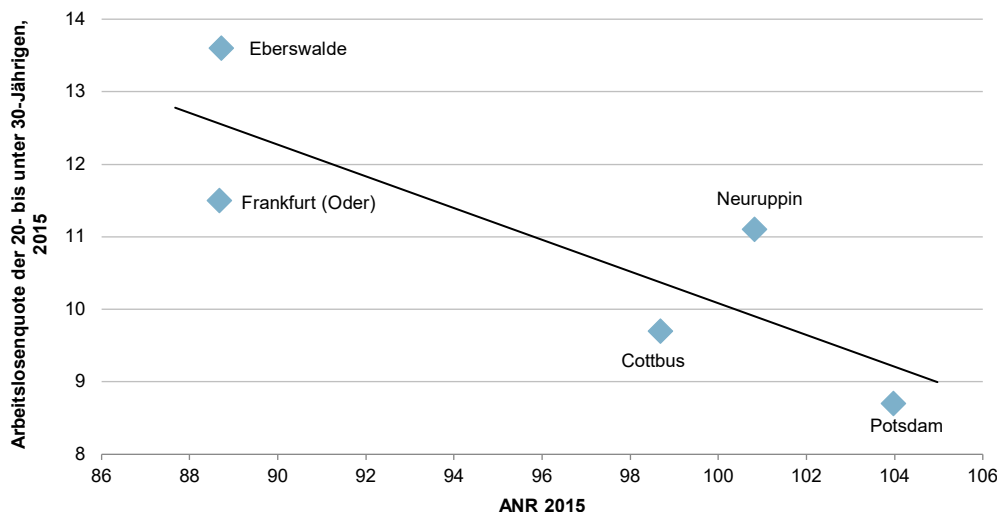


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Wenngleich sich die Beschäftigungssituation in allen Arbeitsagenturbezirken Brandenburgs schwierig gestaltet, sind auch erhebliche regionale Differenzen auszumachen. Die Region Eberswalde weist mit Abstand die schlechtesten Arbeitsmarktchancen auf. Für Personen, die in der Region Potsdam eine Anstellung suchen, stellten sie sich dagegen innerhalb Brandenburgs am günstigsten dar.

In Verbindung mit der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) ist zudem ein schwach signifikanter Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen ($p = -0,829$; Signifikanz = 0,083) festzustellen. So zeigt sich, dass in jenen Regionen, in denen die Ausbildungssituation günstiger ausfällt, auch die späteren Beschäftigungschancen höher sind. Dies gilt für die Arbeitsagenturbezirke Potsdam, Neuruppin und Cottbus, während Frankfurt (Oder) und Eberswalde eher ungünstige Arbeitsmarktchancen bieten.

Abbildung BB-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Brandenburg 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Zwar gehört Brandenburg wie auch die vier anderen ostdeutschen Länder zu den – gemessen am BIP p. c. – ärmeren deutschen Ländern mit auch überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten. Aber das Land scheint aus seiner Nähe zu und verkehrstechnischen Anbindung an Berlin Vorteile für den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt wie auch für Betriebsansiedlungen im sogenannten Speckgürtel zu ziehen, sodass das Land sowohl bei der Arbeitslosenquote als auch bei der Angebots-Nachfrage-Relation in der dualen Ausbildung erheblich günstigere Werte aufweist als die Bundeshauptstadt selbst. Diese Sonderbedingung, die sich in unterschiedlichen Pendlerbewegungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt äußert (vgl. Länderbericht Berlin), ist bei der Betrachtung der Situation in Brandenburg im Auge zu behalten.

Die Bildungsinfrastruktur und die Situation am Berufsbildungsmarkt haben sich in Brandenburg in den letzten Jahren deutlich verbessert, was sich in einer landesweit rechnerisch ausgeglichenen Angebots-Nachfrage-Relation im dualen System, in einer Halbierung der Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor seit 2007 wie auch in einer Reduzierung der Zugänge zum Schulberufssystem um 30 % äußert. Was auf den ersten Blick als begrüßenswerte Verringerung der Ausbildungsmarktp Probleme erscheint und dies für die ausbildungsinteressierten Jugendlichen auch ist, sollte nicht unhinterfragt einfach nur zur Kenntnis genommen werden. Es könnten sich in den Prozessen, die zu dem Ergebnis geführt haben, unbeobachtete Unsicherheiten für die Zukunft verbergen, auf die die Berufsbildungspolitik Brandenburgs frühzeitig ihre Aufmerksamkeit richten sollte.

Denn so scheint es sich tatsächlich zu verhalten. Die Verbesserung der Ausbildungssituationen ist weniger gezieltem politischen Handeln der Berufsbildungsakteure als vielmehr starken demografischen Rückläufigkeiten der Ausbildungsnachfrage und marktmanenten Entwicklungen geschuldet. Die Halbierung der Neuzugänge zum

Übergangssektor lässt sich vornehmlich darauf zurückführen, dass die „Marktbenachteiligten“ in der großen Ausbildungsmarktkrise sukzessive in der Ausbildung aufgenommen wurden. Bei der großen Rückläufigkeit der Zugänge zur dualen Ausbildung spielt neben dem Nachfragerückgang auch eine dramatische Reduzierung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots um 35 % seit 2007 eine Rolle (vgl. Abs. 6.2), wobei hier ein Teil auf die öffentlich subventionierten „außerbetrieblichen betrieblichen“ Ausbildungsangebote geht.


Insgesamt deuten sich damit perspektivisch Unsicherheiten in der Ausbildungsinfrastruktur an, die auch bereits heute bestehende starke regionale Disparitäten in der Versorgung von östlichen Arbeitsagenturbezirken mit Ausbildungsplätzen berühren. Die Reduzierung des Ausbildungsvolumens, das auch heute landesweit immer noch kein auswahlfähiges Ausbildungsangebot ermöglicht, könnte im nächsten Jahrzehnt, in dem sich in Brandenburg die demografische Entwicklung umkehrt, schnell zu Versorgungsengpässen führen.

Auch die Reduzierung der vollzeitschulischen Ausbildungsverhältnisse und die Verlagerung der Übergangsaktivitäten auf die Angebote der Bundesagentur für Arbeit sind nicht völlig unproblematisch. Im ersten Fall können Engpässe im Fachkräftenachwuchs für die weiterhin expandierenden personenbezogenen Dienstleistungen entstehen. Im zweiten Fall drohen beim Fehlen einer systematischen berufsschulischen Ausbildungsvorbereitung (Übergangssektor) Probleme der beruflichen Integration von ausländischen Jugendlichen, deren Zahl auch in Brandenburg im nächsten Jahrzehnt ansteigen wird. Die aktuellen, relativ positiven Erfahrungen mit sehr kleinen Zahlen jedenfalls sind nicht umstandslos fortzuschreiben.

Hamburg

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	HH 2013	HH 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	58.855 €	60.912 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	10,7 %	10,6 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	65,5 %	64,1 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	13,9 %	19,8 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	31,5 %	24,6 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	54,6 %	55,6 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	18,1 %	16,7 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	41,4 %	39,6 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	20,9 %	22,8 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	19,2 %	20,4 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	10,9 %	11,4 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	53,0 %	52,9 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	19,1 %	20,9 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	17,0 %	14,8 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	33,2 %	33,0 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	24,6 %	25,7 %	27,8 %
In Großbetrieben	42,1 %	41,3 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	28,9 %	28,8 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	30,6 %	30,3 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	38,1 %	37,2 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	7,4 %	7,4 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	5.000 €	5.200 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	3.300 €	3.600 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	33,2 %	32,8 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB;

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

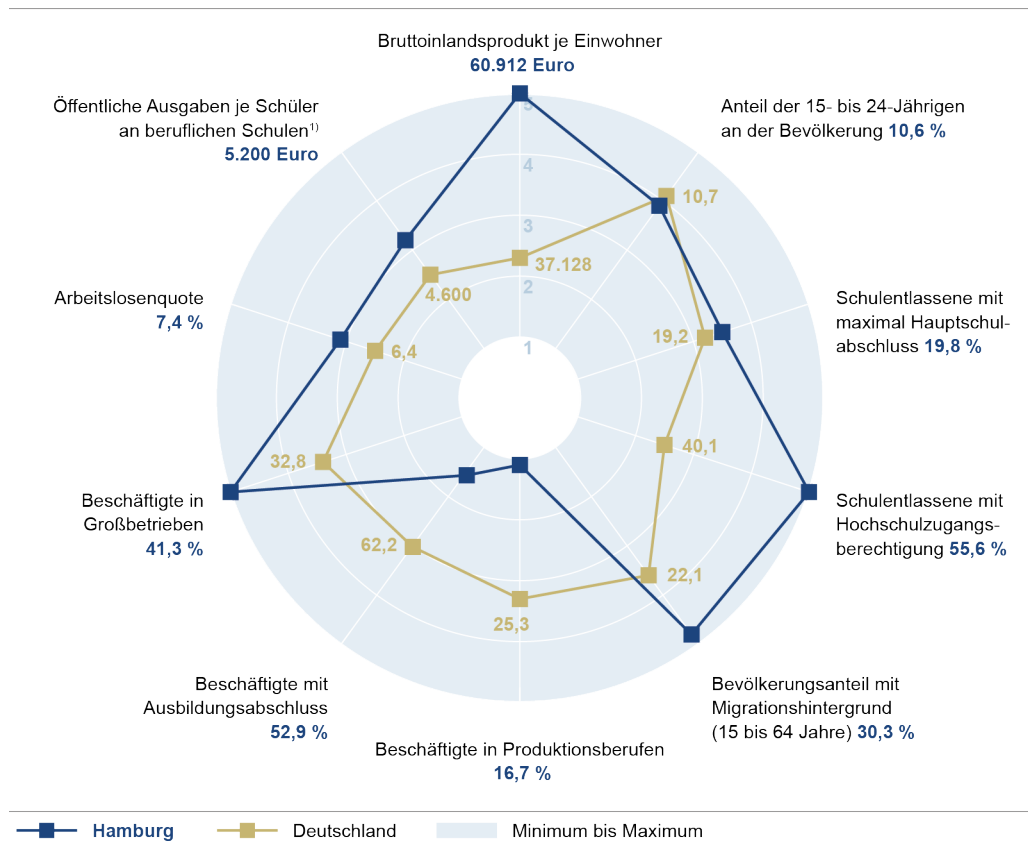
Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist der Stadtstaat Hamburg das reichste Bundesland (60.912 € BIP p. c.). Ein Grund hierfür ist allerdings auch der hohe Pendleranteil unter den Beschäftigten, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen.

Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstruktur Hamburgs ähnelt dem Stadtstaat Berlin: Hamburg weist mit Berlin zusammen die niedrigste Quote von Beschäftigten in

Produktionsberufen (16,7 %) und zugleich die höchste Quote an Beschäftigten in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungstätigkeiten (39,6 %) auf. Überproportional ist die Zahl der Beschäftigten vor allem in den Bereichen Unternehmensführung und -organisation (16,3 %), finanzdienstliches Rechnungswesen/Steuerberatung (6,7 %) und Werbung, Marketing sowie in kaufmännischen und redaktionellen Medienberufen zu finden (3,6 %, vgl. Anhang Tab. 2.6A und 2.7A). Bei den personenbezogenen sowie den IT- und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen entspricht Hamburg dagegen annähernd dem Bundesdurchschnitt. Entsprechend der Beschäftigtenstruktur ist Hamburg durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Großbetrieben (41,3 %) gekennzeichnet, was die Spitzenposition im Bundesländervergleich bedeutet. Dagegen liegt der Anteil an Klein- und Kleinstbetrieben (33 %) sowie an Mittelbetrieben (25,7 %) unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Wie Berlin ist auch Hamburg durch einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss (20,9 %) und einem unterdurchschnittlich geringen Anteil an Beschäftigten mit Aus- oder Fortbildungsabschluss (52,9 %) gekennzeichnet. Dagegen weist Hamburg mit einer Arbeitslosenquote von 7,4 %, die leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt (6,4 %), weniger Arbeitsmarktprobleme auf als Berlin.

Abbildung HH-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Hamburgs 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

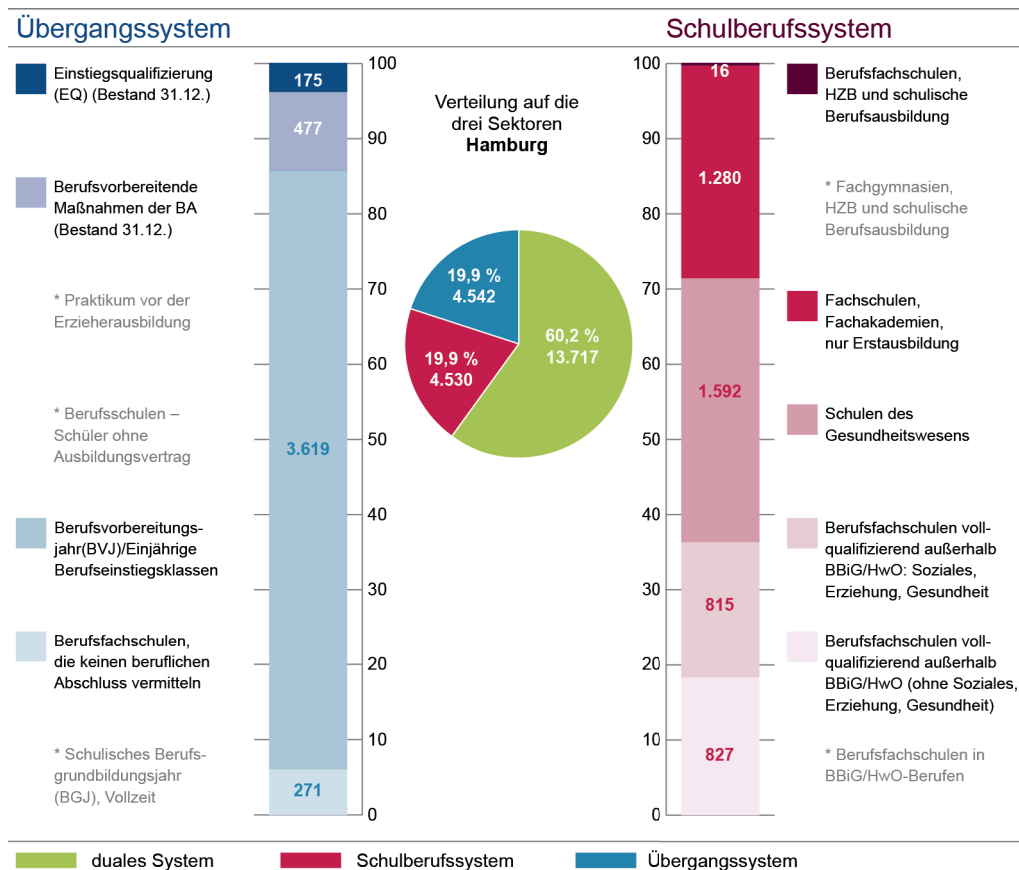
Von der Angebotsseite der Schulabsolventen weist Hamburg eine ähnliche Qualifikationsstruktur auf wie bei den Beschäftigten: Hamburg hat die mit Abstand höchste Quote an Schulabsolventen mit einer (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung (55,6 %). Diese ist zudem im Vergleich zu 2013 weiter ansteigend. Erhebliche Verschiebungen im Vorbildungsniveau gegenüber 2013 haben sich bei der Gruppe mit maximal Hauptschulabschluss und mittlerem Abschluss ergeben. Während Hamburg 2013 noch eine unterdurchschnittliche Quote an Schulentlassenen mit maximal Hauptschulabschluss aufwies (13,9 %), hat sich dieser Anteil in den letzten zwei Jahren um fast 6 Prozentpunkte auf 19,8 % erhöht und liegt damit nun leicht oberhalb des Bundesdurchschnitts (19,2 %). Im gleichen Zeitraum hat sich damit der Anteil an Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss deutlich reduziert, auf 24,6 %. Hamburg bildet damit bei den mittleren Abschlüssen das Schlusslicht im Bundesländervergleich. Diese Entwicklung könnte die Berufsbildungspolitik Hamburgs vor neue Herausforderungen stellen, da die Gruppe der Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss das Hauptklientel der beruflichen Bildung darstellt.

Auch die demografische Entwicklung in Hamburg weist auf künftige Nachfrageengpässe hin: Die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen (64,1 %) als auch das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen (81,1 %) deuten auf ein geringeres Nachfragepotenzial für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hin. Eine große Aufgabe besteht für Hamburg zudem in der Integration von Personen mit Migrationshintergrund in die berufliche Bildung. Hamburg wird nur von Berlin beim Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevantem Alter übertroffen (37,2 %) und liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt (27 %). Ob für diese Aufgaben Hamburgs offensive Berufsschulpolitik ausreicht, die sich unter anderem darin äußert, dass Hamburg bei den öffentlichen Ausgaben je Schüler an beruflichen Schulen als auch bei den Ausgaben für die Teilzeitberufsschule deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, wird sich der Administration sicherlich als Frage stellen.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt in Hamburg

2.1. Das Berufsbildungssystem

Trotz des kleinen Produktionssektors, der traditionell als Kernsektor der dualen Ausbildung angesehen werden kann, und des hohen Anteils an kaufmännischen Berufen, die häufig in der Vergangenheit weniger stark auf duale Ausbildung gesetzt haben, hat sich die duale Ausbildung in Hamburg auf hohem Niveau stabilisiert. Mit einer Quote von 60,2 % an den Neuzugängen zur dualen Ausbildung nimmt Hamburg die Spitzenposition unter allen Bundesländern ein (Abb. HH-2).

Abbildung HH-2 Das Berufsbildungssystem Hamburgs 2015

* Wird in Hamburg nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Auf der anderen Seite liegt Hamburg mit einem Anteil von 20 % bei den Neuzugängen zum Schulberufssystem im unteren Drittel der Länder und unter dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklung der absoluten Zahlen zum Schulberufssystem seit 2007 zeigt zwar, dass Hamburg zu den Bundesländern gehört, deren Zahl der Neuanfänger im Schulberufssystem angehoben werden konnte, allerdings fällt dieser Zuwachs im Vergleich zu den anderen Bundesländern, in denen sich die Zahl der Neuzugänge erhöht hat – wie Schleswig-Holstein, Saarland oder Hessen – mit 10 % relativ moderat aus. Innerhalb des Schulberufssystems dominieren, wie schon 2013, die Schulen des Gesundheitswesens sowie die Fachschulen und Fachakademien (mit Erstausbildung), die fast zwei Drittel der Auszubildenden des Schulberufssystems repräsentieren (Tab. HH-1). Darüber hinaus besuchen jeweils fast ein Fünftel der Neuanfänger vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) ohne Soziales, Erziehung und Gesundheit bzw. vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO mit Soziales, Erziehung und Gesundheit.

Tabelle HH-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	14.408	13.465	13.717	100,0	–4,8	1,9
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungsjahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	4.123	4.512	4.530	100,0	9,9	0,4
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	241	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	1.458	886	827	18,3	–43,3	–6,7
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	2.381	3.605	3.687	81,4	54,9	2,3
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	772	853	815	18,0	5,6	–4,5
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	894	1.581	1.592	35,1	78,1	0,7
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	715	1.171	1.280	28,3	79,0	9,3
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	43	21	16	0,4	–62,8	–23,8
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	43	21	16	0,4	–62,8	–23,8
Übergangssektor insgesamt	7.253	3.608	4.542	100,0	–37,4	25,9
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	2.495	253	271	6,0	–89,1	7,1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einstufige Berufseinstiegsklassen	3.470	2.536	3.619	79,7	4,3	42,7
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	-	-	-	-	-	-
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	935	565	477	10,5	–49,0	–15,6
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	353	254	175	3,9	–50,4	–31,1
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	413	121	99		–76,0	–18,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Vor dem Hintergrund des steigenden Anteils an Schulabsolventen mit maximal Hauptschulabschluss sowie des hohen Anteils an Jugendlichen mit Migrationshintergrund wäre der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt niedrige Anteil an Neuzugängen zum Übergangsbereich (19,9 %) nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Innerhalb des Übergangsbereichs landeten fast alle Neuanfänger im Berufsvorbereitungsjahr und den einjährigen Berufseinstiegsklassen (79,7 %), knapp 15 % in Maßnahmen der Berufsvorbereitung bzw. in der von der BA finanzierten Einstiegsqualifizierung und weitere 6 % in den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (Tab. HH-1). Hamburg hat diesen Schultyp in den letzten acht Jahren um 90 % reduziert, was man als Anzeichen für die begrenzte Effektivität dieser Art Berufsfachschulen ansehen kann, die nur noch eine Funktion im Nachholen eines mittleren allgemeinbildenden Abschlusses erfüllt, die aber mit der Entwicklung von Sekundär- bzw. Gemeinschaftsschulen immer weniger Gewicht hat. Allein auf den Rückbau der Berufsfachschulen gehen annähernd 70 % der Reduzierung der Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor zurück.

Dagegen hat Hamburg den Übergangssektor schon seit Längerem auf eine begrenzte Zahl von Maßnahmentypen verdichtet und diese besser aufeinander abgestimmt. In Hamburg werden das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), die Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und das Praktikum vor der Erzieherausbildung nicht angeboten. Damit konzentriert sich der Übergangsbereich in Hamburg auf nur wenige Maßnahmentypen der Berufsvorbereitung. Zugleich entfällt in Hamburg der vielfach von Wissenschaft und Politik reklamierte Koordinierungsmangel zwischen den vielfältigen Angeboten, der eine wichtige Ursache für die begrenzte Effektivität des Übergangsbereichs war.

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Hamburg

In Hamburg besteht seit Jahren eine Angebotsunterdeckung an dualen Ausbildungsplätzen, im Jahr 2015 lag die ANR bei 89,5 %. Entgegengesetzt zum Trend in den anderen Bundesländern – ausgenommen Schleswig-Holstein – ist es damit seit 2007 nicht zu einer Verbesserung auf dem dualen Ausbildungsstellenmarkt gekommen (2007 lag die ANR bei 91,2 %). Dies ist auf einen stärkeren Rückgang des Angebots an dualen Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Rückgang auf der Nachfrageseite zurückzuführen, wobei Veränderungen auf beiden Seiten auf niedrigem Niveau stattgefunden haben.

Tabelle HH-2 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Hamburg 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Hamburg	14.438	15.830	91,2 %	14.199	15.954	89,0 %	14.013	15.654	89,5 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsstellenmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Hamburg

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach schulischem Vorbildungsniveau

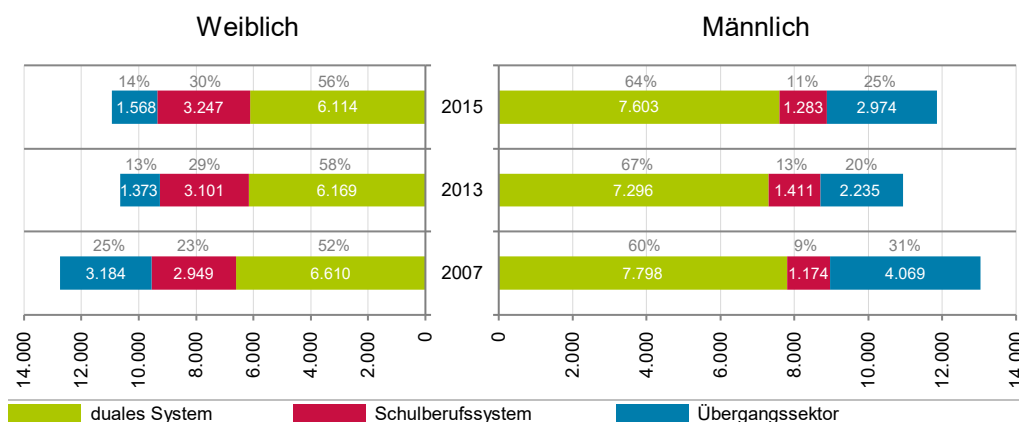
Die Einmündungsquoten in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems variieren stark nach dem schulischen Vorbildungsniveau der Neuanfänger: Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss münden entweder in eine Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung (ca. 48 %) oder in eine duale Ausbildung (ca. 49 %) ein. Dies bedeutet auch, dass sich in keinem anderen Bundesland die Übergänge in eine vollzeitschulische Ausbildung für diese Personengruppe so schwierig gestalten wie in Hamburg. Nur vergleichsweise 3 % schaffen die Einmündung in diesen Berufsbildungssektor, womit Hamburg deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von etwa 10 % liegt, allerdings auch bei dem kleinsten Schulberufssektor von allen Ländern (zusammen mit Baden-Württemberg). Dagegen gestalten sich die Übergangsprozesse von Jugendlichen mit mittlerem Abschluss bzw. (Fach-)Hochschulreife deutlich einfacher. Fast alle Neuzugänge mit (Fach-)Hochschulreife landen in einer vollqualifizierenden Ausbildung (ca.

97 %). Im Gegensatz zu Berlin münden sie jedoch deutlich häufiger ins duale System (69 vs. 59 % in Berlin), seltener dafür ins Schulberufssystem ein (ca. 31 vs. 41 %). In beiden Fällen entspricht Hamburg damit jedoch fast dem Bundesdurchschnitt. Ebenfalls Jugendlichen mit mittlerem Abschluss gelingt mehrheitlich der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung, überdurchschnittlich häufig im dualen Bereich. Mit einem Anteil von etwa 7 % an Jugendlichen, die zunächst im Übergangsbereich landen, liegt Hamburg im oberen Mittelfeld.

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht

Die Verteilung der Geschlechter auf die verschiedenen Sektoren der Berufsausbildung hat sich seit 2007 nicht verändert: Männer sind häufiger im dualen System oder im Übergangsbereich anzutreffen, Frauen dagegen im Schulberufssystem (Abb. HH-3). Insgesamt zeigt sich für beide Geschlechter im Zeitverlauf ein Rückgang der Neuzugangszahlen, allerdings haben sich diese im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger drastisch verändert. Lediglich für den Übergangsbereich sind deutliche Schwankungen bei den Neuanfängerzahlen festzustellen. So ist es zwischen 2007 und 2013 für beide Geschlechter zu einem deutlichen Rückgang gekommen, seit 2013 steigt die Zahl jedoch wieder an und zwar bei den Männern deutlicher als bei den Frauen. Insgesamt führt dies dazu, dass die Differenzen der Verteilung auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems zwischen den Geschlechtern zu Lasten der Männer zugenommen haben, was vor allem auf den Anstieg der Zahl der Ausländer (insbesondere Schutz- und Asylsuchende) zurückzuführen ist (Abb. HH4-6) ist.

Abbildung HH-3 Einmündungen ins Berufsbildungssystem Hamburgs 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass sie ohne Hauptschulabschluss mehrheitlich im Übergangsbereich landen, allerdings stellt sich die Situation für die männlichen Neuzugänge dieser Gruppe ungleich schwieriger dar als für die weiblichen (81 % vs. 67 %, Abb. HH-4). Mit steigendem Schulabschluss weisen die Jugendlichen deutlich höhere Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung auf – bei Neuanfängern mit Hauptschulabschluss sind es gut zwei Drittel, bei Neuzugängen mit mittlerem Abschluss ca. 90 % und bei Neuzugängen mit (Fach-)Hochschulreife landen alle in einer vollqualifizierenden Ausbildung – ohne geschlechtsspezifische Unterschiede.

Abbildung HH-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Hamburgs 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



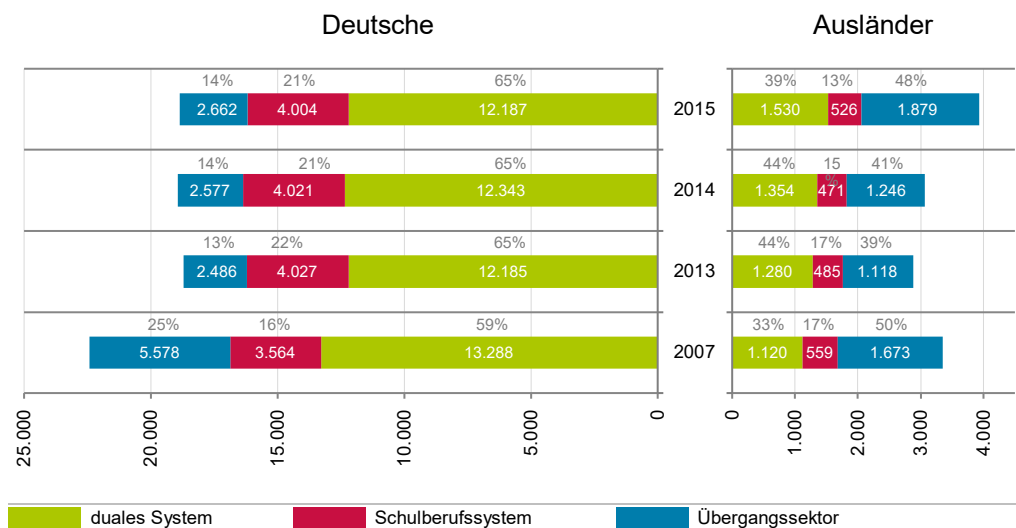
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Deutschen und Ausländern

Vergleicht man den Anteil der Neuzugänge zu den Sektoren des Ausbildungssystems für deutsche und ausländische Jugendliche, zeigt sich seit 2007, dass deutlich mehr ausländische als deutsche Jugendliche in Maßnahmen des Übergangsbereichs einmünden und die Unterschiede zugenommen haben (Abb. HH-5). Dies ist auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: Zum einen ist es zu einer Abnahme des Anteils unter den deutschen Jugendlichen gekommen, die zunächst in die Ausbildungsvorbereitung einmünden. Zum anderen hat sich die Zahl der Ausländer zum Übergangsbereich gerade seit 2013 drastisch erhöht. Dies ist als Resultat des jüngsten Zuwachses an Flüchtlingen zu verstehen. Weiterhin zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen bei der Einmündung ins duale Ausbildungssystem: Generell haben Ausländer deutlich geringere Chancen in eine duale Ausbildung einzumünden als Deutsche, dies gilt unabhängig vom Zeitpunkt der Betrachtung. Dagegen zeigt sich für das Schulberufssystem, dass im Jahr 2007 deutsche und ausländische Jugendliche zu ungefähr gleichen Anteilen eine Ausbildung im Schulberufssystem aufnahmen (16 % bzw. 17 %), wobei es sich mehrheitlich um Frauen handelt. Mit der Zunahme an Neuzugängen zum Übergangsbereich unter den Ausländern hat sich ihr Anteil im Schulberufssystem leicht (um 2 Prozentpunkte) reduziert.

Abbildung HH-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Hamburgs 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Ein Vergleich der Neueinmündungen zwischen 2007 und 2015 in die verschiedenen Bildungsgänge innerhalb des Übergangssektors verdeutlicht zunächst, dass sich sowohl Deutsche als auch Ausländer auf die gleichen Bildungsangebote des Übergangsbereichs verteilen. Die Unterschiede in der Verteilung zwischen den Gruppen sind dabei vergleichsweise gering. Sowohl 2007 als auch 2015 gilt, dass Ausländer häufiger im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen, Deutsche dagegen eher in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) (berufsvorbereitende Maßnahme oder Einstiegsqualifizierung) zu finden sind, sie sich hinsichtlich ihres Anteils in den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, dagegen kaum unterscheiden. Weiterhin ist es seit 2007 für beide Gruppen zu einer Verschiebung der Neuzugänge von den Berufsfachschulen, die keinen Abschluss vermitteln, zum Berufsvorbereitungsjahr/ den einjährigen Berufseinstiegsklassen gekommen. 2015 sind nur noch knapp 7 % der Deutschen (gegenüber ca. 35 % im Jahr 2007) bzw. knapp 5 % der Ausländer (gegenüber ca. 33 % 2007) in diesem Maßnahmentyp anzutreffen, was sich mit dem radikalen Rückbau der Berufsfachschulen im Hamburger Übergangssektor erklären lässt. Die überwiegende Mehrheit findet sich dagegen im Berufsvorbereitungsjahr/den einjährigen Berufseinstiegsklassen – ca. 73 % der deutschen und 89 % der ausländischen Neuzugänge.

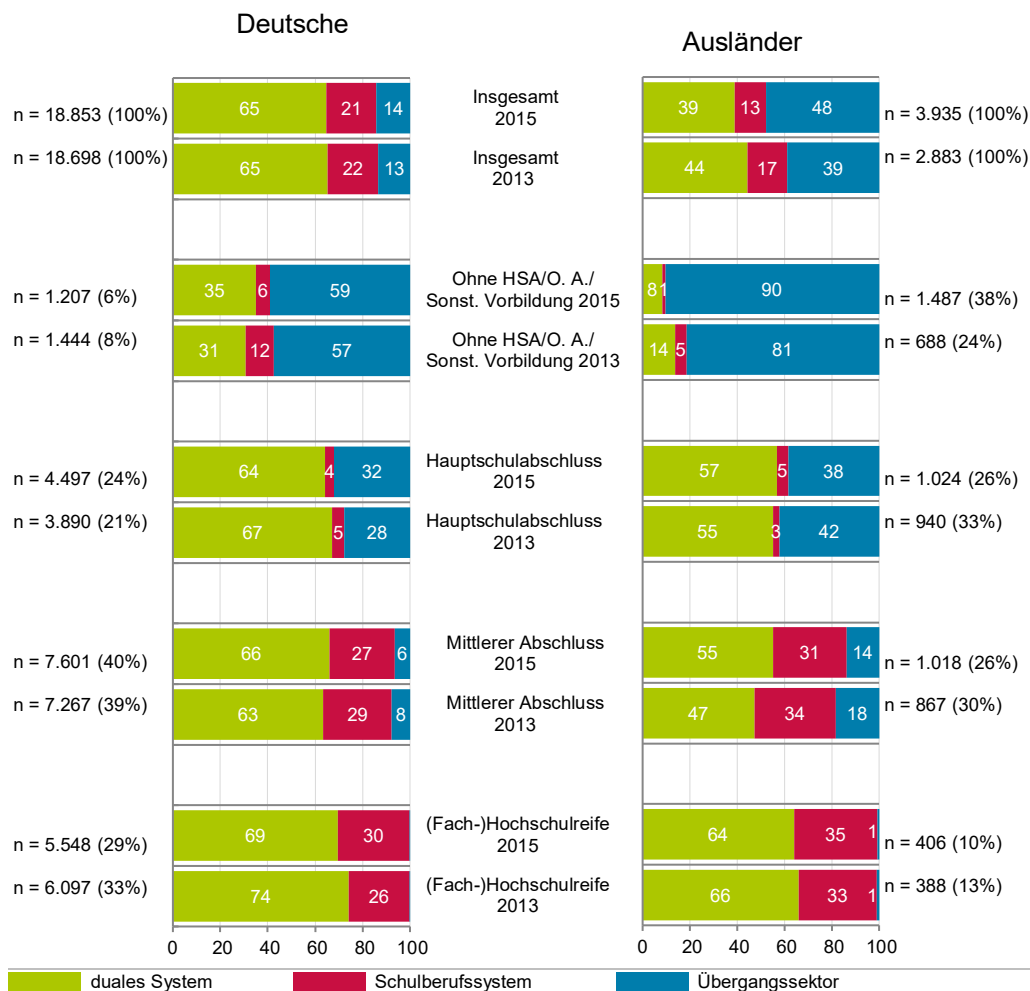
Tabelle HH-3 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	5.578	100	1.673	100	2.662	100	1.879	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	1.940	34,8	555	33,2	183	6,9	88	4,7
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.532	45,4	938	56,1	1.951	73,3	1.668	88,8
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	794	14,2	139	8,3	386	14,5	90	4,8
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	312	5,6	41	2,5	142	5,3	33	1,8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung nach schulischem Vorbildungsniveau in der Gruppe der Ausländer haben sich zwischen 2013 und 2015 im Zuge des jüngsten Flüchtlingszuwachses weniger drastisch verändert als z. B. in Schleswig-Holstein (Abb. HH-6). Die größten Veränderungen sind für die Gruppe ausländischer Neuzugänge ohne Hauptschulabschluss auszumachen: 90 % münden zunächst in den Übergangsbereich ein (2013 waren es 81 %), sodass die Unterschiede zu den deutschen Neuzugängen in dieser Gruppe deutlich zugenommen haben. Bei den anderen Qualifikationsgruppen sind die Veränderungen dagegen moderat; den ausländischen Neuzugängen gelang im Jahr 2015 sogar bei den Hochschulzugangsberechtigten häufiger der Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung als noch 2013. Im Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern wird sichtbar, dass mit (Fach-)Hochschulabschluss ausländische Neuzugänge höhere Einmündungsquoten ins Schulberufssystem aufweisen als deutsche Neuanfänger, dagegen etwas seltener im dualen System landen.

Abbildung HH-6 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Hamburgs nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Für einen Stadtstaat wie Hamburg ist eine differenzierte Betrachtung der Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote innerhalb einzelner Regionen und Bezirke der Stadt nicht möglich. Mit einer Arbeitslosenquote von 7,4 % und einer Jugendarbeitslosenquote in der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen von 7,2 % liegt Hamburg bei beiden Werten nahe am Bundesdurchschnitt (vgl. Abs. 5.4). Angesichts der im Bundeslandvergleich niedrigen ANR, also einer erheblichen Unterdeckung des dualen Ausbildungsangebots bei stark ausgebautem dualen System, ist dieser Befund erstaunlich.

5. Fazit

Die Freie und Hansestadt Hamburg, das reichste Bundesland, hat eine im Ländervergleich ungewöhnliche Qualifizierungsstruktur, wenn man das institutionalisierte Bildungs- und Ausbildungssystem insgesamt betrachtet. In keinem anderen Bundesland verbindet sich ein so hoher Anteil an Studienberechtigten an einer Alterskohorte (55 %) mit zugleich dem höchsten Anteil an Neuzugängen zum dualen System (60 %). Gerade Letzteres erscheint insofern überraschend, als sich in der Vergangenheit, von der Nachfrage her gesehen, Hochschulzugangsberechtigte deutlich seltener für eine duale oder Schulberufsausbildung als für ein Studium entschieden haben. Hier allerdings profitiert Hamburg von den Ausbildungseinpendlern vor allem aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen: Über 50 % der Ausbildungsanfänger mit (Fach-)Hochschulreife sind Einpendler (vgl. Homfeld 2015).

Was auf den ersten Blick als atypisch erscheint, könnte sich in Zukunft als typische Qualifizierungsstruktur von Regionen erweisen, bei deren Schulabsolventenstruktur die Studienberechtigung dominiert und deren Arbeitsmarkt stark von qualifizierter Dienstleistungstätigkeit geprägt ist. Solche Regionen decken sich – außerhalb der Stadtstaaten – nicht mit Bundesländergrenzen, sondern eher mit großstädtischen Ballungszentren der Metropolregionen wie das Rhein-Main-Gebiet, die Räume Stuttgart und München oder Düsseldorf-Köln.

Aber weder die Arbeitsmärkte noch die Berufsbildungssysteme solcher Regionen sind problemfrei, wie das Beispiel Hamburg zeigt: Der Stadtstaat weist sowohl überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeits- und Jugendarbeitslosigkeitsquoten als auch eine problematische, wenn nicht sogar prekäre Ausbildungsstruktur auf; diese findet ihren Ausdruck in einer der ungünstigsten Angebots-Nachfrage-Relationen von allen Bundesländern mit 89 % und einem ebenfalls am unteren Ende liegenden Angebot im Schulberufssystem mit 20 %. Trotz des hohen Anteils von 60 % Neuzugängen zum dualen System besteht die kritische ANR, weil das Ausbildungsplatzangebot im letzten Jahrzehnt leicht rückläufig war und mit der Nachfrage nicht mithalten konnte. Der niedrige Anteil im Schulberufssystem, in dem schwerpunktmäßig für personenbezogene Dienstleistungstätigkeiten ausgebildet wird, lässt sich am ehesten auf die Relation zu den kaufmännischen und anderen unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen zurückführen, die im Durchschnitt von Einkommen und Arbeitsbedingungen her attraktivere Berufsperspektiven bieten. Die Hamburger Berufsschuladministration wird sich für diese Situation Lösungen überlegen müssen.

Wie weit die bisher in Hamburg beschrittenen Wege zur besseren Erschließung zusätzlichen Ausbildungspotenzials dazu beitragen können, muss vorerst offen bleiben, erscheint aber durchaus aussichtsreich. Dafür sprechen könnte die Reorganisation des Übergangssektors in den letzten Jahren. Die Verbindung von starkem Abbau der Berufsfachschulen ohne Ausbildungsabschluss und Konzentration sowie inhaltliche Neukonstruktion der Berufsvorbereitung ist dazu angetan, in doppelter Weise Potenzial für die Fachkräfteausbildung zu erschließen: Zum einen können die ehemaligen (vor allem weiblichen) Berufsfachschüler früher in die Ausbildung eintreten, und dies auch ohne Verlust an Allgemeinbildung, da der mittlere Schulabschluss immer häufiger in den Sekundar- oder Stadtteilschulen erreicht wird. Zum anderen schafft die integrierte duale Berufsvorbereitung, die seit Jahren in Hamburg praktiziert und in den letzten beiden Jahren als zweijähriges Modell auch auf jugendliche Schutz- und Asylsuchende angewandt wird, mehr Nachfrage nach Ausbildung. Ob und wie weit mit einer solchen Berufsvorbereitungspolitik für die skizzierten Ausbildungs- und

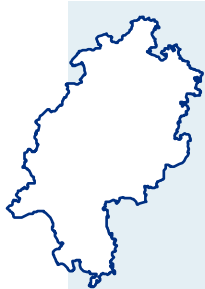
Arbeitsmärkte von hochverdichteten Räumen ein Beispiel entstanden sein könnte, ist von den politisch Verantwortlichen in den Ländern zu klären.

Hamburg steht noch vor einem weiteren Problem: Die Vertragsauflösungsquote in der dualen Ausbildung ist in den letzten Jahren gestiegen und zu einer der höchsten der Länder geworden (vgl. Abs. 5.2). Sofern dies auf die stärkere Integration von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss – gleichsam als Erfolg der verbesserten Berufsvorbereitung – zurückzuführen ist, müsste für diese Jugendlichengruppe auch nach Unterstützungsmöglichkeiten innerhalb der betrieblichen Ausbildung gesucht werden.

Hessen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	HE 2013	HE 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	40.505 €	42.732 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,0 %	11,1 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	88,2 %	86,0 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	17,2 %	16,7 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	36,5 %	38,3 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	46,3 %	45,0 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	23,4 %	21,6 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	36,6 %	34,9 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	20,7 %	21,9 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	18,3 %	20,6 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	12,4 %	13,0 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	57,9 %	57,6 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	15,9 %	17,2 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	13,9 %	12,2 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	37,0 %	37,1 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	26,9 %	27,3 %	27,8 %
In Großbetrieben	36,1 %	35,6 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	27,8 %	28,4 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	29,4 %	29,9 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	34,5 %	34,4 %	27 %
Arbeitslosenquote	5,8 %	5,5 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.600 €	4.900 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.900 €	3.100 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	8,8 %	8,2 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist Hessen mit 42.732 € das zweite der drei „reichen“ westdeutschen Flächenländer hinter Bayern und vor Baden-Württemberg, bleibt hinter beiden in der wirtschaftlichen Dynamik des letzten Jahres aber deutlich zurück: Stieg in Bayern das BIP p. c. gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 % und in Baden-Württemberg um 4 %, so stieg es in Hessen nur um 2 %. Wie bei den beiden Vergleichsländern weist auch der Arbeitsmarkt in Hessen eine unterdurchschnittliche

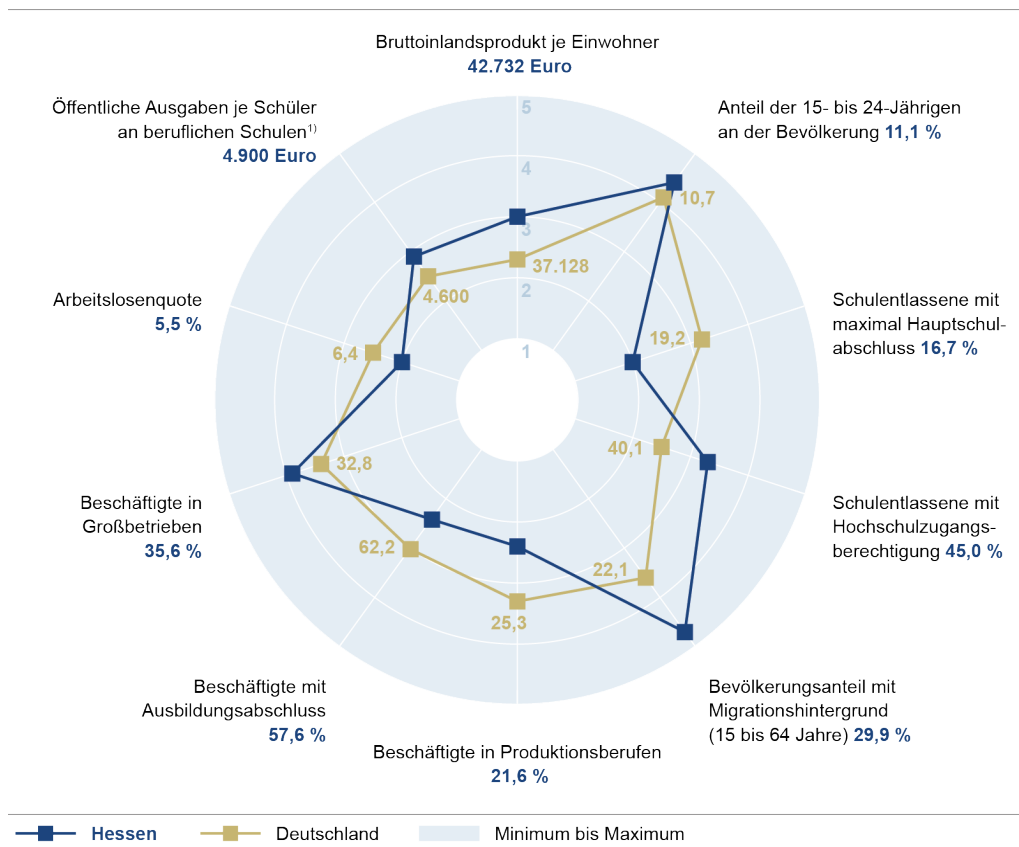
Arbeitslosenquote (ca. 5 %) auf, die jedoch merklich über der in Bayern und Baden-Württemberg liegt (vgl. Tab. 2.14A).

Hessen ist – anders als die beiden südlichen Flächenländer – weniger stark durch Industrie als vielmehr durch eine unternehmensbezogene Dienstleistungsstruktur geprägt. Es weist mit 22 % einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Produktionsberufen in der Beschäftigungsstruktur auf. Die höchsten Anteile an der Bruttowertschöpfung erzielt der Bereich der Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen mit ca. einem Drittel, gefolgt von Handel, Verkehr, Logistik und IT mit ca. 22 %; produzierendes Gewerbe sowie öffentliche Dienstleistungen bewegen sich mit je ca. 20 % gleichauf (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2017). Hessens Wirtschaft ist daher wesentlich von unterschiedlichen Arten kaufmännischer und unternehmensbezogener Beschäftigung bestimmt. Mit rund 35 % hat es den größten Anteil von Beschäftigten in kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen unter den westlichen Flächenländern. Hinter diesem hohen Anteil an allen Beschäftigten steht die überragende Bedeutung der Metropolregion Frankfurt für Hessen. Diese Verteilung der Beschäftigten auf die Berufssektoren ist am ehesten vergleichbar mit der von Hamburg (vgl. Tab. 2.6A). Der Anteil der Großbetriebe liegt in Hessen bei rund 36 % und somit ca. 3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt. Mit rund 58 % sind berufsfachliche Abschlüsse zwar in Hessen dominierend, allerdings weist es im Vergleich der westlichen Flächenländer die niedrigste Quote an Beschäftigten mit berufsfachlichen Abschlüssen und mit ca. 17 % die höchste Akademikerquote auf. Damit liegt Hessen auf Platz 3 hinter Berlin und Hamburg. Wichtiger noch erscheint, dass Akademiker die Qualifikationsgruppe abgeben, die im letzten Jahrzehnt deutlich zugelegt hat (Abb. 2.3). Der Anteil der Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss liegt in Hessen mit 13 % leicht über dem bundesweiten Anteil von ca. 12 %; hierin unterscheidet sich Hessen wiederum von den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Dies kann als Ausdruck der Polarisierung der Qualifikationsstruktur der Dienstleistungsökonomie begriffen werden, auf die oft genug von Theoretikern der Dienstleistungsgesellschaft hingewiesen worden ist.

Zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigung passt zwar, dass mit 45 % Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung Hessen nach Saarland (46 %) den höchsten Anteil aller Flächenländer an Abiturienten hat. Diese Entwicklung geht allerdings zulasten der Hauptschul- und mittleren Abschlüsse, bei denen (zusammengenommen) Hessen mit rund 52 % nach dem Saarland am unteren Ende aller Flächenländer liegt. Unter der Voraussetzung des traditionellen Zuordnungsmusters von Schulabschlüssen und Berufsausbildungsgängen scheinen Nachwuchsprobleme der beruflichen Ausbildung bei einer Fortsetzung des Trends zur Hochschulzugangsberechtigung nicht ausgeschlossen. Auch die demografische Entwicklung wird zusätzlich das Potenzial an Auszubildenden einschränken, denn beide Nachwuchsindikatoren signalisieren berufsbildungspolitischen Handlungsbedarf: Die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen liegt bei 88 %, betrachtet man die 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen, so liegt deren Anteil bei 81 %, das heißt, der demografische Abschwung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, sodass sicherlich Strategien zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs auf der mittleren Qualifikationsebene, die in Hessen immerhin deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten ausmachen, unabdingbar erscheinen. Zu dem Nachwuchspotenzial betrieblicher Ausbildung, das bislang unzureichend in Hessen wie in einer Reihe anderer Länder auch in den Blick genommen wurde, zählen neben Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss auch die Schulabgänger mit Migrationshintergrund. Sie machen in Hessen mit 34 % an den Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter (15 bis 24 Jahre) den größten Anteil aller Flächenländer aus. Um dieses Potenzial aktivieren zu können, bedarf es jedoch

besonderer berufsbildungspolitischer Anstrengungen. Gegenüber 2013 haben sich die durchschnittlichen Ausgaben für berufliche Schulen von 4.600 € auf 4.900 € erhöht. Hessen investiert damit etwas überdurchschnittlich in berufliche Ausbildung, was jedoch mit der demografischen Entwicklung und der Sicherung von Standorten und Klassen in Zusammenhang steht.

Abbildung HE-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Hessens 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

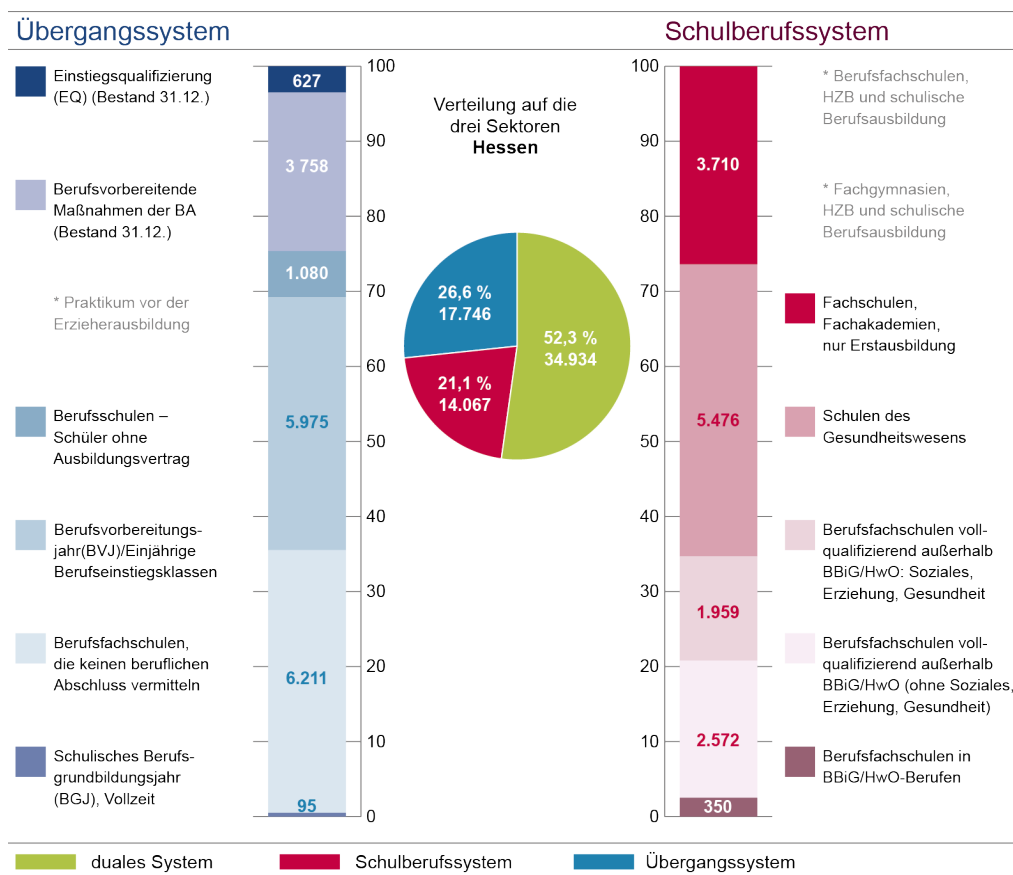
2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Hessens

In Hessen entspricht die sektorale Aufteilung der Ausbildungsanfänger weitgehend dem Bundesdurchschnitt. Gut die Hälfte aller Neuzugänge entfällt auf die duale Ausbildung (52 %), 27 % entfallen auf den Übergangssektor und 21 % auf das Schulberufssystem. Dabei hat die absolute Zahl der Neuzugänge in das duale System zwischen 2007 und 2015 um rund 9 % abgenommen, die Neuzugänge im Schulberufssystem haben im gleichen Zeitraum um rund 36 % zugenommen und die Zahl der Neuzugänge im Übergangssektor um rund 24 % abgenommen. Im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 fand entsprechend dem Bundestrend keine Zunahme des Schulberufssystems mehr statt, sondern eine Zunahme der Neuzugänge im Übergangssektor.

Die Neuzugänge im Schulberufssystem verteilen sich auf die Schulen des Gesundheitswesens (ca. 39 %), die Fachschulen und Fachakademien (ca. 26 %) und auf die vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BBiG/HwO) ohne Berufe im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesen (ca. 14 %). Das Wachstum des Schulberufssystems seit 2007 ist dabei sowohl auf den Anstieg bei den Schulen des Gesundheitswesens als auch den Fachschulen bzw. Fachakademien in Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens zurückzuführen. Nur letztere sind auch im Zeitraum zwischen 2013 und 2015 noch angewachsen.

2.1. Das Berufsbildungssystem

Abbildung HE-2 Das Berufsbildungssystem Hessens 2015



* Wird in Hessen nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die drei größten Blöcke innerhalb des Übergangssystems stellen Berufsfachschulen dar, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (35 %), das Berufsvorbereitungsjahr bzw. einjährige Berufseinstiegsklassen (in Hessen: berufsvorbereitende Bildungsgänge) (34 %) sowie die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (21 %) (Abb. HE-2, Tab. HE-1). Besonders große Verschiebungen zeichnen sich im Zeitraum zwischen 2007 und 2015 ab. Die Zahl der Neuzugänge in Berufsvorbereitungs- und Berufseinstiegsklassen ist deutlich gestiegen von 899 im Jahr 2007 auf 4.259 im

Jahr 2013 und auf 5.975 im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Neuzugänge an Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss vermitteln, sowie die Zahl der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an Berufsfachschulen. Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) ist nahezu ausgelaufen²⁹ und auch die Einmündungen in berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind deutlich gesunken. Gleichwohl spielen BA-Maßnahmen im Vergleich der westlichen Flächenländer (WFL) eine starke Rolle im hessischen Übergangssektor (HE: 21 %; WFL: 15 %; Abb. 3.11). Alle Entwicklungen zeichneten sich dabei bereits zwischen 2007 und 2013 ab und setzen sich bis 2015 fort.

In Hessen wird im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung auch der Verbleib von Abgängern des Übergangssektors ermittelt. Dies ist in Hessen durch eine Personenidentifikationsnummer möglich, die bei Abgang und Eintritt in einen Bildungsgang erfasst wird. Von 3.355 Absolventen/Abgängern eines berufsvorbereitenden Bildungsganges in Teilzeit verblieben rund 18 % in einer vollqualifizierenden beruflichen Bildung, rund 36 % mündeten erneut in den Übergangssektor ein und bei rund 46 % ist der Verbleib unbekannt (Hessisches Statistisches Landesamt 2017: 35). Nach der zweijährigen Berufsfachschule mündeten 38 % und nach der einjährigen höheren Berufsfachschule rund 56 % in Berufsausbildung ein. Da der Wechsel in BA-Maßnahmen nicht erfasst wird, kann der Eintritt in eine BA-Maßnahmen einen unbekannten Verbleib darstellen. Zugleich machen diese Daten deutlich, dass das Ziel der berufsvorbereitenden Maßnahmen, das in der Regel Anschlüsse in Ausbildung und eine Verbesserung von allgemeinen und berufsbezogenen Kompetenzen fördern soll, nur von einem Teil der Jugendlichen erreicht wird. Auch wenn zur Frage der Verbesserung von Kompetenzen keine Daten vorliegen, kann jedoch zumindest mit Blick auf die Anschlüsse ein eher ambivalentes bis kritisches Bild konstatiert werden.

In einem Schulversuch werden seit dem Schuljahr 2017/18 die Bildungsgänge zu Berufsvorbereitung, die zweijährige Berufsfachschule und die einjährige höhere Berufsfachschule in der neuen Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) zusammengefasst mit dem Ziel, Übergänge in Ausbildung stärker bereits nach einem Jahr zu ermöglichen. In einem zweiten Jahr kann weiterhin der mittlere Abschluss erworben werden. Hier wurde zumindest strukturell das Angebot im Übergangssektor konzentriert. Dabei wird nach Leistungsgruppen differenziert unterrichtet.

²⁹ Bildungsgang wurde zum Schuljahr 2010/11 geschlossen (Weishaupt u. a., 2012).

Tabelle HE-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	38.433	36.488	34.934	100,0	–9,1	–4,3
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	421	303	247	0,7	–41,3	–18,5
Schulberufssystem insgesamt	10.351	14.451	14.067	100,0	35,9	–2,7
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	206	400	350	2,5	69,9	–12,5
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	2.420	2.574	2.572	18,3	6,3	–0,1
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	7.725	11.477	11.145	79,2	44,3	–2,9
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	1.617	2.060	1.959	13,9	21,2	–4,9
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	4.517	6.142	5.476	38,9	21,2	–10,8
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.591	3.275	3.710	26,4	133,2	13,3
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	23.314	16.967	17.746	100,0	–23,9	4,6
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	2.525	109	95	0,5	–96,2	–12,8
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	8.006	6.585	6.211	35,0	–22,4	–5,7
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	899	4.259	5.975	33,7	564,6	40,3
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	4.652	1.102	1.080	6,1	–76,8	–2,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA Bestand 31.12.)	5.657	4.183	3.758	21,2	–33,6	–10,2
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.575	729	627	3,5	–60,2	–14,0
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	2.145	1.949	1.706		–20,5	–12,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Hessen

Entsprechend der stark von Dienstleistungen geprägten Beschäftigungsstruktur fiel die Ausbildungsquote mit 5,5 % bereit 2007 gering aus, liegt im Jahr 2015 bei einem im Vergleich zu westlichen Flächenländern geringen Wert von 4,6 %. In Hessen liegt mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von rund 89 % eine deutliche Angebotsunterdeckung im dualen System vor (vgl. Tab. HE-1A). Dies bedeutet, dass 100 Ausbildungsplatznachfragern ungefähr 89 Ausbildungsplätze gegenüberstehen. Insbesondere bei den gewerblich-technischen Berufen weist Hessen mit rund 87 % die niedrigste ANR im Ländervergleich auf (vgl. Abs. 4.2.2). Mit Blick auf eine ANR in Höhe von ca. 83 % im Jahr 2007 lässt sich zwar ein positiver Trend erkennen, der jedoch Resultat einer stärker sinkenden Nachfrage (ca. –19 %) im Vergleich zum Angebot (ca. –13 %) ist.

Ein demografisch bedingter Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist für Hessen zwar auch in den kommenden Jahren zu erwarten, dennoch dürften sich die Probleme am Ausbildungsmarkt vor dem Hintergrund einer sich verändernden Absolutenstruktur nicht von allein ohne politische Gegensteuerung lösen lassen.

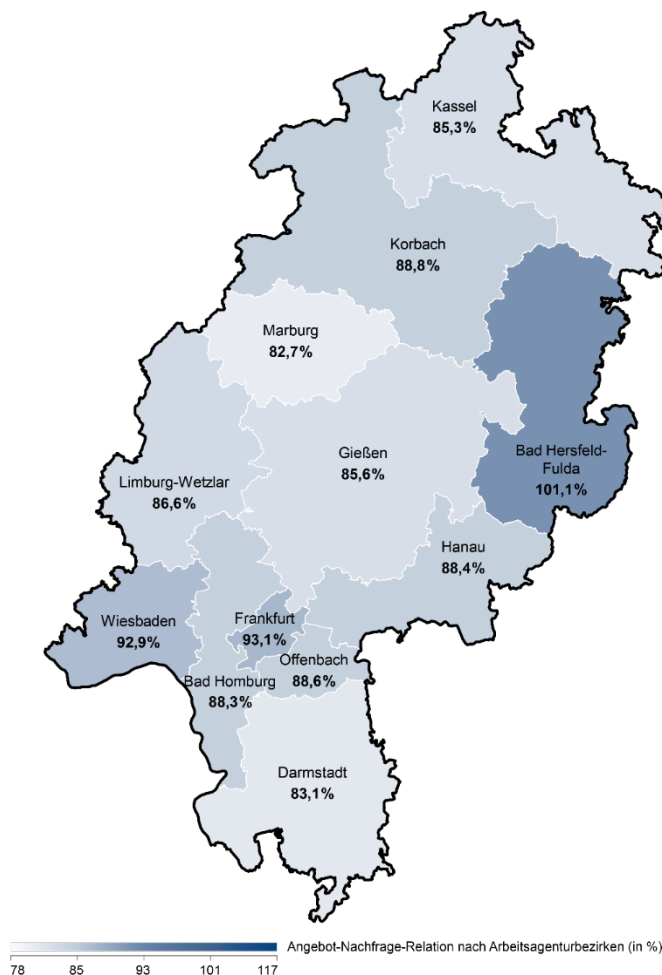
Die Arbeitsagenturbezirke zeigen deutliche Unterschiede bezüglich der ANR (Abb. HE-3.) Hervorstechend ist der im Norden liegende Arbeitsagenturbezirk Bad Hersfeld-Fulda, in dem mit 101,1 % eine deutlich günstigere Situation vorliegt als in den anderen Arbeitsagenturbezirken. Dabei ist im Kreis Fulda der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor mit ca. 31 % im Jahr 2014 im Vergleich zu Hessen überdurchschnittlich hoch³⁰. Auffallend ist außerdem das großstädtische Gebiet um Frankfurt, wobei Frankfurt selbst mit einer ANR von ca. 93 % zusammen mit Offenbach das beste Verhältnis nach Bad Hersfeld-Fulda erzielt. Auch Offenbach (ca. 89 %), das im regionalen Einzugsbereich von Frankfurt liegt, weist gemessen am Landesschnitt eine überdurchschnittliche ANR auf. Allerdings sind sowohl in Offenbach und Fulda in der Zeit zwischen 2013 und 2016 die Angebots-Nachfrage-Relationen entgegen dem Trend in Hessen insgesamt gesunken. Besonders deutliche Angebotsunterdeckungen in Berufen des dualen Systems bestehen dagegen in den Arbeitsagenturbezirken mit den Universitätsstädten Marburg und Darmstadt (ca. 83 %). Diese Unterdeckungen werden in diesen Arbeitsagenturbereichen durch Einmündungen ins Schulberufssystem kompensiert (vgl. Abb. HE-4)³¹. Dabei ist der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Gesundheitswesen in den dazugehörigen Kreisen nur in Marburg im Vergleich zu Westdeutschland überproportional, im Hochtechnologiestandort Darmstadt-Dieburg hingegen unterproportional (Schaade 2013: 15), daher bleibt genauer zu prüfen, ob die im Schulberufssystem erworbenen Qualifikationen dann auch am Arbeitsmarkt verwertet werden können.

Im Vergleich zwischen 2013 und 2016 ist die Ausbildungsmarktsituation insgesamt in Hessen stabil geblieben (vgl. Tab. HE-1A). Deutlich positive Entwicklungen aus Sicht der Bewerber zeigten sich in Bad Hersfeld-Fulda, wo das Angebot an Ausbildungsplätzen um ca. 2 % stieg und die Nachfrage um ca. 3 % zurückging, und in Limburg-Wetzlar, wo allerdings die Nachfrage mit rund 9 % stärker fiel als das Angebot, das um ca. 2 % zurückging. Eine deutliche Verringerung der ANR trat hingegen in Darmstadt und Frankfurt sowie in Offenbach auf. Bei den ersten beiden Bezirken sank das Angebot an Ausbildungsplätzen stärker als die Nachfrage. In Offenbach sank das Angebot, während sich die Nachfrage sogar erhöhte.

³⁰ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik, Regionalreport über Beschäftigte (Quartalszahlen), Fulda, Stichtag 31.12.2016.

³¹ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank.

Abbildung HE-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Hessen 2016



Quellen: siehe Tabelle im Anhang

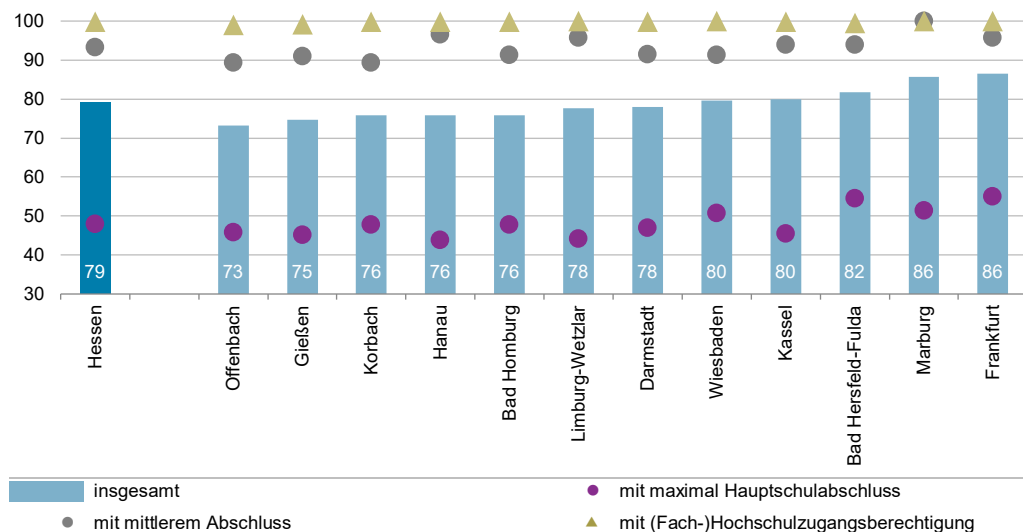
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Hessen

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Die schulische Vorbildung hat eine hohe Bedeutung für den Zugang der Jugendlichen zum Ausbildungssystem. Hinsichtlich der Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach schulischem Vorbildungsniveau unterscheidet sich Hessen gegenüber dem Bundesdurchschnitt in zweierlei Hinsicht: Zum einen gelingt Personen mit mittlerem Abschluss etwas häufiger der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung – 10 % von ihnen landeten 2015 zunächst im Übergangssektor, im Bundesdurchschnitt sind es 15 %. Zum anderen gelingt Personen mit Fach- oder Hochschulreife ebenfalls häufiger als im Bundesdurchschnitt der Übergang in das duale System – 76 % mündeten in duale

Ausbildung ein im Vergleich zu 68 % im Bundesdurchschnitt (Abb. 3.4). Die Anteile der Jugendlichen mit oder ohne Hauptschulabschluss, die zunächst in den Übergangssektor eintraten, lagen mit 53 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 51 %. Auch wenn es sich um einen im Bundesvergleich durchschnittlichen Wert handelt, stellt sich die Ausbildungsmarktlage bei den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss als problematisch dar. Dabei weist die regionale Differenzierung der Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung nach schulischem Vorbildungsniveau für das Jahr 2015 sowohl bei den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss als auch bei den Jugendlichen mit mittlerem Abschluss auf Unterschiede zwischen den Arbeitsagenturbezirken hin (Abb. HE-4). Bei Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss variieren die Quoten zwischen 44 % in Hanau und 55 % Frankfurt. Bei den Jugendlichen mit mittlerem Abschluss liegen die niedrigsten Einmündungsquoten bei 86 % in Offenbach und Korbach und die höchste findet sich in Marburg mit 100 %.

Abbildung HE-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Hessen 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen.

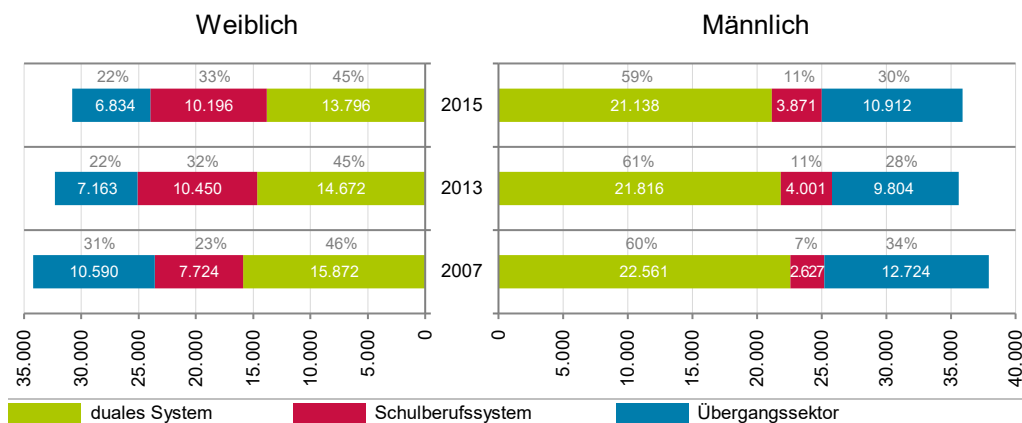
3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems bestehen nach wie vor fort und es lassen sich im betrachteten Gesamtzeitraum 2007 bis 2015 wie auch für die letzten beiden Jahre keine deutlichen Verschiebungen feststellen (Abb. HE-5): Die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Neuzugängen zum dualen System liegen bei 14 Prozentpunkten. Im Jahr 2015 mündeten 59 % der männlichen, aber nur 45 % der weiblichen Neuzugänge ins duale Ausbildungssystem ein. In das Schulberufssystem münden Frauen zu 21 Prozentpunkten häufiger ein als Männer. Der Übergangssektor wird von einem Anteil von 8 Prozentpunkten häufiger von Männern als von Frauen besucht. Hier hat sich die Entwicklung eines Nachteils der Männer, die bereits zwischen 2007 und 2013 entstand, zwischen 2013 und 2015 noch einmal verfestigt. Während die Frauen ihren Anteil im Übergangssektor von 31

auf 22 % senken konnten, was vor allem Resultat der Aufnahme von Ausbildungen im Schulberufssystem war, deren Anteil um 10 Prozentpunkte zugenommen hat, verharrte der Anteil der Männer, die in den Übergangssektor einmündeten, bei 30 %, ging also deutlicher weniger um nur ca. 4 Prozentpunkte zurück.

In der Entwicklung der absoluten Zahlen zwischen 2007 und 2013 spiegelt sich die Abnahme der Nachfragenden nach einer vollqualifizierenden beruflichen Bildung wieder wie auch der Ausbau der vollqualifizierenden Ausbildungen bei den Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen des Schulberufssystems. In diese münden zwar vor allem junge Frauen ein, allerdings ist auch die Anzahl der Männer zwischen 2007 und 2013 von 2.627 auf 4.001 deutlich gestiegen. Dies entspricht der Entwicklung der Beschäftigung im Gesundheitssektor, die in Hessen insgesamt noch unterproportional gewachsen ist, in einigen Kreisen jedoch auch ein Wachstum oberhalb des Durchschnitts der westdeutschen Länder aufweist (Schaade 2013: 15).

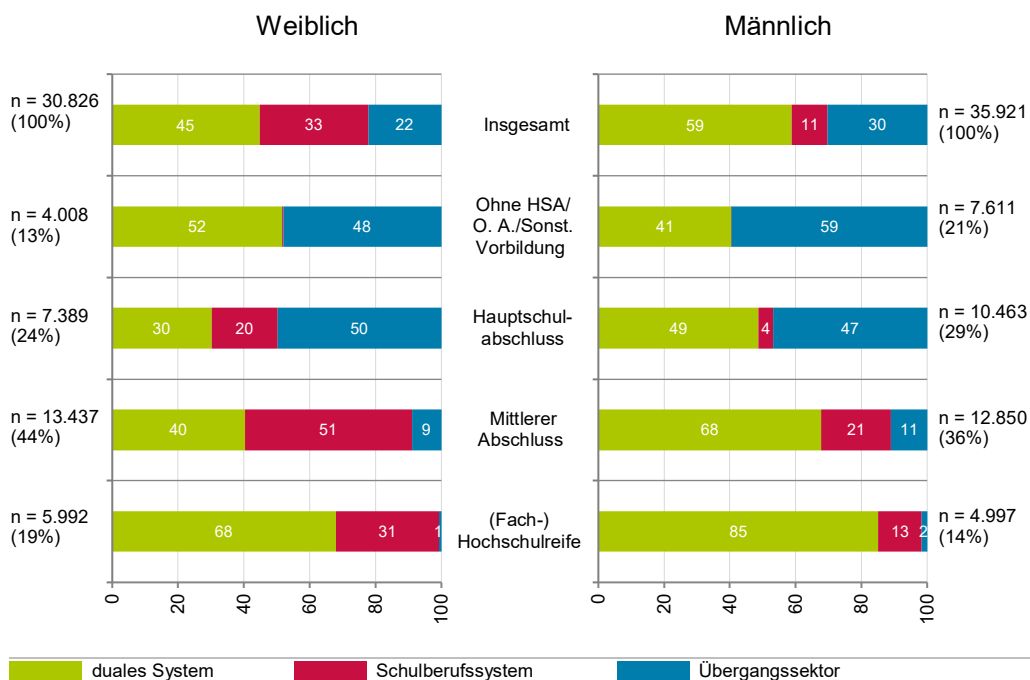
Abbildung HE-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Hessens 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bemerkenswert ist erstens, dass unter den Frauen mit mittlerem Schulabschluss das Schulberufssystem eine höhere Bedeutung hat als das duale System (Abb. HE-6). Zweitens besteht kaum ein Unterschied zwischen Frauen und Männern mit Hauptschulabschluss beim Zugang zu vollqualifizierender Ausbildung. Dabei weisen Frauen mit Hauptschulabschluss mit 20 % einen bemerkenswerten Anteil in Ausbildungen im Schulberufssystem auf, in dem für die meisten Ausbildungen der mittlere Abschluss gefordert wird, abgesehen von Helferberufen in Gesundheit und Pflege sowie einigen wenigen Ausbildungen im Kosmetik- und Wellnessbereich, für die der Hauptschulabschluss als Eingangsvoraussetzung ausreichend ist. Im Ländervergleich fällt Hessen mit dieser deutlichen Zunahme an Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss im Schulberufssystem auf (Abb. 3.6). Das Schulberufssystem ist in Hessen daher vergleichsweise offen für Jugendliche mit Hauptschulabschluss. Für beide Geschlechter zeigt sich zudem, dass Jugendliche mit (Fach-)Hochschulreife nahezu vollständig in einer vollqualifizierenden Ausbildung sind. Eine Besonderheit zeigt sich für Hessen für Personen ohne Hauptschulabschluss bzw. mit fehlender Angabe, die zu gut zwei Fünfteln bei den Männern und gut zur Hälfte bei den Frauen in das duale System einmünden; dieser Anteil liegt in den meisten Bundesländern deutlich niedriger.

Abbildung HE-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Hessens 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

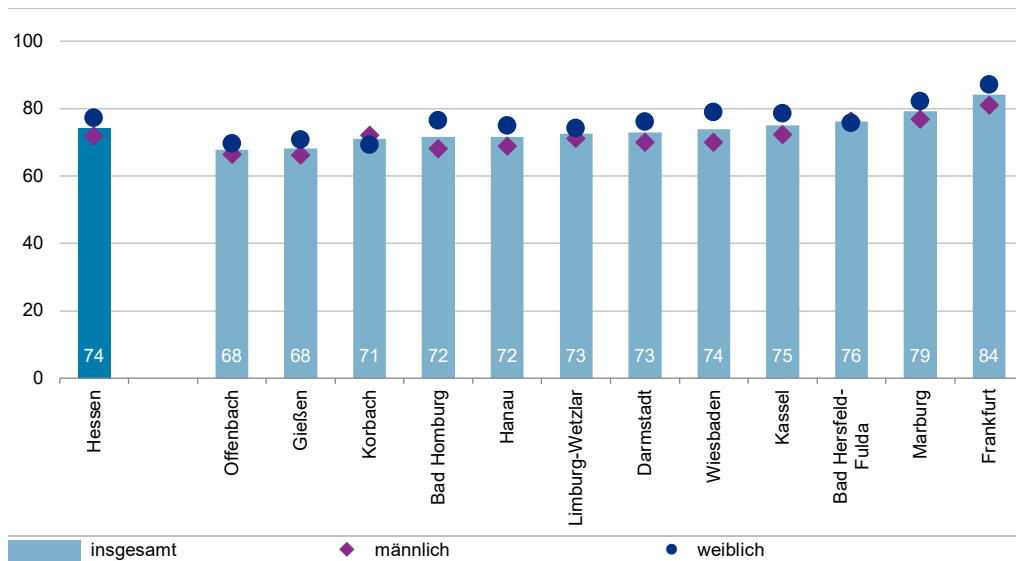


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Der Blick auf die regionalen Arbeitsagenturbezirke zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Bezirken im Vergleich der Einmündungen von Frauen und Männern in vollqualifizierende Ausbildungen (Abb. HE-7). Sie reichen von 3 Prozentpunkten zuungunsten der Frauen in Korbach bis zu 8 bzw. 9 Prozentpunkten zugunsten der Frauen in Bad Homburg und Wiesbaden.

Abbildung HE-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Hessen 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



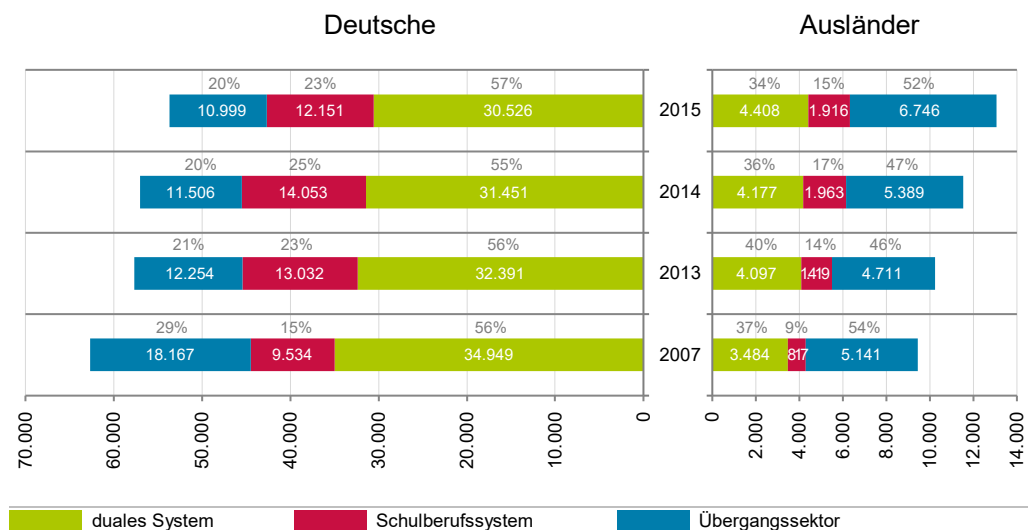
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der absoluten Zahl von Deutschen und Ausländern im Ausbildungssystem seit 2013 ist nur vor dem Hintergrund des starken Zuzugs von Asyl- und Schutzsuchenden zu verstehen. Der starke Anstieg der ausländischen Neuzugänge zum Übergangssektor – von 1.055 auf 2.936 Jugendliche – ist darauf zurückzuführen, dass jugendlichen Flüchtlinge aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse zunächst in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung eintreten, die damit eine wichtige Rolle bei der Integration jugendlicher schutz- und asylsuchender Flüchtlinge spielen (Abb. HE-8).

Dies beeinflusst auch die Anteile von Deutschen und Ausländern nach Sektoren. Zwar verringern sich zunächst für beide Gruppen die Anteile der Neuzugänge in den Übergangssektor zwischen 2007 und 2014, also bis zum Beginn des großen Zuwanderungszuwachses, jedoch zeichnet sich in der zeitlichen Perspektive ein Auseinanderdriften der Einmündungen von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildungen ab. Diese Entwicklung hängt vor allem damit zusammen, dass sich der Anteil deutscher Neuzugänge ins Schulberufssystem erkennbar erhöht, während dieser Anteil bei den ausländischen Jugendlichen nur langsam steigt. Im Vergleich der Bundesländer ist der Anteil der Ausländer an allen Einmündungen in das Schulberufssystem besonders bei den schulischen Berufsausbildungen an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO und bei den schulischen Berufsausbildungen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO nach Landesrecht mit fast 20 % hoch, deutlich niedriger aber bei den schulischen Berufsausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen nach Bundes- oder Landesrecht (Abb. 4.21). Die Prozentsatzdifferenzen der Einmündungen in den Übergangssektor zwischen Deutschen und Ausländern steigen zwischen 2007 und 2015 von 25 auf 32 Prozentpunkte, wobei die Steigerung vor allem zwischen 2014, als die Prozentsatzdifferenz 27 Prozentpunkte betrug, und 2015 auftritt.

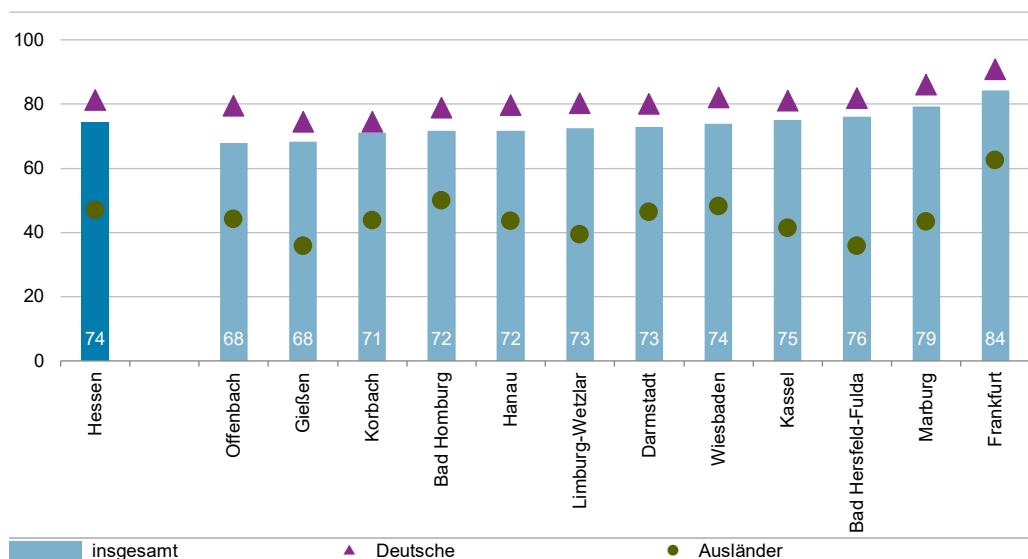
Abbildung HE-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Hessens 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Einmündungschancen von Ausländern im Vergleich zu deutschen unterscheiden sich stark zwischen den Arbeitsagenturbezirken (Abb. HE-9). Sie reichen von Prozentsatzdifferenzen von 28 Prozentpunkten in Frankfurt bis 46 Prozentpunkte in Bad Hersfeld-Fulda. Dabei liegen in Bad Hersfeld-Fulda sowie Gießen mit 36 Prozentpunkten auch die geringsten Ausbildungschancen von ausländischen Jugendlichen vor und in Frankfurt mit Abstand die höchsten bei einem Anteil von 62 %.

Abbildung HE-9 Einmündung von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales oder Schulberufssystem) in Hessen 2015 nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Innerhalb des Übergangssektors sind deutliche Verschiebungen bei der Verteilung von Deutschen und Ausländern auf die verschiedenen Bildungsgänge zu beobachten (Tab. HE-2). 2007 verteilten sich Deutsche und Ausländer zu annähernd gleichen Anteilen auf die verschiedenen Maßnahmentypen mit leicht höheren Anteilen der Ausländer bei den Schülern und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag und bei den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Im Jahr 2015 zeigt sich ein gänzlich anderes Bild. Ausländische Jugendliche sind in Hessen mehrheitlich entweder im Berufsvorbereitungsjahr bzw. in Berufseinstiegsklassen (ca. 58 %), die in Hessen als berufsvorbereitende Bildungsgänge bezeichnet werden, und nur noch zu ca. 25 % in Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln. Deutsche Jugendliche hingegen besuchen am häufigsten Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (ca. 41 %), aber im Falle des Besuchs der zweijährigen Berufsfachschule die Möglichkeit des Erwerbs des mittleren Schulabschlusses bereithalten. Zweitwichtigster Bildungsgang sind hier für deutsche Jugendliche die berufsvorbereitenden Bildungsgänge (BvB) der BA (ca. 28 %). Damit spielt die BA in Hessen für die Integration von deutschen Jugendlichen durchaus eine wichtige Rolle, für die Integration von ausländischen Jugendlichen ins Berufsbildungssystem jedoch nur eine kleine. Die Hauptaufgabe der beruflichen Integration asyl- und schutzsuchender Flüchtlinge liegt in Verantwortung des Landes.

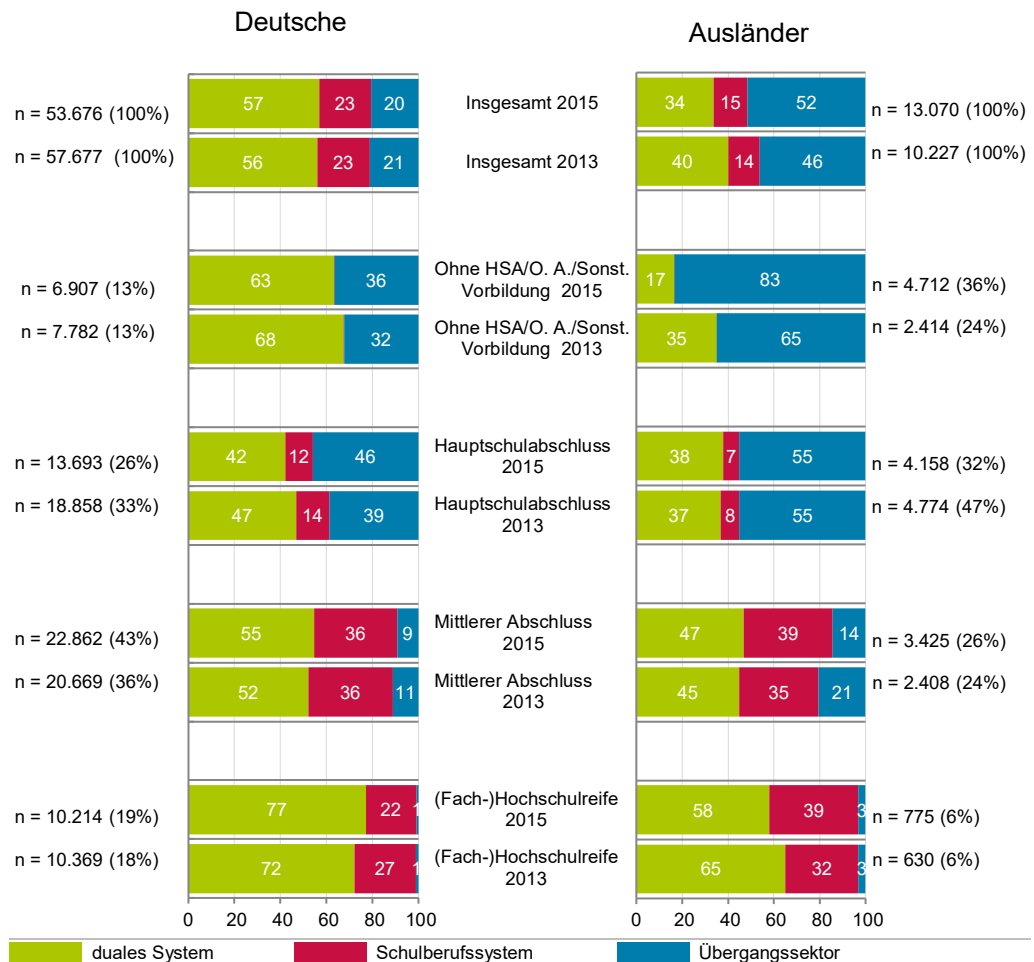
Tabelle HE-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	18.167	100	5.141	100	10.999	100	6.746	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	1.930	10,6	595	11,6	71	0,6	24	0,4
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	6.311	34,7	1.695	33,0	4.559	41,4	1.652	24,5
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/ einjährige Berufseinstiegsklassen	605	3,3	294	5,7	2.037	18,5	3.938	58,4
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbil- dungsvertrag	3.448	19,0	1.204	23,4	852	7,7	228	3,4
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.577	25,2	1.078	21,0	3.035	27,6	722	10,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.296	7,1	275	5,3	445	4,0	182	2,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Ausländische Jugendliche münden zwar mit geringeren Schulabschlüssen in das System der beruflichen Bildung ein, jedoch zeigen sich auch bei allen Schulabschlussgruppen Nachteile für ausländische Jugendliche beim Zugang zu vollqualifizierender Ausbildung bzw. beim Zugang zu dualer Ausbildung (Abb. HE-10). Beim Hauptschulabschluss liegt die Prozentsatzdifferenz bei der Einmündung in den Übergangssektor bei 9 Prozentpunkten, beim mittleren Abschluss liegen die Prozentsatzdifferenzen beim Zugang zu dualen Ausbildungen bei 8 Prozentpunkten und bei der (Fach-)Hochschulreife bei 19 Prozentpunkten.

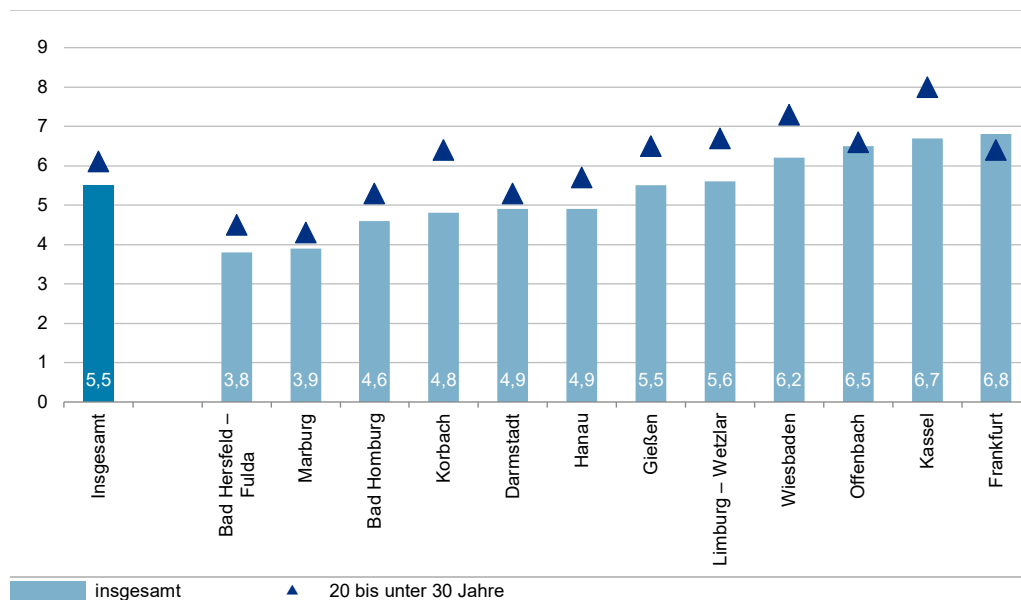
Abbildung HE-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Hessens nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



4. Arbeitsmarktintegration

Hessen weist mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 % ein im Bundesvergleich niedriges Beschäftigungsrisiko auf, das niedrigste nach Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Dieses ist für die jüngeren Alterskohorten – die 20- bis unter 30-Jährigen – zwar höher (ca. 6 %), liegt aber immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von ca. 7 %. Differenziert nach Arbeitsagenturbezirken zeigen sich zum Teil jedoch beträchtliche Unterschiede in den Erwerbschancen (Abb. HE-11). Die niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten liegen in Bad Hersfeld-Fulda und Marburg bei rund 4 % vor. Die stärksten Probleme treten in Kassel mit 8 % und Wiesbaden mit ca. 7 % auf.

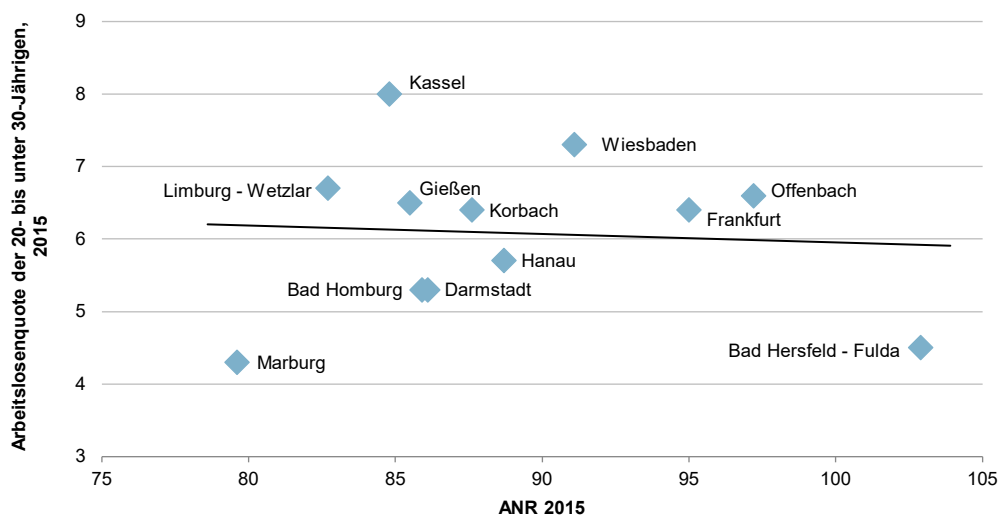
Abbildung HE-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Hessen 2015 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Dabei besteht kein signifikanter Zusammenhang ($r = -0,07$; $p = 0,829$) zwischen der ANR und Jugendarbeitslosigkeit der 20- bis unter 30-Jährigen in Hessen (Abb. HE-12). Obwohl Marburg und Bad Hersfeld-Fulda sich deutlich in Bezug auf die ANR unterscheiden – die ANR fällt in Bad Hersfeld günstiger aus als in Marburg aus –, liegen die Jugendarbeitslosenquoten nah beieinander. Die leichte Entkopplung des Zusammenhangs für den Arbeitsagenturbereich Marburg kann mit den höheren Anteilen im Schulberufssystem zusammenhängen, wodurch Personen in der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen noch in Ausbildung sind.

Abbildung HE-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Hessen 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Auf dem Weg zu einem Dienstleistungsflächenland mit einer vergleichbaren dienstleistungsaffinen Beschäftigtenstruktur wie in Hamburg zeigen sich für die berufliche Ausbildung mehrere Herausforderungen ab. Zunächst bleibt erst einmal festzustellen, dass es einem ökonomisch starken Land wie Hessen mit einer modernen Wirtschaftsstruktur seit Jahren nicht gelingt, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Probleme äußern sich dabei nicht nur mit Blick auf die Quantität der Plätze, die unter der Nachfrage, in einigen Regionen sogar stark unter der Nachfrage bleibt. Sie äußern sich auch in berufsstrukturellen Mismatches zwischen Angebot und Nachfrage. In den meisten Berufsbereichen liegt ein Unterangebot vor, auch in Berufen, in denen bundesweit ein deutlich höheres Angebot als Nachfrage vorliegt, wird in Hessen allenfalls ein rechnerisches Gleichgewicht erlangt.

Wenig nachvollziehbar erscheint angesichts der unternehmensorientierten Dienstleistungsstruktur die ungünstige ANR in den kaufmännischen und IT-Berufen, die, sieht man von Schleswig-Holstein einmal ab, mit Nordrhein-Westfalen den vorletzten Platz einnimmt. Hier scheint zwar das Schulberufssystem eine leicht kompensatorische Funktion zu übernehmen, da dort in Hessen die kaufmännischen und informationstechnischen Assistenzberufe tendenziell zu höheren Anteilen als im Bundesdurchschnitt belegt sind, jedoch bleibt offen, ob damit der künftige Fachkräftebedarf hinreichend gedeckt werden kann. Da in diese Berufe zu einem großen Teil Jugendliche mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung einmünden, deren Anteil in Hessen im Flächenländervergleich vorne liegt, könnte ein fehlendes Angebot an Jugendliche mit Hochschulzugangsberechtigung eine Umorientierung auf ein Studium befördern und langfristig den Arbeitsmarkt in Hessen auf der mittleren Qualifikationsebene vor Nachwuchsproblemen stellen.

Zusätzlich erschweren regionale Ungleichgewichte im Ausbildungsangebot eine adäquate Bereitstellung von Ausbildungsgelegenheiten, die die Berufsbildungspolitik im Rahmen einer aktiven Steuerung bislang offenbar unzureichend berücksichtigt hat. Regionale Ungleichgewichte zeigen sich dabei nicht nur in der Streuung der ANR, sondern auch im Verhältnis von unbesetzten Stellen und unvermittelten Bewerbern insbesondere auf Kreisebene. Auf Passungs- und Vermittlungsprobleme verweisen dabei die unbesetzten Stellen und unvermittelten Bewerber in derselben Region innerhalb von Berufsgruppen, u. a. in Berufen von Verkehr und Logistik in Frankfurt (vgl. Kuse 2016). Die Berufsbildungspolitik in Hessen kommt unter der Perspektive einer künftigen Fachkräftesicherung ähnlich wie die von einer Dienstleistungswirtschaft geprägten Stadtstaaten nicht umhin, Lösungen für das Problem eines historisch auf Produktionsberufe ausgerichteten Berufsbildungssystems einerseits und dienstleistungsgeprägter Beschäftigungszuwächse andererseits, in denen die Ausbildungsaktivitäten nicht mit der Beschäftigungsentwicklung Schritt halten, zu finden. Zusätzlich kann die internationale Zuwanderung von Arbeitskräften in das Bau- und produzierende Gewerbe diese Diskrepanz noch verschärfen.

Auf die anhaltenden Schwierigkeiten der Ausbildungsvermittlung von sogenannten Altbewerbern hat das Land Hessen mit strukturellen Maßnahmen reagiert, die die Effektivität ausgewählter Übergangsangebote verbessern sollen. Sie sind im Rahmen eines Schulversuchs der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung implementiert, die die zweijährige und die einjährige höhere Berufsfachschule ablöst mit dem Ziel, Übergänge in Ausbildung stärker als bislang nach einem Jahr zu ermöglichen. Vorerst muss offenbleiben, ob sich mit einer vereinfachten Struktur und einer Individualisierung des Lernens die Ziele der Berufsvorbereitung erreichen lassen, Anschlüsse in Ausbildung zu schaffen und eine bessere individuelle Kompetenzentwicklung zu ermöglichen.

Eine vordringliche Aufgabe der hessischen Berufsbildungspolitik dürfte die Verbesserung der Chancengerechtigkeit für verschiedene Gruppen sein. Eine besonders schwierige Situation zeigt sich für behinderte junge Menschen, wenn sie einen der sogenannten Behinderten-Berufe nach BBiG§ 66 anstreben. Behinderte Jugendliche treffen in dem Bundesland auf eine der schlechtesten Angebots-Nachfrage-Relationen (66 %) im Vergleich der Flächenländer.

Angesichts der Tatsache, dass die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter in Hessen unter den Flächenländern am größten ausfällt, gibt die für deutsche Jugendliche auffällig höhere Einmündungsquote in vollqualifizierende Ausbildung Anlass zur Sorge. Unabhängig von ihrer regionalen Verortung haben Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit flächendeckend große Übergangsschwierigkeiten. Diese Unterschiede im Ausbildungszugang gehen zwar auch auf die geringere schulische Vorbildung zurück, das heißt, auf den geringen Schulerfolg von ausländischen Jugendlichen, allerdings bestehen auch unterschiedliche Ausbildungschancen bei gleichem Schulabschluss. Will Hessen diese Lücken ausgleichen, muss sich die Landespolitik dem Potenzial an Schulabgängern mit ausländischer Staatsangehörigkeit stärker zuwenden und zeitgleich in das Nachwuchspotenzial investieren.

Mecklenburg-Vorpommern

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	MV 2013	MV 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	23.736 €	25.025 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	8,1 %	7,5 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	64,6 %	59,0 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	24,2 %	21,2 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	41,4 %	39,3 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	34,4 %	39,5 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	25,2 %	24,3 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	29,3 %	28,4 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	29,0 %	28,9 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	14,5 %	16,9 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	5,8 %	7,0 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	69,1 %	70,2 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	12,3 %	12,5 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	12,7 %	10,3 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	50,3 %	50,0 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	29,1 %	29,3 %	27,8 %
In Großbetrieben	20,6 %	20,7 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	4,4 %	4,9 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	4,4 %	5,1 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	5,6 %	9,9 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	11,7 %	10,4 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	3.600 €	3.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.700 €	2.700 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	5,3 %	5,6 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Mit der geografischen Anbindung an die Ostsee wie auch den dünn oder unbesiedelten Erholungsgebieten im Landesinneren zählen der Tourismus sowie die maritime Industrie zu den wirtschaftlichen Kernsektoren Mecklenburg-Vorpommerns. Großstädte mit industriellen und touristischen Schwerpunkten befinden sich mehrheitlich im Norden des Landes (Rostock, Greifswald, Stralsund und Wismar). Im Süden bilden Neubrandenburg mit gut ausgebauten Verbindungen zur Bundeshauptstadt Berlin sowie

im Osten des Landes Schwerin, das an die Metropolregion Hamburg angebunden ist, weitere wirtschaftlich relevante Kerngebiete.

Eine wesentliche Herausforderung stellt für Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor die demografische Entwicklung dar. Lediglich 7,5 % der Gesamtbevölkerung befinden sich 2015 im typischen Ausbildungszugangsalter, also zwischen 15 und 24 Jahren. 2013 lag dieser Wert noch bei 8 %. Mit 59 % bleibt die Nachwuchsquote (Verhältnis der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen) prekär. Allerdings deutet sich an, dass man von einer Verschiebung der Wanderungssaldos ausgehen kann. Lag dieser zwischen 2002 und 2012 für Mecklenburg-Vorpommern im negativen Bereich, so erreichte er 2013 erstmal einen Positivwert von knapp 3.000 Personen. 2015 entstand ein Wanderungsüberschuss von knapp 20.000 Personen, von denen 90 % nicht deutscher Herkunft waren (Statistisches Bundesamt 2017). Regional verteilt sich der positive Wanderungssaldo fast vollständig auf Westmecklenburg, was als Zeichen dafür gewertet werden kann, dass das Auspendeln von Arbeitskräften nach Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein gestoppt werden konnte.

Die Relation von Personen im besonders ausbildungsrelevanten Alter zur Kohorte der 25- bis 34-Jährigen, die weitgehend ihre berufliche Erstqualifikationsphase abgeschlossen haben, zeigt jedoch für die nächsten Jahre eine ernste Situation für den Ausbildungsmarkt. Die bereits in den letzten Jahren und aktuell erkennbaren Probleme der Ausbildungsplatzbesetzung können sich erneut massiv verstärken. Beispielsweise ist diese Problematik bei den Ernährungshandwerksberufen besonders brisant (vgl. Abs. 4.2.2), einem Wirtschaftsbereich, der im Bundesland zu den wichtigsten Industriezweigen gehört. Diese Nachwuchs-Relation ist eine der ungünstigsten im Bundesländervergleich, nur Sachsen und Berlin liegen in einer ähnlichen Größenordnung.

Trotz der starken Zuwanderung nicht deutscher Personen ist Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland mit dem geringsten Bevölkerungsanteil an Personen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter (5,1 %, vgl. auch Abb. MV-1). Betrachtet man nur den Anteil an Schutz- und Asylsuchenden im Alter von 16 bis 30 Jahren 2016, so weist Mecklenburg-Vorpommern mit 3,7 % nach dem Saarland den höchsten Anteil auf (vgl. Abs. 3.4).

Bei den Kontextbedingungen weist Mecklenburg-Vorpommern unter allen Bundesländern mit die ungünstigsten Werte auf (Abb. MV-1), obwohl das Land seit 2007 mit 24 % ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aufweist. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus konnte damit aber nicht verhindert werden, dass in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin ein hohes Beschäftigungsrisiko besteht: Die Arbeitslosenquote stellt mit 10,4 % den dritthöchsten Wert unter allen Bundesländern dar.

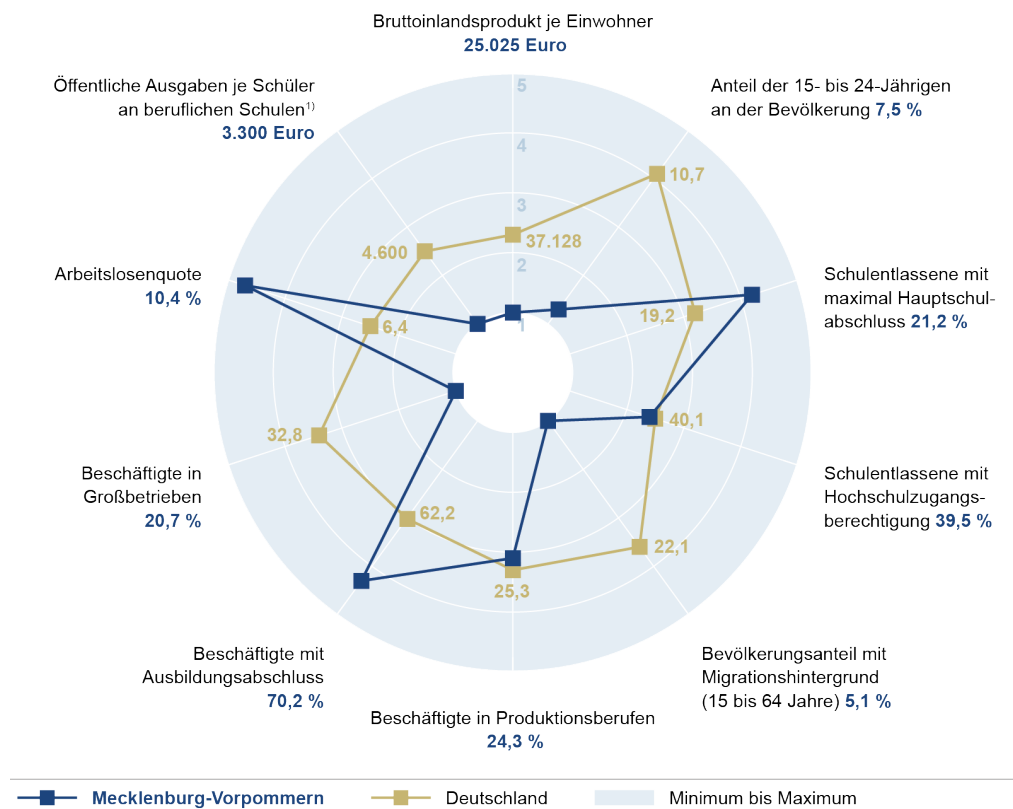
Hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur bestehen mehrere Auffälligkeiten: Während die Hälfte der Beschäftigten in Kleinunternehmen angestellt ist, fällt der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben entsprechend gering aus (21 %). Dies steht in einem engen Verhältnis zu der Wirtschaftsstruktur von Mecklenburg-Vorpommern, die weniger durch industrielle Großbetriebe geprägt ist. Darüber hinaus ist der Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen im Ländervergleich überdurchschnittlich hoch. Der Dienstleistungssektor trägt mit fast 75 % am stärksten zur Bruttowertschöpfung Landes bei (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2013: 29). Der Anteil der Personen in IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen stellt mit 1,6 % an den Gesamtbeschäftigten zudem den geringsten Wert im Ländervergleich dar. Dies ist insbesondere vor der zunehmenden Digitalisierung als Herausforderung für das Bundesland zu bewerten.

Wird das Qualifikationsniveau der Beschäftigten im Ländervergleich betrachtet, fällt auf, dass in Mecklenburg-Vorpommern der viertniedrigste Anteil von Beschäftigten ohne Berufsabschluss sowie der drittgrößte Anteil von Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung besteht. Folglich muss dem Berufsbildungssystem für das Qualifikationsniveau der Beschäftigten ein hoher Stellenwert zugesprochen werden.

Die Statistik der Schulentlassenen in Mecklenburg-Vorpommern entspricht mehrheitlich dem Bundesdurchschnitt. Lediglich der Anteil an Schulentlassenen mit maximal Hauptschulabschluss ist leicht über dem Durchschnitt.

Abschließend ist kritisch auf die öffentlichen Ausgaben an beruflichen Schulen einzugehen. Mecklenburg-Vorpommern weist den geringsten Betrag je Schüler (3.300 €) im Ländervergleich auf. In Prozentanteilen am BIP bewegen sich die Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern für den Primär-, Sekundär- und postsekundären, nicht tertiären Bereich allerdings mit 3,5 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 2,9 %. Diese Befunde sind vor allem auf unterschiedliche Verteilungen finanzieller Ressourcen auf die verschiedenen Bereiche des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens zurückzuführen, denn bei den Ausgaben pro Schüler für allgemeinbildende Schulen liegt das Bundesland – wie die meisten ostdeutschen Flächenländer – über dem Bundeswert. Diese Daten deuten jedoch schon darauf hin, dass sich die beruflichen Angebote stark auf eine begrenzte Zahl von schulischen Standorten konzentrieren und für eine Ausbildung von den Jugendlichen lange Wege zwischen Wohnort und Berufsschulstandort in Kauf zu nehmen sind. Auf einer Fläche von ca. 23.000 Quadratkilometern sind etwa 21 Regionen mit mindestens einem oder mehreren Berufsschulstandorten zu finden (vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2017). In einzelnen Regionen sind lediglich auf einen Berufsbereich begrenzte Ausbildungsschwerpunkte vorhanden, z. B. Kosmetik in Ribnitz-Damgarten und Gesundheit in Pasewalk. Dies bedeutet, dass hohe Anforderungen an die Mobilität der Jugendlichen in solchen Regionen gestellt werden, wenn andere Ausbildungsschwerpunkte als die in der Region angebotenen präferiert bzw. gewählt werden. Die Mehrheit der Berufsschulen konzentriert sich vor allem auf die größeren Städte wie Rostock (9), Schwerin (8), Greifswald (5) etc. Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die regionalen Rahmenbedingungen festhalten, dass unter der Zielperspektive, den Fachkräftebedarf zukünftig decken zu können, in mehrerlei Hinsicht ungünstige Vorbedingungen für das Berufsbildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern vorliegen. Aber auch unter der Zielperspektive von Chancengerechtigkeit sind regionale Disparitäten nicht auszuschließen.

Abbildung MV-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Mecklenburg-Vorpommerns 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt

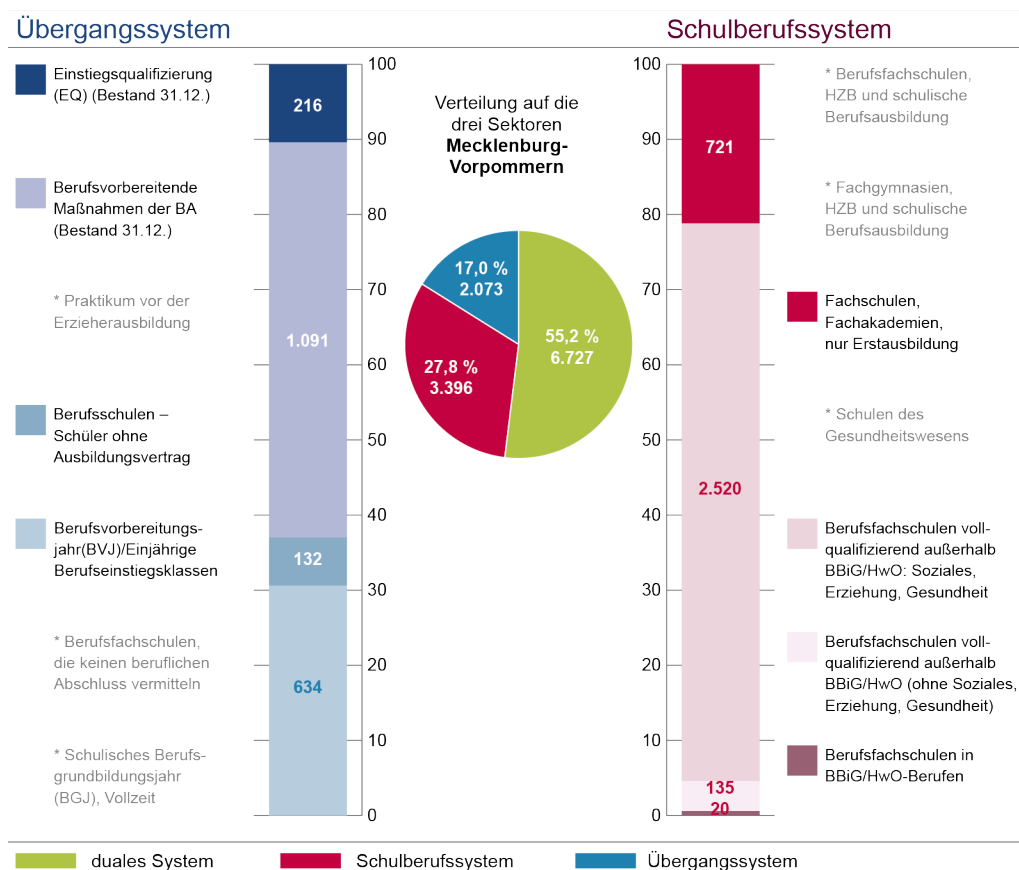


¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Mecklenburg-Vorpommerns

2.1. Das Berufsbildungssystem

Werden die relativen Anteile der Einmündungen in die Sektoren der beruflichen Bildung im Ländervergleich betrachtet, zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern eine überdurchschnittlich hohe Quote an Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung. Mit einem Anteil von etwa 55 % liegt für die duale Ausbildung der dritthöchste Wert unter allen Bundesländern vor. Entsprechend gering ist der Anteil des Übergangssektors mit 17 % ausgeprägt. Lediglich Brandenburg weist einen noch geringeren Wert für diesen Sektor auf. Diese auf den ersten Blick günstige Situation in Mecklenburg-Vorpommern stellt jedoch in erster Linie ein Ergebnis der demografischen Entwicklung sowie der Ausbildungsmarktsituation der vergangenen zehn Jahre dar. Es wird sich an den nachfolgenden Zahlen noch konkretisieren, aber insgesamt ist an dieser Stelle bereits ein übergreifender Aspekt als Erklärungshintergrund vorwegzunehmen: Der Rückgang der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter ist proportional stärker ausgeprägt als der Abbau an Ausbildungsplätzen im dualen System. Folglich verringert sich die potenzielle Nachfrage nach Ausbildung, die trotz der Angebotsentwicklung eine höhere Chance der Einmündung in das duale System erhält. Als Folge münden weniger Jugendliche in den Übergangssektor ein.

Abbildung MV-2 Das Berufsbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns 2015

* Wird in Mecklenburg-Vorpommern nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Sektorenübergreifend liegen deutliche Abnahmen realisierter Ausbildungsangebote vor (vgl. Tab. MV-1), wobei diese im dualen System und Übergangssektor mit einer annähernden Halbierung am stärksten ausgeprägt sind. Die Entwicklung im Übergangssektor ist maßgeblich auf den Abbau der berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zurückzuführen (seit 2007: –61,4 %). Rückläufig sind für den Zeitraum 2007 bis 2015 aber auch die Einmündungen in das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufseinstiegsklasse (–10,5 %). Durch den Zeitpunktvorgleich zwischen 2013 und 2015 scheint auf den ersten Blick eine Trendwende vorzuliegen, die aber vornehmlich durch die Programme für Asyl- und Schutzsuchende zu erklären ist: Das realisierte Angebot in dem Berufsvorbereitungsjahr bzw. der Berufseinstiegsklasse hat sich seit 2013 insgesamt um 58,5 % vergrößert.

Der Rückgang an realisierten Ausbildungsplätzen im Schulberufssystem ist weniger stark ausgeprägt. Unter den ostdeutschen Flächenländern liegt zudem der geringste relative Abbau an schulischen Ausbildungsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern vor. Dieser Trend ist jedoch nicht unabhängig von einem hohen Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungsberufen zu sehen, von denen die Bereiche Erziehung, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie therapeutische Berufe über den Schulberufssektor ausgebildet werden. Dafür spricht auch der hohe Anstieg der Ausbildungsplätze in Fachschulen sowie Fachakademien. Die differenzierte Betrachtung des Schulberufssystems zeigt zudem auf, dass Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz

(BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) in Mecklenburg-Vorpommern keine Relevanz mehr haben. Hier wurden lediglich 20 Ausbildungsplätze im Jahr 2015 realisiert. Diese Ausbildungsmöglichkeit bestand lange, um dem angespannten Ausbildungsmarkt mit seiner Angebotsunterdeckung entgegenwirken zu können, wie es 2007 noch der Fall war. Auch die Berufe außerhalb BBiG/HwO, die ebenfalls als engpass- und passungsproblembehaftete Kompensation des Ausbildungsmarktes gelten können, sind kaum noch von Bedeutung.

Tabelle MV-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	14.674	6.908	6.727	100,0	-54,2	-2,6
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungsjahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	4.374	3.410	3.396	100,0	-22,4	-0,4
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	433	43	20	0,6	-95,4	-53,5
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	652	209	135	4,0	-79,3	-35,4
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	3.146	3.136	3.241	95,4	3,0	3,3
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	2.636	2.511	2.520	74,2	-4,4	0,4
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	510	625	721	21,2	41,4	15,4
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	143	22	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	143	22	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	4.045	1.998	2.073	100,0	-48,8	3,8
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einstufige Berufseinstiegsklassen	708	400	634	121,6	-10,5	58,5
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	232	98	132	-	-43,1	34,7
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	34,8	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.828	1.281	1.091	-	-61,4	-14,8
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	277	219	216	-	-22,0	-1,4
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	3.222	1.580	1.377		-57,3	-12,8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Mecklenburg-Vorpommern

Im Durchschnitt kamen in Mecklenburg-Vorpommern auf 100 Bewerber beinahe 102 Ausbildungsplätze im Jahr 2016. Die zugehörige Angebots-Nachfrage-Relation

(ANR) stellt zudem die dritthöchste im Ländervergleich dar. Nur in Bayern und Thüringen liegen für Ausbildungsnachfrager noch günstigere Bedingungen vor. Insbesondere unter Berücksichtigung der ANR von 2007 (90,5 %) zeigt sich eine deutliche Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Verbesserung der ANR seit 2007 ist nicht unabhängig von der zuvor mehrfach ausgeführten Entwicklung der Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter (16- bis 21-Jährige), die mit –45,7 % etwas über dem Rückgang an Ausbildungsplätzen (–44 %) lag.³² Trotz dieser auf den ersten Blick günstigen Ausgangslage ist nicht zu übersehen, dass die Situation sich innerhalb der vergangenen drei Jahre leicht verschlechtert hat. Die ANR ist um 3 Prozentpunkte seit 2013 gesunken. Die Entwicklung von 2013 zu 2015 darf hierbei aber nicht als Trend interpretiert werden, da die Quote zwischen den beiden Zeitpunkten deutlich variiert (2014: 101,8, 2015: 104,2). Werden aber nur 2013 und 2015 verglichen, resultiert die Entwicklung rechnerisch aus einem geringfügigen Anstieg der Nachfrage (+3,4 %) bei konstantem Ausbildungsplatzangebot (+0,4 %). Asyl- und Schutzsuchende, auf die an späterer Stelle noch eingegangen wird, können diesen Nachfragezuwachs nach Ausbildung verursachen.

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Variablen der ANR verdeutlicht für Mecklenburg-Vorpommern zudem einen Ausbildungsmarkt, in dem Passungsprobleme zwischen Bewerbern und betrieblichen Angeboten sich zunehmend verschärfen: 2016 haben sich im Vergleich zu 2013 die unversorgten Bewerber ohne Alternative (+38,5 %) sowie Bewerber mit Alternative (+50,5 %) bei einem beinahe konstanten Ausbildungsangebot (+0,4 %) deutlich erhöht. Auch hier spiegeln sich in den Zahlen zum Teil Asyl- und Fluchtsuchende wieder.

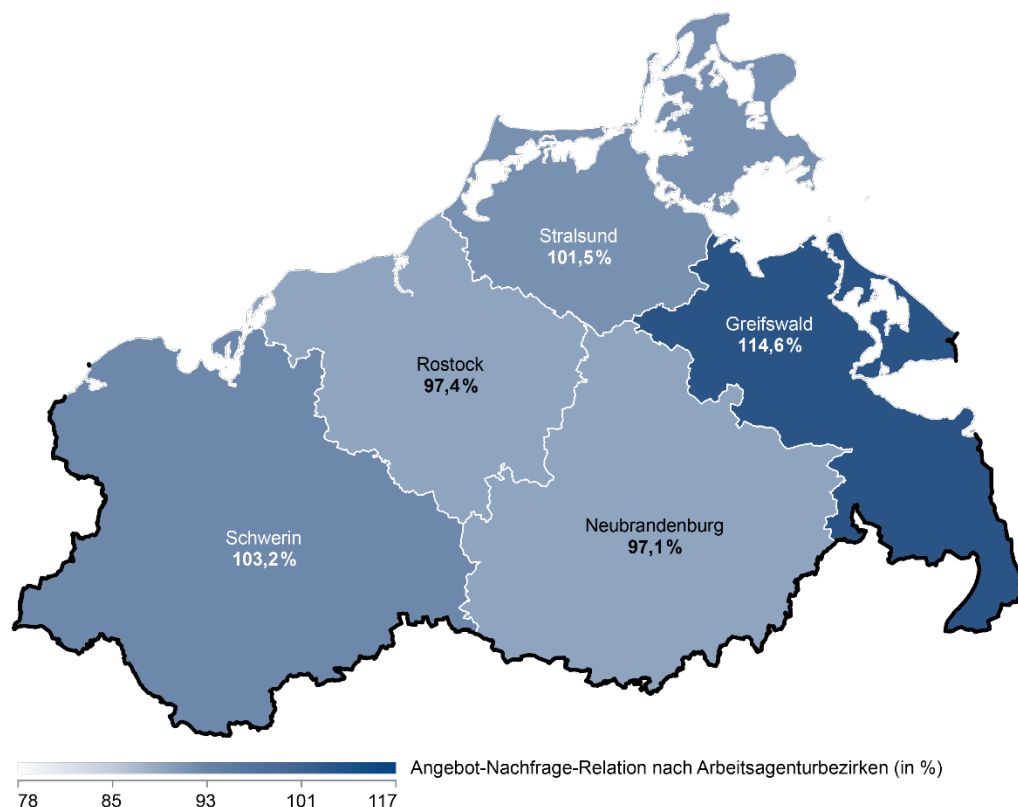
Nach Arbeitsagenturen zeigen sich beträchtliche regionale Unterschiede: Auf der einen Seite liegt für Greifswald mit 114,6 % ein für die Jugendlichen auswahlfähiges Angebot vor³³, auf der anderen Seite weisen Neubrandenburg und Rostock eine um ca. 17 Prozentpunkte niedrigere Quote auf. Neben der maritimen Industrie verfügt Greifswald mit der Ostseeküste und der Insel Usedom über eine stark ausgebauten Tourismusbranche, die die Situation auf dem Ausbildungsmarkt – mit einer allerdings spezifischen Nachfrage – begünstigt. Zu der seit Jahren relativ günstigen Ausbildungsmarktsituation dürfte auch die Universität beitragen mit Ausbildungsangeboten im kaufmännisch-verwaltenden, technischen und vor allem im medizinisch-gesundheitsbezogenen Bereich.

Mit Ausnahme des Arbeitsagenturbereichs Greifswald, der durch Neuzuordnungen nicht für den hier betrachteten Gesamtzeitraum abgebildet werden kann, ist ein regionsübergreifender Einbruch des Ausbildungsangebotes zwischen 2007 und 2013 auffällig. Die Daten von 2016 signalisieren aber wieder geringfügige Verbesserungen. Schwer erklärbar ist jedoch die Situation in dem Arbeitsagenturbezirk Stralsund. Während die ANR 2013 noch bei 129 % lag, ist das Verhältnis 2016 auf landesdurchschnittliche 101,5 % gesunken. Einer Nachfragesteigerung um 13 % steht in dieser Region ein Angebotsrückgang an Ausbildungsplätzen um 11 % gegenüber, was den massiven Einbruch der ANR erklärt.

³² Die positive Entwicklung verstärkt sich zudem, da nicht alle Personen im ausbildungsrelevanten Alter das Ziel einer Ausbildung im dualen System verfolgen und entsprechend auch in den Übergangssektor, ins Schulberufssystem oder in die Hochschulbildung einmünden können.

³³ Eine ANR von 112,5 % wird als bildungspolitische Zielgröße anvisiert.

Abbildung MV-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Mecklenburg-Vorpommern 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Mecklenburg-Vorpommern

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

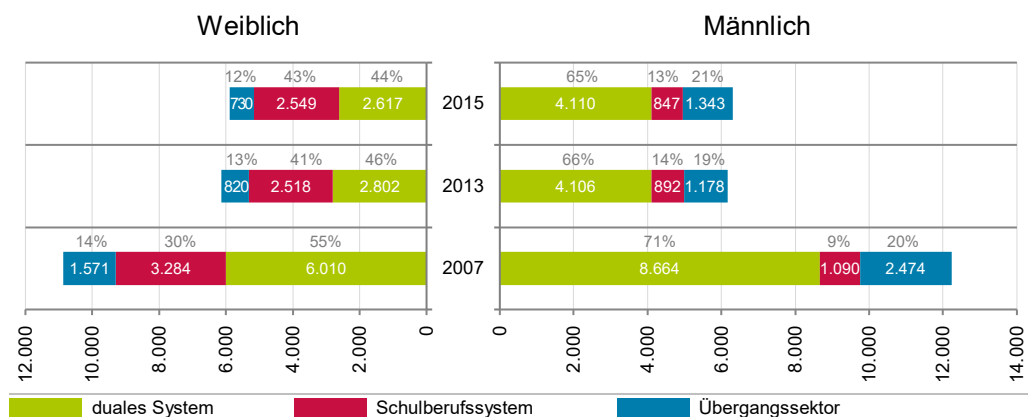
Ein Blick auf Abb. MV-4 zeigt erneut den Einfluss der demografischen Entwicklung. Die Zahl der Neuzugänge in den beruflichen Bildungssektor hat sich seit 2007 um mehr als die Hälfte reduziert. Dabei sind zunächst zwei Entwicklungen zu beobachten: Dem massiven Rückgang an Neuzugängen im dualen System und im Übergangssektor zwischen 2007 und 2015 bei Männern wie bei Frauen steht eine deutlich stabilere Zahl mit deutlich geringeren Rückgängen an Neueinmündungen im Schulberufssystem gegenüber.

In der Relation der drei Sektoren der beruflichen Bildung zeigt sich eine Verschiebung der Gewichte: Während der Übergangssektor, relativ betrachtet, stabile Einmündungsanteile aufweist, zeigen sich leichte Verschiebungen der Anteile von Einmündenden in das Berufsbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns zwischen dem dualen System und dem Schulberufssystem. Die Geschlechterdifferenzierung verdeutlicht zudem,

dass die Verschiebungen zwischen beiden vollqualifizierenden Sektoren vor allem durch die weiblichen Neueinmündungen verursacht werden. Das Schulberufssystem hat bei den Frauen, relativ betrachtet, an Gewicht gewonnen und erzielt eine beinahe vergleichbare Einmündungsquote wie das duale System. Für Männer bleibt das duale System weiterhin die primäre vollqualifizierende Ausbildungsform. Gleichwohl liegen aber auch bei Männern anteilige Verschiebungen vor zuungunsten des dualen und zugunsten des Schulberufssystems. Die zuvor skizzierte sehr auffällige Entwicklung bei den Frauen ist aber auch ein Ergebnis des Angebots im Schulberufssystem, in dem mehr als 90 % der realisierten Angebote auf die Bereiche Erziehung, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie auf die therapeutischen Berufe entfallen, für die sich Frauen häufiger entscheiden (vgl. Abs. 4.3).

Der geringfügige absolute Anstieg der Männer im Übergangssektor ist vor allem auf die neu implementierten Programme für Schutz- und Asylsuchende (vgl. Abs. 3.4) zurückzuführen.

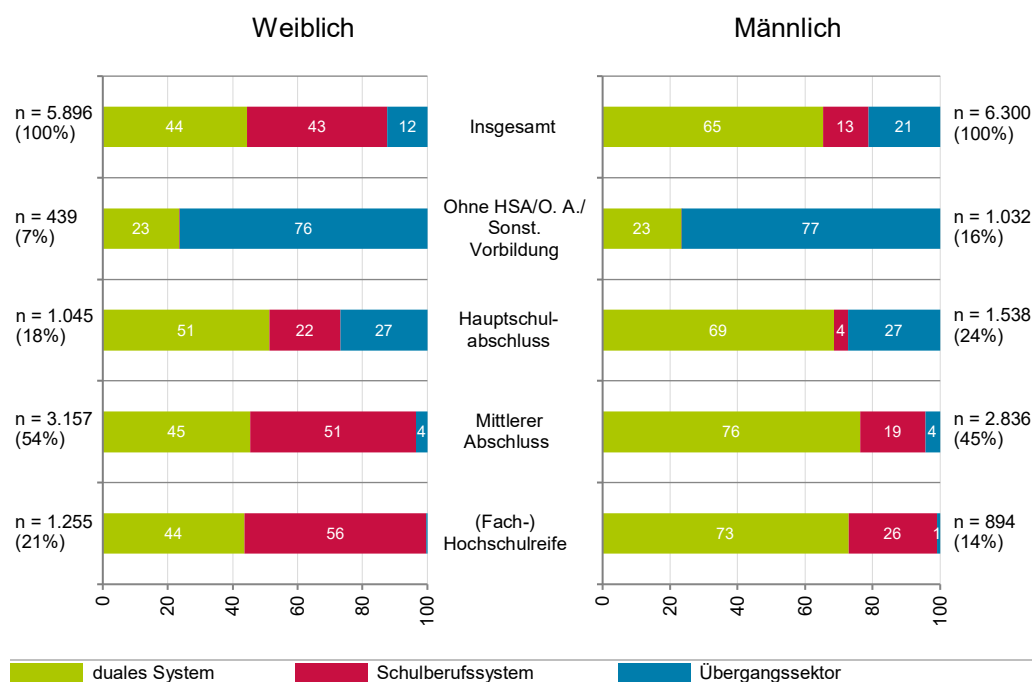
Abbildung MV-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Werden die Einmündungen in das Berufsausbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns nach Vorbildungsniveau unterschieden, ist als erstes anzumerken, dass in der Gruppe der Personen ohne Hauptschulabschluss bzw. ohne Angaben zum Schulabschluss kein Geschlechterunterschied bei den Einmündungen nach Sektoren besteht; sowohl Männer als auch Frauen ohne Hauptschulabschluss münden zu mehr als drei Viertel in den Übergangssektor und zu knapp einem Viertel in das duale System ein. Bei Vorliegen eines Hauptschulabschlusses werden Geschlechterunterschiede dahingehend auffällig, dass Frauen zu etwa einem Fünftel ins Schulberufssystem einmünden, das bei den Männern keine Rolle spielt. Die Anteile der Neuzugänge in den Übergangssektor mit mehr als einem Viertel sind hingegen gleich zwischen den Geschlechtern. An den Daten wird gut ersichtlich, dass die Relevanz des Schulberufssystems für Frauen vor allem ab Mittlerem Schulabschluss steigt. Dies ist aber zum größten Teil ein Resultat der Eingangsvoraussetzungen der Ausbildungsangebote im Schulberufssystem, für die mehrheitlich mindestens ein Mittlerer Bildungsabschluss notwendig ist. Interessant ist aber, dass 26 % der Männer mit (Fach-)Hochschulreife in das Schulberufssystem einmünden. Wieweit dieser Anteil genuin beruflichen Orientierungen der Männer oder dem Fehlen attraktiver Ausbildungsalternativen zuzuschreiben ist, muss offenbleiben.

Abbildung MV-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Chancen zur Einmündung in das duale System in Mecklenburg-Vorpommern für Personen mit Ausländerstatus schon seit längerem überdurchschnittlich hoch (Abb. MV-6 und Baethge u. a. 2016: 203 f.). Interessant ist, dass 2013 und 2014 der relative Anteil an Ausländern, der in das duale System einmündete, sogar größer war als der relative Anteil der Personen mit deutscher Nationalität, die in diesem Sektor mit einer Ausbildung begannen. Jedoch sei an dieser Stelle erneut auf die recht geringen Fallzahlen hingewiesen, die sich dann auf die relativen Betrachtungen auswirken. 2015 zeigen sich bereits für die Personen mit Ausländerstatus deutliche Verschiebungen der Einmündungsanteile in die Sektoren, was aber nicht unabhängig von den Programmen für Asyl- und Schutzsuchende ist. Mit dem Berufsvorbereitungsjahr für ausländische Schüler (BVJA) wurde ein zwei Jahre umfassendes Angebot implementiert, in dem im ersten Jahr eine intensive Sprachförderung erfolgt und das zweite Jahr stärker die traditionellen curricularen Bestandteile des Berufsvorbereitungsjahres enthält (vgl. auch Tab. MV-2).

Abbildung MV-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)

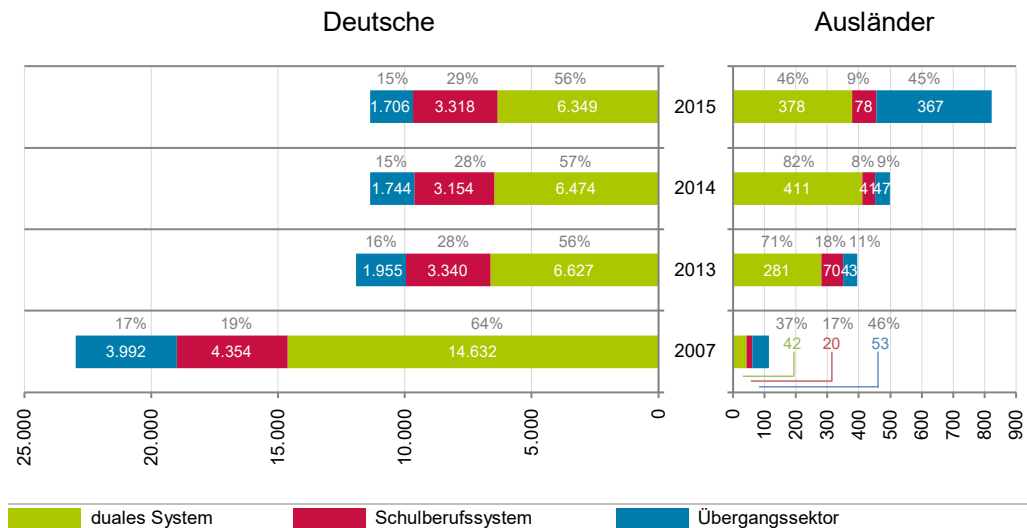


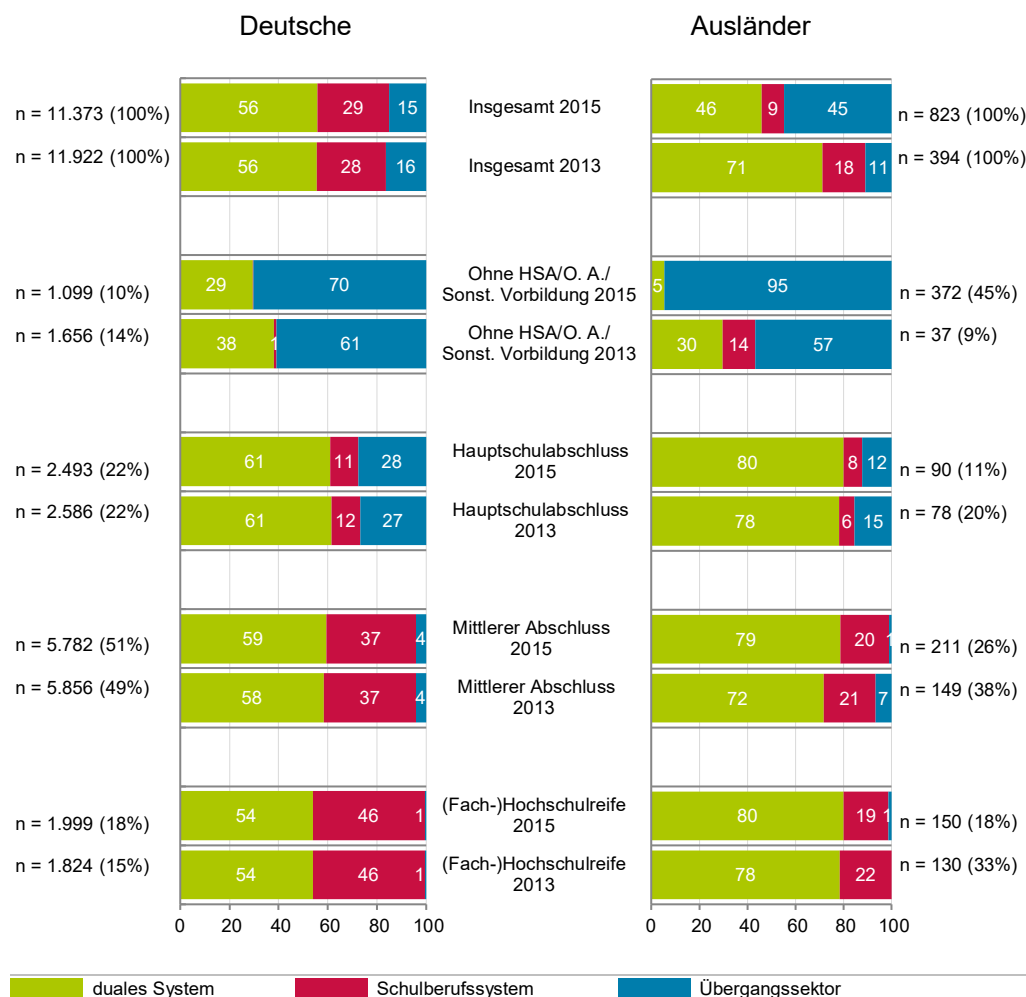
Tabelle MV-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
Insgesamt	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
	3.992	100	53	100	1.706	100	367	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	703	17,6	5	9,4	291	17,1	343	93,5
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	223	5,6	9	17,0	129	7,6	3	0,8
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.794	70,0	34	64,2	1.076	63,1	15	4,1
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	272	6,8	5	9,4	210	12,3	6	1,6

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die günstigere Einmündungschance in duale Ausbildung für Personen mit Ausländerstatus im Vergleich zu Personen mit deutscher Nationalität zeigt sich im Rahmen einer vorbildungsniveaudifferenzierenden Betrachtung für die Subgruppe, die mindestens über einen Hauptschulabschluss verfügt. Ausländische Personen ohne Abschluss münden hingegen mehrheitlich in den Übergangssektor ein. Entsprechend erhöht sich der Anteil der Einmündung der Personen mit Ausländerstatus in den Übergangssektor auf 95 % (Abb. MV-7).

Abbildung MV-7 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



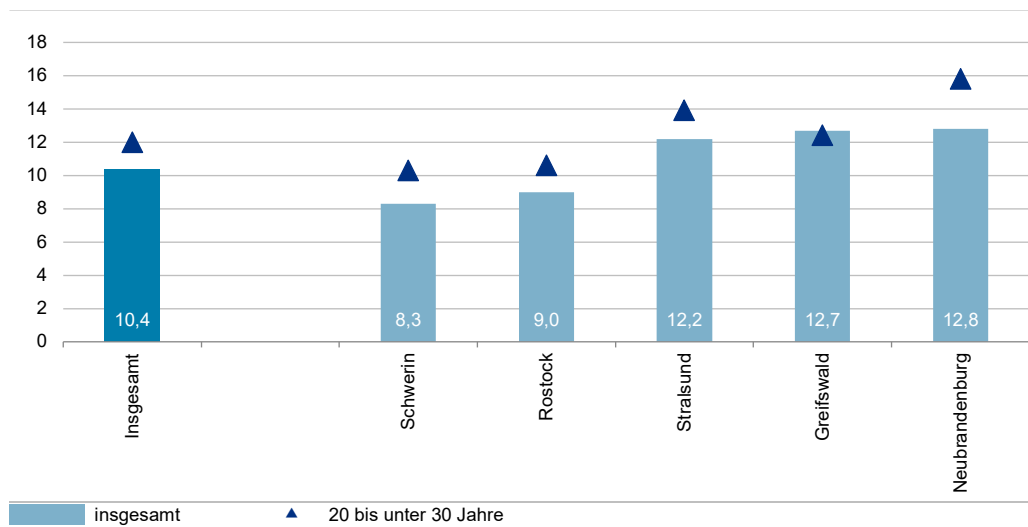
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Problematisch ist für Mecklenburg-Vorpommern die hohe Arbeitslosen- (10,4 %) und Jugendarbeitslosenquote (12 %). Letztere bildet sogar den Spitzenwert unter allen Bundesländern. Auch eine arbeitsagenturbezirksdifferenzierende Betrachtung zeigt, dass alle Werte oberhalb des Bundesdurchschnitts liegen (Abb. MV-8). Schwierig ist die Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Neubrandenburg. 16 % der 20- bis unter 30-Jährigen sind hier arbeitslos (Abb. MV-8).

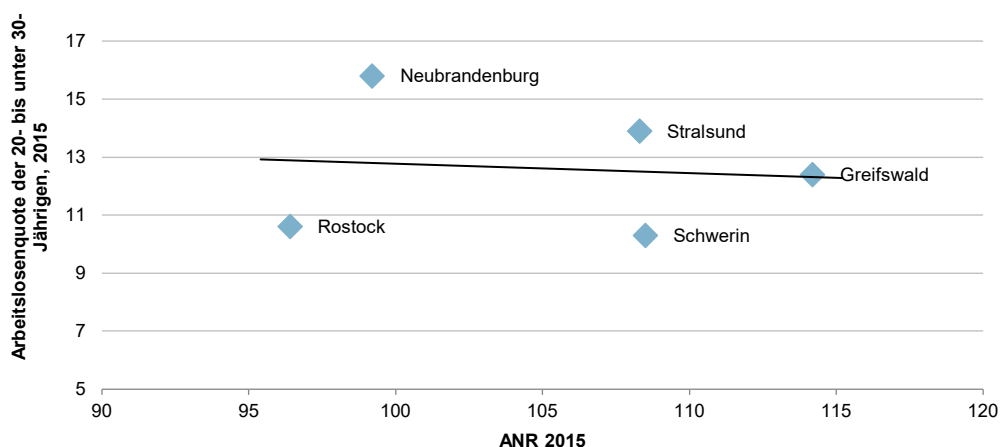
Abbildung MV-8 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Mecklenburg-Vorpommern 2015 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Interessant ist das Zusammenwirken der ANR und der Jugendarbeitslosenquote. Die zwei Regionen Greifswald und Stralsund weisen sowohl eine hohe ANR als auch hohe Jugendarbeitslosenquote auf (Abb. MV-9). Die Jugendarbeitslosenquote in beiden Regionen ist auf der einen Seite als Beschäftigungsrisiko für Ausbildungsabsolventen, auf der anderen Seite aber auch als Hinweis auf Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt zu interpretieren. Hypothetisch ist für die Regionen anzunehmen, dass die Wahrscheinlichkeit, für unversorgte Ausbildungsbewerber arbeitslos zu werden, erhöht ist. Für diesen Zusammenhang können in beiden Regionen auch Pendlerbewegungen mit dem benachbarten Polen mit ursächlich sein, die die ansässigen Jugendlichen in schärfere Wettbewerbsbedingungen um Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bringt.

Abbildung MV-9 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20-bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Mecklenburg-Vorpommern 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Als gemessen am BIP p. c. ärmstes Bundesland ist Mecklenburg-Vorpommern von seinen sozioökonomischen Bedingungen her mit schwierigen Voraussetzungen konfrontiert, wenn es den seit Jahren anhaltenden Pfad eines Wirtschaftswachstums fortsetzen will: Auf Seiten von Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur sind es vor allem eine stark von Kleinbetrieben geprägte Wirtschafts- und Ausbildungsstruktur, die auf konjunkturelle Schwankungen besonders sensibel reagiert; geringe Anteile industrieller Produktion, die zudem vielfach (Schiffsbau) krisenanfällig ist und wenig unternehmensbezogene Dienstleistungen bindet; starke Abhängigkeit von der Tourismusindustrie und ein von hoher Arbeitslosigkeit geprägter Arbeitsmarkt. Bei den personenbezogenen Ressourcen steht an erster Stelle das Problem eines radikalen demografischen Abschwungs, der das Nachwuchskräftepotenzial in den nächsten zehn Jahren infrage stellt, ein leicht über dem Bundesdurchschnitt liegender Anteil von Schulabsolventen mit maximal Hauptschulabschluss, aber ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Insgesamt sind dies sozioökonomische Bedingungen, die eine Intensivierung der Berufsbildungspolitik sowohl herausfordern als auch zugleich begrenzen. Es zeichnen sich Problemzonen für die Berufsbildungspolitik ab, deren Lösung ebenso zur Verbesserung der Leistungsbilanz als auch der sozialen Teilhabe beitragen könnte:

- Behebung der Passungsprobleme am dualen Ausbildungsmarkt, die sich aktuell am stärksten in der Diskrepanz zwischen einem Überangebot an Ausbildungsplätzen in den Berufen des Ernährungshandwerks und der Hotel- und Gaststättengewerbes gegenüber einer begrenzten Nachfrage äußern, aber sich nicht darauf beschränken. Die Kategorie der Passungsprobleme wäre verkürzt dargestellt, wenn man sie nur auf das Überangebot in den genannten Berufen des unteren Berufssegments anwendete. Ebenso erscheint für Mecklenburg-Vorpommern eine Diversifizierung des Berufespektrums angesagt, um die Unterversorgung mit dualen Ausbildungsstellen in den Berufsbereichen zu beheben, in die höhere Anteile von Jugendlichen mit einer Hochschulzugangsberechtigung einmünden. Vor allem wären attraktive kaufmännische und Informatikberufe auszuweiten, was das Fachkräftepotenzial der Region ausweiten könnte.
- Angesichts der demografischen Entwicklung ist Mecklenburg-Vorpommern gut beraten, neue Personengruppen für die Berufsausbildung zu erschließen. In den letzten Jahren hat das Land mit der beruflichen Integration von Ausländern gute Erfahrungen gemacht, die sich im Ländervergleich mit überdurchschnittlich hohen Einmündungsquoten von Ausländern mit mindestens Hauptschulabschluss in eine vollqualifizierende Ausbildung niedergeschlagen haben. Auch wenn die absoluten Zahlen relativ klein waren, sodass der Vergleich mit Ländern, die eine hohe Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund integrieren müssen, nicht unbedingt valide ist, spricht wenig dagegen, dass Mecklenburg-Vorpommern die positiven Erfahrungen auch in die Breite übertragen kann. Die Politik muss wissen, wie ihr das gelingen kann. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Berufsvorbereitung, in die 2015 fast zwei Fünftel der ausländischen Neuzugänge zur Berufsbildung eingemündet sind, von Ausländern ohne Hauptschulabschluss sogar 95 %. Da von der großen Zuwanderungsbewegung 2014/15 60 % derjenigen im besonders ausbildungsrelevanten Alter (bis 30 Jahre) ohne Hauptschulniveau sind (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016), steht hier eine riesige Aufgabe auch für Mecklenburg-Vorpommern an. Aber es könnte die realistischste Möglichkeit sein, in absehbarer Zeit mehr Fachkräftepotenzial heranzubilden.

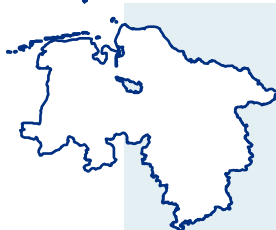
- Als relativ dünn besiedeltes Flächenland mit zugleich einer kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur hat sich unter der Bedingung des demografischen Abschwungs das Standortproblem für Berufsschulen verschärft. Eine flächendeckende Versorgung mit Fachklassen dürfte zunehmend kostspieliger werden, erscheint aber als einzige Möglichkeit, weiteren Ausbildungsplatzabbau zu verhindern und Jugendlichen in der Fläche eine Ausbildungschance zu sichern. Gegenwärtig steht Mecklenburg-Vorpommern bei den öffentlichen Ausgaben je Schüler an beruflichen Schulen in Höhe von 3.300 € pro Jahr ganz unten im Ländervergleich. Da das Land aber mit 3,5 % Anteil am BIP für Bildungsausgaben für den Primär-, sekundären und postsekundären Bereich deutlich über dem Bundesdurchschnitt (2,9 %) liegt, wird die Landespolitik vermutlich um Verschiebungen im Landeshaushalt kaum herumkommen.
- Ein flächendeckendes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten fordert auch die vollzeitschulischen Angebote heraus, die sich in Mecklenburg-Vorpommern wie in allen östlichen Bundesländern in den letzten Jahren auf wenige personenbezogene Dienstleistungsberufe konzentriert haben. Die Frage, ob es angesichts der labilen Betriebsgrößenstruktur nicht an der Zeit ist, systematisch schulische Ausbildungsalternativen zu entwickeln, stellt sich für Mecklenburg-Vorpommern mit besonderer Dringlichkeit.

Die Lösung dieser drei Problemkomplexe würde sowohl die Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern (Verbesserung des Fachkräftepotenzials) als auch die soziale Teilhabe deutlich verbessern helfen. Letztere zielt vor allem auf die männlichen Jugendlichen, die schon heute im Übergangssektor deutlich überrepräsentiert sind, was sich durch die stark geschlechtsspezifische Zuwanderung von Asyl- und Schutzsuchenden weiter verstärken wird. Die Lösung der Probleme aber kann nicht allein von der Berufsbildungspolitik geleistet werden. Ohne eine flankierende Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt-, Regional- und Integrationspolitik ist das Risiko für die Berufsbildungspolitik, zu scheitern, sehr hoch.

Niedersachsen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	NI 2013	NI 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	31.498 €	32.591 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,3 %	11,4 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	100,5 %	97,1 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	15,9 %	14,8 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	48,8 %	47,5 %	40,7 %
Mit Hoch-/Fachhochschulreife	35,3 %	37,7 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	28,9 %	26,3 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	30,1 %	29,2 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	23,2 %	23,8 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	16,5 %	19,3 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	11,8 %	12,5 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	64,6 %	65,0 %	62,2 %
Mit Fachhoch-/Hochschulabschluss	10,7 %	11,6 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	12,9 %	10,9 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	42,1 %	41,6 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	27,5 %	28,1 %	27,8 %
In Großbetrieben	30,4 %	30,3 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	17,9 %	17,8 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	18,9 %	18,6 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	23,3 %	22,0 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	6,6 %	6,1 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.000 €	4.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.300 €	2.500 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	5,7 %	6,4 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Als flächenmäßig zweitgrößtes Bundesland weist Niedersachsen eine heterogene Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur auf. Den ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen im Nordwesten und Westen des Landes stehen die Großstadtreionen Hannover und Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg gegenüber, die durch einen ausgeprägten Industriesektor insbesondere im Bereich der Automobil- und Zuliefererindustrie gekennzeichnet sind. Geografisch umschließt das Bundesland zudem den Stadtstaat

Bremen und schließt direkt an die Metropolregion Hamburg an, was Auspendlerströmungen nach Hamburg und Bremen bewirkt (auch auf dem Ausbildungsmarkt).

Die Bevölkerungsstruktur in Niedersachsen zeigt einen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt leicht höheren Anteil an Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren auf. Mit einem Anteil von 97,1 % (2015) der 15- bis 24-Jährigen in Relation zu den 25- bis 34-Jährigen ist auch von einer für die nächste Dekade stabilen Bevölkerungsentwicklung auszugehen, die ein potenzielles Reservoir für die berufliche Ausbildung und die Fachkräftesicherung darstellt. Neben der quantitativen Entwicklung der Bevölkerung sind für Bildungs- und Ausbildungsprozesse aber auch Merkmale der Zusammensetzung nach Sozialstruktur und Migrationserfahrung relevant, verbinden sich damit doch stets auch Fragen von Disparitäten im Ausbildungszugang und Kompetenzerwerb. Bezüglich des Migrationshintergrunds der Bevölkerung liegt Niedersachsen nach Angaben des Mikrozensus hinter dem Bundesdurchschnitt. Unter Berücksichtigung der Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden³⁴ in den letzten beiden Jahren (vgl. Abs. 3.4) ist aber davon auszugehen, dass hier eine wesentliche Herausforderung für den niedersächsischen Ausbildungsmarkt entsteht.

Die Wirtschaft in Niedersachsen steht vor schwierigen Herausforderungen. Mit Blick auf die Zahlen von 2015 deuten sich Anzeichen einer sich verschlechternden Konjunktur an. Das BIP p. c. in Niedersachsen lag im Zeitraum 2007 bis 2015 stets unterhalb des Bundesdurchschnitts, und auch die Entwicklung der Wirtschaftsleistung pro Kopf von 2014 bis 2015 stellt den niedrigsten Wert (+0,7 %) im Ländervergleich dar (Bundesdurchschnitt: +2,8 %). In der Beschäftigungsstruktur ist eine deutliche Verringerung des Anteils an Beschäftigten in Produktionsberufen ersichtlich (–2,4 %), die in den vergangenen Jahren oberhalb des Bundesdurchschnitts lag und sich diesem jetzt annähert. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind hingegen noch nicht ersichtlich, die Arbeitslosenquote hat sich zwischen 2013 und 2015 sogar um 0,5 % auf 6,1 % verbessert.

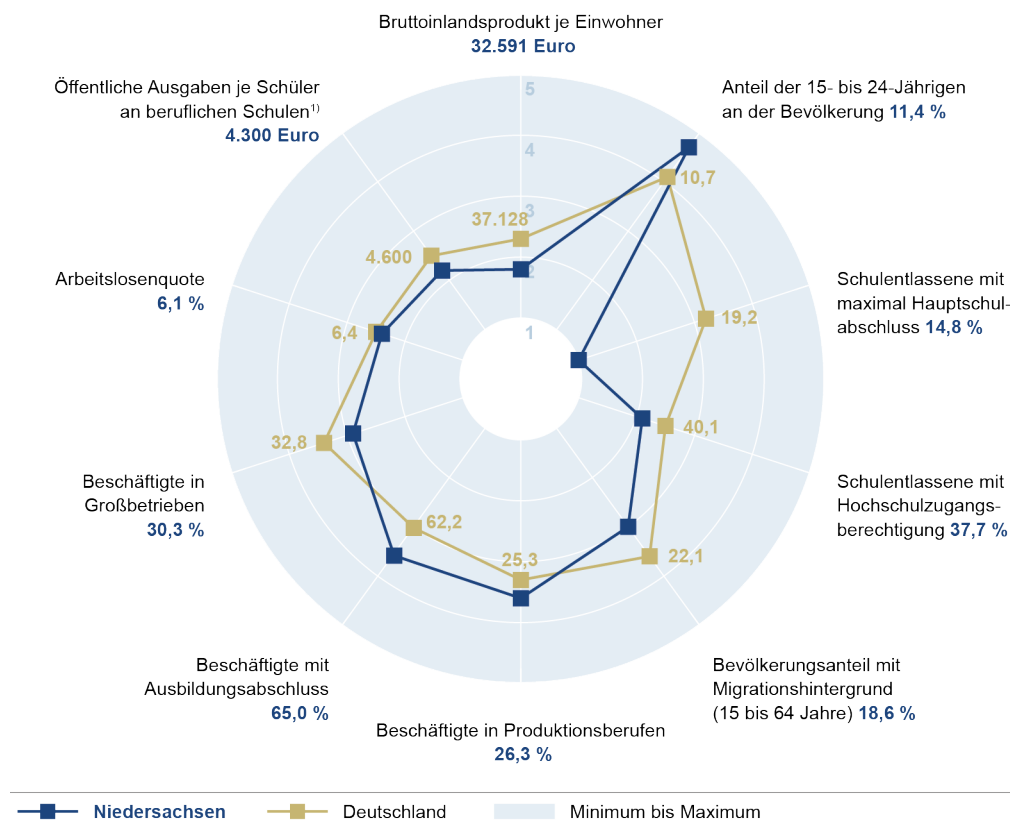
Hinsichtlich der Qualifikationsstruktur hat sich der Anteil von Personen ohne abgeschlossene Ausbildung leicht vergrößert und entspricht 2015 nahezu dem Bundesdurchschnitt. Niedersachsen weist allerdings seit langem eine unterdurchschnittliche Quote an (Fach-)Hochschulabschlüssen auf. Mit knapp 11,6 % liegt hier der viertniedrigste Wert im Ländervergleich vor und er liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 14,6 %. Entsprechend höher ist der Anteil der Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, der mit 65 % knapp 3 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt ist.

Die Statistik der Schulabgänger nach Abschlüssen unterscheidet sich deutlich zu der anderer Bundesländer. In Niedersachsen liegt der niedrigste Anteil an Schulentlassenen mit maximal Hauptschulabschluss vor. Der Anteil der Schulentlassenen mit mittlerem Abschluss (47,5 %) wird im Ländervergleich nur von Sachsen übertroffen. Seit 2013 konnte der Anteil an Schulentlassenen mit (Fach-)Hochschulreife zwar um 2,4 % gesteigert werden, trotzdem liegt Niedersachsen mit 37,7 % unterhalb des Bundesdurchschnitts von 40,1 %.

³⁴ Die gestiegene Anzahl von Schutz- und Asylsuchenden wird in dieser Statistik nicht repräsentativ erfasst, da die Werte auf hochgerechneten Stichproben des Mikrozensus auf Basis von Wohngebäuden beruhen, provisorische Unterkünfte nicht berücksichtigt (Herter-Eschweiler, Neuber-Pohl 2017: 336).

Die Kontextbedingungen zusammenfassend betrachtet, zeigt sich, dass Niedersachsen sich mit Ausnahme der Schulabgänger nah an dem Bundesdurchschnitt bewegt (Abb. NI-1).

Abbildung NI-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Niedersachsens 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt

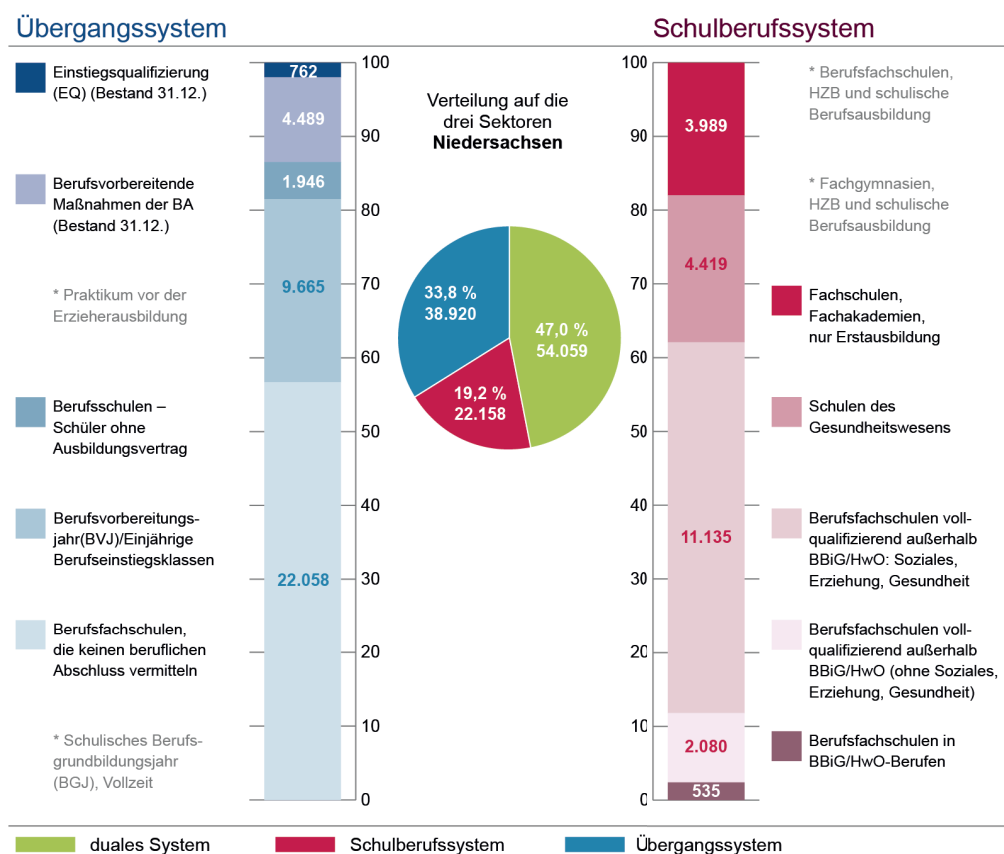


¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Niedersachsens

2.1. Das Berufsbildungssystem

Mit einem Anteil von 47 % des dualen Systems an allen Neuzugängen der beruflichen Ausbildung in Niedersachsen ist das Gewicht des dualen Systems an der beruflichen Ausbildung unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Bundesländern. Umso stärker ist der Anteil des Übergangssektors in Niedersachsen, bei dem Niedersachsen mit an der Spitze der Bundesländer steht. Unter Berücksichtigung des hohen Anteils an mittleren Schulabschlüssen ist dieses Ergebnis nicht unbedingt erwartungskonform und verdeutlicht bereits an dieser Stelle Engpass- und Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt in Niedersachsen. Seit 2007 hat sich die Situation jedoch verbessert, wobei die Entwicklung im Vergleich zu 2013 als stagnierend zu beschreiben ist. Auch der Anteil der Neuzugänge im Schulberufssystem liegt im Ländervergleich im unteren Drittel.

Abbildung NI-2 Das Berufsbildungssystem Niedersachsens 2015

* Wird in Niedersachsen nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Das Angebot im Übergangssektor hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Trotz sinkender Schülerzahlen im Übergangssektor wurden das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufseinstiegsklasse sowie die Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag ausgebaut. Immer noch auf hohem Niveau liegt der Anteil der Neuzugänge in die Berufsfachschule, die keinen beruflichen Abschluss vermittelt. Entsprechend des Schülerrückgangs im Übergangssektor hat sich das realisierte Angebot der Berufsfachschulen (ohne Abschluss) um mehr als ein Drittel seit 2007 verringert.

Bei der Berufsausbildung wird eine leichte Verschiebung der Anteile der Sektoren an den Neuzugängen ersichtlich. Während das duale System sowie der Übergangssektor leicht an Gewicht verloren haben, konnte der Anteil des Schulberufssystems an allen Neuzugängen leicht ausgebaut werden. Dieser Effekt folgt mehrheitlich dem allgemeinen Trend in der Beschäftigung, der durch einen Ausbau von Arbeitsplätzen in den Bereichen Erziehung, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie in therapeutischen Berufen gekennzeichnet ist. Im Vergleich zu anderen westlichen Flächenländern (WFL) besteht in Niedersachsen immer noch ein geringer Anteil an Ausbildungsplätzen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) im Schulberufssystem, für den sich das Angebot seit 2007 um beinahe 28 % insgesamt verringert. Es zeigt sich zwar seit 2013 ein geringfügiger Ausbau des realisierten Angebots in diesem Bereich, allerdings kann hierüber kaum der Nachfrageüberhang nach dualer Ausbildung abgebaut werden, zumal 2015 lediglich Auszubildende im Ausbildungsberuf Kosmetiker eingeschult wurden (vgl. Statistisches Bundesamt 2017).

Tabelle NI-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015 (absolut und in %)

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	58.573	54.733	54.059	100,0	-7,7	-1,2
Darunter kooperatives Berufsprüfungsjahr	8.396	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	19.882	21.578	22.158	100,0	11,4	2,7
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	741	442	535	2,4	-27,8	21,0
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	3.154	2.212	2.080	9,4	-34,1	-6,0
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	15.987	18.924	19.543	88,2	22,2	3,3
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	8.710	10.637	11.135	50,3	27,8	4,7
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	4.514	4.447	4.419	19,9	-2,1	-0,6
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	2.763	3.840	3.989	18,0	44,4	3,9
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	63.056	39.032	38.920	100,0	-38,3	-0,3
Schulisches Berufsprüfungsjahr (BGJ), Vollzeit	11.217	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	33.995	23.643	22.058	56,7	-35,1	-6,7
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einstufige Berufseinstiegsklassen	7.110	7.712	9.665	24,8	35,9	25,3
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	1.587	1.901	1.946	5,0	22,6	2,4
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	7.084	4.810	4.489	11,5	-36,6	-6,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	2.063	966	762	2,0	-63,1	-21,1
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	39	8	13		-66,7	62,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Niedersachsen

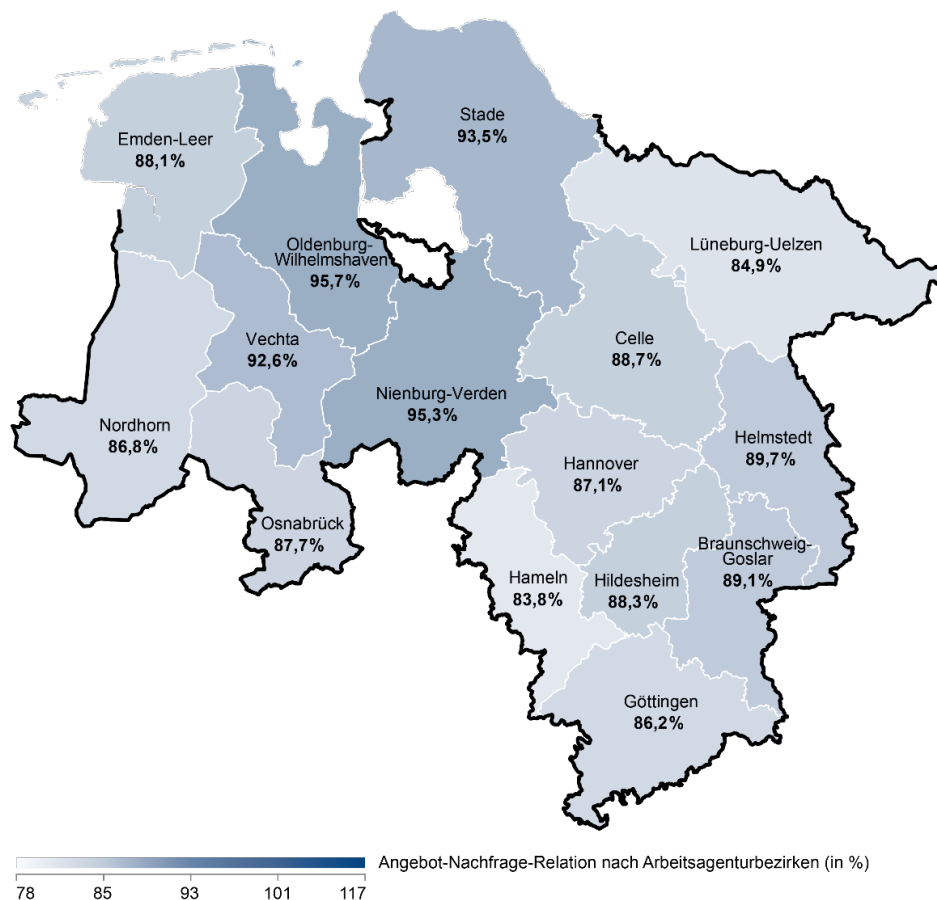
Die Engpass- und Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt in Niedersachsen haben sich in den vergangenen Jahren zwar merklich verringert, dennoch ist angesichts einer ANR von 88,8 % 2016 immer noch herauszustellen, dass der Ausbildungsmarkt in Niedersachsen seit Jahren einer der problematischsten in Deutschland ist. Die Verbesserung der ANR von 80,7 im Jahr 2007 um ca. 8 Prozentpunkte resultiert aus einer Nachfragereduzierung um 11,2 %, die den Angebotsrückgang an Ausbildungsplätzen von 2,3 % deutlich übersteigt.

Nicht unabhängig von der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur in Niedersachsen ist auch der Ausbildungsmarkt in Niedersachsen heterogen, wobei arbeitsagenturbezirksübergreifend in allen Regionen (entsprechend der Situation auf Landesebene) ein im

Verhältnis zur Nachfrage nach Ausbildung unzureichendes Angebot zu erkennen ist. Auffällig sind vor allem die Mittelstadregionen Hameln, Hildesheim und Lüneburg-Uelzen, in denen das Angebot erheblich unter der Nachfrage liegt. Alle drei Regionen befinden sich zwar in unmittelbarer Nähe zu Großstädten mit infrastrukturell gut ausgebauten Anbindungen, jedoch ist mit Blick auf die ANR in den zugehörigen Großstädten Hannover und Braunschweig sowie Hamburg anzunehmen, dass das Angebotsdefizit nicht ausgeglichen werden kann. Trotz der Industrieschwerpunkte in Hannover und Braunschweig besteht auch hier für die Jugendlichen kein nachfrageadäquates Angebot an Ausbildung.

Entgegen der oben angemerkten Verringerung des Angebots an Ausbildung auf Landesebene verdeutlicht die regionalisierte Betrachtung auf Arbeitsagenturebene keinen einheitlichen Trend, sondern eine stark variierende Entwicklung zwischen den Agenturbezirken in Niedersachsen. Während in den vier Arbeitsagenturbezirken Stade (+61,2 %), Vechta (+39,1 %), Osnabrück (+34,8 %) sowie Hannover (+13,6 %) das Angebot zwischen 2007 und 2016 deutlich ausgebaut wurde, verringerte sich dieses in Oldenburg-Wilhelmshafen (−30,3 %), Nienburg-Verden (−27,4 %) sowie in Braunschweig-Goslar (−22,0 %) erheblich (Abb. NI-3; Tab. NI-1A).

Abbildung NI-3 Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Niedersachsen 2016



Quellen: siehe Tabelle im Anhang

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Niedersachsen

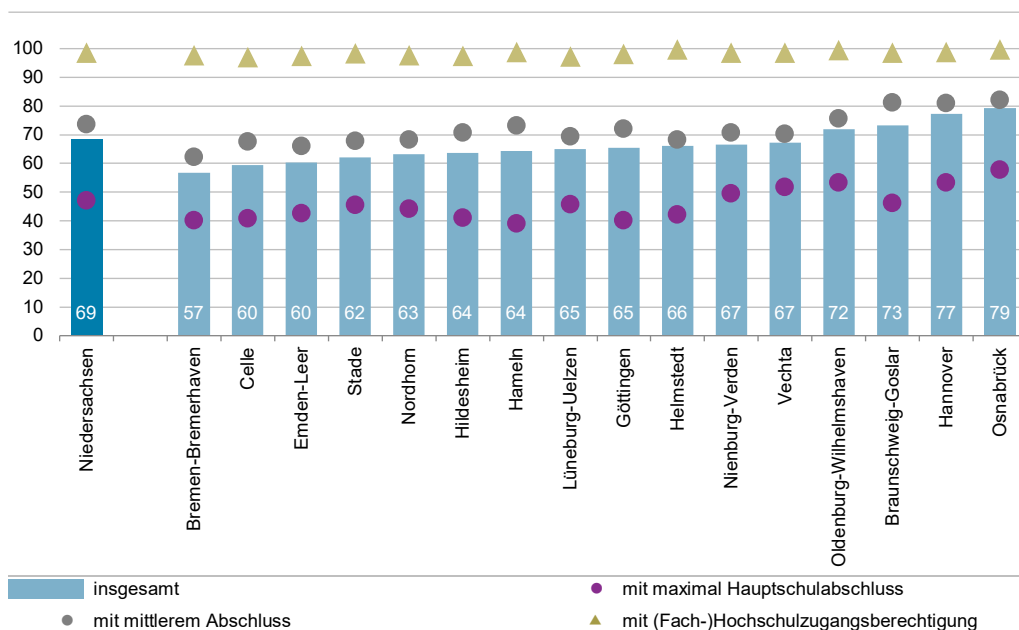
3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Grundsätzlich gilt für Niedersachsen wie auch für alle anderen Bundesländer: Je höher der Schulabschluss, desto besser die Chance der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung. Aufgrund des hohen Anteils an Personen mit mittlerem Schulabschluss ermöglicht dieser Abschluss in Niedersachsen aber, relativ betrachtet, weniger Schulabgängern die Einmündung in berufliche Ausbildung als in anderen Bundesländern.³⁵ Demzufolge stellt sich die Ausbildungssituation gerade bei den Gering- und Mittelqualifizierten als problematisch dar, wenn auch noch mit deutlichen Vorteilen für die Personen mit mittlerem Schulabschluss.

Werden die Einmündungen nach schulischem Vorbildungsniveau zusätzlich nach Arbeitsagenturbezirken differenziert, sind zudem leichte Varianzen zwischen den Regionen ersichtlich. In den großstädtischen Regionen Osnabrück, Hannover sowie Braunschweig-Goslar gelingt die Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung mit einem mittleren Schulabschluss häufiger als in ländlicheren Regionen oder auch in Bremen-Bremerhaven (Abb. NI-4). Bemerkenswert ist auch die große Varianz zwischen den Arbeitsmarktregionen, die von 57 % in Bremen-Bremerhaven bis 79 % in Osnabrück reicht und somit 22 Prozentpunkte Differenz in den Einmündungsquoten anzeigt, das heißt, die Ausbildungsstruktur in Niedersachsen ist von sehr starken regionalen Disparitäten geprägt.

³⁵ Aufgrund des geringen Anteils an Schulabgängern mit max. Hauptschulabschluss sowie dem hohen Anteil an Schulabgängern mit mittlerem Abschluss verlieren mittlere Schulabschlüsse ihre Signalwirkung für den Ausbildungsmarkt. Folglich schwächt sich auch die Prognosefähigkeit des Prädiktors Schulabschluss für die Integration in den Ausbildungsmarkt ab.

Abbildung NI-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Niedersachsen 2014* nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)



* Die regionale Differenzierung der Einmündung in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems liegt für Niedersachsen nur für das Schuljahr 2014/15, nicht für 2015/16 vor.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen.

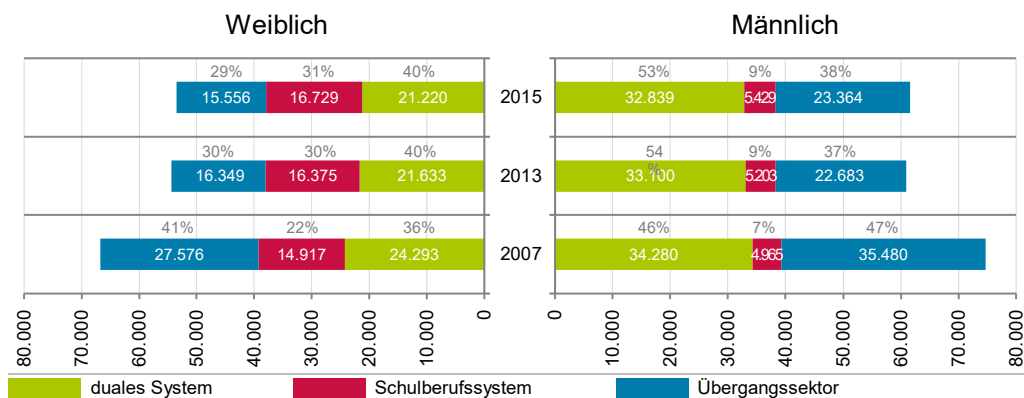
3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht

Die Einmündung in die drei Sektoren der Berufsbildungssysteme hängt sowohl für Männer als auch Frauen überdurchschnittlich stark vom Vorbildungsniveau ab (Abb. NI-6). Während im Bundesdurchschnitt 51,3 % der in das Berufsbildungssystem einmündenden Personen mit maximal Hauptschulabschluss in den Übergangssektor einmünden, liegt dieser Wert für Niedersachsen bei 56,3 %. Bei den mittleren Abschlüssen erzielt Niedersachsen sogar den zweithöchsten Wert im Ländervergleich nach Baden-Württemberg: 29 % der einmündenden Personen mit mittlerem Abschluss nehmen an einer Maßnahme im Übergangssektor teil.

Die Zeitreihe der absoluten Zahlen an Einmündungen in das berufliche Ausbildungssystem in Niedersachsen zeigt deutliche Veränderungen zwischen 2007 einerseits und 2013 sowie 2015 andererseits (Abb. NI-5), allerdings sind diese nicht unabhängig von den realisierten Angeboten des Berufsbildungssystems in Niedersachsen zu interpretieren (Tab. NI-1). Als 2007 der Nachfrageüberhang nach Ausbildung in Niedersachsen stärker über den Übergangssektor kompensiert wurde, zeigt sich in den Ergebnissen entsprechend ein höherer Anteil an Frauen und Männern, die in den Übergangssektor einmündeten, als es 2013 und 2015 der Fall war. Durch die neu implementierten Programme für Schutz- und Asylsuchende (vgl. Abs. 3.4) erhöhte sich wiederum in den letzten beiden Jahren der Anteil der Neuzugänge in den Übergangssektor.

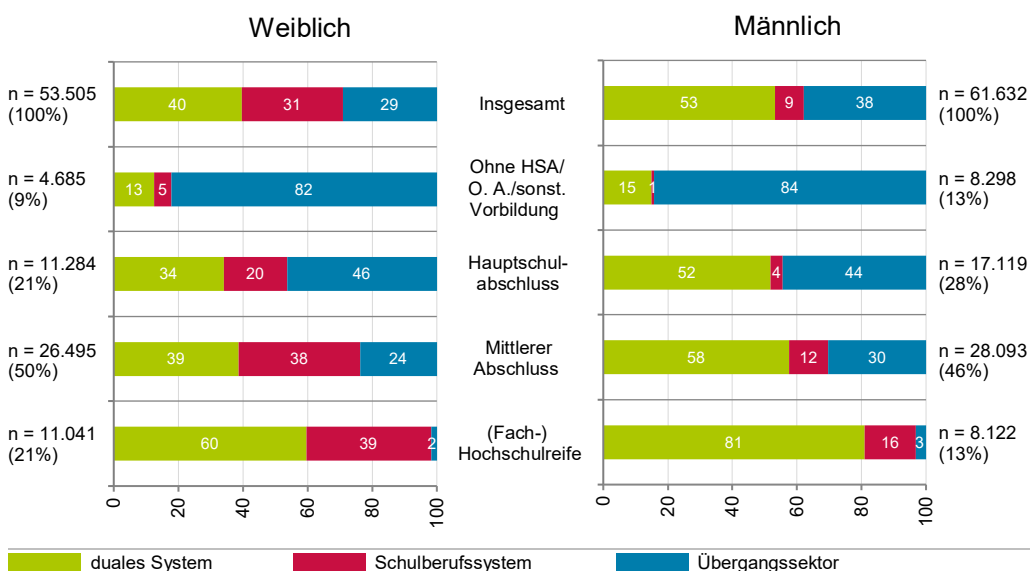
Die Geschlechterunterschiede im Schulberufssystem sind dagegen stärker auf das große Angebot in den Bereichen Erziehung, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie an therapeutischen Berufen im Schulberufssystem zurückzuführen, für die sich Frauen häufiger entscheiden (vgl. Abs. 4.3).

Abbildung NI-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Niedersachsens 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



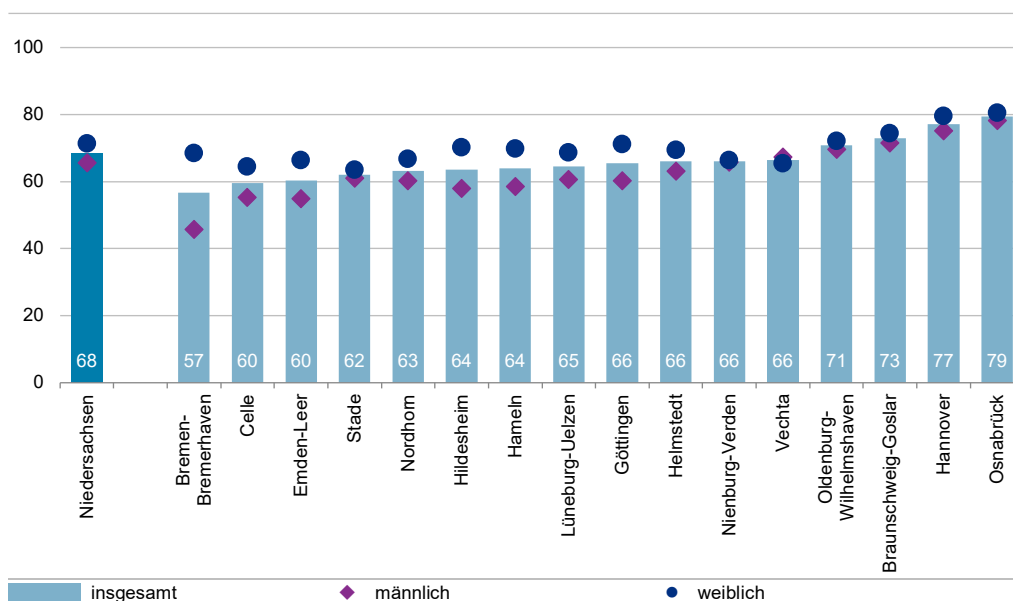
Bei der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung bestehen in Niedersachsen kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen mit maximal Hauptschulabschluss sowie (Fach-)Hochschulreife. Allerdings ist ein Geschlechterunterschied der in den Übergangssektor einmündenden Personen mit mittlerem Abschluss zu erkennen. Relativ betrachtet, münden mehr Männer als Frauen mit mittlerem Abschluss in den Übergangssektor ein (Abb. NI-6). Aufgrund der Berufsstruktur des Schulberufssystems, das stärker den Berufswünschen von Frauen entspricht (s. o.), bestehen für unversorgte männliche Bewerber des dualen Ausbildungssystems entsprechend kompensierende Ausbildungsmöglichkeiten im Schulberufssystem nur, wenn sie sich stärker den traditionell eher weiblich konnotierten Berufen zuwenden.

Abbildung NI-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Niedersachsens 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



Die Differenzierung der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung nach Arbeitsagenturbezirken und Geschlecht verdeutlicht leichte Chancenvorteile für Frauen vor allem in den kleinstädtischen und ländlichen Regionen (Abb. NI-7). Auffällig sind in diesem Zusammenhang die Arbeitsagenturbezirke Emden-Leer sowie die südniedersächsischen Bezirke Hildesheim, Hameln und Göttingen, in denen der Unterschied zwischen Frauen und Männern besonders groß ausfällt. Ein Zusammenhang mit der industriell schwächeren Struktur dieser Gebiete kann in diesem Kontext angenommen werden.

Abbildung NI-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Niedersachsen 2014¹⁾ nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



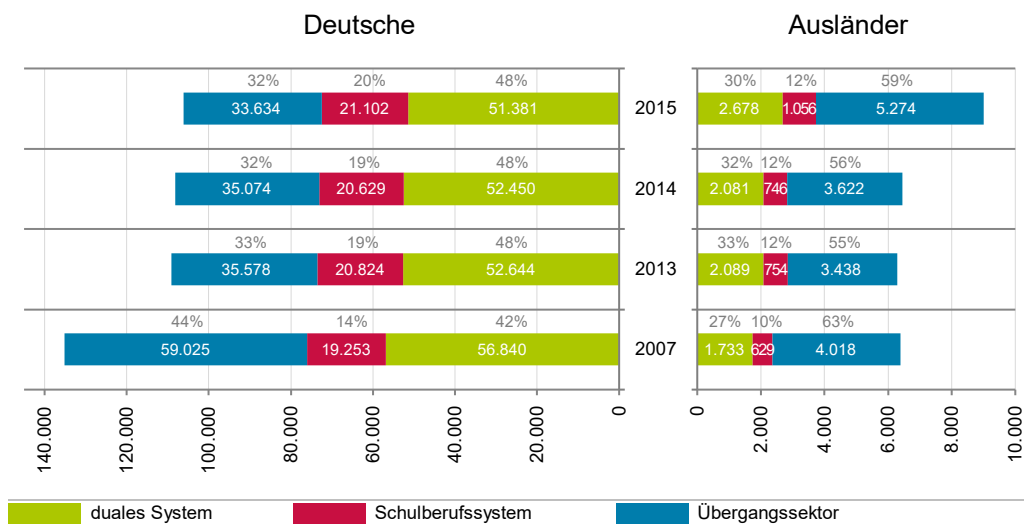
¹⁾ Die regionale Differenzierung der Einmündung in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems liegt für Niedersachsen nur für das Schuljahr 2014/15, nicht für 2015/16 vor.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Staatsangehörigkeit

Generell zeigen die Einmündungen nach Ausländerstatus (Abb. NI-8), dass über alle Jahre hinweg der größte Teil an Ausländern an einer Maßnahme im Übergangssektor teilnimmt. Während der Anteil der Deutschen im Übergangssektor 2015 bei 32 % liegt, ist der Anteil der Ausländer beinahe doppelt so hoch. Mit den Schutz- und Asylsuchenden zeigt sich 2015 zudem ein deutlicher Anstieg der Ausländer im Berufsbildungssystem. Dabei ergibt sich eine leichte Verschiebung bei der Einmündung zwischen den drei Sektoren. Die Zahl der Einmündenden in den Übergangssektor hat sich zwischen 2014 und 2015 absolut um ca. 1.600 bzw. um 44 %, ihr Anteil von 56 auf 59 % erhöht.

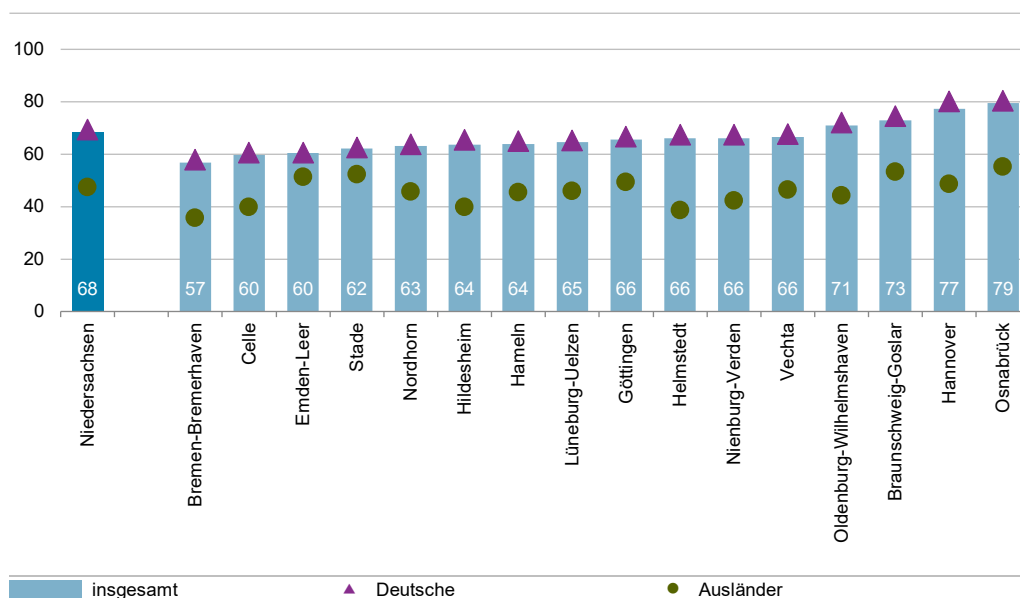
Abbildung NI-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Niedersachsens 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Disparitäten zwischen Ausländern und Deutschen zeigen sich zudem in der regions-spezifischen Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung nach Arbeitsagenturbe-zirken: Die niedrigsten Einmündungsquoten von Ausländern liegen in Helmstedt so-wie Hildesheim vor. Auffällig sind zudem die Großstadtregionen Hannover und Osn-abrück, da hier die Diskrepanz der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung zwischen Deutschen und Ausländern am größten ist. Am geringsten driften die Ein-mündungsquoten in den nördlichen Regionen Emden-Leer sowie Stade auseinander, wobei in diesen Regionen ohnehin geringe Quoten der Einmündung in vollqualifizie-rende Ausbildung vorliegen.

Abbildung NI-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales System und Schulberufssystem) in Niedersachsen 2014* nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



* Die regionale Differenzierung der Einmündung in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems liegt für Niedersachsen nur für das Schuljahr 2014/15, nicht für 2015/16 vor.
 Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Wird die Einmündung von Ausländern in den Übergangssektor differenziert nach Schulformen und Maßnahmen betrachtet, konzentrieren sich die Ausländer insbesondere auf das Berufsvorbereitungsjahr und die einjährige Berufseinstiegsklasse (60,3 %) sowie die Berufsfachschule, die keinen beruflichen Abschluss vermittelt (30,4 %). Wie bereits in Abschnitt 3.4 dargestellt, ist Ersteres nicht unabhängig von der Maßnahme SPRINT für Schutz- und Asylsuchende, die einen flexiblen Übergang in das Berufsvorbereitungsjahr bzw. in die Berufseinstiegsklasse ermöglicht.

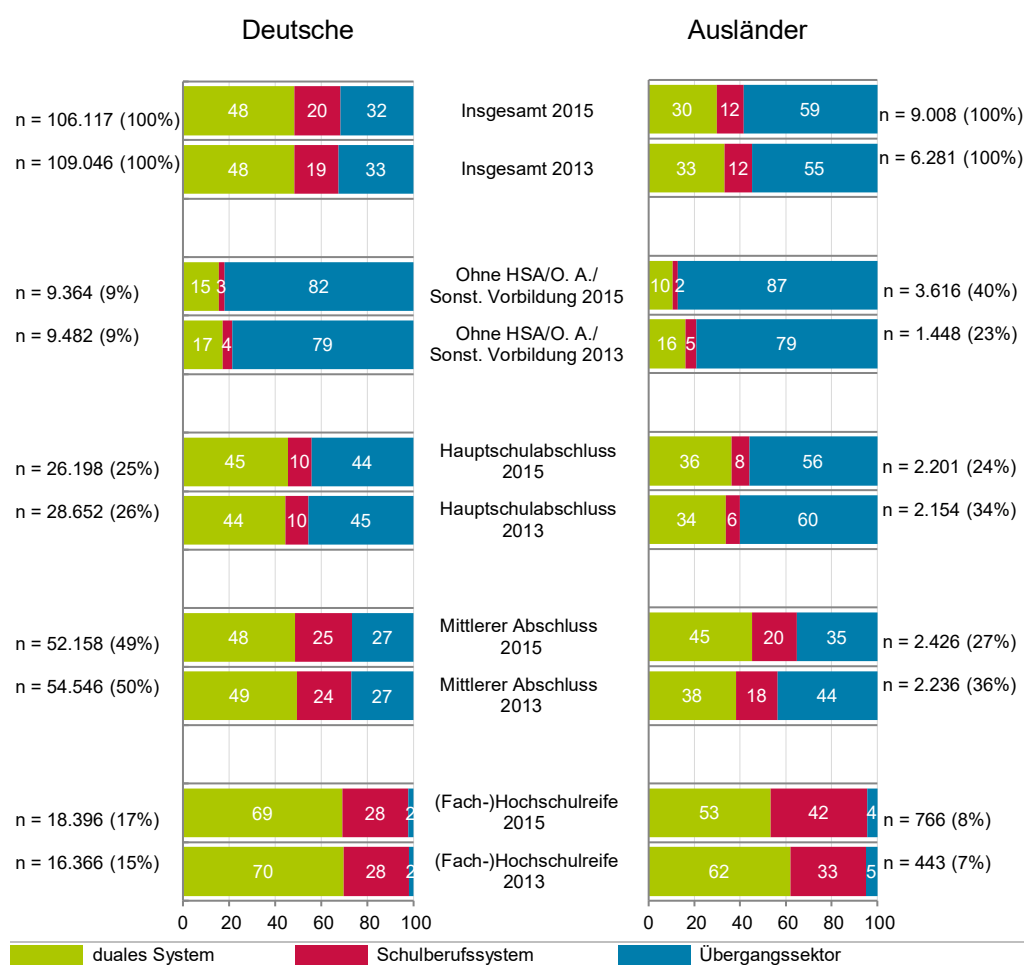
Tabelle NI-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	59.025	100	4.018	100	33.634	100	5.274	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	10.778	18,3	439	10,9	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	31.824	53,9	2.171	54,0	20.455	60,8	1.603	30,4
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	6.231	10,6	879	21,9	6.486	19,3	3.179	60,3
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	1.555	2,6	32	0,8	1.900	5,6	46	0,9
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	6.681	11,3	394	9,8	4.127	12,3	353	6,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.956	3,3	103	2,6	666	2,0	93	1,8

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Ein Chancenunterschied zwischen Ausländern und Deutschen bei der Einmündung in das Berufsbildungssystem in Niedersachsen wird zudem unter Berücksichtigung des Vorbildungsniveaus deutlich (Abb. NI-10). Bildungsabschlussübergreifend gelingt Personen mit Ausländerstatus trotz vergleichbarer Abschlüsse zu den Einmündenden mit deutscher Nationalität seltener die Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung. Zwischen 2013 und 2015 zeigt sich zudem eine leichte Verschlechterung der Einmündungschance in vollqualifizierende Ausbildung für Ausländer, was vermutlich auf die verstärkte Zuwanderung 2014 und 2015 zurückzuführen ist.

Abbildung NI-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Niedersachsens nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



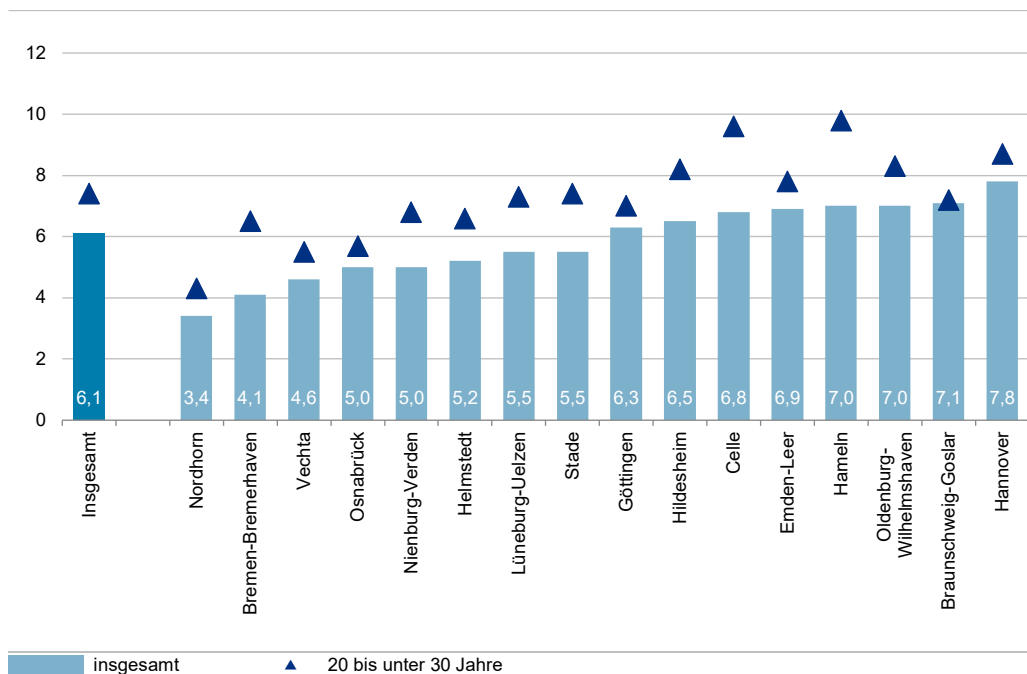
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Werte < 1% werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

4. Arbeitsmarktintegration

Niedersachsen weist mit einer Arbeitslosenquote von 6,1 % und einer Jugendarbeitslosenquote von 7,4 % ein im Ländervergleich durchschnittliches Beschäftigungsrisiko auf. Regionale Unterschiede, wie in Abb. NI-11 dargestellt, sind aber deutlich ausgeprägt. Lediglich Göttingen weist eine beinahe landesdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf. Niedrige Arbeitslosenquoten bestehen vor allem in westlichen Regionen. Überdurchschnittlich hoch ist die Arbeitslosigkeit vor allem in den Großstadtreionen Hannover, Braunschweig-Goslar sowie Oldenburg-Wilhelmshafen und in den kleinstädtischen Regionen Hameln, Emden-Leer, Celle, Hildesheim. Hameln und Celle weisen zudem ein im Landesvergleich überdurchschnittlich hohes Beschäftigungsrisiko für junge Menschen auf.

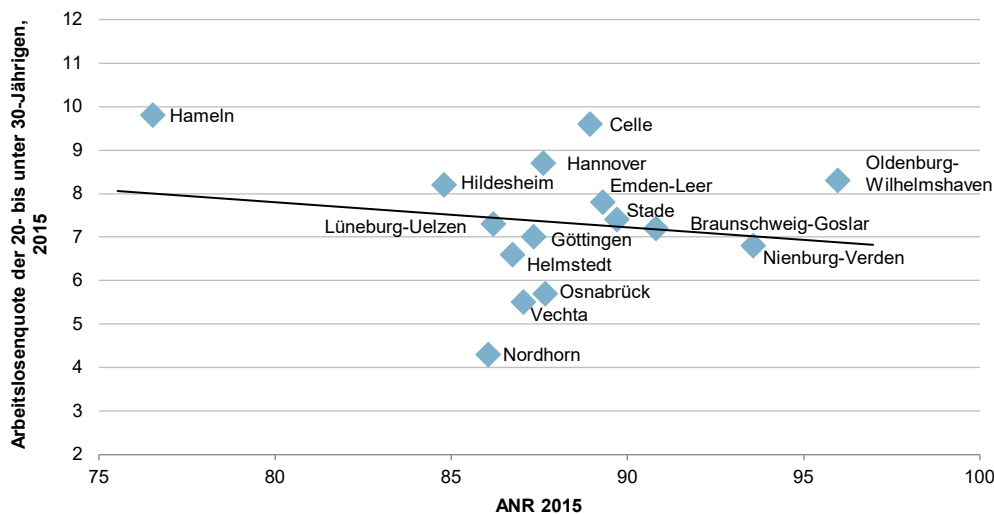
Abbildung NI-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Niedersachsen 2015 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Abschließend wird auf den Zusammenhang zwischen der ANR und Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen eingegangen, um zu prüfen, inwiefern Engpass- und Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt auch mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen. Abbildung NI-12 zeigt einen schwach negativen Zusammenhang für 2015 auf. Dementsprechend steht in einigen Regionen einem angespannten Ausbildungsmarkt auch ein beschäftigungsrisikobehafteter Arbeitsmarkt gegenüber. Besonders auffällig ist der Arbeitsagenturbezirk Hameln, der den prekärsten Markt hinsichtlich der Ausbildungs- und Beschäftigungschance darstellt (ANR: 76,5 %, Jugendarbeitslosigkeit: 9,3 %).

Abbildung NI-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Niedersachsen 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Niedersachsen hat seit Jahren einen der angespanntesten Ausbildungsmärkte im dualen System in Deutschland, der zwar durch ein relativ stabiles Ausbildungsangebot, aber auch durch eine überdurchschnittlich hohe Angebotsunterdeckung geprägt ist. Gemessen an der ANR ist aber seit einigen Jahren eine Entspannung ersichtlich, die vor allem als Folge der wachsenden Hochschulbeteiligung von Schulabsolventen verstanden werden kann, da die Alterskohorte im besonders ausbildungsrelevanten Alter in etwa seit 2007 gleich stark geblieben ist. Obwohl seit 2007 die Nachfrage um etwa 11 % zurückgegangen ist, bleibt aktuell eine Ausbildungsplatzlücke von 8 % bestehen: diese könnte sich durch die hohe Zahl der Zugewanderten im ausbildungsrelevanten Alter in den nächsten Jahren noch erhöhen. Da Niedersachsen sowohl in der Berufsausbildung größere Angebotslücken hat als auch bei den Hochschulzugangsberechtigten eine unterdurchschnittliche Quote aufweist, sind Bildungs- und Berufsbildungspolitik zu erhöhten Anstrengungen aufgefordert.

Auch mit Blick auf die Chancengerechtigkeit der beruflichen Bildung zeichnen sich in Niedersachsen zwei problematische Trends ab: Dies betrifft zum einen den geringeren Tauschwert eines bereits mittleren Schulabschlusses – von niedrigeren Abschlüssen ganz zu schweigen – bei einem verknüpften Ausbildungsangebot, das die Nachfrage nicht annähernd decken kann. Es betrifft zum anderen den erschwerten Ausbildungszugang für ausländische Jugendliche, die lediglich in zwei Regionen etwas weniger stark ausfällt. Ob es gelingt, die neu in den Übergangssektor eingemündeten Schutz- und Asylsuchenden in eine Ausbildung zu integrieren, wird in hohem Maße von der Effektivität der berufsvorbereitenden Programme wie auch von einer begleitenden Unterstützung im Prozess der Ausbildungseinmündung und -durchführung, vor allem aber von einer deutlichen Anhebung des dualen und vollzeitschulischen Ausbildungsplatzangebots abhängen.

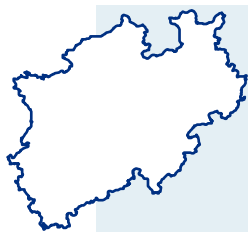
Vor dem Hintergrund der erschwerten Ausbildungszugänge für Jugendliche ohne oder mit maximal Hauptschulabschluss, der überwiegend auch für die angesprochene Gruppe der Schutz- und Asylsuchenden gilt, und einem weiter rückläufigen Angebot an Ausbildungsplätzen wird ohne politische Gegensteuerung der Gefahr einer sozialen Exklusion der genannten Gruppen nicht begegnet werden können. Eine bildungspolitische Gegensteuerung aber ist lediglich in Ansätzen zu erkennen, z. B. am Ausbau von Ausbildungsangeboten im Schulberufssystem – bei jedoch zugleich eher engen Berufswahlmöglichkeiten.

Sowohl aus ökonomischen Leistungs- als auch aus sozialen Gerechtigkeitsgründen ist das Land gehalten, mit seiner Berufsbildungspolitik die beträchtlichen Disparitäten im Land zu verringern. Insbesondere gilt dies für die Verbindung von regionalen und sozialen Disparitäten: Jugendliche in einigen nordwestlichen Arbeitsagenturbezirken haben im Extremfall eine um 20 Prozentpunkte geringere Chance auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung als Jugendliche in den industriebasierten Ballungszentren. Diese regionale Ungleichheit von Ausbildungschancen trifft ausländische Jugendliche noch einmal sehr viel härter als deutsche.

Nordrhein-Westfalen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	NW 2013	NW 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	34.735 €	36.544 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,4 %	11,4 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	95,0 %	91,50 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	17,8%	19,2 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	35,2 %	41,1 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	47,1 %	39,7 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	26,5 %	23,9 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	33,3 %	32,0 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	22,1 %	23,3 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	16,7 %	19,6 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	13,7 %	14,4 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	59,0 %	59,4 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	12,6 %	13,6 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	14,7 %	12,6 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	37,6 %	37,5 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	28,1 %	28,4 %	27,8 %
In Großbetrieben	34,3 %	34,1 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	25,2 %	25,6 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	26,5 %	26,7 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	31,6 %	31,8 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	8,3 %	8,0 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	3.800 €	4.000 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.400 €	2.600 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	2,7 %	2,7 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Mit einem BIP p. c. von 36.544 € liegt Nordrhein-Westfalen leicht unterhalb des Bundesdurchschnitts von 37.128 €. Gegenüber 2013 ist zwar ein Anstieg um 5,2 % auszumachen, im Bundesländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen mit dieser Steigerungsrate jedoch am unteren Ende.

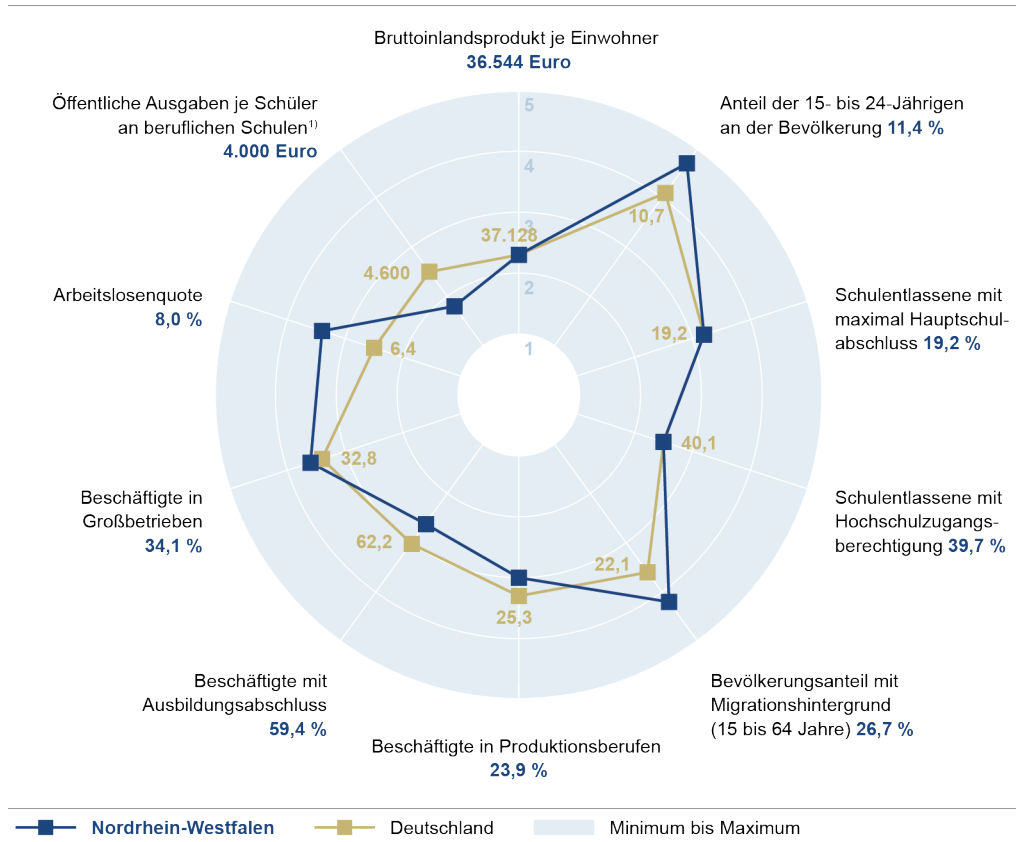
Vor dem Hintergrund, dass Nordrhein-Westfalen Kernland der deutschen Schwerindustrie war, verwundert der vergleichsweise niedrige Anteil an Beschäftigten in

Produktionsberufen (23,9 %), der sogar leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 25,3 % liegt. Dies bedeutet allerdings auch, dass in Nordrhein-Westfalen ein großer sektoraler Strukturwandel hin zur Dienstleistungsökonomie stattgefunden hat. Mit einem Anteil an 51,6 % Beschäftigten in kaufmännischen, technischen und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen weist unter den Flächenländern nur Hessen eine höhere Quote auf. Bei der Quote der Beschäftigten in personenbezogenen Dienstleistungen entspricht Nordrhein-Westfalen genau dem Bundesdurchschnitt (23,3 %).

Leicht überdurchschnittlich häufig arbeiten die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen in Großbetrieben (34,1 im Vergleich zu 32,8 % im Bundesdurchschnitt), entsprechend unterdurchschnittlich sind sie in Klein- und Kleinstbetrieben anzutreffen (37,6 gegenüber 39,4 % im Bundesdurchschnitt). Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen ist vergleichbar mit jener in Baden-Württemberg: eine überdurchschnittlich hohe Quote an Beschäftigten ohne Berufsabschluss bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen an Beschäftigten mit Aus- und Fortbildungsabschluss (59,4 %) und mit (Fach-)Hochschulabschluss (13,6 %). Vor dem Hintergrund, dass in Nordrhein-Westfalen der Industrieanteil im Vergleich zu Baden-Württemberg vergleichsweise gering ist, überrascht jedoch die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen die zweithöchste Quote von Beschäftigten ohne Berufsabschluss aufweist. Diese muss man in der Regel um die Beschäftigten ergänzen, deren Ausbildung unbekannt ist (12,6 %), bei denen aber davon ausgegangen werden kann, dass es sich um unqualifizierte Beschäftigte handelt. Mit anderen Worten ist fast ein Viertel der Beschäftigten ohne ausgewiesene Berufsausbildung.

Die Arbeitslosenquote liegt in Nordrhein-Westfalen mit 8 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt und auch im Vergleich zu 2013 weiterhin auf hohem Niveau.

Abbildung NW-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Nordrhein-Westfalens 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

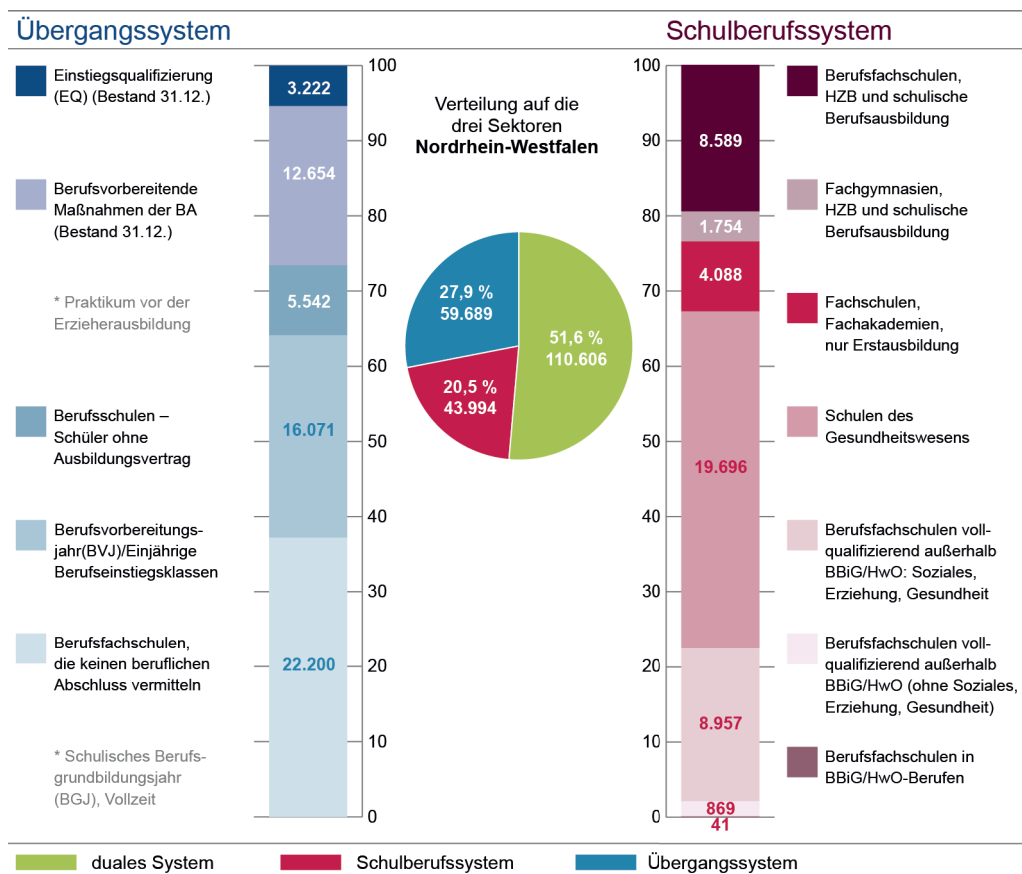
Auf der Angebotsseite repräsentiert Nordrhein-Westfalen bei allen drei Qualifikationsniveaus der Schulabgänger in etwa den Bundesdurchschnitt. Gegenüber 2013 sind damit deutliche Verschiebungen festzustellen: Der Anteil der Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulabschluss ist in den zwei Jahren um gut 7 Prozentpunkte zurückgegangen, dagegen hat sich vor allem die Quote der Personen mit mittlerem Abschluss deutlich erhöht, die derjenigen Personen, die die Schule mit maximal Hauptschulabschluss verlassen, dagegen weniger stark. Vor dem Hintergrund, dass Personen mit mittlerem Abschluss das Hauptklientel der Berufsausbildung darstellen, erscheint der steigende Anteil als positive Ausgangsvoraussetzung für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Dies wird unterstützt durch die im Bundeslandvergleich günstige Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen, die mit 91,5 % deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts von 83,2 % liegt. In der längerfristigen Perspektive ergibt sich allerdings auch für Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit einer expansiven Berufsbildungspolitik. So weist die Relation der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen mit einer Quote von 79,3 % auf einen demografisch bedingten Rückgang des Nachfragepotenzials für Ausbildung hin. Darüber hinaus gehört Nordrhein-Westfalen zu den drei Flächenländern mit dem höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter (31,8 %), der insbesondere in den Ballungszentren und Großstädten die Berufsbildungspolitik fordert. Dies gilt insbesondere, weil Nordrhein-Westfalen mit 4.000 € bei den öffentlichen Ausgaben je Schüler an beruflichen Schulen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Sofern man den Bundesdurchschnitt als eine Art Normalitätsmaß betrachtet, heißt das, dass die Finanzsituation der beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen eher angespannt ist.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Nordrhein-Westfalens

2.1. Das Berufsbildungssystem

Das Berufsbildungssystem Nordrhein-Westfalens entspricht in der Sektorengliederung fast genau dem Bundesdurchschnitt: 51,6 % der Neuzugänge gehen in das duale System, 20,5 % in das Schulberufssystem und 27,9 % in den Übergangsbereich über (Abb. NW-2). Im Vergleich mit 2013 ist damit eine hohe Konstanz in der Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren festzustellen.

Abbildung NW-2 Das Berufsbildungssystem Nordrhein-Westfalens 2015



* Wird in Nordrhein-Westfalen nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Absolut gesehen, haben sich allerdings die Neuzugänge zu allen drei Sektoren des Berufsbildungssystems gegenüber 2013 rückläufig entwickelt. Am deutlichsten ist dies für das Schulberufssystem feststellbar; mit 13 % ist der Rückgang der Neuzugangszahlen zum vollzeitschulischen Ausbildungssystem in keinem anderen Bundesland so hoch wie in Nordrhein-Westfalen (Tab. NW-1). Innerhalb des Schulberufssystems ist vor allem eine Abnahme der Neuanfängerzahlen bei den Fachschulen/Fachakademien (nur Erstausbildung), den Fachgymnasien, die sowohl eine Hochschulzugangsberechtigung

als auch eine Berufsausbildung beinhalten, den Schulen des Gesundheitswesens und den Berufsfachschulen, die in BBiG/HwO-Berufen ausbilden, festzustellen. Trotz dieser Veränderungen wird das Schulberufssystem auch 2015 nach wie vor von den Schulen des Gesundheitswesens (44,8 %), den vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) (mit Soziales, Erziehung und Sozialwesen, 20,4 %) und von den Berufsfachschulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung und Berufsausbildung vermitteln (19,5 %), dominiert (Tab. NW-1).

Auch für den dualen Sektor zeigt sich eine abnehmende Zahl der Neuzugänge um 4,7 %. Im Übergangsbereich Nordrhein-Westfalens sind dagegen weiterhin 28 % der Neuzugänge zum Berufsbildungssystem wiederzufinden, womit sich Nordrhein-Westfalen nach wie vor im oberen Drittel des Bundesländervergleichs befindet. Gleichfalls wird allerdings deutlich, dass Nordrhein-Westfalen zu jenen Bundesländern gehört, die die Neuzugangszahlen zum Übergangsbereich zwischen 2013 und 2015 trotz höherem Flüchtlingszuwachs leicht reduzieren konnten (um 2,3 %, absolut von 61.087 im Jahr 2013 auf 59.689 2015). Dies ist zum einen auf die demografisch bedingten rückläufigen Schulabsolventenzahlen vor allem in der Gruppe der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss zurückzuführen. Zum anderen ist denkbar, dass sich hier bereits erste Erfolge der jüngsten Reformen im Übergangsbereich abzeichnen. Kern der Reform stellt die Reduzierung und Neustrukturierung der Angebote des Übergangsbereichs an den Berufskollegs dar (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2013). So wurde das Berufsgrundbildungsjahr mit Beginn des Schuljahres 2015/16 abgeschafft und in die einjährige Berufsfachschule integriert, in der die Jugendlichen je nach schulischem Vorbildungsniveau die Möglichkeit haben, entweder den erweiterten Hauptschul- oder den mittleren Abschluss zu erwerben. Der starke Anstieg zwischen 2013 und 2015 um 87,6 % geht daher vor allem auf diese Reformmaßnahme zurück. Weiterhin wurden das Berufsorientierungsjahr und die Klassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (KSOB) aufgrund ihrer begrenzten Erfolge abgeschafft und auf eine einheitliche Grundlage in Gestalt des Ausbildungsvorbereitungsjahres gestellt. Mithilfe von Qualifizierungsbausteinen sollen dort fachliche Grundlagen für bestimmte Berufsfelder und über eine neue Allgemeinbildungsdidaktik das Nachholen eines Hauptschulabschlusses erreicht werden (vgl. Baethge, Baethge-Kinsky 2013: 25 f.). Der erhebliche Anstieg der Neuzugangszahlen zum Berufsvorbereitungsjahr und den einjährigen Berufseinstiegsklassen ist daher zum Teil dieser Maßnahme geschuldet. Insbesondere aber durch den starken Zuwachs an Ausländern zum Übergangsbereich im Rahmen des jüngsten Flüchtlingszuwachses, der vor allem in diesem Bildungsgang wiederzufinden ist (vgl. hierzu Abs. 3.3 und 3.4).

Die Verteilung der Neuzugänge zum Übergangsbereich 2015 stellt sich daher wie folgt dar: Über ein Drittel (37,2 %) landet in den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln; 26,9 % im Berufsvorbereitungsjahr und den einjährigen Berufseinstiegsklassen und immerhin 21,2 % in den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Demgegenüber sind die Anteile in den Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (9,3 %) und in der Einstiegsqualifizierung (5,3 %) vergleichsweise gering.

Tabelle NW-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	120.285	116.103	110.606	100,0	–8,0	–4,7
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	47.585	50.588	43.994	100,0	–7,5	–13,0
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	80	158	41	0,1	–48,8	–74,1
Berufsfachschulen vollqualifizierend außer- halb BBiG/HwO	1.218	875	869	2,0	–28,7	–0,7
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	33.109	37.656	32.741	74,4	–1,1	–13,1
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	8.109	8.009	8.957	20,4	10,5	11,8
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	17.820	20.493	19.696	44,8	10,5	–3,9
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	7.180	9.154	4.088	9,3	–43,1	–55,3
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	13.178	11.899	10.343	23,5	–21,5	–13,1
Darunter Fachgymnasien, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	2.669	3.687	1.754	4,0	–34,3	–52,4
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	10.509	8.212	8.589	19,5	–18,3	4,6
Übergangssektor insgesamt	88.294	61.087	59.689	100,0	–32,4	–2,3
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	19.603	20.885	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	19.178	11.832	22.200	37,2	15,8	87,6
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	5.661	4.550	16.071	26,9	183,9	253,2
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	17.280	6.796	5.542	9,3	–67,9	–18,5
Praktikum vor der Erzieherausbildung	48	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	20.332	13.052	12.654	21,2	–37,8	–3,0
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	6.192	3.972	3.222	5,4	–48,0	–18,9
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeits- verwaltung an beruflichen Schulen	15.151	10.249	9.693		–36,0	–5,4

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

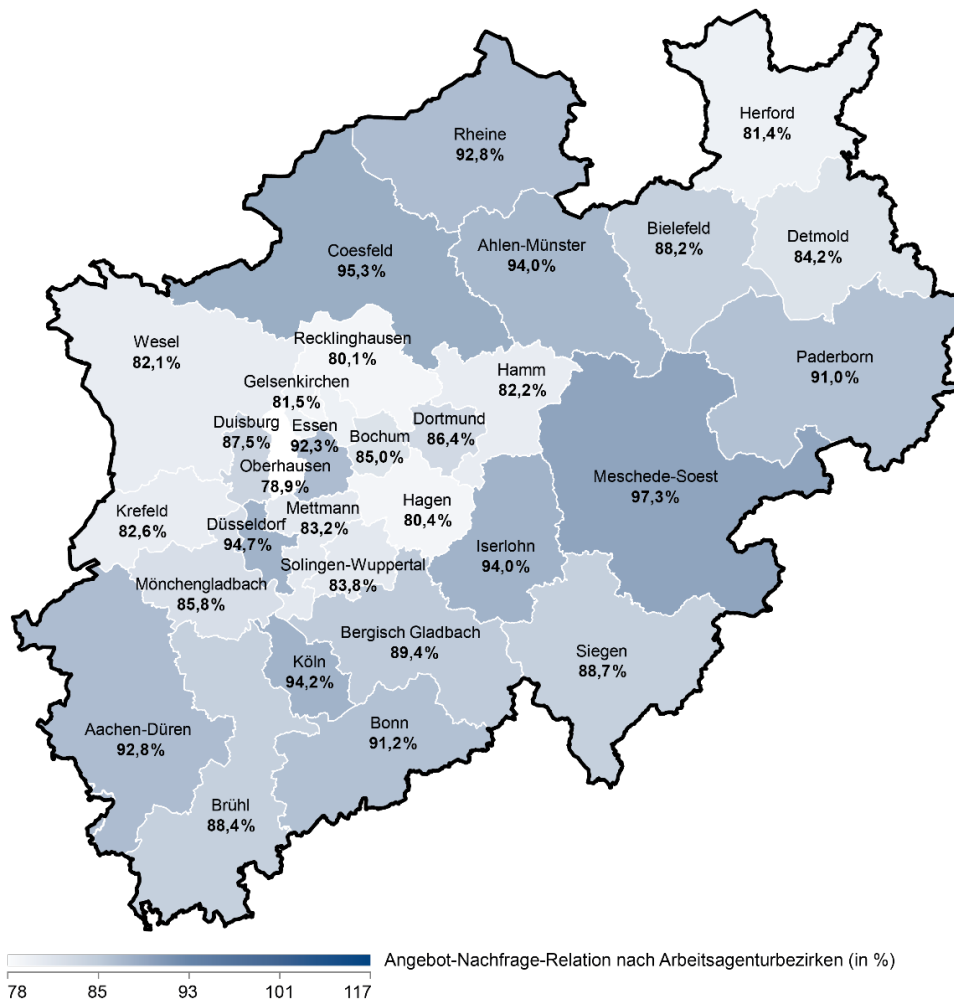
2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Nordrhein-Westfalen

Die Situation auf dem dualen Ausbildungsmarkt ist seit Jahren durch eine erhebliche Angebotsunterdeckung geprägt. Mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 88,3 % im Jahr 2016 liegt Nordrhein-Westfalen an zweitletzter Position im Bundesländervergleich. Zwar ist es auch in Nordrhein-Westfalen, entsprechend dem Bundestrend, seit 2007 zu einer Entspannung auf dem dualen Ausbildungsmarkt gekommen, mit einem Anstieg der ANR um 5,5 Prozentpunkte fällt diese allerdings deutlich geringer aus als für das Bundesgebiet (Anstieg von 8,7 Prozentpunkten). Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Bundesgebiet der Rückgang der Nachfrage (–4,7 %) und des Angebots (–3,1 %) ähnlich stark ausfallen, während für Deutschland insgesamt ein stärkerer Rückgang auf Seiten der Nachfrage

nach Ausbildungsplätzen (–20,3 %) im Vergleich zum Rückgang auf der Angebotsseite (–12,5 %) festzustellen ist. Das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen, das bei 79,3 % liegt, deutet jedoch darauf hin, dass sich in den kommenden Jahren unter der Voraussetzung eines stabilen Ausbildungsangebots die Ausbildungsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen ausgeglichener gestalten sollte, sofern der demografisch bedingte Nachfragerückgang nicht durch Migration ausgeglichen wird.

Die regionale Differenzierung des Ausbildungsmarktes nach den 30 Arbeitsagenturbezirken verdeutlicht zweierlei: Zum einen gibt es in Nordrhein-Westfalen keinen Arbeitsagenturbezirk, in dem eine ausgeglichene ANR besteht (ANR > 100 %). Zum anderen sind deutliche regionale Unterschiede in der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im dualen Berufsbildungssystem festzustellen. Die regionsspezifische ANR reicht von 97,3 % in Meschede-Soest bis zu 78,9 % in Oberhausen. Hier stellt sich die Ausbildungsmarktsituation besonders problematisch dar.

Abbildung NW-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Nordrhein-Westfalen 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

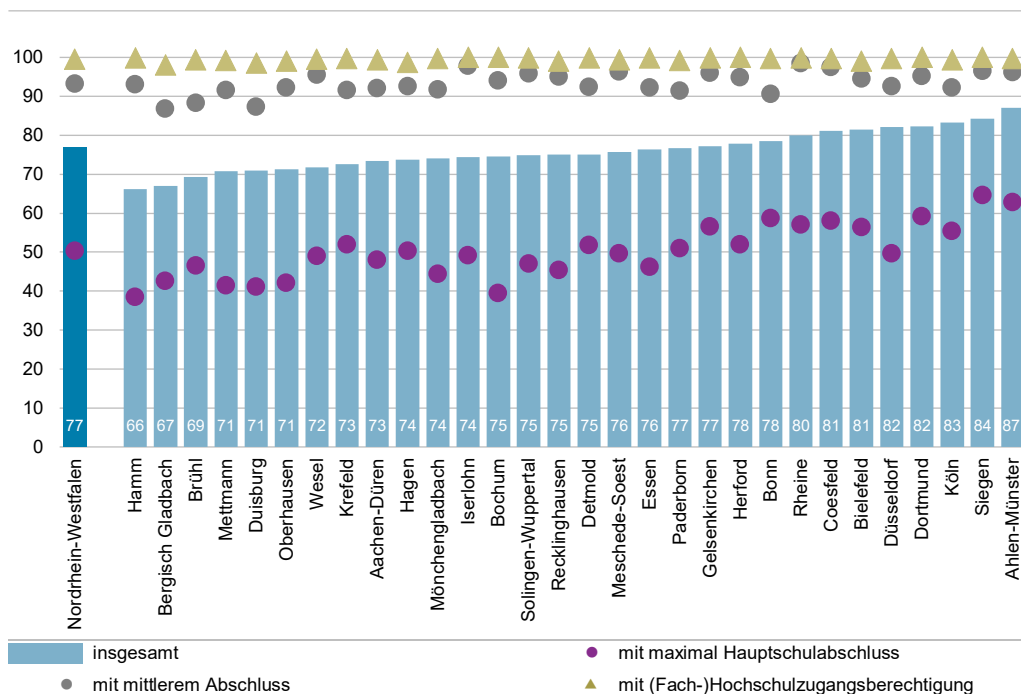
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Nordrhein-Westfalen

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Fast der Hälfte der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss gelingt der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung. Damit entspricht Nordrhein-Westfalen ungefähr dem Bundesdurchschnitt. Bei den anderen beiden Qualifikationsgruppen – den Jugendlichen mit mittlerem Abschluss oder (Fach-) Hochschulreife – stellt sich der Übergangsprozess im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern dagegen schwieriger dar: Fast jeder Zehnte Schulabsolvent mit mittlerem Abschluss und immerhin 3,1 % derjenigen mit (Fach-)Hochschulreife beginnt seinen Ausbildungsverlauf im Übergangsbereich.

Große Unterschiede in den Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen den Arbeitsagenturbezirken sind insbesondere für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss festzustellen. Die Anteile schwanken zwischen 38,2 % im Arbeitsagenturbezirk Hamm und 64,5 % im Arbeitsagenturbezirk Siegen (Abb. NW-4). Bei Jugendlichen mit mittlerem Abschluss sind die regionalen Unterschiede in den Einmündungsquoten weniger stark ausgeprägt; sie variieren um bis zu 12 Prozentpunkte. Für Jugendliche mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung gilt dagegen für alle Arbeitsagenturbezirke, dass annähernd 100 % den Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung schaffen.

Abbildung NW-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Nordrhein-Westfalen 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)

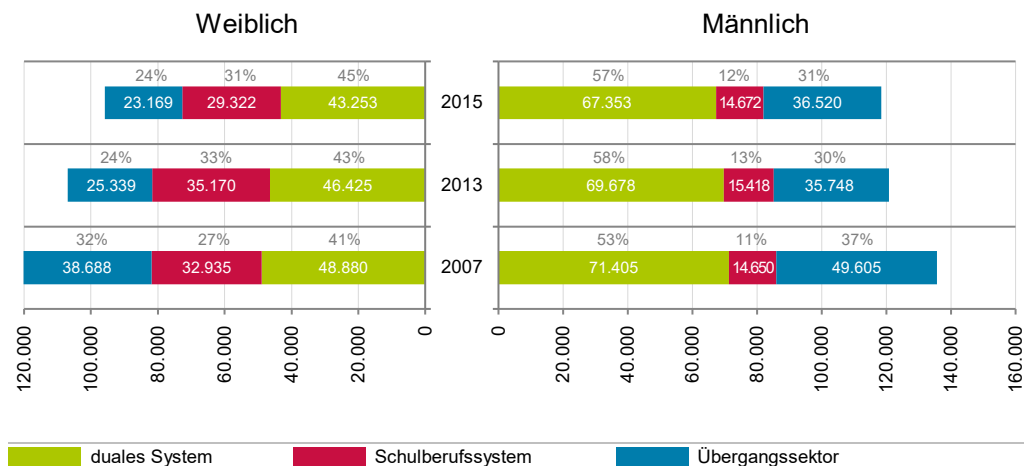


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die Abnahme der Zahl der Neuzugänge zum Berufsbildungssystem zwischen 2007 und 2015 ist gleichermaßen auf eine Reduzierung der weiblichen wie der männlichen Neuanfänger zurückzuführen; bei den Frauen fällt sie jedoch etwas deutlicher aus (Abb. NW-5). Damit einher gehen auch deutliche Verschiebungen in der Verteilung zwischen den drei Sektoren: Die Neuzugangszahlen zum Übergangsbereich sind rückläufig – bei den Frauen um 8 Prozentpunkte, bei den Männern um 6 Prozentpunkte. Dies geht bei den Frauen einher mit einer Erhöhung der Einmündungsquoten sowohl in das duale als auch in das Schulberufssystem. Bei den Männern ist dagegen vor allem eine Zunahme im Anteil der Neuzugänge zum dualen System festzustellen. Nach wie vor liegt daher in Nordrhein-Westfalen die traditionelle geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems vor.

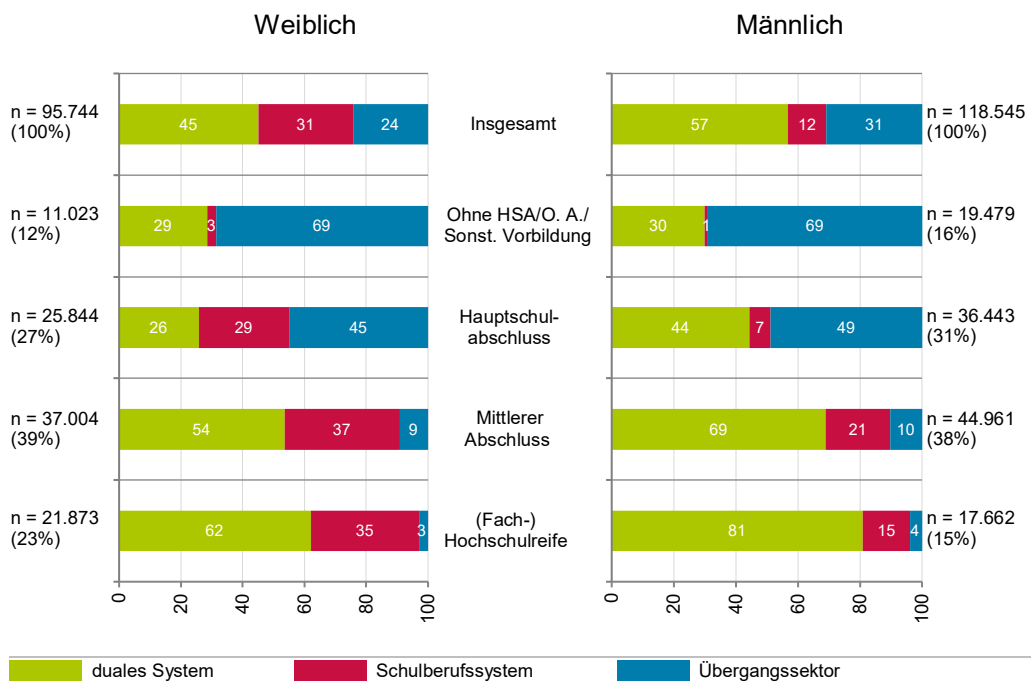
Abbildung NW-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Nordrhein-Westfalens 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss zunächst in einer Maßnahme des Übergangssektors landen (69 %). Selbst wenn sie einen Hauptschulabschluss aufweisen, gelingt nur etwas mehr als der Hälfte der Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Insgesamt nehmen die Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung mit steigendem Schulabschlussniveau zu und damit auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Verteilung auf duale bzw. vollzeitschulische Ausbildungsgänge (Abb. NW-6).

Abbildung NW-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Nordrhein-Westfalens 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

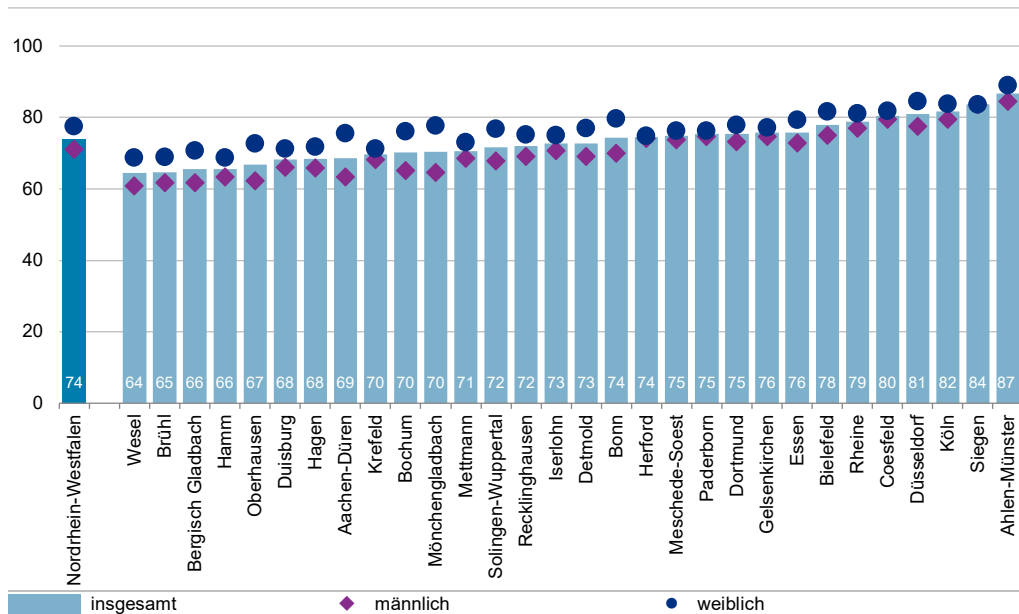


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wie für Nordrhein-Westfalen insgesamt gilt ebenfalls auf Arbeitsagenturbezirksebene, dass Frauen häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden als Männer (Abb. NW-7). Allerdings werden diesbezüglich ebenfalls regionalspezifische Unterschiede sichtbar: So gelingt es in den Arbeitsagenturbezirken Siegen, Herford und Paderborn besonders gut, gleiche Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung für Frauen und Männer herzustellen. Dagegen bestehen in den Arbeitsagenturbezirken Mönchengladbach, Aachen-Düren und Bochum mit 11 Prozentpunkten und höher die größten geschlechtsspezifischen Differenzen. Im Bundesländervergleich sind damit jedoch die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung in Nordrhein-Westfalen weniger stark ausgeprägt als in anderen Flächenländern wie Bayern und Baden-Württemberg.

Abbildung NW-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Nordrhein-Westfalen 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



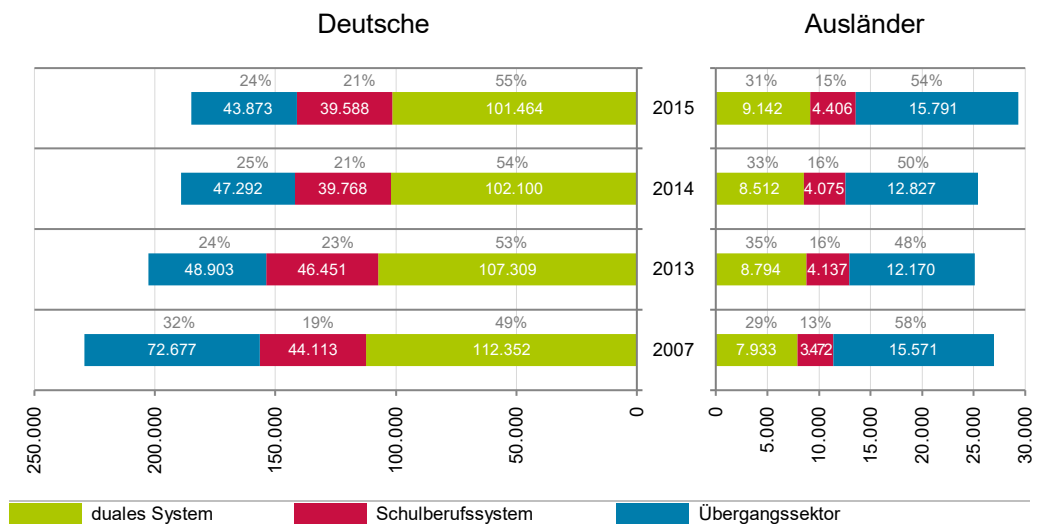
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der Zahl der deutschen und ausländischen Neuzugänge zu den drei Sektoren des Berufsbildungssystems weist seit 2007 in unterschiedliche Richtungen (Abb. NW-8). Für die deutschen Neuzugänge ist zwischen 2007 und 2015 für alle drei Sektoren ein erheblicher Rückgang festzustellen. Im dualen System sank die Zahl der Neuzugänge von 112.352 auf 101.464 um 9,7 %, im Schulberufssystem von 44.113 auf 39.588 um 10,3 % und im Übergangsbereich von 72.677 auf 43.873 sogar um 39,6 %. Diese Entwicklungen in den absoluten Zahlen der Neuzugänge in der Gruppe der Deutschen haben dazu geführt, dass 2015 nur noch 24 % der Neuanfänger im Übergangsbereich, nach wie vor ein Fünftel im Schulberufssystem und inzwischen über die Hälfte im dualen System eingemündet sind. Gegenüber 2007 fällt damit der deutliche Rückgang der Neuanfänger zum Übergangsbereich ins Gewicht.

Bei den Ausländern ist dagegen, absolut gesehen, für alle drei Sektoren ein Anstieg in den Neuzugangszahlen zwischen 2007 und 2015 auszumachen – für das duale System um 15,2 %, für das Schulberufssystem um 26,9 % und für den Übergangsbereich um 1,4 %. Allerdings wird ebenso deutlich, dass sich die Zahl der Neuzugänge zu Maßnahmen des Übergangssektors bis 2013, wie bei den Deutschen festzustellen, reduziert hat und erst mit dem jüngsten Flüchtlingszuwachs wieder eine Zunahme zu verzeichnen ist. Unabhängig von der absoluten Entwicklung der Neuzugangszahlen, weist die Verteilung der Ausländer auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems im letzten Jahrzehnt eine hohe Konstanz auf: Mindestens die Hälfte der ausländischen Neuanfänger landet in einer Maßnahme des Übergangsbereichs, knapp ein Drittel im dualen System und gut jeder Sechste im Schulberufssystem. Insgesamt weist dies auf erhebliche Diskrepanzen in den Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen Deutschen und Ausländern hin.

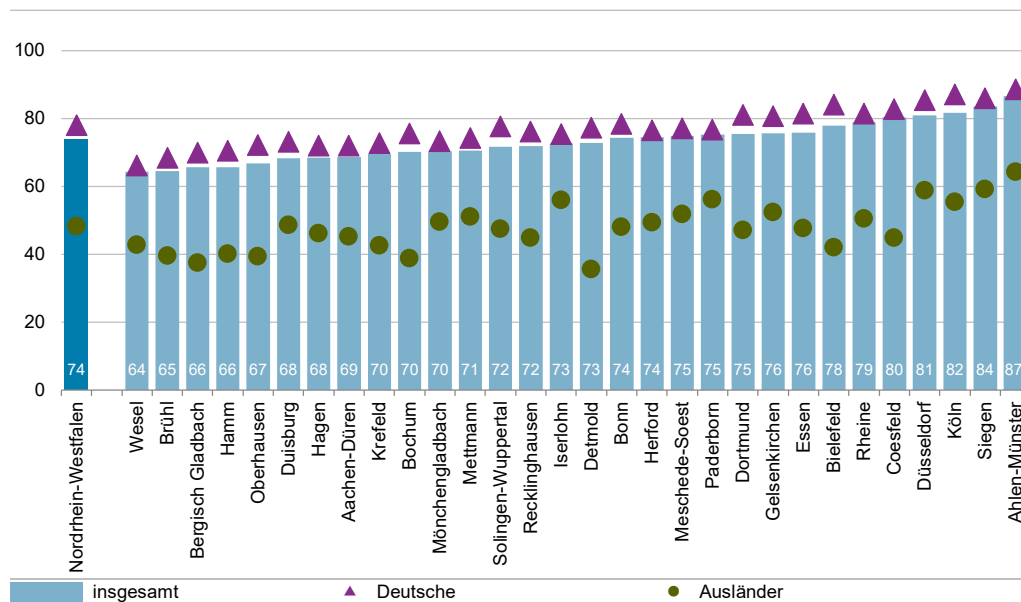
Abbildung NW-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Nordrhein-Westfalens 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die insgesamt niedrigen Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung von Ausländern in Nordrhein-Westfalen sind für alle Arbeitsagenturbezirke feststellbar (Abb. NW-9): Ihre Einmündungsquoten variieren von 64,4 % im Arbeitsagenturbezirk Ahlen-Münster bis zu 35,6 % in Detmold. Erhebliche regionale Unterschiede sind auch bei den Chancendifferenzen der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen Deutschen und Ausländern festzustellen. So gelingt die Integration von Ausländern in das Berufsbildungssystem auf kommunaler Ebene in unterschiedlichem Ausmaß: Die geringste Differenz zwischen Deutschen und Ausländern weist der Arbeitsagenturbezirk Iserlohn mit 10,5 Prozentpunkten, die größte Differenz der Arbeitsagenturbezirk Bielefeld mit 42,2 Prozentpunkten auf. Diese Unterschiede können allerdings nicht auf ein unterschiedliches Angebot an dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen in den verschiedenen Arbeitsagenturbezirken zurückgeführt werden, sondern sind als Selektionsresultate zu begreifen.

Abbildung NW-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Nordrhein-Westfalen 2015 nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Anders als in anderen Bundesländern hat sich die Verteilung von Deutschen und Ausländern auf die verschiedenen Bildungsgänge des Übergangsbereichs (Tab. NW-2) nicht nur bedingt durch die Zunahme von Ausländern im Rahmen des jüngsten Flüchtlingszuwachses, sondern auch durch die vorgenommenen Reformmaßnahmen im Übergangsbereich verändert (vgl. auch Abs. 3.3). Bei den deutschen Neuzugängen fällt insbesondere der mit der Abschaffung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) zunehmende Anteil an Neuanfängern in den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, sowie der Anstieg im Berufsvorbereitungsjahr und den einjährigen Berufseinstiegsklassen aufgrund der vorgenommenen Reformmaßnahmen auf. Eine entsprechende Entwicklung ist auch für die ausländischen Neuzugänge auszumachen mit dem Zusatz, dass sich ihr Anteil im Berufsvorbereitungsjahr durch den Zuwachs an Flüchtlingen sogar mehr als verdoppelt hat. Maßnahmen zur Sprachförderung und Kulturvermittlung scheinen dementsprechend insbesondere in diesen Bildungsgängen angeboten zu werden. Weiterhin auffällig ist, dass 2015 deutlich weniger Ausländer in durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierten Maßnahmen sind. Ihr Anteil hat sich von 19,9 % im Jahr 2007 auf 12,7 % 2015 reduziert. Dagegen ist der Anteil deutscher Neuzugänge zu den berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA zwischen 2007 und 2015 nahezu konstant geblieben. Dies spricht dafür, dass die berufliche Integration von Geflüchteten vornehmlich Aufgabe des Landes ist und nicht über die vom Bund finanzierten BA-Maßnahmen läuft.

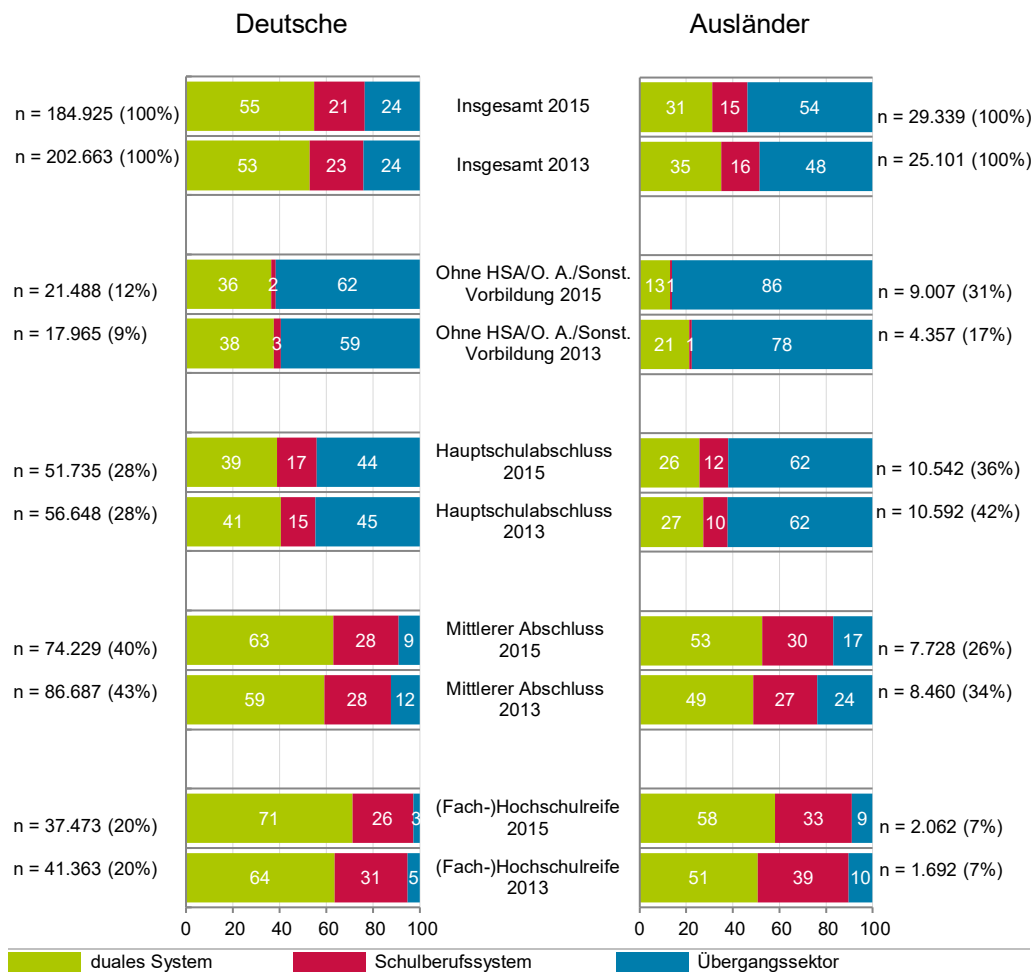
Tabelle NW-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	72.677	100	15.571	100	43.873	100	15.791	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	16.224	22,3	3.379	21,7	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	15.842	21,8	3.336	21,4	16.958	38,7	5.242	33,2
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	4.191	5,8	1.470	9,4	8.963	20,4	7.108	45,0
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	13.709	18,9	3.571	22,9	4.765	10,9	777	4,9
Praktikum vor der Erzieherausbildung	46	0,1	2	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	17.190	23,7	3.100	19,9	10.627	24,2	2.006	12,7
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	5.475	7,5	713	4,6	2.560	5,8	658	4,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Unterschiede in den Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung zwischen Deutschen und Ausländern sind nach wie vor auch nach dem schulischen Vorbildungsniveau festzustellen (Abb. NW-10). Zwar gilt für beide Gruppen, dass das Fehlen eines Schulabschlusses mit niedrigen Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung einhergeht, für Ausländer stellt sich dieser Übergang aber ungleich schwerer dar. Von ihnen landen im Jahr 2015 86 % zunächst in einer Maßnahme der Ausbildungsvorbereitung, unter den Deutschen sind es vergleichsweise „nur“ 62 %. Mit steigendem schulischen Vorbildungsniveau nehmen zwar die Einmündungen in eine vollqualifizierende Ausbildung zu, die Differenzen zwischen Ausländern und Deutschen bleiben aber bestehen.

Abbildung NW-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Nordrhein-Westfalens nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



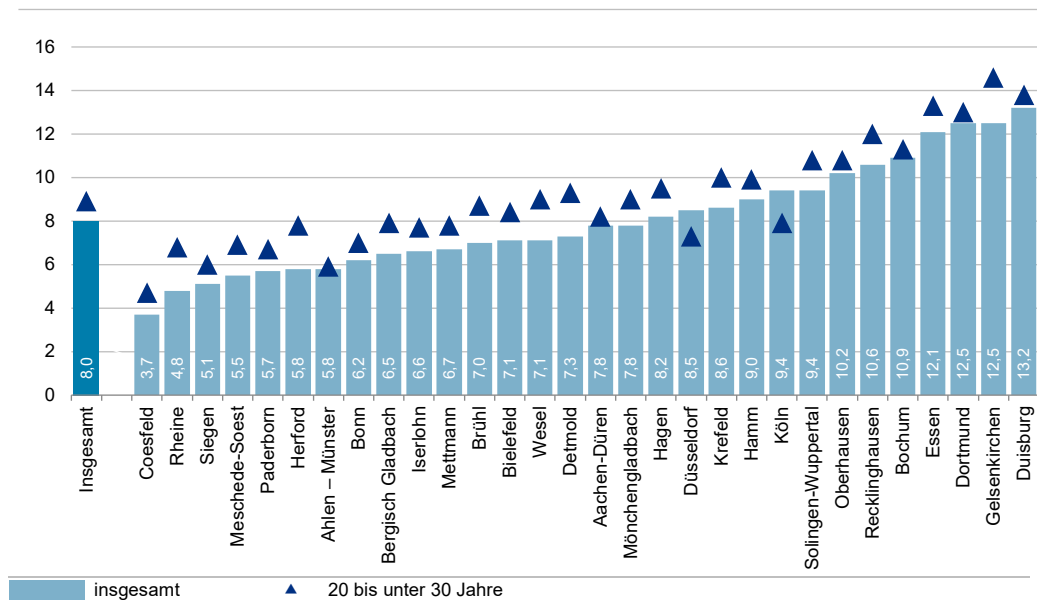
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Nordrhein-Westfalen weist mit einer Arbeitslosenquote von 8 % ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes hohes Beschäftigungsrisiko auf. Ebenfalls bei der Jugendarbeitslosenquote der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen liegt Nordrhein-Westfalen mit 8,9 % oberhalb des Bundesdurchschnitts von 7,1 %. Zwischen den Arbeitsagenturbezirken gibt es große Unterschiede: So schwankt die Arbeitslosenquote zwischen 13,3 % im Arbeitsagenturbezirk Duisburg und 3,7 % im Arbeitsagenturbezirk Coesfeld. Ähnlich hohe Schwankungen sind bezogen auf die Jugendarbeitslosenquote festzustellen, die zwischen 14,6 % in Gelsenkirchen und 4,7 % in Coesfeld liegt (Abb. NW-11). Insgesamt besteht damit ein enger Zusammenhang zwischen der allgemeinen und der Jugendarbeitslosenquote.

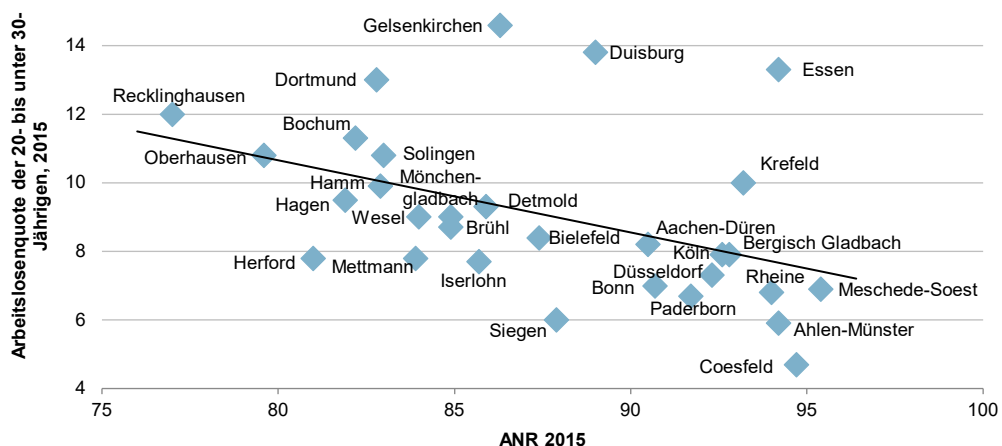
Abbildung NW-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Nordrhein-Westfalen 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Der negative Zusammenhang zwischen der ANR und der Jugendarbeitslosenquote auf Arbeitsagenturebene bezogen auf die 20- bis unter 30-Jährigen ($p = -0.432$; Signifikanz = 0,017, Abb. NW-12) verdeutlicht, dass Arbeitsagenturbezirke mit einer niedrigen ANR eine höhere Jugendarbeitslosenquote und umgekehrt Arbeitsagenturbezirke mit einer vergleichsweise hohen ANR eine niedrige Jugendarbeitslosenquote aufweisen. Insofern mindert ein unzureichendes Angebot an Ausbildungsplätzen nicht nur kurzfristig die Ausbildungschancen der Jugendlichen, sondern hat auch mittelfristig spürbare Effekte auf instabile Berufs- und Erwerbsverläufe.

Abbildung NW-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Nordrhein-Westfalen 2015 (in %)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik und bis nach der Mitte des letzten Jahrhunderts das Kernland der deutschen Industrialisierung auf der Basis von Kohle und Stahl, scheint den sektoralen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie vollzogen zu haben, wenn man den unterdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil in Produktionsberufen von 24 % zum Maßstab nimmt. Aber dieser Schein trägt zumindest im Bereich der Berufsausbildung erheblich. Die Nachwehen der großen Industrievergangenheit des Landes wird man mit einer gewissen Berechtigung in den heutigen Schwierigkeiten mit der dualen Berufsausbildung annehmen dürfen. Zwar hat Nordrhein-Westfalen insgesamt und in allen Arbeitsagenturbezirken ein Unterangebot an Ausbildungsplätzen. Aber die Durchschnittsquote von 88 % in der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) verteilt sich extrem ungleich zwischen den alten Ruhrgebietsbezirken, in denen die ANR zwischen 79 % (Oberhausen) und 80 % bis 84 % liegen (Hagen, Gelsenkirchen, Hamm u. a.), und den Rhein-Agenturbezirken, in denen die ANR durchgängig merklich über 90 % liegt; von den alten Bezirken weist lediglich Essen eine vergleichbar hohe ANR auf.

Eine Verbesserung der Berufsausbildungssituation, zu der die Berufsbildungspolitik aufgerufen ist, erscheint ohne eine intensivere Arbeitsmarkt- und wirtschaftliche Strukturpolitik immer noch nicht möglich zu sein. Der Zusammenhang zwischen allgemeiner Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Unterangebot an Ausbildungsplätzen ist in den Arbeitsagenturbezirken unabweisbar.

Obwohl sich in der Relation der Neuzugänge zu den drei Berufsbildungssektoren in den letzten beiden Jahren wenig verändert hat und obwohl Nordrhein-Westfalen erhebliche Reformanstrengungen in der Reorganisation des Übergangssektors im gleichen Zeitraum unternommen hat – in Form der Auflösung uneffektiver berufsschulischer Angebote und deren Integration in ein neu konzipiertes Ausbildungsvorbereitungsjahr bzw. in die einjährige Berufsfachschule –, kann man die Situation in der Berufsausbildung nicht als befriedigend ansehen. Es sind vor allem zwei, zum Teil zusammenhängende Probleme, derer sich die Berufsbildungspolitik verstärkt annehmen muss.

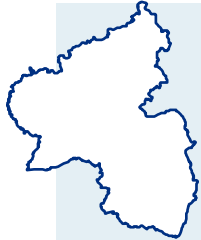
Zum einen gelingt es trotz der Reformanstrengungen im Übergangssektor bislang (noch) nicht, das Ausbildungspotenzial zu erhöhen. In beiden vollqualifizierenden Ausbildungssystemen geht die absolute Zahl der Neuzugänge – auch aus demografischen Gründen – nicht unbeträchtlich zurück: im Schulberufssystem um 13 % (höher als in jedem anderen Bundesland), in der dualen Ausbildung um 5 %. Angesichts des zu erwartenden demografisch bedingten Rückgangs der Schulabgängerzahlen können die aktuellen Rückläufigkeiten der Neuzugänge schon kurzfristig zu Fachkräftengpässen führen.

Zum anderen bleiben trotz einer respektablen Ausweitung der Neuzugangszahlen von Ausländern in den beiden vollqualifizierenden Ausbildungssystemen die Teilhabeunterschiede an vollqualifizierender Ausbildung zwischen Deutschen und Ausländern groß, differieren zudem stark nach Arbeitsagenturbezirken und treten auch bei gleichem Schulabschlussniveau auf. Man muss diese Ungleichheit vor dem Hintergrund sehen, dass Nordrhein-Westfalen zusammen mit Hessen und Baden-Württemberg mit 32 % den höchsten Anteil von Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter hat, um zu begreifen, welches Arbeitskräftepotenzial Gefahr läuft verspielt zu werden und welches Ausmaß an beruflicher Ungleichheit und wie viel verfehlte soziale Integration stabilisiert zu bleiben droht, wenn es nicht gelingt, die Ausbildungsungleichheiten zeitnah abzubauen.

Rheinland-Pfalz

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren

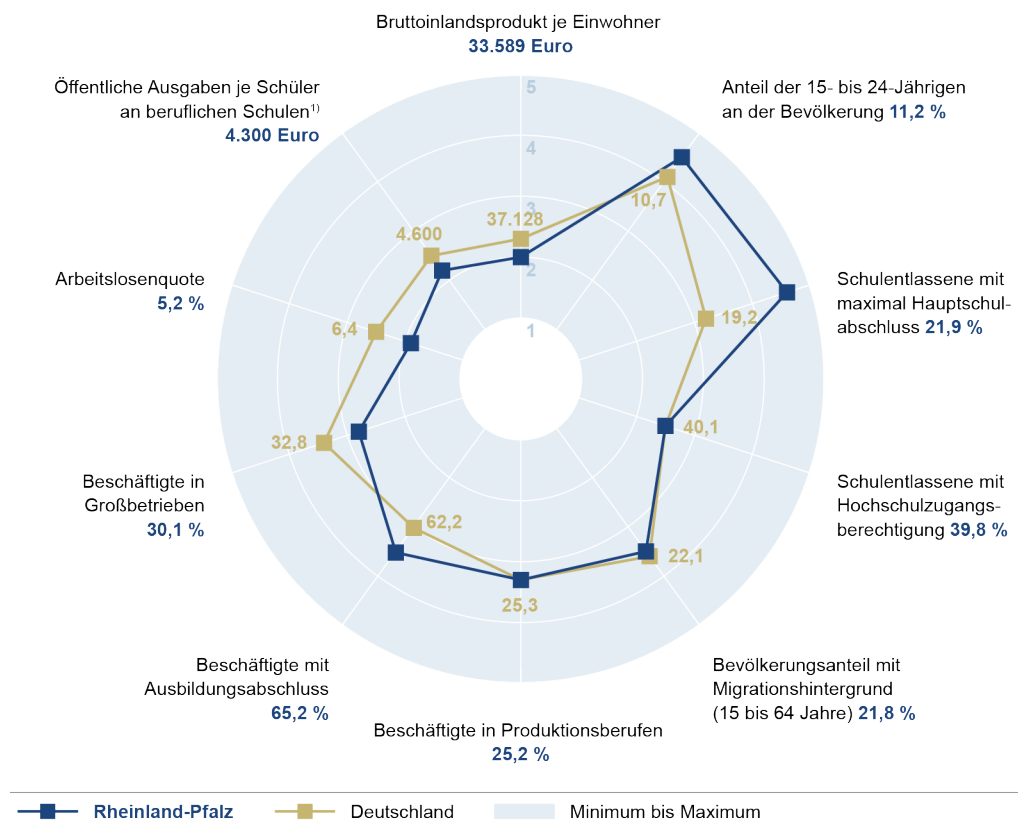


	RP 2013	RP 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	31.351 €	33.589 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	11,4 %	11,2 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	98,0 %	93,1 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	21,6 %	21,9 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	40,2 %	38,3 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	38,2 %	39,8 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	27,1 %	25,2 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	30,4 %	29,1 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	24,1 %	24,9 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	17,0 %	19,5 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	13,5 %	14,0 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	64,7 %	65,2 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	9,7 %	10,7 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	12,1 %	10,2 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	42,5 %	42,3 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	26,5 %	27,6 %	27,8 %
In Großbetrieben	30,9 %	30,1 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	20,6 %	20,9 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	21,8 %	21,8 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	26,5 %	26,0 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	5,5 %	5,2 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.100 €	4.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.600 €	2.700 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	8,0 %	8,5 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Abbildung RP-1 Ausgewählte Kontextindikatoren für Rheinland-Pfalz 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

Rheinland-Pfalz erscheint bei fast allen Kontextindikatoren wie ein Abbild des bundesrepublikanischen Durchschnitts. Bei keinem Indikator stechen gravierende Abweichungen ins Auge. Allerdings ist der Bundesdurchschnitt ein nur begrenzt aussagefähiger Maßstab, da in ihn die in vielen Punkten noch beträchtlichen Ost-West-Unterschiede sowie die Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten eingehen. Insofern ist es sinnvoll, neben dem Bundesdurchschnitt auch die Relation zu anderen westlichen Flächenländern (WFL) zu berücksichtigen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 33.600 € je Einwohner (BIP p. c.) liegt Rheinland-Pfalz 2015 in der unteren Hälfte der westlichen Bundesländer, ähnlich wie Niedersachsen oder das Saarland. Allerdings zeichnet sich Rheinland-Pfalz durch eine beträchtliche wirtschaftliche Dynamik aus: Das BIP je Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % an, ähnlich stark wie in Baden-Württemberg. Trotz des niedrigeren Niveaus des BIP p. c. im Vergleich zu anderen westlichen Flächenländern weist Rheinland-Pfalz eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von 5,2 % auf. Dies ist die drittniedrigste Arbeitslosenquote der westlichen Länder nach Bayern und Baden-Württemberg.

Betrachtet man die Betriebsgrößenstruktur im Vergleich der westlichen Flächenländer, dann hat Rheinland-Pfalz bei den Klein- und Kleinstbetrieben mit rund 43 % den zweitgrößten Anteil, liegt bei den Mittelbetrieben im Durchschnitt und bei den Großbetrieben mit rund 30 % zusammen mit Niedersachsen an zweitletzter Stelle.

Die Beschäftigungsstruktur in Rheinland-Pfalz lässt auf eine recht ausgewogene Mischung aus industrieller Produktion, kaufmännischen sowie unternehmens- und personenbezogenen Dienstleistungen schließen. Mit rund 25 % in den Produktionsberufen liegt Rheinland-Pfalz genau auf dem Bundesdurchschnitt, bei den kaufmännischen und unternehmensbezogenen leicht unter dem Bundesdurchschnitt und bei den personenbezogenen leicht darüber. Dabei zeichnet sich die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten durch den überdurchschnittlichen Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss und mit unbekanntem Abschluss (zusammen 24 %) sowie einem unterdurchschnittlichen Anteil von Personen mit Fach- oder Hochschulreife aus. Mit knapp 11 % ist es das Bundesland mit der zweitniedrigsten Akademikerquote nach Schleswig-Holstein.

Die Struktur der Schulabsolventen nach Abschlüssen kommt der aktuellen Qualifikationsstruktur der Beschäftigten durchaus entgegen. Mit einer Relation von 93 im Verhältnis zwischen 15- bis 24-Jährigen, also den potenziellen Ausbildungsnachfragern, und den 25- bis unter 34-Jährigen, deren berufliche Erstqualifikation weitgehend abgeschlossen sein dürfte, steht ein leicht vermindertes Ausbildungspotenzial in den nächsten Jahren zur Verfügung. Diese Relation ändert sich jedoch innerhalb der nächsten zehn Jahre, wie die Relation von rund 78 beim Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen anzeigt. Das heißt, dass Ausbildungs- und Arbeitskräftepotenzial für die mittlere Fachqualifikationsebene wird sich im Bundesland allein schon aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren reduzieren. Dies kann einerseits Entlastung für den Ausbildungsmarkt bringen, andererseits wirkt eine andere Entwicklung ebenso auf das Ausbildungspotenzial, und zwar die veränderten Bildungsaspirationen. Zwischen 2007 und 2015 hat sich der Anteil an Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung (HZB) analog zum Bundesdurchschnitt um 6 Prozentpunkte erhöht.

Einen Migrationshintergrund weisen in Rheinland-Pfalz knapp 21 % aller Personen und 26 % der Personen im ausbildungsrelevanten Alter auf. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld der westlichen Flächenländer.

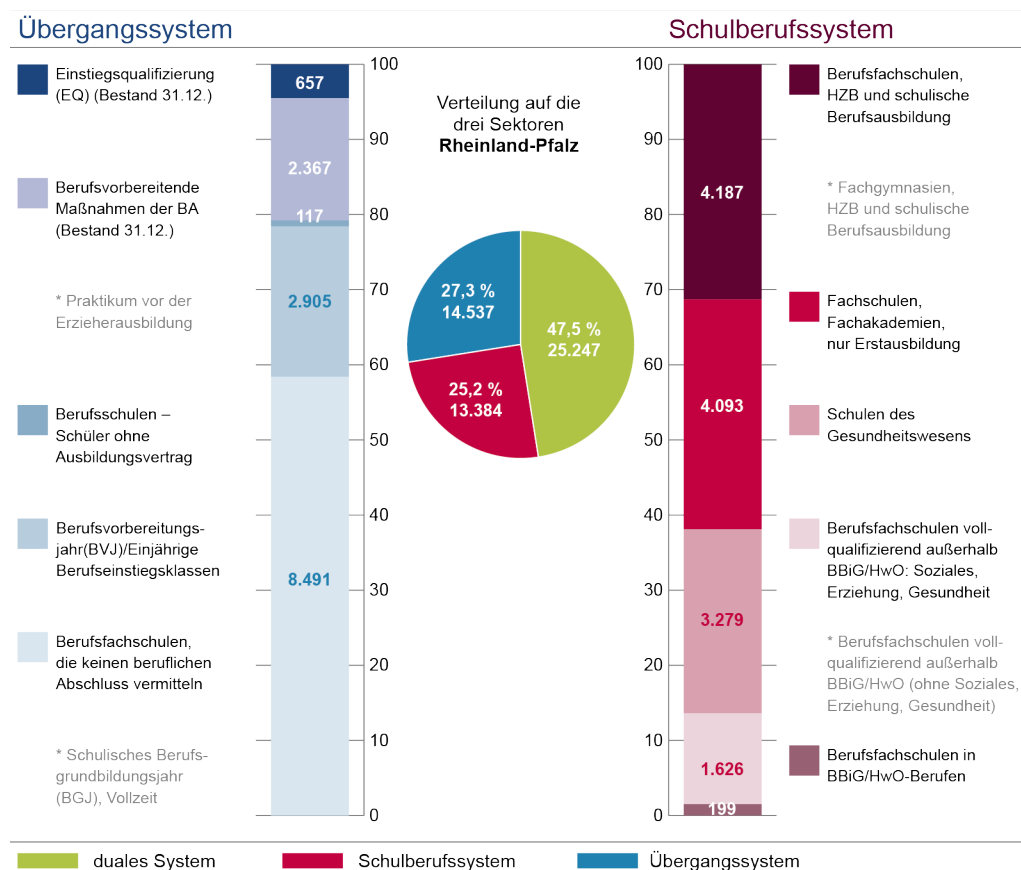
Gegenüber 2013 haben sich die durchschnittlichen Ausgaben für berufliche Schulen von 4.100 auf 4.300 € erhöht. Damit liegt Rheinland-Pfalz allerdings weiterhin unterhalb des Bundesdurchschnitts von 4.600 €.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Rheinland-Pfalz

2.1. Das Berufsbildungssystem

Ähnlich wie 2013 entfallen in Rheinland-Pfalz auch zwei Jahre später knapp 48 % der Neuzugänge auf den Sektor des dualen Systems. Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz damit im unteren Viertel der Bundesländer. Die absolute Zahl der Neuzugänge ist dabei nur leicht um 1,4 % gestiegen.

Auch der Anteil der Neuzugänge im Schulberufssystem bleibt mit rund 25 % stabil und liegt geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, weist aber zugleich den höchsten Anteil von Anfängern im Schulberufssystem im Vergleich der westlichen Flächenländer auf (vgl. Abs. 3.3.2).

Abbildung RP-2 Das Berufsbildungssystem in Rheinland-Pfalz 2015

* Wird in Rheinland-Pfalz nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die meisten Neuzugänge im Schulberufssystem verteilen sich erstens auf Berufsfachschulen, die sowohl eine Hochschulzugangsberechtigung als auch eine Berufsausbildung vermitteln, zweitens auf Ausbildungen an Fachschulen und Fachakademien in Berufen des Sozial- Erziehungs- und Gesundheitswesens, drittens auf Schulen des Gesundheitswesens und mit deutlich geringeren Anteilen auf vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO). Eine geringe Anzahl an Neuzugängen haben die Berufsfachschulen in BBiG-/HwO-Berufen. Mit 1,5 % weist Rheinland-Pfalz zugleich den niedrigsten Anteil dieser Berufe am Schulberufssystem auf.

Die Quote an Neuzugängen in den Übergangssektor liegt mit rund 27 % im Bundesmittel. Dieser Anteil hat sich seit 2013 nicht verändert. Mehr als die Hälfte der Neuzugänge im Übergangssektor mündet in Berufsfachschulen ein, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (ca. 58 %).

Die Berufsfachschule I (BFS I) führt zu einer fachrichtungsbezogenen Grundbildung der Schulabsolventen. Ziel ist es, berufsbezogene und allgemeine Kompetenzen zu fördern. Ab dem Schuljahr 2014/15 erfolgte eine Neustrukturierung der Berufsfachschule (Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz 2014). Mit dieser wurden den Teilnehmern die vier folgenden Fachrichtungen zur Auswahl gestellt: Ernährung und Hauswirtschaft/Sozialwesen, Gesundheit und Pflege, Gewerbe und Technik sowie

Wirtschaft und Verwaltung. Innerhalb dieser Fachrichtungen können die Schulen eigene Schwerpunktsetzungen auf konkrete Berufsfelder vornehmen. Weitere Aspekte der Reform waren die Konzentration auf fachpraktische, berufliche Kompetenzen ausgewählter Berufe oder Berufsgruppen, die Ausweitung des Praxisbezugs durch die weitreichende Verlagerung fachpraktischen Lernens in ein betriebliches Praktikum, die Stärkung von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung durch den Einsatz einer stärkenorientierten Methode sowie die systematische pädagogische Diagnose und die daran anschließende Förderplanung (ebd.). Die Berufsvorbereitung an der Berufsfachschule erfolgt in Vollzeitform und umfasst ein Schuljahr. Mit dem Abschluss der Berufsfachschule erhalten die Schüler ein Zertifikat und es bestehen Übergangsmöglichkeiten entsprechend der Berufsreife (Hauptschulabschluss) in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung sowie mit entsprechenden Noten in die Berufsfachschule II, die zum mittleren Schulabschluss führt.

Im Vergleich zu 2007 sind einerseits die absoluten Zuwächse im Schulberufssystem um knapp 29 % auffällig, die im Vergleich der westdeutschen Flächenländer mit einer deutlichen Erhöhung der Neuzugänge in das Schulberufssystem von ca. 17 auf ca. 25 % einhergeht, und andererseits die Verschiebungen innerhalb des Schulberufssystems. Während die Anzahl der Neuzugänge an Berufsfachschulen, die eine HZB und eine Berufsausbildung vermitteln, um 11 Prozentpunkte abgenommen hat, ist die Anzahl der Ausbildungsanfänger in Berufen des Sozial, Erziehungs- und Gesundheitswesens um ca. 59 Prozentpunkte gestiegen. Hier zeigen sich berufsstrukturelle Verschiebungen hin zu Berufen des Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesens. Diese beschränken sich nicht nur auf die Schulen des Gesundheitswesens, die stärker an Bedarfe in Krankenhäusern angekoppelt sind, sondern treten – anders als im Bundestrend (vgl. Abs. 4.3) – auch in den Schulen auf, die in Verantwortung des Landes liegen. Den stärksten Zuwachs erfahren dabei Fachschulen, bei denen die Anzahl der Neuzugänge um 103 Prozentpunkte gestiegen ist.

Darüber hinaus fällt die erhebliche Verringerung der Neuzugänge im Übergangssystem um 34 Prozentpunkte auf, die allerdings dem Bundestrend entspricht. Den deutlichsten relativen Rückgang zwischen 2007 und 2015 verzeichnen in Rheinland-Pfalz die Einstiegsqualifizierung um ca. 57 Prozentpunkte und die Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, um etwa 38 Prozentpunkte. Letztere hatten absolut gesehen die größten Verluste. Im Vergleich zu 2013 ist der Übergangssektor stabil geblieben mit einerseits Rückgängen bei den Berufsschulen, den Schülern ohne Ausbildungsvertrag und bei den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und andererseits einem Zuwachs von 33 Prozentpunkten im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Hinter diesem Zuwachs im BVJ dürfte die Integration der Schutz- und Asylsuchenden stehen, für die auch BVJ-S-Bildungsgänge angeboten werden können, wenn die Beschulung in Regelklassen nicht möglich ist. Das BVJ mit inklusivem Unterricht (BVJ-I) befindet sich noch in der Experimentierphase. Insgesamt betrachtet haben die Landesmaßnahmen mit ca. 80 % der Neuzugänge gegenüber Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB und EQ) eine relativ hohe Bedeutung für die Berufsvorbereitung.

Tabelle RP-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	27.105	24.910	25.247	100,0	-6,9	1,4
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungsjahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	10.381	13.284	13.384	100,0	28,9	0,8
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	-	231	199	1,5	-	-13,9
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	-	-	-	-	-	-
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	5.678	8.493	8.998	67,2	58,5	5,9
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	1.313	1.522	1.626	12,1	23,8	6,8
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	2.351	3.095	3.279	24,5	39,5	5,9
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	2.014	3.876	4.093	30,6	103,2	5,6
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	4.703	4.560	4.187	31,3	-11,0	-8,2
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	4.703	4.560	4.187	31,3	-11,0	-8,2
Übergangssektor insgesamt	22.278	14.391	14.537	100,0	-34,7	1,0
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	13.772	8.439	8.491	58,4	-38,3	0,6
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	3.263	2.184	2.905	20,0	-11,0	33,0
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	173	369	117	0,8	-32,4	-68,3
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	3.554	2.625	2.367	16,3	-33,4	-9,8
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.516	774	657	4,5	-56,7	-15,1
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	-	50	136		-	172,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Rheinland-Pfalz

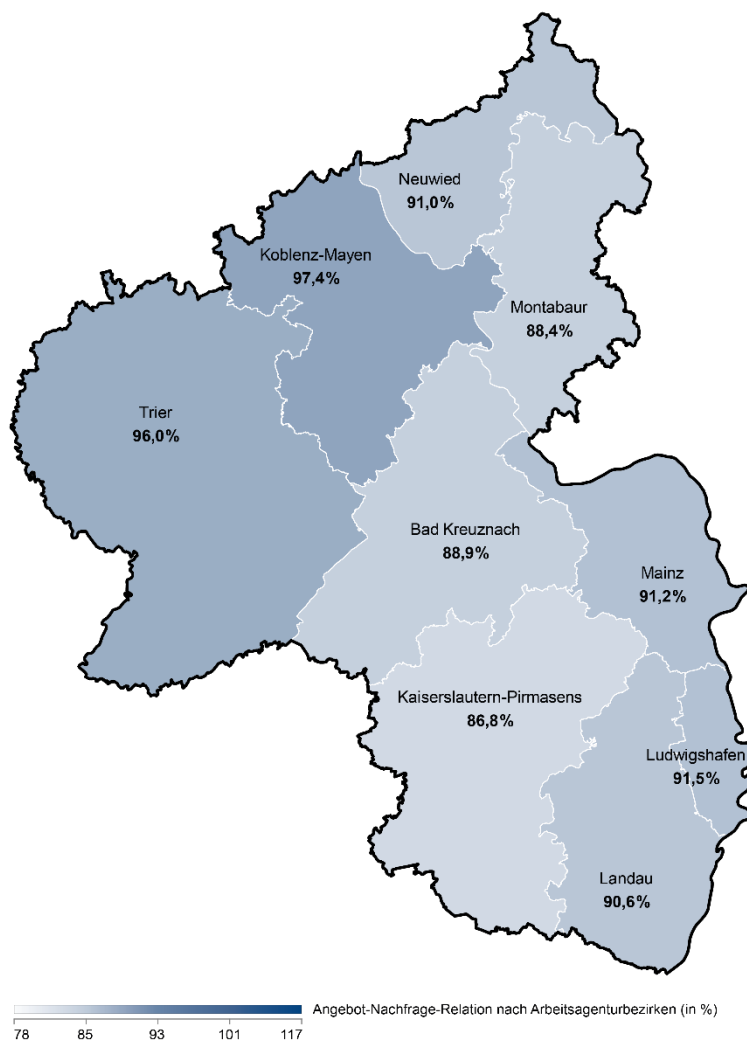
Trotz einer Erhöhung der ANR in Rheinland-Pfalz von 84,8 auf 91,8 % zwischen 2007 und 2016 bleibt eine deutliche Unterdeckung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bestehen. Im Vergleich zu 2013 ist die ANR um rund 2 Prozentpunkte gestiegen. Mit einer ANR von 91,8 % liegt Rheinland-Pfalz im Mittel der westlichen Flächenländer. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Rückgang der Ausbildungsnachfrage im Zeitraum zwischen 2007 und 2016 um ca. 22 %. Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist ebenfalls gesunken, allerdings mit rund 15 % weniger stark. Auf der Berufsebene werden nochmals auffällige Diskrepanzen sichtbar. Eine besonders hohe Unterdeckung liegt in den medizinischen und zahn- sowie tiermedizinischen Fachangestelltenberufen vor mit knapp 88 Angeboten auf 100 Nachfrager. Berufe in der Speisenzubereitung und im Lebensmittelverkauf weisen hingegen ein deutlich höheres Angebot im Vergleich

zur Nachfrage auf. Bei Berufen, die zu den quantitativ am stärksten belegten Berufen zählen wie kaufmännische und gewerblich-technische Ausbildungsberufe liegt die Unterdeckung im Landesmittel für alle Berufe (91 bis 92 %).

Insgesamt betrachtet, ist die ungedeckte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen durchaus substanziell, jedoch zeichnet sich für die nahe Zukunft durch die demografische Entwicklung – unter Voraussetzung der Stabilität oder zumindest eines langsameren Absinkens des Angebots an Ausbildungsplätzen im Vergleich zu Nachfrage – eine weitere Entspannung ab. Betrachtet man die Altersgruppe der 5- bis 14-Jährigen im Verhältnis zu den 15- bis 24-Jährigen, so ergibt sich rein rechnerisch ein Rückgang der Ausbildungsplatznachfrage, denn die Gruppe der aktuell 5- bis 14-Jährigen umfasst lediglich ca. 78 % der 15- bis 24-Jährigen. Offen ist dabei, wie sich das Bildungsverhalten der Jugendlichen ändern wird, denn allein in den letzten acht Jahren von 2007 bis 2015 stieg die Quote der Schulabsolventen mit (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung um 8 Prozentpunkte auf knapp 40 %.

Die regionale Differenzierung des Ausbildungsmarktes nach neun Arbeitsagenturbezirken zeigt zunächst, dass in keinem der Arbeitsagenturbezirke eine ausreichende Deckung der Ausbildungsnachfrage vorliegt. Darüber hinaus sind aber auch deutliche regionale Unterschiede in der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen zu verzeichnen. Besonders problematisch stellt sich die Ausbildungsmarktsituation in Kaiserslautern-Pirmasens (86,8 %) und in Bad Kreuznach (88,9 %) dar, auf einen günstigeren Ausbildungsmarkt treffen die Jugendlichen in Koblenz-Mayen und Trier mit einer ANR von 96 bzw. 97 Plätzen auf 100 Nachfrager. Betrachtet man die Entwicklung zwischen 2007 und 2016, so zeigt sich eine Verbesserung der Ausbildungsmarktlage bzw. im Falle von Montabaur zumindest keine weitere Verschlechterung. Diese Verbesserung der Ausbildungsmarktlage im betrachteten Zeitraum ist allerdings zuvorderst Ergebnis einer sinkenden Nachfrage und eines Ausbaus von Angeboten. In einigen Regionen ist im gleichen Zeitraum ein massiver Abbau von Ausbildungsplätzen erkennbar, besonders ausgeprägt in Ludwigshafen, wo sich das Angebot im betrachteten Zeitraum um rund ein Drittel reduziert hat, damit jedoch etwas langsamer als der Nachfragerückgang verlaufen ist. In Mainz sinkt das Angebot um 17, in Neuwied um 15 %. Weitgehend stabil blieb das Angebot in Bad Kreuznach und Landau. Im Agenturbezirk Trier erfolgte zunächst bis 2013 ein deutlicher Abbau der Ausbildungsangebote um rund 500, eine leichte Erhöhung ist dann wieder in den letzten 3 Jahren zu erkennen mit einer Zunahme um rund 65 Plätze; auch Kaiserslautern-Pirmasens zeigt in den letzten 3 Jahren einen leichten Zuwachs an Angeboten (Abb. RP-3; Tab. RP-1A).

Abbildung RP-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Rheinland-Pfalz 2016



Quellen: siehe Tabelle im Anhang

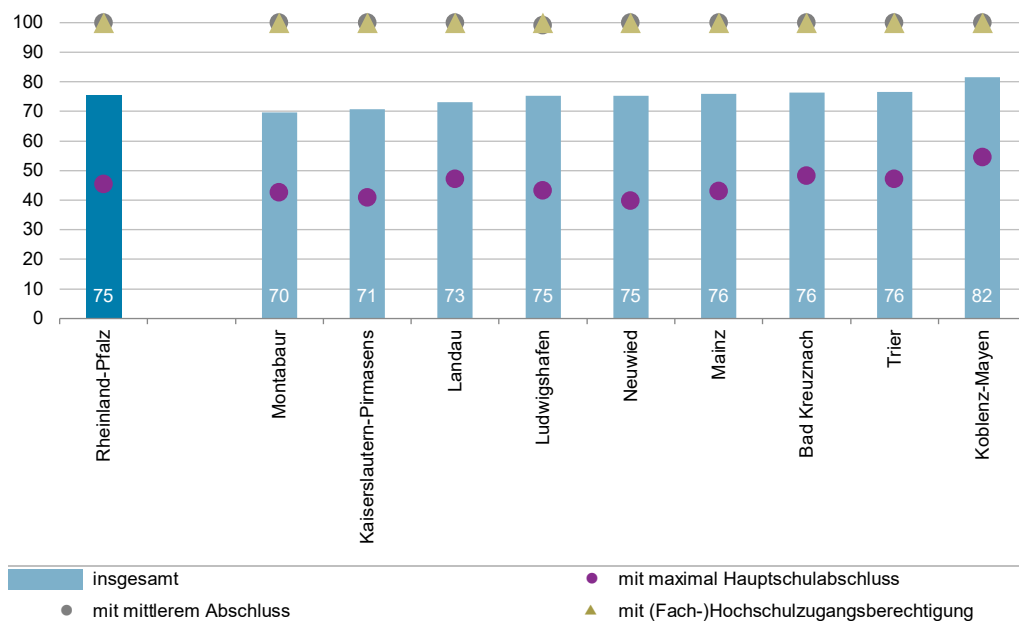
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Rheinland-Pfalz

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Der Zugang der Jugendlichen zum Ausbildungssystem hängt in entscheidender Weise von der schulischen Vorbildung ab. Hinsichtlich der Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach schulischem Vorbildungsniveau unterscheidet sich Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bundesdurchschnitt in zweierlei Hinsicht: Personen mit maximal Hauptschulabschluss gelingt deutlich seltener der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung, ca. 58 % von ihnen landen 2015 zunächst im Übergangssektor, im Bundes-

durchschnitt sind es rund 7 Prozentpunkte weniger. Dafür gelingt Personen mit mittlerem Abschluss mit 97 % deutlich häufiger die Aufnahme einer dualen oder vollzeitschulischen Ausbildung als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist (ca. 86 %) (vgl. Abs. 3.2.3). Insofern stellt sich die Ausbildungssituation gerade bei den Personen ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss als überaus problematisch dar. Dabei weist die regionale Differenzierung der Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung nach schulischem Vorbildungsniveau für das Jahr 2015 durchaus erkennbare Unterschiede zwischen den Arbeitsagenturbezirken auf (Abb. RP-4), die bis zu 12 Prozentpunkte regional differieren. Nach den Daten des kommunalen Bildungsmonitorings gehen in allen Arbeitsagenturbezirken nahezu keine Jugendlichen mit mittlerem Abschluss in den Übergangssektor über. Lediglich bei Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss variieren die Quoten zwischen rund 40 % in Neuwied und rund 55 % in Koblenz-Mayen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Anteile von Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss führt dies zu Schwankungen in der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung zwischen 70 % in Montabaur und 82 % in Koblenz-Mayen.

Abbildung RP-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Rheinland-Pfalz 2015 nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)



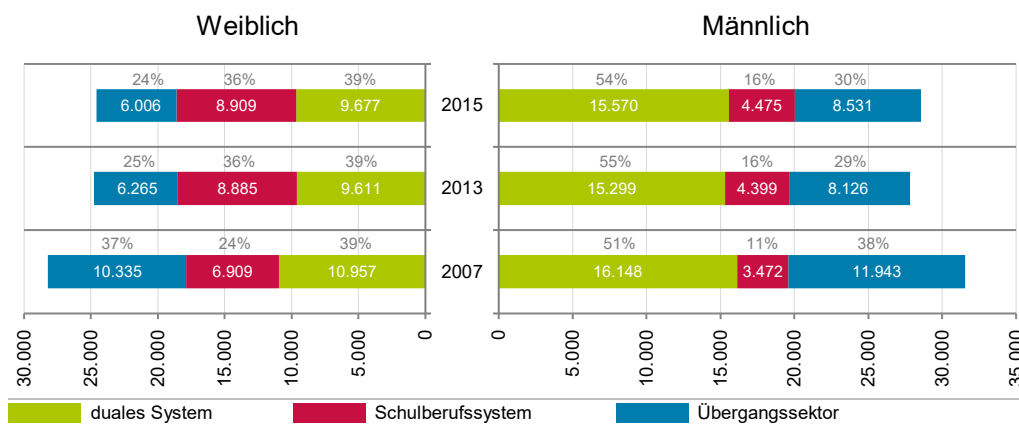
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Wie nicht anders zu erwarten, zeigen sich wenige Veränderungen an der geschlechtsspezifischen Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems (Abb. RP-5): Ähnlich wie 2013 mündeten 2015 54 % der männlichen, aber nur 39 % der weiblichen Neuzugänge in das duale Ausbildungssystem ein. Die Prozentsatzdifferenz beträgt

somit 15 Prozentpunkte. In das Schulberufssystem münden Frauen im Vergleich zu Männern hingegen um 20 Prozentpunkte häufiger. Im Ergebnis landen Frauen zu 6 % seltener als Männer im Übergangssektor. Die Benachteiligung der Männer im Vergleich zu den Frauen beim Übergang in Ausbildung, erkennbar an den höheren Einmündungen in den Übergangssektor, ist Ergebnis der Entwicklung zwischen 2007 bis 2013; in den letzten beiden Jahren hat sich kaum etwas an den diesbezüglichen Geschlechterdifferenzen verändert.

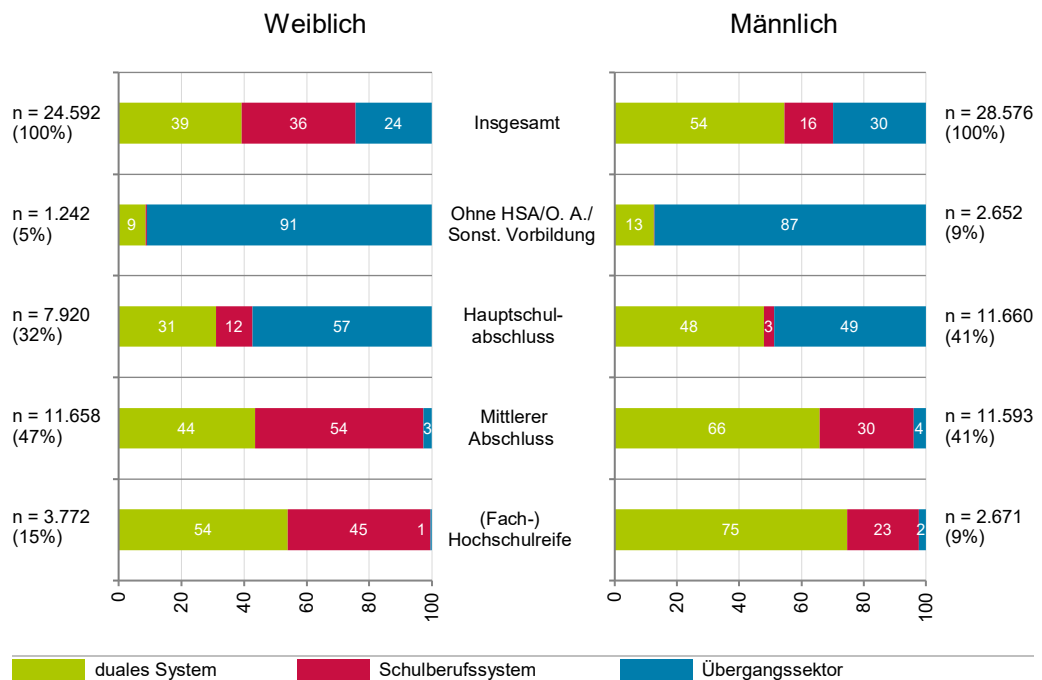
Abbildung RP-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem von Rheinland-Pfalz 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Unterscheidet man die Einmündungsquoten nach Schulabschluss, ist erkennbar, dass die höheren Anteile von Männern im Vergleich zu Frauen im Übergangssektor aus den niedrigeren Schulabschlüssen der Männer resultieren (Abb. RP-6). Im System der beruflichen Bildung weisen Frauen zu 37 % höchstens einen Hauptschulabschluss auf und Männer zu 50 %. Der Vorteil der Frauen, zu höheren Anteilen in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, liegt vor allem in den Ausbildungsalternativen des Schulberufssystems begründet, in das Frauen ab einem mittleren Abschluss besonders häufig einmünden. Ohne und mit maximal Hauptschulabschluss sind Frauen im Nachteil und münden häufiger als Männer in den Übergangssektor. Der Prozentsatz der Frauen, die bei Vorliegen eines Hauptschulabschlusses in den Übergangssektor einmünden, liegt um 8 Prozentpunkte höher als bei Männern (57 zu 49 %) und ohne Hauptschulabschluss bei 4 Prozentpunkten (91 zu 87 %). Hier wird offenbar, dass Frauen mit höchstens Hauptschulabschluss vor einem besonderen Problem stehen: Sie können den niedrigeren Anteil im dualen System nicht durch einen stärkeren Zugang in das Schulberufssystem ausgleichen, da der Zugang zum Schulberufssystem meist den mittleren Schulabschluss voraussetzt (vgl. Baas 2017). Auffällig ist die hohe Bedeutung des Schulberufssystems für Frauen mit mittlerem Abschluss. Sie münden nicht nur häufig, sondern in Rheinland-Pfalz sogar zu mehr als der Hälfte in das Schulberufssystem ein.

Abbildung RP-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Rheinland-Pfalz 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

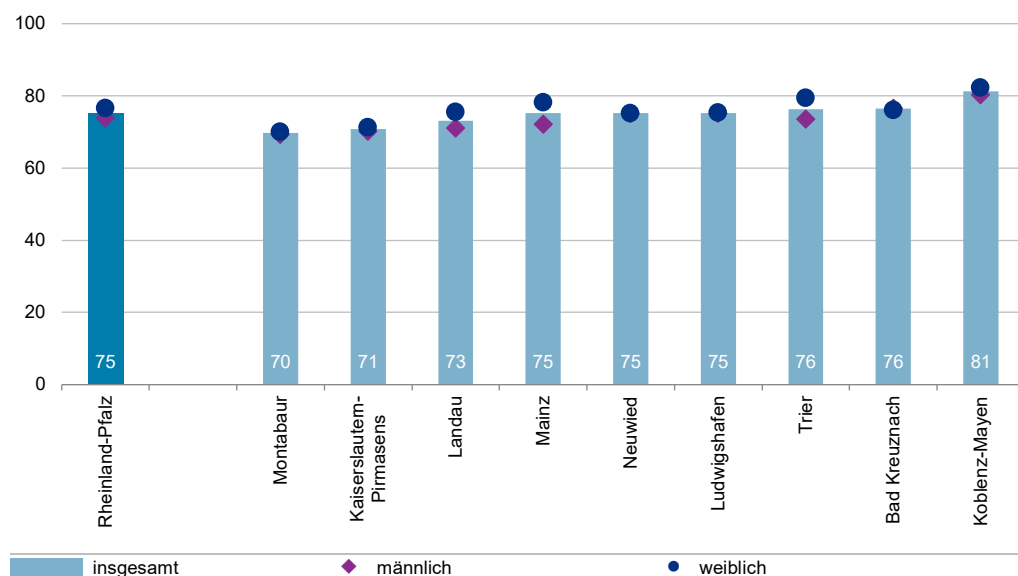


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Werte < 1% werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Ohne Differenzierung nach Schulabschluss sind auch im Vergleich der Arbeitsagenturbezirke kaum Geschlechterunterschiede zu beobachten. Die höchsten Unterschiede zeigen sich in Mainz und Trier, wo die Einmündungsquoten der Frauen etwa 6 Prozentpunkte oberhalb der Einmündungsquoten der Männer liegen. Hier könnten die Angebote im Schulberufssystem eine größere Rolle spielen und einen Vorteil für ortsansässige Jugendliche bringen, da die Angebote für sie leichter zu erreichen sind als für Personen in weiter entfernten und dünner besiedelten Regionen.

Abbildung RP-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Rheinland-Pfalz 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)

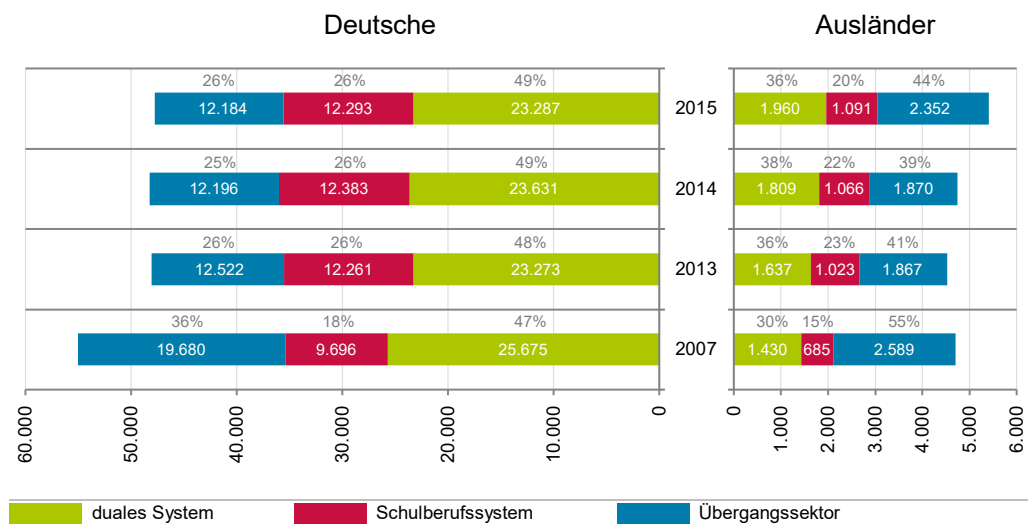


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der absoluten Zahl von Deutschen und Ausländern im Ausbildungssystem seit 2013 ist nur vor dem Hintergrund des Zuzugs von Asyl und Schutzsuchenden zu verstehen. Der Anstieg der ausländischen Neuzugänge zum Übergangssektor – von 1.867 im Jahr 2013 auf 2.352 Jugendliche 2015 – ist darauf zurückzuführen, dass jugendliche Flüchtlinge aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse zunächst in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung aufgenommen werden, die damit eine wichtige Rolle bei der Integration jugendlicher Schutz- und asylsuchender Flüchtlinge spielen (Abb. RP-8). Im Vergleich westlicher Bundesländer weist Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 noch eine relativ niedrige Erfassungsquote im Übergangssektor auf (vgl. Abs. 3.4). Von 2007 bis 2014 hat sich die Ausbildungssituation für deutsche wie ausländische Jugendliche gleichermaßen verbessert, indem jeweils ein um 10 bzw. 15 Prozentpunkte höherer Anteil in die Ausbildung einmündete. Zugleich haben sich damit zwar die Diskrepanzen in den Einmündungsquoten von 75 % bei den deutschen Jugendlichen (2007: 65 %) und 60 % bei den ausländischen Personen (2007: 45 %) etwas verringert, bleiben jedoch substantiell. Bis 2015 werden die Differenzen nochmals etwas größer, was auf die Integration der Schutz- und Asylsuchenden in die Berufsvorbereitung zurückzuführen ist. Somit hat sich der Anteil ausländischer Neuzugänge im Übergangssektor zwischen 2014 und 2015 von 39 auf 44 % erhöht, hingegen sind die Anteile der deutschen Neuzugänge mit 25 und 26 % stabil geblieben.

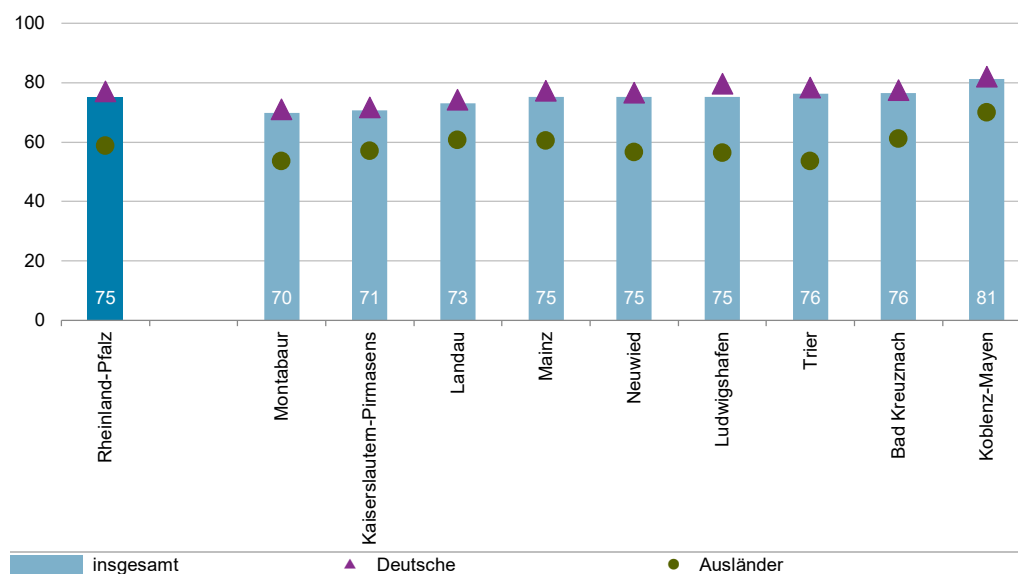
Abbildung RP-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem von Rheinland-Pfalz 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der deutliche Nachteil ausländischer Jugendlicher gegenüber deutschen, der in Rheinland-Pfalz insgesamt auftritt, liegt in auch in allen Arbeitsagenturbezirken vor, allerdings in unterschiedlicher Stärke. Die geringsten Unterschiede von 12 Prozentpunkten treten in Koblenz-Mayen auf, wo zugleich auch die höchste Einmündungsquote ausländischer Jugendlicher von 70 % realisiert wird. Die stärksten Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern sind mit 25 Prozentpunkten Differenz in Trier zu beobachten. Hier liegt zugleich auch die niedrigste Einmündungsquote ausländischer Jugendlicher vor. Nur die Hälfte der ausländischen Neuzugänge mündet in Trier in vollqualifizierende Bildung ein. Angesichts der vergleichsweise hohen Gesamteinmündungsquote in Trier, der niedrigen Jugendarbeitslosigkeitsquote (Abb. RP-11) und den geringen Unterschieden zwischen Deutschen und Ausländern im Jahr 2013 (Baethge u. a. 2016: 244), ist allerdings nicht auszuschließen, dass der Unterschied zwischen Trier und Koblenz-Mayen eine unterschiedlich starke Erfassung von Asyl- und Schutzsuchenden in den beiden Arbeitsagenturbezirken widerspiegelt.

Abbildung RP-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Rheinland-Pfalz 2015 nach Arbeitsagenturbezirken (in %)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

Innerhalb des Übergangsbereichs verschiebt sich die Verteilung von Deutschen und Ausländern auf die verschiedenen Bildungsgänge deutlich (Tab. RP-2): Während sich 2007 Deutsche und Ausländer zu annähernd gleichen Anteilen auf die verschiedenen Maßnahmentypen verteilt haben, zeigt sich im Jahr 2015 ein gänzlich anderes Bild. Ausländische Jugendliche sind in Rheinland-Pfalz zu einem deutlich gesunkenen Anteil von rund 43 % in Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, und mit einem Anteil von rund 39 % in ein Berufsvorbereitungsjahr eingemündet, der sich gegenüber 2007 (19,3 %) verdoppelt hat. Kleinere Verschiebungen zeigen sich auch bei den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Hat sich der Anteil deutscher Jugendlicher leicht erhöht, so ist der Anteil ausländischer Jugendlicher mit ca. 12 % im Jahr 2015 in etwa stabil geblieben. Waren 2007 noch erkennbar mehr deutsche Jugendliche als ausländische in eine Einstiegsqualifizierung eingemündet (7,1 im Vergleich zu 4,6 %), so liegt der Anteil deutscher Jugendlicher 2015 mit knapp 5 % leicht unterhalb des Anteils ausländischer Jugendlicher mit knapp 6 %.

Damit wird zugleich deutlich, dass die Hauptaufgabe der beruflichen Integration asyl- und schutzsuchender Flüchtlinge in der Verantwortung des Landes und nicht der BA liegt. Die Verschiebungen der Anteile ausländischer Jugendlicher weg von der Berufsfachschule hin zum Berufsvorbereitungsjahr macht unmissverständlich klar, dass auch Rheinland-Pfalz trotz der bereits 2007 bestehenden hohen Anzahl ausländischer Neuzugänge im Übergangssektor vor neuen Herausforderungen der sprachlichen und beruflichen Integration steht.

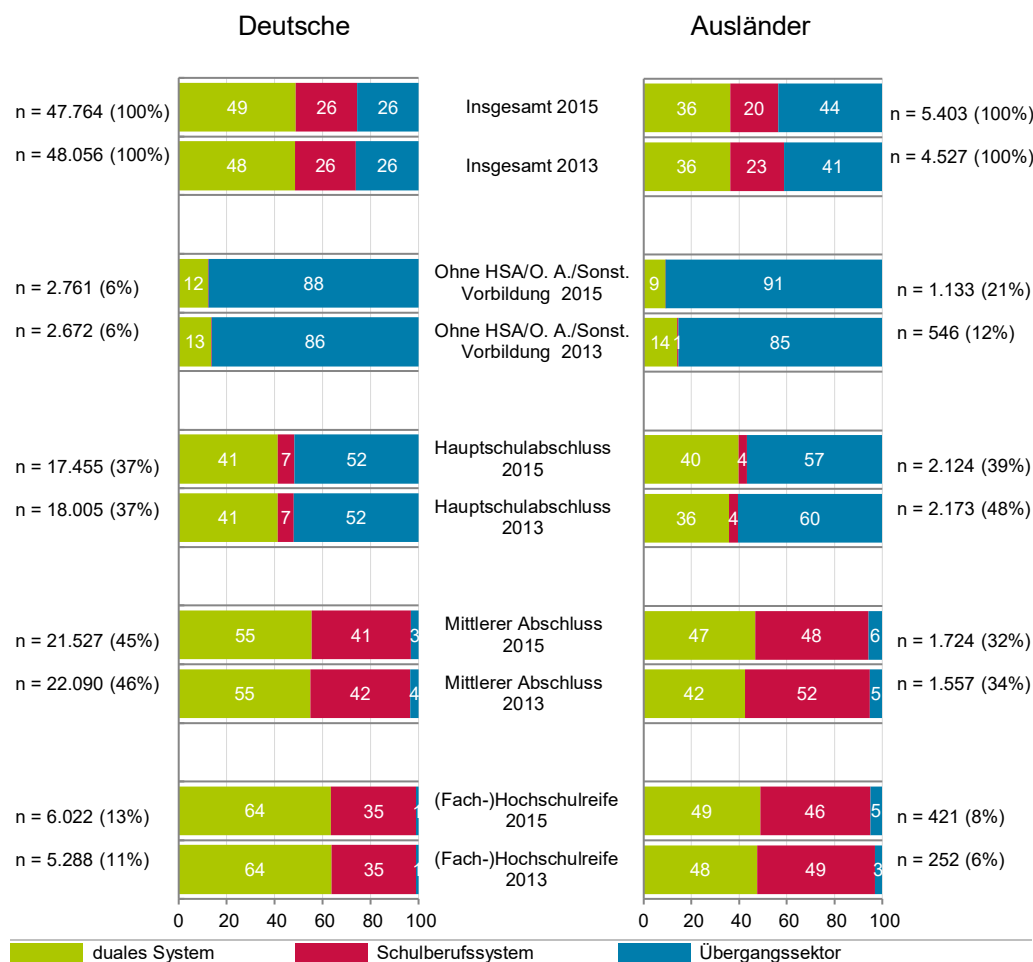
Tabelle RP-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	19.680	100	2.589	100	12.184	100	2.352	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	12.176	61,9	1.596	61,6	7.491	61,5	1.000	42,5
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.763	14,0	500	19,3	1.995	16,4	910	38,7
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	152	0,8	21	0,8	99	0,8	18	0,8
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	3.196	16,2	353	13,6	2.075	17,0	291	12,4
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.393	7,1	119	4,6	524	4,3	133	5,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Unterscheidet man die Einmündungen von deutschen und ausländischen Personen nach Vorbildungsniveau, so sind für alle Niveaustufen schlechtere Ausbildungschancen bei den ausländischen Jugendlichen zu erkennen, die allerdings in Abhängigkeit von Schulabschluss verschieden stark ausgeprägt sind. Ausländische Jugendliche ohne oder ohne Angaben zum Schulabschluss münden mit 91 % zu noch etwas höheren Anteilen in das Übergangssystem als deutsche. Liegt ein Hauptschulabschluss vor, so unterscheiden sich die Einmündungsanteile in das duale System zwischen diesen beiden Gruppen nur marginal, ein klein wenig größer werden die Differenzen bei den Einmündungen in das Schulberufssystem, die aber bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss eine relativ geringe Bedeutung haben. Unter den ausländischen Jugendlichen mit mittlerem Abschluss haben sich die Einmündungsquoten in das duale System verbessert, jedoch liegt die Quote der ausländischen Jugendlichen mit mittlerem Abschluss immer noch 8 Prozentpunkte unter der Quote der deutschen (Abb. RP-10). Wie erwähnt, gibt es bei den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss 2015 zwar kaum einen Unterschied in Bezug auf die Einmündung in eine duale Ausbildung, jedoch ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss in der beruflichen Bildung mit 60 % erkennbar höher als der Anteil der deutschen Jugendlichen mit 43 %. In der Folge haben die geringeren Ausbildungschancen von Jugendlichen mit höchstens einem Hauptschulabschluss in der Gruppe der ausländischen Neuzugänge ein höheres Gewicht. Zwischen 2013 und 2015 ist dabei der Anteil von ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bzw. mit unbekanntem Abschluss deutlich von 12 auf 21 % gestiegen. In dieser Bildungsgruppe ist der Anteil von Jugendlichen im Übergangssektor von 85 auf 91 % angewachsen. Beide Entwicklungen sind auf die Einmündung von Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen. Zugleich wird damit deutlich, dass enorme Integrationsanstrengungen von allen Beteiligten erforderlich werden, um erfolgreiche Anschlüsse aus der Berufsvorbereitung in eine Ausbildung für diese Personengruppe zu schaffen.

Abbildung RP-10 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem von Rheinland-Pfalz nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



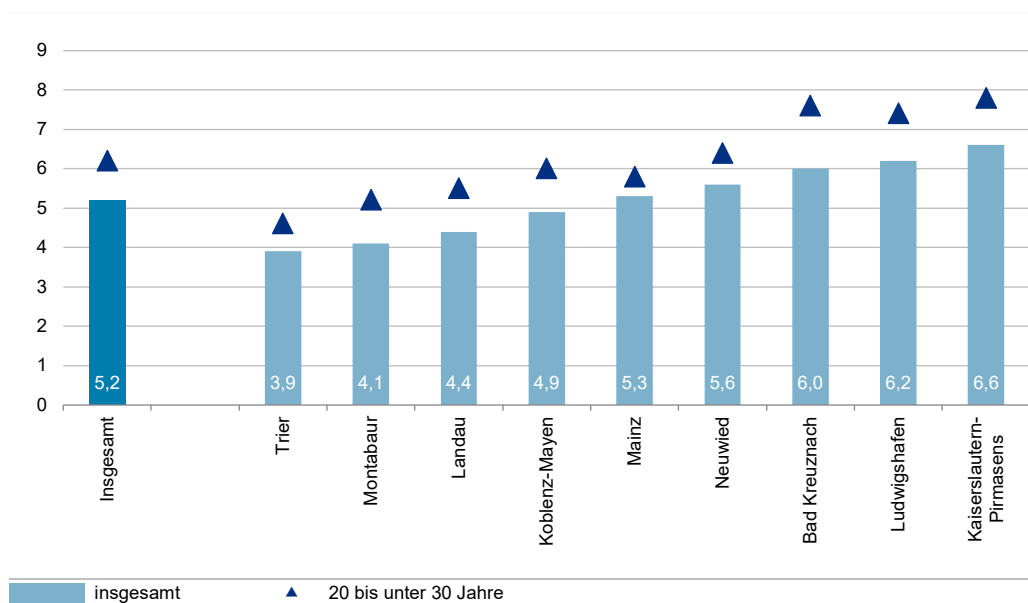
4. Arbeitsmarktintegration

Insgesamt weist Rheinland-Pfalz mit einer Arbeitslosenquote von rund 5 % ein im Bundesvergleich niedriges Beschäftigungsrisiko auf. Dieses ist für die jüngeren Alterskohorten – die 20- bis unter 30-Jährigen – zwar um etwa 1 Prozentpunkt höher, liegt aber immer noch im unteren Bereich der Arbeitslosigkeitsquoten. Differenziert nach Arbeitsagenturbezirken zeigen sich zum Teil jedoch beträchtliche Unterschiede in den Erwerbschancen (Abb. RP-11).

In Trier und Montabaur liegen die niedrigsten Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten vor. In Trier ist dabei eine besondere Situation anzutreffen, weil hier eine hohe Zahl von Grenzpendlern nach Luxemburg wohnt, während umgekehrt nur eine geringe Zahl von Luxemburgern nach Trier pendelt. Dies hängt mit dem Einkommensniveau in Luxemburg im Vergleich zu Deutschland zusammen (Otto, Wydra-Somaggio

2015). Der Arbeitsagenturbezirk Montabaur ist von starken Auspendelbewegungen in die Kreisstadt und das Mittelzentrum Koblenz, nach Nordrhein-Westfalen und nach Frankfurt geprägt. Der relative Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen liegt bei –2,7 und stellt das niedrigste Saldo der Arbeitsagenturbezirke in Rheinland-Pfalz dar. Vermutlich gleicht diese hohe Mobilität die geringe ANR von 89,4 % aus. Bad Kreuznach, Ludwigshafen und Kaiserslautern-Pirmasens weisen mit über 6 bzw. 7 % die höchsten Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten auf. Kaiserslautern-Pirmasens war in den 1960er-Jahren durch eine starke Schuh- und Lederindustrie mit dazugehörigen Zulieferbetrieben geprägt, mit der sich eine Monostruktur etabliert hatte. Mit der Strukturkrise in der Schuhindustrie wurde die industrielle Produktion vor Ort zurückgebaut. Dies ging mit einer Verringerung der Beschäftigten einher, ohne dass diese Veränderungen durch andere Beschäftigungsbereiche ausgeglichen worden wären (Ludewig, Otto, Stabler 2007). In Ludwigshafen könnten Probleme des Strukturwandels innerhalb der Industrie mit erhöhten Qualifikationsanforderungen eine Rolle spielen. Der Beruf Chemikant gehört zu den häufigsten unbesetzten Ausbildungsplätzen in Ludwigshafen. In Bad Kreuznach wurde die einst führende Lederindustrie deutlich abgebaut.

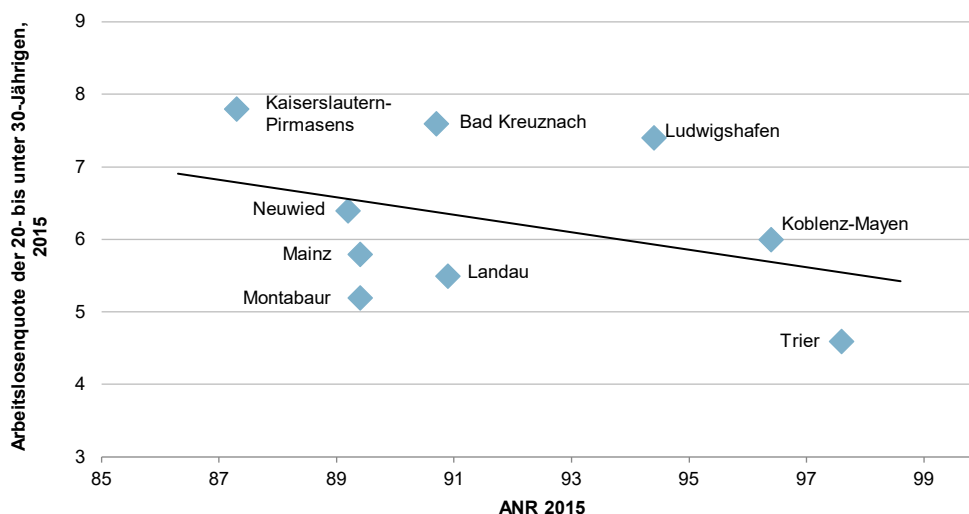
Abbildung RP-11 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Rheinland-Pfalz 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Es besteht kein signifikanter Zusammenhang ($r = 0,38$; $p = 0,312$) zwischen der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen. Zwar weist Trier die niedrigste und Kaiserslautern-Primasens die höchste Jugendarbeitslosenquote auf, was jeweils ihrer ANR entspricht, jedoch entsprechen die Jugendarbeitslosenquoten in Montabaur und Ludwigshafen nicht dem vermuteten Zusammenhang (Abb. RP-12).

Abbildung RP-12 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Rheinland-Pfalz 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

In Bezug auf die Kontextindikatoren stellt Rheinland-Pfalz indikatorenübergreifend ein Abbild der Bundesrepublik im Durchschnitt dar. Dies gilt auch für die ANR, die in Rheinland-Pfalz 2016 bei 92 % liegt. Trotz positiver Entwicklung seit 2007, als die ANR bei 84,8 % lag, bleibt die zu geringe Zahl an angebotenen dualen Ausbildungsplätzen im Verhältnis zu den Bewerbern bestehen. Zwar nicht so stark wie in den östlichen Flächenländern, jedoch deutlich gewachsen ist im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 der Anteil der Neuzugänge im Schulberufssystem von ca. 17 auf ca. 25 %. Dieser Anteil stellt den höchsten Anteil im Vergleich der westlichen Flächenländer dar. Dabei sind die Neuzugänge, anders als im Bundestrend, in allen Schulformen im Bereich des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens angewachsen, besonders bei den Fachschulen. Zurückgegangen sind hingegen die Fachschulen, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln.

Insgesamt zeichnen sich für Rheinland-Pfalz mehrere Herausforderungen ab:

- Die anhaltende Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen in nahezu allen Regionen des Bundeslands macht weitere Anstrengungen erforderlich, um allen nachfragenden Jugendlichen einen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen. Auf der Berufsebene stellen sich die Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage in unterschiedlicher Schärfe, jedoch zeichnen sich bereits jetzt – trotz Unterdeckung der Nachfrage – auch Engpässe in der Fachkräftenachwuchssicherung in ausgewählten Berufsbereichen ab wie im Lebensmittelhandwerk und der Speisenzubereitung. Damit erschöpfen sich jedoch die Passungsprobleme nicht, denn z. B. fehlen Ausbildungsangebote vor allem in von Frauen nachgefragten Berufen, bei denen weitaus schlechtere Angebots-Nachfrage-Relationen vorliegen als in den männerdominierten gewerblich-technischen Berufen.


- Eine steigende Vertragslösungsquote vor allem im Handwerk, die im Vergleich der westdeutschen Flächenländer die höchste in diesem Ausbildungsbereich darstellt, verweist auf wachsende Schwierigkeiten in der Ausbildungskontinuität in Berufen, in die eher Jugendliche ohne oder mit niedrigem Schulabschluss einmünden. Hier werden sowohl Fragen von Leistungsfähigkeit als auch Chancengerechtigkeit angesprochen.
- Unter der Perspektive von Chancengerechtigkeit ist die Situation von Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss besonders problematisch, da diese einen überdurchschnittlichen Anteil der Schulabgänger in Rheinland-Pfalz ausmachen und deutlich häufiger als im Bundesdurchschnitt in den Übergangssektor einmünden. Für die betroffenen Jugendlichen entstehen damit Ausbildungsumwege und längere Zeiten zwischen dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule und der Arbeitsmarkteinmündung.

Eine massive Herausforderung dürfte in den nächsten Jahren – vor dem Hintergrund einer angespannten Ausbildungsmarktsituation – die Integration der in den letzten Jahren verstärkt zugewanderten und aktuell in Berufsvorbereitung befindlichen ausländischen Jugendlichen sein. Zwar fallen die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung zum Nachteil der letztgenannten Gruppe etwas geringer als im Bundesdurchschnitt aus, dennoch liegen die Anteile von ausländischen Jugendlichen im Übergangssektor mit 44 % deutlich über denen der deutschen Jugendlichen mit 26 %.

Saarland

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

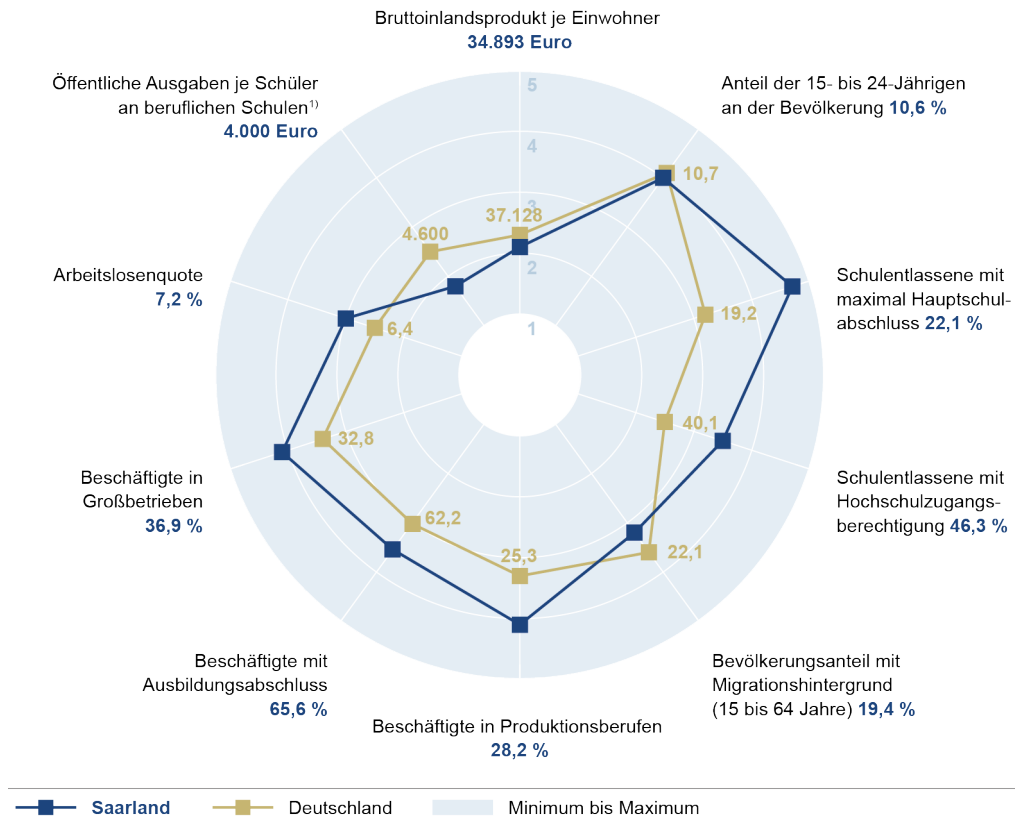
Kontextindikatoren

	SL 2013	SL 2015	DE 2015
 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	32.306 €	34.893 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	10,8 %	10,6 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	94,5 %	89,3 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	24,0 %	22,1 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	34,2 %	31,6 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	41,7 %	46,3 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	31,6 %	28,2 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	29,8 %	28,7 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	22,0 %	23,3 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	15,3 %	18,8 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	14,3 %	14,4 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	65,2 %	65,6 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	10,2 %	10,8 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	10,3 %	9,2 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	37,0 %	36,8 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	25,6 %	26,3 %	27,8 %
In Großbetrieben	37,5 %	36,9 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	17,3 %	18,4 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	18,0 %	19,4 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	24,4 %	26,0 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	7,3 %	7,2 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	3.600 €	4.000 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.400 €	2.700 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	8,1 %	7,7 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Abbildung SL-1 Ausgewählte Kontextindikatoren des Saarlands 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

Das im Südwesten der Bundesrepublik gelegene Saarland, umgeben von Rheinland-Pfalz, Frankreich und Luxemburg, ist das kleinste Flächenbundesland; die Bevölkerungszahl wird nur durch Bremen unterschritten. Hauptstadt und wirtschaftliches Zentrum ist Saarbrücken. Bergbau und Stahlindustrie prägten einst die wirtschaftliche Struktur, die jedoch sukzessive seit den 1960er-Jahren an Bedeutung verloren hat, während sich die angesiedelte Automobil- und Zulieferindustrie zum stärksten Wirtschaftszweig entwickelte. Darüber hinaus tragen neben der deutlich zurückgefahrenen Stahlindustrie, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik die Metall- und die Keramikindustrie dazu bei, dass das Saarland heute einen im Bundesländervergleich mit 28 % über dem Durchschnitt liegenden Anteil an Beschäftigten in Produktionsberufen hat; es ist der vierthöchste im Bundesländervergleich. Hingegen beläuft sich der Anteil bei den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen etwa 3 Prozentpunkte unter dem Bundesschnitt, gleichauf mit den Produktionsberufen. In den letzten drei Jahren ist allerdings ein Rückgang der Beschäftigten im produzierenden Bereich zu beobachten, während sich der Anteil der Beschäftigten in den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungen vergrößert hat und mit 18,8 % im Bundesmittel liegt. Letzteres überrascht wenig, haben sich doch mit SAP und IDS Scheer zwei große Unternehmen in der Informatikbranche dort angesiedelt. Die Ansiedlung von etlichen Großunternehmen schlägt sich auch in der Verteilung der Beschäftigten nieder: Es sind mit knapp 37 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt mehr Beschäftigte in Großbetrieben anzutreffen, ein geringerer Anteil als im Bundesschnitt jedoch in Klein- und Kleinstbetrieben, die ebenfalls knapp 37 % ausmachen.

Durch die immer noch stark industrielle Prägung verfügt das Saarland mit knapp 66 % über einen leicht über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil an Beschäftigten mit Berufsabschluss, mit 10,8 % sind Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss zu etwa 4 Prozentpunkten geringer vertreten als im Bundesdurchschnitt; leicht überdurchschnittlich liegen die Anteile an Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Die Absolventenstruktur zeigt einen starken Anstieg an Schulabgängern mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung, deren Anteil mit ca. 46 % ca. 6 Prozentpunkte über dem Bundeswert liegt. Auffällig niedriger ist der Anteil an Absolventen mit mittlerem Abschluss, der 32 % ausmacht, Schulabgänger mit maximal Hauptschulabschluss liegen mit etwa 22 % etwas über dem Bundeswert. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist eine deutliche Differenz zwischen Bildungsaspirationen der Schulabgänger und der Beschäftigtenstruktur zu sehen, zumal die Zugänge von Jugendlichen mit (Fach-)Hochschulreife in die berufliche Ausbildung eher unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Aus dieser Entwicklung könnten Fachkräfteengpässe entstehen, die die demografische Entwicklung ebenfalls in den nächsten Jahren verstärken kann.

Der Arbeitsmarkt ist durch starke Pendlerbewegungen gekennzeichnet, bei der etwa doppelt so viele Personen in das Saarland zum Arbeiten einpendeln als – vor allem nach Rheinland-Pfalz – auspendeln. Wirtschaftlich betrachtet liegt das Saarland im mittleren Bereich der 16 Bundesländer, das BIP p. c. rangiert mit knapp 35.000 € etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts; mit 3,5 % Wachstum in den letzten beiden Jahren gehört das Saarland zu den dynamischsten Bundesländern. Die Arbeitslosenquote liegt mit 7,2 % etwas über dem Bundesmittel.

Im Saarland wird sich der bereits eingesetzte demografische Abschwung in den nächsten Jahren noch deutlich bemerkbar machen, für das Ausbildungssystem werden künftig weniger Schulabsolventen zur Verfügung stehen als noch aktuell. Besonders erkennbar wird dies an der Relation der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen, die etwa bei 75 % liegt. Mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Schulabgängern mit Studienberechtigung von rund 46 % und einem in den letzten drei Jahren weiter verringerten Anteil an Personen mit mittlerem Schulabschluss, der sich nunmehr auf ca. 32 % beläuft, 8 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt, wird die Hauptadressatengruppe für eine berufliche Ausbildung nicht nur demografisch bedingt kleiner, sondern es ist zu erwarten, dass durch die gestiegenen Bildungsaspirationen der Konkurrenzkampf zwischen Hochschulen und Berufsausbildung sich in einer verringerten Nachfrage nach Ausbildung bemerkbar machen wird. Da im Saarland jedoch auch ein höherer Anteil an Personen mit maximal Hauptschulabschluss die Schule verlässt, wird die berufliche Bildung mit Blick auf die Fachkräftesicherung nicht umhinkommen, sich verstärkt um die Ausbildungsintegration dieser Personengruppen besonders zu bemühen. Aber auch aus Gründen der Chancengerechtigkeit ist diese Aufgabe unabweisbar.

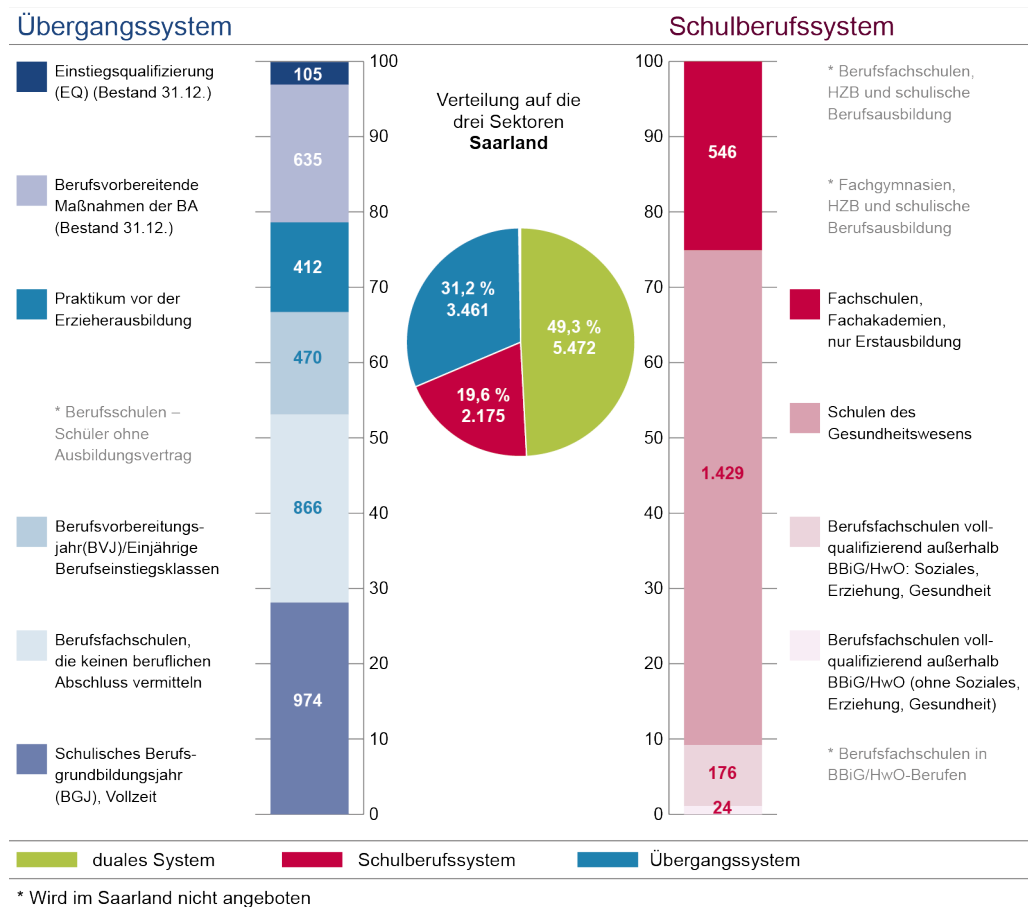
2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt des Saarlands

2.1. Das Berufsbildungssystem

Knapp die Hälfte der Neuzugänge in eine berufliche Ausbildung mündet im Saarland in das duale System ein. Der Anteil an neu eingemündeten Jugendlichen liegt im Schulberufssystem 2015 mit nicht ganz einem Fünftel unterhalb des Bundesschnitts von knapp 22 %, etwa gleichauf mit Niedersachsen und noch vor Baden-

Württemberg, das den niedrigsten Anteil aller Bundesländer aufweist. Der Übergangssektor fällt mit ca. 31 % der Neuzugänge sehr hoch und erkennbar über dem Bundesdurchschnitt von knapp 28 % aus; er liegt auch über dem Mittel der westdeutschen Flächenländer (29,8 %) (vgl. Kap. 3). Das Saarland hat bezogen auf den Anteil des Übergangssektors an allen Neueintritten hinter Baden-Württemberg und Niedersachsen den dritthöchsten Wert. Innerhalb der letzten beiden Jahre hat sich wenig Veränderung an den Proportionen zwischen den drei Sektoren gezeigt, einen leichten Zuwachs gab es beim Schulberufssystem zu Lasten des dualen Systems, der Übergangssektor blieb stabil bei knapp einem Drittel der Neuzugänge (Abb. SL-2).

Abbildung SL-2 Das Berufsbildungssystem Saarlands 2015



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wird die Struktur innerhalb des Übergangssektors betrachtet, so fallen das schulische Berufsgrundbildungsjahr und die Berufsfachschulen, die keinen Abschluss vermitteln, ins Auge, die mit 28 und 25 % zusammen mehr als die Hälfte aller Neueintritte im Übergangssektor ausmachen. Rund ein Fünftel der Neuzugänge in diesen Sektoren entfallen auf Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA), insbesondere auf die berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB). Anteilig etwa gleichauf liegen das Berufseinstiegsjahr/die Berufseinstiegsklassen und das Praktikum im Rahmen der Erzieherinnenausbildung (knapp 14 bzw. 12 %). Diese Verteilungen machen deutlich, dass für die Berufsvorbereitung der Jugendlichen hauptsächlich das Land verantwortlich ist (Tab. SL-1).

Bei einem Blick auf die Entwicklung zwischen 2007 und 2015 fallen vor allem der starke Rückgang im Berufsgrundbildungsjahr um fast die Hälfte, aber auch der Abbau der Einstiegsqualifizierung um rund zwei Drittel (von allerdings deutlich niedrigerem Niveau) ins Auge. Um mehr als ein Drittel gingen die Neuzugänge an den Berufsfachschulen und um rund ein Drittel die BvB-Maßnahmen zurück. Werden nur die letzten beiden Jahre betrachtet, so lässt sich im Berufsvorbereitungsjahr zwischen 2013 und 2015 ein erneuter Anstieg verzeichnen, der auf die Integration von Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen ist.

Tabelle SL-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	7.117	5.981	5.472	100,0	-23,1	-8,5
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	1.508	2.295	2.175	100,0	44,2	-5,2
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	156	60	24	1,1	-84,6	-60,0
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	1.352	2.235	2.151	98,9	59,1	-3,8
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	99	147	176	8,1	77,8	19,7
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	919	1.319	1.429	65,7	55,5	8,3
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	334	769	546	25,1	63,5	-29,0
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	5.489	3.767	3.461	100,0	-37,0	-8,1
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	1.830	1.176	974	28,1	-46,8	-17,2
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	1.378	898	866	25,0	-37,2	-3,6
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einstufige Berufseinstiegsklassen	527	409	470	13,6	-10,8	14,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	-	-	-	-	-	-
Praktikum vor der Erzieherausbildung	505	427	412	11,9	-18,4	-3,5
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	923	695	635	18,3	-31,2	-8,6
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	326	162	105	3,0	-67,8	-35,2
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	168	86	79		-53,0	-8,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Auch beim Schulberufssystem kommt es zu einer Neujustierung der verschiedenen Angebote. Zunächst bleibt jedoch erst einmal festzuhalten, dass das Saarland das einzige westdeutsche Flächenland ist, in dem keine Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung (BBiG/HwO) angeboten werden. Das Schulberufs-

system im Saarland weist nahezu ausschließlich Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen auf, darunter dominieren mit rund zwei Dritteln die Ausbildungen in Berufen des Gesundheitswesens, ein Viertel machen die Fachschulen und Fachakademien aus und etwa 8 % entfallen auf vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO im Bereich Gesundheit, Erziehung und Soziales. Jenseits dieses Bereichs liegt lediglich 1 % der Angebote.

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt im Saarland

Das Saarland weist mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 95 % nach wie vor eine Unterdeckung der Nachfrage auf. Zwischen 2007 und 2016 hat sich daran auch nur wenig geändert, eine leichte Verbesserung um 4 Prozentpunkte ist eingetreten, das Ergebnis einer stärker gesunkenen Nachfrage (–19 %) im Vergleich zum Angebotsrückgang (15 %) ist (Tab. SL-2). Im Saarland fällt der Rückbau der betrieblichen Ausbildungsangebote innerhalb der westdeutschen Flächenländer am stärksten aus (vgl. Tab. 4.1). Eine sinkende Ausbildungsquote ist besonders auffällig in den Klein- und Kleinstbetrieben, aber auch bei den Unternehmen zwischen 250 und 499 sowie ab 500 Beschäftigten sinkt die Ausbildungsquote, wenngleich weniger stark (vgl. Abb. 4.7). Bei den Klein- und Kleinstbetrieben ist zu befürchten, dass ein vollzogener Austritt aus der Ausbildung dann auf längere Sicht wirkt, also auch Ausbildungsinfrastruktur verloren geht.

Tabelle SL-2 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken im Saarland 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Saarland				7.734	8.364	92,5 %	7.704	8.109	95,0 %
Neunkirchen	2.522	2.648	95,2 %						
Saarbrücken	4.017	4.522	88,8 %						
Saarlouis	2.567	2.810	91,4 %						
Saarland gesamt	9.106	9.980	91,2 %	7.734	8.364	92,5 %	7.704	8.109	95,0 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Fehlende Ausbildungsplätze sind jedoch nur eine Seite der Medaille, die zweite sind Passungsprobleme auf berufsstruktureller Ebene. Diese zeigen sich in Unterschieden der Angebots-Nachfrage-Relation nach Berufsgruppen, wo vor allem im gewerblich-technischen Bereich Engpässe zu erkennen sind, die ANR beläuft sich dort auf 90,5 % (vgl. Abb. 4.9). Etwas günstiger sieht es mit 94 bzw. 95 % in den IT- und kaufmännischen Berufen und den Fachangestelltenberufen in Medizin, Zahn- und Tiermedizin aus. Deutlich anders stellt sich die Situation in den Berufen des Ernährungshandwerks und des Hotel- und Gaststättenwesens dar, wo auf 100 Ausbildungsnachfragern je rund 120 Angebote kommen (vgl. Abb. 4.12).

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen im Saarland

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Bezogen auf die schulische Vorbildung zeichnet sich für das Saarland ein von den westdeutschen Flächenländern abweichendes Muster ab. Personen mit Hauptschulabschluss gelangen überproportional häufig in die duale Ausbildung. Liegt der durchschnittliche Anteil der Neuzugänge ins duale System mit Hauptschulabschluss bei den westdeutschen Flächenländern bei 25 %, fällt dieser für das Saarland um 13 Prozentpunkte höher aus (38 %). Kein anderes Bundesland erreicht einen so hohen Anteil an Neuzugängen mit Hauptschulabschluss im dualen System (vgl. Abb. 4.22). Allerdings münden zwei Drittel dieser Jugendlichen in das unterste Segment des Berufsspektrums, das heißt, in Ausbildungsberufe, die eher eine geringere soziale Anerkennung erfahren, die also auf der Prestigeskala der Berufe am unteren Rand liegen (vgl. Abb. 4.23). Hingegen ist der Anteil der Einmündungen mit mittlerem Abschluss mit 40 % um 8 Prozentpunkte geringer als für die westdeutschen Flächenländer. Der Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung liegt mit 18 % etwas niedriger als das Bundesmittel und als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

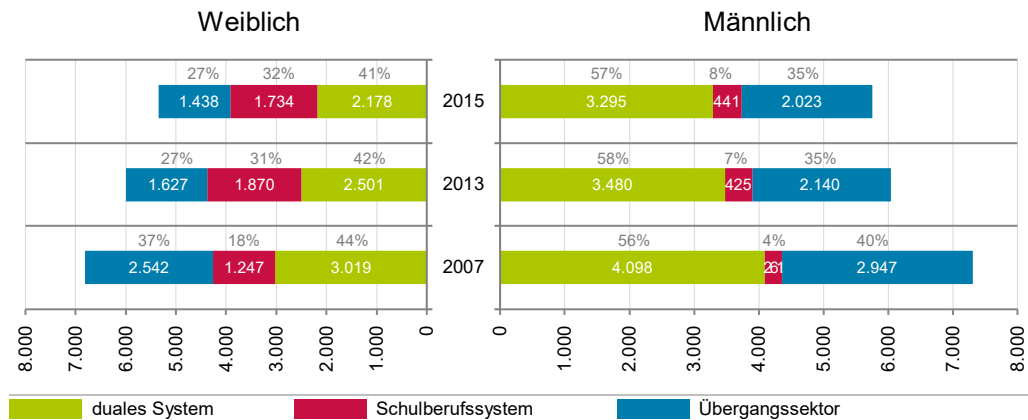
Diese Daten überraschen, auch der niedrige Anteil an Personen mit (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung, hat sich doch gerade zwischen 2007 und 2015 ihr Anteil an den Schulabsolventen deutlich von ca. 34 % auf etwa 46 % erhöht. Vieles spricht dafür, dass es nicht gelingt, mit den beruflichen Ausbildungsangeboten einen größeren Teil gut qualifizierter Jugendlicher anzuziehen, insbesondere jene mit Hochschulzugangsberechtigung; ob diese anderweitige Ausbildungschancen etwa in Rheinland-Pfalz wahrnehmen oder ein Studium beginnen, muss allerdings offenbleiben. Es spricht einiges für erstere Annahme, da sich die Studierneigung der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung im Saarland in den letzten zehn Jahren kaum erhöht hat und zudem in dieser Gruppe ein recht hoher Anteil an Personen mit Fachhochschulreife vorliegt, die wiederum zu geringeren Anteilen in ein Hochschulstudium übergehen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016, Tab. F2-6web).

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Nach Geschlecht zeigen sich bessere Einmündungschancen in vollqualifizierende Ausbildung für weibliche Jugendliche, die sich im betrachteten Zeitraum zugunsten der Frauen ausgebaut haben. Männer münden mit 57 % häufiger in das duale System, das bei Frauen einen um 16 Prozentpunkte geringeren Anteil ausmacht (41 %). Dafür sind Frauen mit 32 % der Neuzugänge im Vergleich zu Männern viermal häufiger im Schulberufssystem zu finden. Diese Situation verwundert wenig, sind doch die Angebote im Schulberufssystem nahezu ausschließlich auf traditionelle Frauenberufe konzentriert. Die Steigerung des Anteils des Schulberufssystems an den Neuzugängen bei den Frauen beläuft sich im Betrachtungszeitraum von 18 auf 32 %, was allerdings – bei insgesamt sinkenden Einmündungszahlen 2015 – absolut nur rund 500 Frauen mehr als noch 2007 ausmacht. Während die anteiligen weiblichen Einmündungen in das duale System recht stabil blieben, sind die Änderungen in den drei Sektoren allein auf veränderte Anteile zwischen Übergangssektor und Schulberufssystem zurückzuführen. Bei den Männern passiert ganz Ähnliches: Die Anteile der Einmündungen ins duale System bleiben mit Werten zwischen 56 und 58 % sehr stabil, während sich der

Anteil im Übergangssektor demografisch bedingt verringert und der Anteil an männlichen Neuzugängen ins Schulberufssystem von 4 auf 8 % – bei jedoch insgesamt niedrigem Niveau – steigt.

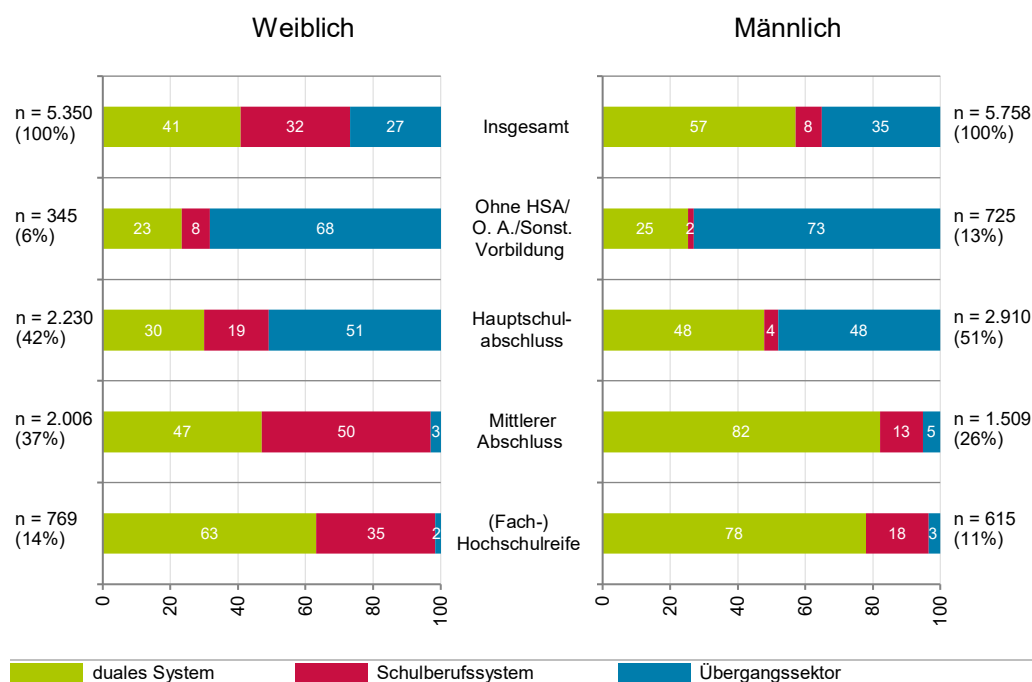
Abbildung SL-3 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem des Saarlands 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bei gleichem Vorbildungsniveau ähneln sich Frauen und Männer stark in dem Risiko, im Übergangssektor zu landen (Abb. SL-4). Das bedeutet, dass die insgesamt niedrigeren Anteile von Frauen im Übergangssektor die Folge eines höheren Schulabschlusses von Frauen sind. 51 % der Frauen, aber nur 37 % der Männer im Berufsbildungssystem verfügen mindestens über den mittleren Abschluss. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Entscheidung für Ausbildungen im Schulberufssystem oder im dualen System treten am deutlichsten bei den Jugendlichen mit mittlerem Abschluss hervor.

Abbildung SL-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem des Saarlands 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



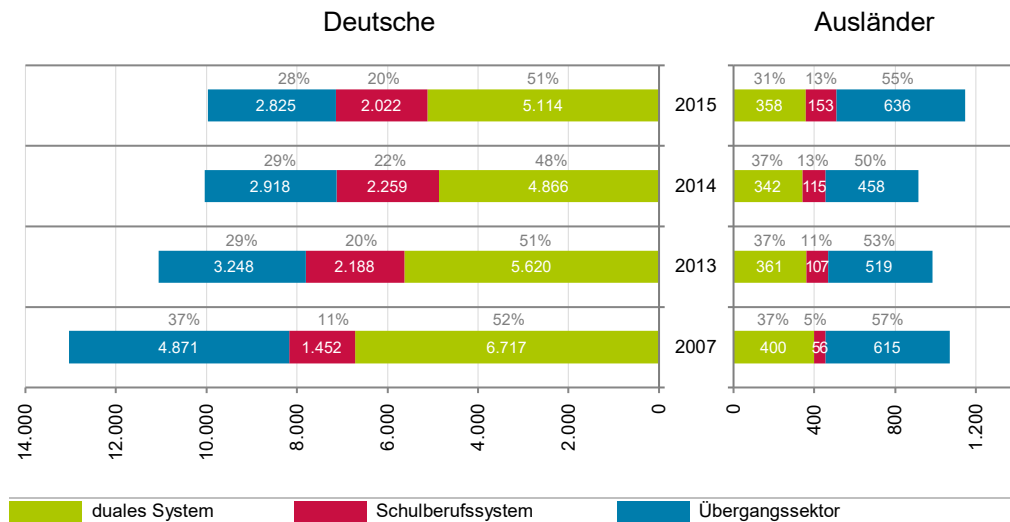
3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Ausländische Jugendliche treffen – wie in den meisten Bundesländern – auch im Saarland auf deutlich höhere Hürden bei der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung. Jeweils mindestens oder mehr als die Hälfte der ausländischen Neuzugänge mündet in den Übergangssektor. Betrug die Differenz zwischen Deutschen und Ausländern 2007 noch 20 Prozentpunkte (37 zu 57 %), so vergrößerte sie sich bis 2013 noch ein wenig und erreicht 2015 einen Niveauunterschied von 27 Prozentpunkten (Abb. SL-5). Die Vergrößerung der Diskrepanz in den letzten beiden Jahren ist dabei auf die Zuwanderung von schutz- und asylsuchenden Personen zurückzuführen, die im Saarland vor allem in spezifische Landesprogramme münden. Die Bildungsangebote für jugendliche Asyl- und Schutzsuchende beziehen sich im Saarland vor allem auf Spezialklassen mit beruflicher Sprach- und Integrationsförderung an fast allen Berufsbildungszentren; zugleich ist mit diesem Angebot eine Ausbildungsvorbereitung verbunden.

Im Zeitraum 2007 bis 2013, also vor der starken Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden, zeigt sich zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen ein ähnliches Entwicklungsmuster bei den Neueintritten in die beiden vollqualifizierenden Sektoren. Ausländische Jugendliche münden zu einem Anteil von etwas mehr als einem Drittel der Neuzugänge in das duale System, der Anteil der Einmündungen ins Schulberufssystem hat sich quasi verdoppelt (von 5 auf 11 %) – auch bei den deutschen Jugendlichen bleiben die Anteile der dualen Einmündungen stabil und die der Einmündungen ins Schulberufssystem verdoppeln sich, beides jedoch auf höherem Ausgangsniveau im Vergleich zu den ausländischen Personen. Im Unterschied zu den Deutschen, zeigen

sich allerdings bei den ausländischen Jugendlichen nur halb so hohe rückläufige Anteile im Übergangssektor (2007 bis 2013 4 Prozentpunkte bei ausländischen und 8 Prozentpunkte bei deutschen Jugendlichen).

Abbildung SL-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem des Saarlands 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wird nunmehr die Verteilung der Jugendlichen im Übergangssektor auf die verschiedenen Landesprogramme und die beiden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, BvB und EQ, betrachtet, so zeigen sich zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen leichte Verschiebungen in den Anteilen. Insgesamt münden die ausländischen Jugendlichen zu etwas geringeren Anteilen in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen (16,8 zu 23,5 %). Das heißt, die Steuerung und Durchführung der Ausbildungsvorbereitung lag und liegt bei den ausländischen Jugendlichen zu einem höheren Anteil in Landesverantwortung (Tab. SL-3).

Tabelle SL-3 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

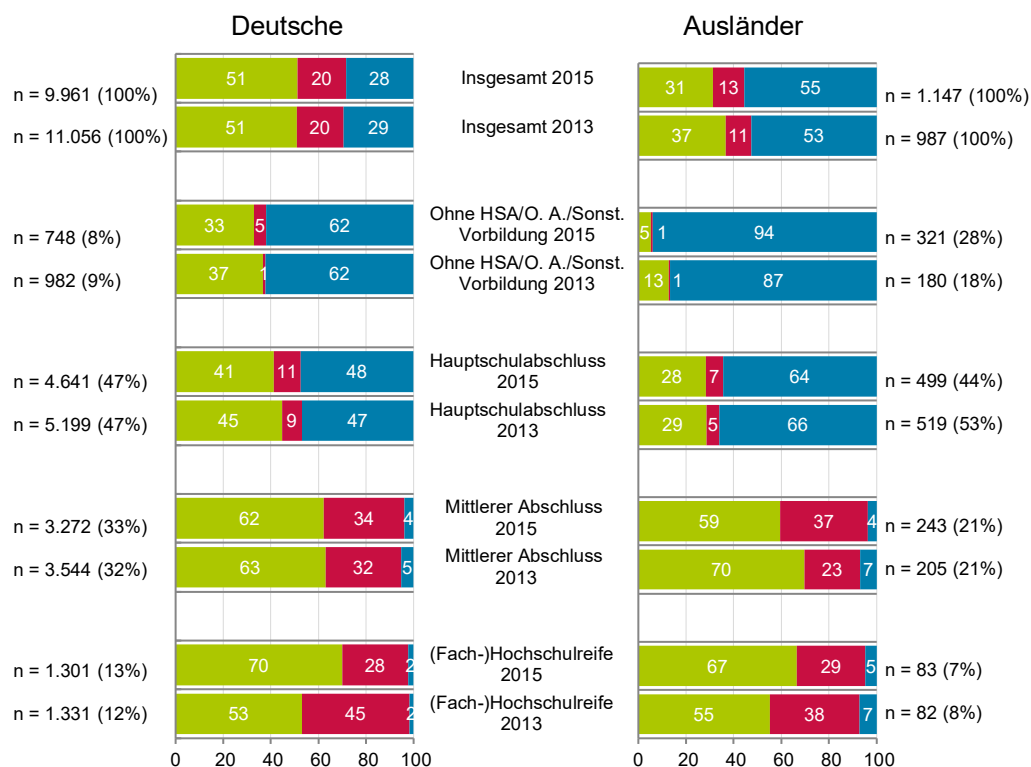
Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	4.871	100	615	100	2.825	100	636	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	1.594	32,7	236	38,4	811	28,7	163	25,7
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	1.205	24,7	173	28,1	761	26,9	105	16,5
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	455	9,3	72	11,7	222	7,9	248	38,9
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	474	9,7	31	5,0	385	13,6	26	4,1
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	843	17,3	78	12,7	563	19,9	72	11,3
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	300	6,2	25	4,1	83	2,9	22	3,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bei Analyse der Übergänge ins berufliche Bildungssystem nach Vorbildungsniveau zeigt sich zunächst, dass Personen ohne Hauptschulabschluss unter den ausländischen Jugendlichen 2015 beinahe vollständig in den Übergangssektor münden, während dieser Anteil unter den deutschen Jugendlichen 62 % ausmacht. Dies überrascht allerdings wenig, dürften sich unter den ausländischen Jugendlichen 2015 sehr hohe Anteile an Schutz- und Asylsuchenden befinden, die die Ausbildungsvoraussetzungen allein aufgrund der Sprachkenntnisse nicht erfüllen. Aber auch 2013 stellte sich die Situation nicht viel anders dar, wobei nicht genau zu klären ist, ob es sich hier um systematische Benachteiligungen ausländischer Jugendlicher handelt oder ob auch in dieser Gruppe sich überwiegend neu nach Deutschland immigrierte Personen befinden, die ebenfalls noch Maßnahmen des Spracherwerbs im Übergangssektor besuchen.

Eine deutliche Benachteiligung liegt allerdings bei Personen mit Hauptschulabschluss vor, denn hier münden ausländische Jugendliche zu fast zwei Dritteln in den Übergangssektor, während dieser Anteil bei den deutschen Jugendlichen knapp die Hälfte ausmacht. Ab einem mittleren Schulabschluss schwinden die Benachteiligungen nahezu vollständig (Abb. SL-6). Deutsche und ausländische Jugendliche münden zu jeweils ähnlichen Anteilen (62 und 59 %) ins duale System und ins Schulberufssystem (34 und 37 %), bei Vorliegen einer (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung sind die dualen Anteile in beiden Gruppen noch etwas höher und unterscheiden sich ebenfalls nur marginal.

Abbildung SL-6 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem des Saarlands nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



Anmerkung: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Ohne Frage gehören zu den Ausbildungsleistungen des Saarlands die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Absolventenquoten für die duale Ausbildung und das Schulberufssystem (vgl. Abb. 5.8, Abb. 5.9). Mit diesem Qualitätsmerkmal werden wichtige Voraussetzungen einer Arbeitsmarktintegration geschaffen. Mit der Verwertung der erworbenen Ausbildungsabschlüsse am Arbeitsmarkt sind wiederum wichtige Entwicklungsperspektiven für den Einzelnen und Gestaltungsmöglichkeiten individueller Lebensführung verbunden, aber auch die Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften. Für das Saarland lässt sich zeigen, dass knapp 70 % der Ausbildungsabsolventen des Jahrgangs 2013 zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig sind (vgl. Abb. 5.10). Gegenüber Ausbildungsabsolventen des Jahrgangs 2007 hat sich dabei wenig verändert. Im Unterschied zu den meisten westdeutschen Flächenländern gelingt eine Arbeitsmarktintegration bei den Männern im Saarland besser als bei den Frauen. Allerdings gehört das

Saarland zu den westdeutschen Flächenländern, in denen der Anteil an Ausbildungsabsolventen zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss im Leistungsbezug, auf Arbeitssuche oder in einer weiteren Maßnahme der Arbeitsmarktintegration mit ca. 10 % am höchsten ausfällt (vgl. Abb. 5.11).

Von Problemen der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration zeugt letztlich auch die Jugendarbeitslosenquote, die mit etwas über 8 % relativ hoch im Bundesländervergleich ausfällt.

5. Fazit

Auf die Berufsbildungspolitik und die Akteure der beruflichen Bildung im Saarland kommen aktuell und in nächster Zeit einige Herausforderungen zu, die sowohl unter der Perspektive der künftigen Fachkräftesicherung als auch der Chancengerechtigkeit zu diskutieren sind. Wirtschaftlich gesehen, befindet sich das Saarland in einem anhaltenden strukturellen Wandel: Zunächst geprägt von einer monostrukturellen Montan-Vergangenheit wandelte sich das Land zu einem modernen Industriestandort mit einem industriellen Kern in der Automobil- und Metallindustrie und durchläuft nunmehr Veränderungsprozesse hin zu einer auch von innovativen IT- und wissenschaftsorientierten sowie personenbezogenen Dienstleistungen geprägten Wirtschaftsstruktur.

Gegenwärtig ist allerdings noch nicht zu erkennen, inwiefern sich die Steuerung der beruflichen Bildung an diesen Herausforderungen orientiert und ob diese Veränderungen Eingang in Prozesse der Berufsorientierung und in der Bereitstellung zukunftsorientierter Ausbildungsangebote in den wachsenden Dienstleistungssegmenten finden. Gegenwärtig scheinen sich die Probleme an einem von traditionellen Berufsstrukturen geprägten Ausbildungsmarkt eher zu verfestigen. Darauf verweisen der hohe Anteil an Neuzugängen in den Übergangssektor, der mit knapp einem Drittel in der Phase einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung im Saarland nach wie vor ziemlich hoch ausfällt, sowie die in den letzten zehn Jahren nur wenig gestiegene Angebots-Nachfrage-Relation, deren leichte Verbesserung ein Ergebnis eines demografisch bedingten Nachfragerückgangs, aber nicht verstärkter Ausbildungsanstrengungen der Wirtschaft ist. Davon zeugen aber auch Passungsprobleme auf berufsstruktureller Ebene und die im Vergleich der westdeutschen Flächenländer recht hohe Jugendarbeitslosenquote.

Aktuell ist nicht absehbar, ob es gelingen wird, die Ausbildungsangebote im dualen System in den nächsten Jahren zu erhöhen; der massive Abbau von Ausbildungs-

plätzen in der letzten Dekade lässt hieran Zweifel aufkommen, auch wenn sich der Prozess in den vorangegangenen beiden Jahren etwas verlangsamt hat, bleibt dennoch der Abwärtstrend zunächst bestehen. Hier wird die Herausforderung vor allem darin bestehen, Angebote in den wachsenden Beschäftigungsfeldern bereitzustellen. In diesem Zusammenhang ist die absolute Verengung des Berufsspektrums im Schulberufssystem auf Ausbildungen im Bereich Erziehung, Gesundheit und Soziales (konzentriert auf Ausbildungen im Gesundheitswesen) auch als Problem anzusehen. Diese Angebote stellen zuvorderst Angebote an Frauen dar; der Anteil der männlichen Neuzugänge am saarländischen Schulberufssystem ist mit 8 % deutlich unter dem Bundesmittel von 12 % und bildet den niedrigsten Wert im Ländervergleich. Das heißt, männliche Jugendliche nehmen die Angebote im Schulberufssystem im Saarland kaum als passende Ausbildungsmöglichkeit wahr. Vor dem Hintergrund der Fachkräfteentwicklung in den IT- und naturwissenschaftsbezogenen sowie in den personenbezogenen Beschäftigungsfeldern ist das Land jedoch gut beraten, neben einer Ausweitung des Berufsspektrums im Schulberufssystem auch die geschlechtsspezifischen Zuordnungsmuster der Ausbildungsberufe – beispielsweise über eine Berufsorientierung und Berufsberatung – (weiter) aufzulösen.

Weitere Herausforderungen für die Berufsbildungspolitik im Saarland dürften die demografische Entwicklung und die Abwanderungsbewegungen darstellen. Was zunächst als Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt wirkt, der Rückgang von Schulabsolventen, eine damit sinkende Nachfrage und verbesserte Angebots-Nachfrage-Relation, kann sich kurz- und mittelfristig zu einem Problem der Fachkräftesicherung entpuppen, besonders auch unter Berücksichtigung des über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteils an Personen im Alter von 55 bis 64 Jahre, die in den kommenden Jahren aus dem Arbeitsprozess ausscheiden werden (vgl. Tab. 2.2A). Diese Entwicklung gewinnt an Schärfe mit Blick auf die Struktur der Schulabsolventen. Die Zahl der Absolventen mit mittlerem Schulabschluss als das Hauptreservoir für die berufliche Bildung wird sich allein schon demografiebedingt weiter reduzieren. Davon betroffen sind insbesondere Ausbildungen im Schulberufssystem, erst recht Ausbildungen im mittleren und oberen Berufsspektrum, die am ehesten Berufe in unternehmensbezogenen und IT- sowie kaufmännischen wie auch gewerblich-technischen Dienstleistungen umfassen, die im Saarland jedoch nur ca. ein Drittel ausmachen.

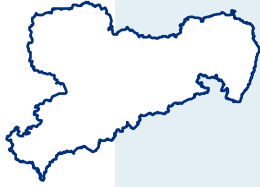
Zugleich fehlen im Land offenbar Ausbildungsangebote, die für die sichtlich gewachsene Gruppe an Jugendlichen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung, die weiter expandieren wird, attraktiv sind, erkennbar an den niedrigen Anteilen der Einmündung an Personen mit dieser Vorbildung in die berufliche Bildung. Will man gut qualifizierte Jugendliche im Bundesland als Fachkräfte gewinnen (und halten), wird man nicht umhinkommen, über Maßnahmen einer aktiven Berufsausbildungspolitik im Verbund mit den Wirtschaftsakteuren ernsthaft nachzudenken, um Ausbildungsangebote und -strukturen zu schaffen, die Ausbildungen in zukunftssträchtigen Berufen der oberen Mitte und des oberen Berufssegments auf breiterer Basis als bislang ermöglichen.

Da im Saarland jedoch auch ein höherer Anteil an Personen mit maximal Hauptschulabschluss die Schule verlässt, wird die berufliche Bildung sich ebenfalls verstärkt um die Ausbildungsintegration dieser Personengruppe besonders bemühen müssen. Hier ist das Saarland schon erfolgreicher als andere westdeutsche Flächenländer. Betrachtet man jedoch die nach wie vor bestehenden Disparitäten zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss und die in die Berufsvorbereitung in den letzten beiden Jahren neu aufgenommenen zugewanderten Jugendlichen, so sind nicht nachlassende und verstärkte Anstrengungen erforderlich, um auch deren Teilhabechancen zu verbessern. Zugleich ist diese Personengruppe aber auch eine Chance für die Fachkräftesicherung in der Region, vorausgesetzt die Integration hat Erfolg.

Sachsen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	SN 2013	SN 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	25.713 €	27.899 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	8,0 %	7,6 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	62,0 %	57,9 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	21,1 %	18,1 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	42,8 %	43,1 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	36,1 %	38,8 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	30,3 %	29,1 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	28,7 %	27,9 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	24,9 %	25,3 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	14,7 %	16,9 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	5,3 %	6,3 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	69,3 %	69,8 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	15,8 %	16,4 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	9,6 %	7,5 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	43,7 %	43,0 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	30,4 %	30,3 %	27,8 %
In Großbetrieben	25,9 %	26,7 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	4,7 %	5,4 %	21 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	5,0 %	6,0 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	8,5 %	9,5 %	27 %
Arbeitslosenquote	9,4 %	8,2 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.900 €	5.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	3.100 €	3.700 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	5,6 %	6,1 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen

Der Freistaat Sachsen nimmt mit rund 4 Millionen Einwohnern und einer Fläche von etwa 18.400 Quadratkilometern eine mittlere Position unter den 16 Bundesländern ein. Unter den 5 ostdeutschen Ländern gilt Sachsen als das wirtschaftlich stärkste Bundesland. Wie bereits im Vorberichtsjaahr 2013 weist Sachsen auch 2 Jahre später unter den ostdeutschen Bundesländern mit 27.899 € das höchste BIP p. c. aus, liegt aber mit

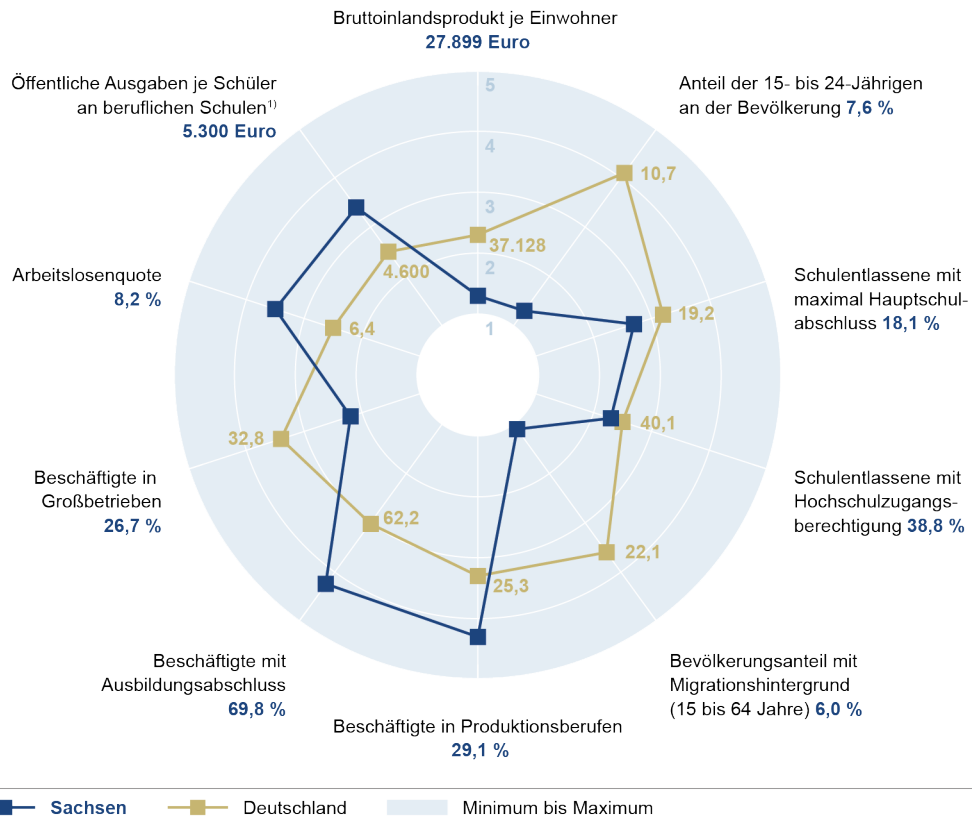
mehr als 6.000 € deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die insgesamt günstige wirtschaftliche Lage findet ihren Ausdruck in der positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts, im Vergleich zu 2013 sinkt die Arbeitslosenquote von 9,4 auf 8,2 %. Trotz dieser positiven Entwicklung liegt jedoch die Arbeitslosenquote in Sachsen immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,4 %.

Der Motor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die klein- und mittelständisch geprägte sächsische Industrie mit einem Schwerpunkt auf der Automobilbranche, Mikroelektronik sowie im Maschinen- und Anlagenbau (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 2017). Erkenntlich wird diese Schwerpunktsetzung in der Verteilung der Beschäftigten auf die Berufssektoren. Die Produktionsberufe bilden trotz eines geringen Rückgangs im Jahr 2015 gegenüber 2013 von 30,3 % auf 29,1 % weiterhin die bedeutsamste Grundlage für die Wirtschaft in Sachsen. Die am technisch-technologischen Fortschritt orientierte Industrie spiegelt sich insbesondere in der berufsbezogenen Beschäftigungsentwicklung wider: IT- und naturwissenschaftliche sowie sonstige wirtschaftliche Dienstleistungsberufe gewinnen immer mehr an Bedeutung (Anstieg von 14,7 auf 16,9 % gegenüber 2013). Der dritte wichtige Baustein für die sächsische Wirtschaftskraft liegt in den personenbezogenen Dienstleistungen.

Nach Qualifikationsniveau hat die mittlere Fachqualifikationsebene eine hohe Bedeutung, etwa 70 % aller Beschäftigten haben eine Berufsausbildung abgeschlossen. Dieser für ostdeutsche Länder typische Anteil an Beschäftigten mit mittlerem berufsfachlichen Qualifikationsniveau liegt dabei weit über dem Bundesdurchschnitt. Jedoch zeigt sich, ähnlich zum bundesweiten Trend, eine Zunahme an Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss. Diese Entwicklung wird sicherlich durch die wirtschaftlichen Schwerpunkte in der Mikroelektronik sowie in IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungen verstärkt, aber auch der Anteil in lehrenden und ausbildenden Berufen ist mit 3,7 % fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt von 2,0 %.

Sachsen gehört zu jenen Bundesländern, denen bei den Schulleistungsvergleichen bereits mehrfach eine hohe Effektivität in den Bildungsanstrengungen bescheinigt wurde. Dennoch bildet sich dieses sehr positive Bild aus den Querschnittserhebungen bei Grund- und Sekundar-I-Schülern nicht ganz so positiv in der Schulabsolventenstruktur ab. Zwar hat sich in den letzten zwei Jahren die Bildungsstruktur der Schulabgänger und -absolventen verbessert, erkennbar am rückläufigen Anteil an Personen mit maximal Hauptschulabschluss, jedoch schließen weniger Personen die Schule mit einer Hochschulzugangsberechtigung ab als im Bundesdurchschnitt, auch wenn die Diskrepanz mit 2,3 Prozentpunkten sehr moderat ausfällt.

Abbildung SN-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Sachsens 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

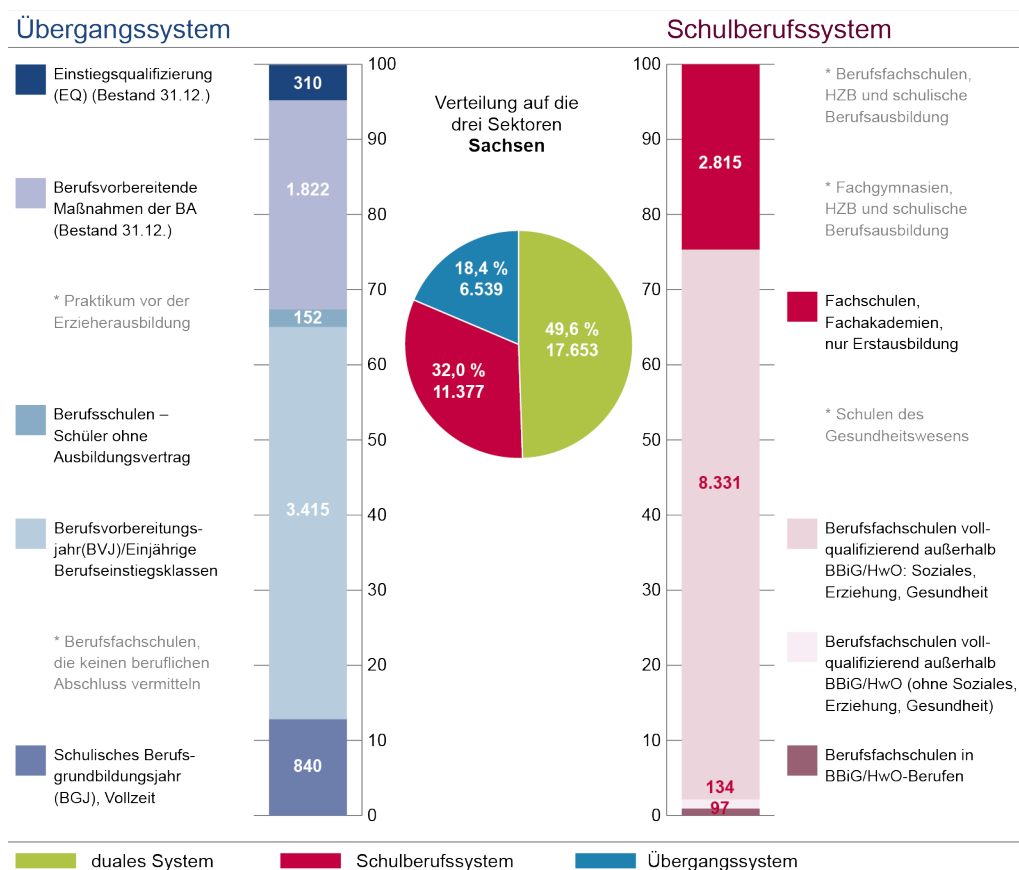
Zu den Zielen beruflicher Bildung gehört auch die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Sicherung und Weiterentwicklung der Wirtschaft. Betrachtet man allein die altermäßige Zusammensetzung, so zeichnet sich mit Blick auf die Fachkräftesicherung eine bedenkliche Entwicklung ab: 7,6 % der Bevölkerung befindet sich im besonders ausbildungsrelevanten Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die kurzfristige Nachwuchsrelation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen nimmt zwischen 2013 bis 2015 nicht nur drastisch ab, sondern zählt mit 57,9 % bundesweit zu der geringsten. Auch wenn dieser Abwärtstrend dann erst einmal gestoppt ist, wie die ausgeglichene Relation der 5- bis 14-Jährigen gespiegelt an den 15- bis 24-Jährigen zeigt, bedeutet es jedoch, künftig mit einem geringeren Fachkräftepotenzial zu rechnen und dies vor dem Hintergrund gestiegener Bildungsaspirationen der nachwachsenden Kohorten, die zusätzlich zu einer zunehmenden Konkurrenz zwischen Hochschulen und Unternehmen, die Fachkräfte auf mittlerer Qualifikationsebene nachfragen, führen wird. Zwar zeichnet sich mit der beschriebenen Entwicklung eine Entlastung für den Ausbildungsstellenmarkt ab, denn dieser ist nach wie vor durch eine Unterversorgung gekennzeichnet, dennoch muss diese Entwicklung auch unter dem Blickpunkt der hohen Beschäftigtenanteile auf mittlerer Qualifikationsebene betrachtet werden. Mittelfristig können daher Arbeitskräfteengpässe auf dem Arbeitsmarkt nach Regionen und/oder beruflichen Fachrichtungen entstehen, die nur über die Erschließung bislang unzureichend ausgeschöpfter Potenziale behoben werden können. Dazu gehören Personen, die bislang nur erschwerten Ausbildungszugang in Sachsen finden, Personen ohne oder mit maximal Hauptschulabschluss und Personen mit Migrationshintergrund.

Allerdings ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im ausbildungsfähigen Alter mit 9,5 % (vgl. Kap. 2) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 26,6 %. Die jüngste und starke Zuwanderung der schutz- und asylsuchenden Jugendlichen und Erwachsenen kann dabei langfristig auch als Potenzial für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verstanden werden und kann damit der oben beschriebenen Tendenz absehbarer Engpässe (auf einer zunächst rein quantitativen Ebene) entgegenwirken.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Sachsens

2.1. Das Berufsbildungssystem

Während das relative Gewicht des dualen Systems im Zeitraum 2013 bis 2015 nahezu unverändert ist, hat das Schulberufssystem zugunsten des Übergangssektors um 2 Prozentpunkte abgenommen. Absolut betrachtet scheint der ostdeutsche Trend zur Verkleinerung des Berufsbildungssystems (vgl. Baethge u.a. 2016) in Sachsen zunächst ausgesetzt. Seit dem starken Einbruch der Anfängerzahlen zwischen 2005 und 2013 zeigt sich zum ersten Mal ein geringer Anstieg an Neuzugängen um 3 %, wobei sich allerdings die Zuwächse im dualen System und die Verringerung im Schulberufssystem nahezu die Waage halten. Das heißt, die Erhöhung der Anfängerzahlen in der beruflichen Bildung ist nahezu vollständig auf Zuwächse im Übergangssektor zurückzuführen.

Abbildung SN-2 Das Berufsbildungssystem Sachsens 2015

* Wird in Sachsen nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der Übergangssektor erhöhte sich damit in seinem relativen Anteil auf etwa 18 % der Einmündungen ins Berufsbildungssystem. Absolut gesehen hat vor allem das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) an Bedeutung gewonnen (+963 Neuzugänge bzw. +39,3 %). Berufseinstiegsklassen werden laut Auskunft des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) nicht angeboten. Der Anstieg im Übergangssektor dürfte größtenteils auf die Beschulung schutz- und asylsuchender Jugendlicher und Erwachsener in den Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten zurückzuführen sein (vgl. Abs. 3.4). Eine Reformierung des Übergangssektors strebt das SMK ab dem Schuljahr 2018/19 in Richtung einer dual angelegten Berufsvorbereitung an. Der seit mehreren Jahren laufende Schulversuch „Gestrecktes Berufsvorbereitungsjahr“ (GBVJ) sowie das Teilprojekt „Gestrecktes Berufsvorbereitungsjahr in kooperativer Form“ werden ab dem Schuljahr 2018/19 als Regelangebot zur Verfügung stehen. Durch Streckung der theoretischen Anteile über 2 Jahre, einer Erhöhung der praktischen Anteile durch verstärktes Lernen in Werkstätten, einem verlängerten Betriebspraktikum im ersten Schuljahr sowie einer Dualisierung des Bildungsangebots (3 Tage pro Woche im Betrieb und 2 Tage schulische Ausbildungsvorbereitung) im zweiten Schuljahr zielt das GBVJ auf eine effektivere Förderung des Übergangs von der Schule in die berufliche Ausbildung. Sachsen verbindet damit – wie andere Bundesländer auch – bessere Chancen auf Ausbildungsplätze für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler. Eine dualisierte Berufsvorbereitung scheint auch für die schutz- und asylsuchenden

Jugendlichen ein Erfolg versprechender Weg zu sein (Baethge, Seeber 2016: 44), da zum einen die Jugendlichen die Arbeitswelt und spezifische berufliche Anforderungen besser kennenlernen und vor dem Hintergrund der eigenen Stärken und Schwächen sowie Interessen bewusster Entscheidungen für einen Ausbildungsberuf treffen können. Zum anderen haben die Betriebe die Chance, Jugendliche, die aufgrund eines fehlenden Schulabschlusses oder schlechter Zeugnisse nicht in die engere Wahl für einen Ausbildungsplatz gekommen wären, erst einmal kennenzulernen.

Tabelle SN-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	28.954	17.273	17.653	100,0	-39,0	2,2
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	17.146	11.645	11.377	100,0	-33,6	-2,3
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	1.198	131	97	0,9	-91,9	-26,0
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	4.483	246	134	1,2	-97,0	-45,5
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	11.465	11.268	11.146	98,0	-2,8	-1,1
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	9.654	8.356	8.331	73,2	-13,7	-0,3
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.811	2.912	2.815	24,7	55,4	-3,3
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	11.065	5.579	6.539	100,0	-40,9	17,2
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	2897	947	840	0,1	-71,0	-11,3
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	472	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.557	2.452	3.415	0,5	33,6	39,3
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsver- trag	36	75	152	0,0	322,2	102,7
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.290	1.850	1.822	0,3	-57,5	-1,5
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	813	255	310	0,0	-61,9	21,6
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	3.437	1.584	1.649		-52,0	4,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

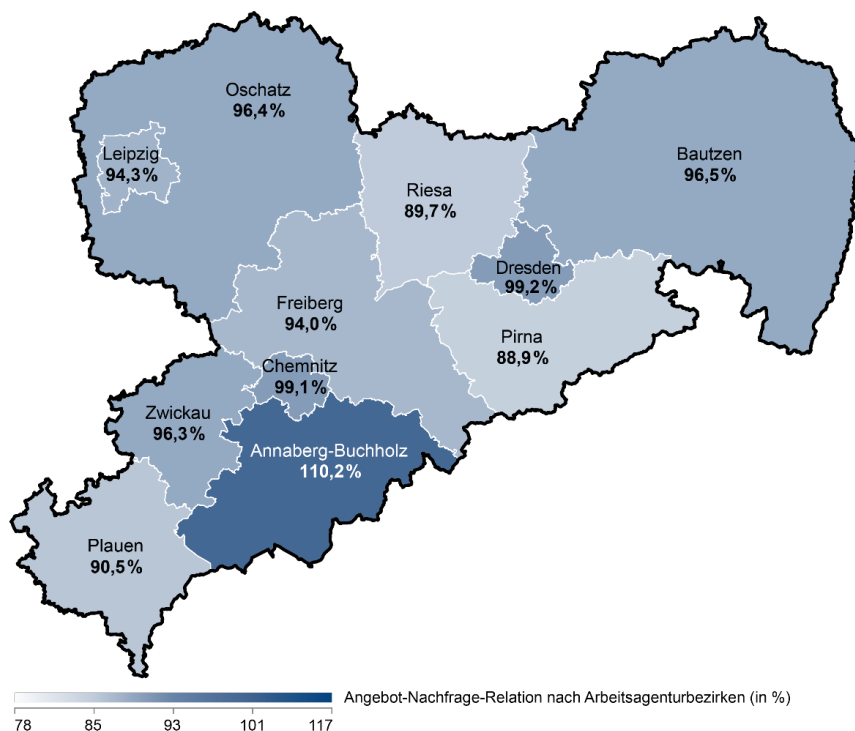
Das duale System nimmt im Jahr 2015 im Vergleich zu 2013 nahezu im gleichen Umfang zu wie das Schulberufssystem an Neuzugängen verliert. In der Folge weist das duale System 2015 mit 17.653 Jugendlichen die Hälfte der Neuzugänge im sächsi-

schen Berufsbildungssystem auf. Trotz der rückläufigen Zahlen, zählt das Schulberufssystem Sachsens mit einem Anteil von 32 % weiterhin zu den größten im Ländervergleich. Innerhalb des Schulberufssystems verzeichnen alle Schulformen sinkende Anfängerzahlen. Der drastische Rückgang der Neuzugänge in den Bereichen vollqualifizierender Berufsabschlüsse nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) wie auch außerhalb BBiG/HwO setzt sich auch zwischen 2013 und 2015 fort (–26 bzw. –45,5 %). Am geringsten ist der Rückgang in den landes- und bundesrechtlich geregelten Ausbildungen in Berufen der Bereiche Soziales, Gesundheit und Erziehung. Im Jahr 2015 entfallen etwa 98 % der Einmündungen ins Schulberufssystem auf die Berufe des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens. Darunter haben weiterhin die vollqualifizierenden Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO mit rund drei Vierteln die größte Bedeutung.

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Sachsen

Trotz eines immer noch unausgeglichene Verhältnisses zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage im Jahr 2016 ist ein positiver Trend der Ausbalancierung zwischen Angebot an Ausbildungsplätzen und Nachfrage zu erkennen. Das Ausbildungsangebot erhöhte sich im Zeitraum 2013 bis 2016 um knapp 5 % und stieg damit etwas stärker als die Nachfrage (ca. 3 %); dies führte insgesamt zu einer leichten Verbesserung der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 95,2 auf 96,3 %.

Abbildung SN-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen 2016



Quellen: siehe Tabelle im Anhang

Zunächst ist festzustellen, dass sich in allen sächsischen Arbeitsagenturbezirken die ANR zwischen 2007 und 2013 verbessert hat, jedoch zwischen 2013 und 2015 eine differente Entwicklung zu erkennen ist. Während sich in 6 Agenturbereichen eine Verbesserung der ANR in den letzten 2 Jahren abzeichnet, ist für 4 Bezirke eine Verschlechterung, zum Teil eine ganz erhebliche Reduktion der ANR zu erkennen. Besonders ins Auge fällt die negative Entwicklung der ANR in den Agenturbereichen Plauen und Pirna von 105,9 auf 90,5 % bzw. von 99,1 auf 88,9 %. Im Agenturbezirk Riesa hat sich zwar die ANR leicht erhöht, jedoch ist in dieser Region mit einer ANR von 89,5 und in den beiden zuvor genannten Agenturbezirken die Ausbildungssituation am schwierigsten.

Von einem sehr ausgeglichenen und aufgrund der Branchenvielfalt auswahlfähigem Angebot kann eigentlich nur in dem mittelständisch geprägten Annaberg-Buchholz die Rede sein, wo Automobil-, Metall-, Papier-, Verpackungsmittel-, Posamenten-, Textil- und Lebensmittelindustrie sowie Tourismusdienstleistungen ansässig sind. Mit Ausnahme dieser Region zeigen sich 2016 nahezu flächendeckend Schwierigkeiten, die Ausbildungsnachfrager mit genügend Angeboten zu versorgen. Die Angebotsunterdeckung bewegt sich von 0,8 % (Dresden) bis 11,1 % (Pirna). Die Regionen Chemnitz und Dresden befinden sich 2016 mit einer geringen Angebotsunterdeckung (0,9 bzw. 0,8 %) nahezu in einem rechnerischen Gleichgewicht, was jedoch noch kein auswahlfähiges Angebot bedeutet. Von einem solchen würde man erst sprechen, wenn das Angebot erkennbar die Nachfrage übersteigt, aber auch hier sind (politische) Richtwerte, wie sie mit 105 oder 120 in parteipolitischen Diskussionen aufgeworfen werden, vor dem Hintergrund der jeweiligen Ein- und Auspendlerbewegung zu spiegeln. Betrachtet man die Pendlerbewegungen, so attrahieren vor allem größere und aufstrebende Städte und Ballungszentren mit einem breiten Ausbildungsangebot, wie es in Sachsen für Leipzig mit seiner Automobilindustrie, Energiewirtschaft, Biotechnologie sowie seinen Gesundheits-, Logistik- und Mediendienstleistungen gilt, auch Jugendliche aus umliegenden Agenturbezirken und teils sogar aus anderen Bundesländern, sodass sich für dort wohnhafte Jugendliche durch die Konkurrenz das Angebot zusätzlich im Verdrängungswettbewerb verknappt.

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Sachsen

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

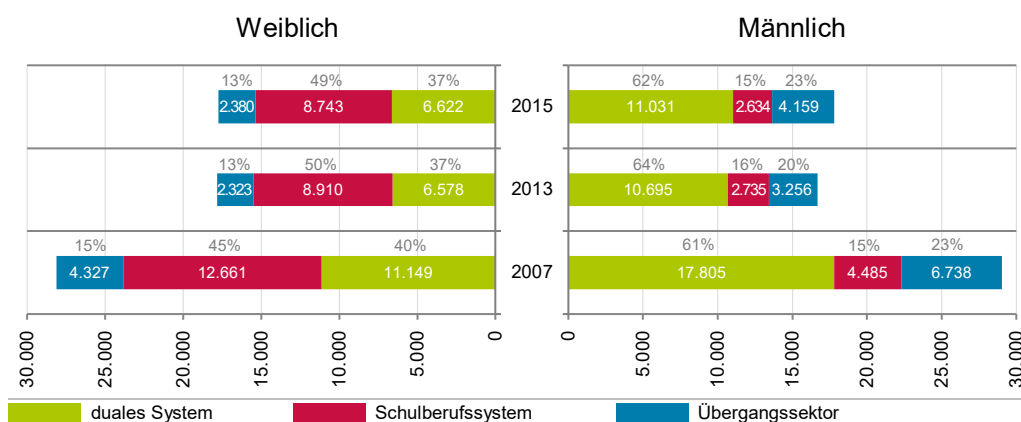
Die Bedeutung der schulischen Vorbildung bei der Einmündung ins Berufsbildungssystem unterscheidet sich 2015 in Sachsen im Ländervergleich wie folgt: Erstens sind die Chancen auf eine Ausbildung im vollqualifizierenden Berufsbildungssystem für Personen mit maximal Hauptschulabschluss in Sachsen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt günstiger; etwa 44,3 % der Personen mit Hauptschulabschluss münden 2015 in den sächsischen Übergangssektor, im Bundesdurchschnitt sind es 51,3 %. Der Anteil an Personen mit maximal Hauptschulabschluss im sächsischen Übergangssektor ist damit 2015 gegenüber 2013 leicht gestiegen. Nochmals deutlich günstiger gestalten sich in Sachsen gegenüber dem Bundesdurchschnitt die Übergänge an der ersten Schwelle für Personen mit mittlerem Abschluss. Während 2015 im Bundesdurchschnitt 14,6 % der Personen mit mittlerem Abschluss in den Übergangssektor einmünden, erlaubt der mittlere Abschluss in Sachsen einen nahezu sicheren Zugang zu einer Ausbildung im vollqualifizierenden Berufsbildungssystem. Grund dafür ist das stark ausgebaute Schulberufssystem. Dem ostdeutschen Trend folgend gelingt Personen mit

mittlerem Abschluss in Sachsen deutlich häufiger die Aufnahme einer vollzeitschulischen Ausbildung als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Insgesamt zeigen sich dadurch in Sachsen für Personen mit niedriger schulischer Vorbildung unterdurchschnittliche Barrieren beim Übergang von der Schule in Ausbildung.

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die Zunahme der Einmündung ins Berufsbildungssystem zwischen 2013 und 2015 (vgl. auch Tab. SN-1) geht vor allem auf männliche Neuzugänge (+903 bzw. +27,7 %) im Übergangssektor zurück. Damit dürfte sich nicht nur die geschlechterspezifische Verteilung auf die beiden vollqualifizierenden Sektoren des Ausbildungssystems in den kommenden Berichtsjahren verstetigen. Da der Großteil schutz- und asylsuchender Jugendlicher männlich ist und berufsvorbereitende Programme aktuell auch in Sachsen das größte Gewicht der Integrationsaufgabe tragen, deutet sich eine stärkere geschlechterspezifische Verteilung auf den Übergangssektor an. Während die Zahl der weiblichen Neuzugänge nur minimal zwischen 2013 und 2015 angestiegen ist, erfolgte bei den Männern eine Erhöhung um ca. ein Drittel. Nunmehr sind 64 % der Teilnehmenden des Übergangssektors männlich, während 2013 das Übergewicht der Männer bei 58 % etwas moderater ausfiel. Hier können sich auf kurze und mittlere Sicht bestehende Problemlagen am betrieblichen Ausbildungsmarkt noch verschärfen, wenn die neu 2015 eingemündeten Personen Ausbildungsstellen nachfragen. Bei Schutz- und Asylsuchenden wird – durch die notwendige Sprachbildung – von einer mindestens 2-jährigen Verweildauer im Übergangssektor ausgegangen. Das heißt, die Nachfrage wird sich – beginnend 2017, jedoch verstärkt in den beiden Folgejahren – vor allem durch männliche Jugendliche erhöhen. Da das Schulberufssystem tendenziell eher frauentypische Berufe anbietet und in Sachsen – wie in anderen ostdeutschen Bundesländern auch – der Schwerpunkt dort auf dem Bereich Erziehung, Soziales, Gesundheit (vgl. Tab. SN-1) liegt, werden hier bildungspolitische Steuerungsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen unumgänglich sein. Für die jungen Männer wird aufgrund tradierter Berufs- und Rollenbilder das Ausbildungsangebotsprofil des sächsischen Schulberufssystems keine oder allenfalls eine nur begrenzte Alternative sein.

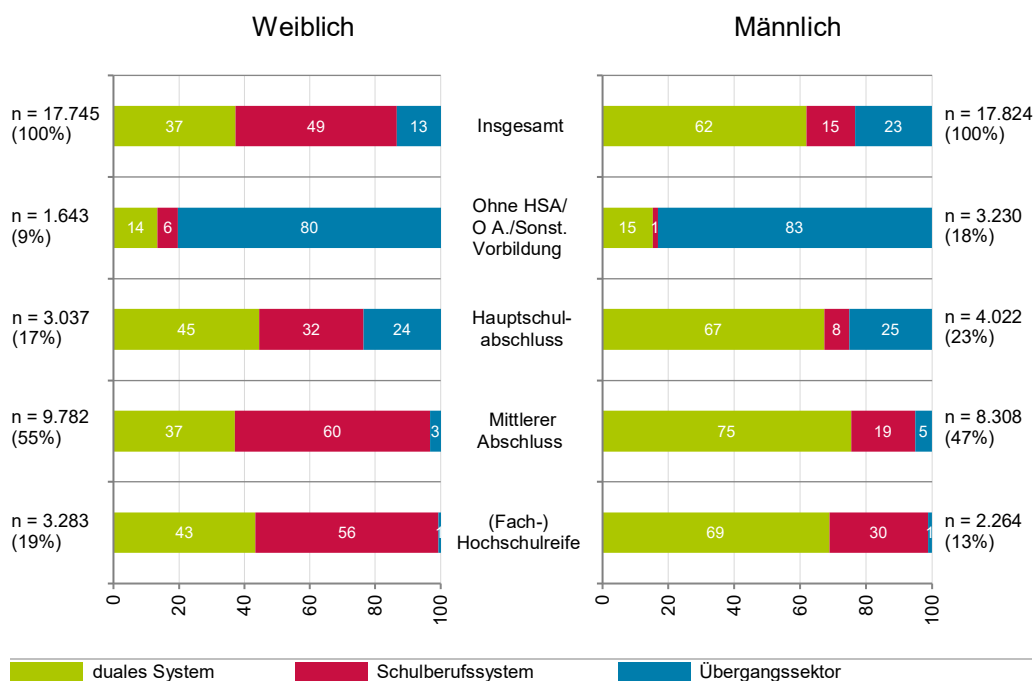
Abbildung SN-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Sachsens 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Hinsichtlich der Einmündung ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht und schulischer Vorbildung zeigen sich 2015 auf den ersten Blick zwei Mechanismen: Ohne Schulabschluss haben beide Geschlechter sehr geringe Chancen auf eine Ausbildung und bei Vorliegen eines Schulabschlusses haben sie sehr ähnliche Chancen in einen der beiden vollqualifizierenden Sektoren einzumünden (Abb. SN-5). Bei genauerer Betrachtung des vollqualifizierenden Berufsbildungssystems fällt ins Auge, dass der mittlere Abschluss den Zugang einerseits zum Schulberufssystem für weibliche Neuzugänge und andererseits zum dualen System für männliche Neuzugänge dominiert. Auffällig ist zudem, dass männliche Neuzugänge mit (Fach-)Hochschulreife im Vergleich zu jenen mit mittlerem Abschluss seltener eine Ausbildung im dualen System aufnehmen und eher in das Schulberufssystem einmünden. Bei weiblichen Neuzugängen ist es genau umgekehrt. Mit anderen Worten: Erst bei Vorliegen einer (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung scheint der Weg ins Schulberufssystem für männliche Neuzugänge attraktiv zu sein. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung zeigt sich in Sachsen in schulischen Ausbildungsberufen nach und außerhalb BBiG/HwO (vgl. Abs. 4.3).

Abbildung SN-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Sachsens 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



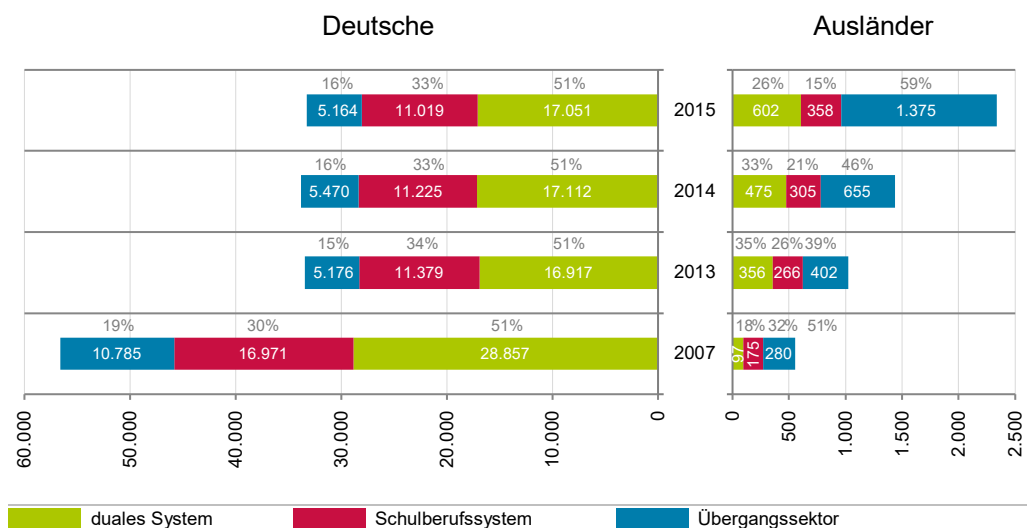
Anmerkung: Werte kleiner als 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Wie im ländervergleichenden Teil dargelegt, ist die Entwicklung der absoluten Zahlen von Deutschen und Ausländern im Berufsbildungssystem seit 2013 vor dem Hintergrund der Zuwanderung schutz- und asylsuchender Menschen zu beleuchten. Der starke Zulauf im Zeitraum 2013 bis 2015 von 1.713 ausländischen Neuzugängen (Abb. SN-6) geht auf die Aufnahme Schutz- und Asylsuchender in Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Anteilen (vgl. Abs. 3.4) zurück.

Abbildung SN-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem in Sachsen 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Zunächst ist ersichtlich, dass sich die Unterschiede im Zugang zu den vollqualifizierenden Sektoren zwischen Deutschen und Ausländern seit 2007 zunehmend verschärfen. Die Wahrscheinlichkeit, ins vollqualifizierende Berufsbildungssystem einzumünden, hat sich für ausländische Neuzugänge im Zeitraum 2007 bis 2015 nahezu halbiert. Dadurch gelingt deutschen Neuzugängen 2015 fast 3-mal so häufig die Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung.

Ein Blick auf die Einmündung in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors legt folgende Veränderungen offen: Zunächst zeigt sich, dass das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) für beide Geschlechter an Bedeutung verloren hat. Während 2007 das BGJ mit 2.897 Neuzugängen noch das zweitgrößte Angebot im Übergangssektor darstellt, fällt 2015 die Einmündung auf 840 Neuzugänge. Aus einer schriftlichen Stellungnahme des SMK geht hervor, dass das BGJ in Sachsen nur noch vereinzelt angeboten wird, da derzeit viele betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Die Aussage stimmt mit der unter Abs. 4.2.4 diskutierten Entwicklung unbesetzter Stellen in Sachsen überein. Zwischen 2007 und 2016 zeigt sich ein Anstieg unbesetzter Ausbildungsstellen in Sachsen. Dennoch liegt 2016 weiterhin ein geringfügiger Überhang noch nicht vermittelter Jugendlicher vor, sodass, und das bestätigt auch die oben dargelegte ANR für Sachsen (vgl. Abb. SN-3), von Angebotsengpässen bei den Ausbildungsbewerbern ausgegangen werden muss, zudem von Passungsproblemen, worauf das Verhältnis von unbesetzten Stellen zu unversorgten Bewerbern hindeutet. Zwei-

tens nehmen deutsche Neuzugänge im Jahr 2015 gegenüber 2007 deutlich seltener an berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit teil: Die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (einschließlich Einstiegsqualifizierung) reduzieren sich um 2.959 deutsche Neuzugänge. Bei einem leichten Rückgang deutscher Neuzugänge (–11 %) und einem starken Anstieg ausländischer Neuzugänge (+717 %) seit 2007 hat damit das BVJ im Jahr 2015 das größte Gewicht für beide Geschlechter im Übergangssektor.

Tabelle SN-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015 (absolut und in %)

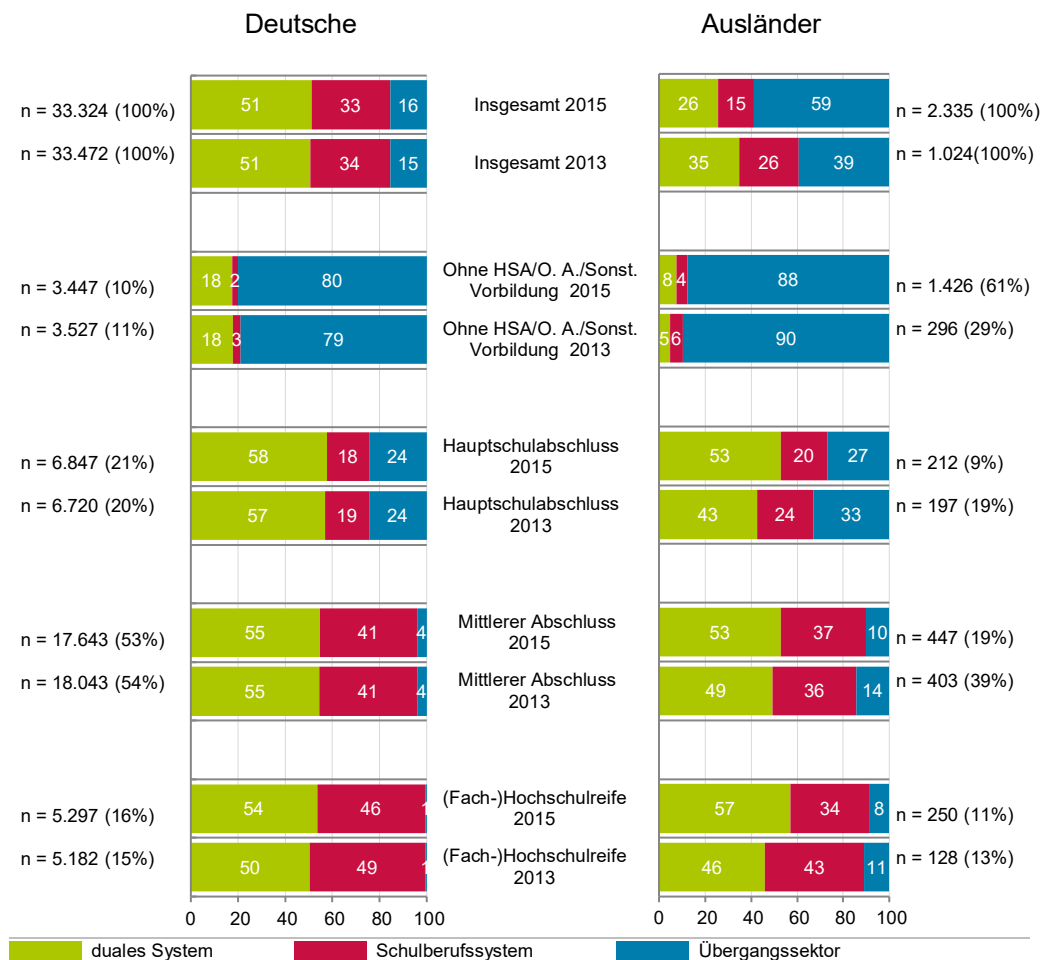
Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	10.785	100	280	100	5.164	100	1.375	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	2.850	26,4	47	16,8	817	15,8	23	1,7
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	467	4,3	5	1,8	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.399	22,2	158	56,4	2.125	41,2	1.290	93,8
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	36	0,3	0	0,0	148	2,9	4	0,3
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.226	39,2	64	22,9	1.782	34,5	40	2,9
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	807	7,5	6	2,1	292	5,7	18	1,3

Die zu beobachtende Veränderung der Verteilung der Ausländer auf die Sektoren des Berufsbildungssystems ist – wie schon mehrfach erwähnt – vor dem Hintergrund der Zuwanderung schutz- und asylsuchender Menschen zu diskutieren. Während im Berichtsjahr 2013 – zu Beginn der ersten größeren Zuwanderung schutz- und asylsuchender Menschen – noch ein Großteil der Ausländer (39 %) einen mittleren Abschluss nachweisen kann, reduziert sich der Anteil im Jahr 2015 auf 19 %. Etwa ein Fünftel der ausländischen Neuzugänge verfügt 2015 über maximal einen Hauptschulabschluss. Im Ländervergleich weist Sachsen 2015 den höchsten Anteil (49 %) an ausländischen Neuzugängen auf, bei denen keine Angabe über den Abschluss oder ein sonstiger Abschluss vorliegt; im Bundesdurchschnitt sind es 15 %.³⁶ Bei diesen sich hauptsächlich im Übergangssektor befindenden ausländischen Neuzugängen (87 %) dürfte es sich vorwiegend um schutz- und asylsuchende Jugendliche handeln.

Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen in den Einmündungschancen ins vollqualifizierende Berufsausbildungssystem sind im Bundesdurchschnitt besonders bei fehlenden oder geringen Schulabschlüssen groß. Dennoch münden in Sachsen Ausländer mit mittlerem Abschluss und (Fach-)Hochschulreife mehr als 4-mal so häufig in den Übergangssektor als deutsche Jugendliche ein; im Bundesdurchschnitt münden Ausländer 2-mal häufiger in eine Maßnahme der Berufsvorbereitung als deutsche Jugendliche.

³⁶ Allerdings verfahren die Länder auch bei der Einordnung ungeklärter Abschlüsse unterschiedlich, zum Teil erfolgt eine Zurechnung bei Personen ohne Abschluss, zum Teil wird die Kategorie „ohne Angabe“ angewandt.

Abbildung SN-7 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem in Sachsen nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (absolut und in %)



Anmerkung: Werte kleiner als 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

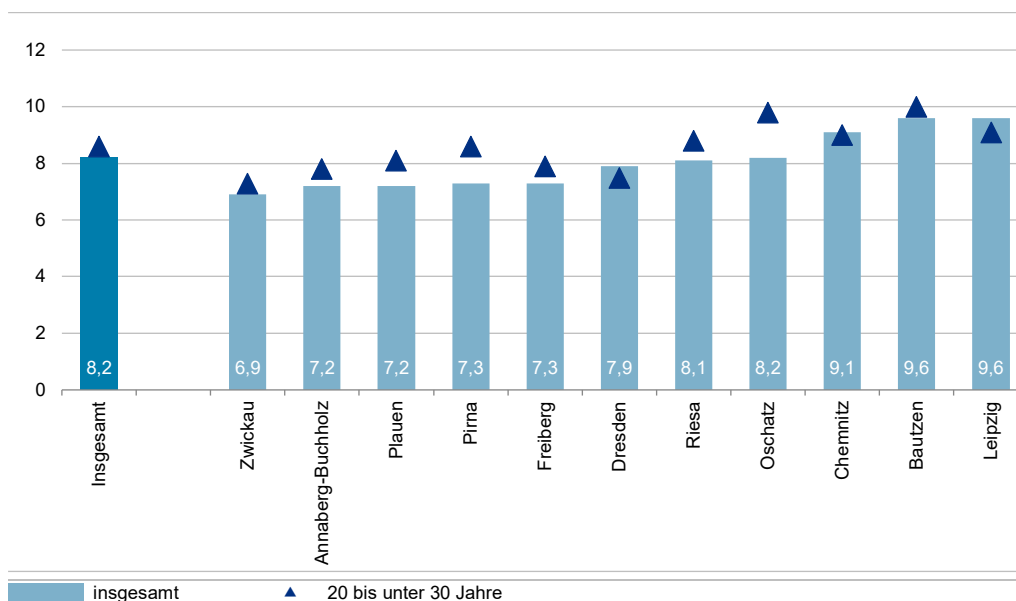
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Mit 8,2 % weist Sachsen bei einer wirtschaftlich stabilen Lage, u. a. erkennbar am leicht gestiegenen BIP und einer leichten Beschäftigungszunahme, weiterhin eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf. Auch die Jugendarbeitslosigkeit der 20- bis 30-Jährigen ist mit 8,6 % in Sachsen überdurchschnittlich hoch. Ein deutlich erhöhtes Beschäftigungsrisiko zeichnet sich in den Ballungszentren Chemnitz und Leipzig sowie in der Region Bautzen ab. Bautzen (10 %) und Oschatz (9,8 %) weisen zudem die höchste Arbeitslosigkeit der Personen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren auf. Die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit sind vielfältig, neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der regionalen Wirtschafts- und Berufsstruktur können – bei verknüpften und unzureichenden Ausbildungsangeboten – auch vorzeitige Vertragslösungen und nicht erfolgreich abgeschlossene Ausbildungen das Problem ver-

schärfen (vgl. Abs. 5.2 und 5.3). In Sachsen zeigt sich für das Jahr 2015 neben einer überdurchschnittlich hohen vorzeitigen Vertragslösungsquote in den dualen Ausbildungsberufen darüber hinaus eine unter dem Bundesdurchschnitt liegende Absolventenquote im dualen System (vgl. Abs. 5.2 und 6.2), die natürlich auch mit den vorzeitigen Vertragslösungsquoten in einem Zusammenhang steht, jedoch nicht als alleinige Ursache angesehen werden kann. Auch der im Ländervergleich hohe Anteil von Klein- und Kleinstbetrieben dürfte unter dem Gesichtspunkt von Arbeitsmarktintegration und Beschäftigungsstabilität in Zeiten von Marktschwankungen eine Rolle spielen. Großbetriebe, die in Sachsen unterdurchschnittlich vertreten sind (s. o.), weisen bei Marktschwankungen tendenziell eine höhere Ausbildungs- und Beschäftigungsstabilität im Vergleich zu Klein- und Kleinstunternehmen auf.

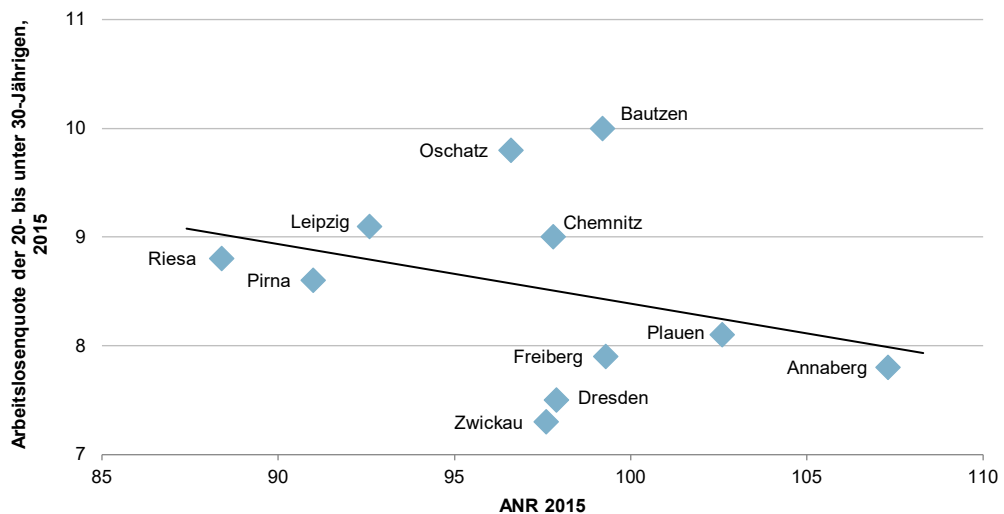
Abbildung SN-8 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen 2015 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Der bundesweite signifikante Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen sowie der 30- bis unter 35-Jährigen mit der Ausbildungsmarktsituation bestätigt sich für Sachsen nicht. Ein schwieriger Ausbildungsmarkt im Sinne einer Angebotsunterdeckung steht in Sachsen nicht immer in Zusammenhang mit einer höheren Arbeitslosenquote. Dies ist zwar in den Regionen Riesa, Pirna, Leipzig und Oschatz der Fall, dennoch weisen ebenfalls Regionen mit ausreichenden Ausbildungsangeboten eine hohe Arbeitslosenquote 20- bis 30-Jähriger auf bzw. Regionen mit Nachfrageüberschüssen relativ niedrige Arbeitslosenquoten (Abb. SN-9). Dass ein solcher Zusammenhang, der vor allem für westdeutsche Flächenländer auffällig ist, hier nicht erkennbar ist, dürfte an den Ausbildungsangeboten im Schulberufssystem liegen, die weniger konjunkturanfällig sind und für eine nicht so starke Kopplung von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sorgen.

Abbildung SN-9 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Die Wirtschaftsstruktur in Sachsen unterstreicht die hohe Bedeutung einer beruflichen Ausbildung auf der mittleren Qualifikationsebene für die dort ansässige Wirtschaft. Damit werden Fragen der Fachkräftesicherung in erster Linie auch an die berufliche Bildung adressiert werden, die für Sachsen ambivalente Entwicklungen zeigt. Zu den Herausforderungen, für die Berufsbildungspolitik und Akteure der beruflichen Bildung angemessene Lösungen werden finden müssen, gehören vor allem die schwierigen Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt mit einem Auseinanderdriften der Regionen, die Monoberufsstruktur im Schulberufssystem und die Integration von ausländischen Jugendlichen und nicht zuletzt die demografische Entwicklung, die mit Sorgen auf eine künftige Fachkräftesicherung blicken lässt, auch wenn in den jüngeren Kohorten eine Stabilisierung der demografischen Entwicklung eintritt. Im Einzelnen sind folgende Problemlagen zu konstatieren:

Trotz einer Verbesserung des Ausbildungsstellenmarkts zwischen 2013 bis 2015 besteht in Sachsen auch 2015 nach wie vor eine Angebotsunterdeckung, die in einzelnen Regionen ein recht kritisches Ausmaß annimmt. Eine besondere Herausforderung dürfte dabei für die Berufsbildungspolitik sein, kurzfristig auf sehr starke Schwankungen im Ausbildungsangebot zu reagieren. So stürzt in einzelnen Arbeitsagenturbereichen innerhalb von 3 Jahren die ANR um 10 bis 15 Prozentpunkte, was vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Ausbildungsangebote in den Regionen zurückzuführen ist. Hier ist Berufsbildungspolitik gefragt, kurzfristig alternative Angebote verfügbar zu machen, um auf so starke Schwankungen zu reagieren. Wird diesem Trend nicht entgegengewirkt, ist eine Verengung von Ausbildungschancen und Berufswahloptionen zu befürchten, die sich angesichts des Verhältnisses der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen (108 %) mittelfristig bei der jetzigen jüngeren Kohorte bemerkbar machen könnte.


Die Verengung von Berufswahloptionen lässt sich auch deutlich am Schulberufssystem zeigen, das in Sachsen nahezu ausschließlich Angebote in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Soziales umfasst. Diese Angebote werden traditionell vorwiegend von Frauen genutzt, für Männer stellt damit das Schulberufssystem nur begrenzt alternative Ausbildungsmöglichkeiten zu einer dualen Ausbildung zur Verfügung. Diese Situation stellt neue Anforderungen auch an die Berufsorientierung von Jugendlichen, die nicht einfach zu bewältigen ist, impliziert sie doch eine Abkehr von traditionellen geschlechtsspezifischen Berufsbildern. Aber dieser Aufgabe werden sich Bildungs- und Berufsbildungspolitik sowie Akteure an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen und der Berufsberatung stellen müssen, um Tendenzen einer sozialen Exklusion vorwiegend männlicher Jugendlicher und von Personen mit niedrigem Schulabschluss entgegenzuwirken.

In diesem Sinne sind Fragen der Leistungsfähigkeit auch unmittelbar verwoben mit Aspekten der sozialen Chancengleichheit. Eine Gruppe, die in Sachsen erhebliche Benachteiligungen bei der Einmündung in Ausbildung erfährt, sind ausländische Jugendliche, die zudem das Gros der Erhöhung der Neuzugänge in die berufliche Bildung vor allem im Übergangssektor darstellen. Durch die zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden bestehen einerseits zusätzliche Chancen, dem demografischen Trend, der eine langfristige Fachkräftesicherung konterkarieren kann, entgegenzuwirken. Andererseits setzt dies voraus, dass genau diese Gruppen, die in Sachsen besondere Hürden beim Ausbildungszugang und bei der Integration in die Gesellschaft hinnehmen müssen, besser gefördert werden. Dies stellt eine besondere Herausforderung für Sachsen dar, weil – ähnlich wie in allen ostdeutschen Flächenländern – nur bedingt auf Erfahrung im Umgang mit Neuzugewanderten im beruflichen Bildungssystem zurückgegriffen werden kann (vgl. Abs. 3.4). Schlägt die berufliche Integration der etwa 15.000 Neuzugewanderten in Sachsen fehl, dürften sich die ohnehin schon erkennbaren Probleme einer sozialen Exklusion (z. B. die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit in Ballungszentren; die deutlich schlechtere Arbeitsmarktintegration von ausländischen Ausbildungsabsolventen in Sachsen, vgl. Abs. 5.4.1)) nochmals drastisch erhöhen. Die damit einhergehenden Folgen für die soziale Kohäsion in der Region, aber auch die absehbaren Konsequenzen der langfristigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses können nicht im Interesse des Bundeslandes sein.

Sachsen-Anhalt

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	ST 2013	ST 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	24.472 €	25.828 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	7,9 %	7,6 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	67,3 %	63,0 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	18,7 %	18,8 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	52,1 %	50,7 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	29,2 %	30,5 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	28,3 %	26,9 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	28,0 %	27,5 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	25,2 %	25,3 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	16,9 %	19,0 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	5,8 %	6,8 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	71,9 %	72,6 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	11,8 %	12,3 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	10,5 %	8,3 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröß¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	43,1 %	43,1 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	31,5 %	31,2 %	27,8 %
In Großbetrieben	25,4 %	25,7 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	4,3 %	5,0 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	4,5 %	5,3 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	6,6 %	8,6 %	27 %
Arbeitslosenquote	11,2 %	10,2 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.300 €	4.800 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	3.000 €	3.200 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	6,9 %	7,9 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Die sich über 20.450 Quadratkilometer erstreckende Siedlungsstruktur Sachsen-Anhalts wird dominiert durch den sich an der Grenze zu Sachsen befindenden Ballungsraum Halle (Saale)/Merseburg/Bitterfeld-Wolfen (auch „Chemiedreieck“ genannt), der bis ans sächsische Leipzig reicht. Die Stadt Halle (Saale), früherer wirtschaftlicher Drehpunkt der Chemieindustrie, und die Landeshauptstadt Magdeburg bilden die zwei größten Städte in Sachsen-Anhalt. Ein weiteres Oberzentrum ist Dessau-Roßlau. Während die Voraussetzungen für ein flächendeckendes und differenziertes Berufsbil-

dungsangebot primär in den dicht besiedelten Ballungsräumen günstig sind, werden die eher ländlichen Regionen unter dem Gesichtspunkt der geringen Bevölkerungsdichte des Bundeslandes höhere berufsbildungspolitische Aufwendungen erfordern.

Wirtschaftlich betrachtet setzt sich der positive Trend zwischen 2013 und 2015 fort. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner steigt von 24.472 auf 25.825 €, bewegt sich aber weiterhin am unteren Ende der Länder und liegt damit 11.300 € unter dem Bundesdurchschnitt. Indikatoren der Berufsausbildung verweisen weiterhin auf ungünstige, im ostdeutschen Vergleich typische Bedingungen für die Berufsausbildung. Ein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlicher Anteil der Beschäftigten arbeitet in Klein- oder Kleinstbetrieben (43,1 vs. 39,4 %) und mittleren Betrieben (32,1 vs. 27,8 %). Ein unterdurchschnittlicher Anteil ist in Großbetrieben (25,7 vs. 32,8 %) beschäftigt. Da sich Klein- und Kleinstbetriebe immer mehr der Ausbildungsverantwortung entziehen, ergeben sich mindestens mittelfristig, wenn nicht schon aktuell, Herausforderungen in der Sicherstellung eines auswahlfähigen Ausbildungsangebots im dualen System. Die Arbeitslosenquote ist zwar im Vergleich zu 2013 leicht gesunken, liegt aber mit einem Wert von 10 % immer noch weit über dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt zeichnet sich für die berufliche Bildung eine nicht ganz einfache wirtschaftliche Lage ab.

Die Verteilung der Beschäftigten auf die Berufssektoren lässt auf folgende Struktur schließen: Kaufmännische und unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe bilden 2015 mit 27,5 % einen Hauptschwerpunkt in Sachsen-Anhalt, liegen damit jedoch 4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Das zwischen 2013 und 2015 von 28,3 auf 26,9 % gesunkene Gewicht der Produktionsberufe entspricht etwa dem Bundesdurchschnitt und basiert vor allem auf Metallerzeugung und -verarbeitung, Maschinen- und Fahrzeugtechnik sowie auf Energie- und Elektrotechnik. Personenbezogene Dienstleistungsberufe sind in Sachsen-Anhalt weiterhin überproportional vertreten. Der Anteil der IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufe pendelt sich 2015 mit 19 % etwas über dem bundesdurchschnittlichen Niveau ein.

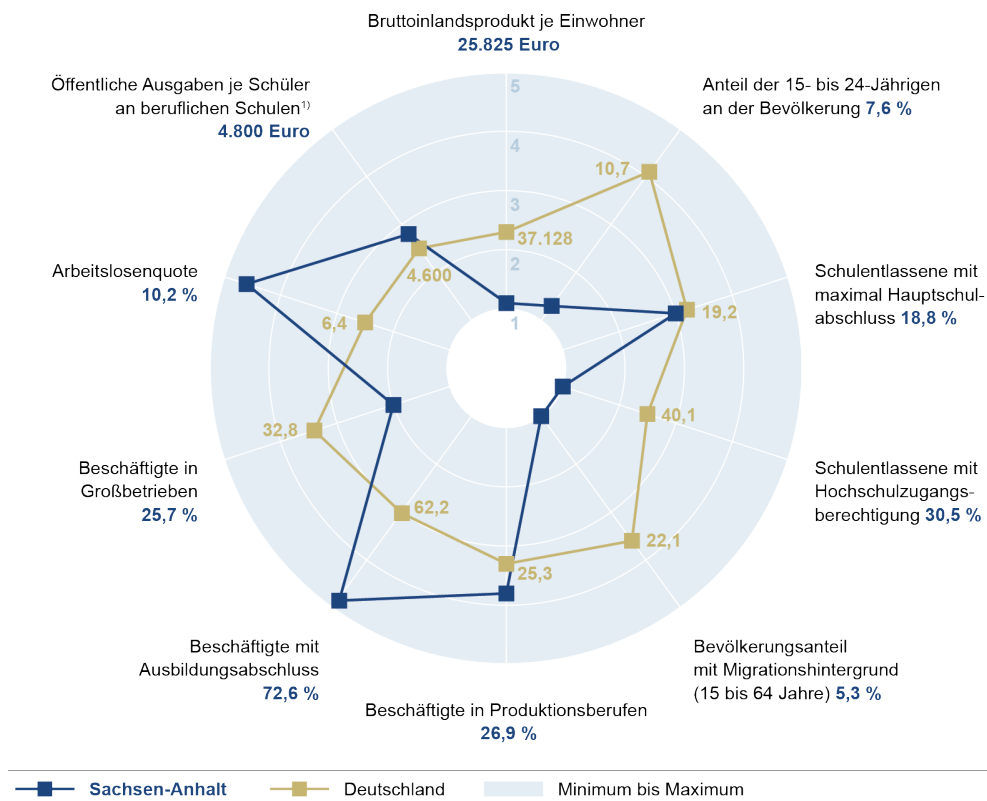
Dem Muster ostdeutscher Länder entsprechend weist Sachsen-Anhalt 2015 mit knapp drei Viertel aller Beschäftigten einen weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil an Personen mit abgeschlossener Ausbildung auf. Gleichzeitig liegt 2015 der Anteil an Personen ohne abgeschlossene Ausbildung nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt. Somit kommt in Sachsen-Anhalt der mittleren Fachqualifikationsebene eine hohe Bedeutung zu. Der Anteil an Absolventen mit (Fach-)Hochschulabschluss nimmt in den letzten drei Jahren etwas zu, liegt aber mit 12,3 % weiterhin geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt.

Richtet man den Blick auf die Angebotsseite, zeigt sich 2015 in Sachsen-Anhalt ein um 10 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegender Anteil an Schülentlassenen mit mittlerem Abschluss sowie ein etwa 10 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt liegender Anteil an Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulreife. Der Anteil an Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss entspricht etwa dem Bundesdurchschnitt. Gegenüber 2013 zeigt sich, dass der mittlere Abschluss leicht zugunsten des Anteils von Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung zurückgegangen ist. Betrachtet man das Zeitfenster von 2007 bis 2015, so zeigt sich eine auffällige und bemerkenswerte Verbesserung in der Struktur der Schulabschlüsse, die sich durch eine starke Reduzierung des Anteils an Schülentlassenen mit maximal Hauptschulabschluss und eine deutliche Erhöhung des Anteils an Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss und (Fach-)Hochschulreife auszeichnet (vgl. Abs. 2.2).

Bezogen auf die demografische Entwicklung zeichnet sich ein im ostdeutschen Vergleich durchschnittliches, aber im Ländervergleich kritisches Bild ab. Knapp 8 % der Bevölkerung befindet sich 2015 im ausbildungsrelevanten Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Damit rutscht der Anteil der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 2013 etwas ab, erkennbar auch an der Nachwuchsrelation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen, die zwischen 2013 und 2015 um 4 Prozentpunkte abnimmt. Mit 63 % liegt sie im ostdeutschen Durchschnitt. Mit Blick auf eine perspektivische Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist diese Entwicklung durchaus problematisch, auch wenn gegenwärtig die sich demografisch bedingt reduzierende Nachfrage in den nächsten Jahren zunächst erst einmal der bestehenden Unterversorgung entgegenwirkt und kurzfristig den Ausbildungsmarkt entspannen kann. Vor dem Hintergrund der hohen Beschäftigtenanteile auf mittlerer Qualifikationsebene und dem Eintritt von ca. 30 % der Personen im ausbildungs- bzw. erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 64 Jahre) in die Nacherwerbsphase (Anteil der 55- bis 65-Jährigen an den ausbildungs-/erwerbsfähigen Personen) innerhalb der nächsten zehn Jahre birgt die gegenwärtige Ausbildungsmarktsituation die Gefahr, die Nachfrage nach Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene nicht sicherstellen zu können. Dieses Problem wird nochmals verschärft durch die Beschäftigtenstruktur in Kleinst- und Kleinbetrieben, bei denen der mittlere Berufsausbildungsabschluss dominiert und Beschäftigte ohne Berufsausbildung anteilig zurückgehen, während Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss dort langsamer wachsen als in Mittel- und Großbetrieben (vgl. Baas, Baethge 2017: 24).

Die Erschließung unzureichend ausgeschöpfter Potenziale kann dabei möglichen mittelfristigen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken, wozu vorwiegend Personen ohne und mit maximal Hauptschulabschluss und Personen mit Migrationshintergrund zu zählen sind, auch wenn Sachsen-Anhalt 2015 mit 8,6 % unter allen Ländern den geringsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im besonders ausbildungsrelevanten Alter zwischen 15 und 24 Jahren aufweist. Wiederum birgt die vor allem in Sachsen-Anhalt prozentual starke Zuwanderung (vgl. Abs. 3.4, Abb. 3.16) – zumindest rein quantitativ betrachtet – Potenziale, die für den Arbeitsmarkt erschlossen werden können.

Abbildung ST-1 Ausgewählte Kontextindikatoren in Sachsen-Anhalt 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

Gegenüber 2013 haben sich die Ausgaben für beruflichen Schulen von 4.300 € auf 4.800 € erhöht, was ein Effekt der weiter gesunkenen Schülerzahlen in der beruflichen Ausbildung sein kann, denn im dualen System und Schulberufssystem sinken diese sehr viel stärker, als Zunahmen im Übergangssektor zu erkennen sind. Damit befinden sich die Ausgaben in Sachsen-Anhalt im ostdeutschen Vergleich im Mittelfeld.

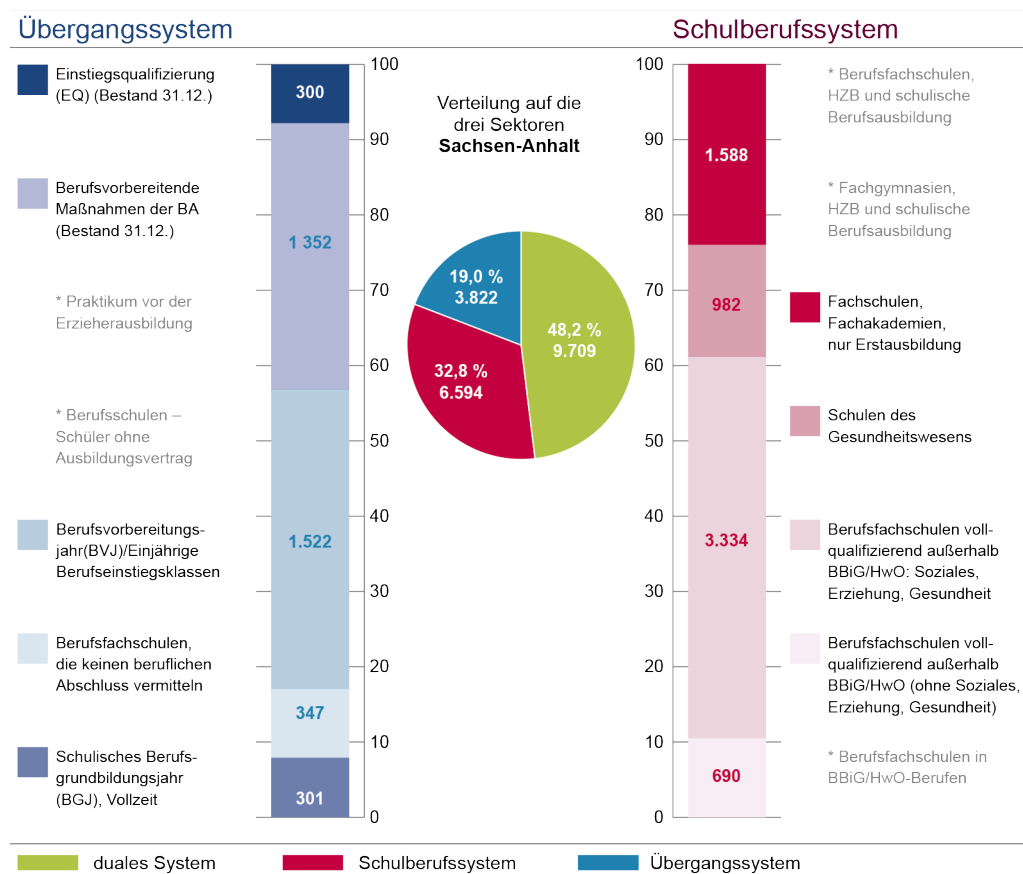
2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Sachsen-Anhalts

2.1. Das Berufsbildungssystem

Das duale System trägt 2015 mit einem Anteil von ca. 48 % das Hauptgewicht im Berufsbildungssystem in Sachsen-Anhalt und liegt damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen 2013 und 2015 zeigt sich eine leichte Zunahme des Gewichts im Übergangssektor auf nunmehr 19 %. Im Ländervergleich hat das Schulberufssystem in Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von rund einem Drittel nach Berlin das höchste Gewicht. In den letzten acht Jahren, ebenso in den vergangenen zwei Jahren setzt sich der ostdeutsche Trend zur Verkleinerung des Berufsbildungssystems in Sachsen-Anhalt fort: Die Zahlen der Neuzugänge im Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 sinken um 30 %, im dualen System um 44,5 % und im Übergangssystem um 52 % mit einem leichten Anstieg wieder in den letzten beiden Jahren (Abb. ST-2; Tab. ST-1).

Im Übergangssektor hat das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) mit einem Anteil von fast 40 % die höchste Bedeutung und befindet sich damit sogar leicht über dem hohen ostdeutschen Durchschnitt. Gegenüber 2013 ist im BVJ der stärkste Zulauf (+24,2 %) an Neuzugängen zu verzeichnen. Entgegen der Zunahme an Neuzugängen im berufsschulischen Übergangsangebot, zeigt sich im Angebot der Bundesagentur für Arbeit (BA) einerseits ein leichter Rückgang der Neuzugänge in den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) um ca. –8 % und andererseits eine minimale Abnahme bei der Einstiegsqualifizierung (EQ). Trotz des Rückgangs stellen die BvB der Bundesagentur für Arbeit mit einem Anteil von etwa 35 %, und das ist typisch für ostdeutsche Länder, nach dem BVJ das quantitativ zweitstärkste Angebot. (vgl. Abs. 3.3). Analog zur bundesweiten Entwicklung verliert das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) weiter an Bedeutung. Dies zeigt sich an dem nach wie vor starken Rückgang der Einmündungszahlen zwischen 2013 und 2015, sodass 2015 nur noch 8 % der Neuzugänge des Übergangssektors in das BGJ einmünden; 2007 lag der Anteil des BGJ noch bei 21 % (vgl. Abs. 3.3). An den Berufsfachschulen ohne beruflichen Abschluss haben sich die Neuzugänge zwischen 2007 und 2015 um rund zwei Drittel verringert, damit jedoch nicht ganz so drastisch wie beim BGJ. Die Berufsfachschulen ohne beruflichen Abschluss haben 2015 noch einen Anteil von etwa 9 % (Tab. ST-1).

Die Entwicklungen des Übergangssektors deuten unter dem Gesichtspunkt des bundesweiten Ausbaus des BVJ und dem seit 2013 wieder leicht gestiegenen Zulauf an Neuzugängen darauf hin, dass das BVJ nach wie vor eine hohe Bedeutung mit Blick auf eine Berufsvorbereitung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz hat und durch den – relativ betrachtet – hohen Anstieg der Bevölkerung schutz- und asylsuchender Menschen im ausbildungsrelevanten Alter (vgl. Abs. 3.4), die im einjährigen berufsvorbereitenden Bildungsgang Berufsvorbereitungsjahr mit Sprachförderung (BVJ-S) in Sachsen-Anhalt beschult werden, weiter an Relevanz gewinnen wird.

Abbildung ST-2 Das Berufsbildungssystem in Sachsen-Anhalt 2015

* Wird in Sachsen-Anhalt nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Neuzugänge des Schulberufssystems mündeten 2015 fast ausschließlich in Ausbildungen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens ein, die seit 2007 im Unterschied zu den anderen Schulformen in Sachsen-Anhalt einen relativ geringen Rückgang von knapp 9 % aufweisen. Hingegen reduzieren sich die Berufe außerhalb des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BBiG/HwO), überwiegend Assistenzberufe, um rund drei Viertel von ca. 2.700 auf 690. Vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO haben damit 2015 mit einem Anteil von etwa 10 % nur noch eine geringe Bedeutung in Sachsen-Anhalt. Der starke Rückgang der Neuzugänge scheint zumindest in den letzten beiden Jahren ausgesetzt, denn für diesen Zeitraum zeigt sich ein leichter Anstieg der Einmündungszahlen (+5,8 %) (Tab. ST-1).

Tabelle ST-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	17.478	10.189	9.709	100,0	-44,5	-4,7
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungs- jahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	9.416	7.139	6.594	100,0	-30,0	-7,6
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	242	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	2.703	652	690	10,5	-74,5	5,8
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	6.471	6.487	5.904	89,5	-8,8	-9,0
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	4.641	4.121	3.334	50,6	-28,2	-19,1
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	1.096	1.091	982	14,9	-10,4	-10,0
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	734	1.275	1.588	24,1	116,3	24,5
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schuli- sche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Übergangssektor insgesamt	7.982	3.779	3.822	100,0	-52,1	1,1
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	1672	390	301	7,9	-82,0	-22,8
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	1.017	389	347	9,1	-65,9	-10,8
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einhährige Berufseinstiegsklassen	2.195	1.225	1.522	39,8	-30,7	24,2
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungs- vertrag	-	-	-	-	-	-
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.634	1.474	1.352	35,4	-48,7	-8,3
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	464	301	300	7,8	-35,3	-0,3
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsver- waltung an beruflichen Schulen	-	-	-	-	-	-

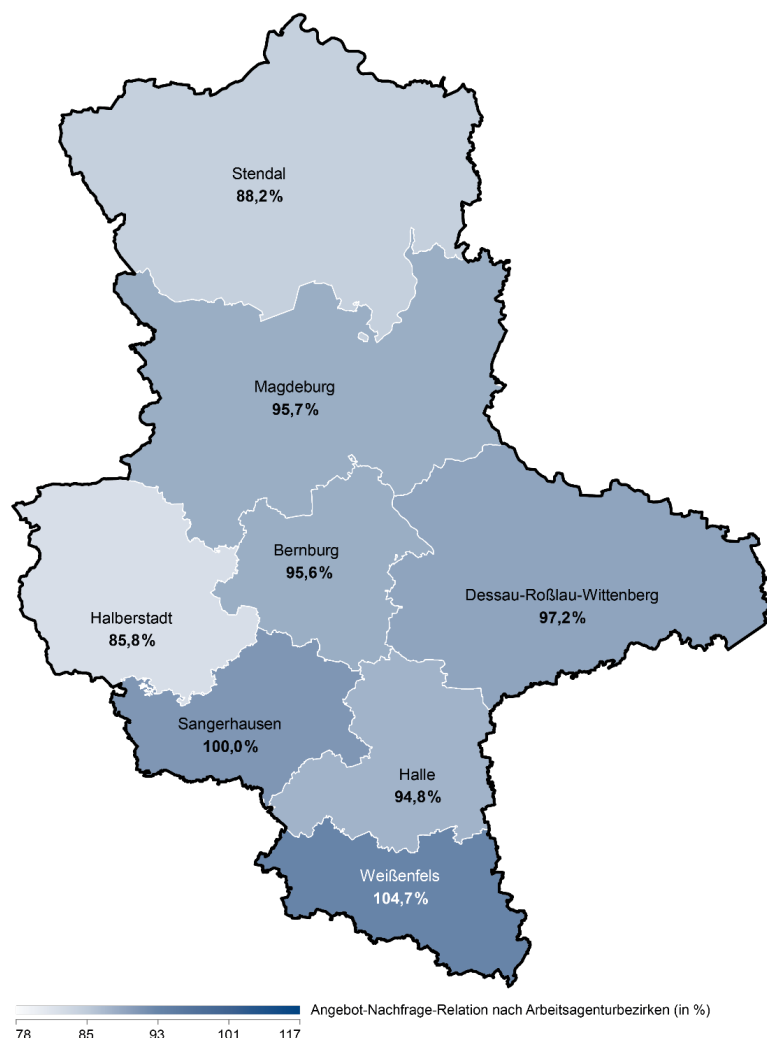
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Sachsen-Anhalt

Die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes zeigt 2016 einen positiven Trend in Richtung einer Balancierung des Verhältnisses zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage. Zwischen 2007 und 2016 steigt die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von 89,4 auf 94,8 % und erreicht etwa den Bundesdurchschnitt. Damit liegt im Jahr 2016 jedoch nach wie vor eine unausgeglichene Ausbildungsmarktsituation vor, auf etwa 95 Ausbildungsplätze kommen 100 Ausbildungsbewerber. Gegenüber 2013 hat sich die ANR nur geringfügig verbessert (Abb. ST-3). Da das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen 2015 bei 101,7 % liegt, ist in den kommenden Jahren auch unter der Voraussetzung eines stabilen Ausbildungsangebots nicht mit einer Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu rechnen. Auch

mit Blick auf die hauptsächlich im ausbildungsrelevanten Alter zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden ist wohl eher eine aktive Berufsbildungspolitik gefragt, um einerseits den Fachkräftenachwuchs zu sichern und andererseits für Personen, die nur schwer Ausbildungszugang finden, eine berufliche Alternative zu fördern.

Abbildung ST-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen-Anhalt 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

Die regionale Differenzierung der ANR nach Arbeitsagenturbezirken legt folgende Ausbildungsstellenmarktsituation offen: 2016 weisen mit Ausnahme der Bezirke Sangerhausen und Weißenfels alle Regionen eine Angebotsunterdeckung auf. Besonders umkämpft sind die Ausbildungsstellen in Halberstadt und Stendal, hier kommen 100 Ausbildungsbewerber auf etwa 86 bzw. 88 Ausbildungsstellen. Sangerhausen befindet sich in einem rechnerischen Gleichgewicht, was aber keinem auswahlfähigen Ausbildungsangebot gleichkommt. Von einem auswahlfähigen Angebot ist die Rede, wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt. Der Bezirk Weißenfels nähert sich dem in parteipolitischen Diskussionen aufgeworfenen (politischen) Mindesttrichtwert einer ANR von 105 an. Die Voraussetzungen für ein flächendeckendes und differenziertes

Berufsbildungsangebot scheinen besonders in dem dicht besiedelten Ballungsraum Halle und Magdeburg noch relativ günstig sein. Pendlerbewegungen in Richtung der Ballungszentren dürften zu dem Nachfrageüberhang nach dualen Ausbildungsplätzen in Halle und Magdeburg beitragen und damit die Konkurrenz um die Ausbildungsplätze für dort wohnhafte Jugendliche verstärken. Die Landeshauptstadt bietet Ausbildungsbewerbern Stellen in den sechs Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Logistik, Umwelttechnologie und Kreislaufwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Kulturwirtschaft und in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Halle ist hingegen gekennzeichnet durch einen stark ausgebauten Dienstleistungsbereich.

Zwischen 2007 und 2015 zeigt sich folgende Entwicklung in den Arbeitsagenturbezirken. Ins Auge fällt die positive Entwicklung in Sangerhausen: Hier steigt die ANR von 83,1 % auf 100 %. Positiv entwickelt sich auch die ANR der Landeshauptstadt Magdeburg sowie der Region Halberstadt. In allen Fällen ist diese Entwicklung jedoch nicht auf einen aktiven Ausbau von betrieblichen Ausbildungsangeboten zurückzuführen, sondern Ergebnis einer stärker sinkenden Nachfrage im Vergleich zum sinkenden Ausbildungsangebot. In Halle nehmen das Ausbildungsangebot und die Nachfrage nach Ausbildung gleichmäßig ab, sodass die ANR gegenüber 2007 nahezu unverändert ist. In den zwei Jahren von 2013 bis 2015 zeigt sich, dass sich Bernburg, Dessau-Roßlau-Wittenberg, die Landeshauptstadt Magdeburg und Sangerhausen in Richtung einer rechnerisch ausgeglichenen ANR entwickeln. In Halberstadt steht ein leichter Ausbau des Ausbildungsangebots einer vergleichsweise starken Zunahme der Nachfrage nach dualer Ausbildung gegenüber. In Stendal nimmt das Ausbildungsangebot stärker ab als die Ausbildungsnachfrage und in Halle steht – wie in den Betrachtungen zum Gesamtzeitraum schon angemerkt – auch in den letzten beiden Jahren ein nahezu unverändertes Ausbildungsangebot einem leichten Nachfrageanstieg gegenüber.

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Sachsen-Anhalt

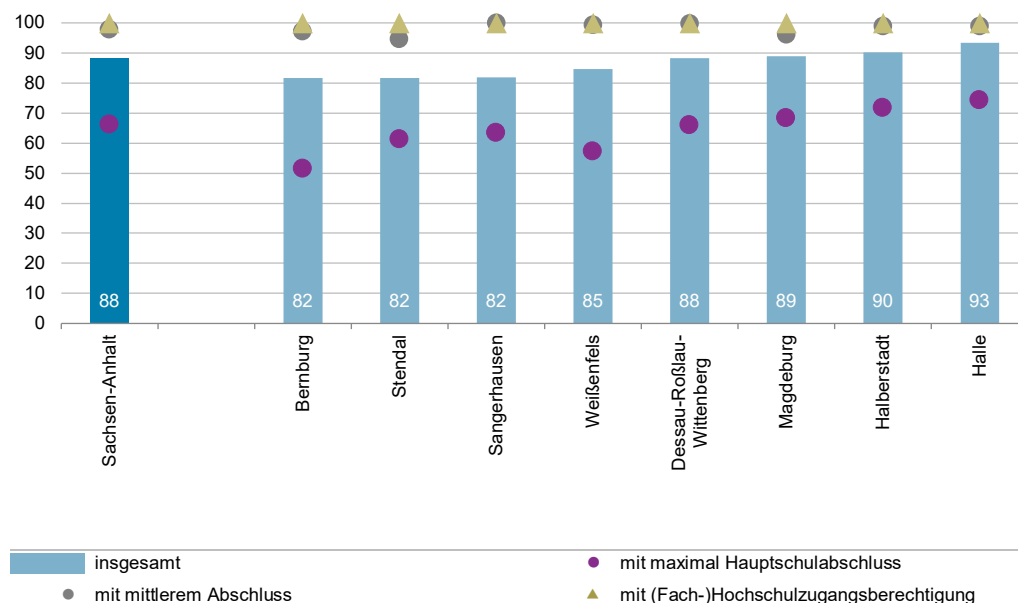
3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Die Chancen auf eine Ausbildung im vollqualifizierenden Berufsbildungssystem gestalten sich in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt deutlich günstiger. Personen mit maximal Hauptschulabschluss münden mit einer Wahrscheinlichkeit von 66,2 % in das vollqualifizierende Berufsbildungssystem, im Bundesdurchschnitt sind es 51,3 %. Noch günstiger gestaltet sich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt der Zugang zur vollqualifizierenden Ausbildung für Personen mit mittlerem Abschluss. In Sachsen-Anhalt münden Personen mit mittlerem Abschluss nahezu vollständig in das vollqualifizierende Berufsbildungssystem (Abb. ST-4).

Bei einer regionalen Differenzierung machen sich zwischen den Arbeitsagenturbezirken Unterschiede im Zugang zur vollqualifizierenden Ausbildung insbesondere dann bemerkbar, wenn maximal ein Hauptschulabschluss vorliegt. Hier sind es Halle, Magdeburg und Halberstadt, die Personen mit maximal Hauptschulabschluss – im Vergleich zum Landesdurchschnitt – überdurchschnittliche Chancen bieten, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen. Erkennbar schlechtere Chancen unterhalb des Landesdurchschnitts haben Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss in den Regionen Bernburg und Weißenfels, also jenen Regionen, die eine vergleichsweise günstige ANR aufweisen, zugleich jedoch höhere Barrieren im Ausbildungszugang für Jugendliche

ohne oder mit niedrigem Schulabschluss haben. Das heißt, für diese beiden Arbeitsagenturbereiche zeichnet sich ein gegenläufiger Trend von Leistungs- und Chancengerechtigkeitsindikatoren ab. (Abb. ST-4).

Abbildung ST-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Sachsen-Anhalt 2015 nach schulischem Vorbildungs niveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)

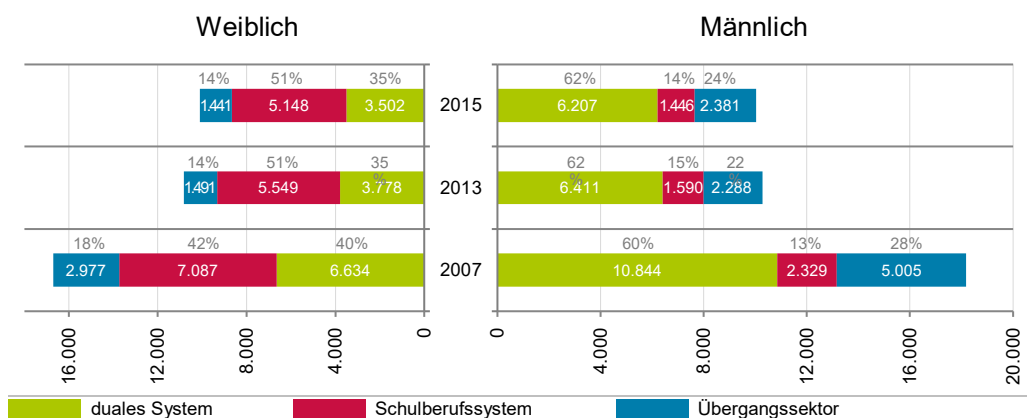


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die geschlechterspezifische Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems ist nahezu unverändert (Abb. ST-5). Weibliche Neuzugänge favorisieren weiterhin mit einem Anteil von 51 % den Weg ins Schulberufssystem, während männliche Neuzugänge mit einem Anteil von 62 % den Weg ins duale System bevorzugen. Der Zugang zum vollqualifizierenden Berufsbildungssystem gelingt weiblichen Neuzugängen jedoch besser als männlichen. Männliche Neuzugänge sind auch 2015 mit einem Anteil von 24 % um 10 Prozentpunkte häufiger im Übergangssektor vertreten. Ähnlich wie in Sachsen wird das Schulberufssystem, das tendenziell eher „frauentypische“ Berufe anbietet, jungen Männern aufgrund traditioneller Berufs- und Rollenbilder nur bedingt Alternativen bieten.

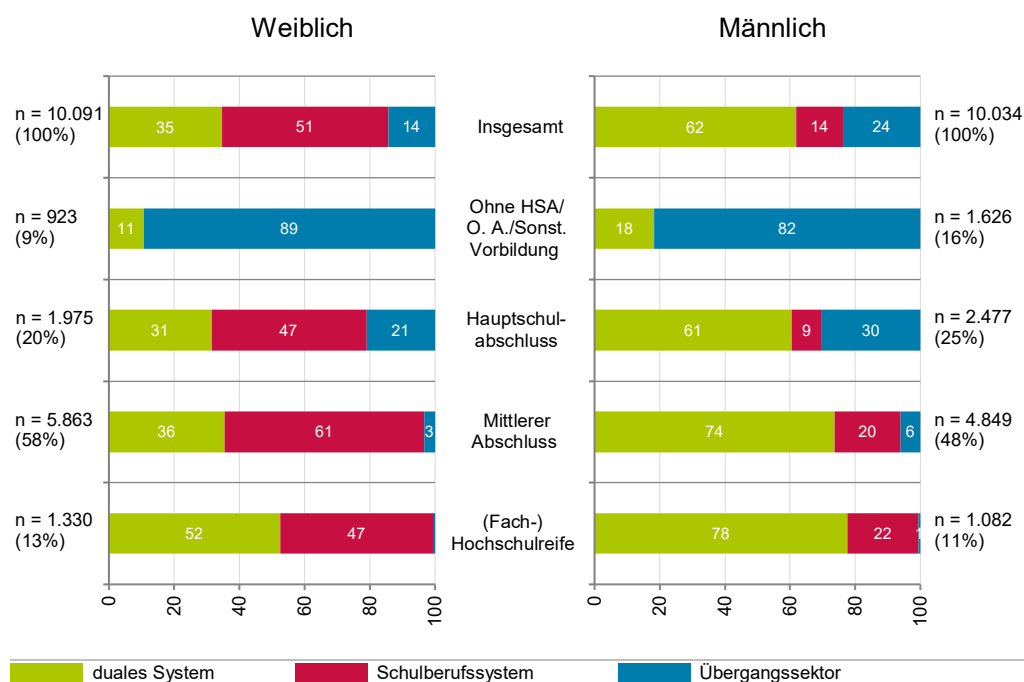
Abbildung ST-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem in Sachsen-Anhalt 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Differenziert man die Einmündung weiter nach der schulischen Vorbildung gilt zwar für beide Geschlechter, dass sie ohne Hauptschulabschluss zu hohen Anteilen in den Übergangssektor einmünden, jedoch haben männliche Neuzugänge ohne Hauptschulabschlüsse etwas bessere Chancen auf eine vollqualifizierende berufliche Ausbildung (Abb. ST-6). Mit maximal Hauptschulabschluss münden Männer häufiger in den Übergangssektor als Frauen, wobei auch hier wieder das Ausbildungsangebot des Schulberufssystems eher weibliche Neuzugänge attrahiert und Männer zu höheren Anteilen in den Übergangssektor einmünden, um letztlich eine Ausbildung in den von Männern präferierten dualen Ausbildungsberufen zu erlangen. Mit mittlerem Abschluss minimiert sich der Anteil an Personen im Übergangssektor für beide Geschlechter, dennoch münden männliche Neuzugänge mit mittlerem Abschluss doppelt so häufig in den Übergangssektor. Für beide Geschlechter zeigt sich zudem, dass die (Fach-)Hochschulreife alle Türen einer vollqualifizierenden Ausbildung öffnet, Frauen jedoch wiederum fast zur Hälfte Berufe des Schulberufssystems bevorzugen, während mehr als drei Viertel der Männer mit Hochschulzugangsberechtigung den Weg ins duale System einschlagen.

Abbildung ST-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Sachsens-Anhalts 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

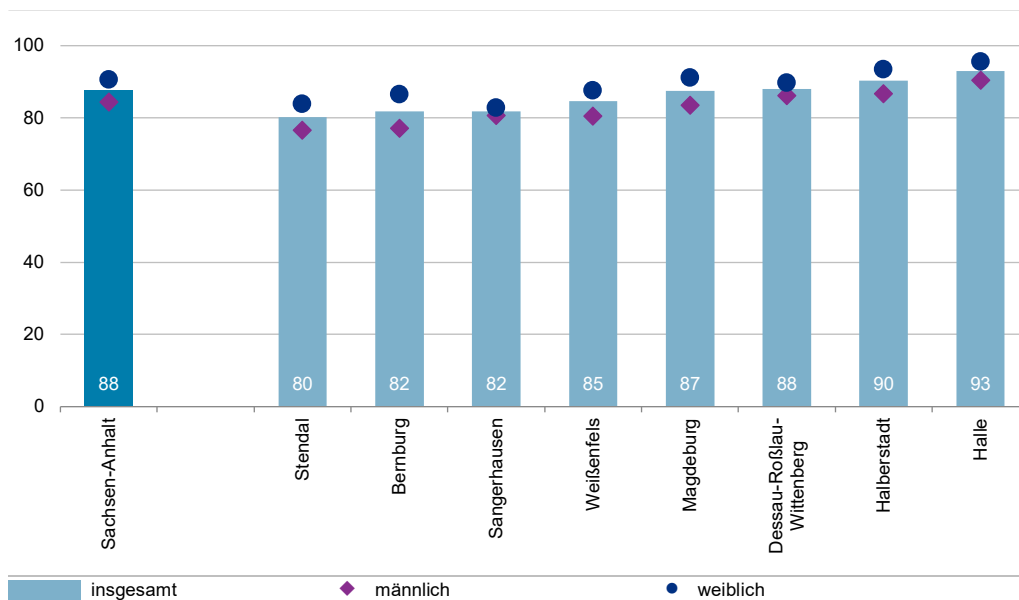


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bezogen auf die Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung fügen sich die Arbeitsagenturbezirke ausnahmslos in das Gesamtbild des Bundeslandes ein: Frauen münden häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung als Männer. Während die Chancen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen, für beide Geschlechter in Sangerhausen (Differenz von 2,1 %) nahezu identisch sind, zeigen sich die größten Unterschiede in Bernburg (Differenz von 9,4 %) (Abb. ST-7).

Abbildung ST-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Sachsen-Anhalt 2015 nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)

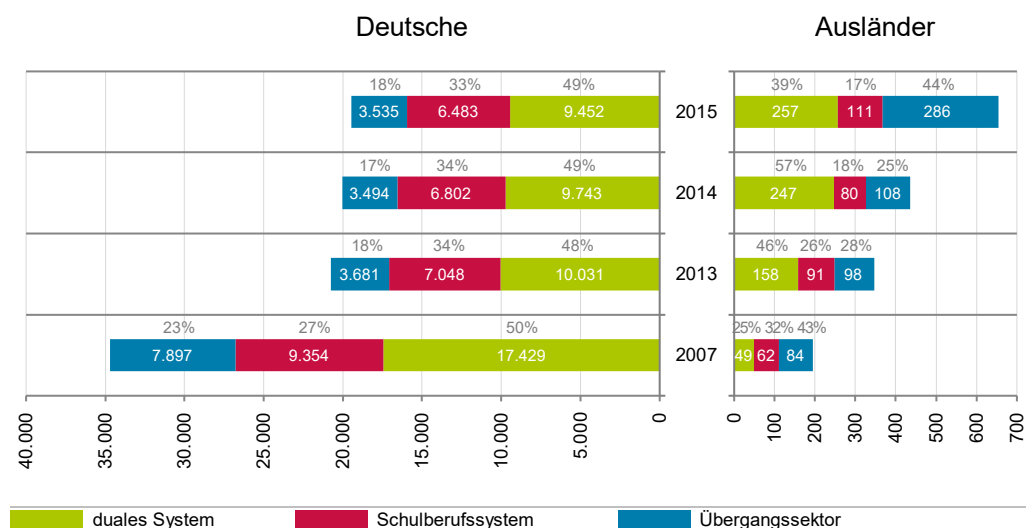


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Während in den meisten Bundesländern der starke Zuzug von Asyl- und Schutzsuchenden Spuren bei der Entwicklung der absoluten Zahlen von Ausländern im Ausbildungssystem hinterlassen hat, zeigen sich seit 2013 in Sachsen-Anhalt kaum absolute Veränderungen in der beruflichen Bildung (Abb. ST-8), die der starken prozentualen Steigerung in der Bevölkerung entsprechen. Die in Abs. 3.4 aufgestellte These, dass besonders Bundesländer mit einem niedrigen Ausgangsniveau an Personen mit Migrationshintergrund und einem kurzfristig starken Anstieg an Schutz- und Asylsuchenden in der Bevölkerung Schwierigkeiten haben, berufliche Angebote im Berufsbildungssystem zu öffnen, greift vor allem am Beispiel Sachsen-Anhalt. Gegenüber 2013 nimmt das Berufsbildungssystem um 307 ausländische Neuzugänge zu. Damit geht eine Verschiebung der relativen Anteile der Sektoren einher. Ausländische Neuzugänge münden gegenüber 2013 anderthalbmal so häufig in den Übergangssektor.

Abbildung ST-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Sachsen-Anhalts 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Mit einem Anteil von 37,5 % bei den deutschen und 68,5 % bei den ausländischen Neuzugängen trägt das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) das größte Gewicht im Übergangssektor. Mit einem Anteil von mehr als einem Drittel tragen bei deutschen Neuzugängen die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) das zweitgrößte Angebot, bei ausländischen Neuzugängen ist es die Einstiegsqualifizierung mit knapp 12 %. Gegenüber 2007 gewinnt für beide Gruppen das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) stark an Gewicht, wobei der Anteil des BVJ für ausländische Neuzugänge zum Übergangssektor am stärksten gestiegen ist. Gegenläufig zum berufsschulischen Angebot entwickeln sich für ausländische Neuzugänge die Übergangsangebote der Bundesagentur für Arbeit (BA). Während 2007 noch über ein Drittel ausländischer Neuzugänge in das Maßnahmenangebot der Bundesagentur für Arbeit einmündet, sind es 2015 nur noch ein Fünftel. Dabei verzeichnen die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen den stärksten Rückgang von ca. 26 % auf knapp 10 % (Tab. ST-2). Diese Zahlen unterstreichen deutlich, dass auch in Sachsen-Anhalt die Ausbildungsvorbereitung bei den ausländischen Jugendlichen noch stärker als bei den deutschen in der Verantwortung und im Gestaltungswillen des Landes und seiner berufsbildenden Institutionen liegt.

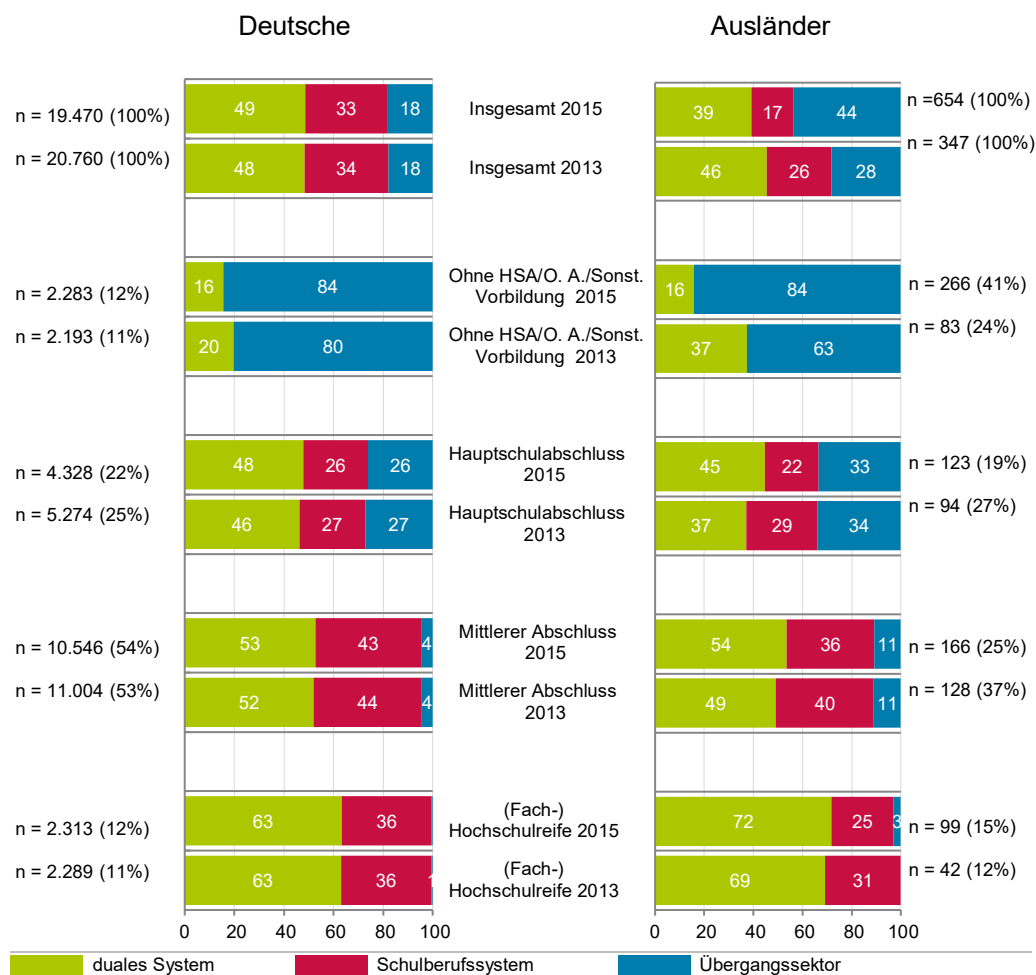
Tabelle ST-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015 (absolut und in %)

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	7.897	100	84	100	3.535	100	286	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	1.661	21,0	11	13,1	287	8,1	14	4,9
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	1.009	12,8	8	9,5	333	9,4	14	4,9
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.158	27,3	37	44,0	1.326	37,5	196	68,5
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.611	33,1	22	26,2	1.323	37,4	28	9,8
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	458	5,8	6	7,1	266	7,5	34	11,9

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Durch das geringe Ausgangsniveau an Ausländern im Übergangsbereich sorgt der geringe Anstieg an ausländischen Neuzugängen zwischen 2013 und 2015 (s. o.), der offensichtlich vor dem Hintergrund der Zuwanderung Schutz- und Asylsuchender zu diskutieren ist, bereits für deutliche Verschiebungen in der schulischen Vorbildung (Abb. ST-9). Während 2013 noch 37 % der ausländischen Neuzugänge einen mittleren Schulabschluss nachweisen konnte, sind es 2015 nur noch 25 %. Auch der Anteil an ausländischen Neuzugängen mit maximal einem Hauptschulabschluss reduziert sich drastisch von 27 % auf 19 %. Der Großteil der Gruppe ausländischer Neuzugänge verfügt 2015 über keinen Hauptschulabschluss (41 %), 2013 waren es nur 24 %. Den größten Anstieg (+ 21 Prozentpunkte) verzeichnen ausländische Neuzugänge, bei denen keine Angabe über den Abschluss oder ein sonstiger Abschluss vorliegt. Bei diesen sich hauptsächlich im Übergangssektor befindenden ausländischen Neuzugängen (83 %) dürfte es sich vorwiegend um schutz- und asylsuchende Jugendliche handeln, deren Ausbildungschancen jedoch denen von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss ähneln dürften.

Abbildung ST-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Sachsen-Anhalts nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

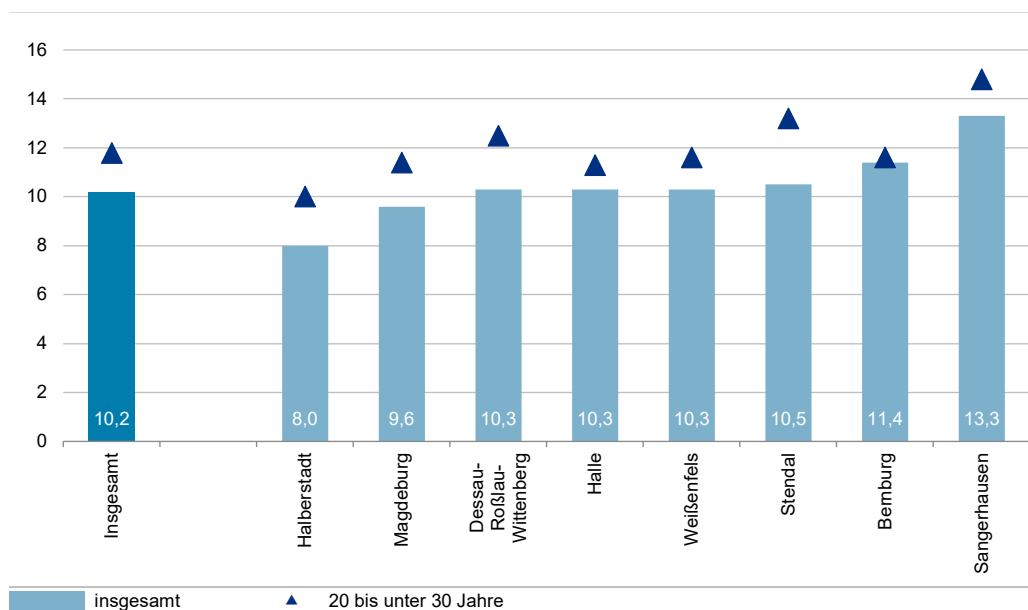
Hinsichtlich der Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung zeigen sich folgende Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern: Insgesamt gelingt Deutschen mit einem Anteil von 82 % der Einstieg in das vollqualifizierende Berufsbildungssystem besser als ausländischen Neuzugängen (56 %). Entgegen dem bundesweiten Trend, dass besonders bei fehlenden Abschlüssen sich Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Neuzugängen abzeichnen, zeigen sich in Sachsen-Anhalt für diese Personengruppe keine Unterschiede beim Zugang zur vollqualifizierenden Ausbildung. Dennoch münden in Sachsen-Anhalt ausländische Jugendliche mit mittlerem Abschluss und (Fach-)Hochschulreife mehr als viermal so häufig in den Übergangssektor als deutsche ein; ein Wert der deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (zweimal häufiger) liegt, sich allerdings auf relativ kleine Fallzahlen bezieht. Die größten Unterschiede zeigen sich bei Vorliegen eines mittleren Abschlusses. Hier münden Ausländer mehr als zweimal so häufig in eine Maßnahme der Berufsvorbereitung ein als deutsche Jugendliche. Insgesamt zeichnen sich damit erheblich schlechtere Berufsperspektiven von ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu deutschen ab, das heißt,

ein noch relativ günstiger Ausbildungsmarkt in Sachsen-Anhalt – verglichen mit der Mehrzahl der westdeutschen Flächenländer – geht mit deutlichen Chancengerechtigkeiten für ausländische Jugendliche einher. Dieser Befund verweist unter der Perspektive der Integration der 2014/15 zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden im ausbildungsrelevanten Alter auf dringenden Handlungsbedarf, um Tendenzen sozialer Exklusion, die sich durch den Rückbau von Ausbildungsangeboten noch verstärken können, entgegenzuwirken.

4. Arbeitsmarktintegration

Bei einem leicht gestiegenen Bruttoinlandsprodukt, das auf eine wirtschaftlich stabile Lage schließen lässt, weist Sachsen-Anhalt nach wie vor eine weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote vor, wobei sich hier eine leichte positive Entwicklung abzeichnet (Abb. ST-10). Die mit 11,8 % noch höher liegende Jugendarbeitslosenquote der 20- bis 30-Jährigen verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Differenzierung nach Arbeitsagenturbezirken zeigt, dass mit einer Jugendarbeitslosenquote von fast 15 % ein besonders hohes Beschäftigungsrisiko in Sangerhausen vorliegt. Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit sind vielfältig, können jedoch neben Entwicklungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und regionaler Wirtschafts- und Berufsstrukturen vor dem Hintergrund vorzeitiger Vertragslösungen diskutiert werden, die insbesondere bei verknappten und unzureichenden Ausbildungsangeboten das Problem von Jugendarbeitslosigkeit zuspitzen können, weil alternative Ausbildungsplätze schwerer zu finden sind. Bei der weiter oben diskutierten Angebotsunterdeckung zeigt sich in Sachsen-Anhalt eine weit über dem Bundesdurchschnitt liegende vorzeitige Vertragslösungsquote (vgl. Abs. 5.2). Die Absolventenquote, die weitestgehend mit den vorzeitigen Vertragslösungen im Zusammenhang steht, jedoch nicht alleiniger Erklärungsfaktor ist, liegt in Sachsen-Anhalt ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. Abs. 5.2).

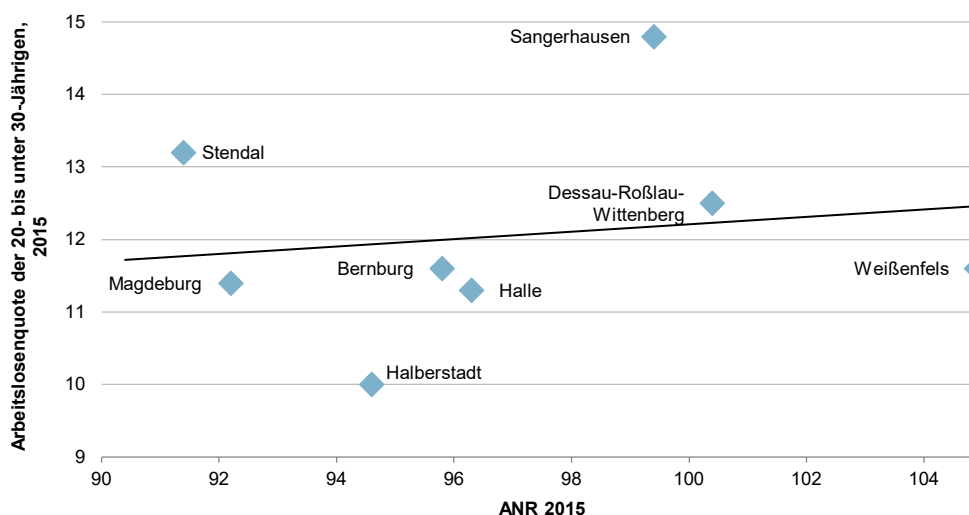
Abbildung ST-10 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen-Anhalt 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen sowie der 30- bis unter 35-Jährigen mit der Ausbildungsmarktsituation bestätigt sich, ähnlich wie in den anderen ostdeutschen Flächenländern, für Sachsen-Anhalt nicht. Ein schwieriger Ausbildungsmarkt im Sinne einer Angebotsunterdeckung steht in Sachsen-Anhalt nicht immer im Zusammenhang mit einer höheren Arbeitslosenquote. So weist zwar Stendal bei einer hohen Angebotsunterdeckung eine hohe Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen auf, dennoch zeigt selbst Sangerhausen bei einem vergleichsweise ausreichenden Angebot an Ausbildungsplätzen eine hohe Jugendarbeitslosenquote (Abb. ST-11). Hier könnten die schon erwähnten Verdrängungseffekte auf dem Ausbildungsmarkt von in einer Region wohnhaften Bewerbern, die nicht zum Zuge kommen, weil Jugendliche aus anderen Agenturbereichen in die Region pendeln, eine Rolle spielen, allerdings wurden die Pendelbewegungen innerhalb der Bundesländer nicht näher betrachtet. Eine weitere Ursache dafür, dass der Zusammenhang zwischen der ANR und der Jugendarbeitslosenquote für ostdeutsche Flächenländer weniger erkennbar ist, dürfte mit dem stark ausgebauten Ausbildungsangebot im Schulberufssystem zusammenhängen, das weniger konjunkturanfällig ist und für eine nicht so starke Kopplung von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sorgt.

Abbildung ST-11 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen-Anhalt 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Aus einer wirtschaftlichen Perspektive bewegt sich Sachsen-Anhalt weiter am unteren Ende im innerdeutschen Ländervergleich. Es ist davon auszugehen, dass im Unterschied zu wirtschaftsstärkeren Ländern die Ressourcen, die für die berufliche Bildung zur Verfügung stehen, vergleichsweise knapper ausfallen, auch wenn dies zunächst nicht an den Ausgaben pro Schüler an beruflichen Schulen zu erkennen ist, die demografisch bedingt über dem Bundesdurchschnitt liegen. Vor dem Hintergrund einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, erkennbar an weiteren Merkmalen wie einer ungünstigeren Betriebsdichte je Einwohner im Vergleich zu den beiden angrenzenden ostdeutschen Ländern Thüringen und Sachsen, den weit unterdurchschnittlich liegenden Forschungs- und Entwicklungsausgaben pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die weniger als die Hälfte der Ausgaben der zuvor genannten ostdeutschen Nachbarländer ausmachen, zeichnen sich alles andere als einfache Rahmenbedingungen für die Berufsbildungspolitik ab.

Die Angebots-Nachfrage-Relation von 95 % ist zwar im bundesweiten Vergleich noch relativ günstig, jedoch hat sie sich zwischen 2007 und 2016 mit nur ca. 6 Prozentpunkten verbessert, dies ist deutlich weniger, als man angesichts einer fast Halbierung der Nachfrage im gleichen Zeitraum hätte erwarten können. Zudem hat die Berufsbildungspolitik in Sachsen-Anhalt mit regionalen Ungleichgewichten und vor allem Schwankungen im Angebot innerhalb kurzer Zeiträume zu kämpfen. Aufgrund der demografischen Entwicklung bei einem nahezu ausgeglichenen Verhältnis von jüngeren und mittleren Kohorten ist zunächst nicht mit einer (weiteren) Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes zu rechnen. Angesichts des Rückzugs von Ausbildungsbetrieben, der sich vornehmlich an der Abnahme der Ausbildungsbetriebsquote von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben zwischen 1999 und 2015 bemerkbar macht, bleibt zu befürchten, dass Ausbildungsinfrastruktur und Ausbildungsangebote verloren gehen und sich die Engpässe am Ausbildungsmarkt in den nächsten Jahren noch verstärken können. Ob der leichte Zuwachs in der Ausbildungsbetriebsquote bei den mittleren Unternehmen mit zwischen 50 bis 249 Beschäftigten in der Zeit von 1999 bis 2015 in Sachsen-Anhalt den Rückbau an Ausbildungsinfrastruktur bei den Kleinst- und Kleinbetrieben kompensieren kann, muss vorerst offenbleiben (Bass, Baethge 2017: 28). Insofern bleibt die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs auf der mittleren Qualifikationsebene über die Bereitstellung entsprechender Ausbildungsangebote ein zentrales Thema für die Berufsausbildungspolitik im Land.

Ein zweiter Punkt fällt bei der Betrachtung der Ausbildungssituation in Sachsen-Anhalt auf, der die Leistungs- und Chancengerechtigkeitsseite gleichermaßen trifft. Die Einmündungen in das Schulberufssystem betreffen vor allem den Bereich Gesundheit, Soziales und Erziehung. Ein Problem ist dabei die Etablierung einer beruflichen Monostruktur im Schulberufssystem, die überwiegend Frauen anspricht, während sich Männer für diesen Bereich deutlich weniger interessieren und damit im Schulberufssystem auch keine Ausbildungsalternativen sehen. Entsprechend höher fällt ihr Anteil im Übergangssektor aus. Ein weiteres Problem betrifft in diesem Zusammenhang den im Bundesländervergleich höheren Anteil an Personen mit Hauptschulabschluss im Schulberufssystem, der mit knapp 18 % den dritthöchsten Wert darstellt: Was sich zunächst für Personen mit maximal Hauptschulabschluss, insbesondere Frauen (ca. 30 % der Frauen mit maximal Hauptschulabschluss münden in das Schulberufssystem), als Chance auf Ausbildung offenbart, nämlich in einen der Helferberufe des Gesundheits- und Erziehungsbereichs oder in die Sozial- und Kinderpflege einzumünden, kann am Arbeitsmarkt zum Nachteil gereichen, denn die Berufstätigen in Helferberufe, z. B. gut belegt für die Altenpflegehelfer (vgl. Fuchs 2016), sind stärker

von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen mit qualifizierten Berufsabschlüssen. Hier ist die Berufsbildungspolitik des Landes gefragt und herausgefordert, bei ein- und zweijährigen Ausbildungsberufen auch Anschlüsse an qualifiziertere mittlere Berufsabschlüsse zu schaffen, sei es über gestufte Modelle oder auch aufbauende Fort- und Weiterbildungsangebote mit anerkanntem Berufsabschluss, damit diese (niedrigschwelligeren) Ausbildungschancen keine beruflichen Sackgassen werden.


Unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit zeichnen sich – trotz der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt günstigeren Situation in Sachsen-Anhalt – beträchtliche Hürden für Personen mit maximal Hauptschulabschluss beim Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung ab, besonders schlecht stehen die Chancen dabei für Personen ohne Hauptschulabschluss, deren Anteil in Sachsen-Anhalt im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist. Übergangshürden verstärken sich zudem bei der Gruppe ausländischer Neuzugänge, die vor allem seit 2013 einen Anstieg im Übergangssektor verzeichnet. Dies stellt ein strukturschwaches Bundesland wie Sachsen-Anhalt mit eher wenig Ausbildungsangeboten für (männliche) Jugendliche mit niedriger schulischer Vorbildung und bislang wenig Erfahrung in der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Personen vor neue Herausforderungen.

Bereits jetzt deuten sich Schwierigkeiten einer sozialen Exklusion an, die man an den geringen Chancen in der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung ausländischer Neuzugänge und noch deutlicher an der schlechteren Arbeitsmarktintegration ausländischer Ausbildungsabsolventen festmachen kann. Wie weit die berufsschulischen Angebote des Landes, die aktuell das Hauptgewicht bei der Ausbildungsvorbereitung Schutz- und Asylsuchender tragen, den damit einhergehenden Folgen für die soziale Kohäsion im Bundesland und den absehbaren Konsequenzen der langfristigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses entgegenwirken kann, muss zu diesem Zeitpunkt noch offenbleiben. Abzuwarten bleibt zudem, inwieweit das Land es schafft, die berufsschulischen Angebote weiter für die Neuankömmlinge zu öffnen, da bislang nur ein sehr geringer Teil der Gruppe Schutz- und Asylsuchender die berufsvorbereitenden Angebote erreicht hat.

Schleswig-Holstein

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	SH 2013	SH 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	28.931 €	30.482 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	10,9 %	10,9 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	101,1 %	98,2 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	24,5 %	22,8 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	40,7 %	40,1 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	34,8 %	37,1 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	24,5 %	22,8 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	32,2 %	31,4 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	25,0 %	25,4 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	16,6 %	19,2 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	11,9 %	12,9 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	63,8 %	64,6 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	9,0 %	10,0 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	15,4 %	12,5 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	48,8 %	48,0 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	27,5 %	27,9 %	27,8 %
In Großbetrieben	23,7 %	24,1 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	12,5 %	13,2 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	13,3 %	14,1 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	16,2 %	16,1 %	27,0 %
Arbeitslosenquote	6,9 %	6,5 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	4.000 €	4.300 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	2.800 €	3.000 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	7,0 %	7,5 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Von seiner Geografie und seinen sozioökonomischen Strukturbedingungen her gehört Schleswig-Holstein zu den westdeutschen Flächenländern, in denen Berufsbildungspolitik mit besonders schwierigen Herausforderungen konfrontiert ist. Die Siedlungsstruktur wird dominiert von ländlichen und klein- bis mittelstädtischen Agglomerationen bei nur zwei Großstädten (Kiel, Lübeck), was für die Bereitstellung eines flächendeckenden differenzierten Berufsbildungsangebots keine günstige Voraussetzung abgibt und in der Regel höhere berufsbildungspolitische Aufwendungen erforderlich

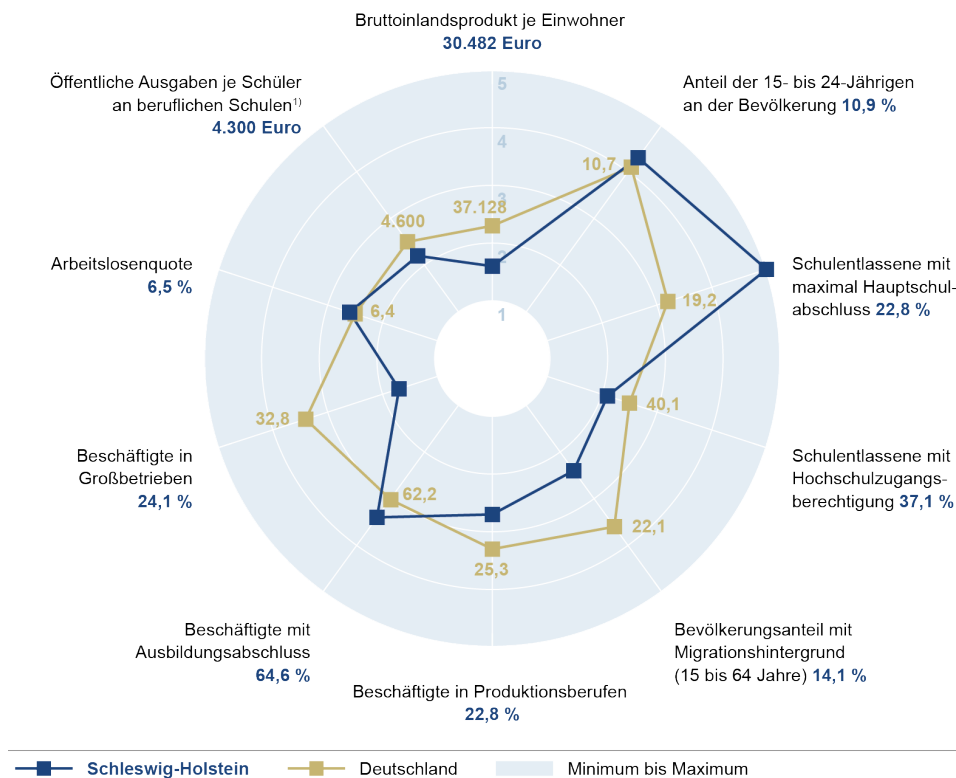
macht als in großstädtisch verdichteten Regionen. Mit einem BIP p. c. von 30.482 € liegt Schleswig-Holstein deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 37.128 €. Die begrenzte Wirtschaftskraft kann sich auch auf die berufsbildungspolitischen Handlungsmöglichkeiten auswirken. Auch einige Indikatoren der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstruktur verweisen auf eher ungünstige Bedingungen für die Berufsausbildung. Fast die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Kleinst- oder Kleinbetrieben (48,9 %). Damit liegt Schleswig-Holstein nach wie vor deutlich über dem Bundesdurchschnitt (um 9 Prozentpunkte). Gleichzeitig bleiben die Beschäftigtenzahlen in Großbetrieben mit 24,1 % auf niedrigem Niveau. Berücksichtigt man, dass das Ausbildungsengagement von Unternehmen stark nach Betriebsgröße variiert – Klein- und Kleinstbetriebe ziehen sich immer stärker aus der Ausbildungsverantwortung zurück (vgl. Baas, Baethge 2017) –, könnten sich für Schleswig-Holstein damit besondere Anstrengungen für die Sicherstellung eines auswahlfähigen Ausbildungsangebots im dualen Bereich stellen.

Schleswig-Holstein ist allerdings auch durch einen vergleichsweise stark ausgebauten Dienstleistungsbereich gekennzeichnet (im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen und IT-/naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen liegt Schleswig-Holstein oberhalb des Bundesdurchschnitts), in dem Bereich in dem die Zuwächse zum Ausbildungssystem am stärksten sind. Deutlich seltener sind Beschäftigte dagegen in Produktionsberufen zu finden; im Vergleich zu 2013 ist ihr Anteil nochmals um 1,7 Prozentpunkte von 24,5 auf 22,8 % zurückgegangen.

Hinsichtlich der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten weist Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt einen etwas höheren Anteil an Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung unter den Beschäftigten aus. Dagegen ist der Anteil an Personen, die ein (Fach-)Hochschulstudium aufweisen – entsprechend der Struktur der Schulabsolventen – mit 10 % unterdurchschnittlich, allerdings im Vergleich zu 2013 leicht ansteigend.

Auf der Angebotsseite zeichnet sich Schleswig-Holstein durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss (22,7 %) und einen unterdurchschnittlichen Anteil von Absolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung (37,1 %) aus. Gegenüber 2013 ist jedoch eine leichte Höherqualifizierung der Schulabsolventen festzustellen, sodass sich die Quote dem Bundeswert langsam anzugleichen scheint.

Abbildung SH-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Schleswig-Holsteins 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

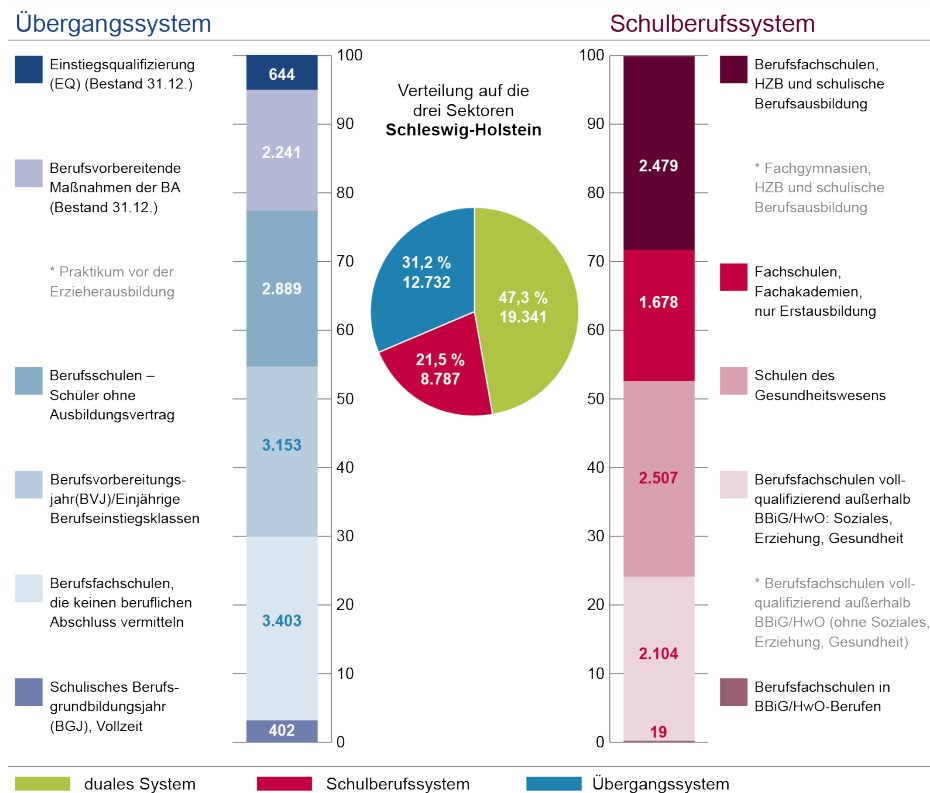
Im westdeutschen Vergleich gehört Schleswig-Holstein zu jenen Bundesländern mit einem vergleichsweise geringen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund (13,2 %). Entsprechend ist auch der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im ausbildungsfähigen Alter mit 16,1 % unterdurchschnittlich. Von der demografischen Entwicklung zeichnet sich für den Ausbildungsstellenmarkt noch keine Entlastung ab: Das Verhältnis der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen ist mit 98 % fast gleich.

Gegenüber 2013 haben sich die durchschnittlichen Ausgaben für berufliche Schulen von 4.000 € auf 4.300 € erhöht. Damit liegt Schleswig-Holstein allerdings weiterhin unterhalb des Bundesdurchschnitts von 4.600 €.

2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Schleswig-Holsteins

2.1. Das Berufsbildungssystem

Absolut gesehen hat sich die Zahl der Neuzugänge zum dualen System in Schleswig-Holstein zwischen 2007 und 2015 nur geringfügig reduziert (Tab. SH-1). Mit einem Anteil von 47,3 % an Neuzugängen zum dualen System im Jahr 2015 liegt Schleswig-Holstein aber nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt im untersten Viertel der Bundesländer. Dies erscheint angesichts der im Bundeslandvergleich hohen Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote, die eine vergleichsweise hohe Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen signalisiert, erklärungsbedürftig.

Abbildung SH-2 Das Berufsbildungssystem Schleswig-Holsteins 2015

* Wird in Schleswig-Holstein nicht angeboten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Zum einen wirkt hier ein statistischer Effekt: Zur Berechnung der Ausbildungsquote wird der Bestand der Auszubildenden herangezogen, während die Verteilung auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems sich auf die Neuzugänge konzentriert. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass sich der Bestand der Auszubildenden nicht nur aus jenen des dualen Systems zusammensetzt, sondern ebenfalls Auszubildende des Schulberufssystems darunter gefasst werden. Gerade für Schleswig-Holstein ist ein deutlicher Zuwachs in der Zahl der Neuzugänge zum Schulberufssystem zwischen 2007 und 2015 festzustellen (um 49 %). Selbst zwischen 2013 und 2015 hat sich dieser Anteil – anders als im Bundestrend – weiterhin positiv entwickelt (+14 %), sodass Schleswig-Holstein 2015 mit einer Quote von 21,5 % an Neuzugängen zum Schulberufssystem nur unwesentlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 21,9 % liegt. Da das Schulberufssystem in der Verantwortung der Länder liegt, kann man hier einen Effekt auch der Berufsbildungspolitik der Landesregierung sehen.

Die Neuzugänge verteilen sich auf Ausbildungen zu Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen sowie auf Bildungsgänge an Berufsfachschulen (BFS) und Fachgymnasien, die zugleich einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) vermitteln. Die vergleichsweise hohe Ausbildungsquote könnte daher auf den starken Anstieg bei den Berufen Erzieher und Pfleger, die ebenfalls in der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) enthalten sind, zurückgeführt werden. Darüber hinaus ist für Schleswig-Holstein weiterhin keine demografisch bedingte Rückläufigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen festzustellen – das Verhältnis der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen liegt bei 98,2 % –, sodass nach wie vor ein starker Wettbewerb um duale Ausbildungsplätze besteht (vgl. Abs. 2.2).

Dagegen spielen Berufsfachschulen in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) sowie vollqualifizierende Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO, die nicht zu den Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsberufen zu zählen sind, in Schleswig-Holstein keine Rolle. Insgesamt weist die Entwicklung der Neuzugangszahlen zum Schulberufssystem auf eine expansive Berufsbildungspolitik des Landes hin.

Auf der anderen Seite ist Schleswig-Holstein nach wie vor eines der Bundesländer, deren Anteil an Neuzugängen zum Übergangssektor – entsprechend dem vergleichsweise hohen Anteil an Absolventen, die die Schule mit maximal Hauptschulabschluss verlassen – weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Trotz rückläufiger Zahlen wird Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 31,2 % an Neuzugängen zum Übergangsbereich nur von Niedersachsen (33,8 %) und Baden-Württemberg (39,6 %), das aber besondere Regelungen aufweist und daher mit den anderen beiden Ländern nicht vergleichbar ist, übertroffen.

Die Entwicklung der Neuzugänge zu den verschiedenen Bildungsgängen des Übergangsbereichs zwischen 2007 und 2015 verweist jedoch auf einen Abbau der Zahl der Neuzugänge (um fast 21 %). In erster Linie ist dies auf eine Abnahme der Neuzugänge zwischen 2013 und 2015 (um 11 %) zurückzuführen, wobei insbesondere die Halbierung der Neuzugänge zu den Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (–48,6 %), ins Gewicht fällt. Diese Abnahme ist nach Einschätzung der Berufsschulen in Schleswig-Holstein auf den Ausbau der Gemeinschaftsschulen zurückzuführen, deren Interesse darin bestehe, Jugendlichen den Mittleren Abschluss an der allgemeinbildenden Schule zu vermitteln. In der Folge wechseln immer weniger Jugendliche in die BFS I, die einjährige Berufsfachschule (Baethge, Buss, Richter 2017). Es ist anzunehmen, dass dieser Rückgang ohne den starken Zuwachs von Asyl- und Schutzsuchenden im Rahmen der jüngsten Fluchtbewegungen sogar noch größer ausgefallen wäre (vgl. auch Kap. 3).

Die Entwicklungsdynamik innerhalb des Übergangsbereichs verweist auf unterschiedliche Trends: deutliche Rückläufigkeit bei den Neuzugängen zu den Berufsfachschulen, die keinen Ausbildungsabschluss vermitteln, und zu den berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA, dagegen ein Anstieg beim Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) sowie bei den Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag³⁷. 2015 verteilten sich die Neuzugänge zum Übergangsbereich damit erstmals zu ungefähr gleichen Teilen auf Berufsfachschulen, die keinen Ausbildungsabschluss vermitteln (26,7 %), auf das Berufsvorbereitungsjahr/einjährige Berufseinstiegsklassen (24,8 %) und Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (22,7 %). Dagegen deckt das Berufsgrundbildungsjahr nur einen marginalen Anteil ab (3,2 %). Mit einem Anteil von 17,6 % stellen die berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA ebenfalls ein wichtiges Angebot der Ausbildungsvorbereitung dar.

Wie weit bei den gegenläufigen Bewegungen von BA- und berufsschulischen Übergangsangeboten Verlagerungen und Rückzug der BA aus der Übergangsförderung wirken, wie von Arbeitsmarkt- und Berufsschulexperten in Schleswig-Holstein angenommen wird (vgl. Baethge, Buss, Richter 2017), lässt sich nicht endgültig entscheiden. Auf jeden Fall bedeutet dieser Trend ein erhöhtes Engagement der Berufsschulen und des Landes in der Ausbildungsvorbereitung. Die trotz rückläufigem Trend anhaltend hohen Zahlen an Neuanfängern zum Übergangssektor haben die Landesregierung in Schleswig-Holstein dazu veranlasst, ein neues Konzept zur Verbesserung der Übergänge von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung zu entwickeln, in

³⁷ Unter die Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag werden in Schleswig-Holstein die Jugendlichen der Berufseinstiegsklassen gefasst.

dem die Reduzierung der Teilnehmerzahlen zum Übergangssektor als wichtiges berufsbildungspolitisches Ziel hervorgehoben wird (Konzept Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH)). Das Vorhaben beabsichtigt, eine Vereinheitlichung und Dualisierung der berufsschulischen Ausbildungsvorbereitung, um die bisherige Aufspaltung (vor allem) der berufsschulischen Berufsvorbereitung aufzuheben. Organisatorischer Kern des Konzepts AV-SH ist die Zusammenlegung der Berufseingangsklasse (BEK) und des Ausbildungsvorbereitungsjahres (AVJ) und ihre Dualisierung in Phasen von schulischem Unterricht und betrieblicher Praxis. Erstmals in Kraft getreten ist dieses Konzept zum Schuljahr 2016/17, sodass daraus resultierende Effekte erst in den kommenden Jahren sichtbar werden (vgl. Berufsschulverordnung – BSVO vom 23.06.2016).

Tabelle SH-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	20.492	18.615	19.341	100,0	–5,6	3,9
Darunter kooperatives Berufsgrundbildungsjahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	5.881	7.732	8.787	100,0	49,4	13,6
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	18	18	19	0,2	5,6	5,6
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	-	-	-	-	-	-
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	4.327	5.748	6.289	71,6	45,3	9,4
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	1.429	1.769	2.104	23,9	47,2	18,9
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	2.040	2.541	2.507	28,5	22,9	–1,3
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	858	1.438	1.678	19,1	95,6	16,7
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	1.536	1.966	2.479	28,2	61,4	26,1
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	1.536	1.966	2.479	28,2	61,4	26,1
Übergangssektor insgesamt	15.969	14.360	12.732	100,0	–20,3	–11,3
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	482	431	402	3,2	–16,6	–6,7
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	5.944	6.627	3.403	26,7	–42,7	–48,6
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einhährige Berufseinstiegsklassen	1.804	1.993	3.153	24,8	74,8	58,2
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	1.846	2.099	2.889	22,7	56,5	37,6
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.810	2.445	2.241	17,6	–53,4	–8,3
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.083	765	644	5,1	–40,5	–15,8
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	3.985	2.541	2.344		–41,2	–7,8

Anmerkung: In Schleswig-Holstein werden Teilnehmer der BEK den Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag – zugeordnet.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

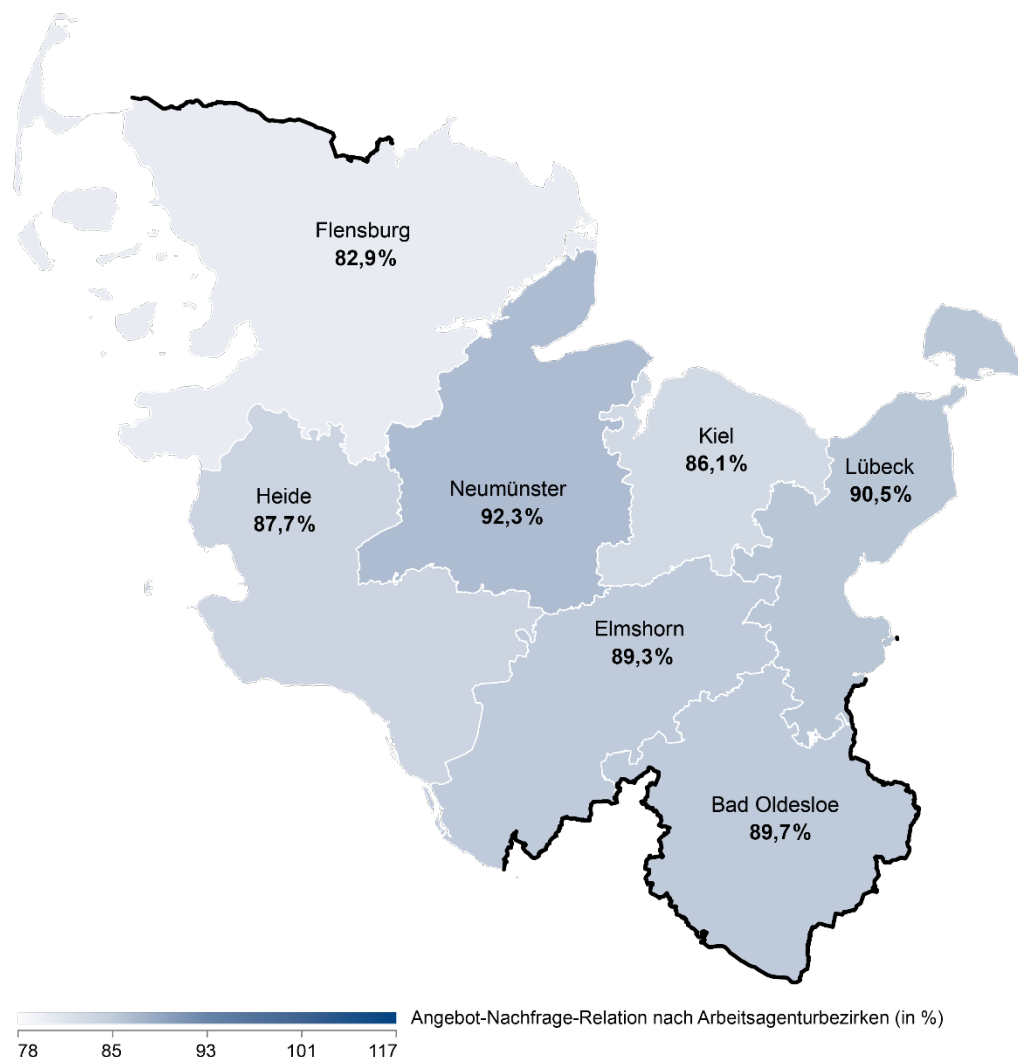
2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Schleswig-Holstein

Um die beschriebene Situation in der Berufsausbildung in Schleswig-Holstein genauer einordnen zu können, ist der Ausbildungsstellenmarkt in seiner Entwicklung in den Blick zu nehmen. Insgesamt besteht in Schleswig-Holstein seit Jahren eine erhebliche Angebotsunterdeckung in der dualen Ausbildung. Mit einer Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) von knapp 88 % im Jahr 2016 liegt für Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (93,8 %) ein unterdurchschnittliches Verhältnis zwischen Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen vor. Im Gegensatz zum Bundestrend ist es in Schleswig-Holstein seit 2007 damit nicht zu einer Entspannung auf dem dualen Ausbildungsmarkt gekommen (Anstieg der ANR lediglich um 0,7 Prozentpunkte, Bundesgebiet Anstieg um 8,7 Prozentpunkte). Dies liegt daran, dass sich im Gegensatz zum Bundestrend der Rückgang der Nachfrage (–6,1 %) und des Angebots (–5,4 %) ungefähr die Waage halten, während für Deutschland insgesamt ein stärkerer Rückgang auf Seiten der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (–20,3 %) im Vergleich zum Rückgang auf der Angebotsseite (–12,5 %) festzustellen ist.

Das Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen, das bei 82,2 % liegt, deutet jedoch darauf hin, dass sich in den kommenden Jahren unter der Voraussetzung eines stabilen Ausbildungsangebots die ANR in Schleswig-Holstein erhöhen sollte, sofern der demografisch bedingte Nachfragerückgang nicht durch Migration ausgeglichen wird oder das Ausbildungsangebot sinkt.

Die regionale Differenzierung des Ausbildungsmarktes nach den sieben Arbeitsagenturbezirken Bad Oldesloe, Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel, Lübeck und Neumünster verdeutlicht, dass 2016 zwar Unterschiede in der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im dualen Berufsbildungssystem bestehen, aber in allen Arbeitsagenturbezirken eine deutliche Angebotsunterdeckung zu finden ist. Besonders problematisch stellt sich die Ausbildungsmarktsituation in Flensburg dar (ANR von 82,9 %).

Abbildung SH-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Schleswig-Holstein 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

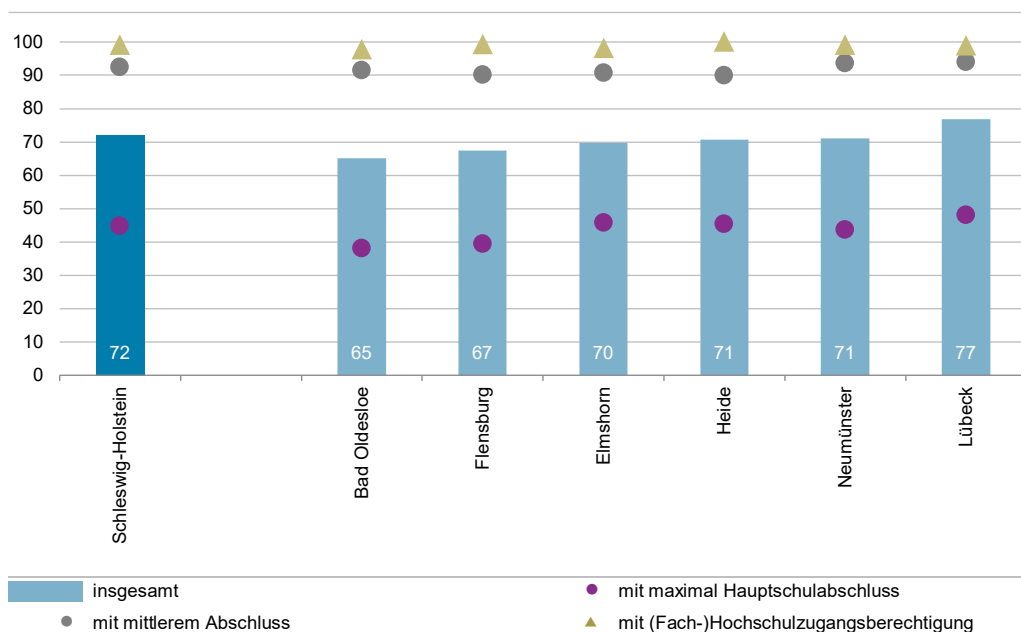
3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Schleswig-Holstein

3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Der Zugang der Jugendlichen zum Ausbildungssystem hängt in entscheidender Weise von der schulischen Vorbildung ab. Hinsichtlich der Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach schulischem Vorbildungsniveau unterscheidet sich Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt in zweierlei Hinsicht: Zum einen gelingt Personen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich seltener der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung – 60,2 % von ihnen landeten 2015 zunächst im Über-

gangssektor, im Bundesdurchschnitt sind es 51,3 %. Dafür gelingt Personen mit mittlerem Abschluss etwas häufiger die Aufnahme einer dualen oder vollzeitschulischen Ausbildung, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist (vgl. Kap. 3, Abb. 3.4, Tab 3.2A). Insofern stellt sich die Ausbildungssituation gerade bei den Geringqualifizierten als überaus problematisch dar. Dabei weist die regionale Differenzierung der Einmündungsquoten in eine vollqualifizierende Ausbildung nach schulischem Vorbildungsniveau für das Jahr 2014 kaum Unterschiede zwischen den Arbeitsagenturbezirken³⁸ auf. Lediglich bei Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss variieren die Quoten zwischen 39 % in Flensburg und 48 % in Lübeck.

Abbildung SH-4 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Schleswig-Holstein 2014¹⁾ nach schulischem Vorbildungsniveau und Arbeitsagenturbezirken (in %)



¹⁾ Die regionale Differenzierung der Einmündungen in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems liegt für Schleswig-Holstein nur für das Schuljahr 2014/15 vor, nicht für 2015/16.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

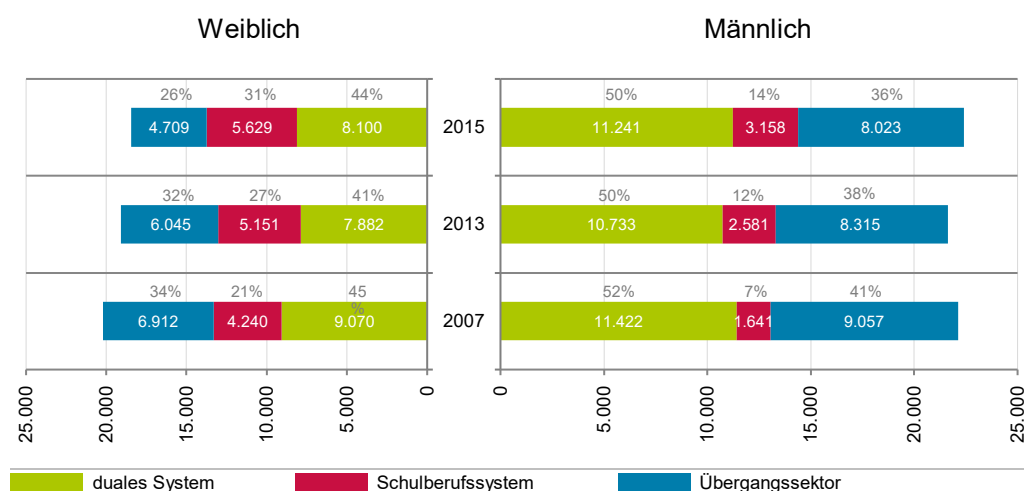
3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem nach Geschlecht

Die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems bestehen nach wie vor fort, mit leichten Verschiebungen (Abb. SH-5): Die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Neuzugängen zum dualen System haben leicht abgenommen – während 2013 50 % der männlichen, aber nur 41 % der weiblichen Neuzugänge ins duale Ausbildungssystem einmündeten, stieg der Anteil unter den weiblichen Neuzugängen auf 44 % bei gleichbleibendem Anteil unter den Männern. Dagegen haben sich die Unterschiede bei der Einmündung in das Schulberufs-

³⁸ Für die Kreise Schleswig-Flensburg, Steinburg, Kiel, Herzogtum Lauenburg, Plön, Nordfriesland liegen keine Einmündungsquoten vor, sodass der Arbeitsagenturbezirk Kiel gar nicht sowie die Arbeitsagenturbezirke Flensburg, Bad Oldesloe und Heide nicht vollständig dargestellt sind.

system bzw. den Übergangssektor verstärkt. Im Schulberufssystem steigt die Differenz von 15 Prozentpunkten 2013 auf 17 Prozentpunkte 2015. Beim Übergangssektor haben sich die Unterschiede noch deutlicher von 6 auf 10 Prozentpunkte verschoben. Damit wird deutlich, dass der beschriebene Rückgang der Zahl der Neuzugänge zum Übergangssektor vor allem aus der abnehmenden Zahl der weiblichen Neuzugänge zum Übergangssektor resultiert. Zwei Erklärungen scheinen hierfür maßgeblich zu sein: Erstens das abnehmende Interesse der Jugendlichen, den mittleren Abschluss in der BFS I nachzuholen, und zweitens der Ausbau der vollqualifizierenden Ausbildungen bei den Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen des Schulberufssystems, in denen vor allem junge Frauen einen Ausbildungsplatz erhalten.

Abbildung SH-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Schleswig-Holsteins 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)

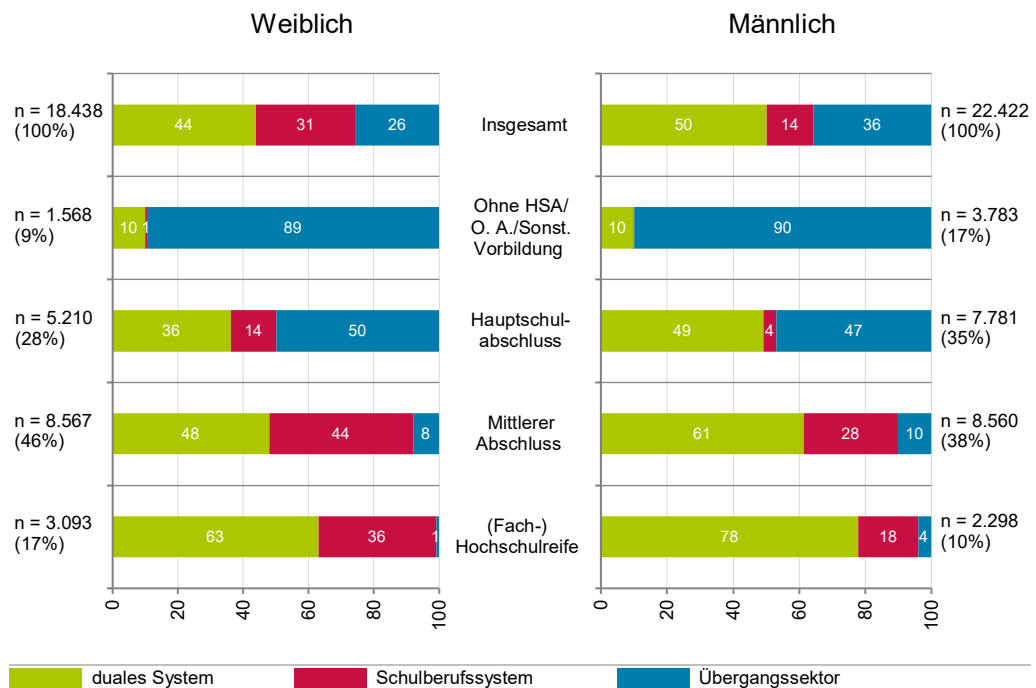


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass sie ohne Hauptschulabschluss³⁹ zu 89 % bzw. 90 % im Übergangsbereich landen (Abb. SH-6). Wenn sie einen Hauptschulabschluss aufweisen, dann münden sie immer noch zur Hälfte in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung. Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen allerdings bei dieser Qualifikationsgruppe beim Eintritt in eine duale oder schulische Berufsausbildung. Deutlich mehr Frauen als Männer landen im Schulberufssystem, in welchem traditionell die Gesundheitsdienst- und sozialpflegerischen Berufe organisiert sind, die vorrangig von Frauen ausgeübt werden. Dieser Trend setzt sich bei Vorliegen eines mittleren Abschlusses bzw. eines (Fach-)Hochschulabschlusses weiter fort. Für beide Geschlechter zeigt sich zudem, dass Jugendliche mit (Fach-)Hochschulreife nahezu vollständig in einer vollqualifizierenden Ausbildung sind.

³⁹ Einschließlich der Personen „ohne Angabe/sonstige Vorbildung“.

Abbildung SH-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Schleswig-Holsteins 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)

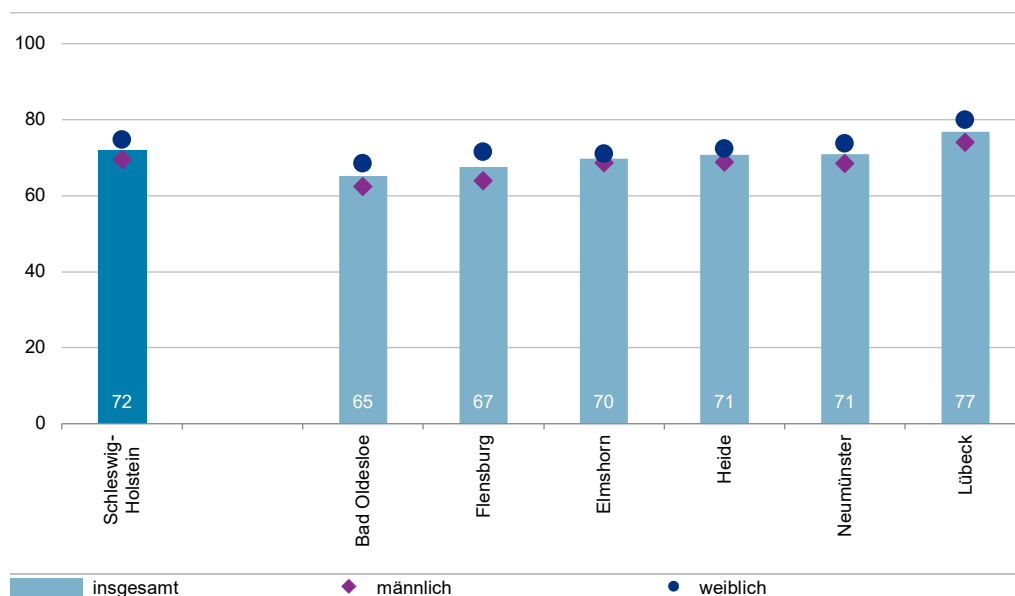


Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Wie für Schleswig-Holstein insgesamt gilt auch für alle betrachteten Arbeitsagenturbezirke, dass Frauen häufiger in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden als Männer. Die geringsten Unterschiede sind 2014 in den Arbeitsagenturbezirken Elmshorn und Heide (Differenz von 2,4 bzw. 3,4 Prozentpunkten) auszumachen, die größten in Flensburg und Bad Oldesloe (Differenz von 7,6 bzw. 6,1 Prozentpunkten).

Abbildung SH-7 Einmündungen in vollqualifizierende Ausbildung (duales System oder Schulberufssystem) in Schleswig-Holsteins 2014¹⁾ nach Geschlecht und Arbeitsagenturbezirken (in %)



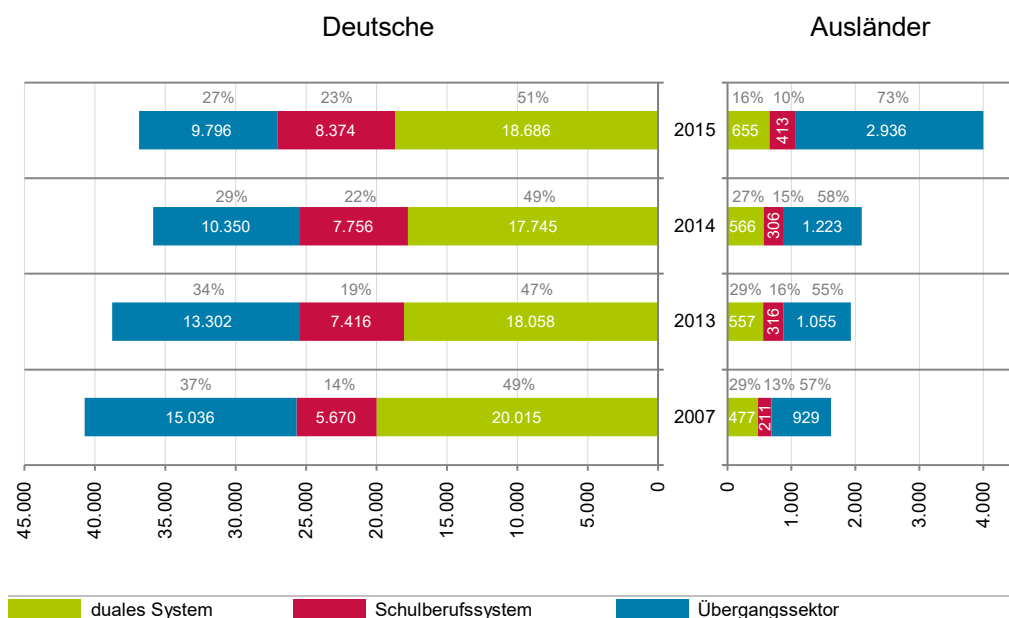
¹⁾ Die regionale Differenzierung der Einmündungen in die drei Sektoren des Berufsbildungssystems liegt für Schleswig-Holstein nur für das Schuljahr 2014/15 vor, nicht für 2015/16.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Kommunale Bildungsdatenbank (www.bildungsmonitoring.de); eigene Berechnungen

3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

Die Entwicklung der absoluten Zahl von Deutschen und Ausländern im Ausbildungssystem seit 2013 ist nur vor dem Hintergrund des starken Zuzugs von Asyl- und Schutzsuchenden seit 2014 zu verstehen. Der starke Anstieg der ausländischen Neuzugänge zum Übergangssektor – von 1.055 2013 auf 2.936 Jugendliche 2015 – ist darauf zurückzuführen, dass jugendliche Flüchtlinge aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse zunächst in Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung aufgenommen werden, die damit eine wichtige Rolle bei der Integration jugendlicher schutz- und asyl-suchender Flüchtlinge spielen (Abb. SH-8).

Abbildung SH-8 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Schleswig-Holsteins 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der starke absolute Zuwachs im Übergangssektor verändert sowohl die relativen Anteile der Ausländer an den drei Sektoren des Berufsausbildungssystems als auch die Relation zwischen Deutschen und Ausländern innerhalb des Übergangssektors: Während 2007 noch fast jeder zweite ausländische Neuzugang den Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung schaffte, waren es 2015 gerade einmal gut ein Viertel. Dagegen landeten fast drei Viertel von ihnen im Übergangsbereich. Damit haben sich auch die Unterschiede in den Möglichkeiten der Einmündung in die drei Sektoren zwischen Deutschen und Ausländern erheblich verstärkt: Ausländer schaffen deutlich seltener als Deutsche den Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung; insbesondere scheint ihnen der Zugang zum Schulberufssystem häufiger verwehrt zu bleiben.

Innerhalb des Übergangsbereichs verschiebt sich die Verteilung von Deutschen und Ausländern auf die verschiedenen Bildungsgänge deutlich (Tab. SH-2): Während sich 2007 Deutsche und Ausländer zu annähernd gleichen Anteilen auf die verschiedenen Maßnahmentypen verteilt haben, zeigt sich im Jahr 2015 ein gänzlich anderes Bild. Ausländische Jugendliche sind in Schleswig-Holstein mehrheitlich entweder im Berufsvorbereitungsjahr (46 %) oder in Bildungsgängen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, den Berufseingangsklassen, zu finden (38 %); deutsche Jugendliche hingegen besuchen häufig Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln und die Möglichkeit des Erwerbs des Mittleren Schulabschlusses bereithalten (32 %), sowie berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (22 %). Dagegen sind nur 6 % der ausländischen Neuzugänge zum Übergangssektor in einer Maßnahme der BA zu finden. Damit spielt die BA in Schleswig-Holstein für die Integration von ausländischen Jugendlichen ins Berufsbildungssystem nur eine untergeordnete Rolle, die Hauptaufgabe der beruflichen Integration asyl- und schutzsuchender Flüchtlinge liegt in Verantwortung des Landes.

Tabelle SH-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015 (absolut und in %)

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	15.036	100	929	100	9.796	100	2.936	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	474	3,2	8	0,9	364	3,7	38	1,3
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	5.540	36,8	404	43,5	3.139	32,0	264	9,0
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/ einjährige Berufseinstiegsklassen	1.679	11,2	125	13,5	1.807	18,4	1.346	45,8
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	1.717	11,4	129	13,9	1.783	18,2	1.106	37,7
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	4.571	30,4	236	25,4	2.127	21,7	114	3,9
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	1.055	7,0	27	2,9	576	5,9	68	2,3

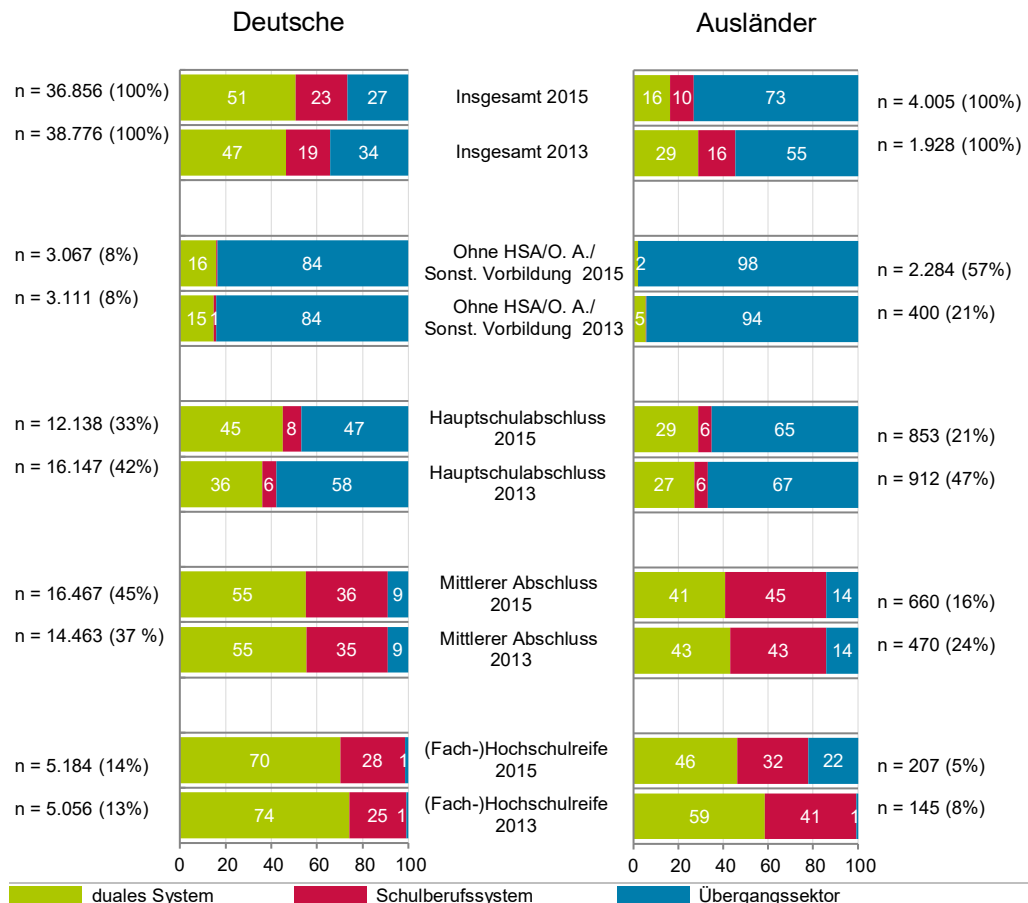
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die mit dem Flüchtlingszuwachs einhergehende neue Zusammensetzung der Ausländer im Berufsbildungssystem wird auch anhand des schulischen Vorbildungsniveaus der Neuzugänge deutlich. Zum einen zeigt sich, dass die Mehrheit der asyl- und schutzsuchenden Flüchtlinge keinen Schulabschluss⁴⁰ aufweist – ihr Anteil an allen ausländischen Neuzugängen hat sich zwischen 2013 und 2015 mehr als verdoppelt (Abb. SH-9). Zum anderen fällt auf, dass deutlich mehr höherqualifizierte Ausländer als noch 2013 in Maßnahmen des Übergangsbereichs wiederzufinden sind und seltener in vollqualifizierenden Ausbildungen, was auf die Sprachvermittlungsfunktion des Übergangsbereichs zurückzuführen sein dürfte. Bestehen bleibt der Befund, dass auch 2015 ausländische Jugendliche mit mittlerem Abschluss und (Fach-)Hochschulreife anteilig häufiger im Schulberufssystem landen als deutsche Jugendliche, wobei die Herkunftsländer dieser Gruppe (in der zugrunde liegenden Sonderauswertung) nicht ausgewiesen sind.

40

Einschließlich der Kategorie „ohne HSA, o. A. und sonstige Vorbildung“.

Abbildung SH-9 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Schleswig-Holsteins nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



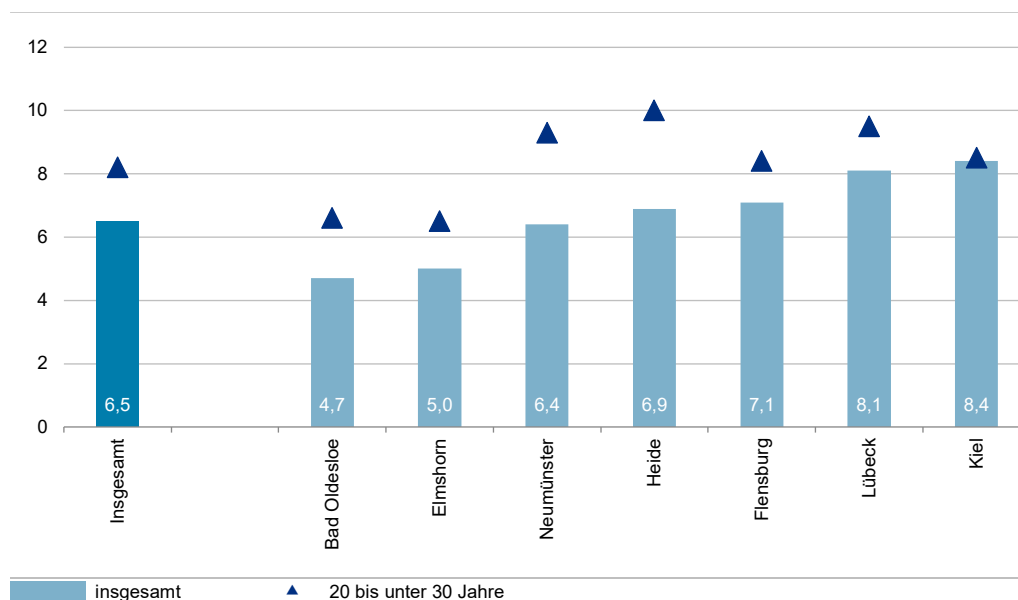
Anmerkungen: Werte < 1 % werden nicht ausgewiesen. Durch Rundung kann die Summe der Werte von 100 abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

4. Arbeitsmarktintegration

Insgesamt weist Schleswig-Holstein 2015 mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % ein im Bundesvergleich durchschnittliches Beschäftigungsrisiko auf. Dieses ist für die jüngeren Alterskohorten – die 20- bis unter 30-Jährigen – zwar höher (8,2 %), liegt aber immer noch im Bundesdurchschnitt. Differenziert nach Arbeitsagenturbezirken zeigen sich zum Teil jedoch beträchtliche Unterschiede in den Erwerbschancen (Abb. SH-10). Mit Bad Oldesloe und Elmshorn liegen in jenen Regionen, die einen starken Einzugsbereich zu dem Stadtstaat Hamburg aufweisen, die niedrigsten Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten vor. Dagegen sind insbesondere in den städtisch geprägten Arbeitsagenturbezirken Flensburg, Kiel und Lübeck höhere Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration festzustellen.

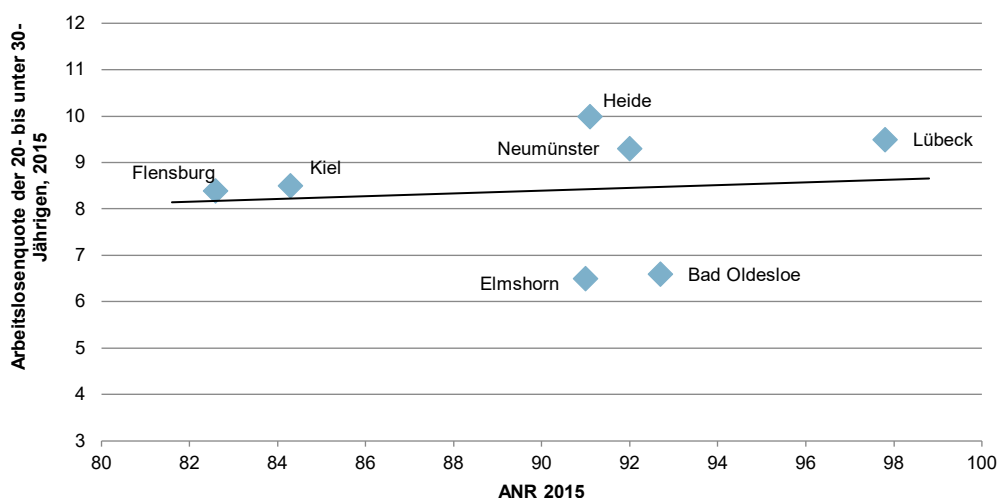
Abbildung SH-10 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Schleswig-Holstein 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Ein signifikanter Zusammenhang der Arbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen mit der Ausbildungsplatzsituation der Region ist kaum nachweisbar. Zwar weisen Kiel und Flensburg entsprechend dem schwierigen Ausbildungsmarkt (niedrige ANR) eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote auf, gleichzeitig ist aber auch für Lübeck eine hohe Arbeitslosenquote bei vergleichsweise ausgeglichenem Ausbildungsmarkt festzustellen.

Abbildung SH-11 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Schleswig-Holstein 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Angesichts der im Ländervergleich schwierigeren Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung – ungünstige Siedlungs-, Wirtschafts- und Betriebsgrößenstruktur – hat sich in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren in der Berufsausbildung viel bewegt. Der starke Ausbau des Schulberufssystems um fast 50 % der Neuzugänge seit 2007 bzw. 14 % zwischen 2013 und 2015 ist hier ebenso zu nennen wie die Rückläufigkeit der Neuzugänge zum Übergangssektor im jüngsten Betrachtungszeitraum um 11 %, die in erster Linie auf die Halbierung der Zugänge zur Berufsfachschule, die keinen beruflichen Abschluss vermittelt, zurückzuführen ist. Da Letztere nach Aussagen von Berufsschul- und Arbeitsmarktexperten im Wesentlichen durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen bedingt ist mit deren Bestreben, den mittleren Abschluss verstärkt selbst zu vermitteln, greift hier die Bildungsreform unmittelbar in die Berufsbildung ein. Damit eröffnet sich für die Landespolitik die Chance, den Übergangssektor durch Zurückfahren der Berufsfachschulangebote in Zukunft weiter substanziell zu reduzieren.


Angesichts der Tatsache, dass Schleswig-Holstein (von Baden-Württemberg abgesehen, für das Sonderbedingungen gelten) mit 31 % Neuzugängen zum Übergangssektor nach Niedersachsen (34 %) immer noch die ungünstigste Übergangsbilanz aller Bundesländer aufweist, trifft auch die hohe Priorität, die die Landesregierung der verbesserten Steuerung des Übergangssektors bei ihren politischen Aktivitäten 2016 eingeräumt hat – neue Struktur berufsschulischer Ausbildungsvorbereitung (AV-SH), Entwicklung von Jugendberufsagenturen, Planung eines schleswig-holsteinischen Instituts für Berufsausbildung, in dem alle berufsbildungspolitischen Zuständigkeiten des Landes gebündelt werden –, den neuralgischen Punkt der Ausbildungsprobleme in Schleswig-Holstein.

Wie weit mit den Reformen im Übergangssektor, sofern sie von der neuen Landesregierung fortgesetzt werden, die strukturbedingten Defizite im Ausbildungsplatzangebot, das auch 2016 noch immer landesweit und ohne große regionale Differenzen 12 % unter der Nachfrage liegt, behoben werden können, muss offenbleiben. Eine Besserung erscheint aber als zweifelhaft, wenn selbst eine Ausweitung des Schulberufssystems um 50 % seit 2007 an der ungünstigen ANR im dualen System nichts hat verändern können. Offensichtlich sind hier Grenzen der Landesberufsbildungspolitik erreicht, die nur durch eine Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur und/oder eine nachhaltige Förderung betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung zu überwinden sind. Letztere Perspektive lässt sich nicht zuletzt damit begründen, dass – gemessen an den Leistungsindikatoren der Ausbildungs- und der Ausbildungsbetriebsquote – die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Schleswig-Holstein noch größer ist als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

Thüringen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Berufsbildungspolitik

Kontextindikatoren



	TH 2013	TH 2015	DE 2015
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	24.760 €	27.172 €	37.128 €
15- bis 24-Jährige in Relation zu			
Gesamtbevölkerung	8,0 %	7,6 %	10,7 %
25- bis 34-Jährigen	64,3 %	61,0 %	83,2 %
Schulentlassene nach Abschlüssen			
Mit maximal Hauptschulabschluss	20,5 %	19,3 %	19,2 %
Mit mittlerem Abschluss	41,8 %	41,1 %	40,7 %
Mit (Fach-)Hochschulreife	37,7 %	39,6 %	40,1 %
Beschäftigte nach Berufssektoren			
In Produktionsberufen	33,4 %	31,6 %	25,3 %
In kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen	26,8 %	26,2 %	31,5 %
In personenbezogenen Dienstleistungsberufen	23,5 %	24,0 %	23,3 %
In IT- und naturwissenschaftlichen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen	14,7 %	17,2 %	18,8 %
Beschäftigte nach Qualifikationsniveau			
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	5,6 %	6,7 %	12,4 %
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	73,2 %	73,7 %	62,2 %
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	12,3 %	12,8 %	14,6 %
Ausbildung unbekannt	9,0 %	6,9 %	10,8 %
Beschäftigte nach Betriebsgröße¹⁾			
In Klein- und Kleinstbetrieben	44,9 %	44,3 %	39,4 %
In Mittelbetrieben	32,0 %	32,1 %	27,8 %
In Großbetrieben	23,2 %	23,6 %	32,8 %
Personen mit Migrationshintergrund			
Anteil an Bevölkerung	4,1 %	4,9 %	21,0 %
Anteil an 15- bis 64-Jährigen	4,4 %	5,4 %	22,1 %
Anteil an 15- bis 24-Jährigen	7,7 %	9,8 %	27 %
Arbeitslosenquote	8,2 %	7,4 %	6,4 %
Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Schulen je Schüler (2014)²⁾			
Berufliche Schulen insgesamt	6.200 €	6.700 €	4.600 €
Berufsschulen im dualen System	4.100 €	4.500 €	2.900 €
Ausbildungseinpender	8,8 %	9,0 %	

¹⁾ Klein- und Kleinstbetriebe: 1–49 SVB; Mittelbetriebe: 50–249 SVB; Großbetriebe: 250 und mehr SVB.

²⁾ Für das Jahr 2013 wird der Wert von 2012 ausgewiesen.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Thüringen von 27.172 €, das viertniedrigste aller Bundesländer im Jahr 2015, spiegelt nicht unbedingt die dynamische Entwicklung des Landes und seiner Wirtschaft im letzten Jahr wider. Das BIP p. c. wuchs in diesem Jahr um 4,5 %, was dem höchsten Wert aller Bundesländer entspricht. Der Beschäftigungszuwachs seit 2005 ist im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern unterdurchschnittlich (Putzing u. a. 2017: 15), sodass das Wachstum vor allem mit einer Erhöhung der Produktivität zusammenhängt (Fritzsche u. a. 2015: 18). Die

Siedlungsstruktur ist durch eine Reihe mittelgroßer Städte geprägt: Eisenach, Gotha, Erfurt, Jena, Gera, Weimar, in denen jeweils unterschiedliche Industrien und wirtschaftliche Schwerpunkte angesiedelt sind, so z. B. die Automobil-, Optik-, Metall- und Kunststoffindustrie sowie das Ernährungsgewerbe. Die Arbeitslosenquote liegt mit rund 7 % etwas über dem Bundesdurchschnitt, aber im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer ist es der niedrigste Wert. Dies mag auch auf die räumliche Nähe zu den beiden wirtschaftsstärkeren westdeutschen Ländern Bayern und Hessen zurückzuführen sein, in die in hohem Maße gependelt wird (ebd. 2015: 38).

Aus der Beschäftigtenstruktur des Landes kann man ablesen, dass ein zentraler Motor des Wirtschaftswachstums die industrielle Produktion ist (vgl. Putzing u. a. 2017): Mit rund 32 % Beschäftigten in Produktionsberufen weist Thüringen nicht nur einen weit überdurchschnittlichen Wert auf, sondern den höchsten aller Bundesländer, das heißt auch höher als Baden-Württemberg und Bayern. Allerdings verringerte sich dieser Anteil in den letzten beiden Jahren um knapp 2 Prozentpunkte zugunsten der IT- und naturwissenschaftlichen unternehmensnahen sowie der personenbezogenen Dienstleistungen. Im Vergleich zu allen Bundesländern liegt der Anteil der personenbezogenen Dienstleistungsberufe mit 24 % beim Durchschnitt, während alle anderen Dienstleistungsberufsgruppen unterhalb des bundesweiten Ländermittels liegen. Insbesondere bei den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen weist Thüringen den niedrigsten Wert aller Bundesländer auf. Wie die anderen ostdeutschen Bundesländer ist auch Thüringen von einer eher mittel- und kleinbetrieblichen Unternehmensgrößenstruktur geprägt: In Großbetrieben arbeiten nur rund 24 % der Beschäftigten. Großunternehmen, die sich durch stärkere Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auszeichnen, fehlen weitgehend.

Man kann eine Verbindung zwischen der mittelständischen Betriebsverfassung und der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sehen: Mit fast drei Vierteln (rund 74 %) dominieren Beschäftigte mit Aus- und Fortbildungsabschluss wie in keinem anderen Bundesland. Der Anteil der Akademiker bleibt mit rund 13 % unterdurchschnittlich. Zugleich fällt auf, dass der Anteil an Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss mit unter 7 % nur etwa halb so hoch ist wie im Ländermittel. An den Relationen der Qualifikationsniveaus hat sich im letzten Jahrzehnt so gut wie nichts verändert.

Betrachtet man nun die Schulabsolventenstruktur, so zeichnet sich für die letzten acht Jahre ein stabiles Bild ab: 40 % der Schulabgänger 2015 haben eine (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung und ebenfalls zwei Fünftel (41 %) den mittleren Abschluss erworben. Die knapp 5,5 % an Personen ohne Schulabschluss begründen sich vor allem aus Förderschulabgängen (3,5 %), die Anteile mit Hauptschulabschluss liegen unterhalb des Bundesschnitts. Insgesamt liegen damit günstige formale Vorbildungsbedingungen für die Ausbildungsintegration vor.

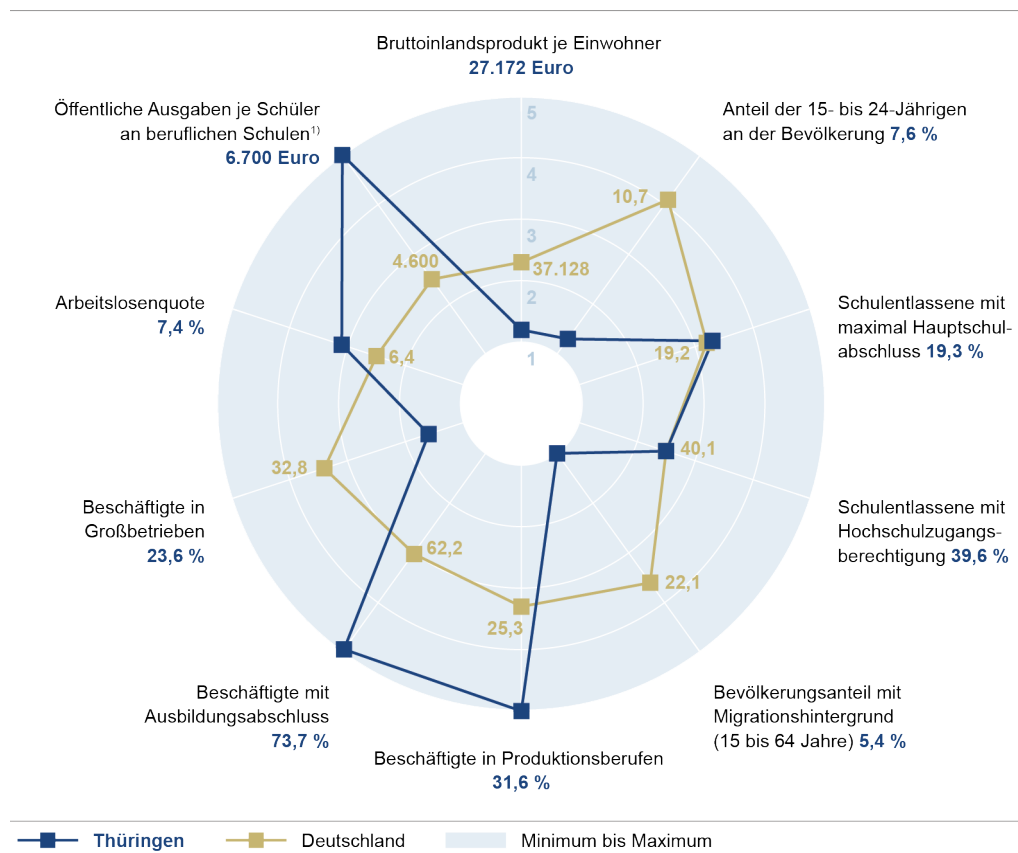
Wie in allen ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung sehr niedrig: In Thüringen liegt er bei rund 5 %. Entsprechend liegt auch der Anteil von solchen Personen im ausbildungsrelevanten Alter (15- bis 24-Jährige) mit rund 10 % bei einem im Vergleich der Bundesländer niedrigem Wert (DE: 27 %).

Auch Thüringen steht vor einer ernsthaften demografischen Herausforderung der Fachkräftesicherung. Die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 25- bis 34-Jährigen ist mit 61 % auch im Vergleich der Bundesländer niedrig. An dem Verhältnis der 5- bis 14-Jährigen zu den 15- bis 24-Jährigen von ca. 105 % zeichnen sich für die Zukunft ein zumindest vorläufiges Ende des Rückgangs und eine Stabilisierung ab.

Die Ausgaben für berufliche Schulen je Schüler sind zwischen 2013 und 2015 von 6.200 auf 6.700 € gestiegen und im Bundesvergleich deutlich überdurchschnittlich.

Bereits seit 2005 ist ein starker Anstieg der Ausgaben pro Schüler zu beobachten (vgl. Destatis 2017: 10), der vor allem auf die Personalausgaben zurückzuführen ist (vgl. Destatis 2016: 59) und mit der demografisch bedingten Verkleinerung von Klassen- und der Aufrechterhaltung eines wohnortnahen Schulangebots zusammenhängt.

Abbildung TH-1 Ausgewählte Kontextindikatoren Thüringens 2015 in Relation zu den höchsten und niedrigsten Länderwerten sowie dem Bundesdurchschnitt



¹⁾ Ausgewiesene Werte beziehen sich auf das Jahr 2014.

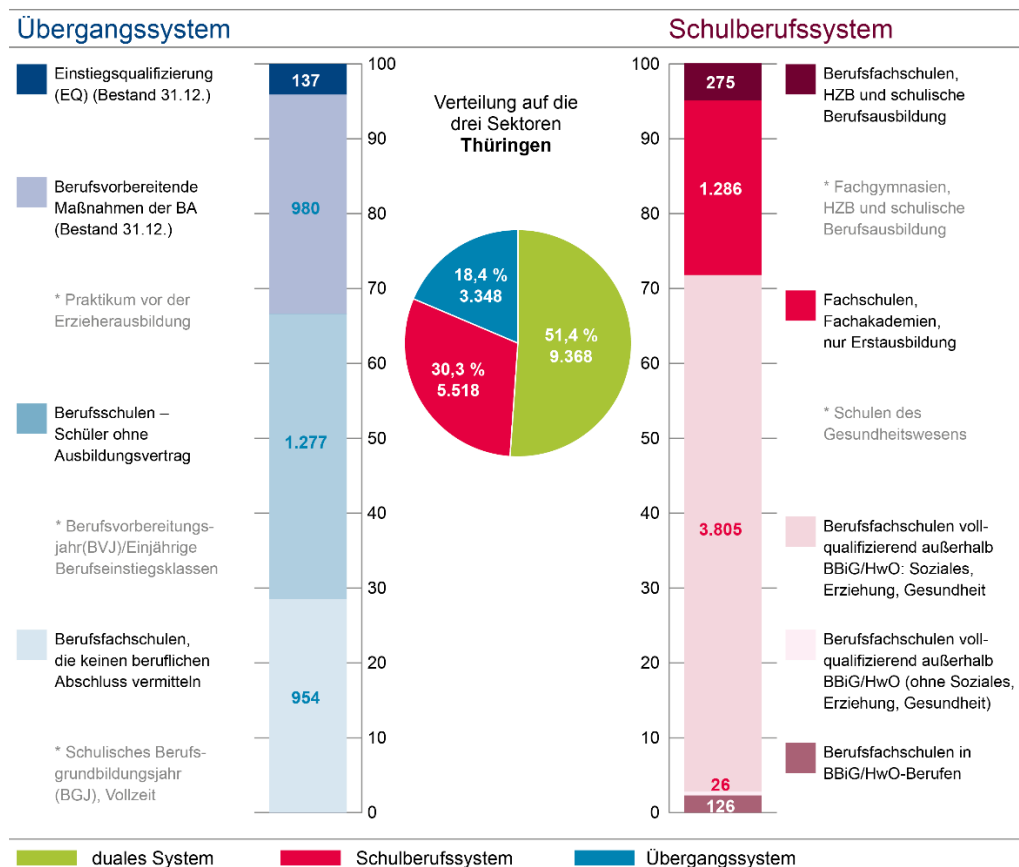
2. Berufsbildungssystem und Ausbildungsmarkt Thüringens

2.1. Das Berufsbildungssystem

Die Anzahl der Neuzugänge in das duale System hat sich zwischen 2007 und 2015 vor allem demografisch bedingt deutlich reduziert (–43 %). Auch die Anfängerzahlen im Schulberufssystem gingen zurück, allerdings fiel der Rückgang mit 33 % weniger stark aus als im dualen System. Am deutlichsten hat sich die Zahl der Neuzugänge im Übergangssektor reduziert mit einem Rückgang um 55 %. Im Vergleich von 2013 und 2015 sind die Rückgänge im dualen System mit 0,4 % nicht mehr so deutlich ausgeprägt, das Schulberufssystem verkleinert sich in den letzten beiden Jahren jedoch um rund 11 % und der Übergangssektor ist um rund 10 % gewachsen.

Der Anteil des dualen Systems an den Neuzugängen in die berufliche Bildung insgesamt liegt 2015 bei rund 52 % und somit nah am Wert für Deutschland. Wie auch andere ostdeutsche Flächenländer weist Thüringen mit rund 30 % einen hohen Anteil von Jugendlichen im Schulberufssystem auf. Gemeinsam mit Sachsen mündet in Thüringen der drittgeringste Anteil von Jugendlichen in den Übergangssektor. Seit 2007 hat sich die Zusammensetzung des Schulberufssystems deutlich in Richtung der Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens verschoben. Dies ist beispielsweise erkennbar an den massiv rückläufigen Anteilen in den vollzeitschulischen Ausbildungen an Berufsfachschulen ohne Soziales, Erziehung und Gesundheit (–98 % für Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO und –83 % nach BBiG/HwO). In der Folge konzentrieren sich die Neuzugänge innerhalb des Schulberufssystems 2015 mit rund 92 % auf landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens, darunter zu 69 % auf Berufsfachschulen und zu rund 23 % auf Fachschulen und Fachakademien. Schulen des Gesundheitswesens sind in Thüringen nicht vertreten. Weitere 5 % der Neuzugänge besuchen Berufsfachschulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung und eine Berufsausbildung vermitteln. Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO und solche außerhalb von BBiG/HwO, z. B. die Assistenzberufe in kaufmännischen, technischen und naturwissenschaftlichen Feldern, spielen mit rund 2 bzw. 0,5 % kaum mehr eine Rolle.

Abbildung TH-2 Das Berufsbildungssystem Thüringens 2015



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Der Übergangssektor macht 2015 einen Anteil von ca. 18 % aus. Von allen drei Sektoren sind mit –55 % dort die stärksten Rückgänge in den letzten acht Jahren zu verzeichnen. Waren 2007 die Neuzugänge in die Berufsfachschulen, die keinen Abschluss vermitteln, in das Berufsvorbereitungsjahr und in die BvB-Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit jeweils ca. 2.200 bis knapp 2.500 Personen bzw. 30 bis 32 % noch annähernd gleich stark besetzt, so verändert sich bis 2015 die Maßnahmenkonstellation. Erkennbar wird dies an einer Verschiebung hin zum Berufsvorbereitungsjahr, das nunmehr einen Anteil von 38 % ausmacht, während die anderen beiden Maßnahmentypen ca. 29 % der Neuzugänge umfassen. Die in den letzten beiden Jahren wieder gestiegene Anzahl an Neuzugängen ins Berufsvorbereitungsjahr lässt sich mit der Einmündung von Schutz- und Asylsuchenden erklären, die eine Sonderform des BVJ für „Jugendliche mit nicht deutscher Herkunftssprache“ besuchen. Diese Veränderung ist auch an der deutlichen Zunahme des Anteils ausländischer Jugendlicher im Übergangssektor erkennbar. Die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher spielt 2015 mit einem Anteil von rund 4 % am Übergangssektor eine untergeordnete Rolle; sie verbleibt in ihrem Anteil etwa auf dem Niveau von 2007.

Tabelle TH-1 Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem für die Jahre 2007, 2013 und 2015

	2007	2013	2015	2015 – Anteil am jeweiligen Sektor in %	Veränderung 2007 vs. 2015 in %	Veränderung 2013 vs. 2015 in %
Duales System insgesamt	16.437	9.407	9.368	100,0	–43,0	–0,4
Darunter kooperatives Berufsprüfungsjahr	-	-	-	-	-	-
Schulberufssystem insgesamt	8.277	6.173	5.518	100,0	–33,3	–10,6
Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	722	138	126	2,3	–82,5	–8,7
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	1.166	38	26	0,5	–97,8	–31,6
Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	6.355	5.776	5.091	92,3	–19,9	–11,9
Darunter Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	5.203	4.370	3.805	69,0	–26,9	–12,9
Darunter Schulen des Gesundheitswesens	-	-	-	-	-	-
Darunter Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	1.152	1.406	1.286	23,3	11,6	–8,5
Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	34	221	275	5,0	708,8	24,4
Darunter Fachgymnasien, HZB und schulische Berufsausbildung	34	-	-	-	-	-
Darunter Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	-	221	275	5,0	-	24,4
Übergangssektor insgesamt	7.498	3.056	3.348	100,0	–55,3	9,6
Schulisches Berufsprüfungsjahr (BGJ), Vollzeit	-	-	-	-	-	-
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	2.438	956	954	28,5	–60,9	–0,2
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.422	1.009	1.277	38,1	–47,3	26,6
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	-	-	-	-	-	-
Praktikum vor der Erzieherausbildung	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.285	898	980	29,3	–57,1	9,1
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	353	193	137	4,1	–61,2	–29,0
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen	929	-	-		-	-

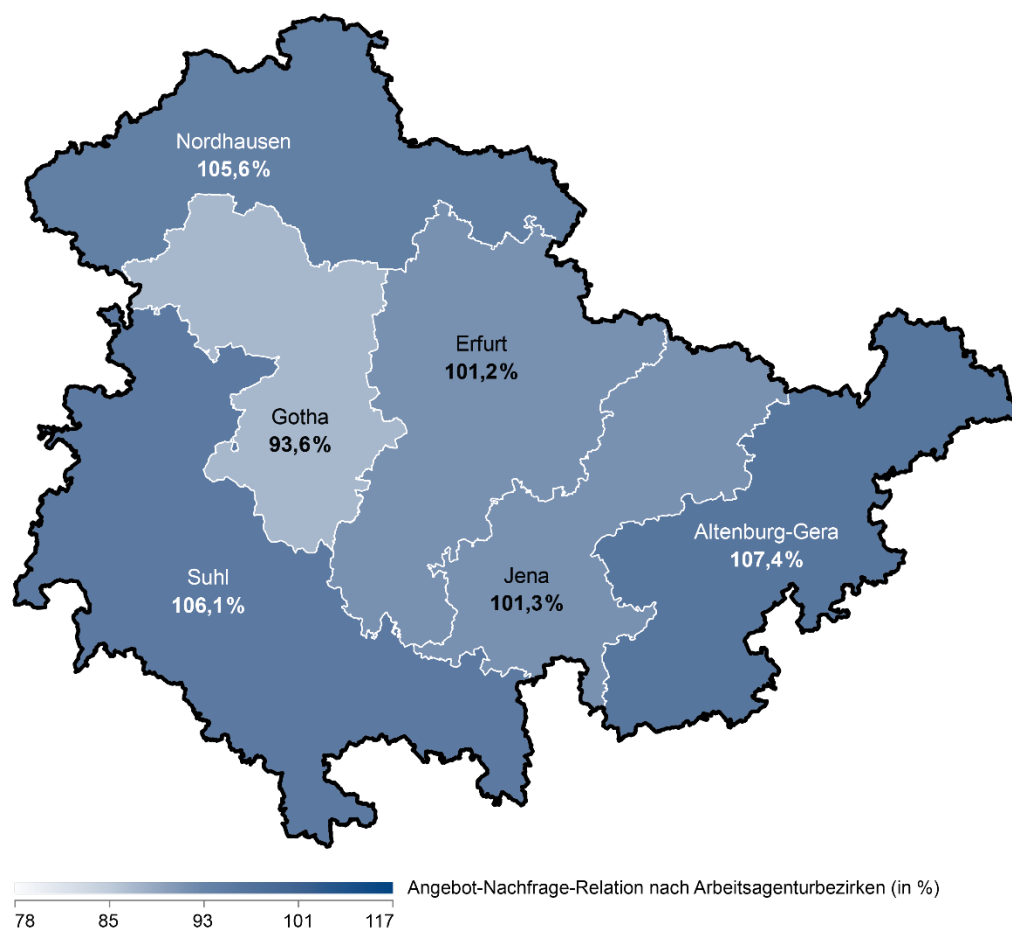
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

2.2. Der Ausbildungsstellenmarkt in Thüringen

Im Jahr 2016 stehen in Thüringen 100 Ausbildungsnachfragern etwa 103 Ausbildungsangebote gegenüber (Tab. TH-1A). Diese rechnerisch weitgehend ausgeglichene Relation zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage des dualen Systems in Thüringen ist das Resultat einer stetigen Entwicklung von einem Nachfrageüberhang hin zu einem Angebotsüberhang. Die günstige Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) ist nicht auf eine Ausweitung des Angebots von Ausbildungsplätzen zurückzuführen, sondern auf die stark rückläufigen Bewerberzahlen, die stärker zurückgingen (ca. -62 %) als die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze (ca. -53 %). Thüringen gehört zu den wenigen Bundesländern, in denen 2016 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze (1.152) die Zahl der unvermittelten Bewerber (858) überstieg (Tab. 4.4A). Damit deuten sich aktuell Fachkräfteengpässe an, die sich mit Blick auf die Angebots-Nachfrage-Relation auf Berufsebene an bestimmten Berufsbereichen festmachen lassen. Ein bei Weitem nicht gedecktes Ausbildungsangebot ist in der Lebensmittel- und Genussmittelherstellung sowie in der Speisenzubereitung, aber auch bei Hotel- und Gaststättenberufen sowie in Berufen des Bau- und Baunebengewerbes sichtbar. Auch für die beiden Gruppen der gewerblich-technischen Berufe und der IT- und kaufmännischen Berufe ist ein leicht über der Nachfrage liegendes Angebot zu erkennen. Bei anderen Berufen hingegen, beispielsweise bei den Berufen der Medizinischen Fachangestellten oder den Büro- und Sekretariatsausbildungen, ist eine Unterdeckung der Nachfrage unübersehbar (vgl. Abs. 4.2).

Auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke fallen zum einen Altenburg-Gera, Nordhausen und Suhl auf, die mit 106 bis 107 % ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen und somit eine ausgeglichene Ausbildungsmarktsituation aufweisen. Auf der anderen Seite ist Gotha der einzige Arbeitsagenturbezirk mit einer deutlichen Unterdeckung der Nachfrage (94 %). Werden die letzten drei Jahre betrachtet, so ist in Altenburg-Gera eine Verbesserung der Ausbildungsmarktlage mit einer ANR von rund 100 % auf etwa 107 % gegeben, die auf einen etwas höheren Zuwachs der Angebote im Vergleich zur Erhöhung der Nachfrage resultiert. Im Unterschied zu Altenburg-Gera ist in Nordhausen die ANR von rund 112 % im Jahr 2013 auf rund 106 % gesunken; hier ging das Ausbildungsplatzangebot stärker zurück als die Nachfrage. Zugleich weisen Altenburg-Gera und Nordhausen – trotz einer günstigen Ausbildungsmarktsituation – eine besonders hohe Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit auf (Abb. TH-8).

Abbildung TH-3 Übersicht über die Angebots-Nachfrage-Relation nach Arbeitsagenturbezirken in Thüringen 2016



Quellen: Siehe Tabelle im Anhang

3. Soziale Differenzierungen in den Ausbildungschancen in Thüringen

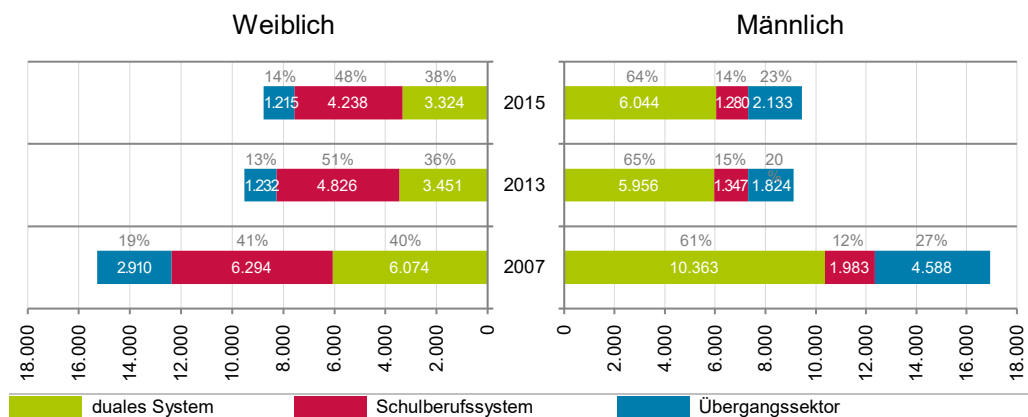
3.1. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach schulischem Vorbildungsniveau

Mit 45 % der Neuzugänge, die maximal einen Hauptschulabschluss haben, münden überdurchschnittlich viele Jugendliche mit diesem Bildungsniveau in eine vollqualifizierende Ausbildung ein (vgl. Abs. 3.2.3), wenngleich dies keine für die Jugendlichen befriedigende Einmündungsquote darstellt. Mit mittlerem Abschluss gelingt sogar 97 % der Einstieg ins duale oder Schulberufssystem, der höchste Wert im Ländervergleich. Eine regionale Differenzierung ist aus datentechnischen Gründen für Thüringen nicht möglich.

3.2. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Geschlecht

Die geschlechtsspezifische Verteilung auf die drei Sektoren des Ausbildungssystems besteht nach wie vor ohne nennenswerte Verschiebungen fort (Abb. TH-5). Dabei unterscheiden sich die Einmündungen von Frauen und Männern in das duale System und in das Schulberufssystem in Thüringen – wie auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern – im Vergleich zum Bund besonders stark (vgl. Abs. 3.2.5). Während 64 % der männlichen Neuzugänge ins duale Ausbildungssystem einmündeten, lag der Anteil der weiblichen Neuzugänge bei 38 %. Frauen mündeten hingegen mit 48 % und somit mehr als dreimal so häufig wie Männer in das Schulberufssystem ein. In den Übergangssektor mündeten Männer mit 23 % um 9 Prozentpunkte häufiger als Frauen ein.

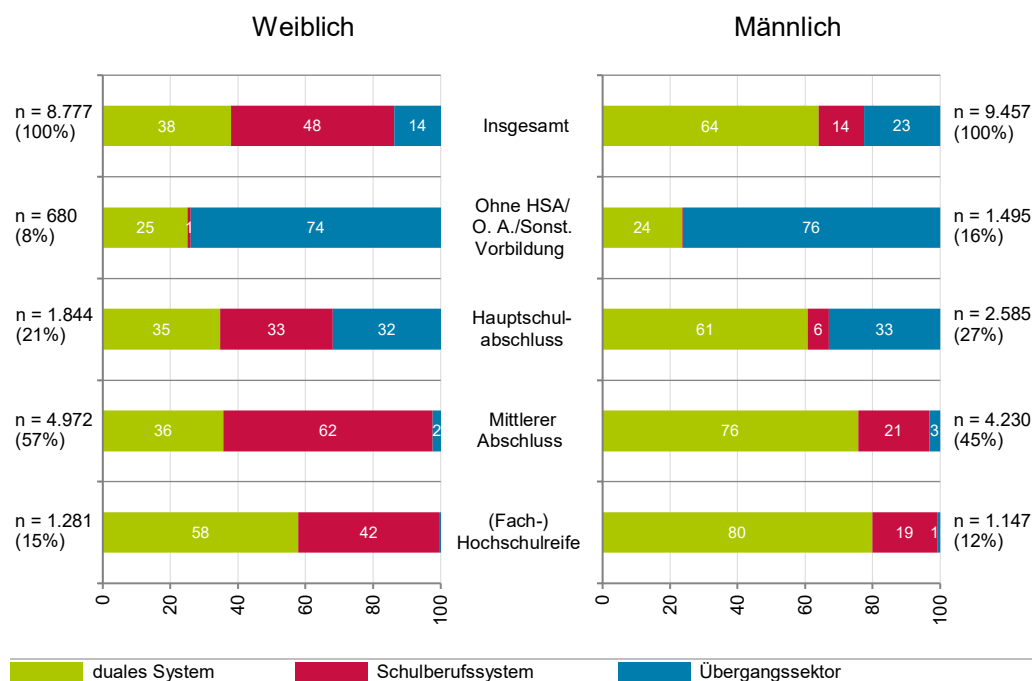
Abbildung TH-4 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Thüringens 2007, 2013 und 2015 nach Geschlecht und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Bei gleichem Schulabschluss gelingt es Frauen und Männern zu ähnlichen Anteilen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen. Das bedeutet, dass das höhere Risiko von Männern, im Übergangssektor zu landen, insbesondere auf fehlende Abschlüsse zurückzuführen ist. Unter den männlichen Neuzugängen verfügen 16 % über keinen Schulabschluss, also ein doppelt so hoher Anteil wie bei den Frauen. Die sektorenspezifischen Einmündungen nach Schulabschlussniveau unterscheiden sich jedoch zwischen den Geschlechtern, wobei die Differenzen mit der Höhe der Abschlüsse abnehmen. Frauen mit Hauptschulabschluss münden zu 33 % in das Schulberufssystem ein und damit fünfmal häufiger als Männer gleichen Abschlussniveaus; männliche Jugendliche mit Hauptschulabschluss hingegen nehmen zu wesentlich höheren Anteilen eine Ausbildung im dualen System auf (61 zu 35 %). Bei Vorliegen eines mittleren Abschlusses ist ein ähnliches geschlechtstypisches Muster zu erkennen: Frauen münden zu knapp zwei Dritteln in das Schulberufssystem ein, während es bei den Männern gut ein Fünftel ist. Indessen fangen drei Viertel der männlichen Neuzugänge mit mittlerem Abschluss eine duale Ausbildung an, während dies bei den Frauen für knapp ein Drittel gilt. In deutlich abgeschwächter Form gilt dieses geschlechtsspezifische Muster auch für Jugendliche mit (Fach-)Hochschulreife. Die überragende Bedeutung des Schulberufssystems für Frauen mag mit der günstigen Beschäftigungsentwicklung im Feld der personenbezogenen Dienstleistungen in Thüringen (Putzing u. a. 2016: 14) mit dem im Vergleich zu anderen Bundesländern geringer ausgeprägten Beschäftigungsfeld der kaufmännischen und unternehmensnahen Dienstleistungen zusammenhängen (Tab. 2.6A).

Abbildung TH-5 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Thüringens 2015 nach Geschlecht, schulischer Vorbildung und Sektoren (in %)



3.3. Einmündungen ins Berufsbildungssystem differenziert nach Deutschen und Ausländern

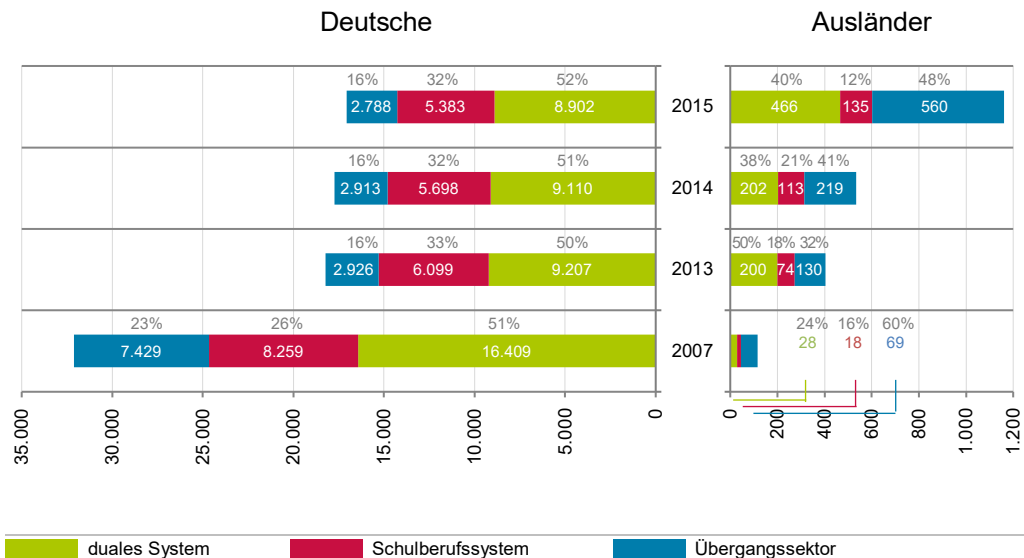
Auch in Thüringen lässt sich die Benachteiligung von ausländischen Jugendlichen am Ausbildungsmarkt deutlich erkennen. Sie mündeten im betrachteten Zeitraum von 2007 bis 2015 zwei- bis dreimal so oft in den Übergangssektor und sind dementsprechend bei den Neuzugängen seltener in einer vollqualifizierenden Ausbildung anzutreffen.

Dabei war 2007 noch eine starke Benachteiligung erkennbar: Ausländische Jugendliche mündeten nur zu 40 % in vollqualifizierender Ausbildung ein, deutsche hingegen zu 77 %. Bis 2013 verringerte sich die Differenz bei der Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung deutlich (68 % der ausländischen im Vergleich zu 83 % der deutschen Jugendlichen). Bei Vorliegen eines Hauptschulabschlusses bleiben noch erkennbare Differenzen bestehen, bei einem mittleren Abschluss zeigen sich keine Nachteile gegenüber deutschen Jugendlichen (Abb. TH-7; vgl. auch Abb. 3.8).

Zwischen 2013 und 2015 ist der Anteil der Einmündungen ausländischer Jugendlichen in den Übergangssektor angestiegen, was vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden interpretiert werden muss, denn es erhöhten sich vor allem die Einmündungen in das Berufsvorbereitungsjahr für „Jugendliche mit nicht deutscher Herkunftssprache“ (vgl. Abs. 3.4). War 2013 das Risiko, in den Übergangssektor einzumünden, für ausländische Neuzugänge noch doppelt so hoch wie für deutsche, so ist es 2015 dreimal so hoch (Abb. TH-6).

Vor dem Hintergrund einer günstigen Ausbildungsmarktsituation 2015 ist offenbar auch einer höheren Anzahl an zugewanderten Personen im ausbildungsrelevanten Alter der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelungen. Die absolute Zahl ausländischer Jugendlicher im dualen System hat sich dort in den letzten beiden Jahren von 200 auf 466 mehr als verdoppelt. Auch die absolute Zahl der Zugänge in das Schulberufssystem ist angestiegen, wenn auch nicht ganz so stark. Der starke Anstieg der absoluten Zahl ausländischer Jugendlichen im Übergangssektor von 130 auf 560 zwischen 2013 und 2015 verdeutlicht, welche Kapazitäten hier durch das Bundesland ausgebaut wurden. Es bleibt zu beobachten, ob sich der Trend, eine zunehmende Anzahl ausländischer Jugendlicher in vollqualifizierende Ausbildung, insbesondere ins duale System, zu integrieren, fortsetzt, um zukünftige Abgänger aus dem Berufsvorbereitungsjahr aufzunehmen. Gleichwohl erscheint die Zunahme um 264 Jugendliche im dualen System klein, wenn man den demografisch bedingten Abbau realisierter Ausbildungsplätze allein im dualen System um rund 7.200 Einmündungen zwischen 2007 und 2013 bei den deutschen Jugendlichen betrachtet. Thüringen weist wie andere ostdeutsche Bundesländer auch einen enormen Rückgang der Ausbildungsquote, also des Anteils der Auszubildenden an den Beschäftigten, von 7,1 auf 3,7 % auf, sodass Fragen der Sicherung des Fachkräftenachwuchses auf der Tagesordnung stehen.

Abbildung TH-6 Einmündungen ins Berufsausbildungssystem Thüringens 2007 bis 2015 nach Deutschen und Ausländern und Sektoren (absolut und in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Die Entwicklung der Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors verdeutlicht die starke Zunahme der Bedeutung des Berufsvorbereitungsjahres im Zuge der Flüchtlingsmigration für ausländische Jugendliche (von 36 auf 87 %) (Tab. TH-2). Im gleichen Zeitraum verschob sich die Bedeutung bei den deutschen Einmündungen in den Übergangssektor leicht zugunsten der beiden BA-Maßnahmen von rund 35 % auf ca. 39 %, dementsprechend verringerte sich der Anteil des Berufsvorbereitungsjahres von rund 32 auf 28 %. Die Verteilung von ausländischen und deutschen Jugendlichen auf die unterschiedlichen Maßnahmen im Übergangssektor und die institutionellen Träger haben sich damit auseinanderent-

wickelt. Die berufliche Bildung von ausländischen Jugendlichen im Übergangssektor ist fast ausschließlich in landespolitischer Verantwortung, bei deutschen Jugendlichen spielt die Bundesagentur für Arbeit bei knapp zwei Fünfteln der Einmündungen eine im Ländervergleich große Rolle (vgl. Abs. 3.3).

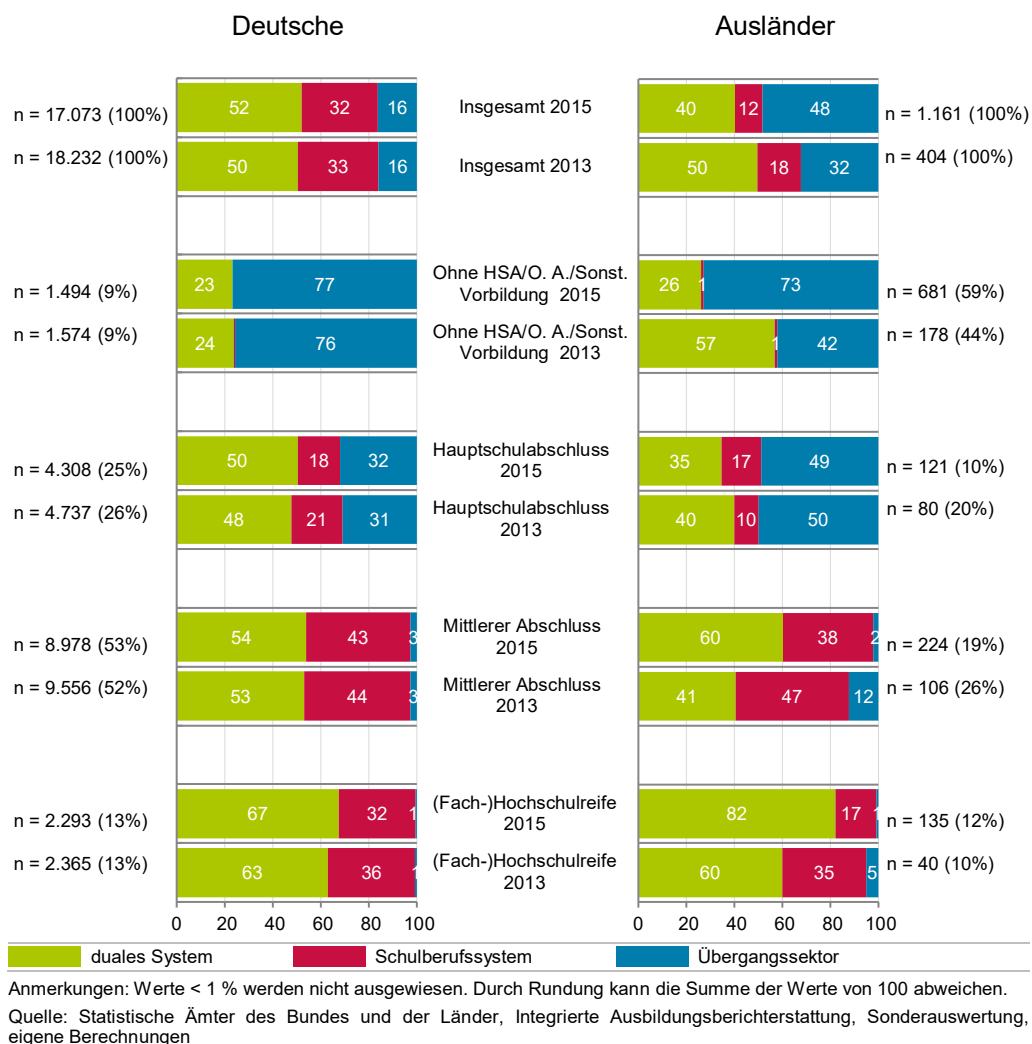
Tabelle TH-2 Einmündungen von Deutschen und Ausländern in die verschiedenen Bereiche des Übergangssektors 2007 und 2015

Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	2007				2015			
	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %	Deutsche absolut	in %	Ausländer absolut	in %
Insgesamt	7.429	100	69	100	2.788	100	560	100
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	2.424	32,6	14	20,3	904	32,4	50	8,9
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/einjährige Berufseinstiegsklassen	2.397	32,3	25	36,2	791	28,4	486	86,8
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Praktikum vor der Erzieherausbildung	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berufsvorbereitende Maßnahmen der BA (Bestand 31.12.)	2.256	30,4	29	42,0	967	34,7	13	2,3
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	352	4,7	1	1,4	126	4,5	11	2,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

Vergleicht man die deutschen und ausländischen Neuzugänge bei gleichem Schulabschluss, fallen zwei Aspekte auf. Erstens gehen 2015 bei Vorliegen eines Hauptschulabschlusses ausländische Jugendliche um 17 Prozentpunkte seltener in vollqualifizierende Ausbildung über als deutsche (Abb. TH-7). Der Unterschied liegt dabei weniger an ungleichen Zugängen zum Schulberufssystem, sondern an der im Vergleich zu deutschen Jugendlichen niedrigeren Einmündungsquote in das duale System der ausländischen Jugendlichen. Zweitens haben ausländische Jugendliche bei mittlerem Abschluss die gleichen Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung wie deutsche. Nur 2 bzw. 3 % der Jugendlichen sind als Neuzugänge im Übergangssektor zu finden. Dabei spielt die Einmündung in das duale System für ausländische Jugendliche sogar eine um 6 Prozentpunkte höhere Rolle als für deutsche. Bei Neuzugängen mit (Fach-)Hochschulreife ist dieser Kontrast sogar noch deutlicher ausgeprägt, vor allem in den letzten beiden Jahren. 2015 mündeten 82 % der ausländischen und 67 % der Jugendlichen dieses Abschlussniveaus in das duale System. Der Anteil der deutschen Jugendlichen mit (Fach-)Hochschulreife ist hingegen im Schulberufssystem mit 32 % fast doppelt so hoch wie der Anteil der ausländischen Jugendlichen mit diesem Bildungsabschluss mit 17 %.

Abbildung TH-7 Einmündungen von Deutschen und Ausländern ins Berufsausbildungssystem Thüringens nach schulischer Vorbildung und Sektoren, 2013 und 2015 (in %)



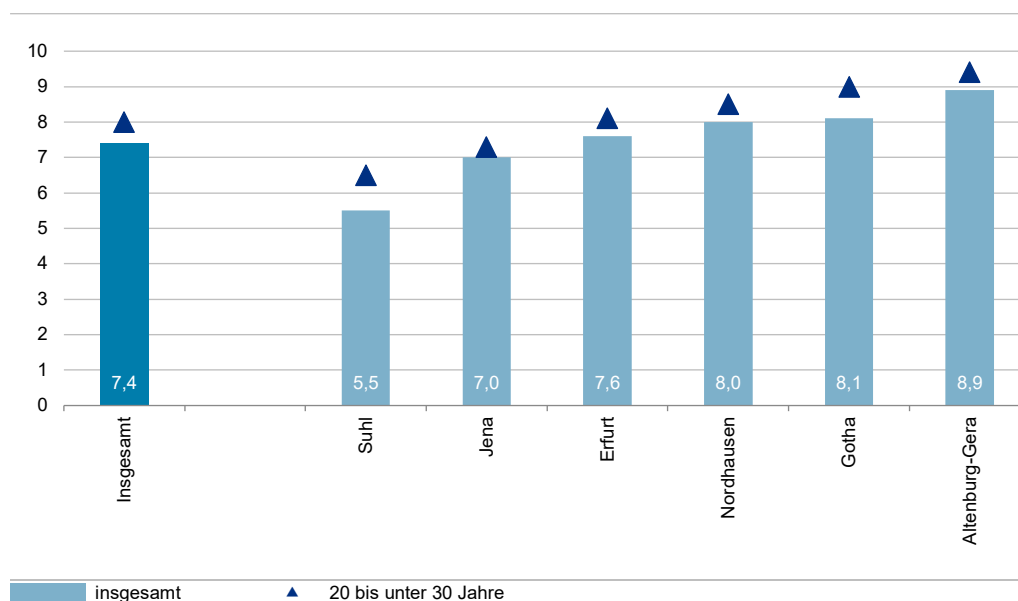
4. Arbeitsmarktintegration

Thüringen weist mit 7,4 % eine Arbeitslosenquote auf, die über dem Durchschnitt in Deutschland von 6,4 % liegt, aber die niedrigste der ostdeutschen Flächenländer darstellt. Gleiches gilt auch für Jugendarbeitslosenquote (20- bis unter 30-Jährige), wobei Thüringen hier auch noch unter den Quoten der westdeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein, Saarland und Nordrhein-Westfalen liegt. Obwohl Thüringen in ähnlichem Umfang ländlich geprägt ist wie Sachsen und Sachsen-Anhalt, kann es von der räumlichen Nähe zu Westdeutschland, insbesondere Hessen und Bayern, profitieren, was sich in den Zahlen der Pendler (Fritzsche u. a. 2015: 38) und auch der Ausbildungspendler, insbesondere von Frauen, niederschlägt (Dietrich, Fritzsche 2010: 40).

Bis auf den Arbeitsagenturbezirk Suhl weisen alle Agenturbezirke sowohl bei der Jugendarbeitslosenquote als auch bei der Arbeitslosenquote eine Quote oberhalb des

Bundesdurchschnitts auf (Abb. TH-8). Da eine prekäre Arbeitsmarktsituation in Suhl vor Jahren noch als Grund für die starke Abwanderung aus Suhl beschrieben wurde (Fuchs, Weyh 2016: 23), ist es plausibel, dass eine hohe Mobilität durch Pendler, vor allem in den bayerischen Agenturbezirk Coburg (Dietrich, Fritsche 2010: 28), eine Rolle für die niedrige Quote spielt. Die größten Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration in Thüringen sind in Altenburg-Gera zu beobachten, wo die Quoten trotz der günstigen ANR im dualen System (vgl. Abb. TH-9) und starken Pendelbewegungen auch nach Sachsen bei 8,9 % bzw. 9,4 % (20- bis unter 30-Jährige) liegen.

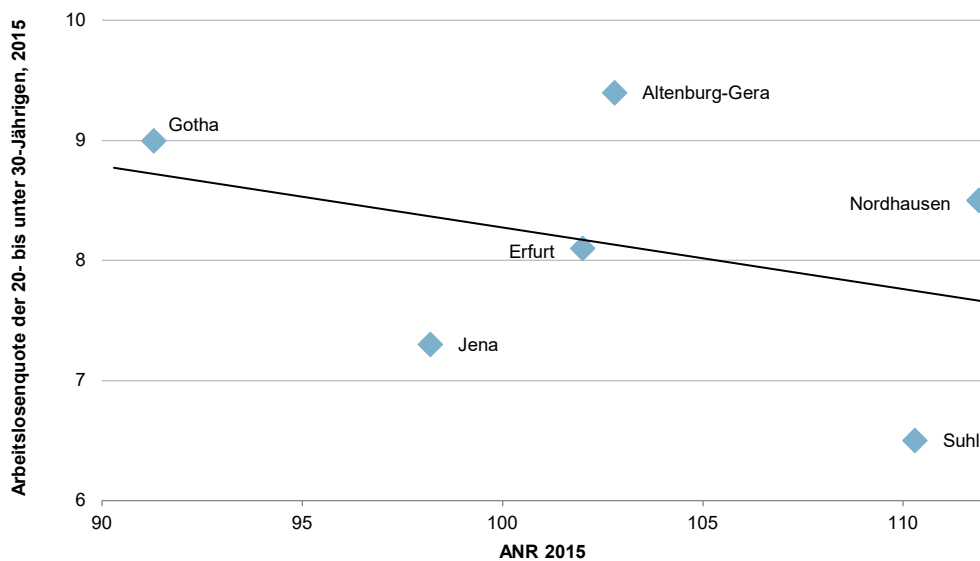
Abbildung TH-8 Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote nach Arbeitsagenturbezirken in Thüringen 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt

Es besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen der ANR und Jugendarbeitslosenquote (Abb. TH-9). Altenburg-Gera und Nordhausen weisen z. B. günstigere Angebots-Nachfrage-Relationen im dualen System als Erfurt und Jena auf, dennoch liegt die Jugendarbeitslosenquote in Altenburg-Gera und Nordhausen über den Quoten der großstädtischen Bezirke Erfurt und Jena. Dabei kann die hohe Einpendlerquote in Kombination mit niedrigen Auspendlerquoten in Jena und Erfurt (Dietrich, Fritsche 2010: 28) zu stärkerer Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt beitragen.

Abbildung TH-9 Zusammenhang der ANR und der Jugendarbeitslosenquote der 20- bis unter 30-Jährigen nach Arbeitsagenturbezirken in Thüringen 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung „Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“, Jahresdurchschnitt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

5. Fazit

Thüringen hat zwar gemessen am BIP pro Einwohner die viertniedrigste Wirtschaftskraft, die sich jedoch im vergangenen Jahr wesentlich dynamischer entwickelt hat als in allen anderen Ländern. Das Land weist unter allen ostdeutschen Ländern die niedrigste Arbeitslosenquote auf, was allerdings auch mit der räumlichen Nähe zu Hessen und Bayern und hohen Pendlerquoten zu tun hat. Der Ausbildungsmarkt ist weitgehend ausgeglichen, bis auf wenige Regionen wie Gotha, wo eine Unterversorgung besteht. Die im Ländervergleich ausgesprochen hohen Ausgaben für berufliche Schulen (6.700 € je Schüler) verweisen auf besondere Anstrengungen, die erforderlich sind, um angesichts der demografischen Entwicklung berufsschulische Angebote in der Fläche aufrechtzuerhalten. Die Förderung von Mobilität innerhalb des Bundeslandes spielt schon aktuell bei der Gewinnung von Auszubildenden eine wichtige Rolle. Die verringerten Schulabgängerzahlen und die Ausdifferenzierung von Berufen haben in teilweise dünn besiedelten Regionen Konzentrationsprozesse in der Berufsschullandschaft eingeleitet, die in Thüringen im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern besonders häufig zu weiteren Wegen zur Berufsschule führen (Putzing u. a. 2017). Dabei unterstützen die Betriebe ihre Auszubildenden bei den Fahrtkosten im Vergleich zu Ostdeutschland insgesamt überdurchschnittlich häufig (ebd.).

Diese demografisch bedingte Situation ist auch die eigentliche Ursache für die positive Entwicklung des Ausbildungsmarkts in den letzten zehn Jahren, denn dem praktisch halbierten Angebot an Ausbildungsplätzen von 2007 im Vergleich zu 2016 steht eine noch stärker gesunkene Nachfrage gegenüber. So ist vermutlich auch zu erklären, dass sich bei den Neuzugängen der demografische Rückgang am wenigsten auf das Schulberufssystem und das duale System auswirkte, während der Übergangssektor erheblich schrumpfte. Thüringen verzeichnet eine stetige Entwicklung von einem Nachfrageüberhang hin zu einem Angebotsüberhang. Bei Fortsetzung dieses Trends und einer

zudem steigenden Studierneigung von Personen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung können allerdings empfindliche Engpässe in der Sicherung des Fachkräftenachwuchses perspektivisch entstehen. In einzelnen Regionen und Berufsbereichen wird dies schon aktuell erkennbar.

Ein Problem der im Vergleich zu anderen Ländern hohen Einmündungsquoten in vollqualifizierende Ausbildung, die sich auch auf Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss beziehen, denen ein relativ breites Spektrum an Berufen zur Auswahl steht, besteht darin, dass die Ausbildungserfolge im dualen System begrenzt sind. Dies zeigt sich an der vierthöchsten vorzeitigen Vertragslösungsquote, die bei 30 % liegt, aber auch in einer weiter rückläufigen Absolventenquote, die mit 72 % rund 8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Das heißt in Thüringen beenden nur unterdurchschnittlich viele Jugendliche erfolgreich ihre Berufsausbildung. Hier laufen zwei Entwicklungen einer Sicherung des Fachkräftenachwuchses entgegen: Die insgesamt günstige Ausbildungsmarktlage und hohe Angebots-Nachfrage-Relation in bestimmten Berufsbereichen, aber auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen, die die ungedeckte Nachfrage übersteigt, verweisen auf bereits bestehende ernsthafte Probleme der künftigen Fachkräftedeckung – besonders in Berufen des Ernährungs-handwerks und der Lebensmittelindustrie, die für die Thüringer Wirtschaft eine besondere Rolle spielen. Die hohen Vertragslösungsquoten und die niedrigen Absolventenquoten in der dualen Ausbildung können zusätzlich zur Verschärfung des Fachkräftenachwuchsproblems beitragen.

Hinzu kommen fehlende attraktive Ausbildungsgelegenheiten für Jugendliche mit Fachhochschul- und Hochschulzugangsberechtigung, erkennbar an den im Bundesdurchschnitt geringeren Einmündungsanteilen dieser Jugendlichen in Berufen des oberen Segments der dualen Ausbildung. Diese Situation kann Pendlerbewegungen in Ausbildungsmärkte angrenzender Länder verstärken; es bleibt unklar, ob diese dann als ausgebildete Fachkräfte zurückkommen oder dauerhaft auspendeln bzw. abwandern. Auch diese Entwicklung kann das Nachwuchsproblem auf dem Arbeitsmarkt verschärfen.

In dünn besiedelten Regionen sind Mobilitätslösungen (und neue Ausbildungsorganisationslösungen) für die Teilnahme am berufsschulischen Unterricht und für die Nutzung von vollzeitschulischen Angeboten eine Herausforderung, die vor allem in den nächsten Jahren bei einem weiteren demografischen Rückgang wachsen und selbst bei der sich abzeichnenden Stabilisierung bestehen bleiben wird.

Thüringen hat bereits angefangen, die bislang am Ausbildungsmarkt benachteiligten Gruppen, Jugendliche mit Hauptschulabschluss wie auch ausländische Jugendliche, verstärkt für den Ausbildungsmarkt zu erschließen. Die relativ ungünstigen Abschlussquoten im dualen System wie auch im Schulberufssystem verweisen jedoch darauf, dass Anstrengungen der Ausbildungsintegration mit einer Unterstützung und Förderung im Ausbildungsverlauf gekoppelt werden müssen, um Stabilität und eine Verbesserung der Abschlussquote zu erreichen. Die Integration der in den letzten beiden Jahren zugewanderten Personen kann für den Thüringer Ausbildungsmarkt eine Chance sein, vorausgesetzt die Ausbildungsbarrieren für diese Gruppen werden weiter abgebaut. Beide Gruppen haben durch ihre soziale Herkunft und ihre Bildungsbiografie schlechtere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf- und -abschluss, sie haben seltener eine Ausbildung in einem zukunftssträchtigen Beruf, was ebenfalls zu Motivations- und Lernproblemen führen kann.

Insgesamt zeichnen sich für Thüringen also zwei zentrale Herausforderungen ab: Die erste betrifft die Verbesserung der Qualität der beruflichen Ausbildung: Hier sind Maßnahmen zur Förderung der Stabilität von Ausbildungsverhältnissen, ggfs. auch Maßnah-

men zur Verbesserung der Berufsorientierung, und zur Unterstützung erfolgreicher Ausbildungsprozesse von Berufsbildungspolitik und den Akteuren in der Berufsbildungspraxis gefordert. Dabei ist der Blick vor allem auf lernschwächere und ausländische Jugendliche zu richten. Verbinden sich mit dieser ersten Herausforderung Fragen der Leistungsfähigkeit und der Chancengerechtigkeit gleichermaßen, so richtet sich die zweite Herausforderung stärker auf die Leistungsfähigkeit: Das Land ist gefordert, auch die Bereitstellung von attraktiven Ausbildungsplätzen im oberen Berufssegment, die besonders interessant für Jugendliche mit Studienberechtigung sind, im Auge zu behalten, um einer Abwanderung leistungsstarker potenzieller Ausbildungsbewerber entgegenzuwirken und diese im Bundesland für eine Ausbildung und als Fachkräfte zu gewinnen.

Glossar

A. Input-Indikatoren

Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)

Die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in der dualen Ausbildung ist definiert als Verhältnis der Summe der bis zum 30. September eines Jahres abgeschlossenen und noch bestehenden Ausbildungsverhältnisse (Neuverträge) und der gemeldeten, aber unbesetzt gebliebenen Stellen (Angebot) zu der Zahl der Ausbildungsneuverträge plus der Zahl der unversorgten Bewerber ohne Alternative und der Bewerber mit Alternative, die ihren Ausbildungswunsch aufrechterhalten (Nachfrage). Diese Kennzahl wird auch nach Berufen auf Bundesländerebene ausdifferenziert und zeigt so auch Passung oder Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage auf. Die ANR in den Berufen nach § 66 BBiG/§ 42 HwO erfolgt über einen gleichen Messansatz.

Erfassungsquote

Die Erfassungsquote im Übergangssektor ist definiert als der Anteil der Anfänger im Übergangssektor an der sich im berufsvorbereitungsrelevanten Alter befindlichen Bevölkerung. Mithilfe der Erfassungsquote kann sich der Frage genähert werden, wie viele Personen im berufsvorbereitungsrelevanten Alter durch die Angebote im Übergangssektor erfasst werden. Je höher die Relation, desto mehr Personen werden mit berufsvorbereitenden Angeboten des Übergangssektors erreicht.

Realisiertes vollzeitschulisches Angebot

Das realisierte vollzeitschulische Angebot an Ausbildungsplätzen setzt die durchschnittlichen Anfänger im Schulberufssystem zu dem Durchschnitt der Bevölkerung im Ausbildungszugangsalter (16–21 Jahre) ins Verhältnis.

B. Outcome-Indikatoren

Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit

Die Definitionen von Arbeitslosigkeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und von Erwerbslosigkeit durch die International Labour Organisation (ILO) unterscheiden sich. So kann nach dem BA-Konzept als arbeitslos registriert sein, wer höchstens 14 Stunden arbeitet und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 15 Stunden/Woche sucht (Bundesagentur für Arbeit 2017). Als erwerbslos kann hingegen nur gelten, wer eine Tätigkeit von weniger als einer Stunde/Woche ausübt und eine selbstständige oder abhängige Beschäftigung gleich welchen Umfangs ausübt (Statistisches Bundesamt 2017). Beträgt das Alter der betrachteten Personen bei dem Arbeitslosigkeitskonzept der BA 15 bis 65 Jahre, gehen in die ILO-Definition der Erwerbslosigkeit alle Personen über 15 bis 74 Jahre ein. Um als arbeitslos zu gelten, muss eine persönliche Meldung bei der Arbeitsagentur erfolgen, wohingegen eine Einordnung als erwerbslos eine aktive Suche nach Arbeit in den vergangenen vier Wochen voraussetzt. Nach dem BA-Konzept muss eine sofortige Verfügbarkeit bestehen, nach dem ILO-Konzept reicht eine Verfügbarkeit innerhalb von zwei Wochen aus. Die Quote der Arbeitslosigkeit liegt regelmäßig oberhalb der Quote der Erwerbslosigkeit.

Ausbildungsabschlüsse

Um den Outcome an Ausbildungsabschlüssen in einem Land unter Einschluss des Schulberufssystems abbilden zu können, wird als Annäherung eine Absolventenquote

für die duale Ausbildung und das Schulberufssystem entwickelt. Beide Quoten enthalten jeweils im Zähler die Jugendlichen, die in einem Jahr (z. B. 2015) einen Abschluss im dualen bzw. im Schulberufssystem erworben haben. Diese Zahl wird zur Anzahl der Neuzugänge, die drei Jahre (z. B. 2012) zuvor ins duale System oder ins Schulberufssystem eingemündet sind, ins Verhältnis gesetzt. Es handelt sich damit nur um eine näherungsweise Schätzung der tatsächlichen Absolventenquote, für die Informationen zu Beginn- und Endzeitpunkt der Ausbildung auf Individualebene erforderlich wären.

Ausbildungsabsolventen bei den Indikatoren Erwerbsstatus und Ausbildungsadäquanz

„In den Integrierten Erwerbsbiografien des IAB wird nicht direkt erfasst, ob ein Auszubildender seine Ausbildung erfolgreich abschließt. Näherungsweise wurde hier als Absolventin bzw. Absolvent aufgenommen, wer erstmalig mindestens 700 Tage lang als Auszubildender (Personengruppe 102) gemeldet war. Dabei wurden Betriebswechsel und Unterbrechungen von bis zu 14 Tagen zugelassen. Zudem durfte die Person im Jahr des Abschlusses höchstens 27 Jahre alt sein.“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 120)

Ausbildungsvertragslösungsquote

Die Ausbildungsvertragslösungsquote im dualen System ist definiert als Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen begonnenen Ausbildungsverträgen. Sie lässt sich nur für das duale System bilden und wird nach Ausbildungsbereichen differenziert. Die hier abgebildete Lösungsquote basiert auf dem Schichtenmodell, die Daten stammen vom Statistischen Bundesamt. Das „Schichtenmodell“ beruht auf einem Quotensummenverfahren, bei dem die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres differenziert werden nach dem jeweiligen Jahr des Beginns des gelösten Ausbildungsvertrages. Es werden Teilquoten für die einzelnen Beginnjahre berechnet, die dann zur Lösungsquote summiert werden. Die so berechnete Quote kann interpretiert werden als die näherungsweise Berechnung des Anteils der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen (Uhly 2015: 33 f.).

Bildungsstand

Die Einstufungen von Personen in die Ausprägungen des Bildungsstands erfolgt auf der Basis der internationalen Standardklassifikation von Bildung (ISCED 97 und ISCED 2011). Die Ausprägung „niedrig oder ohne beruflichen Abschluss“ schließt Personen ein, die höchstens einen mittleren Abschluss aufweisen, aber keinen beruflichen Abschluss erworben haben. Die Ausprägung „mittel, jedoch mit beruflicher Qualifikation“ schließt Personen ein, die einen beruflichen Abschluss erworben haben oder einen Bildungsabschluss aufweisen, der oberhalb des mittleren Schulabschluss liegt.

Erwerbsstatus

„Lag für einen Zeitraum mehr als eine Meldung vor (Mehrfachbeschäftigung, Beschäftigung mit gleichzeitigem Leistungsbezug), wurde das Hauptbeschäftigungsverhältnis ausgewählt; Kriterien hierfür waren Nichtgeringfügigkeit, Entgelt, Dauer. Einer Ausbildungsmeldung wurde aber immer Vorrang vor allen anderen Informationen gegeben.“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 120)

Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008). *Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014). *Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016). *Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Baas, M. (2017). *Hauptschule – und dann? Berufswünsche, Bildungswege und Ausbildungschancen von Frauen und Männern*. Berlin: Freie Universität. Abgerufen am 22.10.2017 von http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000105623.

Baas, M., Baethge, M. (2017). *Entwicklung der Berufsausbildung in Klein- und Mittelbetrieben: Expertise im Rahmen des Ländermonitors berufliche Bildung*. Online-Publikation. DOI: 10.11586/2017035. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

Baethge, M. (2006). *Das deutsche Bildungs-Schisma: Welche Probleme ein vorindustrielles Bildungssystem in einer nachindustriellen Gesellschaft hat*. Abgerufen am 02.08.2017 von http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/Nr._34/Baethge.pdf.

Baethge, M., Andretta, G., Naevecke, S., Roßbach, U., Trier, M. (1996). *Die berufliche Transformation in den neuen Bundesländern. Ein Forschungsbericht*. Münster/New York: Waxmann Verlag.

Baethge, M., Baethge-Kinsky, V. (2013). *Berufsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Die NRW-Perspektive*. Bielefeld.

Baethge, M., Buss, K.-P., Richter, M. (2017). *Gutachten zum Übergang Schule-Beruf in Schleswig-Holstein – unter besonderer Berücksichtigung der Inklusion von Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen*. Göttingen.

Baethge, M., Maaz, K., Seeber, S., Jäger, D., Kühne, S., Lenz, B., Michaelis, C., Wieck, M., Wurster, S. (2016). *Ländermonitor berufliche Bildung 2015: Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit im Vergleich der Bundesländer*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Baethge, M., Seeber, S. (2016). *Herausforderungen der Flüchtlingsmigration für die Strukturen beruflicher Bildung in Deutschland. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration für das Jahresgutachten 2017, Göttingen*. Abgerufen am 18.09.2017 von https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/05/Expertise_Baethge_Seeber_Berufliche-Bildung_fuer-SVR-JG-2017.pdf.

Baethge, M., Solga, H., Wieck, M. (2007). *Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs*. 1. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Netzwerk-Bildung).

Baethge, M., Wolter, A. (2015). The German skill formation model in transition: from dual system of VET to higher education? *Journal for Labour Market Research*, 48(2), 97–112.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2014). *Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2014*.

BAMF (2015). *Aktuelle Zahlen zu Asyl 2015*.

BAMF (2016). *Aktuelle Zahlen zu Asyl 2016*.

Beicht, U. (2011). *Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten. BIBB-Analyse der Einnüchtungschancen von Bewerberinnen und Bewerbern differenziert nach Herkunftsregionen*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Beicht, U., Granato, M. (2011). *Prekäre Übergänge vermeiden – Potenziale nutzen. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Abgerufen am 28.08.2016 von <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08224.pdf>.

Berghoff, H. (2006). The End of Family Business? The Mittelstand and German Capitalism in Transition, 1949–2000. *Business History Review*, 80(2), 263–295.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2013). *Glossar*. Abgerufen am 19.08.2017 von https://www.bibb.de/dokumente/pdf/iABE_2013_Glossar_zur_iABE.pdf.

BIBB (2017). *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Abgerufen am 18.08.2017 von https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2017.pdf.

Braun, F., Lex, T. (2016). *Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland: Eine Expertise*. Abgerufen am 06.10.2016 von http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Braun_Lex_Expertise_Fluechtlinge.pdf.

Brücker, H., Rother, N., Schupp, J. (2016). *IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29*. Abgerufen am 17.11.2016 von http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile.

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2015). *Werde fit für deine Ausbildung – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)*. Abgerufen am 13.10.2016 von <https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mdex/~edisp/l6019022dstbai389175.pdf>.

BA (2016). *Brücke in die Berufsausbildung – Betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)*. Abgerufen am 13.10.2016 von https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mtm5/~edisp/l6019022dstbai382599.pdf?__ba.sid=L6019022DSTBAI382602.

BA (2017). *Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundlagen: Glossar – Gesamtglossar der Fachstatistiken der BA*. Abgerufen am 04.10.2017 von <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011). *Neue Wege – Gleiche Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf*. Erster Gleichstellungsbericht. Berlin.

Burkert, C. & Kindermann, W. (2008). *Integration von Migranten in Hessen. Bildungssystem und Arbeitsmarkt*. IAB-Regional 2/2008. Nürnberg: IAB.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2012). *Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Hamburg, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft*, Drucksache 20/4195.

Busse, R. (2017). Monitoring der beruflichen Bildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund. *berufsbildung*, (163), 9–12.

Czepek, J., Dummert, S., Kubis, A., Leber, U., Müller, A., Stegmaier, J. (2015). *Betriebe im Wettbewerb um Arbeitskräfte. Bedarf, Engpässe und Rekrutierungsprobleme in Deutschland*. IAB Bibliothek 352. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2008). *Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* – Drucksache 16/9915. Abgerufen am 20.11.2017 von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf>.

Dietrich, I., Fritsche, B. (2010). *Arbeitskräftemobilität in Thüringen. Pendlerbericht für das Jahr 2009*. IAB-Regional 4/2010. Nürnberg: IAB.

Dionisius, R., Illiger, A. (2016). Nachholen von Schulabschlüssen im Übergangsbereich – welche Rolle spielt das Maßnahmenangebot? *BWP*, (3), 4–5.

Dionisius, R., Illiger, A., Schier, F. (2015). Allgemeinbildende Höherqualifizierung im Übergangsbereich. Ein Erfolgsindikator aus der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE). In: Solga, H., Weiß, R. (Hrsg.). *Wirkung von Fördermaßnahmen im Übergangssystem – Forschungsstand, Kritik, Desiderata* (17–137). Online verfügbar unter https://www.agbfn.de/dokumente/pdf/agbfn_17_dionisius_illiger_schier.pdf.

Dionisius, R., Illiger, A., Schier, F. (2016). *Integrierte Ausbildungsberichterstattung – „Übergänge in den Bundesländern“*. Zwischenbericht. Online verfügbar unter https://www2.bibb.de/bibbtools/tools/dapro/data/documents/pdf/zw_20547.pdf.

Freie Hansestadt Bremen (2017). *Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen (Nr. 51). Verkündet am 3. Mai 2017. Verordnung über Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge (AVBG-VO)*.

Freistaat Thüringen (2017). *Thüringer Berufsschulordnung (ThürBSO) vom 9. Dezember 2008. Aktualisierte Fassung vom 21.03.2017.*

Fritzsche, B., Fuchs, M., Orth, A., Sujata, U., Weyh, A. (2015). *Potenzialnutzung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Eine Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.* IAB-Regional 1/2015. Nürnberg: IAB.

Fuchs, M. (2016). *Pflegemarkt Sachsen-Anhalt. Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklung.* IAB-Regional 5/2016. Nürnberg: IAB. Abgerufen am 28.11.2017 von http://doku.iab.de/regional/SAT/2016/regional_sat_0516.pdf.

Fuchs, M., Weyh, A. (2016). *Rückwanderung von Beschäftigten nach Thüringen. Eine Analyse anhand der Beschäftigten-Historik des IAB.* IAB-Regional 2/2016. Nürnberg: IAB.

Greinert, W.-D. (2006). Berufsbildungspolitik zwischen Bundes- und Länderinteressen. Eine historische Studie zur Klärung eines aktuellen Konflikts. In: Weingart, P., Taubert, N. C. (Hrsg.). *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland.* Weilerswist: Velbrück.

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) (2016). *Informationsblatt zur Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AvM Dual).* Abgerufen am 06.10.2016 von <https://hibb.hamburg.de/wp-content/uploads/sites/33/2015/10/Infoblatt-Ausbildungsvorbereitung-f%C3%BCr-Migrantinnen-AvM-Dual-1.pdf>.

Hansestadt Stralsund (2015). *Statistisches Jahrbuch Stralsund 2015.* Abgerufen am 28.11.2017 von http://www.stralsund.de/export/sites/hst/buerger/rathaus/statistik/statistische_jahrbuecher_gesamt/Statistische_Jahrbuecher_2008-2015/Statistisches-Jahrbuch-der-Hansestadt-Stralsund-2015.pdf.
http://www.stralsund.de/export/sites/hst/buerger/rathaus/statistik/statistische_jahrbuecher_gesamt/Statistische_Jahrbuecher_2008-2015/Statistisches-Jahrbuch-der-Hansestadt-Stralsund-2015.pdf.

Herter-Eschweiler, R., Neuber-Pohl, C. (2017). Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung* (328–336). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Hessisches Kultusministerium (2016). *Intensivklassen an beruflichen Schulen: InteA – Integration und Abschluss.* Abgerufen am 27.10.2016 von <https://kultusministerium.hessen.de/schule/individuelle-foerderung/sprachfoerderung/intensivklassen-beruflichen-schulen-intea>.

Hessisches Statistisches Landesamt (2017). *Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Ergebnisbericht 2017.* Wiesbaden: Hessisches Statistisches Landesamt.

Homfeld, A. (2015). *Stabil: Ausbildungsbilanz 2014.* In: Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) (Hrsg.). *Berufliche Bildung Hamburg*, 25(1), 36–37.

Jörgens, J., Srbeny, C. (2017). Arbeitsmarktchancen der Absolventinnen und Absolventen von Ausbildungsregelungen nach § 66 BBiG/§ 42m HwO für Menschen mit Behinderung: Durchführung einer Sachstandsanalyse. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung.* Vorversion (84–87). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006). *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration.* Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Kuse, S. unter Mitarbeit von Müller, H. & Schiefer, S. (2016). *Berufsausbildung in Hessen 2016.* HA Hessen Agentur GmbH. Wiesbaden. Abgerufen am 28.11.2017 von https://www.hessen-agentur.de/mm/mm002/917_BAB_2016_komplett_Internet.pdf.

Kühnlein, G. (2008). Das berufliche Übergangssystem. Neues kommunales Handlungsfeld im Dreieck von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik. *BWP*, (1), 51–55.

Land Brandenburg (2016a). *Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II – Nr. 8 vom 8. März 2016. Anlage 2: Stundentafel.* Abgerufen am 06.08.2017 von https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/68/GVBl_II_08_2016-Anlage-2.pdf.

Land Brandenburg (2016b). *Verordnung über die Bildungsgänge der Berufsfachschule zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestellten Abschlüssen der Sekundarstufe I (Berufsgrundbildungsverordnung – GrBiBFSV)*.

Landesregierung Schleswig-Holstein (2016). *Landesverordnung über die Berufsschule (Berufsschulverordnung – BSVO)*. Vom 23. Juni 2016.

Lehmann, R., Hoffmann, E. (2009). *Berliner Erhebung arbeitsrelevanter Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf „Lernen“*. Münster: Waxmann Verlag.

Matthes, S., Ulrich, J. G. (2015). Warum gibt es wieder mehr erfolglose Ausbildungsplatznachfrager? *WSI-Mitteilungen*, 68(2), 108–115.

Matthes, S., Ulrich, J. G., Flemming, S., Granath, R.-O. (2017). Aktuelle Ausbildungsmarktbilanz 2016. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Vorversion* (14–31). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (2015). *Gesetz- und Verordnungsblatt (GV.NRW.)*, Ausgabe 2015, Nr. 2 vom 09.01.2015. Online verfügbar unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=6&vd_id=14797&vd_back=N14&sg=2&menu=1.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2013). *Kein Abschluss ohne Anschluss*. Düsseldorf.

Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt (2016). Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Abgerufen am 27.10.2016 von <http://www.bildung.sachsen-anhalt.de/schulen/weitere-schulinfos/schulformen/berufsbildende-schulen/migranten/>

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg (2017). Berufliche Grundbildung – PLUS für Flüchtlinge. Abgerufen am 06.11.2017 von <https://mbjs.brandenburg.de/bildung/berufliche-bildung/berufliche-schulen-oberstufenzentrenosz/berufsfachschule.html>.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2017). Berufliche Schule. Abgerufen am 28.11.2017 von <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/bm/Bildung/Berufliche-Schule/>.

Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (2017). *Verordnung über die Berufsschule in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsschulverordnung – BSVO M-V)*. Vom 4. Juli 2005. Abgerufen am 27.08.2017 von <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml?showdoccase=1&st=lr&doc.id=jlr-BerSchulVMV2005rahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2016). *Leitfaden zur Einführung in das VABO*. Abgerufen am 06.07.2017 von https://moocit.de/images/6/6b/Leitfaden_VABO_aktuelle_Version.pdf

Ministerium für Schule und Berufsbildung (2016a). *Lehrplan für die Berufsschule. Berufsintegrationsklasse Deutsch als Zweitsprache (BiK-DaZ)*. Abgerufen am 04.12.2017 von http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwiLhp6Jj_DXAhXEwBOKHbHTBrQQFgggMAA&url=http%3A%2F%2Flehrplan.lernnetz.de%2Findex.php%3FDownloadID%3D899&usq=AOvVaw3RW29mANdmjarfNpwF7K7f.

Ministerium für Schule und Berufsbildung (2016b). *Runderlass des Ministeriums für Schule und Berufsbildung vom 28. Dezember 2016 – III 321 – 3023.252-I. Stundentafel*. Abgerufen am 06.08.2017 von https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/S/schulrecht/Downloads/Erlasse/Downloads/Stundentafel_Ausbildungsvorbereitung_AVSH.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (2017). *Grundsätzliche Bildungsangebote für geflüchtete Menschen*. Abgerufen am 14.07.2017 von https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Integration/Gefluechtete/Kontext/Dok_-1-2016-11-24-Angebote-fuer-gefluechtete-Menschen.pdf.

Ministerium für Bildung und Kultur Saarland (2016). Sprachfördermaßnahmen an den saarländischen Schulen. Abgerufen am 28.10.2016 von <http://www.saarland.de/133073.htm>.

Neske, M., Rich, A.-K. (2016). Asylantragsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. *Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*, Ausgabe 4/2016, Nürnberg.

Niedersächsisches Kultusministerium (2009). *Verordnung über berufsbildende Schulen (BbS-VO) vom 10. Juni 2009*.

Niedersächsisches Kultusministerium (2014). *Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache. RdErl. d. MK v. 1.7.2014 – 25 – 81 625 – VORIS 22410*. Abgerufen am 05.08.2017 von <http://www.nds-voris.de/jportal/?quelle=jlink&query=VVND-224100-MK-20140701-SF&psml=bsvorisprod.psml&max=true>.

Niedersächsisches Kultusministerium (2017). *SPRINT-Sprach- und Integrationsprojekt für Jugendliche Flüchtlinge: Schulversuch zur Erprobung eines neuen pädagogischen und organisatorischen Konzeptes für zugewanderte Jugendliche*. Abgerufen am 04.12.2017 von [https://www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de/themen/projekte/sprint/sprint-gesamtprojekt/@/download/file/09.08.17%20Gesamtprojekt%20\(2\).pdf](https://www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de/themen/projekte/sprint/sprint-gesamtprojekt/@/download/file/09.08.17%20Gesamtprojekt%20(2).pdf).

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). *Education at a Glance 2010. OECD Indicators*. Paris 2010. Abgerufen am 07.12.2015 von www.oecd.org/education/skills-beyond-school/45926093.pdf.

Otto, A., Wydra-Somaggio, G. (2015). *Fachkräftesituation und grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität – Chancen und Herausforderungen für den Agenturbezirk Trier*. IAB-Regional 5/2015. Nürnberg: IAB.

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2014). *Die Weiterentwickelte Berufsfachschule I – Handreichung*. Bad Kreuznach: Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Abgerufen am 22.10.2017 von https://berufsbildendeschule.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/bbs/berufsbildendeschule.bildung-rp.de/Materialien/Dokumente/Materialiendatenbank_des_PL/BF_I_Weiterentwicklung/Handreichung_und_Blakoformulare/Handreichung_BF1_2014-04-08_aktuelle_Version_HP.pdf.

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (2016). *Neu zugewanderte Jugendliche in der berufsbildenden Schule: Handreichung für BVJ-S und Sprachförderung*. Bad Kreuznach (Version vom 12.09.2016). Abgerufen am 16.07.2017 von https://berufsbildendeschule.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/bbs/berufsbildendeschule.bildung-rp.de/Materialien/Dokumente/Materialiendatenbank_des_PL/Berufsvorbereitungs-jahr_Sprachfoerderung/19_09_16_HR_Neu_zugewanderte_Jugendliche_in_der_BBS.pdf.

Putzing, M., Frei, M., Kriwoluzky, S., Walter, G., Prick, S. (2017). *IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen*. Erfurt: Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Rohrbach-Schmidt, D., Uhly, A. (2015). Determinanten vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverträgen und berufliche Segmentierung im dualen System. Eine Mehrebenenanalyse auf Basis der Berufsbildungsstatistik. *KZfJSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(1), 105–135.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (2016). *Schule und Ausbildung – Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten*. Abgerufen am 27.10.2016 von <http://www.schule.sachsen.de/2328.htm>.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2017). *Industrie*. Abgerufen am 28.08.2017 von <http://www.industrie.sachsen.de/index.html>.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014). *Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven*. Abgerufen am 19.09.2017 von http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/SVR-FB_Diskriminierung-am-Ausbildungsmarkt.pdf.

Schaade, P. (2013). *Gesundheitswesen in Hessen. Die Beschäftigung boomt*. IAB-Regional 1/2013. Nürnberg: IAB.

Schmidt, C. (2011). *Krisensymptom Übergangssystem. Die nachlassende soziale Inklusionsfähigkeit beruflicher Bildung*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Schulz, R., Horsmann, K. (2010). *Übergänge mit System – der neue Hamburger Weg in die berufliche Ausbildung. BWP*, (5), 17–20.

Seibert, H., Solga, H. (2005). Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? Zum Signalwert von Ausbildungsabschlüssen bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen. *Zeitschrift für Soziologie*, 34(5), 364–382.

Solga, H., Baas, M., Kohlrausch, B. (2011). *Übergangschancen benachteiligter Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Evaluation der Projekte „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern 2“ und „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung“*, IAB-Forschungsbericht 6/2011, Nürnberg: IAB.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2013). *Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in den kreisfreien Städten und Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2000 bis 2013. Erste vorläufige Ergebnisse nach Revision 2014*. Abgerufen am 28.11.2017 von https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/MVHeft_derivate_00001905/P213_2013_00.pdf.
https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/MVHeft_derivate_00001905/P213_2013_00.pdf.

Statistisches Bundesamt (2017). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2015*. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden. Abgerufen am 28.11.2017 von https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen2010120157004.pdf?__blob=publicationFile.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen2010120157004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (2017). *Bildungsausgaben. Ausgaben je Schülerinnen und Schüler 2014*. Abgerufen am 13.11.2017 von https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/AusgabenSchueler5217109147004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (2017). *Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2016/2017*. Fachserie 11, Reihe 2. Abgerufen am 28.11.2017 von <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen.html>.

Statistisches Bundesamt (2017). Internationale Arbeitsorganisation (ILO): Arbeitsmarktstatistik. Abgerufen am 13.09.2017 von <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/ArbeitsmarktstatistikILO.html>.

Statistisches Bundesamt (2016). *Schulen auf einen Blick. Ausgabe 2016*. Abgerufen am 13.11.2017 von https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018169004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014). *Ergebnisse der Sonderauswertung der Berufsbildungsstatistik zur Verkürzung der Ausbildungsdauer im Ausbildungsjahr 2013*. Stuttgart.

Stiftung Bildungspakt Bayern (2016). *Modellprojekt „Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge“. Konzept*. Abgerufen am 26.08.2017 von http://bildungspakt-bayern.de/wp-content/uploads/2016/06/2016_06_27_Konzept_Perspektive_Beruf_f.pdf.

Uhly, A. (2015). *Vorzeitige Vertragslösungen und Ausbildungsverlauf in der dualen Berufsausbildung: Forschungsstand, Datenlage und Analysemöglichkeiten auf Basis der Berufsbildungsstatistik*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Weishaupt, H., Krätschmer-Hahn, R., Schwarz, A., Tillmann, K. (2012). *Optimierung des Übergangsbereichs in Hessen*. Frankfurt: DIPF.

Vollmer, K. (2017). Inklusion behinderter Menschen in Berufsbildung. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*, (83). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Tabellenanhang

Tabellenanhang mit allen Daten zum Download

<https://www.wbv.de/artikel/6004634wa>

Tabelle BW-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Baden-Württemberg 2007, 2013 und 2016

Arbeits-agenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Aalen	3.638	4.452	81,7 %	3.198	3.378	94,7 %	3.267	3.225	101,3 %
Balingen	2.333	2.766	84,3 %	2.436	2.481	98,2 %	2.652	2.553	103,9 %
Freiburg	4.744	5.133	92,4 %	4.479	4.818	93,0 %	4.626	4.800	96,4 %
Göppingen	5.574	6.319	88,2 %	5.259	5.478	96,0 %	5.346	5.373	99,5 %
Heidelberg	2.809	3.488	80,5 %	3.762	4.080	92,2 %	3.639	4.098	88,8 %
Heilbronn	3.920	4.504	87,0 %	3.645	3.972	91,8 %	3.900	4.215	92,5 %
Karlsruhe-Rastatt				7.092	7.458	95,1 %	7.143	7.461	95,7 %
Karlsruhe	5.197	5.943	87,4 %						
Rastatt	2.187	2.536	86,2 %						
Konstanz-Ravensburg				5.796	5.745	100,9 %	6.162	5.922	104,1 %
Konstanz	2.832	3.016	93,9 %						
Ravensburg	4.891	5.659	86,4 %						
Lörrach	3.010	3.414	88,2 %	2.982	3.114	95,8 %	3.093	3.114	99,4 %
Ludwigsburg	3.403	3.903	87,2 %	3.273	3.291	99,5 %	3.153	3.264	96,6 %
Mannheim	4.225	4.744	89,1 %	2.949	3.033	97,2 %	2.721	2.880	94,5 %
Nagold-Pforzheim				4.350	4.596	94,6 %	4.278	4.425	96,6 %
Nagold	2.174	2.559	85,0 %						
Pforzheim	2.328	2.461	94,6 %						
Offenburg	3.652	4.309	84,8 %	3.198	3.546	90,2 %	3.459	3.525	98,2 %
Reutlingen	3.677	4.235	86,8 %	3.666	3.849	95,2 %	3.705	3.741	99,1 %
Rottweil-Villingen-Schwenningen				3.933	4.197	93,7 %	4.122	4.248	97,0 %
Rottweil	2.291	2.580	88,8 %						
Villingen-Schwenningen	1.746	1.940	90,0 %						
Schwäbisch Hall-Tauber-bischofsheim				4.797	5.250	91,4 %	4.836	5.103	94,7 %
Schwäbisch Hall	2.886	3.599	80,2 %						
Tauberbischofsheim	2.110	2.823	74,7 %						
Stuttgart	7.805	8.194	95,3 %	7.476	7.773	96,2 %	7.554	7.734	97,7 %
Ulm	3.066	3.375	90,8 %	4.173	4.101	101,8 %	4.554	4.449	102,3 %
Waiblingen	2.987	3.429	87,1 %	2.847	3.129	91,0 %	2.946	3.375	87,3 %
Baden-Württemberg	83.485	95.381	87,5 %	79.308	83.295	95,2 %	81.156	83.505	97,2 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle BY-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Bayern 2007, 2013 und 2016

Arbeits-agenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Ansbach-Weißenburg				3.321	3.267	101,7 %	3.666	3.510	104,5 %
Ansbach	2.787	2.808	99,3 %						
Weißenburg	1.413	1.734	81,5 %						
Aschaffenburg	3.058	3.440	88,9 %	2.685	2.853	94,1 %	2.655	2.730	97,3 %
Bayreuth-Hof				3.615	3.681	98,2 %	3.756	3.786	99,2 %
Bayreuth	2.272	3.028	75,0 %						
Hof	2.046	2.911	70,3 %						
Bamberg-Coburg				4.356	4.446	98,0 %	4.740	4.548	104,2 %
Bamberg	2.579	3.070	84,0 %						
Coburg	2.392	3.185	75,1 %						
Fürth				3.762	4.020	93,6 %	3.984	4.032	98,8 %
Nürnberg	11.567	13.556	85,3 %	7.239	7.407	97,7 %	7.320	7.359	99,5 %
Regensburg	4.997	5.589	89,4 %	4.845	4.575	105,9 %	5.481	4.719	116,2 %
Schwandorf	3.900	4.401	88,6 %	3.603	3.369	106,9 %	3.729	3.273	114,0 %
Schweinfurt	4.017	5.225	76,9 %	3.408	3.429	99,4 %	3.534	3.420	103,3 %
Weiden	1.820	2.253	80,8 %	1.863	1.923	96,9 %	1.848	1.830	101,0 %
Würzburg	4.346	4.833	89,9 %	3.783	3.777	100,2 %	3.927	3.864	101,6 %
Augsburg	5.562	6.591	84,4 %	5.292	5.469	96,8 %	5.211	5.349	97,5 %
Deggendorf	3.130	3.472	90,1 %	3.015	2.946	102,3 %	3.039	2.802	108,4 %
Donauwörth	1.891	2.295	82,4 %	4.083	3.993	102,3 %	4.467	4.296	104,0 %
Freising	2.136	2.155	99,1 %	3.513	3.339	105,2 %	3.750	3.474	107,9 %
Ingolstadt	4.019	4.670	86,1 %	3.846	3.882	99,1 %	4.215	4.104	102,7 %
Kempten-Memmingen				6.162	5.994	102,8 %	6.420	6.183	103,8 %
Kempten	4.420	4.964	89,0 %						
Memmingen	4.509	4.980	90,5 %						
Landshut-Pfarrkirchen				3.864	3.636	106,3 %	3.921	3.606	108,7 %
Landshut	2.875	3.116	92,3 %						
Pfarrkirchen	2.920	3.297	88,6 %						
München	16.812	16.788	100,1 %	13.755	13.179	104,4 %	13.995	13.569	103,1 %
Passau	3.181	3.548	89,7 %	2.889	2.670	108,2 %	2.916	2.616	111,4 %
Rosenheim	4.309	4.507	95,6 %	4.209	4.170	100,9 %	4.239	4.206	100,8 %
Traunstein	2.408	2.519	95,6 %	4.119	3.921	105,0 %	4.263	3.975	107,2 %
Weilheim	2.547	2.645	96,3 %	4.167	3.927	106,1 %	4.347	4.086	106,4 %
Bayern	107.913	121.580	88,8 %	101.391	99.873	101,5 %	105.423	101.340	104,0 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle BB-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Brandenburg 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Cottbus	4.224	5.161	81,8 %	2.946	3.027	97,3 %	3.219	3.096	104,0 %
Eberswalde	2.132	2.782	76,6 %	1.197	1.455	82,3 %	1.272	1.461	87,0 %
Frankfurt (Oder)	2.931	3.437	85,3 %	1.728	2.064	83,8 %	1.776	1.902	93,3 %
Neuruppin	4.185	5.084	82,3 %	2.421	2.370	102,1 %	2.364	2.328	101,5 %
Potsdam	5.306	6.099	87,0 %	3.333	3.402	97,9 %	3.597	3.393	106,0 %
Brandenburg	18.778	22.563	83,2 %	11.625	12.318	94,4 %	12.228	12.180	100,4 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle HE-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Hessen 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Bad Hersfeld-Fulda				2.961	3.093	95,7 %	3.024	2.991	101,1 %
Bad Hersfeld	1.510	1.912	79,0 %						
Fulda	2.157	2.713	79,5 %						
Darmstadt	6.645	8.206	81,0 %	4.779	5.565	85,9 %	4.440	5.343	83,1 %
Frankfurt	10.808	11.393	94,9 %	6.327	6.540	96,7 %	5.751	6.180	93,1 %
Gießen	3.966	5.449	72,8 %	4.446	5.400	82,3 %	4.302	5.025	85,6 %
Hanau	2.479	2.798	88,6 %	2.418	2.811	86,0 %	2.502	2.829	88,4 %
Bad Homburg				3.741	4.293	87,1 %	3.852	4.362	88,3 %
Kassel	4.926	6.588	74,8 %	3.693	4.449	83,0 %	3.516	4.122	85,3 %
Korbach	1.580	1.937	81,6 %	2.325	2.745	84,7 %	2.385	2.688	88,8 %
Limburg-Wetzlar				2.694	3.336	80,8 %	2.637	3.045	86,6 %
Limburg	1.131	1.660	68,1 %						
Wetzlar	2.557	3.394	75,3 %						
Marburg	1.736	2.178	79,7 %	1.557	1.866	83,4 %	1.503	1.818	82,7 %
Offenbach	2.011	2.382	84,4 %	2.436	2.553	95,4 %	2.334	2.634	88,6 %
Wiesbaden	3.367	3.783	89,0 %	3.045	3.297	92,4 %	2.970	3.198	92,9 %
Hessen gesamt	44.873	54.393	82,5 %	40.428	45.951	88,0 %	39.219	44.235	88,7 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte kleiner 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Tabelle MV-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Mecklenburg-Vorpommern 2007, 2013 und 2016 (absolut und in %)

Arbeitsagenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Greifswald				1.485	1.314	113,0 %	1.332	1.161	114,6 %
Neubrandenburg	3.861	4.466	86,5 %	1.425	1.533	93,0 %	1.470	1.515	97,1 %
Rostock	4.608	5.059	91,1 %	2.409	2.412	99,9 %	2.568	2.634	97,4 %
Schwerin	4.422	4.890	90,4 %	2.514	2.469	101,8 %	2.661	2.580	103,2 %
Stralsund	3.680	3.900	94,4 %	1.410	1.095	128,8 %	1.254	1.233	101,5 %
Mecklenburg-Vorpommern gesamt	16.571	18.315	90,5 %	9.243	8.826	104,7 %	9.282	9.123	101,7 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Tabelle NI-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Niedersachsen 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Braunschweig-Goslar				4.338	4.905	88,4 %	3.906	4.386	89,1 %
Braunschweig	3.844	4.672	82,3 %						
Goslar	1.164	1.413	82,4 %						
Celle	3.003	3.682	81,6 %	2.511	3.006	83,5 %	2.313	2.610	88,7 %
Emden-Leer				4.233	4.818	87,9 %	4.251	4.824	88,1 %
Emden	2.750	3.421	80,4 %						
Leer	2.555	3.230	79,1 %						
Göttingen	2.985	3.530	84,6 %	2.679	3.252	82,4 %	2.697	3.129	86,2 %
Hameln	2.611	3.545	73,7 %	2.301	3.021	76,2 %	2.268	2.706	83,8 %
Hannover	7.210	8.857	81,4 %	8.730	9.816	88,9 %	8.190	9.408	87,1 %
Helmstedt	2.928	4.098	71,4 %	2.901	3.483	83,3 %	2.775	3.096	89,7 %
Hildesheim	2.343	3.194	73,4 %	2.271	2.784	81,6 %	2.250	2.547	88,3 %
Lüneburg-Uelzen				3.336	4.044	82,5 %	3.357	3.954	84,9 %
Lüneburg	2.471	3.409	72,5 %						
Uelzen	1.585	2.070	76,6 %						
Nordhorn	3.288	3.545	92,8 %	4.023	4.632	86,9 %	3.366	3.879	86,8 %
Oldenburg-Wilhelmshaven				6.051	7.227	83,7 %	4.107	4.293	95,7 %
Oldenburg	4.605	5.670	81,2 %						
Wilhelmshaven	1.287	1.751	73,5 %						
Osnabrück	4.595	5.124	89,7 %	4.671	5.286	88,4 %	6.192	7.059	87,7 %
Stade	2.807	3.499	80,2 %	3.876	4.767	81,3 %	4.524	4.839	93,5 %
Vechta	2.811	3.122	90,0 %	2.976	3.204	92,9 %	3.909	4.221	92,6 %
Nienburg-Verden				3.315	3.951	83,9 %	3.147	3.303	95,3 %
Nienburg	1.929	2.592	74,4 %						
Verden	2.404	2.881	83,4 %						
Niedersachsen gesamt	59.175	73.305	80,7 %	58.734	68.982	85,1 %	57.816	65.085	88,8 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Tabelle NW-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Nordrhein-Westfalen 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Aachen-Düren				7.617	8.478	89,8 %	7.353	7.920	92,8 %
Aachen	5.696	6.279	90,7 %						
Düren	1.889	2.137	88,4 %						
Bergisch Gladbach	4.847	5.579	86,9 %	4.563	5.424	84,1 %	4.461	4.992	89,4 %
Bielefeld	6.100	8.061	75,7 %	5.607	6.456	86,8 %	5.559	6.306	88,2 %
Bochum	3.805	5.051	75,3 %	3.129	3.765	83,1 %	3.147	3.705	85,0 %
Bonn	6.083	6.720	90,5 %	6.225	7.005	88,9 %	5.901	6.468	91,2 %
Brühl	3.891	4.442	87,6 %	3.675	4.242	86,6 %	3.582	4.053	88,4 %
Coesfeld	5.178	5.759	89,9 %	5.304	5.664	93,6 %	5.133	5.388	95,3 %
Detmold	2.549	3.674	69,4 %	2.238	2.622	85,4 %	2.028	2.409	84,2 %
Dortmund	5.412	6.891	78,5 %	4.671	5.355	87,2 %	4.440	5.136	86,4 %
Düsseldorf	7.838	8.748	89,6 %	5.457	5.610	97,3 %	5.010	5.292	94,7 %
Mettmann				2.547	2.997	85,0 %	2.649	3.183	83,2 %
Duisburg	3.822	4.740	80,6 %	3.342	3.687	90,6 %	3.093	3.534	87,5 %
Essen	4.458	5.368	83,0 %	4.227	4.761	88,8 %	3.930	4.257	92,3 %
Gelsenkirchen	3.248	4.620	70,3 %	2.388	3.051	78,3 %	2.139	2.625	81,5 %
Hagen	3.773	4.683	80,6 %	3.438	4.347	79,1 %	3.222	4.008	80,4 %
Hamm	3.324	4.046	82,2 %	3.618	4.329	83,6 %	3.552	4.323	82,2 %
Herford	4.460	5.763	77,4 %	3.966	4.857	81,7 %	4.047	4.971	81,4 %
Iserlohn	3.126	3.793	82,4 %	3.123	3.594	86,9 %	3.180	3.381	94,0 %
Köln	8.883	9.437	94,1 %	8.481	9.111	93,1 %	8.139	8.637	94,2 %
Krefeld	3.906	4.139	94,4 %	3.483	4.224	82,5 %	3.384	4.098	82,6 %
Mönchengladbach	4.893	5.755	85,0 %	4.251	5.220	81,4 %	4.428	5.157	85,8 %
Ahlen-Münster				4.794	5.100	94,0 %	4.653	4.950	94,0 %
Ahlen	2.133	2.533	84,2 %						
Münster	3.162	3.428	92,2 %						
Oberhausen	2.806	3.460	81,1 %	2.427	3.042	79,8 %	2.280	2.889	78,9 %
Paderborn	4.020	4.827	83,3 %	3.591	4.053	88,6 %	3.438	3.777	91,0 %
Recklinghausen	3.553	4.814	73,8 %	3.558	4.716	75,4 %	3.309	4.131	80,1 %
Rheine	3.425	4.076	84,0 %	3.393	3.825	88,7 %	3.459	3.729	92,8 %
Siegen	3.865	5.036	76,7 %	3.519	4.002	87,9 %	3.426	3.861	88,7 %
Meschede-Soest				4.329	4.602	94,1 %	4.257	4.374	97,3 %
Meschede	2.313	2.589	89,3 %						
Soest	2.268	2.904	78,1 %						
Wesel	5.107	7.014	72,8 %	4.758	5.547	85,8 %	4.557	5.553	82,1 %
Solingen-Wuppertal				3.819	4.893	78,1 %	3.939	4.701	83,8 %
Solingen	1.956	2.476	79,0 %						
Wuppertal	3.203	4.197	76,3 %						
Nordrhein-Westfalen gesamt	134.992	163.039	82,8 %	125.541	144.570	86,8 %	121.695	137.808	88,3 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle RP-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Rheinland-Pfalz 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Bad Kreuznach	2.371	3.084	76,9 %	2.427	2.781	87,3 %	2.370	2.667	88,9 %
Kaiserslautern-Pirmasens				3.030	3.531	85,8 %	3.105	3.576	86,8 %
Kaiserslautern	2.441	3.195	76,4 %						
Pirmasens	1.351	1.729	78,1 %						
Koblenz-Mayen				4.275	4.470	95,6 %	4.158	4.269	97,4 %
Koblenz	3.070	3.334	92,1 %						
Mayen	2.012	2.069	97,2 %						
Ludwigshafen	4.319	5.050	85,5 %	3.288	3.597	91,4 %	2.967	3.240	91,5 %
Mainz	4.888	5.604	87,2 %	4.221	4.710	89,6 %	4.098	4.491	91,2 %
Montabaur	2.458	2.794	88,0 %	2.169	2.532	85,7 %	2.052	2.319	88,4 %
Landau	2.696	3.460	77,9 %	2.718	3.168	85,8 %	2.682	2.961	90,6 %
Neuwied	2.520	3.133	80,4 %	2.292	2.526	90,7 %	2.163	2.376	91,0 %
Trier	4.521	5.041	89,7 %	3.969	4.212	94,2 %	4.035	4.203	96,0 %
Rheinland-Pfalz gesamt	32.647	38.493	84,8 %	28.395	31.527	90,1 %	27.630	30.108	91,8 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Tabelle SN-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen 2007, 2013 und 2016

Arbeits-agenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Annaberg-Buchholz				1.383	1.299	106,5 %	1.581	1.437	110,2 %
Annaberg	1.661	1.991	83,4 %						
Bautzen	3.394	4.241	80,0 %	2.232	2.562	87,1 %	2.340	2.424	96,5 %
Chemnitz	4.103	4.546	90,3 %	1.551	1.596	97,2 %	1.620	1.635	99,1 %
Dresden	6.148	6.629	92,7 %	3.099	3.075	100,8 %	3.210	3.234	99,2 %
Leipzig	7.363	9.090	81,0 %	3.105	3.492	88,9 %	3.369	3.573	94,3 %
Oschatz	1.696	2.164	78,4 %	1.818	1.998	91,0 %	1.881	1.953	96,4 %
Pirna	1.479	2.011	73,5 %	1.038	1.047	99,1 %	987	1.110	88,9 %
Plauen	1.881	2.204	85,3 %	1.131	1.068	105,9 %	1.029	1.137	90,5 %
Riesa	1.536	2.012	76,3 %	1.080	1.218	88,7 %	1.158	1.293	89,7 %
Freiberg				1.284	1.308	98,2 %	1.347	1.431	94,0 %
Zwickau	3.476	3.977	87,4 %	1.539	1.566	98,3 %	1.605	1.665	96,3 %
Sachsen	32.737	38.865	84,2 %	19.260	20.229	95,2 %	20.127	20.892	96,3 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte kleiner 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle ST-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Sachsen-Anhalt 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Bernburg				750	825	90,96 %	789	825	95,6 %
Dessau-Roßlau-Wittenberg				1.845	2.037	90,66 %	1.920	1.974	97,26 %
Dessau	1.847	2.046	90,36 %						
Wittenberg	972	1.173	82,96 %						
Halberstadt	1.809	2.220	81,56 %	1.176	1.242	94,76 %	1.206	1.407	85,86 %
Halle	3.820	3.994	95,66 %	2.289	2.379	96,26 %	2.286	2.412	94,86 %
Magdeburg	5.438	6.017	90,46 %	2.850	3.060	93,16 %	2.775	2.901	95,76 %
Sangerhausen	1.350	1.625	83,16 %	648	639	101,46 %	699	699	100,06 %
Stendal	1.934	2.113	91,56 %	1.032	1.131	91,26 %	969	1.098	88,26 %
Weißenfels				834	819	101,86 %	849	813	104,76 %
Merseburg	2.106	2.368	88,96 %						
Sachsen-Anhalt gesamt	19.276	21.556	89,46 %	11.424	12.129	94,26 %	11.496	12.126	94,86 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Tabelle SH-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Schleswig-Holstein 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagenturbezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Bad Oldesloe	2.551	2.881	88,5 %	2.436	2.730	89,2 %	2.508	2.796	89,7 %
Elmshorn	3.777	4.447	84,9 %	3.600	3.927	91,7 %	3.651	4.089	89,3 %
Flensburg	4.291	4.639	92,5 %	3.804	4.536	83,9 %	3.789	4.572	82,9 %
Heide	1.270	1.402	90,6 %	2.073	2.418	85,7 %	2.058	2.346	87,7 %
Kiel	3.796	4.159	91,3 %	2.799	3.204	87,4 %	2.832	3.288	86,1 %
Lübeck	3.780	4.018	94,1 %	3.402	3.798	89,6 %	3.504	3.870	90,5 %
Neumünster	3.179	3.876	82,0 %	2.676	2.967	90,2 %	2.733	2.961	92,3 %
Schleswig-Holstein gesamt	22.644	25.422	89,1 %	20.790	23.580	88,2 %	21.072	23.919	88,1 %

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen, Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Tabelle TH-1A Übersicht über die ANR nach Arbeitsagenturbezirken in Thüringen 2007, 2013 und 2016

Arbeitsagentur-bezirk	Angebot 2007	Nachfrage 2007	ANR 2007	Angebot 2013	Nachfrage 2013	ANR 2013	Angebot 2016	Nachfrage 2016	ANR 2016
Erfurt	4.729	5.328	88,8 %	3.030	3.027	100,1 %	3.126	3.090	101,2 %
Altenburg-Gera				1.869	1.863	100,3 %	1.875	1.746	107,4 %
Altenburg	676	813	83,1 %						
Gera	2.175	2.449	88,8 %						
Gotha	2.396	2.946	81,3 %	1.215	1.257	96,7 %	1.194	1.275	93,6 %
Jena	2.586	2.882	89,7 %	1.515	1.539	98,4 %	1.551	1.530	101,3 %
Nordhausen	2.154	2.411	89,3 %	1.386	1.239	111,9 %	1.251	1.185	105,6 %
Suhl	3.383	3.726	90,8 %	2.436	2.262	107,7 %	2.184	2.061	106,1 %
Thüringen gesamt	18.099	20.555	88,1 %	11.451	11.184	102,4 %	11.178	10.884	102,7 %

Anmerkung: Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegen Werte < 3 nicht vor. Zu Berechnungszwecken werden diese durch Schätzwerte ersetzt. Zahlen von 2007 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Zudem Neuzuschneidung der Arbeitsagenturbezirke 2012, sodass ein Vergleich zwischen 2007 und 2013 bzw. 2016 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik) ab 2015 inkl. Abiturientenausbildungen

Weltweiter Vergleich der Bildungssysteme

Leistungsfähigkeit in den 35 OECD-Ländern

➔ wbv.de/bildungsstudien



■ Weltweite Bildungssysteme im Langzeitvergleich

Untersuchungsschwerpunkt der Studie ist die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den 35 OECD-Ländern und einiger Nicht-Mitgliedsstaaten wie Costa Rica und Litauen. Ein Indikatorensystem, das von der OECD entwickelt wurde, macht die Bildungsniveaus und -bedingungen der Teilnehmerländer vergleichbar.

Hauptaspekte der Studie sind die Beteiligung am Bildungswesen, Bildungsaufwendungen, operationale Daten in Bildungssystemen und welche Ergebnisse sie erzielen. In mehr als 180 Abbildungen und Tabellen werden verschiedene Analysen zum Status quo der Bildung visualisiert.

Die aktuelle Ausgabe analysiert zum ersten Mal Erfolgsquoten im Sekundarbereich II und Zugangskriterien für den Tertiärbereich. Ein neues Kapitel widmet sich dem bildungspolitischen Ziel der Agenda 2030.

OECD (Hg.)

Bildung auf einen Blick 2017

OECD-Indikatoren

2017, 568 S., 69,00 € (D)

ISBN 978-3-7639-5910-5

Kostenloser Download:

wbv-open-access.de



WIR MACHEN INHALTE SICHTBAR

Dritter Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland

➤ wbv.de/soeb



- Quantitative Sozialforschung
- Erwerbs- und Lebensverläufe
- Konsummuster

Wie sind wirtschaftliches und soziales Handeln heute verknüpft? Der dritte Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung nimmt Veränderungen im Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft, Ökonomie, Politik, Institutionen und Individuen unter die Lupe.



Online first:

Alle 21 Kapitel finden Sie bereits auf wbv Open Access.

Forschungsvorband Sozioökonomische
Berichterstattung (Hg.)

**Berichterstattung zur sozioökonomischen
Entwicklung in Deutschland**

Exklusive Teilhabe - ungenutzte Chancen

Dritter Bericht

2018, 800 S., 59,90 € (D)

ISBN 978-3-7639-5645-6

Kostenloser Download:

wbv-open-access.de

Fast unbemerkt von der öffentlichen Diskussion haben sich die Bundesländer, die auf allen Ebenen der Berufsausbildung wesentliche Funktionen wahrnehmen, zu zentralen Akteuren der Berufsbildung entwickelt. Der hier vorgelegte „Ländermonitor berufliche Bildung“ analysiert die Berufsbildungspolitik der 16 Bundesländer – ihre Bedingungen, ihre Leistungen, ihre Probleme – und formuliert berufsbildungspolitischen Handlungsbedarf, sowohl im Vergleich als auch monografisch für jedes Land.

Im Ergebnis zeigen sich beträchtliche Unterschiede in der Leistungsfähigkeit zwischen den Ländern, die zu extremen Unterschieden in den Berufschancen der Jugendlichen führen. Die regionale Hauptspaltungslinie liegt zwischen den ost- und westdeutschen Ländern. Das Ausbildungsplatzangebot hat in den östlichen Ländern im letzten Jahrzehnt extrem (um ca. 40%) abgenommen, im Westen sehr viel weniger stark. In beiden Teilen Deutschlands bietet das Schulberufssystem, dessen Berufsspektrum sich immer weiter einschränkt, keine Kompensation.

Durch die Situation in den Ländern sind vor allem männliche Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss und/oder ausländische Jugendliche in ihren Ausbildungschancen weiterhin stark benachteiligt – mit deutlichen Unterschieden zwischen den Ländern.



ISBN 978-3-7639-5936-5